FREIZEIT UND GESELLSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades
des Fachbereichs Philosophie und Sozialwissenschaften
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Dipl.-Soz. Walter Andritzky

aus Gummersbach

Berlin 1976

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547206_0012

FREIZEIT UND GESELLSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades
des Fachbereichs Philosophie und Sozialwissenschaften
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Dipl.-Soz. Walter Andritzky

aus Gummersbach

Berlin 1976

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Berichterstatter:

Prof. Dr. Th. Pirker

Prof. Dr. J. Gordesch

Tag der mündlichen Prüfung: 29.11.1976
Tag der Promotion: 29.11.1976

I N H A L T

Seite

EINFOHRUNG

1. Soziologische Freizeitforschung und ihre gesellschaftliche Relevanz 1
2. Freizeitpolitik: Gegenstand und politische Zuständigkeiten 8
3. Problemstruktur der Untersuchung: Aufgabenstellung 11

1. ENTWICKLUNG DER ARBEITSZEITEN UND DES FREIZEITPOTENTIALS ALS RAHMENBEDINGUNG FÜR FREIZEITMÖGLICHKEITEN UND DER NACHFRAGE NACH EINRICHTUNGEN UND ANGEBOTEN 14

1.1. *Die künftige Entwicklung: Prognosen und Trends* 15
Futuristische Prognosen - Die Substituierbarkeit von Freizeit und Einkommen - Wirtschaftswachstum - Prognosen für die BRD - Gegenwärtige Trends

1.2. *Tages- und Wochenarbeitszeiten: Freizeit als Residualkategorie* 19

1.2.1. *Tarifliche - effektive Arbeitszeiten sozialer Gruppen, Verteilung auf Wirtschaftsbereiche* 2o
Arbeiter - Angestellte/Beamte - Selbständige - berufstätige Frauen - Teilzeitarbeit - Wege-Pausenzeiten - regionale Disparitäten

1.2.2. *Arbeitszeitverteilungen der Berufsgruppen* 28
Schichtarbeit - Wochenendarbeit

1.3. *Jahresarbeitszeiten* 3o

1.4. *Arbeitszeit, Freizeit, individuelle Nutzenfunktion* 31
- Ertrag von Arbeitszeit und von Freizeitbeschätigungen - Mehrarbeit - Schwarzarbeit/Nebentätigkeiten -

1.5. *Landwirtschaftlicher Nebenerwerb* 36

1.6. *Zusammenfassung* 37

2. SOZIALSTRUKTURELLE UND DEMOGRAPHISCHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR FREIZEITVERHALTEN UND ANGEBOTSNACHFRAGE IM BEREICH ERHOLUNG UND SPORT 4o

2.1. *Situation der empirischen Freizeitforschung* 41

2.1.1. *Methode und Interpretation von Ergebnissen* 43
- Definitionsproblematik - Ambiguität

2.1.2. *Zeitbudgets sozialer Gruppen* 46
- Freizeitumfang - Primär-,Sekundäraktivitäten

2.2. *Freizeit und Erholung*

2.2.1. *Der Erholungsbegriff* 49

2.2.2. *Halbfreizeit - rekreative Tätigkeiten* 52

2.2.3. *Arbeitsverhältnisse und Erholungsverhalten* 56

2.2.4. *Die Tageserholung* 58

2.2.4.1. *Innerhäusliche Freizeitaktivitäten* 59
- Freizeitvolumen - innerhäusliche Tätigkeiten - Massenmedien - Bücher - Hobbytätigkeiten

2.2.4.2. *Exkurs: Die Wohnung als Rahmenbedingungen innerhäuslicher und außerhäuslicher Freizeitbeschäftigungen* 69
1. Einflüsse auf das Freizeitverhalten (Hobbytätigkeiten) 2. Bedarf an Freizeiträumen, 3. Kritik von Wohnwunschbefragungen, 4. Typ der Wohnung, Lage im Stadtgebiet, Erreichbarkeit, Mobilität, 5. Zusammenfassung: zum Verhältnis von häuslicher und außerhäuslicher Freizeit

2.2.4.3. *Außerhäusliche Tätigkeiten an Werktagen* 77
1. Spaziergänge, 2. Parkbesuch, 3. Besuche, Geselligkeit, 4. Gaststättenbesuch, 5. kulturelle Veranstaltungen, 6. Hinderungsgründe außerhäuslicher Tätigkeiten

2.2.4.4. *Exkurs: Fortbildung, partizipatorisches und politisches Verhalten in der Freizeit* 85
1. Weiter-, Fortbildung, 2. Partizipatorisches Verhalten: 2.1. Vereine - 2.2. Parteien - 2.3. Bürgerinitiativen 2.4. Gewerkschaften - 2.5. Teilnahmebarrieren

2.2.5. *Die Wochenenderholung* 96
1. Freizeittätigkeiten am Samstag, 2. Freizeittätigkeiten am Sonntag, 3. Ausflugsverhalten, 4. Soziodemographische Rahmenbedingungen für Ausflugsverhalten, 5. Prognosen für die Naherholung

2.2.6. *Urlaubserholung* 1o7
1. Urlaubsfunktion, 2. Sozialstrukturelle Variable des Urlaubsverhaltens, 3. Der Urlaubsort, 4. Das Verhalten der Urlauber, 5. Urlaubsverhalten der Nicht-Reisenden

2.3. *Sport und Spiel* 117
1. Funktionen der Sportausübung, 2. Sozialstrukturelle Variable als Rahmenbedingungen für Sport und Spiel als Freizeittätigkeiten, 3. Sportausübung und Vereinsbindung, 4. Hinderungsgründe und Nachholbedarf

2.4. *Gruppenspezifische Rahmenbedingungen: Hausfrauen und alte Menschen*

2.4.1. *Hausfrauen* 125

2.4.2. *Alte Menschen* 133
1. Gesundheit, 2. Einkommen, 3. Soziale Kontakte und gesellschaftliche Integration, 4. Wohnung, 5. Freizeitbetätigung, 6. Rahmenbedingungen

2.5. *Komplexe Ansätze zur Erklärung von Freizeitverhalten* 148

2.5.1. *Faktorenanalyse* 15o

2.5.2. *Sozialisationstheorie* 156
1. Tradierung sozialer Kompetenz, 2. Sozialisation und schichtspezifische Lebensverhältnisse, 3. Schichtungstheoretische Ansätze

Seite

3. DIE ARBEITSVERHÄLTNISSE ALS RAHMENBEDINGUNGEN FOR FREIZEITMÖGLICHKEITEN UND -ANGEBOTE

3.1. Alternative Arbeitszeitverteilungen 167

3.1.1. Tägliche Arbeitszeitverteilungen 168

3.1.2. Wöchentliche Arbeitszeitverteilungen 171

3.1.3. Jährliche Arbeitszeitverteilungen 175

3.1.4. Arbeitszeitverteilungen im Arbeitsleben 178

3.1.5. Flexibilität oder Gleichzeitigkeit? 18o

3.1.6. Arbeitszeitverteilungen und Angebotsgestaltung 18o

3.2. Arbeitsbelastungen und Belastungsbegriff 181

3.2.1. Physische Arbeitsbelastungen 182

3.2.2. Psychische Arbeitsbelastungen 183

3.2.3. Gruppenspezifische Belastungen: Angestellte - Frauen 185

3.2.4. Arbeitsbelastung und Angebotsgestaltung 187

3.3. Selbstverwirklichung und Mitbestimmung im Arbeitsbereich als Voraussetzung für autonomes Handeln in der Freizeit 188

3.3.1. Arbeits- Freizeitorientierungen, Arbeitszufriedenheit 188

3.3.2. Industrielle Demokratie und Strategie der Durchsetzung 19o

3.3.3. Humanisierung der betrieblichen Arbeitsbedingungen 193

3.3.4. Modelle der Arbeitsumgestaltung 194

3.4. Betriebliche Freizeiteinrichtungen und -Angebote 197

4. DIE SIEDLUNGS- UND WOHNVERHÄLTNISSE ALS RAHMENBEDINGUNGEN FÜR FREIZEITMÖGLICHKEITEN UND ANGEBOTSNUTZUNG

4.1. Ansätze zur Stadt-Land-Differenzierung 199

1. Soziologische Abgrenzungen, 2. Wirtschafts-Gemeinde-Statistik, 3. Verwaltung, Regional-, Raumplanung

4.1.1. Der ländliche Raum in der Freizeitforschung 202

1. Themenbereiche 2. Regionale Disparitäten in der Freizeitinfrastrukturausstattung 3. Die Übernahme von Freizeitteilfunktionen in ihrer Relevanz für die Freizeitmöglichkeiten der Bewohner ländlicher Gebiete

4.1.2. Freizeitrelevante Implikationen gemeindebezogener Rahmenbedingungen im ländlichen Raum 207

1. Konzepte der Raumentwicklung 2. Die ländliche Infrastrukturentwicklung 3. Freizeit im Kontext kultureller und sozialer Gemeindestrukturen 4. Zusammenfassung

4.2. Freizeitrelevante Rahmenbedingungen der großstädtischen Siedlungsstruktur 223

4.2.1. Großstadtkritik und städtebauliche Utopien 223

Seite

4.2.2. *Funktionsentmischung und soziale Segregation* 225

1. Funktionstrennung in Trabantenstädten und im Stadtzentrum 2. Funktionsentmischung und Freizeitzentren 3. Prozesse sozialer Segregation

4.2.3. *Öffentlichkeit und Kommunikation* 237

1. Innenstadt und Quartiersöffentlichkeit 2. Beispiele geplanter Sozialeinheiten 3. Partizipation im Wohnungs- und Städtebau

4.2.4. *Die Stadt als soziales System* 246

4.3. *Sozialstrukturelle Effekte der Wohnverhältnisse auf die Freizeitmöglichkeiten* 248

5. DER BILDUNGSBEREICH ALS RAHMENBEDINGUNG FÜR FREIZEITMÖGLICHKEITEN UND ANGEBOTSNUTZUNG

5.1. *Freizeitpädagogik als "überinstitutionelles" Konzept der Freizeitbildung* 255

5.2. *Struktur und Inhalte der institutuonalisierten Bildung* 255

5.2.1. *Strukturmerkmale der Bildungsinstitutionen* 258

5.2.2. *Regionale Disparitäten im Bildungswesen* 261

5.3. *Institutionen des Bildungswesens als Freizeitmöglichkeiten und -Angebote* 263

5.3.1. *Mehrfachnutzung von Schulräumen, Nachmittagsangebote* 264

5.3.2. *Problemorientierte Freizeitangebote im Bildungsbereich Drogensucht/Alkoholismus - Jugendkriminaliät - psychische Störungen* 265

6. DAS VERHÄLTNIS VON ANGEBOTEN, EINRICHTUNGEN, INNER-INSTITUTIONELLER RAHMENBEDINGUNGEN UND ÄUSSERER RAHMENBEDINGUNGEN

6.1. *Begriff, Typologie,und Bedarfsermittlung von Freizeiteinrichtungen in Ballungsräumen* 271

6.2. *Dimensionierung, Gestaltung, Zugangs-Nutzungschancen, innerinstitutionelle Wert- und Normenstruktur und personelle Ausstattung als Bestimmungsfaktoren des Freizeitwertes von Erholungs- und Sporteinrichtungen* 274

7. ZUSAMMENFASSUNG 283

1. Inhalte der Freizeitforschung 2. Praxisrelevante Folgerungen

LITERATUR/ANMERKUNGEN 292

TABELLARISCHER ANHANG 320

EINFÖHRUNG

1. Soziologische Freizeitforschung und ihre gesellschaftliche Relevanz

Freizeit im gebräuchlichen Sinne hat sich als Objekt der Soziologie bereits frühzeitig in verschiedenen Ländern etabliert. So wurden bereits zu Beginn des Jahrhunderts in der Sowjetunion mit planerischen Zielsetzungen der staatlichen Institutionen Zeitbudgeterhebungen durchgeführt, da man glaubte, mit den objektiven Vorgängen des Verbrauchs an Zeit und Geld die reale Existenz des Menschen abbilden zu können.[1] In den USA stehen empirische Arbeiten zu einzelnen Themenbereichen wie "Verhalten gegenüber Massenmedien", "Teilnahme an freiwilligen Vergnügungen", "Parkbenutzung" (outdoor recreation), "Teilnahme an Veranstaltungen mit Eintrittsgeld" (paid entertainement) sowie Gemeindestudien und Untersuchungen über das Familienleben als Kontext für gewählte Verhaltensweisen in der Freizeit im Vordergrund.[2] Nach 1945 ist besonders die Studie von D. Riesmann[3] zu nennen, der die Bedeutung von Freizeit als Ort, an dem sich ein der neuen Gesellschaft entsprechender Menschentyp, der "außengeleitete Mensch", entwickelt und verwirklicht, hervorhebt. In Deutschland haben kulturkritische und sozialpädagogisch motivierte Literatur einerseits sowie die quantitativ erhebliche empirische Freizeitforschung wenig Berührungspunkte. Bei letzterer stehen sich Datensammlungen der Umfrage-Institute[4] sowie zwei akademische Gruppierungen um H. Schelsky (Blücher, Kluth) und um R. König und E.K. Scheuch (Klausmeier, Lüschen, Schneider) gegenüber. Während die mit Schelsky verbundenen Forscher vor allem Wandlungs-

---

[1] Siehe: K. Pütz, Zeitbudgetforschung in der Sowjetunion, Meisenheim 197o; ähnliche Zielsetzungen werden heute in der DDR verfolgt; siehe: G. Lippold u.a., Das Zeitbudget der Bevölkerung, Berlin 197o; in Bezug auf Stadtplanung neuerdings auch in der BRD: F. Böltken, Time-Budget-Analyse als Informationsinstrument für Stadtforschung und Stadtplanung, unveröffentlichtes Manuskript, Universität Köln, 1974.

[2] E.K. Scheuch, Soziologie der Freizeit, Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 2, Hrsg.: R. König, Köln 1969, S. 745 f.

[3] D. Riesmann, Die einsame Masse, Hamburg 1958, S. 161 ff.

[4] Hierzu ist zu bemerken, daß viele dieser Umfragen Zwecken der Konsum- und Marktforschung dienen und von den Institutionen nicht veröffentlicht werden, bzw. nur gegen hohe Vergütung abgegeben werden. Daneben engt diese Zielsetzung den Interpretationsspielraum für eine sozialwissenschaftliche Sekundäranalyse ein.

prozesse in der Jugend aufzeigen wollen, geht es der letzteren Gruppierung mehr um eine allgemeine Bestandsaufnahme von Verhaltensweisen, die sich auf die Freizeit als Raum von Interaktionen beziehen.[1]

Betrachten wir etwas genauer die einzelnen Ansätze im Umkreis soziologischer Freizeitforschung,[2] so lassen sich vier Typen unterscheiden.[3]

(1) Von den kultur- und zivilisationskritischen Studien[4] werden heutige Verhaltensweisen in der Freizeit auf dem Hintergrund von Wertvorstellungen einer freizeitprivilegierten Aristrokratie früherer Jahrhunderte thematisiert, unbescheidet der Tatsache, "daß wir über das tatsächliche Verhalten der Menschen in der Freizeit weniger wissen, als die Kritiker der Freizeitverwendung voraussetzen."[5] Objektive Grundlage dieser Ansätze ist nach Schelsky, daß sich unsere Gesellschaft "von einer primär durch industrielle Produktionserfordernisse bestimmten Verfassung in die einer Freizeitgesellschaft wandle."[6] Ausgangspunkt war die neue Verteilung von Freizeit auf einzelne Bevölkerungsschichten in den letzten 5o Jahren, die Freizeit nicht mehr als Privileg o.g. Schichten erscheinen ließ, wie sie Th. Veblen in seiner "leisure class" beschrieben hat. Demgegenüber interpretieren

---

1) Siehe E.K. Scheuch, a.a.O., S. 751.

2) Ansätze der neueren Freizeitpädagogik (siehe 5.1.), ökonomisch orientierte (z.B. C.A. Andreae, Ökonomik der Freizeit, Reinbek bei Hamburg 197o; B. Külp, R. Müller, Alternative Verwendungsmöglichkeiten wachsender Freizeit, Göttingen 1973) sowie freizeit-historische Studien (W. Nahrstedt, Die Entstehung der Freizeit, Göttingen 1972) sollen hierbei nicht berücksichtigt werden.

3) Diese Einteilung, die planungsrelevante und praxisorientierte Literatur freilich unberücksichtigt läßt, findet sich bei M. Osterland u.a., Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Göttingen 1973, S. 227 ff, S. 366 ff.

4) z.B. E. Weber, Das Freizeitproblem, Anthropologisch-pädagogische Untersuchung, München, Basel 1963; G. Friedmann, Grenzen der Arbeitsteilung, Frankfurt/M 1969; H. Plessner, Die Funktion des Sports in der modernen Gesellschaft, in: Leibeserziehung und Sport in der modernen Gesellschaft, Weinheim 1966.

5) E.K. Scheuch, Die Freizeit in der Massengesellschaft, in: Universitätstage 1965, Wissenschaft und Planung, Berlin 1965; C.A. Andreae, a.a.O., S. 1o: "Leider haben wir es hier überwiegend mit einer Domäne schreibender Dilettanten zu tun, die in ihrer Freizeit die Freizeit ihrer Mitbürger kritisieren."

6) Im Vorwort zu V.G. Blücher, Freizeit in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart 1956; zum Realitätsgehalt der These von der Freizeitgesellschaft siehe Teil 1.

Hansen/Lüdtke diese Ansätze, die Freizeitverhalten mit von konkreten Tätigkeiten abstrahierenden philosophisch-antropologischen Begriffen wie Muße, Müßiggang, Sittlichkeit, Laster, sinnerfüllte vs. sinnentleerte Freizeitverwendung bewerten, als Reaktionsform von Vertretern der spätbürgerlichen, "gehobenen Kultur", die durch die sog. Massenfreizeit bedroht sei. Zudem seien die Lebenserfahrungen der Betrachter von Freizeit und derjenigen Gruppen, die neuerdings "freigesetzt" sind, so ungleich, daß eine einfache Übertragung von Maßstäben und anderen Kategorien problematisch wird.[1)]

(2) Eine zweite Gruppe von Untersuchungen sucht in meist unkritischer deskriptiv-falsifizierender Weise ein isoliertes Phänomen "Freizeit" als disponible Zeit, arbeitspolare Welt, Konsumzeit[2)] zu erfassen, wobei die jeweiligen Abgrenzungen von Arbeits- und Freizeit, Halbfreizeit, echte Freizeit usf. den Bezugspunkt vermissen lassen, auf dessen Hintergrund eine Typologie erst stringent erscheint.[3)] Für die vorliegende Untersuchung wird auf diese Arbeiten jedoch insoweit zurückgegriffen, als ihre Daten zur Darstellung des Zusammenhangs von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Freizeitverhalten verwertbar erscheinen, wenngleich die Komplexität der Vermittlungszusammenhänge kaum explizit in die Anlage dieser Erhebungen einbezogen wurde.

(3) Die Zeitbudgetforschung[4)] geht in ähnlicher Weise von einer Zweiteilung in Arbeitszeit und "Restzeit" aus, von der dann Nicht-Freizeitelemente abgezogen werden. Der Informationswert der Daten liegt besonders

---

1) R.M. Hansen, H. Lüdtke, Sozialwissenschaftliche Grundlagen einer modernen Freizeitpädagogik, in: Deutsche Jugend 19, H. 9-11.

2) z.B. V.G. Blücher, Das Freizeitproblem und seine praktische Bewältigung, in: H. Giesecke, Freizeit und Konsumerziehung, Göttingen 1968; E.K. Scheuch, Soziologie der Freizeit, a.a.O.; ders., Die Problematik der Freizeit ..., a.a.O.; R. Wald, Industriearbeiter privat, Stuttgart 1966; zu dieser Gruppe können auch die meisten empirischen Studien der Umfrageinstitute und Untersuchungen kommunaler Planungsstellen gerechnet werden.

3) Osterland u.a., a.a.O., S. 367.

4) Die bedeutendste Erhebung dieser Art stellt das internationale Zeitbudgetprojekt dar, siehe: S. Szalai, The use of time, Den Haag, Paris 1972; E.K. Scheuch, Die Verwendung von Zeit in West- und Osteuropa, in: GFM-Mitteilungen, 13.Jg.1967, S. 68. In der BRD sind nur wenige echte ZB-Erhebungen durchgeführt worden: Infas, Zeitbudgeterhebung in NRW, Bd. 5, Das Tagebuch, Bonn/Bad Godesberg 1973; TIME'74, Gesellschaft für Konsumforschung, München 1974; D. Apel u.a., Soziologische Analyse der Gropiusstadt, DIFU, Berlin 1974; siehe auch 2.1.2., zur Methode: B.v. Rosenbladt, Tagesläufe und Tätigkeitssysteme, in: Soziale Welt 2o/1969; G. Lippold, a.a.O.

in der Darstellung von Tätigkeitsstrukturen und der Möglichkeit der Gewichtung der Bedeutung einzelner Tätigkeiten aufgrund der dafür aufgewendeten Zeitdauer. Der spezifische Charakter von Tätigkeiten für soziale Gruppen und der Einfluß der materiell-institutionellen Rahmenbedingungen kann aufgrund des mehr oder minder abstrakten Kategorienssystems kaum erschlossen werden.

(4) Zuletzt wird Freizeit unter dem Aspekt ihrer Funktionen - insbesondere der zur Arbeitswelt komplementären (Kompensation, Suspension, Regeneration) - erfaßt, wobei sich Freizeit gegenwärtig immer noch als "Rest" zur zentralen Kategorie der Arbeit bestimmt.[1] Osterland u.a. bewerten diese auf Verhalten und Bewußtsein des Individuums bezogenen Funktionen der Freizeit vor allem hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Aufrechterhaltung des bestehenden gesellschaftlichen Systems: Zum einen hilft Freizeitverhalten bestimmte Normen und Werte wie Leistungsstreben, Arbeitsdisziplin etc. zu internalisieren und wirkt eher vereinzelnd und entpolitisierend, andererseits eröffnet Freizeit aber auch die Möglichkeit, innerhalb der außerbetrieblichen Sphäre politisch aktiv zu werden.[2] Eine zentrale Rolle spielt dabei auch der Begriff der Manipulation der Wünsche, Normen und Verhaltensweisen des Einzelnen durch Werbung, Massenmedien und Freizeitpolitik.

Die hier grob und teilweise verkürzt dargestellten Betrachtungsweisen des "Freizeitproblems" haben gemeinsam, daß ihnen der Bezug auf Strukturen und analysierbare Teilbereiche des gesellschaftlichen Ganzen abgeht und so ein verzerrter Eindruck der sozialen Realität, des inneren Vermittlungszusammenhangs von materiell-institutionellen Rahmenbedingungen[3], sozialer Struktur und von beobachtbaren Formen von Verhaltens-

---

[1] J. Habermas, Soziologische Notizen zum Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit, in: H. Giesecke, a.a.O.

[2] Osterland u.a., a.a.O., S. 368.

[3] In höchst allgemeiner Form werden z.B. bei E.K. Scheuch "vier wesentliche Veränderungen in den objektiven Lebensbedingungen (Zeiteinteilung, "Prozeß der Freisetzung", Arbeitsprozeß, Arbeitsteilung) angeführt, ihr systematischer bzw. empirischer Zusammenhang mit der Freizeit bleibt im folgenden Text jedoch unklar.
E.K. Scheuch, Soziologie der Freizeit, a.a.O., S. 740 ff.

weisen in der Freizeit sowie des Charakters von Freizeit überhaupt entsteht. Darüberhinaus wird die Frage nach der Relevanz der Studien für gesellschaftlich-politisches Handeln, nach dem Zusammenhang von Theorie und Praxis weitgehend ausgeklammert, was einem positivistischem, aus der analytischen Wissenschaftstheorie entsprungendem Theorieverständnis solcher Freizeitforschung geschuldet ist.

Die weitestgehende Perspektive bieten hier die unter (3) und (4) skizzierten Ansätze, die Freizeit zumindest auf abstrakte Kategorien des Arbeitsbereichs bezogen problematisieren und somit tendenziell der Ideologie der Freizeit als von sozialen Tatsachen und Gesellschaftsstrukturen abgehobenem Freiraum entgegentreten.[1] Der Ansatz von Habermas läßt lediglich die Arbeitsverhältnisse als Determinanten von Freizeitverhalten gelten, womit sowohl die Bedingungen für die Freizeit der nicht-erwerbstätigen Bevölkerung (Hausfrauen, Alte, Kinder ...) als auch der Einfluß anderer gesellschaftlicher Teilsysteme, Strukturen und mögliche Eingriffsstellen für politisches Handeln übergangen werden, zumal Habermas nicht den Versuch unternimmt, Arbeit i.S.v. "Kapitalverhältnis" zu analysieren und darüber wiederum das Vermittlungsverhältnis weiterer Rahmenbedingungen mit dem Freizeitbereich herzustellen.[2] Obwohl die Thesen nach Einbeziehung der gesamtgesellschaftlichen Strukturen in Teilbereichsanalysen besonders von Vertretern der kritischen Theorie formuliert wurden[3] und sogar weit-

---

1) Damit wird nicht geleugnet, daß Freizeit tatsächlich begrenzte Freiräume für Verhaltensbeliebigkeit bereitstellt, aus heuristischen Gründen erscheint die Hypothese der Eingebundenheit der Freizeit in die gesellschaftliche Totalität für die vorliegende Untersuchung jedoch fruchtbarer.

2) Die vorliegende Untersuchung ist diesbezüglich auf einer mittleren, handlungsbezogenen Ebene anzusiedeln, die eine Analyse des Vermittlungszusammenhangs der Rahmenbedingungen mit ökonomischen Grundstrukturen nicht mit umfassen könnte, ohne ihre Operationalität zu verlieren. Hier sei auf die zahlreichen kritischen Arbeiten im Bereich der Klassenanalyse, der Bildungsökonomie und zum "kapitalistischen Städtebau" usf. verwiesen.

3) Siehe: M. Horkheimer, Traditionelle und kritische Theorie (1937), Frankfurt a. M. 1968, S. 21: "Es wird immer wieder hervorgehoben, daß dieselben (Erkenntnis-)Gegenstände in der einen Disziplin Probleme bilden, die in kaum absehbarer Zeit zu lösen sind und von der anderen als schlichte Tatbestände hingenommen werden". Ebenso betont Horkheimer, daß die wissenschaftlichen Ergebnisse nicht anderen, Politikern, quasi zur Anwendung überlassen werden dürfen, sondern der Forscher selbst bereits Auswahl seiner Probleme und Aufbau der Theorie auf Ziele beziehen muß, welche die Gesellschaft im ganzen betreffen.

gehend deskriptiv-klassifizierende Ansätze den Bezug ihrer Ergebnisse auf soziale Planung als Voraussetzung ihrer Relevanz ansehen[1], bleiben derartige Forderungen weitgehend proklamativ. Traditionelle Freizeitforschung fördert damit eher ein diffuses politisch-planendes Verhalten im Bereich der Freizeitpolitik, als den Spielraum möglicher gesellschaftlicher Realisation auszuschöpfen und bei den Problemstellungen zu antizipieren.[2]

In der vorliegenden Untersuchung wird daher versucht, auch den politischen Bezugsrahmen, in dem Freizeitforschung relevant wird, zu explizieren und aus den Ergebnissen der Teilbereichsuntersuchungen konkrete Folgerungen für die Praxis abzuleiten. Quasi exemplarisch wird der materiell-institutionelle gesellschaftliche Bezugsrahmen durch die allgemeinen Rahmenbedingungen Arbeit, Siedlungs-, Wohnverhältnisse und Bildung sowie die Struktur der Freizeiteinrichtungen und -angebote thematisiert. Gleichzeitig werden Ergebnisse der empirischen Freizeitforschung hinsichtlich ihrer Aussagefähigkeit bezüglich dieser Rahmenbedingungen untersucht und unter verschiedenen Aspekten zu erklären versucht.

---

1) E.K. Scheuch, 1969, a.a.O., S. 735: "Der Weg für eine soziologische Analyse der Freizeit wird erst frei, wenn die ... Diskussion über Freizeit in Industriegesellschaften nicht als bloße Reflexion über das Objekt Freizeit verstanden wird, sondern als Beschäftigung mit den Symptomen eines komplexen Prozesses der qualitativen Veränderung von technisch entwickelten Gesellschaften". und ders., a.a.O., S. 749: "Zunehmend wird Freizeit zu einem Objekt der Sozialplanung und ist dabei, Grundlage und Gegenstand für eine allgemein verstandene Gesellschaftsplanung zu werden."
Eben dies sieht Lüdtke (Freizeit in der Industriegesellschaft, Opladen 1972, S. 12) als Voraussetzung der Erfüllung seiner Forderung nach Emanzipation "entfremdeter" Bevölkerungsschichten von ökonomischen und sozialen Zwängen bzw. des Individuums zu neuen Spielarten der Selbstverwirklichung und Bedürfnisbefriedigung an.

2) D. Affeld, Zur Planungstauglichkeit sozialwissenschaftlicher Freizeitforschung, in: Informationen, Institut für Raumordnung, Nr. 24/1971.

Der Bezug auf mögliche planungsrelevante Aussagen soll auch zeigen, wie sehr traditionelle Freizeitforschung letztendlich nicht an Kriterien der "Wahrheit" i.S. der analytischen Wissenschaftstheorie zu messen sein wird, sondern an der Aussagekraft hinsichtlich der Verbesserung konkreter Lebensverhältnisse.[1)]

Die vorliegende Arbeit soll somit eine "Zwischenbilanz" gegenwärtig möglicher empirisch abgesicherter Aussagen über Freizeit als Phänomen am Schnittpunkt verschiedener gesellschaftlicher Teilbereiche geben und alternative Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigen. Bei der Entwicklung dieser Herangehensweise wurde freilich eine große Zahl von Studien und Reflexionen eher feuilletonistischen Charakters zum Freizeitproblem aussortiert. Dafür wurde auf eine sorgfältige Auswertung und Problematisierung der Interpretationsmöglichkeiten der Ergebnisse empirischer Freizeitforschung und angrenzender Disziplinen (z.B. Arbeitswissenschaften, Raumforschung) auf dem Wege einer Sekundäranalyse besonderer Wert gelegt.

[1)] Problemstruktur und Aufgabenstellung im einzelnen siehe Punkt 3.

2. Freizeitpolitik: Gegenstand und politische Zuständigkeiten

Freizeitpolitik im Sinne einer Planung von Freizeiteinrichtungen, Erlaß von Verordnungen und finanziellen Bezuschussungen, die den Bereich Freizeit tangieren, erscheint als Widerspruch zum Postulat der "Freiheit in der Freizeit", das angesichts der "Verplanung" und Fremdbestimmung in der Arbeitswelt der Industriegesellschaft seine Berechtigung zu haben scheint. Andererseits zeigt die zunehmende Beeinflussung durch eine allgegenwärtige Werbung ebenso wie die Situation in den Ballungsräumen und ländlichen Gebieten, daß die Qualität der Umwelt im Sinne einer umfassenden Lebensqualität entscheidend die Entfaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume in der freien Zeit einschränkt. Daraus wird der Konflikt deutlich, in dem sich politische Planung gegenüber der Freizeit ihrer Bürger befindet: Sie muß einerseits die private und individuelle Sphäre respektieren, andererseits aber doch Vorsorge treffen, die allerdings nur auf Grund bestimmter inhaltlicher Annahmen geleistet werden kann. Es würde hier allerdings zu weit führen, die Entwicklung von Freizeit als Gegenstand öffentlicher Planung nachzuzeichnen.[1)]

Als Antwort auf eine kleine Anfrage im Bundestag wurde erstmals 1974 ausführlich und differenziert von der Bundesregierung zum Thema Freizeit Stellung genommen.[2)]

---

1) siehe hierzu: F. Lenz-Romeiss, Freizeitpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden, i.A. der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, München 1975, S. 25 ff.
Zu einer konkreten Darstellung der Maßnahmen zur Freizeitplanung auf verschiedenen Verwaltungsebenen siehe: Freizeitpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden, Freizeitkongreß 1974 in Garmisch-Partenkirchen, Hrsg.: DGF, Düsseldorf 1975; allgemeiner: H. Kohl, Freizeitpolitik, Frankfurt/Köln 1976.

2) siehe BT-Drucksache 7/1948, v. 2.4.1974.

Auf Bundesebene bestand bis vor kurzem keine formale Zuständigkeit für Freizeitfragen, vielmehr werden in einer Vielzahl an Ressorts in den Ministerien Freizeitfragen "mitverwaltet"; überblickt man die freizeitpolitische Zuständigkeitsverteilung in der BRD, so zeigt sich eine

- Zersplitterung der Kompetenzen, sowohl vertikal als auch horizontal
- Heterogenität und mangelnde Ausprägung freizeitpolitischer Instrumente
- weitgehende Identität von Freizeitpolitik und Freizeitförderungspolitik

Inhaltlich lassen sich auf Bundesebene als Ziele und Maßnahmen bestimmen:

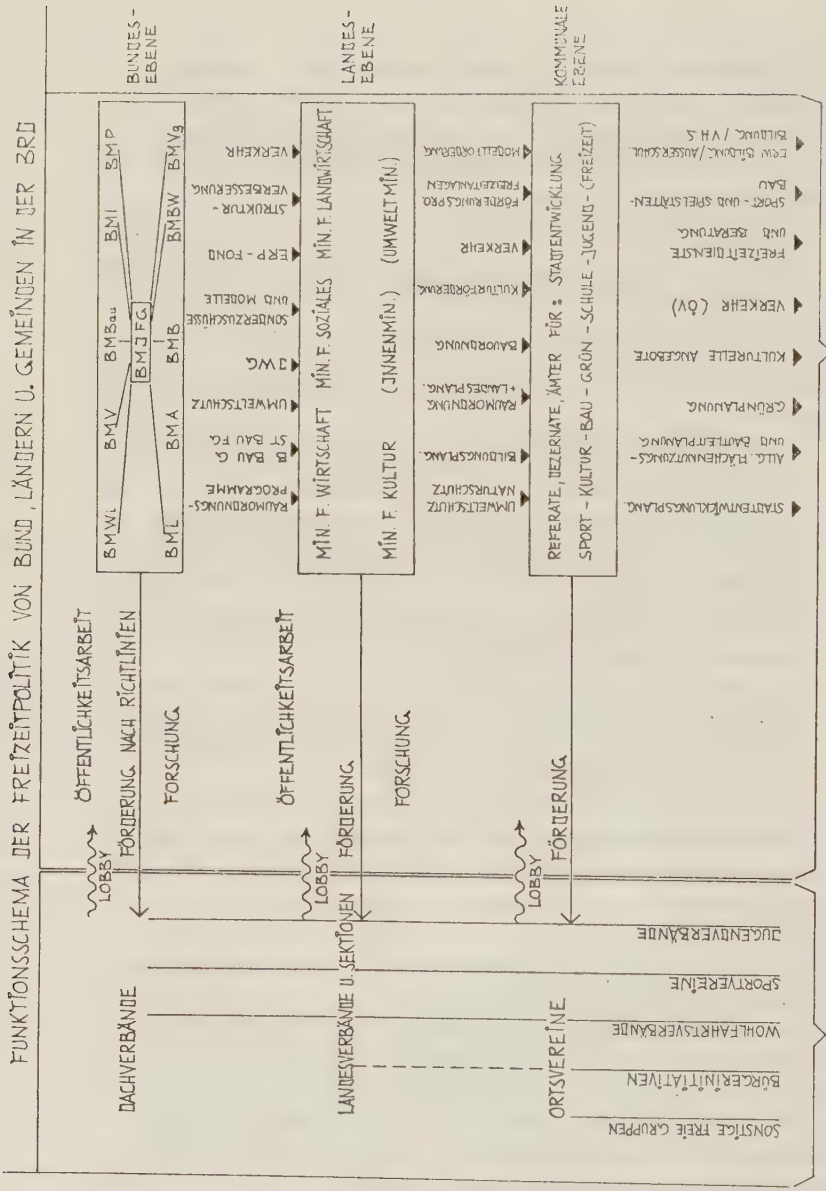
- Sozialpolitik: Ausgleich von Disparitäten zwischen sozialen Gruppen im Freizeitbereich (Humanisierung der Arbeitswelt, Sozialzentren, Jugendarbeit, Freizeit für Behinderte)
- Raumordnung [1]: Ausgleich räumlicher Disparitäten, Sicherung von Freiflächen, Erreichbarkeit eines Gebietes, infrastruktureller Ausbau, Verminderung von räumlichen Überlagerungen störender Kombination sich ergänzender Freizeitformen usw.
- Wohnungs- und Städtebau: "angemessene" Berücksichtigung von Freizeitbelangen im Städtebau (Freizeitangebote im näheren Wohnbereich, Modelleinrichtungen)
- Bildung: Fähigkeit und Bereitschaft, Freizeit als Freiheitsraum zu erkennen, Eigeninitiative und Engagement zu entwickeln... Freizeitaspekte sind in der Bildungspolitik noch völlig vernachlässigt, indirekt: Bildungsurlaub,Erwachsenenbildung, ausserschulische Jugendbildung, Schulsport.

Im Bereich der Länderzuständigkeiten ist Freizeit in der Realität auf zwei Schwerpunkte beschränkt: Die Verbindung von Freizeit mit Landschaft/Natur und mit Sport/Spiel, möglichst in "konzentrierten" Anlagen außerhalb der Ballungsräume. Die Bedeutung von Freizeit in der Jugendförderung, Kunst, Kultur, Wohnungs- und Städtebau und bei der Sozialpolitik für bestimmte Gruppen wird in Programmen und Maßnahmen noch weitgehend vernachlässigt [2].
Bei den Gemeinden wird die traditionell hinderliche Kompetenzzersplitterung zwischen bis zu sieben Ämtern auf unterschiedliche Weise zu überwinden versucht. (Koordinierungsausschuß, Facharbeitsgruppe, eigenes Amt etc.) Inhaltlich ist in der kommunalen Freizeitplanung eine langsame Abwendung von der Ausrichtung auf die naturbezogene Grün- und Freiflächenplanung zu spezifisch städtischer Freizeit im sozio-kulturellen und partizipatorischen Bereich festzustellen- zumindest in den Zielvorstellungen. [3] Diese Tendenz wird insbesondere

---

[1] BT-Drucksache 7/1548

[2] siehe F. Lenz-Romeiss, aaO., S. 1oo [3] ebenda , S. 125



Quelle: F. Lenz-Romeiss, aaO., S.69

durch die Erkenntnis gefördert, daß die Lebens- bzw. Freizeitqualität einen zentralen Stellenwert für die Attraktivität und damit die sozio-ökonomische Entwicklung der Städte hat.

3. Problemstruktur der Untersuchung: Aufgabenstellung.

Ziel der Untersuchung ist es, zu zeigen, inwieweit eine Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten sozialer Gruppen durch eine Änderung von Bedingungen erreicht werden kann, die nach vorliegenden Erkenntnissen für beobachtbare Formen des Freizeitverhaltens als ursächlich zu betrachten sind und inwieweit spezielle Angebote oder Freizeiteinrichtungen erforderlich sind. Dabei stellt sich vor allem das Problem, inwieweit dabei das Ziel eines Abbaus disparitärer Freizeitmöglichkeiten sozialer Gruppen im Vordergrund stehen soll oder ob nicht zentralen gesellschaftlichen Strukturelementen (städtische Lebensweise), Zeitsystem (Arbeitsteilung), die zur vertikalen sozialen Gliederung horizontal liegen , die gleiche Bedeutung zukommt. Beim ersten Ansatz würde notwendiges Ziel die Angleichung als defizitär erkannter Lebenssituationen an einen zu ermittelnden"Standard" sein, der an der jeweils am meisten "begünstigten Gruppe" orientiert sein könnte oder aber an einem "Mittelmaß", das einen Verzicht an Freizeitchancen bislang privilegierter Gruppen zugunsten der Benachteiligten implizieren müßte. Demgegenüber können mit dem zweiten Ansatz Alternativen skizziert werden, die für alle sozialen Gruppen mehr oder weniger große Verbesserungen ihrer Freizeitsituation bewirken, weshalb in der Untersuchung beide Herangehensweisen kombiniert werden. Als Rahmenbedingung, deren Relevanz auf verschiedene Freizeitaktivitäten und Angebotsbedarf im Bereich Sport und Erholung zu prüfen ist, wurden

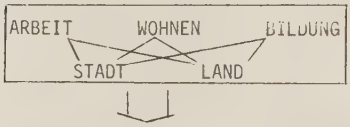
- Arbeitsverhältnisse
- Siedlungsformen und Wohnverhältnisse
- Bildung

bestimmt, wobei davon ausgegangen wurde, daß diesen Rahmenbedingungen in einem Ballungsgebiet bzw. Großstadt und im ländlichen Raum eine unterschiedliche Bedeutung zukommt.

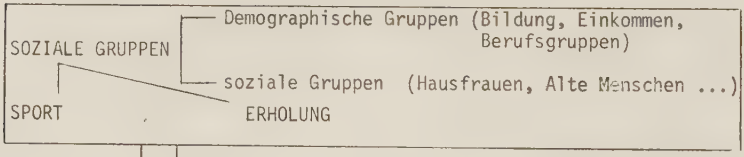
Problemstruktur:

Idealtypisch lassen sich folgende Relationen der Untersuchungsvariablen thematisieren, wobei als zentraler Bedingungszusammenhang die Effekte der Rahmenbedingungen (als materiell-institutionelle) auf Freizeitverhalten (als empirisch beobachtbar) und damit auf Nutzung von Angeboten / Einrichtungen angesehen werden:

1 RAHMENBEDINGUNGEN



2 FREIZEITVERHALTEN - Freizeitbedürfnisse



3 FREIZEITEINRICHTUNGEN / ANGEBOTE

- Die Frage, welche Aspekte der thematisierten Rahmenbedingungen eigentlich für Freizeitverhalten relevant werden, ist empirisch kaum untersucht, weshalb auch schwer Prognosen über die Effekte bestimmter Änderungen auf Freizeitverhalten gezogen werden können - obgleich das bei einzelnen der skizzierten Alternativen, z.B. Arbeitszeitverteilungen, Bildungsinhalte, -struktur auch aus Ergebnissen von Teil 2 relativ offenkundig ist .(Teil 1,3,4,5) Der Vergleich"disparitärer Gruppen" führt hier insofern nicht viel weiter, da davon auszugehen ist, daß letztlich nur das Zusammenwirken positiver bzw. negativer Ausprägungen der Rahmenbedingungen für Freizeitverhalten (der "Unterschicht" bzw."Oberschicht" als Ausdruck eines Milieus, das relativ konsistent positive bzw. negative Ausprägungen der Rahmenbedingungen umfaßt.) relevant wird. Um jedoch operationale Hinweise für die Verbesserung hypothetisch relevanter einzelner Aspekte der Rahmenbedingungen geben zu können, werden empirisch aufzeigbare Disparitäten ausgewertet und mögliche Alternativen skizziert.

- in Teil 2 wird die Zuordnung von sozialen/demographischen Gruppen und Freizeitverhalten - (als Substrat jeglichen Bedarfs nach Einrichtungen und Angeboten) betrachtet. Die Aussagekraft der empirischen Daten ist hier insofern beschränkt, als sie eine Reduzierung auf statistische Gruppen (Berufsgruppen, Bildungsstand, Einkommen, Alter usf.) impliziert, die in der Realität nicht durchgängig einer sozialen Gruppe zugeordnet werden können. Andererseits werden hierbei Effekte der Rahmenbedingungen auf Freizeitverhalten deutlich, die unabhängig zu anderen Variablen wirksam werden. Die Gesamtheit der realen Lebenssituationen sozialer Gruppen, - ihrer konkreten Lebenswelt - wird in der empirischen Freizeitforschung, bei der diese Gruppen lediglich unter verschiedenen quantitativen Ausprägungen der statistischen Merkmalsdimensionen erscheinen, kaum thematisiert.

  Dennoch erschien es sinnvoll, das vorhandene empirische Material auszuwerten, - wenngleich dies vom Leser einige Geduld beim Lesen der Tabellen erfordert- , da über personenbezogene Merkmale wie "Berufsgruppe", "Bildungsstand" auf Wirkung der materiell-institutionellen Struktur der Rahmenbedingungen geschlossen werden kann. Die Darstellung der Beziehung der einzelnen Angebots - bzw. einrichtungsrelevanten Freizeitaktivitäten im Bereich Sport und Erholung zu diesen Variablen zeigt konkreter die sozial selektiv wirkenden und veränderbaren Aspekte dieser Bereiche auf, als es etwa mit globalem Schemata über die "Verteilung von Freizeitchancen" erreicht werden kann, womit bezüglich der Relevanz einzelner Aspekte der Rahmenbedingungen und von Freizeitsituationen für die betroffenen Gruppen noch nichts ausgesagt ist (Beispiel Tab. 71).

- Ein stringenter Vergleich, wie sich die Lebenssituation der Großstadt bzw. des ländlichen Raumes auf Freizeitbedürfnisse auswirkt, ist angesichts des Fehlens diesbezüglicher empirischer Aussagen kaum durchführbar. Land bzw. Stadt erscheinen hier allenfalls als "Ortsgrößenklassen", weshalb sich der Aussagebereich auf das Aufzeigen "regionaler Disparitäten" bei den Rahmenbedingungen ebenso wie bei Freizeiteinrichtungen und -Angeboten beschränken muss, - wenngleich auch auf interpretierendem Weg - Schlüsse auf Freizeitmöglichkeiten gezogen werden. (Teil 4)

- Auf der Ebene der Angebote und Einrichtungen wird untersucht, wieweit Gestaltung und Nutzungsbarrieren für soziale Gruppen selektiv wirken und wieweit sich i.V.m. Veränderungen der Rahmenbedingungen über höhere Kapazitätsauslastungen u.ä. eine Erweiterung u.U. erübrigt. Dabei wird auch berücksichtigt, ob eine Änderung der Rahmenbedingungen nicht etwa neue Angebote erfordern wird und ob eine qualitative Verbesserung der Angebote nicht erst neuen Bedarf weckt. Insgesamt wird davon ausgegangen, daß die Frage nach veränderten Rahmenbedingungen bzw. zusätzlichen Angeboten keine Alternative markiert, sondern ein Feld sozialen Handelns umschreibt, in dem subjektive Motivationen, Wertorientierungen, materiell-institutionelle Rahmenbedingungen und Formen von Freizeiteinrichtungen- und Angeboten wechselseitig aufeinander bezogen sind. (Teil 2 und 6)

1. ENTWICKLUNGEN DER ARBEITSZEITEN UND DES FREIZEITPOTENTIALS ALS RAHMENBEDINGUNG FÜR FREIZEITMÖGLICHKEITEN UND DER NACHFRAGE NACH EINRICHTUNGEN UND ANGEBOTEN

Als allgemeinste Rahmenbedingung für Aussagen über den Bedarf und die Nachfrage nach Freizeiteinrichtungen und-Angeboten stellt sich das Ausmaß der freien Zeit dar, das einzelnen Bevölkerungsgruppen zur Verfügung steht. Obwohl es sich hierbei vorwiegend um eine quantitative Darstellung handelt, die vom Inhalt der Freizeitbedürfnisse und -Erwartungen abstrahiert, kann hieraus vor allem deutlich werden:

- wieweit einzelnen Berufsgruppen, auf Grund ihrer tatsächlichen arbeitsgebundenen Zeit "Freizeit" verbleibt,
- wieweit als Determinante die Arbeitsverhältnisse der Wirtschaftssektoren eine Rolle spielen,
- welche Berufsgruppen auf Grund ihrer Arbeitszeitverteilungen in der Wahrnehmung von Freizeitmöglichkeiten benachteiligt sind,
- welche Faktoren für die Aufteilung der Entwicklung von Arbeitszeit und Freizeit von Bedeutung sind.

Eine relativ ausführliche Darstellung dieser Situation erscheint vor allem deshalb wichtig, da in der öffentlichen Meinung häufig von der These einer wachsenden Freizeit ausgegangen wird, als ob sich unsere Gesellschaft unmittelbar vor einem Mutationssprung in die "nach-industrielle Freizeitgesellschaft" befinde und damit qualitativ völlig neuartige Probleme bevorstünden. Daneben ist die Analyse der Arbeitszeiten und quantitativer Freizeitpotentiale deshalb von Bedeutung, da die empirische Freizeitforschung vorwiegend Informationen über die Häufigkeit und Dauer einzelner Freizeitaktivitäten zur Verfügung stellt und dabei den Zusammenhang mit der Arbeitswelt und der quantitativen Entwicklung der Nachfragegruppen (Jugendliche, Frauen, alte Menschen) der Freizeiteinrichtungen und -Angebote vernachlässigt, ganz unabhängig davon, wieweit deren Freizeitmöglichkeiten durch eine Änderung von Rahmenbedingungen (siehe 3.,4.,5.)beeinflußt werden können. Ein weiterer Grund, dem Arbeits-

zeitproblem mehr Beachtung zu schenken, ergab sich aus dem Mangel an empirischen Daten und ihrer Aufbereitung hinsichtlich des Zusammenhanges von Freizeitverhalten, Rahmenbedingungen und Freizeiteinrichtungen und Angeboten - die es erlauben würden, einen sinnvollen Vergleich zweier Regionen etwa des ländlichen Raumes und einer Großstadt durchzuführen. Ferner soll deutlich werden, wie sich Arbeitszeitverkürzungen- bzw. Verteilungen auf die resultierende Freizeitverwendung - und damit Nachfrage nach Einrichtungen auswirken würde (individuelle Nutzenabwägung , Schwarzarbeit, Kauf von Dienstleistungen usw.).

1.1 Die künftige Entwicklung : Prognosen und Trends

a) Die meisten Prognosen futurologischer Provenienz gehen offensichtlich von einer Fortschreibung des starken Trends zu Arbeitszeitverkürzungen aus, der eine Verkürzung der effektiven Arbeitszeit von 185o - 196o von 85 auf 4o Stunden aufzeigt und auf der Annahme eines gleichbleibenden Wirtschaftswachstums beruht.

Effektive Arbeitszeit pro Woche im Jahr (Durchschnitt der deutschen Industriearbeiter) in Stunden

	1850	1890	1910	1938	1940	1960	1964	1966
USA	72	60	54	44	40	40		
Deutschland	85	66	59	48,5	49	46*	41,4*	40,1*

* nur BRD.
Quellen: *Schenck*, 1969, S. 738; *Andreae*, 1970, S. 89. (1)

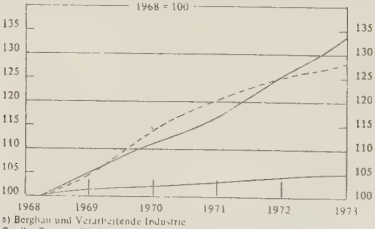
Wagenführ (2) nimmt an, ..."1985 werden es nur noch 3o Stunden sein, die Urlaubszeit wird auf 12 Wochen erhöht und für die ganze Lebensspanne gilt die Grundgleichung : 3o Jahre Ausbildung, 3o Jahre schaffen im Beruf... und 3o Jahre Ruhestand". Nach Andreae (3) wird die Arbeitswoche mittelfristig auf 3o bzw. 2o Stunden zurückgehen. Vorsichtiger fällt eine Schätzung von Morse (4) aus, der für die USA feststellt, daß dort seit 195o kaum eine Änderung der wöchentlichen Arbeitszeit eingetreten ist; 1985 sollen 35-38 Stunden in der Woche und vier bis fünf Wochen Urlaub die Regel sein.

Diese Prognosen werden besonders dann relativiert, wenn die Forderungen des Club of Rome nach einer Reduzierung des Wirtschaftswachstums zugunsten einer Erhaltung der natürlichen Ressourcen ernst genommen würden.(5)

b) Daneben wird immer auch ein bestimmtes Verhältnis der Aufteilung Einkommen/Freizeit unterstellt. Jede Prognose über einen zukünftigen Freizeitzuwachs enthält eine Annahme über die Verteilung des erzielten Produktivitätswachstums der Volkswirtschaft auf ein erhöhtes Einkommen bzw. verlängerte Freizeit, wenn man davon ausgeht, daß der bestehende Lebensstandard nicht eingeschränkt werden soll.

(substitutives Verhältnis) Die empirische Entwicklung der Verteilung des Produktivitätszuwachses auf Geld- und Freizeitanteil weist für die Periode von 1968 - 1972 ein Verhältnis von Nettoeinkommenszuwachses zu tarifvertraglich und gesetzlich geregeltem Freizeitzuwachses von 5:1 auf. (6)

Vergleichende Indices der Produktivität je Beschäftigtenstunde a), der Nettoeinkommensentwicklung sowie der Freizeitzuwachse



a) Bergbau und Verarbeitende Industrie
Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.

aus: H. Kohl, Freizeit im Jahr 2000, S. 23

Bezieht man die indirekten Arbeitszeitverkürzungen (verlängerte Schul-, Berufsausbildung, vorgezogene Altersgrenzen) mit ein, so ergibt sich ein Verteilungsschlüssel Einkommen - Freizeit von 3 : 1. Untersuchungen in den USA zeigen, daß während langer Zeit etwa 2/3 der erhöhten Produktivität für erhöhtes Einkommen und ein Drittel zur Verlängerung der Freizeit aufgewandt wurde. In den letzten 20 Jahren ließ sich aber eine deutlich gestiegene Einkommenspräferenz

nachweisen , bei der 9/1o des Produktivitätszuwachses für die Steigerung des Einkommens verwandt wurde. (7)

c) Geht man von einer im WSI-Institut des DGB entwickelten Trendprognose aus, so werden die Wachstumsraten des BSP bis 1985 auf 3% und danach 2% absinken, womit zusätzlich ein kleinerer Verteilungsspielraum für die Zunahme freier Zeit abgesteckt wäre.(8) Scheuch (9) und Andreae (1o) betonen als größtes Hemmnis eines kontinuierlichen Produktivitätszuwachses, daß ein zunehmender Teil der Beschäftigten im tertiären Sektor tätig sein wird, der Produktivitätszuwachs bei Dienstleistungsberufen jedoch äußerst gering sei und bei steigenden Qualitätsansprüchen (z.B. weniger Kinder pro Lehrer, bessere Betreuung älterer Menschen, mehr Ärzte), die nach quantitativen Kriterien gemessene Produktivität sinke.

In der Landwirtschaft und im produzierenden Gewerbe müßten sehr hohe Zuwachsraten erzielt werden, wenn

- Ausdehnung der Dienstleistungen
- Erweiterung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen
- weitere Steigerung des Lebensstandards erreicht werden sollen
- und zudem noch ein Teil des Produktivitätszuwachses von lediglich einem Teil der Wirtschaft als zusätzliche Freizeit ausgegeben werden soll. Dazu kommt, daß Freizeit als Konsumzeit in der Regel frei verfügbares Geld erfordert, Einkommen jedoch in hohem Grade mit Arbeitszeit korreliert und damit ein gegenläufiger Effekt auftritt; wird diese Aufteilung Einkommen - Freizeit nicht im Rahmen der Arbeits- und Tarifpolitik richtig abgeschätzt, so wird sie offensichtlich vom Konsumenten durch Nebenbeschäftigungen und Schwarzarbeit korrigiert. (siehe 1.4)

Auf eine weitere Diskussion alternativer Annahmen über Verwendungsmöglichkeiten von Freizeit, wie sie sich aus volkswirtschaftlichen Überlegungen stellen, soll hier verzichtet werden.

d) Bei der Diskussion künftiger Freizeitpotentiale sozialer Gruppen muß hinsichtlich ihrer Eigenschaft als Nachfrager von Freizeitangeboten, die Entwicklung des Umfangs der jeweiligen Gruppe mit berücksichtigt werden. Nach einer Studie des LOGON-Instituts, die von einem 4,5%

Wachstum des BSP ausgeht, soll der einzelne Bürger in der BRD 1980 9% mehr Freizeit haben als 1972. Für die Gruppe der Berufstätigen soll

- die Werktagsfreizeit lediglich um 5%
- die Wochenendfreizeit um 14%
- die Ferienfreizeit um 40% zunehmen.

Der dargestellte Rückgang der Arbeitszeit wird sich allerdings keineswegs gleichmäßig über alle Beschäftigten verteilen; bezogen auf einzelne Stundengruppen soll eine Arbeitszeitverkürzung vor allem denjenigen zugute kommen, die heute über 45 Stunden arbeiten, während der Kreis derjenigen mit Arbeitszeiten von 40 - 44 Stunden anwachsen wird. (12) Nach dieser Prognose ist ohne Gegenmaßnahmen mit der Tendenz zur Ausdehnung des Wochenendes und Urlaubs zu "Freizeitblöcken" zu rechnen, was zu erhöhter Ausflugshäufigkeit und Konsumorientierung führen würde. Auf Grund steigender Kopfzahlen wird das jährliche Freizeitvolumen bei den Altersgruppen der 15 - 20-Jährigen mit 32% am raschesten wachsen, während das der Kinder und Subteens um 4% abnehmen wird. (Tab.2) Bei den sozialen Gruppen nimmt mit 42% das Freizeitpotential der höheren Beamten-und Angestelltenhaushalte am stärksten zu, unterdurchschnittlich steigt das Freizeitpotential der Arbeiter, Selbständigen, mittleren Angestellten und Beamten.(Tab. 3) Die unteren Einkommensgruppen werden nach LOGON ein 12% geringeres Freizeitvolumen haben, während dasjenige der Einkommensgruppen mit über 3.000,--DM Nettohaushaltseinkommen um 70 - 90% wächst. (Tab.4)

Diese Berechnungen von "Freizeitpotentialen" zeigen unabhängig davon,wieweit sie quantitativ zutreffen die Bedeutung, die die zahlenmäßige Zu- bzw. Abnahme einzelner Gruppen als Nachfrager nach Freizeiteinrichtungen - und Angeboten auch bei Änderungen der Rahmenbedingungen spielen. So müßte z.B. auch bei der Realisierung eines Modells der Arbeitszeitverteilung die zahlenmäßige Entwicklung der "Zielgruppe" eines Angebots berücksichtigt werden, ebenso wie bei der Konzeption von Ganztagsschulen (mit Jugendfreizeiträumen bzw. der Mehrfachnutzung von Anlagen durch mehrere Gruppen).

Beispiele zeigen, daß solche Einrichtungen andernfalls unterdimensioniert werden, wodurch pädagogische Zielsetzungen, Gruppenarbeit u.a. behindert werden. (14)

e) Eine realistische Einschätzung der künftigen Freizeitmöglichkeiten der erwerbstätigen Bevölkerung gibt die Betrachtung des Trends von effektiven Arbeitszeitverkürzungen einzelner Berufsgruppen seit etwa 195o. Hiernach fand eine starke Arbeitszeitreduzierung bei Industriearbeitern von 1955 - 196o statt, bei Männern und Frauen jeweils 3 Std./Woche, dies ist ebensoviel wie die gesamte Reduzierung von 196o - 1972. (Tab. 5) Zwischen 1958 und 197o hat von den Industriearbeitern nur ein kleinerer Teil eine Arbeitszeitreduktion größeren Ausmaßes (3,4 - 6 Std.) erfahren, während sie sich bei vielen in sehr engen Grenzen hielt (o,4 bis 1,5 Std.)–je nach Wirtschaftsbereich. (Tab.6)
Im Vergleich der Berufsgruppen zeigt sich, daß die männlichen mithelfenden Familienangehörigen (- 9 Std.), die weiblichen Angestellten (- 5,3 Std.) und Arbeiterinnen (- 4,5 Std.) in den Genuß größerer Arbeitszeitverkürzungen kamen als männliche Arbeiter, Angestellt und Beamte (- 2 Std.) (Tab.7) (15)

Diese Trends zeigen, daß wir uns keineswegs auf eine Freizeitgesellschaft zuentwickeln, sondern die Notwendigkeit der Arbeit auch in Zukunft das Leben der meisten Menschen bestimmen und damit auf seine Entwicklungsmöglichkeiten in der Freizeit Einfluß nehmen wird.

1.2 Tages- und Wochenarbeitszeiten: Freizeit als Residualkategorie

Häufig entsteht in Abhandlungen zum "Freizeitproblem" der Eindruck, daß der überwiegende Teil der Erwerbstätigen die 4o-Stundenwoche genieße. Dabei werden allerdings Pausen und Wegzeiten ebenso wie Überstunden vernachlässigt und starke Arbeitszeitbelastungen einzelner Gruppen. Gerade in diesen Fällen müßten Maßnahmen zur Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten dabei beginnen, Verkehrsverbindungen zu verbessern, das Recht auf eine kürzere als die tarifliche Arbeitszeit durchzusetzen, auf eine Einhaltung der Arbeits-

schutzbestimmungen zu dringen - mittels der Gewerkschaften - für bestimmte Wirtschaftsbereiche Sonderregelungen zu treffen und über einen Abbau der Einkommenspyramide den materiellen Grund, Überstundenarbeit zu leisten, abzubauen. Durch die damit verbundenen Überlastungen wird besonders die Gesundheit, das Familienleben und die Chance, aktive Freizeitinteressen zu entwickeln, behindert. Für eine Sichtweise, die Vermittlungszusammenhänge zwischen Arbeit und Freizeit empirisch und gruppenspezifisch aufzeigen will, bekommt daher ein quantifizierender Ansatz, der vom Arbeitsbereich ausgeht, eine qualitative Bedeutung. Daß Freizeit dabei als Residualkategorie erscheint, ist keine konzeptionelle Verkürzung, sondern aus heuristischen Gründen sinnvoll.

- Die Tagesfreizeit ergibt sich als Restzeit der arbeitsgebundenen Zeit.
- Die Wochenendfreizeit ergibt sich als Restzeit der Wochenarbeitszeit - bzw. von Samstags-und Sonntagsarbeit.
- Die Jahresfreizeit wird durch die Urlaubszeit bestimmt.

1.2.1 Tarifliche - effektive Arbeitszeiten sozialer Gruppen und ihrer Ausprägung in verschiedenen Wirtschaftsbereichen

Bereits bei den tariflichen Arbeitszeiten zeigen sich starke Diskrepanzen, die auf eine besondere Benachteiligung der abhängig Beschäftigten in der Landwirtschaft (254.ooo), teilweise des öffentlichen Dienstes sowie des Hotel- und Gaststätten-Gewerbes (72o.96o) hinweisen. (16) So haben z.B. 7o% der Landarbeiter, 11,2% der Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine tarifliche Arbeitszeit über 45 Stunden (Tab. 9), die durchschnittliche tarifliche Arbeitszeit im Hotel- und Gaststätten-Gewerbe liegt bei 44,7 Stunden (Tab. 1o), was darauf hinweist, daß hier extrem hohe effektive Arbeitszeiten auftreten. Allgemein zeigt sich, daß sich auch die Reduzierung der tariflichen Arbeitszeiten verlangsamt und in vielen Sektoren seit 197o praktisch stagniert (Baugewerbe, Investitionsgüter, Verbrauchsgüter, Herstellung von Grundstoffen und Produktionsgütern). (Quelle: stat. Jahrbuch 1975, S. 477)

Eine Feststellung der effektiven Arbeitszeiten nach Berufsgruppen ist besonders bei Angestellten kaum möglich, da diese nicht stundenweise bezahlt werden.

a) Bei den Industriearbeitern ist bemerkenswert, daß die ohnehin größeren Arbeitsbelastungen ausgesetzten Leistungslöhner seit 1962 keine Arbeitszeitverkürzung zu verzeichnen haben. (17) Von den männlichen Arbeitern im produzierenden Gewerbe arbeiten 24% länger als 48 Stunden wöchentlich, von Facharbeitern waren dies 19%, von un- und angelernten Arbeitern 14%. Auch innerhalb der Industriezweige zeigen sich große Differenzen in den durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten, zwischen 37,1 Std. (Luftfahrzeugbau) und 44,3 Std. (Steine, Erden) (Tab. 11). Die Diskrepanz zwischen tariflichen und effektiven Arbeitszeiten ist vor allem in der Tendenz zu steigenden Überstundenzahlen begründet, die von 1958 - 197o von 2,4 auf 4,5 Std./Woche anstiegen und bis 1974 auf Grund der rezessiven Entwicklung auf 2,5 Std. zurückgingen. Insbesondere ältere Arbeiter mit Familie leisten in hohem Maße Überstunden: 26% der männlichen, 1o% der weiblichen Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe leisteten 1972 wöchentlich 9 (!) und mehr Überstunden: (18)

Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe im Produzierenden Gewerbe, die Mehrarbeit leisteten, nach Mehrarbeitszeitklassen im Oktober 1972

Quelle: Wirtschaft und Statistik 11/75

Ergebnis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1972

Prozent

Mehrarbeitsstunden von...bis unter...Stunden	Männer	Frauen
unter 1	8,3	18,o
1 - 2	12,o	22,8
2 - 3	9,1	13,9
3 - 4	9,5	1o,8
4 - 5	9,1	9,5
5 - 6	7,9	5,4
6 - 7	5,7	3,8
7 - 8	6,6	3,3
8 - 9	4,8	2,6
9 - 1o	5,4	2,4
1o - 11	3,7	1,5
11 - 12	2,9	1,4
12 - 13	2,6	1,o
13 - 14	2,2	o,8
14 - 15	1,9	o,8
15 und mehr	8,3	2,o
insgesamt...	1oo	1oo

Berücksichtigt man dabei noch Pausen und Wegezeiten, so dürften für diese Gruppen auf Grund der hohen Arbeitsbelastungen in der buchstäblichen "Restzeit" nicht mehr als häuslich-rekreative Tätigkeiten möglich sein. Auch zwischen den Industriezweigen zeigen sich hier große Differenzen zwischen 8,3 Mehrarbeitsstunden (Schiffbau) bis 2,1 Std. in der Bekleidungsindustrie, was dort auf den hohen Anteil weiblicher Beschäftigter zurückzuführen ist.

Hier wäre es besonders Aufgabe der Gewerkschaften, Gründe und Lösungsmöglichkeiten für die hohen arbeitszeitlichen Belastungen in einzelnen Industriezweigen, die offensichtlich auch mit stark physisch-belastenden Tätigkeiten korrelieren (Bau, Schiffbau), zu finden. Die Arbeitszeiten der Landarbeiter sind statistisch ungenügend erfaßt, auf 22 Arbeitstage bezogen würde sich eine tägliche Arbeitszeit von ca. 1o Std. ergeben, diese dürften auf Grund des Arbeitsablaufs in der Landwirtschaft jedoch über die ganze Woche verteilt sein. (Tab. 12)

Einschließlich Mehrarbeitszeiten beliefen sich die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten der männlichen Arbeiter 1972 auf 47,2 Std., bei Arbeiterinnen auf 44,o Std. (19). Zählt man hierzu noch Wegezeiten, Pausen, so ergeben sich täglich beinahe 1o Stunden arbeitsgebundene Zeit.

b) Über die Arbeitszeiten der Angestellten und Beamten lassen sich nur sehr ungefähre Angaben erhalten. Nach Ergebnissen des Mikrozensus arbeiteten männliche Angestellte und Beamte 1971 wöchentlich 43,5 Std. (42,8), weibliche Angestellte und Beamte 38,2 (39,8) Std. (Tab. 7). Die arbeitszeitliche Belastung dürfte auch hier für die Gruppe, die über 48 Std. arbeitet (21%), als zu hoch anzusehen sein. Bei der Arbeit mit Prozentwerten scheint es an dieser Stelle angebracht, sich den Anteil der Berufsgruppen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, der sog. mithelfenden Familienangehörigen und Selbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zu vergegenwärtigen:

		Frauenanteil (Erwerbsquote 36,8%)
Arbeiter	44,8%	28%
Angestellte	33,o%	51%
Beamte	7,9%	14%
mithelfende Familienangehörige	5,3%	85,4%
Selbständige	9,1%	2o.1%

Quelle: stat. Jahrbuch 1975, S. 149

Dadurch kann man sich leichter den quantitativen Umfang der jeweils Betroffenen, u.U. auch die Auswirkungen auf Nachfrage und Benutzung von Freizeiteinrichtungen und die Bedeutung von Änderungen der Rahmenbedingungen hinsichtlich der sozialen Gruppen vor Augen führen.

c) Die weitaus längsten durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten sind bei den Selbständigen festzustellen, bei Männern 57,3 Std., bei Frauen 46,3 Std. (Tab. 7). Nach Erhebungen des Mikrozensus arbeiteten 1974 zwischen 63,7 % der Selbständigen (produzierendes Gewerbe) und 83,6 % (Land- Fortwirtschaft)über 49 Std. in der Woche (Tab. 13), über 5o% der Landwirte arbeiteten über 7o Std., d.h. Tages- und Wochenablauf (77% geben an, keinen freien Samstag im Monat zu haben, nur 9% unternehmen eine Urlaubsreise) wird beinahe ausschließlich von der arbeitszeitlichen Belastung bestimmt. (2o) Um die Chance zur Realisierung von Freizeitangeboten einschätzen zu können, müssen zusätzlich die behindernden Bedingungen des ländlichen Raumes (Verkehr, Mangel an Freizeiteinrichtungen, Bildungswesen, siehe 5.2.2.,4.1.2)in Rechnung gestellt werden, die Freizeit auf den sozialen Kontext der Familie, des Hofes und der Dorfgemeinschaft (Kneipe, Kegeln, Verein) beschränken. Für den Bereich der Landwirtschaft sollten intensive Bemühungen zur Realisierung kooperativer Organisationsformen unternommen werden, die durch Arbeitsteilung auch kürzere Arbeitszeiten ermöglichen, viele verarmte Mittel- und Kleinbetriebe erhalten könnten und durch diesen kooperativen Zusammenhang auch erweiterte Freizeitmöglichkeiten eröffnen.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Freizeitforschung ist es kaum möglich, die Bedeutung der hohen Arbeitszeiten der Selbständigen zu beurteilen, die zum überwiegenden Teil "zu Hause" arbeiten, (74% Anm. 21) eine zum größeren Teil selbstbestimmte, nicht entfremdete Arbeit mit mehr Dispositionsspielraum leisten und die zudem Tätigkeiten ohne Arbeitscharakter (im herkömmlichen Sinn) wie Reisen, kulturelle Veranstaltungen, "Arbeitsessen" etc. umfaßt. Dem Zeitfaktor ist vermutlich die allgemein geringere Häufigkeit und Dauer ihrer Beteiligung an Freizeittätigkeiten zuzuschreiben (siehe Teil 2, auch 3.3.1).

d) Die Untersuchung der Arbeitszeiten der berufstätigen Frauen erscheint besonders wichtig für die Beurteilung der Freizeitmöglichkeiten von Familien, da aggregierte Daten zur Familienfreizeit

(-z.B. bei welcher sozialen Schicht sind in Familien mit über 2 Kindern beide Elternteile berufstätig ?) nicht vorhanden sind. Stark überrepräsentiert sind berufstätige Frauen (36% aller Erwerbstätigen) bei Angestellten (51.1%) und mithelfenden Familienangehörigen (85,4%) vertreten, bei den Beamten (14%) und Arbeitern (28,o%) jedoch unterrepräsentiert. Fast doppelt so viele ledige wie verheiratete Frauen mit Kindern unter 18 Jahren sind erwerbstätig,-darin drückt sich die Chance des "Versorgtwerdens" in der Ehe aus und gleichzeitig eine Benachteiligung der ledigen Mutter, denen zusätzlich zur Arbeitszeit Wegezeiten zum Kindergarten entstehen und die Freizeit weiter reduzieren. (Tab. 14)

Bei der Gruppe der vollbeschäftigten Arbeiterinnen zeigt sich, daß Frauen eine im Durchschnitt 4 Std. kürzere Arbeitszeit haben, eine Tatsache, die nicht zu der Ansicht verführen soll, daß Arbeiterinnen hinsichtlich ihrer Regenerations- und Kompensationsbedürfnisse und Weiterbildungsmöglichkeiten bevorzugt seien, da sie

- in allen Wirtschaftszweigen in ihrer Qualifikation (Leistungsgruppenstruktur) nicht annähernd den Anteil der Männer erreichen- die Hälfte der weiblichen Arbeiterschaft besteht aus ungelernten Kräften.

Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung

Prozent

Jahr[1]	Männliche Arbeiter				Weibliche Arbeiter			
	Leistungsgruppe			insgesamt	Leistungsgruppe			insgesamt
	1	2	3		1	2	3	
1951	58	25	17	1oo	12	46	42	1oo
1957	56	29	15	1oo	5	47	48	1oo
1962	56	32	12	1oo	5	5o	45	1oo
1966	57	32	11	1oo	6	49	45	1oo
1972	59	29	12	1oo	6	44	5o	1oo

[1] 1951: November, 1957-1972: Oktober.

Quelle: Wirtschaft und Statistik, 11/1975

- sowohl hinsichtlich der Leistungsgruppe und auch darin nochmals durch höhere Arbeitsbelastung durch Leistungslohn benachteiligt sind. (siehe 25a).

- im produzierenden Gewerbe wesentlich häufiger im Leistungslohn beschäftigt sind als Männer, was bei Doppelbelastung im Haushalt zu eindeutiger Überlastung und Gesundheitsverschleiß führt. (siehe 3.2.3)

	Männer	Frauen
Zeitlohn	77	61
Leistungslohn	18	31
Zeit- und Leistungslohn	5	8

Quelle: Wirtschaft und Statistik, 11/1975

Die Bestrebungen zur Humanisierung des Arbeitslebens werden somit die weiblichen Industriearbeiterinnen besonders berücksichtigen müssen.

Vor allem bei den berufstätigen Frauen spielt Teilzeitarbeit eine Rolle (jede fünfte ist in Teilzeitarbeit tätig), die Arbeitszeit beträgt bei Arbeiterinnen 23,9 Std./Woche, bei Angestellten 24,1 Std. (Tab.15). Von allen Teilzeitbeschäftigten sind 8o% Frauen (22), lediglich im Alter kehrt sich dieses Verhältnis um: wesentlich mehr Rentner gehen einer Teilzeittätigkeit nach (Tab.15). Dabei wäre der Kontakt über die Arbeitswelt gerade für die große Zahl alleinlebender alter Frauen von Bedeutung (siehe auch 2.4.2.). In diesen Zahlen drückt sich die bereits in geschlechtsspezifischer Sozialisation angelegte und über gesellschaftliche Vorurteile geförderte Benachteiligung der Frauen, nicht zuletzt in ihrer isolierten Situation während der Altersfreizeit aus. Auffallend ist, daß nur 12% der Teilarbeitsplätze im produzierenden Gewerbe liegen, wo im allgemeinen mit höheren körperlichen Belastungen zu rechnen ist. 3o,2% dagegen im Bereich Verkehr/Nachrichten (23). Insbesondere zum Abbau der Belastungen bei Fließbandarbeitern u.ä. sollten im produzierenden Gewerbe für Frauen und Männer mehr Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden.

Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Leistungsgruppen und Lohnformen im Produzierenden Gewerbe im Oktober 1972

Ergebnis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1972

Lohnform	Männliche Arbeiter				Weibliche Arbeiter			
	Leistungsgruppe			insgesamt	Leistungsgruppe			insgesamt
	1	2	3		1	2	3	
	1000[1]							
Zeitlohn	2.243,9	1.079,9	460,5	3.784,2	41,8	296,7	343,3	681,8
Leistungslohn	486,3	290,6	92,8	869,7	15,6	156,3	171,5	343,3
Zeit- und Leistungslohn	157,2	74,3	35,7	267,3	6,0	44,5	43,1	93,7
insgesamt	2.887,4	1.444,8	589,0	4.921,2	63,4	497,5	557,9	1.118,8
	in % der Leistungsgruppe							
Zeitlohn	77,7	74,8	78,2	76,9	65,9	59,6	61,6	60,9
Leistungslohn	16,8	20,1	15,7	17,7	24,6	31,4	30,7	30,7
Zeit- und Leistungslohn	5,5	5,1	6,1	5,4	9,5	9,0	7,7	8,4
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
	in % der Lohnform							
Zeitlohn	59,1	28,5	12,2	100	6,1	43,5	50,4	100
Leistungslohn	55,9	33,4	10,7	100	4,5	45,5	50,0	100
Zeit- und Leistungslohn	58,8	27,8	13,4	100	6,4	47,5	46,1	100
insgesamt	58,7	29,3	12,0	100	5,7	44,4	49,9	100

[1] Hochgerechnet

Quelle: Wirtschaft u. Statistik 11/1975

Mit einem zunehmenden Abbau von geschlechtspezifischen Rollenzuweisungen in der Familie sollten insgesamt mehr Teilzeitarbeitsplätze für Männer geschaffen werden, obwohl besonders bei "berufsrückkehrwilligen" Nur-Hausfrauen noch ein großer Bedarf hiernach besteht. (siehe 2.4.1.) Eine größere Anzahl von Teilzeitarbeitsmöglichkeiten könnte auch für viele die Möglichkeit bieten, mit einer Änderung der materiellen Wert- und Lebensorientierung zugunsten neuer Bedürfnislagen z.B.: (Großfamilien, Hedonismus, gesellschaftlich-politisches Engagement) zu experimentieren.

e) Die Problematik der Arbeitszeiten von Nur-Hausfrauen und berufstätigen Frauen mit Kindern wird in breiterem Kontext unter 2.4.1. diskutiert. Hier sei angemerkt, daß eine Verbesserung der Situation beider Gruppen vor allem durch Bereitstellung von wenig belastenden Teilzeitarbeitsplätzen verbessert werden kann.

f) Hinsichtlich der täglich auftretenden Wegezeiten bestehen zwischen den Berufsgruppen kaum Unterschiede: 42- 47% (je nach Berufsgruppen) benötigen täglich bis zu 3o Minuten, 33 - 35% bis zu einer Stunde. (24) Interessant wäre hier eine Untersuchung im ländlichen Raum, wo sich wesentlich höhere Wegezeiten ergeben dürften, nicht nur im Hinblick auf die arbeitsgebundene Zeit, sondern auch für die "Erreichbarkeit" und "Distanzbarriere" zur Benutzung von Freizeiteinrichtungen. Betrachten wir die gesamte arbeitsgebundene Zeit als eine Rahmenbedingung für Freizeit, so stellt sich hier die Forderung, die Verkehrsmittel selbst komfortabler, freundlicher und weniger funktional zu gestalten, um über ein positives "Reisegefühl" die Wegezeiten in Freizeit zu verwandeln. Angesichts der Bedeutung des täglichen Transports ist dies ein bislang völlig vernachlässigter Aspekt, der lediglich in gewinnintensiven Bereichen hervorgeholt wird.(Flugverkehr, TEE-Züge usw.). Daneben könnten - wie dies in der Sowjetunion versucht wurde - etwa im Rahmen von Zeitbudgetuntersuchungen- Befragungen und Diskussionen mit den Benutzern der Verkehrsmittel durchgeführt werden, was über Linien, - Fahrplanänderungen usw. zu großen "Zeitgewinnen" führen könnte.

Bezüglich der Pausenzeiten kann für Arbeiter und Angestellte von 45 - 60 Minuten täglich ausgegangen werden. Ähnlich wie Fahrtzeiten sind Arbeitspausen als gestaltbare Freizeiträume noch kaum erkannt, obwohl ihnen als Kommunikationschance in sonst entfremdeten Arbeitssituationen große Bedeutung zukäme. Ihre Bedeutung als "Leerzeit" kann man am häufigen Wunsch der Beschäftigten ablesen, die Pause ausfallen zu lassen, um dafür früher Feierabend machen zu können. (25)

Die Untersuchungen gruppen- und schichtenspezifischer Arbeitszeitbelastung zeigt somit, daß - bei Konstanthalten der übrigen Rahmenbedingungen - einzelne Berufsgruppen hinsichtlich ihres "Freizeitquantums" stark benachteiligt sind, andere hinsichtlich Arbeitsmöglichkeiten (Teilzeitarbeit) eingeschränkt sind und daß weitere arbeitsgebundene Zeit (Pausen, Wegezeiten) nicht allein funktional betrachtet werden darf, sondern zu "Freizeit" umgestaltet werden kann. (26)

g) Regionale Disparitäten: Die durchschnittlichen Arbeitszeiten weisen in den Bundesländern Differnzen bis zu 2 Std. auf, die offensichtlich die Anteile der dort vertretenen Wirtschaftsbereiche widerspiegeln: Die hohen Durchschnittswerte in Hamburg und Bremen mit 43,3 bzw. 43,4 Wochenstunden sind vermutlich durch Anteile des Schiffsbau geprägt, die kürzeren Arbeitszeiten in Berlin mit 41,4 Std. sind vermutlich im hohen Anteil an Elektroindustrie und hohem Grad der Frauenerwerbstätigkeit begründet.

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten und Bruttoverdienste der Arbeiter in der Industrie

24.3.2 Nach Ländern 1975

Land	Bezahlte Wochenstunden			Bruttostundenverdienste			Bruttowochenverdienste		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	Stunden			DM					
Schleswig Holstein	42,1	42,7	39,5	9,99	10,49	7,35	422	448	291
Hamburg	42,6	43,0	39,8	11,17	11,72	7,99	475	503	319
Niedersachsen	40,4	40,9	38,3	9,96	10,43	7,65	406	430	295
Bremen	42,6	42,9	40,5	10,14	10,60	7,24	431	456	294
Nordrhein-Westfalen	41,4	41,8	38,5	10,14	10,78	7,46	419	447	290
Hessen	40,5	40,9	38,0	9,89	10,19	7,59	402	426	297
Rheinland-Pfalz	41,2	41,8	39,0	9,59	10,15	7,13	397	425	279
Baden-Württemberg	40,0	40,7	37,9	9,79	10,41	7,81	394	425	296
Bayern	39,5	40,2	37,1	9,12	9,62	7,26	363	397	275
Saarland	40,6	40,9	38,0	10,03	10,39	7,70	406	423	296
Berlin (West)	39,9	40,6	38,6	9,59	10,81	7,46	397	441	292
Bundesgebiet	**40,5**	**41,2**	**38,3**	**9,85**	**10,40**	**7,52**	**402**	**430**	**289**

Quelle: Statistisches Jahrbuch, 1976, S. 475

1.2.2 Arbeitszeitverteilungen der Berufsgruppen

Im Zusammenhang mit dem Problem der Arbeitsbelastung und Störung des Familienlebens und ihrer Folgen für die Freizeitgestaltungsmöglichkeiten wie für die Chance, Freizeitangebote wahrzunehmen, ist eine Untersuchung der Arbeitszeitverteilung bedeutsam.

a) Die Belastung der Nacht- und Schichtarbeiter ist, wie in vielen Untersuchungen nachgewiesen wurde, vor allem ein Problem des gestörten Lebensrhythmus, der eine deutlich verkürzte Schlafenszeit und geringere Erholung sowie phasenverschobene Lebensweise bedingt, die gerade dann Leistungen verlangt, wenn der Körper den Tiefpunkt seiner Leistungsfähigkeit erreicht hat. Folgen davon sind allgemein vorzeitiger Verschleiß der Leistungsfähigkeit sowie überdurchschnittlich häufig Schlafstörungen, erhöhte Nervosität, vegetative Labilität sowie Verdauungsstörungen und Magenerkrankungen bei Schichtarbeitern. (28)

Betrachtet man den Trend von 1965 - 1972, so ist eine Zunahme der Nachtarbeiter um 613.000 auf insgesamt rund 3 Mio. Arbeitnehmer (+ 26%) zu verzeichnen, von denen 63,7% auch im Schichtbetrieb tätig sind. Die Zahl der Erwerbstätigen, die Nacht- sowie Sonn- und Feiertagsarbeit verrichten ist in diesem Zeitraum insgesamt von 3,1 auf 3,8 Mio angestiegen. Dies sind 17,5 % der abhängig Beschäftigten (1965: 13,9 %; 1960: 12 %). Der Anteil der Männer beträgt sogar 22,1 %. Der expansive Trend ist unverkennbar.

Osterland stellt bei der Auswertung älterer Daten (1965) fest, daß

- 75 % der Schichtarbeiter gleichzeitig Nachtarbeiter sind,
- bezogen auf Berufsgruppen verrichten
  - 23,9 % der Beamten
  - 13,5 % der Arbeiter
  - 6,5 % der Angestellten

Nachtschichtarbeit. In absoluten Zahlen sind jedoch - 69,0% der Nachtschichtarbeiter Arbeiter. (29)

Zunehmend werden auch die Angestellten - z.B. in Rechenzentren - von der Schichtarbeit erfaßt. Die negativen Auswirkungen der zunehmenden Schichtarbeit sind neben den gesundheitlichen Auswirkungen:

- Teilnahme an Kulturveranstaltungen wird erschwert. Der Besuch regelmäßiger Bildungsveranstaltungen ist für Schichtarbeiter unmöglich.
- Das Familienleben leidet, besonders wenn die Kinder noch schulpflichtig sind. Für berufstätige Ehepaare bedeutet Schichtarbeit zusätzliche Belastung.
- Schichtarbeiter könnenkaum in politischen Gruppen mitarbeiten oder Funktionen übernehmen. (3o)

Als Lösungsansatz sind hier insbesondere die Abschaffung der Wechselschichtarbeit zu nennen, sowie ein System der weitestgehenden Absprache und Wählbarkeit der Arbeitszeiten,um gemeinsame Familienaktivitäten auch in der Werktagsfreizeit zu ermöglichen.

b) Befragungen über die Wochenendarbeit ergaben, daß die Erwerbstätigen im Durchschnitt nur über 2,7 freie Samstage pro Arbeitsmonat verfügen. 21 % der beruftätigen Männer und 28 % der berufstätigen Frauen arbeiten auch am Wochenende. Mit 63% stellen die Selbständigen und freien Berufe die stärkste Gruppe der Wochenendarbeiter, gefolgt von Angestellten und Beamten mit 18%, den Facharbeitern mit 13 % und ungelernten Arbeitern mit 11 %. (31) Besonders zu beachten ist, daß 77 % der Landwirte über keinen freien Samstag verfügen, gefolgt von 52 % der Selbständigen,-von den übrigen Gruppen arbeitet jeder fünfte an jedem Samstag im Monat. (Tab.16) Wieweit diese Arbeitszeitverteilung von den Gruppen selbst als eine Beeinträchtigung von Freizeitmöglichkeiten empfunden wird, bzw. ob gerade das hohe Maß an Disponibilität und Identifikationsmöglichkeiten bei den Selbständigen diese "Freizeitprobleme" als für sie irrelevant zurücktreten läßt,müßte auf empirischem Wege erforscht werden. Bei den Landwirten wäre dabei mehr auf den Zwangscharakter des landwirtschaftlichen Arbeitsablaufes abzustellen.

1.3. Jahresarbeitszeiten

Bei der Untersuchung der jährlichen Arbeitszeit interessieren in quantitativer Hinsicht vor allem gruppenspezifische Unterschiede, die Urlaubszeit als Zeit von Freizeitgestaltungsmöglichkeiten determinieren. Dabei stellt sich heraus, daß Urlaubsanspruch stark nach

- Alter
- Geschlecht
- Stellung im Beruf
- Wirtschaftsbereichen

variiert. (Tab. 17) Bei Analyse der Altersgruppen ergibt sich, daß Gruppen der männlichen 18 - 3o Jährigen besonders häufig (76,3 und 7o,3 %) lediglich einen Urlaubsanspruch von 14 - 21 Tagen haben. Bei den Gruppen der männlichen über 3o Jährigen zeigt sich eine relativ gleichmäßige Zunahme derjenigen, die zwischen 21- 28 und mehr Tagen Urlaubsanspruch haben gegenüber derjenigen mit 14 - 21 Tagen.
Weibliche Arbeitnehmer haben im Durchschnitt geringere Urlaubsansprüche; zu untersuchen wäre, ob es sich hier um tatsächliche Benachteiligungen handelt, oder ob die Daten aus höherem Anteil an Teilzeitbeschäftigten, verschiedenem Anteil der Wirtschaftssektoren, Berufsstellung etc. resultieren. Nach der Stellung im Beruf zeigt sich eine deutliche Abstufung zwischen männlichen Arbeitern (59,7 %), Angestellten (39,8 %) und Beamten (19,3 %) in der Gruppe mit einem Urlaubsanspruch von 14 - 21 Tagen und eine umgekehrte Tendenz in der Häufigkeit des Urlaubsanspruchs von 21 - 28 und mehr Tagen von Beamten (77,1 %) zu Angestellten (55,7 %) und Arbeitern (35,4 %). Daneben hat nahezu jeder dritte Beamte einen Urlaubsanspruch von 28 und mehr Tagen im Gegensatz zu 1,8 % (!) der Arbeiter. Auch hier ist ein deutlich geringerer Urlaubsanspruch der Frauen zu erkennen. Bei der Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen zeigt sich, daß die Beschäftigten der Land- und Forstwirtsch mit 26,9 % gegenüber produzierendem Gewerbe (35,7 %) Handel und Verkehr (43,5 %) und übrigen Wirtschaftsbereichen (45,3 %)

stark unterdurchschnittliche Urlaubsansprüche zwischen 21 - 28 Tagen haben.

Aufgrund dieser Daten läßt sich folgern, daß die Urlaubsansprüche nicht sachbegründet sind, etwa durch Arbeitsbelastungen etc., sondern weithin traditionelle Privilegien gesellschaftlicher Gruppen widerspiegeln. Bei einem Vergleich der Grund- und Endurlaubszeiten der Arbeiter und Angestellten ergeben sich allerdings größere Variationsbreiten zwischen den Gewerbegruppen als den Berufsgruppen. (Tab. 18) Im Durchschnitt ergibt sich für Arbeiter ein Endurlaub von 26,7 Werktagen, bei Angestellten von 27,8 Werktagen. (32) Für die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft sowie für die Gaststätten-Gewerbe, Einzelhandel, Bau, Nahrung- und Genuß, Leder, Reinigung, Großhandel ergeben sich somit gewisse Benachteiligungen. Diese korrespondieren besonders in der Landwirtschaft und im Hotel-/Gaststättengewerbe mit hohen täglichen Arbeitszeiten und Wochenendarbeit.
Berücksichtigt man, daß der Endurlaub im allgemeinen zwischen dem 35. und 4o. Lebensjahr oder nach 15 - 2o jähriger Betriebszugehörigkeit erreicht wird, so kommt nur etwa die Hälfte der abhängig Erwerbstätigen in den Genuß des Endurlaubs. Wünschenswert ist eine Ausdehnung des Jahresurlaubs dieser Gruppen.

1.4. Arbeitszeit, Freizeit und individuelle Nutzenfunktion

Im folgenden soll an Hand von Material über Nebentätigkeiten und "Schwarzarbeit" gezeigt werden, wie die Arbeitszeit über eine individuelle Abwägung unterschiedlicher Substitutionsmöglichkeiten von Zeit und Geld gesteuert wird.

a) Ertrag von Arbeitszeit und Ertrag von Freizeitbeschäftigungen: Nach Bell (33) wird der Mensch auch in seiner Freizeit zum "homo oeconomicus", indem sich das "Kriterium des Nutzens durch die Hintertür der Zeit wieder einschleicht". Dabei wird die Freizeit Gegenstand von Messung und Aufteilung und der "Ertrag" der Freizeitbeschäftigungen zum Ertrag der Arbeitszeit in Beziehung gesetzt.

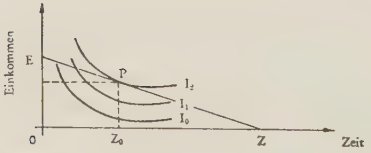
Dies geschieht in drei Bereichen:

- Dienstleistungssektor: Da die meisten Konsumgüter (Fernseher, Auto, Haus) Kosten in Form von Instandhaltung erfordern, diese Kosten aber steigen, sieht sich der Verbraucher vor die Notwendigkeit gestellt, mehr Geld zu verdienen,um sich die für die Instandhaltung dieser Güter erforderliche Dienstleistung kaufen zu können.
- Konsumbereich: Je mehr Konsummöglichkeiten (Buchlesen, Reisen, Segelboot-besitzen, Konzertabonnement) jemand hat, desto mehr wird Freizeit zum knappsten Gut.

  "Will er z.B. ins Konzert, muß er entweder sein Abendessen hinunterschlingen (wobei er, da Kochen Zeit kostet, gut daran tut, Tiefkühlkost mit kurzen Garzeiten zu wählen und einen Mikrowellenherd, der nur die halbe Zeit benötigt, anzuschaffen) oder hinterher zu essen, was wiederum bedeuten kann, daß er zu lange aufbleibt und nicht genügend Schlaf hat, will er am nächsten Tag "pünktlich" zur Arbeit erscheinen. Könnte er es mit der"Pünktlichkeit" weniger genau nehmen, hätte er mehr Zeit, doch dazu müßte er entweder halbwegs wohlhabend oder bereits im Ruhestand sein. Andernfalls muß er mit seiner Zeit haushalten, sie einteilen."

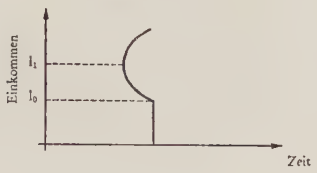
- Bevorzugung zeitsparender Möglichkeiten: Bell geht davon aus, "daß der Verbraucher, um sich Güter und Dienste leisten zu können, die ihm einen hohen Ertrag an Nichtarbeitszeit abwerfen, unter Umständen länger arbeiten muß. Der Verbraucher entwirft (ohne zu ahnen, daß er technische Ökonomie treibt) eine Indifferenzkurve unterschiedlicher Substitutionsmöglichkeiten von Zeit und Geld." (34)

Die Frage, ob sich die Reduktion der Arbeitszeit fortsetzt, ist somit von der Wahl der Wirtschaftssubjekte zwischen Freizeit und Einkommen bzw. Arbeitszeit abhängig. Unter der Annahme, daß das Wirtschaftssubjekt frei zwischen Arbeitszeit und Freizeit wählen kann, lassen sich Einkommens-Freizeitkombinationen, durch die gleiche Befriedigung erlangt wird, darstellen:



Quelle: Külp/Müller aaO., S. 39

Kurve I_2 repräsentiert die Kombinationen gegenüber denen das Wirtschaftssubjekt indifferent ist. Punkt P gibt die Freizeit-Arbeitszeit-Aufteilung mit maximalem Nutzen an. Das tatsächliche Verhalten läßt sich durch die Arbeitsangebotskurve modellhaft darstellen:



"Trotz des theoretisch nicht eindeutig bestimmbaren Arbeitsangebotes geht man im allgemeinen davon aus, daß die Kurve des individuellen Arbeitsangebotes einen sichelförmigen Verlauf hat. Solange der Lohnsatz extrem niedrig ist, wird der einzelne Arbeiter soviel Arbeit anbieten wie nur möglich, also nur das für die Regeneration unbedingt erforderliche Freizeitminimum in Anspruch nehmen. Steigt der Lohnsatz so stark an (1_0), daß das bei maximalem Arbeitsangebot realisierte Lohneinkommen über dem Existenzminimum liegt, so wird er über das Freizeitminimum hinausgehend Freizeit nachfragen, das bedeutet nichts anderes, als daß das Arbeitsangebot trotz Lohnsteigerung zurückgeht." (35)

Bei einer weiteren Lohnsteigerung auf 1_1 erscheint es dem einzelnen dagegen wieder vorteilhaft, vermehrt Arbeit anzubieten. Die Aussagen dieser auf der Wahlhandlungstheorie basierenden Annahme sind sofern fiktiv, als sie nicht berücksichtigen, daß autonome Entscheidung durch folgende Punkte eingeschränkt wird:

- Unternehmerentscheidungen über optimalen Arbeitseinsatz;
- gesetzliche Einschränkungen (Höchststundenzahlen, Mindesturlaub, Pausen);
- Tarifverhandlungen;
- sozialer Druck: Herrschende Arbeitsmoral hindert möglicherweise verschiedene Wirtschaftssubjekte weniger zu arbeiten, selbst wenn sie das für richtig halten;
- Angebote für die Nichtarbeitszeit haben Einfluß auf die Ausdehnung der Arbeitszeit.

Nicht berücksichtigt wird hierbei auch die Entwicklung des Konsumanspruchsniveaus auf das Arbeitsangebot. Gerade dies spielt aber

etwa als Nachfrage nach Gütern des "gehobenen Konsums" für die Arbeitsmotivation eine wichtige Rolle. Külp/Müller betonen, daß eine Überprüfung der Verhaltenshypothesen nur anhand empirischer Untersuchungen gemacht werden kann. (36)

Ferner sollte bei einer Prognose des Freizeitpotentials berücksichtigt werden, daß bestimmte Formen der Freizeit (Urlaub, Wochenende, Tagesfreizeit) für unterschiedliche soziale Gruppen unterschiedlichen Nutzen haben sowie in verschiedenem Maße zum Geldausgeben verleiten und damit auch zu unterschiedlicher Arbeitswilligkeit führen. Häufig wird angenommen, daß längere Freizeitabschnitte (Wochenende, Urlaub) in stärkerem Maße zum Geldausgeben verleiten als kürzere. Eine These wäre daher, daß z.B. die Reduzierung der jährlichen Arbeitszeit um 80 Std. (= 2 Arbeitswochen) in Form von 14 Tagen längeren Urlaubs die Arbeitswilligkeit in der übrigen Zeit steigert und zwar in höherem Maße als etwa eine diesen 80 Stunden entsprechende Verringerung der täglichen Arbeitszeit. Selbst wenn die Arbeitswilligkeit bei Reduktion der täglichen Arbeitszeit in gleichem Maße zunehmen sollte, so wäre doch anzunehmen, daß von dem Mehreinkommen relativ mehr gespart wird, da die "richtige" Freizeit fehlte (etwa für Wochenendhäuser, Camping-Sport-Artikel, Motorboote etc. pp). Hebt man die Annahme der Komplementarität zwischen Freizeit und Einkommen auf, so impliziert dies, daß die Nutzenänderungen der Freizeit nicht mehr auf das Auftreten neuer oder günstigerer Güter zurückgeführt werden, sondern auf andere Einflüsse, Wert- und Einstellungs- und Verhaltensänderung. Die Höherschätzung der Freizeit führte dann zu einer geringeren Arbeitswilligkeit. Unter der Annahme, daß zunehmende Freizeit auf verschiedenen Wegen in Arbeitszeit zurückverwandelt wird, müßte bei der empirisch belegbaren Erweiterung von "Freizeitblöcken" (Wochenende, Urlaub) im Gegensatz zur täglichen Freizeit eine Tendenz zur Substituierung von Freizeit durch Arbeit erkennbar sein.

b) Mehrarbeit: Als ein Indikator für o.g. Substituierungsprozess könnte die Bereitwilligkeit, Mehrarbeit zu leisten, gewertet werden. Tatsächlich besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen Arbeitszeit bei den Berufsgruppen und Mehrarbeitswilligkeit.(Tab.19). Diese ist bei Selbständigen und freien Berufen, die die längsten wöchentlichen Arbeitszeiten aufweisen, am geringsten. Die höhere Motivation von Arbeitern, Mehrarbeit zu leisten, dürfte jedoch eher in ihrer finanziell schlechteren Situation und materieller Notlagen zu suchen sein. Nach Roth (37) fallen 25 % der Arbeiterhaushalte in der BRD unter die Armutsgrenze.

c) Schwarzarbeit / Nebentätigkeiten: Das Maß der Schwarzarbeit und Nebenbeschäftigungen kann als direktes Maß o.g. Substituierungshypothese gewertet werden. In den USA wurde lange beobachtet, daß Arbeiter ihre "besten Kräfte" aufsparen, um sie in allerlei Nebenbeschäftigungen in der "Freizeit" auszuspielen.So wurde u.a. festgestellt, daß von 17o.ooo Lehrern unter 3o Jahren 1o.ooo Nebenbeschäftigungen nachgingen.(38) 1966 sollen in den USA 5% aller Berufstätigen einer Nebenbeschäftigung nachgegangen sein, wobei dieses "Moonlightning" zahlenmäßig am häufigsten bei Personen mit großer Familie und niedrigem Einkommen vorkam, prozentual berechnet jedoch bei Lehrern (2o %). (39) DeGrazia (4o) schätzt, daß in den USA 1o % aller Beschäftigten Schwarzarbeit nachgehen, die nicht in Statistiken erscheint. Die Statistik weist für die BRD lediglich für 2 % der Erwerbstätigen (davon 9o,7 % männliche und 9,2 % weibliche) eine "weitere Tätigkeit" aus. (41)

Nach einer neueren Untersuchung leisten in der BRD 31 % aller bundesdeutschen Bürger über 16 Jahre häufiger oder regelmäßig "bezahlte Freizeitarbeit" (42) Dabei sind - bezogen auf die Bevölkerung insgesamt - Männer (37 %) häufiger als Frauen (26 %) vertreten, ebenso bei den berufstätigen Arbeitnehmern (39 % , bzw. 28 %). Bei den Nichtberufstätigen liegt das Verhältnis bei 3o % zu 26 %. Die Deutung liegt nicht fern, daß sich nicht berufstätige Frauen nach einer Art Ersatzberufstätigkeit in der Freizeitarbeit sehnen.

Am häufigsten werden Freizeitarbeiten von Facharbeitern und Landwirten ausgeführt. Klammert man die Rentner aus, dann ist die unterste Einkommensgruppe am häufigsten vertreten (Tab.2o). Betrachtet man die Motivation der Freizeitarbeiter, so zeigt sich, daß 24 % ihre eigene wirtschaftliche Lage schlecht einschätzen, im Gegensatz zu 12 % derer, die nicht "schwarzarbeiten". (43) 32 % der Freizeitarbeiter wählten aus einer Liste verschiedener Aussagen zu Nebenbeschäftigung das Statement: "Ich bin einfach gezwungen, mir durch Nebenbeschäftigung etwas hinzuzuverdienen, sonst reicht mir das Geld nicht". Die vorliegenden Daten zeigen, daß das Freizeitpotential in unerwartet hohem Maße durch bezahlte Nebenbeschäftigungen verringert wird. Der Ansatz von Freizeit-Ökonomen, daß Freizeit und Arbeit in dem Sinne komplementär seien, daß durch Arbeit in der Freizeit lediglich eine Nutzenabwägung stattfindet, muß allerdings dahingehend modifiziert werden, daß eine Gruppe von ca. 3o % der Freizeitarbeiter Mehrarbeit leisten, allein um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, und nur für den Rest z.B. der Erwerb von Freizeitgütern usw. die eigentliche Motivation und Gegenstand der Nutzenabwägung darstellt.

1.5. Landwirtschaftlicher Nebenerwerb

Da die vorliegenden Daten über Arbeitszeiten und Freizeitpotentiale kaum regionalisiert sind, soll im folgenden versucht werden, Aussagen über den ländlichen Raum und Dörfer durch eine Analyse der Nebenerwerbstätigkeiten in der Landwirtschaft zu spezifizieren. Bedeutsam erscheint zuerst, daß je nach Bundesland zwischen 4o,6 und 45,5 % aller landwirtschftlichen Betriebe zur nebenberuflichen Landwirtschaft zählen. (Tab. 21, 22) Dies sind 1972 51o.ooo Betriebe. Addiert man die Zuerwerbsbetriebe, so beläuft sich diese Zahl auf 695.ooo Betriebe. Im Durchschnitt sind 32 % Nebenerwerbsbetriebe, d.h. der Betrieb wird im Teilberuf oder Nebenberuf betrieben, wobei der Betriebsleiter einen außerbetrieblichen Hauptberuf ausübt. Zur Beurteilung der ländlichen Lebenssituation und damit für Freizeitbedingungen ist besonders die Aufteilung des Arbeits-

potentials innerhalb der Familie und zwischen dem landwirtschaftlichen Betrieb und den gegebenen außerlandwirtschaftlichen Einsatzmöglichkeiten von Bedeutung. Im Durchschnitt wird im Nebenerwerbsbetrieb nur etwa ein Viertel des Familienarbeitspotentials für den Betrieb aufgewandt, im Teilberufsbetrieb liegt dieser Anteil bei 55,5 % und selbst im Hauptberufsbetrieb mit Zuerwerb werden noch 14 % der Arbeitskraft in außerlandwirtschaftliche Tätigkeit investiert (44). Geht man davon aus, daß die Komplexität landwirtschaftlicher Tätigkeiten selbst im Nebenerwerb einen hohen zeitlichen Einsatz erfordert, so läßt sich bereits hieraus eine die Arbeitszeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten bei weitem überragende zeitliche Belastung ableiten. Leider fehlt hier eine Aufteilung der Tätigkeiten unter saisonalen Gesichtspunkten, so daß man kaum ein Bild der Arbeitsbelastungen durch Zweit- und Drittätigkeiten (z.B. Landwirtschaft, Ladengeschäft, Getränkebetrieb, Taxi etc.) gewinnen kann. Die bereits festgestellte überdurchschnittliche Frauenerwerbstätigkeit in der Landwirtschaft ist besonders auf die Nebenerwerbsbetriebe und Zuerwerbsbetriebe konzentriert, wo 41,4 % bzw. 29,8 % der Arbeitsstunden von den Ehefrauen geleistet werden, gegenüber 15,6 % und 17,7 % bei den Hauptberufsbetrieben mit bzw. ohne Zuerwerb. (Tab. 23). Hieraus wird deutlich, daß gerade für die ökonomisch schwachen Klein- und Mittelbetriebe, die als Existenzgrundlage unzureichend geworden sind, Hilfe angeboten werden muß, wenn man die Arbeitsbedingungen und damit Voraussetzungen für Freizeitmöglichkeiten verbessern (z.B. Investitionshilfen für Umwandlung in einen "Freizeithof", kooperative Organisationsformen) will.

1.6. Zusammenfassung

Die Gegenüberstellung futuristischer Prognosen mit Trendanalysen und empirischen Befunden zur Arbeitsentwicklung zeigt:

- daß die zukünftige Freizeitentwicklung quantitativ sowohl durch ökonomische Faktoren (Wachstumsrate, Verteilungsschlüssel Einkommen-Freizeit) wie durch individuelle Nutzenabwägung und dem Zwang zur Arbeit aus materieller Notlage starken Restriktionen unterliegt,

  - daß das zusätzliche Freizeitpotential sich - ohne besondere Gegenmaßnahmen - auf die Freizeitblöcke Wochenende - Urlaub erstrecken wird,

  - daß sich wesentliche Differenzen zwischen den Berufsgruppen und Wirtschaftsbereichen ergeben. Insbesondere letztere wurden bislang übersehen. Einzelne Altersgruppen haben durch lange wöchentliche Arbeitszeit (über 48 Stunden) stark eingeschränkte Freizeit.

- In der Landwirtschaft und in den öffentlichen und privaten Dienstleistungsberufen Beschäftigte haben besonders lange tägliche Arbeitszeiten, einen hohen Anteil an Wochenendarbeit und relativ kürzeren Jahresurlaub.

- Arbeiterfrauen, soweit sie nicht in Teilzeit tätig sind, haben im Durchschnitt um vier Stunden kürzere wöchentliche Arbeitszeiten, sind jedoch durch geringe Qualifikation und Leistungsdruck besonders belastet.

- Trotz langer Arbeitszeiten hat die Gruppe der Selbständigen neben der größeren Gestaltungsfreiheit den Vorteil, zu Hause zu arbeiten, wodurch Wegzeiten entfallen.

- Für die Freizeitchancen besonders nachteilig wirken sich Sonn- und Feiertagsarbeit aus. Jeder fünfte Beschäftigte ist davon betroffen, 17 % leisten zusätzlich Nachtarbeit. Obwohl Angestellte und Beamte prozentual häufiger Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit leisten als Arbeiter, sind diese die quantitativ größte Gruppe.

- Die Jahresfreizeit ist stark vom Alter abhängig. Beamte verfügen über die längsten Urlaubszeiten, bei Arbeitern und Angestellten bestehen stärkere Diskrepanzen zwischen den Gewerbegruppen als zwischen den Berufsgruppen.

- In unerwartet hohem Maß werden in der Freizeit bezahlte Beschäftigungen ausgeübt. Dabei zeigt sich, daß dies nicht nur aus einer etwa auf Freizeitgüter etc. gerichteten Nutzenabwägung Arbeit/Freizeit geschieht, sondern ebenso aus Zwang materieller Notlage.

- In der Landwirtschaft Tätige haben überlange Arbeitszeiten, ein hohes Maß an Wochenendarbeit und gehen zu über 5o % außerlandwirtschaftlichen Hauptbeschäftigungen nach. Berücksichtigt man zusätzliche Nebenbeschäftigungen, die starke Arbeitsbeteiligung der Ehefrauen und weiblichen Familienangehörigen sowie die stärkere Einbindung der Dorfbewohner in soziale Aufgaben, so verbleibt für "verhaltensbeliebige" Zeit praktisch kein Raum.

- Für künftige Erwartungen zum Freizeitverhalten läßt sich schliessen, daß bei etwa gleichbleibender Tagesfreizeit allenfalls Änderungen in der Struktur diesbezüglicher Freizeittätigkeiten stattfinden werden, durch Freizeitzuwachs induzierte "neue" Tätigkeiten sich dagegen besonders auf den Urlaub und das Wochenende erstrecken werden.

- Insgesamt bestehen von den arbeitszeitlichen Bedingungen gesehen stark gruppenspezifische Benachteiligungen, deren Abbau für eine "Chancengleichheit in der Freizeit", abgesehen von anderen Möglichkeiten, Rahmenbedingungen für Freizeit zu verändern, als vordringlich anzusehen sind.

2. SOZIALSTRUKTURELLE UND DEMOGRAPHISCHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR FREIZEITVERHALTEN UND ANGEBOTSNACHFRAGE IM BEREICH SPORT UND ERHOLUNG

Im Teil 2 der Arbeit wird versucht, über Auswertung der Ergebnisse empirischer Freizeitforschung das Freizeitverhalten sozialer Gruppen unter Berücksichtigung des Einflusses demographischer Rahmenbedingungen wie Alter, Einkommen, Berufsgruppe und Bildung im Bereich Sport und Erholung zu untersuchen. Ziel ist es dabei, vor allem gruppenspezifische Differenzen aufzufinden, die sich über Rückbezug auf materielle Rahmenbedingungen der Arbeitssituation, Stellung im Lebenszyklus, der Lebenssituation (Hausfrauen, alte Menschen) und der Erziehung und Ausbildung als veränderbar darstellen. Der Bezug von Freizeitverhalten und Angebotsnutzung wird hier auf der Ebene empirisch vorgefundener Situationen problematisiert. Dabei werden Ergebnisse einiger Untersuchungen über "Hinderungsgründe" von einzelnen Freizeittätigkeiten sowie über subjektive Äußerungen des "Bedarfs" mit berücksichtigt.

Angesichts der vorgefundenen empirischen Forschungen ergab sich, daß ein stringenter Vergleich von Ursachen und Formen divergierenden Freizeitsverhaltens hinsichtlich zweier Regionen (Ballungsraum, ländliches Gebiet) nicht sinnvoll durchzuführen ist. Ebenso erschien es unzweckmäßig, auf interpretierende Weise spekulative Aussagen über eventuelle Zusammenhänge von Variablen städtischer bzw. ländlicher Umwelt mit Freizeitbedürfnissen ihrer Bewohner anzustrengen, obwohl soweit möglich auf vorhandene Quellen der Gemeindesoziologie (z.B. bei partizipatorischem Verhalten) und Korrelationen von "Ortsgrößenklassen" und Freizeitverhalten zurückgegriffen wurde. Anhand zweier sozialer Gruppen (Hausfrauen, alte Menschen) wird gezeigt, daß die Intention, Freizeitmöglichkeiten zu verbessern, von einer umfassenden Darlegung der Lebenssituation ausgehen muß, die es erlaubt, relevante Rahmenbedingungen zu bestimmen. Nicht zuletzt zeigt sich, daß die herkömmlichen Theorien der Freizeitforschung zur Erklärung des Einflusses von Rahmenbedingungen der Arbeit, der Wohnsituation,

Bildung und Einkommen insgesamt relativ ungeeignet sind. Dafür erwies sich eine genetische Sichtweise, die Freizeitverhalten als über Sozialisationsprozesse vermittelt versteht, als besonders fruchtbar und weist der Rahmenbedingung Bildung und Erziehung eine besondere Relevanz zu. Da Freizeitverhalten als Kontinuität gesehen werden muß, bei der Tätigkeiten, die sich als Nachfrage nach Einrichtungen und Angeboten im Bereich von Erholung und Sport manifestieren, nur ein Glied in einer Handlungskette und Zusammenhänge von Bedingungen darstellt, muß notwenigerweise auch die Struktur und der Charakter einzelner Tätigkeiten problematisiert werden.

2.1. Situation der empirischen Freizeitforschung

Bislang war es Hauptanliegen der empirischen Freizeitforschung herauszufinden, wer wann was wie lange in seiner Freizeit tut, weniger unter welchen äußeren Bedingungen und materiellen Voraussetzungen. Diese gehen allenfalls über Korrelationen zu sozio-demographischen Merkmalen wie Einkommen, Beruf, Alter, Schulbildung in die Tabellen ein, nicht jedoch bezogen auf die einzelnen Items, obwohl erst hierdurch speziellere veränderbare Kausalbeziehungen aufgedeckt werden können (z.B. Häufigkeit von "Schwimmen" im Verhältnis zur Anzahl von Schwimmbädern). Das allgemein bestätigte Empirie-Defizit wird um zahlreiche methodische Mängel bereichert. Zusammenfassend lassen sich folgende Hauptmängel der vorliegenden Studien aufzählen:

- weitgehend theorielose Klassifikation der erfaßten Freizeitaktivitäten,
- Beschränkung auf abfragbare Aktivitäten
- Vernachlässigung schichtspezifisch unterschiedlicher Bedeutungen gleicher Aktivitäten,
- ungenügende Kontrolle methodenbedingter Effekte auf die Reliabilität und Validität der Daten (normativer Zwang durch vollstandardisierte Interviews) (46),
- Vernachlässigung regionaler Differenzierung
  (etwa: ländliches Gebiet - Ballungsraum - Mittelstadt - ländl. Gebiet im Naherholungsraum des Ballungszentrums),

- keine gesonderte Erfassung sozialer Randgruppen; diese sind fast immer so stark unterrepräsentiert, daß keine Auswertung möglich ist (Gastarbeiter, Behinderte, Schichtarbeiter),
- für sozialwissenschaftliche Theoriebildung zu kleine Stichprobengrößen (1ooo - 2ooo),
- Ausklammerung sozialer Konflikte (47),
- Ausklammerung ökonomisch-gesamtgesellschaftlich vermittelter Chancenungleichheit durch institutionalisierte Herrschaftsstrukturen,
- Beschränkung auf deskriptive Relationen zwischen Freizeitaktivitäten und sozial-statistische Variable (Alter, Beruf, ...),
- Vernachlässigung subjektiver Bewertungen bzw. Angeben von Gründen und Motivationen zu den Aktivitäten (48),
- Beschränkung auf "bewußte" Aktivitäten,
- Einflüsse schichtenspezifischer Bezugsrahmen und Verbalisierungsfähigkeit werden nicht mit einbezogen.

2.1.1. Zur Methode und Interpretation empirischer Freizeituntersuchungen

Sozialwissenschaftliche Erhebungen zum Thema Freizeit begegnen großen Schwierigkeiten. Diese entstehen dadurch, daß Freizeit nicht "qua Tätigkeit" abzugrenzen ist. Die gleichen Tätigkeiten haben je nach Umständen und Personengruppen Freizeitelemente oder auch nicht oder mehrere Tätigkeiten werden gleichzeitig ausgeführt (2.1.2). Gleichzeitig werden die Ergebnisse in Studien über Tagesläufe und Freizeitaktivitäten durch Unvollkommenheit der Erinnerung selektiv verzerrt. Während die sog. Primärtätigkeiten (ca. 30 am Tag), die weitgehend von der formalen Organisation einer Gesellschaft bestimmt sind, gut erinnert werden, sind die Sekundärtätigkeiten und Tertiärtätigkeiten (ca. 80 am Tag), durch die erst die Unterschiedlichkeit des Lebensstils transparent wird, aufgrund ihres beiläufigen Charakters schwerer zu erinnern. (49) Bei der Interpretation von Freizeitaktivitäten wird sinnigerweise angenommen, daß die einzelnen Handlungsweisen als einzelne Wahlakte anzusehen seien und alle Freizeittätigkeiten miteinander in Konkurrenz stehen. Tatsächlich sind sie nur bedingt der Ausdruck von Präferenzen des Akteurs. Vielmehr verlaufen sie in Form einer Tätigkeitskette, wobei eine Entscheidung eine Vielzahl Tätigkeiten vorbestimmt. (Z.B. Entscheidung, in die Eckkneipe zu gehen um zu sehen, ob dort Bekannte anzutreffen sind, begründet Wahlmöglichkeiten wie "Zug durch die Gemeinde", "Gespräch über Fußball und Prärie" usw. schließt aber sehr viele andere aus.)

Um zu ermitteln, welche Tätigkeiten untereinander in Konkurrenzbeziehungen stehen, wurde eine Faktorenanalyse angewandt. (5o)(2.5.1.)
Beispiel: Verschiedene Personen mögen die gleiche Zeit am Tag mit dem Konsum von Massenmedien beschäftigt sein. Wird jedoch im

einzelnen erfaßt, welche Inhalte diese Personen in welchen Medien rezipieren, so wird deutlich, daß die Kategorie "Beschäftigung mit Massenmedien" nur wenig über die Funktion dieses Verhaltens im Freizeithaushalt aussagt. Für Personen, die ihr Bedürfnis nach aktueller politischer Information aus der Tagesschau befriedigen, ist das Gespräch über Politik keine Alternative; hier besteht vielleicht eine Konkurrenzbeziehung zwischen Beachten der Tagesschau und dem Hören der Nachrichten im Radio. Für Personen, die demgegenüber das Fernsehen als Heimkino für den Krimi und für Sportübertragungen verwenden, mag eine Konkurrenzbeziehung zwischen dem Lesen einer anspruchsvollen Wochenzeitung und dem Besuch einer politischen Veranstaltung vorliegen.

Tendenziell gilt: Sowohl die Angehörigen der Oberschicht, wie auch die der Mittelschicht, benutzen das Fernsehen vornehmlich als Medium der Unterhaltung; als Mittel der aktuellen Information wird das Fernsehen eher von Angehörigen der Mittelschicht genutzt. Ähnliches gilt für das Medium Film. Sowohl Personen mit sehr hoher Schulbildung, wie auch Volksschüler, benutzen Filme als Mittel der Zerstreuung und Ablenkung - Personen mit sehr hoher Schulbildung gerade deshalb, weil sie vom Kino meist eine geringe Meinung haben. Das Feuilleton der Lokalzeitung wird nicht etwa durchweg von Personen mit akademischer Bildung gelesen; gerade diese Personen unterrichten sich über kulturelle Ereignisse eben nicht aus ihrer Lokalzeitung, sondern durch Lesen von überregionalen Zeitungen und durch anspruchsvolle Zeitschriften; die Lokalzeitung wird wegen ihres Lokalbezugs beachtet. Anders dagegen bei Personen mit Sekundärbildung: Hier kann die Lokalzeitung dem kulturellen Anspruch durch ihr Feuilleton genügen. Es sollte bekannt sein (- ist tatsächlich als Sachverhalt tabuisiert -), daß die Bildzeitung unter den Zeitungslesern eines jeden Bildungsniveaus verbreitet ist. Die Funktion der "Bildzeitung" ist jedoch je nach der Art der Nutzung anderer Medien sehr verschieden.

Aufgrund solcher Beobachtungen muß die Kritik an der Einseitigkeit von "Bildzeitung, Fernsehen und Spiegel" relativiert werden. Die Raster, mit der diese Medien zur Kenntnis genommen werden, sind verschieden, und ebenso verschieden sind die Korrektive für die Einseitigkeit ei-

nes der Medien. Erst die Berücksichtigung der Kombination von Inhalten aus verschiedenen Medien erlaubt es, die Funktion eines einzelnen Mediums im Zeithaushalt zu bestimmen. (51) → (2.2.4.1.)

Die Definitionsproblematik

Bei der Auswertung empirischer Studien zu Aussagen der Wirkung von Rahmenbedingungen stellt sich die leidige Abgrenzungsproblematik. Wurde Freizeit zunächst als Residualkategorie bestimmt, so ergaben sich Unklarheiten hier bei der Gruppe der Selbständigen, wieweit einzelne Tätigkeiten "Freizeitelemente" enthalten (Ambiguität). Am leichtesten ist "Freizeit" für die Informanden einer Befragung selbst abgrenzbar, wenn ihre Arbeit
1) außerhalb des Hauses stattfindet,
2) im wesentlichen fremdbestimmt ist,
3) sie in erster Linie für aufgewandte Zeit bezahlt werden. (52)

Der Ansatz von Scheuch (53), Freizeit als "diejenigen Tätigkeiten, die sich nicht notwendig aus zentralen funktionalen Rollen ergeben", zu definieren, ist für die Auswertung empirischer Daten wenig operational, da diese Einstufung im Nachhinein nicht vollzogen werden kann. Es soll hier daher vor allem von der Definition Blüchers ausgegangen werden, die den Zeithaushalt in

- produktive Zeit (arbeitsgebundene Zeit)
- reproduktive Zeit (Schlafen, Ausruhen, Essen, Hauswirtschaft)
- verhaltensbeliebige Zeit (Zeit für "Freizeitaktivitäten")

unterteilt (54). Als Bezugsrahmen der Wirkungen von Rahmenbedingungen soll

- die Tagesfreizeit
- die Wochenendfreizeit
- die Jahresfreizeit

untersucht werden. Tätigkeiten, die nicht Arbeit i.e.S. und nicht Freizeit i.S. von disponibler Zeit sind, sollen nach Dumazedier als "Halbfreizeit" bezeichnet werden (Do-it-yourself, Einkaufen). Für den Vergleich der Freizeitchancen sozialer Gruppen ist noch der weitere Begriff "Freie Zeit" operational; hierunter zählt diejenige Zeit, die neben der Arbeit und als Zeit für Befriedigung physiologi-

gischer Bedürfnisse verbleibt (55). Letztere umfassen Schlafen, Essen, Körperpflege. Davon zeigt "Schlafen" eine sehr geringe, Essen dagegen eine große Elastizität im Zeithaushalt.

Schwierig ist die Abgrenzung von "freier Zeit" bei nicht-erwerbstätigen Personen und Hausfrauen. Ein Vergleich von Hausfrauen unter verschiedenen Arbeitsbelastungen zeigt eine außerordentliche Elastizität der Tätigkeiten. Dies gilt für die eigentliche Hausarbeit (Reinigen, Essenbereiten) und noch mehr für Tätigkeiten wie Einkaufen: So kann der "Einkaufsbummel" verschiedene Funktionen erfüllen, wie Beaufsichtigung der Kinder, Gespräche, Kaffeepause, etc.

Die Ambiguität von Freizeitaktivitäten

Bei der Auflistung und Interpretation von Freizeitaktivitäten wird häufig nicht die Bedeutung für einzelne Gruppen oder Individuen beachtet, ob der Tätigkeit mehr Freizeit- oder Arbeitscharakter zugeordnet wird. Eine normative Bestimmung als "Freizeitaktivität" qua Zeitraum, in dem sie ausgeführt wird, erscheint wenig sinnvoll. Vielmehr haben die in der Literatur als Freizeitbeschäftigungen bezeichneten Tätigkeiten auch für die Befragten selbst ambiguösen Charakter. Ausruhen, Fernsehen, Besuche machen, Einkaufsbummel und "hohe Kultur" sind Tätigkeiten, die eindeutig der Freizeit zugerechnet werden. Auffallend ist, daß bürgerschaftliches Engagement und Bildung eher als "Freizeitarbeit" verstanden werden und nicht als Teil der eigentlichen Freizeit. (Tab. 24)

2.1.2. Zeitbudgets sozialer Gruppen

Die Zeitbudgetdaten sind keine Indikatoren individueller Merkmale, sondern können nur als globale Zeitmengen interpretiert werden, die von der Anzahl der Personen in jeder Gruppe abhängt.
Alle Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß

- Nicht-Berufstätige mehr Freizeit als Berufstätige
- Männliche Berufstätige mehr als weibliche
- Angehörige der oberen sozialen Schicht im allgemeinen weniger als Arbeiter und Angestellte
- Arbeitnehmer mehr als Selbständige

haben. (56)
Im Rahmen einer internationalen Zeitbudget-Studie zeigte sich, daß Schlaf zu den "stabilsten" menschlichen Tätigkeiten zählt. Eine Ausnahme bilden hier lediglich Menschen mit akademischen Berufen. Nicht-berufstätige Frauen haben insgesamt mehr Zeit zum Schlaf

zur Verfügung. Angaben über abweichendes Schlafverhalten etwa bei Schichtarbeitern, Gruppen mit überlanger Arbeitszeit, Teilzeitarbeit etc. sind noch nicht erhoben worden.

Für Tätigkeiten der Körperpflege kann im Durchschnitt 1 Stunde, für Essen 1,6 Stunden veranschlagt werden. (57)

Die physiologischen Bedürfnisse erfordern somit täglich im Durchschnitt 8,6 + 1 + 1,6 = 11,2 Std.
Gemäß unserer Hypothese eines langsamen Freizeitwachstums zeigen Befragungsergebnisse, daß die Freizeit von Eltern mit schulpflichtigen Kindern ("Normalhaushalt") von 1952 bis 1973 lediglich um 1 Std. 7 Min. zugenommen hat:

Als verhaltensbeliebige Zeit standen 1973 zur Verfügung:

berufstätigen Arbeitnehmern	3 Std.	26 Min.
" Selbständigen	2 "	31 "
" Männern	3 "	33 "
" Frauen	2 "	56 "
" Hausfrauen in Haushalten mit 2 od. 3 Pers.	2 "	44 "
" - mit 4 und mehr Personen	2 "	07 "
nicht-berufstätigen Hausfrauen		
2 / 3 Personenhaushalten	4 "	00 "
4 und mehr Personenhaushalten	3 "	56 ".

Nach Blücher (58) zeigt sich für die Gruppen der Berufstätigen, Nur-Hausfrauen und berufstätigen Hausfrauen das in Tabelle 25 dargestellte Bild. Als effektive Freizeit aller Berufstätigen ergaben sich 4,3 Std. am Werktag.

Für das Verhältnis der freien Zeit zu effektiver Freizeit zeigt sich, daß von 1971-1973 die effektive Freizeit relativ langsam zugenommen hat. (Tab. 26)
Nach Werktags- und Wochenendfreizeit Verheirateter unterschieden zeigt sich die Benachteiligung berufstätiger Frauen vor allem in der Werktagsfreizeit, wogegen sie am Wochenende über dasselbe Quantum Freizeit wie nicht-berufstätige Frauen verfügen. (Tab. 27)

Mit der Zeitbudgetanalyse können auch Strukturveränderungen global erfaßt werden (Tab. 28):
Die Heirat führt zur starken Einschränkung der Beschäftigung mit Fortbildung und Teilnahme am öffentlichen Leben, Vergnügen, Ausgehen und Aufenthalt außerhalb der Wohnung - demgegenüber werden die Mittel stärker benutzt, die es erlauben, in Gegenwart der Familie Zeit alleine zuzubringen, wie Fernsehen und Lesen zur Unterhaltung.
Unter anderem bestimmen Einkommen, Wohnort und Wohngegend sowie Geschlecht, Alter zusätzlich zu ihrer Interkorrelation zum "Stadium des Familienzyklus" die Struktur des Zeitbudgets. So besteht eine negative Korrelation zwischen zunehmendem Einkommen und Maß an disponibler Zeit. Je höher der soziale Status und je höher das Einkommen, umso größer wird der Teil der disponiblen Zeit, die außerhalb der eigenen Wohnung und der eigenen Wohngegend verbracht wird.
Gering ist der Einfluß der Schulbildung auf die Struktur des Zeitbudgets.

Bei der Betrachtung des Einflusses sonst sehr verschiedener Gruppen fällt auf, daß durchweg diese Einflüsse geringer sind als etwa für politisches Verhalten, Wahl von Konsumgütern oder Einstellungen.
"Einer der überraschendsten Aspekte dieser Daten (- des internationalen Zeitbudgetprojektes) ist die grundsätzliche Homogenität der Resultate in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen." (59)

Primär - Sekundäraktivitäten

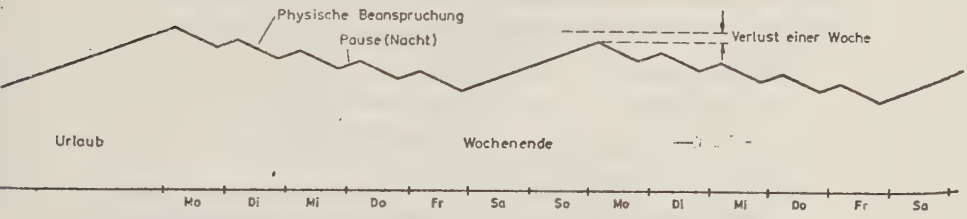
Im Zeitbudget können auch komplexere Situationen durch Darstellung von Tätigkeitskombinationen abgebildet werden. Während die Primäraktivitäten (s. Tab.29) z.B. weitgehend durch sachliche und soziale Zwänge bestimmt sind, zeigen sich individuelle Komponenten des Verhaltens und spezielle Stile der Zeitverwendung insbesonders in unterschiedlichen Kombinationen von Primär- und Sekundäraktivitäten.
Die Mehrheit der Bevölkerung weist zwischen 10 bis 60 Sekundärtätigkeiten am Tage auf. Dazu kommen häufig noch Tertiärtätigkeiten in einer Tätigkeitskette. Beispiel:"Im Wohnzimmer sitzen, Radio hören und dabei mit Ehegatten sprechen und wieder Zeitung lesen."
Je höher der Status einer Person, um so komplizierter scheinen diese Konstellationen von Verhaltensweisen und um so größer scheint die Zahl der Tertiäraktivitäten. Damit ist auch angezeigt, daß es nicht für alle Menschen das gleiche Maß an Zeit gibt, sondern unterschiedliche Intensitäten und Komplexitäten von Zeitverwendung. Scheuch spricht hier von "Zeitvertiefung". (60)

2.2. Freizeit und Erholung

2.2.1. Der Erholungsbegriff

Die Abgrenzung von Tätigkeiten als "erholsam" erscheint problematisch, da Freizeittätigkeiten für einzelne Individuen und Gruppen ambiguösen Charakter haben (s. Tab. 24). So sind z.B. Do-it-yourself-Tätigkeiten für den einen ein Hobby, das ihm das Gefühl selbstbestimmter schöpferischer Tätigkeit vermittelt, ein anderer ist gezwungen, Arbeiten, die er andernfalls einen Handwerker ausführen ließe, aus Geldmangel selbst zu erledigen. Ebenso kann "Gartenarbeit" vorwiegend entspannenden Charakter haben oder zur Ersparnis von Ausgaben für Lebensmittel betrieben werden.

Neben der subjektiven Einstellung zu einzelnen Freizeit-Tätigkeiten als Indikator ihres Erholungscharakters, ist Erholung physiologisch der Ermüdung gegenüberzustellen.
Czinki (61) betrachtet die gegenwärtige Freizeitverteilung (Tages-Wochenend-Urlaubsfreizeit) als funktionales Gegenstück zur Arbeitsbelastung: "Erholung ist Regeneration, also ein Wiedergewinn des durch die Beanspruchung verlorengegangenen Ausgangspotentials. Dieses Ausgangspotential wird aber auch nach der Arbeitspause nie wieder vollständig erreicht (Ermüdung abends), so daß die Arbeitskraft eine ständig sinkende Tendenz aufweist. Zur Erhaltung der Arbeitskraft müssen in regelmäßigen Zeitabständen größere Erholungspausen kommen (Tages-, Wochenend-, Jahreserholung)."



Rhythmik der physischen Erholung

Nach Czinki besteht die Notwendigkeit der periodischen Regeneration auch dann, wenn die physiologische Arbeitsbelastung nachläßt. "Die Hast und Entpersönlichung der Arbeit rufen eine Veränderung der Person zu ihrer Tätigkeit hervor. Sie identifiziert sich nicht mit ihrem Werk, die Arbeit dient zum Geldverdienen." Die hierin begründete psychische Belastung begründet ebenso eine periodische Abwechslungsnotwendigkeit wie die physische. In ähnlicher Weise spricht Beck von "Regeneration der physischen und psychischen Kräfte durch Ruhe, Ausgleich und Abwechslung", Hoffmann versteht unter Erholung "das Bemühen des Menschen, die etwa durch die Gleichförmigkeit wie auch die Unruhe und Hast des Arbeitstages abgebauten und erschöpften physischen und psychischen Kräfte zu erneuern und zu reaktivieren". Diese sieht Jungmann als "längere Zeit anhaltende Wiederherstellung normaler Funktions- und Reaktionsabläufe". (62)

Erholung wird hier durch zwei Aspekte gekennzeichnet:

1. Erholung ist ein innerer Funktionsablauf, keine Tätigkeit; Erholung kann durch eine solche bewirkt werden, wenn sie eine entsprechende Wirkung ausübt.

2. Erholung wird als Ausgleich von Arbeitsbelastungen verstanden.

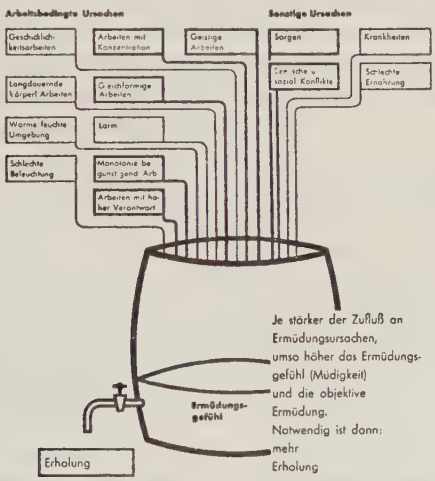
Die physiologisch meßbaren Erholungswirkungen können im Widerspruch zur subjektiven Einschätzung, des Charakters von Tätigkeiten oder etwa des Erfolges des Urlaubs stehen. Ein Experiment zeigte, daß die Teilnehmer ihren Urlaub als mehr oder weniger "verunglückt" bezeichneten, trotz meßbarer Verbesserung der körperlichen Leistung und Funktion. Die allgemein übliche Gleichsetzung von Freizeit und Erholung muß daher differenzierter betrachtet werden. Viele Freizeitaktivitäten scheinen ihren Erholungswert in dem Moment zu verlieren, wo sie öffentlich organisiert angeboten werden. Gerade in der Tatsache der Beiläufigkeit scheint eine besondere, entlastende Tätigkeit für den Akteur zu bestehen (63). Je mehr Einrichtungen oder Angebote Aufforderungscharakter erhalten (z.B. Trimm-Pfade) und durch Vermittlung von Schuldgefühlen zur Teilnahme an Aktivitäten anregen, desto mehr geht Erholungscharakter verloren.

Der hier verwandte Erholungsbegriff geht implizit von einer Dreiteilung Arbeit-Freizeit-Erholung aus, ohne zu problematisieren

- welche Aspekte von "Arbeit" eigentlich - etwa im Gegensatz zu Freizeitaktivitäten - Ermüdung verursachen
- warum dieselben Belastungen bei verschiedenen Personen unterschiedliche Grade von Ermüdung bewirken
- wieweit Tätigkeiten in der Freizeit Ermüdungserscheinungen verursachen und worin eventuell ein Unterschied besteht
- welche Rolle die räumlich/ästhetische Umgebung als Ermüdungsursache spielt
- welche Rolle Umweltbelastungen als Ermüdungsfaktor spielen.

Die herkömmliche Ausrichtung des Erholungsbegriffs auf arbeitsbedingte Ermüdungsursachen entspricht der Auffassung von Freizeit als Gegenpol und alleinigem Ort der Selbstverwirklichung und Entspannung. Birkwald/Pornschlegel (64) liefern den bislang differenziertesten Ansatz. Hierbei werden auch Faktoren wie "Sorgen", Krankheiten, see-

lische, soziale Konflikte, Ernährung berücksichtigt. (siehe Abbildung) Am besten erforscht ist die Bewegungsarbeit, ebenso Einfluß von Hitze (in Form der allgemeinen klimatischen Bedingungen und Strahlungshitze) und Lärm auf das gesundheitliche Wohlbefinden (Herzbefunde, Gefäßstörungen, Verdauungsbeschwerden etc.). Am wenigsten sind bislang die Auswirkungen von Belastungen der Sinne und Nerven erforscht. Während für relativ kurze Belastungszeiträume (Arbeitstag, Woche) exakte Aussagen über die notwendige Erholungszeit gemacht werden können, gibt es für langfristige Belastungen (Arbeitsleben) kaum Untersuchungen.



Quelle:
Birkwald, R. und Pornschlegel, H, 1968, S.31

Auch die Angaben von Birkwald/Pornschlegel beziehen sich vorwiegend auf Bestimmung von Arbeitsermüdung. Demgegenüber gibt es bislang wenig Aussagen über Einfluß von Umweltbelastungen wie Luftverschmutzung, die als additive Belastung des Organismus zu einem beschleunigten Leistungsabbau und damit schnellerer Ermüdung führen. Die Erholungsfunktion der Freizeit als alleiniges Komplement zur Arbeitsermüdung hat bislang weitgehend spekulativen Charakter. → (3.2.)

Neben einer möglichen subjektiven Beurteilung von Tätigkeiten in der Freizeit (s. Tab. 24), sollen im folgenden besonders die Tätigkeiten gesondert betrachtet werden, die der Verbesserung der materiellen Situation eines Haushalts dienen. Man kann annehmen, daß sie selbst einen Belastungsfaktor enthalten, der eines zusätzlichen Ausgleichs durch "Erholung" bedürfte.

2.2.2. Halbfreizeit

Osterland führt hier unter der Kategorie "Sicherung des materiellen Lebensunterhalts in der außerbetrieblichen Zeit" u.a. an: (65)

- Gartenarbeit: Die ökonomische Funktion dieser Tätigkeit ist davon abzulesen, daß gegenwärtig fast 50 % des gesamten in der BRD erzeugten Obstes bzw. Gemüses in Hausgärten produziert und die Versorgung der Bundesdeutschen mit Obst bzw.Gemüse zu 26 bzw. 27 % noch aus in Hausgärten Gewachsenem bestritten wird. Die Bebauung des eigenen Gartens trägt demzufolge direkt oder indirekt noch beträchtlich zur Sicherung des materiellen Lebensunterhalts bei. Neben der Funktion als Erholungsraum (Schrebergärten),trägt der eigene Garten für den Arbeiter also wesentlich zur Sicherung des materiellen Unterhalts bei. Dies zeigt sich auch daran, daß Arbeiter (53 %) relativ häufiger einen Garten besitzen als Angestellte und Beamte (43 %) . Die unterschiedlichen Bedeutungsaspekte der Gartenarbeit als Freizeit muß man bei der Interpretation der Befragungsergebnisse berücksichtigen. So wird Gartenarbeit nur von 34 % als Hobby genannt, jedoch von 44 % tatsächlich ausgeführt. Gartenarbeit hat offensichtlich eine besondere Bedeutung als Familienfreizeit. 51 % der verheirateten Männer und Frauen gaben 1974 an, in einer Woche Gartenarbeit verrichtet zu haben.(66) Beachtenswert ist der relativ hohe Zeitaufwand. 1966 wandten berufstätige Männer und Hausfrauen bzw. Frauen 20 bzw. 9 Min. täglich, d.h. 2 Std.20 Min. bzw. 63 Min. in der Woche für Gartenarbeit und Tierpflege auf;(67) Die Studie der GFK kommt wöchentlich auf 3 Std. Gartenarbeit pro Gartenbesitzer im Juni des Jahres 1974. (68)

- Do-it-yourself-Tätigkeiten
  Auch bei der Selbstausführung notwendiger handwerklicher Arbeiten zeigen sich Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten. Die Tatsache, daß Arbeiter bzw. ihre Familie weit eher handwerkliche Arbeiten selbst ausführen als Angestellte, dürfte ein Indikator sein, daß diese Tätigkeiten eher aus materiellem Zwang denn aus Entspannung und kreativen Bedürfnissen ausgeführt werden.(s.Tab. 3o) Facharbeiter führen sehr viel häufiger als Angestellte handwerkliche Tätigkeiten im Haushalt selbst aus, was sicher auch daran liegt, daß bei ihnen entsprechende Kenntnisse häufiger vorhanden sind.

Daß dieser Zusammenhang bei "sonstigen Arbeitern" trotz niedrigeren Einkommens nicht besteht, könnte daran liegen, daß der Einkommensaspekt z.B. vom Aspekt der nicht vorhandenen Kompetenz überwogen wird. Außerdem ist denkbar, daß des geringeren Einkommens und damit schlechterer Wohnungen wegen un- und angelernte Arbeiter weniger motiviert sind, in der Wohnung etwas zu erneuern oder umzubauen. Die gruppenspezifischen Unterschiede finden sich im übrigen auch bei den am häufigsten ausgeführten handwerklichen Arbeiten. (Tab. 32)

Die ökonomische Bedeutung dieser Do-it-yourself-Aktivitäten zeigt sich, wenn man einer Do-it-yourself-Stunde einen Stundensatz von DM 10,- zugrunde legt. Das so errechnete Wertvolumen stellt etwa 25 % des Sparvolumens der privaten Haushalte im Jahr 1974 dar. Nach dem aufgezeigten schichtspezifischen unterschiedlichen Zeitaufwand dürften diese Tätigkeiten für (Fach)-Arbeiterhaushalte von großer Bedeutung sein. (69)

- Ebenso traten bei der Pflege des Autos Differenzen auf: 12 % der Angestellten gegenüber 4 % der Arbeiter ließen ihr Auto meist waschen und pflegen. (7o)
  Für Kostenersparnis in Arbeiterhaushalten noch bedeutsamer dürfte die Ausführung von Reparaturen an Kraftfahrzeugen sein. Hierzu liegen jedoch keine eigenen Untersuchungen vor. Immerhin führten 1974 im Wochenverlauf 19 % der Bevölkerung und am Samstag 10 % "Arbeiten am Auto" aus. (71)

- Eine weitere Möglichkeit zur Verringerung des fixen Einkommensteils ist die Ausführung von Tätigkeiten, die den Charakter von Dienstleistungen haben. In Bereichen wie Hüten der Kinder, Kochen, Säubern der Wohnung wird diese Möglichkeit von Arbeitern wie Angestellten weitgehend als Selbstverständlichkeit angesehen. In der Regel werden diese Tätigkeiten in beiden Gruppen von den Ehefrauen erledigt. Nicht mehr unbestritten zu den Selbstverständlichkeiten gehört jedoch das "Selberwaschen der großen Wäsche". (Tab. 32) Darin zeigt sich, daß - vermutlich durch steigendes Einkommen bewirkt - mit steigender beruflicher Situation diese Arbeiten weniger häufig selbst erledigt werden.

Derselbe Zusammenhang dürfte sich ergeben, wenn man gruppenspezifische Unterschiede einbezieht, bei:

- Essenszubereitung : Gaststättenbesuch
- Wohnungspflege : Beschäftigung einer Haushaltshilfskraft
- Schneidern : Konfektion kaufen
  (1974 gaben 40 % aller befragten Frauen an, zu nähen oder zu schneidern) (72).

Während wir in Teil I für einige Tätigkeiten aufgrund ihres eindeutigen Arbeitscharakters Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten, Selbständigen feststellten, die darlegten, daß die formal kürzere Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten durch Schwarzarbeiten, Wegezeiten, Nebentätigkeiten (Landwirtschaft) etc. erhöht werden, zeigt sich hier, daß auch indirekt über Tätigkeiten, die der Sicherung des materiellen Lebensunterhaltes dienen, die formal längere Freizeit der Arbeiter gegenüber derjenigen der Selbständigen eingeschränkt wird. Entscheidend scheint hier der Einkommensaspekt zu sein, der es höher Verdienenden erlaubt, eine Vielzahl von Tätigkeiten mit Dienstleistungscharakter zu "kaufen" und damit ihre effektive Freizeit zu verlängern. Eine gruppenspezifische Quantifizierung ist aufgrund fehlender Erhebungen nicht möglich, würde aber mit Sicherheit die These der tendenziellen Umkehrung des Freizeitvolumens von Selbständigen und Arbeitern zum Teil falsifizieren.
Dazu müßte berücksichtigt werden, daß in Selbständigenhaushalten vermutlich weniger Frauen als in Arbeiterhaushalten erwerbstätig sind und in höherem Maß zu einer Entlastung des Mannes von Tätigkeiten, die der "Halbfreizeit" zugerechnet werden, beitragen können.

Rekreative Tätigkeiten in der Tages- und Wochenendfreizeit:

Im folgenden sollen als "rekreativ" solche Tätigkeiten betrachtet werden, "die ohne bewußte geistige und oder körperliche Anstrengung aufgrund einer bestimmten Intention meist passiv verbracht werden. (Ausruhen, Spazierengehen, bestimmte Formen des Medienkonsums)". (73) Auch mit diesem Ansatz kann jedoch nicht das Problem der subjektiv unterschiedlichen Bedeutungen und der Sekundärtätigkeiten gelöst und die komplexen Zusammenhänge zwischen den jeweiligen Verhaltensweisen oft nur angedeutet werden.

Häufig wird betont, daß die "effektive" Freizeit heute auf Umwegen verlängert werde:

- durch Reduzierung der Arbeitszeit (allgemein nicht zutreffend, siehe Teil 1),
- durch Abnahme schwerer körperlicher Belastung, die zur Folge habe, daß weniger Zeit für die aus der Arbeit resultierenden Ermüdung und für die "Wiederherstellung der Arbeitskraft" verwendet werden müsse.

Letztere Annahme trifft jedoch in dieser Form nicht zu. Zwar hat es Änderungen in der Belastung im Sinne einer Verbesserung für relevante Teilgruppen der Arbeiter gegeben, die vermutlich zu einer Änderung des Regenerationsbedürfnisse geführt haben. Andererseits haben aber Mechanisierung und Automatisierung im Zusammenhang mit der Intensifikation der Arbeit auch eine Änderung des Charakters der Belastung bewirkt: reduzierte allgemeine körperliche Belastung wird zum Teil durch nervlich-seelische Belastung oder einseitige physische Beanspruchung ersetzt (z.B. Frauenfließbandarbeit).(siehe 3.2.1.,3.2.3.) Ferner wird hierbei häufig nicht berücksichtigt, daß dieselbe Arbeit insbesondere für den älteren Arbeiter ungleich belastender wirkt. Ferner kann für einige als "Freizeitaktivitäten" firmierende Verhaltensweisen angenommen werden, daß sie ausgeprägte regenerative Züge tragen, jedoch subjektiv nicht als regeneratives Verhalten gelten, das geeignet ist, die physisch-psychischen Ermüdungen und Erschöpfungen auszugleichen, die zum größten Teil aus der betrieblichen Arbeit resultieren, zum Teil auch aus Nebentätigkeiten und solchen, die der materiellen Existenzsicherung dienen. Es kann angenommen werden, daß diese für den Arbeiter und zunehmend für Gruppen der Angestellten eine beachtliche Bedeutung haben.

Betrachten wir Erholungsverhalten daher im folgenden als Funktion der Arbeitsverhältnisse durch Indikatoren der Berufsgruppen, so lassen sich diese Ergebnisse jedoch in mehrerlei Hinsicht interpretieren

- im Sinne der Kompensationshypothese
  (Versagungen im Arbeitsbereich werden in der Freizeit ausgeglichen)
- im Sinne der Kongruenzhypothese/Kontrasthypothese
  (Merkmale der Arbeitssituation korrespondieren mit Verhaltensweisen in der Freizeit bzw. stehen im Gegensatz dazu)
- im Sinne der Sozialisierungs- bzw. Selektionshypothese
  (Bildungs- und Erziehungsprozesse bzw. objektive Gegebenheiten in der Biographie des Individuums legen die Kompetenzen des Individuums stärker fest als sie sich von den Bedingungen der Arbeitszeit her erklären lassen.

Bislang wurde jedoch noch nicht versucht, Freizeitverhalten als eine Funktion der schichtspezifischen Sozialisation zu begreifen. Allein damit könnte jedoch der verhaltensprägende Aspekt der Arbeitbedingungen und der über Sozialisationsprozesse vermittelte Anteil der "Sozialen Kompetenz" als zentraler Bedingungsfaktor von Freizeit in Beziehung gesetzt werden. Freizeitverhalten wird hierbei auch unzulässig verallgemeinert: Für Arbeiter, Angestellte, Selbständige können mehrere Hypothesen zutreffen, wenn man nach Funktionen der Tages-, Wochenend-, Urlaubsfreizeit differenziert.

2.2.3. Arbeitsverhältnisse und Erholungsverhalten

a) Osterland et al. stellen fest, daß "vorwiegend körperlich beanspruchende Arbeit" eher ein Bedürfnis nach "passiver", einseitig körperlich unterfordernde Arbeit bzw. dauernder Streß aufgrund geistiger Leistungsanforderungen eher ein Bedürfnis nach "aktiver" Regeneration nach sich ziehe.
"Passive Regeneration" sucht eher den Ausgleich von körperlichen Anstrengungen und äußert sich in relativ bewegungsarmen Verhaltensweisen (Dösen, Medienkonsum), "aktive Regeneration" als Ausgleich nervlich-psychischer Anstrengungen dagegen mehr in "arbeitsähnlichen" Tätigkeiten, die allerdings keine materiellen Motive haben. (74)

Kohl (75) versuchte, einige Dimensionen des Freizeitverhaltens in Bezug zu den Kategorien "physisch belastet", "psychisch belastet" zu erfassen:

"Folgende generelle Unterschiede zeigen sich ... zwischen den mehr physisch und den mehr psychisch-nervlich Belasteten (wobei sich diese Unterscheidung in den klassischen soziologischen Kategorien heute allerdings nicht mehr eindeutig treffen läßt):

Physische Belastung (Beispiel: Arbeiter)

a) Die Regeneration hat einen enorm hohen Stellenwert. Feierabend wie Wochenende sind geprägt durch ein deutlich höheres Bedürfnis nach „Ausspannen" als bei den übrigen Berufen. Sekundärkennzeichen ist die hohe TV-Einschaltquote am Werktag (die übrigens am Wochenende nicht höher ist als bei den weniger physisch Belasteten am Werktag; dabei ist die Programmqualität am Wochenende zweifellos nicht schlechter).

b) Die Freizeiteinteilung erfolgt generell anders: Die Freizeit am Werktag ist arbeitsbezogen, d. h. stark geprägt durch notwendige Arbeiten im Hause, Reparaturen, Gartenarbeit. Für eine aktivere Freizeitgestaltung hinsichtlich Sport, Ausgehen, Hobbys oder kulturelle Aktivitäten (einschließlich Weiterbildung und Lesen) bleiben offensichtlich weniger Reserven als bei den übrigen Berufen.

c) Eine stärkere Familienzentrierung ist festzustellen. Dies bezieht sich sowohl auf die vermehrte Beschäftigung mit den eigenen Kindern als auch generell auf den Kommunikationshabitus. Außerhäusliche Besuche (außer an Feiertagen) und intensivere Unterhaltungen sind bedeutend seltener. Die Familie hat offensichtlich die Funktion einer schützenden Gegenwelt, in der man sich frei von Zwängen und Abhängigkeiten „entfalten" kann.

d) Am Wochenende hingegen wandelt sich dieses Bild. Hier verschwinden alle arbeitsorientierten Bezüge. Nach der primär häuslich geprägten Alltagsfreizeit ist ein starker Drang nach Distanz vom gewohnten Bereich in den sozialen und geografischen Nahbereich zu verzeichnen. Ausgehen (allerdings nicht größere Ausflüge), sportliche Aktivitäten, Besuche von Lokalen oder Vereinen werden überdurchschnittlich (letztere im gleichen Maße wie bei den übrigen Berufen am normalen Wochentag) betrieben. Das Wochenende dient also neben der (weiterhin stark ausgeprägten) Regeneration der Kompensation und Suspension: Es wird vieles von dem nachgeholt, was andere normalerweise in ihrer freien Zeit am Wochentag schon tun. Für emanzipatorische Tätigkeiten bleibt kaum Raum und Zeit; sie müßten daher in erster Linie im Bereich der Arbeitsgestaltung ansetzen.

Psychisch-nervliche Belastung (andere Berufe)

a) Wie oben angedeutet, erfolgt eine aktivere und weniger familienzentrierte Gestaltung der freien Zeit am Wochentag: Hobbys, Sport, kulturelle Aktivitäten (Kino, Theater, Vorträge, Lektüre) und Ausgehen (Lokale, Vereinsbesuch) werden so häufig betrieben wie bei den Arbeitern allenfalls am Wochenende. Die Freizeitqualität (der Freizeitwert) ist demnach offensichtlich höher (wobei auf die an die Einkommen etc. gebundenen Wohnbedingungen hier nicht näher eingegangen wird).

b) Das Wochenende wird stark geprägt durch kompensatorische Tätigkeiten — allerdings anderer und genau umgekehrter Qualität als bei den Arbeitern: Arbeiten im Haus und Garten nehmen nun den gleichen Rang ein wie bei den Arbeitern am Wochentag.

c) Es findet mehr Kommunikation (Besuche und Besucherempfang) vor allem auch außerfamiliärer Art statt. Der Radius sozialer Interaktion ist weiter; damit gleichzeitig der Weg offener und die Bereitschaft leichter vorhanden für politische Partizipation.

Albrecht (76) interpretiert die Wochenendbeschäftigungen der geistig-organisatorisch Tätigen und physisch Arbeitenden in ähnlicher Weise als starke Kontrastbedürfnisse.

b) Besonders deutliche Unterschiede zeigen sich bei Verhaltensweisen mit unverhüllt regenerativem Charakter, wie "gründlich Ausschlafen am Wochenende", "Dösen", "Nichtstun", "Aus dem Fenster sehen", "Ausruhen". Diese Tätigkeiten werden von Arbeitern jeweils zwischen 6-10 % häufiger genannt als von Angestellten. (77)

Es besteht jedoch offensichtlich eine Tendenz zur Einebnung der Unterschiede bei Antworten auf die direkte Frage nach der Häufigkeit der Erholung von der Arbeit bzw. des Nichtstuns zwischen Arbeitern und Angestellten, obgleich nach wie vor relativ mehr Arbeiter ihre außerbetriebliche Zeit auf passive Erholung verwenden als Angestellte. →(2.5.2. Pkt.3)
Die Bedeutung dieser Verhaltensweisen nimmt dabei mit steigendem Alter zu.
Andererseits wird festgestellt, daß aktive Hobbytätigkeiten (Basteln, Werken) bei körperlicher Schwerarbeit ebenso wie bei Nervenbelastung, Hetze, Zeitdruck, ungesunder Arbeit und Lärmbelästigung überdurchschnittlich häufig, bei körperlicher Arbeit ohne besondere Belastung und langweiliger Arbeit dagegen unterdurchschnittlich häufig ausgeführt werden, so daß hier der Belastungsaspekt als Determinante im Vordergrund steht. Soweit die Arbeit keinerlei besondere Belastung enthält, entsteht auch die "große Leere" in der Freizeit: man interessiert sich für nichts mehr. (78)

2.2.4. Die Tageserholung

Betrachten wir Tabelle 29 , so fällt auf, daß vom Zeitaufwand gesehen einigen Tätigkeiten als Erholung besondere Relevanz zukommt:

- Medienkonsum 1,8 Std.
- Geselligkeit 1,2 Std.
- Spazierengehen 0,5 Std.
- Hobbies 0,3 Std.

Demgegenüber nimmt "aktiver Sport", "Veranstaltungen" und "Mitgliedschaft in Vereinen" nur eine untergeordnete Rolle ein. Die Zeitbudgetdaten als Durchschnittswerte geben allerdings nicht die Verteilung der Tätigkeiten über die Woche preis. So ist anzunehmen, daß Spazierengehen nicht jeden Tag à 30 Min. unternommen wird, sondern z.B. am Wochenende einmal 3 Stunden.

Ein wichtiger Hinweis dafür, daß sich das Verhalten in der Tagesfreizeit von dem am Wochenende unterscheidet, ergibt sich aus der Vertei-

lung von Ausflügen auf Wochentage und Wochenende. Ein Drittel aller Ausflüge wird während der Woche unternommen, allerdings nur 5 % am Feierabend, der Rest an arbeitsfreien Wochentagen.(79) Dieser Verteilung entspricht in etwa der Anteil der Wochenendarbeiter. Bereits dadurch scheint eine normalerweise nicht wahrgenommene erhebliche Entlastung von Verkehrswegen und Naherholungsgebieten gegeben zu sein. In der Tagesfreizeit nimmt die Beschäftigung mit Massenmedien vor der Geselligkeit eindeutig die erste Stelle ein.

Innerhäusliche und außerhäusliche Freizeitverbringung

Die Werktagsfreizeit wird in folgender Aufteilung in und außerhalb des Hauses verbracht (in Prozent):

	männl.	weibl.	insg.
1. Im Hause	77	59	68
2. Außer Haus	18	34	26
Keine Stellungnahme	5	7	6

Eine Trendbetrachtung zeigt, daß die 1970 beobachtete Tendenz, Freizeit in den eigenen vier Wänden zu verbringen und Freizeitaktivitäten außer Haus einzuschränken, sich 1974 nicht fortsetzt. Zwar ist der zu Hause verbrachte Freizeitanteil stärker gestiegen als der außer Haus verbrachte, dieser ist jedoch nicht rückläufig:

Freizeit zu Hause und Freizeit außer Haus (80)

(in Minuten)	1964	1970	1974	Veränderung 1970:1964	Veränderung 1974:1970
Freizeit insges.	340	375	413	+ 10 %	+ 10 %
zu Hause	218	271	301	+ 24 %	+ 11 %
außer Hause	122	105	112	- 14 %	+ 7 %

.2.4.1. Innerhäusliche Freizeitbeschäftigung

Bei einer Betrachtung des werktäglichen Gesamtfreizeitvolumens zeigt sich, daß Hausarbeit über den Nachmittag bis ca. 19.3o Uhr relativ

gleich verteilt ist (d.h.auch Freizeit), ebenso die außerhäuslichen sonstigen Tätigkeiten von ca. $15.^{00}$ - $22.^{00}$ Uhr. Eine besondere Freizeitmobilität am Feierabend ist somit praktisch nicht vorhanden. 50 % der Bevölkerung sind bereits um 22.oo Uhr im Bett. Der größte Teil des Freizeitaktivitätsvolumens spielt sich zwischen 19-22.oo im Hause ab. (Tab.33)

Auffallend ist, daß das tägliche Freizeitvolumen der Bevölkerung (innerhäuslich und außerhäuslich) relativ stetig von 12.oo mittags bis 21.oo zunimmt und dann bis 24.oo Uhr auf 10 % abfällt. Der kontinuierliche Anstieg wird u.a. durch Unterrichtszeiten, Teilzeitarbeit, Schichtarbeitszeiten, Staffelung etc. bedingt. (Tab.34)

Nach der Häufigkeit der ausgeübten innerhäuslichen Tätigkeiten liegt Fernsehen, Geselligkeit und Lektüre, Information an der Spitze, wogegen Weiterbildung und Beschäftigung mit beruflichen Dingen am Ende der Skala rangieren. Die Interpretation der Indexwerte ist insofern problematisch, als die Antwortkategorien "sehr oft", "manchmal" stark subjektiv gefärbt sind und die Spannweite der erfaßten Tätigkeiten sehr begrenzt ist. (Tab.35)

Dennoch zeigen sich einige signifikante Zusammenhänge.

Geschlecht: Frauen beschäftigen sich halb so viel mit Sportberichten, informieren sich weniger über Politik und Kulturleben, beschäftigen sich seltener mit einem Hobby, reparieren seltener, betreiben weniger Karten- und Gesellschaftsspiele und Weiterbildung. Wieweit es sich hier um gewisse Interessenunterschiede handelt oder die Belastung durch Berufstätigkeit und Kindererziehung einwirkt, kann nicht erschlossen werden.

Alter: Die Geselligkeit mit Freunden nimmt mit zunehmendem Alter zugunsten Beschäftigungen mit der Familie ab. Ebenso läßt Beschäftigung mit leichter Musik, Hobbytätigkeiten, beruflichen Dingen und besonders mit Weiterbildung nach.

Bildung: Mit höherer Bildung wird seltener Ferngesehen, leichte Musik gehört, dafür häufigerer Kontakt mit Freunden, wesentlich mehr Information über Politik und Kulturle-

ben, häufigere Hobbies, wesentlich mehr anspruchsvolle Lektüre, berufliche Beschäftigung und Weiterbildung.

Haushaltsgröße: Besonders auffallend ist der Zusammenhang der Beschäftigungsvielfalt mit der Haushaltsgröße: Nahezu alle angeführten Tätigkeiten werden in 2- und 3-Personenhaushalten häufiger ausgeführt als im Einpersonenhaushalt. Geht man davon aus, daß damit jeweils mehrere Personen anwesend sind (auch Freunde und Bekannte der Haushaltsmitglieder), so kann man die gegenseitige Interaktion als zentrale Variable ansehen, die die Freizeitgestaltung nicht nur hinsichtlich des Faktors "Geselligkeit", sondern in Bezug auf alle Freizeittätigkeiten anreichert.

Beruf: Arbeiter beschäftigen sich mit Abstand am häufigsten mit Sportberichten, Hausfrauen am wenigsten.
Selbständige und Landwirte nennen unterdurchschnittlich die Kategorie "gar nichts tun", ebenso "spannende Lektüre", "leichte Musik". Dagegen beschäftigen sich Landwirte mit Abstand vor den Selbständigen am häufigsten mit beruflichen Dingen in der Freizeit und bilden sich am häufigsten weiter.

Aufgrund der für sämtliche angeführten Gruppen etwa gleich hohe Bedeutung des Fernsehens und der Massenmedien als innerhäusliche Beschäftigung hinsichtlich des Zeitaufwandes und der Häufigkeit soll dieser Bereich etwas genauer untersucht werden:

Massenmedien

Die Massenmedienforschung hat in Form von Zeitbudgets aussagekräftige Ermittlungen über den Gebrauch der Medien in der Freizeit gemacht. Bei der Interpretation der Daten ist die Versorgungsdichte (objektive Bedingung der Massenkommunikation) mit den Medien (Fernsehen, Hörfunk, Tageszeitung) zu berücksichtigen.

1974 verfügen 95 % aller Haushalte über ein Fernsehgerät (davon 28 % Farbe)
" " 96 % aller Haushalte über ein Rundfunkgerät
" " 78 % aller Haushalte über ein Zeitungsabonnement oder regelmäßig gekaufte Tageszeitung.

Bei einer Tendenzanalyse (1964-1974) zeigt sich, daß die Medien untereinander kaum in Konkurrenz stehen, sondern additiv genutzt werden: sämtliche Medien vergrößerten ihre Reichweite. Den größten Reichweitenanstieg verzeichnete das Fernsehen.

So wurden 1974 an einem durchschnittlichen Werktag

- 82 % durch Fernsehen
- 70 % durch Hörfunk
- 74 % durch Tageszeitung

erreicht. (81)
Während das Fernsehen seit 1970 auf konstante Versorgungslage bezogen stagniert, holten Rundfunk und Tageszeitung auf. Der Trend zu paralleler Mediennutzung hält danach an: (82)

An einem durchschnittlichen Werktag werden

- 43 % der Bevölkerung von 3 Medien erreicht
- 40 % " " " 2 " "
- 14 % " " " 1 " "

Die Mediennutzung korreliert vor allem mit politischen Interessen und Bildung. Während 52%/50% der stark politisch Interessierten bzw. Personen mit höherer Bildung als Volksschulabschluß drei Medien nutzen, sind es nur 27 %/35 % der schwach politisch Interessierten bzw. Volksschule ohne Lehre.

Das Zeitbudget der Mediennutzung

Die überragende Bedeutung der Mediennutzung für die Freizeitverbringung zeigt sich daran, daß 40 % der "Freizeit" (nicht der "effektiven Freizeit") davon beansprucht werden. Allerdings ist der Gesamtzuwachs der Mediennutzung vor allem der um 3o Min. längeren Hörfunknutzung außerhalb der Freizeit geschuldet; Hörfunk wird zu einem die Primäraktivitäten (Arbeit, Autofahren, Hausarbeit) begleitenden Medium. Als Freizeitmedium dominiert das Fernsehen:

Mediennutzung an einem durchschnittlichen Werktag 1974 in Minuten: (83)

	außerhalb der Freizeit	während der Freizeit
Fernsehen	11	114
Hörfunk	76	37
Tageszeitung	17	21
	99	167

Die Fernsehnutzung beansprucht also allein beinahe 2 Std. der "effektiven Freizeit". Diese Zuordnung ist möglich, da Fernsehen aller Wahrscheinlichkeit nach als Primärtätigkeit angesehen werden kann, während Hörfunk und Tageszeitung auch als Sekundärtätigkeiten (bei Hausarbeit, Mahlzeiten etc.) vorkommen werden.
Die effektive Freizeit berufstätiger Arbeitnehmer (siehe 2.1.2.) wird somit zu ca. 3/5 vom Fernsehen beansprucht.

Auffallend ist, daß die verschiedenen Berufsgruppen einen etwa gleichen Anteil ihres Medien-Zeitbudgets (36-42 %),-mit Ausnahme der leitenden Angestellten und Beamten (33 %)-, auf das Fernsehen verwenden. Der geringere Zeitaufwand der Selbständigen und Landwirte (24/24 bzw. 16/25) dürfte ihrer insgesamt wesentlich geringeren Freizeit geschuldet sein.
Einen besonders geringen täglichen Fernsehkonsum haben lediglich Landwirte mit ca. 55 Min. täglich (errechnet nach Tab.36).

Auch eine neuere Studie zeigt, daß dem Fernsehen im Freizeit-Familienleben eine dominierende Rolle zukommt.(84) "Der papiernen Rechnung nach geht damit der halbe Feierabend der Familie drauf... In Wirklichkeit aber beherrscht das Fernsehen den Feierabend des Durchschnitts-Deutschen nicht halb, sondern ganz. Denn die übrige Zeit wird entweder dafür gebraucht, sich um Kinder, Küche und häuslichen Kram zu kümmern, oder aber sie ist insofern typische Freizeit, daß man miteinander redet, die Zeitung liest, dies und das tut und daß einem dabei die Zeit unter den Fingern zerrinnt, ohne daß man am Ende recht weiß, wo sie geblieben ist." (Blücher) (84)

Die Bedeutung des Fernsehens als dominierendes Medium der Freizeitverwendung läßt sich auch am Trend zu einem Zweitgerät ablesen, das bereits in 13 % der Haushalte vorhanden ist.

Am Wochenende wird das Fernsehen häufiger eingeschaltet als an Wochentagen:

Einschaltquoten:

Mo:	53 %	Fr:	79 %	Die niedrigeren Einschaltquoten
Di:	73 %	Sa:	70 %	montags und mittwochs sind durch
Mi:	51 %	So:	66 %	politische Sendungen bedingt.
Do:	64 %			

Im Jahresablauf sind nur geringe Schwankungen (66-72 %) vorhanden, mit Ausnahme der Ferienmonate Juli, August (61, 59 %). Bezüglich der Fernsehgewohnheiten gibt es in Berufsgruppen zwar geringe Unterschiede hinsichtlich der Präferenzen für einzelne Sendungen, weniger hinsichtlich des Quantums, ebenso spielen Familienstand, Alter und Bildung nur eine geringe Rolle: (85)

Alter:	Sehzeit:
14-19	107
20-29	101
30-49	118
50 und älter	132

Bildung: (nach Schulabschluß)	
Volksschule	123
Mittel-/Oberschule/ Akademiker	105.

Die Durchschnittszeit von ca. 2 Std. pro Zuschauer verdeckt die Tatsache, daß Fernsehen für eine Minderheit (ca.30 %) eine abendfüllende Funktion bekommen hat, d.h. das Gerät läuft den ganzen Abend, weitere 30 % sind "fernsehfreudig" und nur ein Drittel kann als distanziert gelten. Die Verteilung dieser Verhaltensweisen ist von Beruf, Alter, Bildung usw. nahezu unabhängig. Teils dient Fernsehen auch als Sekundärtätigkeit beim Abendessen (40 %); daß nicht häufiger dabei ferngesehen wird, hängt damit zusammen, daß das Gerät in einem anderen Raum steht.

Es essen zu Abend:

56 % in der Küche
18 % im Eßzimmer
24 % im Wohnzimmer. (86)

Umgekehrt sehen nur 30 % fern ohne eine andere gleichzeitige Beschäftigung:

Sekundärtätigkeit:

36 % sich unterhalten
18 % handarbeiten, basteln
17 % lesen
11 % bügeln, nähen
9 % Briefe schreiben
3 % Schularbeiten. (87)

In einem Experiment des Instituts für Publizistik in Berlin wurde gezeigt, daß Fernsehen als Freizeitbeschäftigung insbesonders für Arbeiter eine außerordentlich starke Kompensationsfunktion zukommt, die gleichzeitig Suchtcharakter aufweist. Wurde bei Arbeiter-Familien - mit Einverständnis - das Fernsehgerät entfernt, so zeigte sich eine auffallende Verhaltensdynamik. In der Anfangsphase wurde den Betroffenen der bisherige Einfluß des Fernsehens auf ihre "Feierabendgestaltung" bewußt, sie unternahmen häufiger Besuche, gingen häufiger aus und sprachen häufiger miteinander. Nach etwa zwei Wochen klagten die Teilnehmer zunehmend über "Streitigkeiten", bis eine Teilnehmerin zum Ende des Experiments unter Weinen gestand, wie dankbar sie sei, den Fernseher wieder zu haben, da man nun nicht mehr soviel Zeit für Streit habe. In der Zeit, nachdem der Fernseher den Familien zurückgegeben worden war, zeigte sich ein starker "Nachholbedarf", man sah wesentlich länger und häufiger fern als zuvor. Dieses Experiment zeigt, daß

- Fernsehen neben den meist überbetonten kognitiven und edukativen Effekten eine starke affektiv-emotionale Bedeutung für bestimmte Zuschauergruppen hat,
- einer Umstrukturierung von Freizeitverhalten in Richtung auf mehr "Aktivität" starke, nicht allein durch neue "Angebote" veränderbare Persönlichkeits- und Bedürfnisstrukturen im Sinne von Passivität und Abhängigkeit entgegenstehen.

Lesen von Büchern: Obwohl mehr Haushalte über Bücher verfügen, wird heute seltener als früher gelesen. Das Buch ist im Zeitbudget dem

Fernsehen gewichen. Dabei hat sich dieser Einfluß auf die "gebildeten Schichten" in gleicher Weise ausgewirkt. 41 % der Befragten erklärten, daß sie "keine weiteren Bücher bräuchten."
Der Zusammenhang mit der Bildung ist besonders eng:

Ein Buch lesen von je 100:

Bildung	seltener	häufiger
Volksschule ohne Lehre	69	25
mit Lehre	56	41
Mittelschule	26	71
Abitur	14	86

Es gibt auch erhebliche Differenzen je nach Berufsgruppe, die nicht auf Einkommensunterschiede zurückgeführt werden können. Eine Untersuchung erbrachte 1975 fast dieselben Ergebnisse wie 1970 (Tab.36).

Von je 100 lesen des öfteren ein Buch (in %):

Beruf	
Landwirte	15 %
Arbeiter	32 %
Selbständige	48 %
Angestellte	60 %
Beamte	69 %

(88)

Die Gründe für die "Distanz zum Buch" sind nicht die gleichen. Bei dem Selbständigen liegt es am Freizeitmangel, bei den Arbeitern daran, daß für sie das Buch weder in der Schule noch später je Bedeutung hatte, bei den Landwirten wirken sich beide Ursachen aus. Lesen ist auch nicht vom Freizeitbudget abhängig, da nicht Rentner, sondern eher die Jüngeren häufiger zum Buch greifen:

Von je 100 lesen ein Buch (in %):

Alter	häufiger	seltener
18-29	56	43
30-39	54	44
40-49	38	58
50-64	39	58
> 60	40	56

(89)

In beinahe allen Befragungen über ausgeübte "Freizeittätigkeiten" wird Lesen, Lektüre an erster Stelle genannt.
Dabei beansprucht "Zeitungslesen" mit 14-20 % des Zeitbudgets der Massenmedien je nach Berufsgruppe am stärksten. Betrachten wir die Nutzung im Tagesablauf, so zeigt sich, daß die höchste Frequenz am Vormittag auftritt und gegen Abend abnimmt.(Tab.37)
Für Freizeitbeschäftigung "Lektüre" bleibt im Durchschnitt 22 % des Zeitbudgets für Massenmedien, wobei leitende Angestellte, Beamte (40 %) die längste Zeit und angelernte Hilfsarbeiter (17 %) die kürzeste Zeit hierauf verwenden. Berücksichtigt man, daß Lektüre als Sekundärtätigkeit etwa beim Arbeitsweg nicht freizeitrelevant ist, sondern eine Art "Zeitvertiefung" darstellt, so spielt sie in ihrer Zeitdauer für Freizeitbeschäftigung eine - wenn auch stark nach Bildung und Beruf unterschiedliche - geringe Rolle. Eine Ausnahme sind hier die leitenden Angestellten, die auf Lektüre mehr Zeit als für Fernsehkonsum verwenden.(Tab.36)

Hobbytätigkeiten

Betrachten wir solche Freizeittätigkeiten, die planungsrelevant im Sinne einer Bereitstellung von Angeboten sind, so muß besonders die Rolle der Hobbytätigkeiten (inner- und außerhäuslich) betrachtet werden. Auch hiervon ist allerdings nur ein geringer Teil an besondere räumliche Voraussetzungen gebunden. Die Befragungen zeigen je nach Definition und Fragestellung unterschiedliche

Ergebnisse. 1974 wurden - unabhängig von der Dauer - die in Tab. 38 genannten Hobbies betrieben.
Davon sind besonders "Tanzen, Parties" (23 %) (Gemeinschaftsräume, Schallschutz), "Schallplatten" (Schallschutz) (30 %) und "Basteln, Heimwerken" (20 %) ("Hobbyräume") sowie "Haustiere" (16 %) Tätigkeiten, deren Ausübung durch bessere Voraussetzungen unter Umständen für größere Interessentenkreise erleichert werden könnte. Allgemein scheint die Bedeutung von Hobbies stark überschätzt zu werden.

EMNID versuchte den Bereich der Hobbytätigkeiten durch genauere begriffliche Analyse und Auswertung zu spezifizieren.

Danach betreiben
- 9 % eine "Sammelleidenschaft" (Bierdeckel, Zuckerstücke, Briefmarken)
- 21 % eine Liebhaberei, Steckenpferd (Handarbeiten zum Zeitvertreib, Fotografieren, Basteln, Instrument spielen, Tonband, künstlerische Betätigung)
- 31 % ein "Hobby" (Schneidern, Sport, Lektüre, Spazierengehen und Wandern, Schallplatten, Ausgehen, Vereinsleben).

Die Ausübung von Hobbies ist stark vom Alter abhängig. Dabei lassen sich vier Gruppen unterscheiden, solche

- die mit steigendem Alter abnehmen (Toband, Schallplatten, Tanzen, Kino)
- die mit steigendem Alter zunehmen (Zimmerpflanzen, Gartenpflege)
- die im mittleren Altersbereich bevorzugt werden (Heimwerken, Auto)
- die über alle Altersgruppen hinweg relativ konstant bleiben (Haustiere, Bücher). (90)

Generell ist das Hobbyspektrum der Jugendlichen mit durchschnittlich 5,8 Nennungen wesentlich vielfältiger als das der Älteren (50-69 Jahre), die im Schnitt 3,8 Hobbytätigkeiten angeben.(91) (Tab.39)

Neben den altersmäßigen Unterschieden zeigen sich besonders große Differenzen bei kreativen und schöpferischen Freizeitbeschäftigungen in Bildungsniveau und Berufsgruppen (z.B. Musizieren, ein Instrument spielen, Forschen, Experimentieren, Fotografien, Filmen, Zeichnen, Malen, Tonbandarbeiten, Handarbeiten und andere gestaltende Tätigkeiten).(92)

Tätigkeiten wie "Basteln und Werken" werden überdurchschnittlich oft von Selbständigen, Landwirten, Hausfrauen und Rentnern nie ausgeführt und sind von Bildung relativ unabhängig.

2.2.4.2. *Exkurs:*

Die Wohnung als Rahmenbedingung innerhäuslicher und außerhäuslicher Freitzeitbeschäftigungen

In mehreren Untersuchungen wurde versucht, durch Befragungen Aufschluß über den Einfluß der Wohnungsqualität auf das Freizeitverhalten und über die Wohnungswünsche zu erhalten.

1. Einflüsse auf das Freizeitverhalten (Hobbytätigkeiten)

Oberraschend an vielen Befragungen ist der hohe Grad an Zufriedenheit bezüglich der Eignung der Wohnung für Freizeitgestaltung. Ca. 75 % der Befragten erklärten 1971, daß sie in ihrer Wohnung keine Veränderungen und Ergänzungen benötigten, um ihre Freizeit dort so zu verbringen, wie sie möchten.(Tab.4o)
Am ehesten wird eine "größere Wohnung" gewünscht (8,8 %) oder ein zusätzlicher Hobbyraum (5,1 %), wobei größerer Bedarf vor allem bei mittleren Altersgruppen und Jugendlichen besteht, die sich auch einen "zusätzlichen Partyraum" (9,5 %) wünschen. Der bereits festgestellte höhere Freizeitaktivitätsumfang bei größeren Haushalten spiegelt sich auch in ihren höheren räumlichen Ansprüchen in jeder Raumkategorie wieder.(Tab.4o) Zwischen Einkommen und Raumansprüchen besteht kein nennenswerter Zusammenhang.
EMNID versuchte auch durch "äußere Umstände behinderte Hobbyarten" zu ermitteln. (73) Dieser Einfluß scheint jedoch relativ gering zu sein. Am stärksten sind Tätigkeiten wie Werken, Basteln (8,7 %) und "Fotografieren, Filmen" (7,6 %) sowie "gestaltende Tätigkeiten" (5,9 %) von einer Behinderung betroffen. Mit Ausnahme von "Werken und Basteln" nimmt das Gefühl der Beeinträchtigung mit zunehmendem Alter stark ab und ist von Bildung relativ unabhängig. Mit steigendem Einkommen nimmt das Gefühl, in der Ausübung von Hobbytätigkeiten durch äußere Umstände behindert zu sein, zu.(Tab.41)

2. "Bedarf" an Freizeiträumen

Wird nach vorhandenen Freizeiträumen gefragt, so zeigt sich, daß ein deutlicher positiver Zusammenhang zwischen verfügbaren Freizeiträumen und Einkommen sowie Haushaltsgröße besteht. (95) Auftretende große Differenzen zwischen Studien von EMNID und der Stadt Krefeld hinsichtlich der Zufriedenheit mit Wohnungen werden mit unterschiedlichem "Anspruchsniveau" erklärt.(Tab 42) Durch eine Kombination des "Beliebtheitsgrades einzelner Freizeiträume" mit der Anzahl der Befragten, bei denen sie vorhanden sind, soll der Bedarf an Freizeiträumen bestimmt werden.(Tab.43) Hiernach steht Terrasse/Balkon an erster Stelle, gefolgt von Hobby- und Arbeitsraum. Zuletzt steht der Gemeinschaftsraum ,— "als Beleg dafür, daß der Einzelne in seiner Freizeitgestaltung im privaten Bereich keinen besonderen Wert auf Beteiligung der Nachbarschaft und der Mitbewohner legt".(96) Umgekehrt wurde festgestellt, daß Befragte mit großer Anzahl von Räumen Beschäftigungen wie Werken, Malen, Basteln häufiger nachgehen als solche mit kleiner Zimmeranzahl. Konform dazu basteln, werken und malen Befragte, die über einen Hobby-, Partyraum oder zusätzliches Wohnzimmer verfügen, häufiger als diejenigen, die über diese Räumlichkeiten nicht verfügen. (97)
Da aber auch eine positive Korrelation zwischen Haushaltsgröße und Häufigkeit dieser Tätigkeit besteht, läßt sich ein kausaler Zusammenhang eher aus der größeren Tätigkeits- und Anregungsvielfalt des größeren Haushalts ableiten.

EMNID versucht, mittels einer Kreuzauswertung der Häufigkeit der Nennungen einer Hobbytätigkeit und des Beliebtheitsgrades einen - nicht näher definierten - Nachholbedarf zu errechnen: Je mehr Befragte etwas "sehr gern" tun, jedoch nicht dazu kommen, es "sehr oft" zu tun, desto größer ist der Nachholbedarf.

Ferner wird jeweils zwischen einer "weichen" Gruppe an Befragten, die eine Tätigkeit zwar ausübt, aber nicht mit "sehr gern" oder "gern" bezeichnet ("niedrige Bewußtheitsgrade") und der Gesamtgruppe unterschieden.
Für Handarbeiten besteht z.B. ein relativ geringer, für "Fotografieren, Filmen" sowie "Werken, Basteln" dagegen ein relativ großer Nachholbedarf.

Die übrigen Tätigkeiten werden von sehr kleinen Teilgruppen ausgeführt, wobei der Bewußtseinsgrad jeweils überaus hoch ist, die "weiche" Teilgruppe hat bescheiden kleine Ausmasse, der Nachholbedarf ist gleich Null. (Tab.45)

3. Kritik der Wohnwunschbefragungen

Die dargestellten Ansätze, über Befragungen Grundlagen für einen Bedarf zu ermitteln, sind aus mehreren Gründen zu kritisieren:

- Die Relevanz der Wohnungsqualität (Raumzahl etc.) für Freizeitverhalten läßt sich nicht von interkorrelierenden Variablen wie Haushaltsgröße, Familienstand, Einkommen, etc. trennen.
- Es werden Faktoren wie subjektives "Anspruchsniveau", "Zufriedenheit" lediglich abgebildet und nicht als veränderbar erfaßt. Die objektiven Bedingungen hierfür wie Arbeitsbelastung, Einkommen, Bildung etc. sowie tieferliegende Motivationen werden ausgeklammert.

Als weiteres Mittel, den Faktor "Wohnung" für Freizeitgestaltung planbar zu machen, werden Wohnwunschbefragungen (z.B. Wohnwunschumfrage 1972 der Bundesregierung) durchgeführt. Ohne auf Ergebnisse einzugehen, muß der Wert derartiger Umfragen bezweifelt werden. Hilse [98] führt neben methodenkritischen Bemerkungen als wesentlichste Einwände an:

- Umfrageergebnisse repräsentieren nicht den "Volkswillen". Reaktionen der Befragten auf Fragestellungen, die oft einer ihnen fremden Vorstellungswelt entstammen, sind in einer Interviewsituation keineswegs identisch mit der Reaktion auf entsprechende konkrete Lebenssituationen.
- Umfrageergebnisse können leicht selektiv angewandt werden, indem der Auftraggeber sich nur jene Ergebnisse zueigen macht, die in Richtung ihrer politischen Zielsetzung manipulierbar sind.

- Der einzelne Bürger ist nicht in der Lage, Aussagen zur optimalen Ausstattung seines Wohngebietes zu machen; er kann nur sagen, welche Einrichtungen er persönlich im Augenblick vermißt. Doch auch die Summe dieser subjektiven Bedürfnisse liefert keinen Anhaltspunkt für die Raumordnung, denn:

  1) In vielen Wohngebieten findet man eine Monostruktur. In Neubaugebieten dominieren z.B. junge Familien. Heute fehlen dort Kindergärten, morgen Schulen, übermorgen Jugendzentren - dann stehen diese Einrichtungen leer und man benötigt Altentagesstätten. Der Wandel der Alterstruktur ist jedoch kein autonomer Prozeß, sondern wird von angebotenen Wohngrößen, Bindungen des sozialen Wohnungsbaus, fehlenden Reserveflächen etc. gesteuert.→ (4.2.)

  2) Der Bedarf an bestimmten Infrastruktureinrichtungen ist eine Funktion der Gesetzgebung. Die Frage, ob und welche Schulen die ansässige Bevölkerung angesiedelt haben möchte, ist sinnlos, da es Pflicht der Regierung sei, daß alle Kinder unter gleichen Bedingungen ihrer Schulpflicht nachkommen können. Chancengleichheit für Minderheiten kann nur durch politische Konzepte, nicht aber durch Plebiszite sichergestellt werden.

  3) Der Bedarf an Infrastruktureinrichtungen ist eine Funktion des sozialen Wandels.
  Infrastrukturplanungen müssen aber an der Zukunft ausgerichtet sein. Der Bedarf an Altentagesstätten ist z.B. durch Wandel der Familienstruktur ausgelöst worden, die die Großeltern nicht mehr integriert. Diese Entwicklung kann jedoch in Zukunft durchaus nicht in entgegengesetzter Richtung verlaufen.

In allen diesen Punkten wird der "Durchschnittsbürger" durch die Umfrage überfordert, Unterschichtangehörige werden u.U. durch schlechtere Verbalisierungsfähigkeit, geringeres"Anspruchsniveau" usw. zusätzlich benachteiligt.

Eine neuere Befragung erbrachte - mit allen Vorbehalten - folgende Ergebnisse: (99)

- Hinsichtlich der Ausstattung der Wohnung bzw. Hauses erklärten sich 75 % in jeder Hinsicht für zufrieden, lediglich 58 % gaben an, nicht zufrieden zu sein.
- Weder Familiengröße noch Einkommen spielen eine Rolle,- allenfalls bei der Ausstattung der Wohnung.
  Es erklären sich für zufrieden: (in %)

Einkommensgruppen

	1	2	3	4	5	6 (höchste)
mit der Lage	73	75	72	7o	73	77
mit der Größe	79	76	7o	68	71	8o
mit Ausstattung	67	75	67	71	73	77

Die Wohnlage entspricht bereits zum Teil dem in Wohnwunschbefragungen festgestellten Trend ins Grüne: 32 % wohnen in mehr oder minder grünen Stadtvierteln, 23 % ländlich. Die größten Differenzen zwischen Wünschen und Wirklichkeit bestehen hinsichtlich des Haustypes, in dem man wohnen möchte:

Haustyp	wohnen	wollen wohnen (in %)
Hochhaus	2	3
Wohnblock	16	6
Mehrfamilienhaus	38	16
Reihenhaus	11	9
freisteh.Einfamilienhaus	32	63

Vor die Wahl gestellt, in einer komfortablen Stadtwohnung oder im Eigenheim im Grünen zu wohnen, würden 82 % das Eigenheim wählen, nur 15 % die Stadtwohnung.

Nach einer INFAS-Erhebung (1oo) zeichnen sich "ideale Wohnverhältnisse" nach Meinung der Befragten vor allem durch gute Verkehrsverbindungen

aus. Das ist umso mehr plausibel, als damit die Wahlfreiheit erhöht wird, denn der Zugang zu Freizeitmöglichkeiten hängt auch davon ab, wie gut die verkehrsmäßige Einbeziehung des eigenen Standortes entwickelt ist. Es folgt - insbesondere im Ruhrgebiet - der Wunsch nach Nähe zu Erholungsgebieten. Auf weit geringeres Interesse stößt die gute Erreichbarkeit zu Sportanlagen, Bädern, Lokalen und Kinos. Die Definition idealer Wohnverhältnisse unterliegt alterspezifischen Einflüssen. Die Bedeutung guter Verkehrsverhältnisse und Nähe zu Naherholungsgebieten wird relativ altersunabhängig beurteilt, Unterschiede zeigen sich jedoch hinsichtlich des Angebots an Sportanlagen, Bädern, Lokalen und Kinos. Jüngere Jahrgänge (bis 24 Jahre) legen überdurchschnittlich starken Wert auf ein Angebot an Sport- und Vergnügungsmöglichkeiten. Mit zunehmendem Alter sinkt das Interesse an Lokalen und Kinos rapide, und auch die Bedeutung der Nähe von Sportstätten geht deutlich zurück (Tab. 45)

4. Wohnung, Typ des Hauses und Lage im Stadtgebiet

Michelson (101) untersucht Differenzen im Verhalten von Familien, die in Einfamilienhäuser und in Appartmentwohnungen umzogen. Dabei ergab sich, daß

- Appartmentbewohner häufiger und länger Ausflüge und Besuche unternehmen, länger Fernsehen und an Sportveranstaltungen teilnehmen, Einfamilienhausbewohner verbringen mehr Zeit mit Lesen.
- Bewohner, die in die Innenstädte ziehen, verbringen mehr Zeit mit dem Ehepartner und machen häufiger Besuche an Wochentagen, solche, die an den Stadtrand ziehen, häufiger an Wochenenden.

Rosenbladt (102)versuchte, durch Auswertung von Zeitbudgetdaten, die den Ort jeder Tätigkeit vermerkten, zu belegen, daß die "Umwelt" des Tätigkeitensystems (= außerhäusliche Tätigkeiten) vom Stadtkern zum Stadtrand ungünstiger wird und die Bewohner von Stadtgebieten mit ungünstiger Versorgungslage ihre Tätigkeiten außer Haus einschränken. Dazu wurde das Stadtgebiet in konzentrische Ringe unterteilt, die sich durch ein sinkendes Angebot von Einrichtungen auszeichnen, die bei der Ausübung verschiedener Tätigkeiten außer Haus benutzt werden. Dabei ergab sich, daß Freizeitaktivitäten 3o % der gesamten Mobilität innerhalb der Stadt und 42 % der Mobilität außerhalb der Stadt ausmachen. (103) Entgegen anderen Einrichtungen sind die Freizeitangebote mit 39 % in Zone 1 (Stadtkern) am stärksten konzentriert, in Zone 2 (12 %) am geringsten und nehmen in Zone 3 (25 %) und 4 (24 %) nicht ab. Entfernungen sind jedoch nicht als absolute, sondern "soziale" zu betrachten, da sie für die sozialen Gruppen unterschiedliche Bedeutung haben. Bezüglich Häufigkeit und Dauer ergibt sich folgende Rangliste der Mobilität für außerhäusliche Aktivitäten:

1 Junge Leute
2 beschäftigte Männer
3 beschäftigte Frauen
4 Hausfrauen.

- Dabei nimmt Häufigkeit und Dauer der Aktivitäten der aktivsten Gruppe von Zone 1 bis 4 zu, während sie bei übrigen Gruppen abnimmt. Obwohl Bewohner von Zone 4 durchschnittlich dreimal weiter zur Arbeit fahren müssen, als diejenigen in Zone 1, wird dafür nur unwesentlich mehr Zeit aufgewandt, vermutlich da dies besser organisiert wird.
- Die Häufigkeit von Freizeitaktivitäten nimmt nicht von Zone 4 bis 1 ab, sondern folgt dem Muster der Verteilung von Freizeiteinrichtungen in den Zonen.

- Besuche werden in allen Zonen gleich häufig ausgeführt, für Jugendliche hat Verteilung und Entfernung von Freizeiteinrichtungen keinen Einfluß auf ihr Freizeitverhalten.

Die "Elastizität" einer Aktivität als Reaktion auf Umweltzwänge unterscheidet sich zwischen den sozialen Gruppen entsprechend der Bedeutung, die sie für ihre Mitglieder hat. (1o4)

5. Zusammenfassung: Das Verhältnis von häuslicher und außerhäuslicher Freizeit

Offensichtlich spielen Freizeitbelange im Bewußtsein der Bevölkerung bezüglich der Beurteilung der Wohnqualität nur eine geringe Rolle, wenn gleich Beziehungen zwischen Ausstattung und Freizeitverhalten nachgewiesen werden können. In Bezug auf den außerhäuslichen Freizeitbereich kommt der Verkehrsanbindung eine primäre Rolle besonders für ältere Bewohner zu, während die Entfernung von Freizeitangeboten für Jugendliche kaum Relevanz besitzt. Den Wohnwunschbefragungen zufolge spielen möglichst individuelle Wohnformen und naturnahe Umgebung die größte Rolle. Sollen derartige Befragungen keine Alibi-Funktion zur Rechtfertigung bestehender Verhältnisse erhalten, so ist festzustellen, daß die räumliche und bauliche Struktur, geringe Schallisolierung und fehlende private Freiräume häusliche Freizeitaktivitäten wie Geselligkeit, Feste, Musik, Spielmöglichkeiten für Kinder, Lebensraum für Großfamilien unzumutbar beschränken (siehe Teil 4).
Wohnen ist als ein Prozeß aufzufaßen, der sich über die Wohnungstüren hinaus in das unmittelbare Wohnungsfeld erschreckt: Je unwirtlicher die Wohnumwelt, je weniger sie zur Ausübung von Freizeitmöglichkeiten geeignet ist, desto stärker sind die Bewohner auf die Abkapselung in ihren vier Wänden verwiesen.
Bislang gibt es kaum Studien, die Auswirkungen auf das außerhäusliche Freizeitverhalten eingehend untersucht haben, z.B. wie Besitz eines Gartens oder privaten Freiraumes, die Nähe zu Grünflächen sich auf die Nachfrage nach Erholungsflächen auswirken. (Einige Ansätze siehe 2.2.5)

Selbst wenn man annähme, daß sich die durchschnittlichen Wohnflächen - die in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind - weiter erhöhen, so lägen sie noch weit unter dem Flächenbedarf, der zur konfliktlosen Ausübung der heute üblichen Freizeitaktivitäten innerhalb der Wohnung üblich ist. Auch eine verbesserte Schallisolierung dürfte allenfalls zu besserer Ausübung nicht jedoch zu Ein- oder Auslagerung weiterer Freizeitaktivitäten führen.
Auch R. Weeber folgert, daß sich, sobald ein guter Standard der Wohnung Selbstverständlichkeit geworden ist, die Ansprüche und die Aufmerksamkeit weit mehr auf die Wohnumgebung richten, daß die Überbetonung des Wohnens, des Privaten, zugunsten einer stärkeren Umweltorientierung zurückgeht. (1o5)

2.2.4.3. Die außerhäuslichen Tätigkeiten am Werktag

Während Medienkonsum und familiäre Geselligkeit den größten Teil der innerhäuslichen Tagesfreizeit ausmachen, liegen bei den außerhäuslichen Feierabendbeschäftigungen Gaststättenbesuch, Spaziergang und Besuche an der Spitze. (Tab. 46)

1) Die Häufigkeit werktäglicher Spaziergänge wird von der Arbeitsbelastung stark beeinflußt; während nur 14 % der Gruppe ohne "besonders belastender Arbeit" nie werktags spazierengeht, sind es 3o % derer mit "körperlicher Schwerarbeit". Ebenso unternehmen ältere Jahrgänge (ab 55 Jahre) häufiger werktägliche Spaziergänge. (1o6)
   Betrachtet man den Ort werktäglicher Spaziergänge, so zeigt sich, daß das Einkommen und damit vermutlich die Mobilität darauf starken Einfluß ausübt, insbesondere auf die Möglichkeit, "Ausflüge in die offene Landschaft" zu unternehmen. Auch der"Schaufensterbummel in der Innenstadt" wird von hohen Einkommensgruppen wesentlich häufiger genannt, während die "Ärmeren" mehr auf die Parks und Grünflächen im Stadtgebiet angewiesen sind.
   Der werktägliche Spaziergang führt am häufigsten in wohnungsnahe Grünflächen (ca. 5o %) und Parks im Stadtgebiet (ca. 18 %).
   Der relativ hohe Anteil der Ausflüge korrespondiert etwa mit dem Anteil der Wochenendarbeiter.

2) Eine Anzahl von Studien über das sog. Parkverhalten sollte Aufschluß über Besucher- und Bedingungsstruktur der Parknutzung erbringen, führten aber zu teilweise gegensätzlichen Ergebnissen. Gleichmann (1o7) stellte fest,

- Parkbesuch ist von Alter abhängig. Personen über 61 Jahren gehen zu 34 % "sehr häufig" in Parks, gegenüber 21 - 27 % der übrigen Altersgruppen.
- Parkbesuch ist abhängig von der sozialen Schicht. So gehen ungelernte Arbeiter und Selbständige zu 42 % bzw. 41 % nie in Parks, dagegen Beamte 14 %, Angestellte 26 %, Arbeiter (33 %).
- 13 % der Bevölkerung gehen niemals in einen Park, obwohl er in der Nähe der Wohnung liegt (0 - 5 Minuten Anmarschweg).
- Die Besuchsdauer liegt selten unter 45 - 60 Minuten.
- Städtische Gartenbesitzer und Kleingärtner gehen seltener in öffentliche Parks.

Nach Klassen/Botterweg (1o8) ist die Nutzung von Grünflächen hauptsächlich eine Funktion der Entfernung: 66 % aller weniger als 1oo m vom Park entfernt wohnenden potentiellen Besucher führt tatsächlich Parkbesuche aus, dagegen nur ca. 33 % derjenigen, die 1oo - 2oo m entfernt wohnen, größere Entfernungen wirkt praktisch prohibitiv.

Prosenc (1o9) führt dagegen an, daß das Parkverhalten unter keinen Umständen mit Hilfe der Berufs- oder Arbeitssituation zu bestimmen ist.

- Ebenso erbrachten Angaben zur Wohnsituation (Größe, Zufriedenheit, Einrichtung, Garten, Balkon, Besitz eines Fahrzeuges, Wohnwagen, Dauerzeltplatz) keine Korrelation mit der Häufigkeit der Parkbesuche. Prosenc schließt daraus, daß der Park seine eigenen Freizeitfunktion besitzt.

  Bestimmte Bevölkerungsanteile besuchen den Park nie, dabei 3 - 5 % der Altersgruppen zwischen 26 - 65 Jahren und 2o bzw. 13 % der 16 - 25-jährigen bzw. der über 66 Jahre alten Personen.

- Die Parkbesucher selbst nutzen den Park intensiver als die Durchschnittsbevölkerung (29 % fast jeden Tag, 44 % mehrmals in der Woche).
- Auch die Aufenthaltsdauer ist unter Parkbesuchern länger: 75 % halten sich jeweils länger als eine Stunde dort auf, 19 % zwischen 3o - 6o Minuten.
- Ebenso ist der Einzugsbereich der Parkbesucher größer.
- Der Park wird vor allem im Frühjahr und Sommer besucht (73 % bzw. 14 %).
- Der Park wird hauptsächlich nachmittags (5o %) und abends (12 %) besucht.

Frosenc fand als wichtigste Determinanten des Parkbesuchs: Alter, Ehesituation und Einstellung zu Familie und Ehe sowie Freizeitaktivität und Freizeitbewußtsein.

3) Besuche, Geselligkeit

Die Häufigkeit der werktäglichen Besuche ist stark vom Alter (und damit Familienstand) abhängig (Tab. 46). Sie spiegelt den oft konstatierten Trend der Flucht in das Privatleben der Kleinfamilie in der Freizeit wieder (siehe auch Tab. 29). Auch wenn die typische deutsche Kleinfamilie nicht gerade von der Außenwelt isoliert ist, hält sie doch nur zu einem kleinen Kreis Kontakt: Es treffen sich von je 1oo Befragten am häufigsten mit

- Bekannten (5o %)
- Verwandten (31 %)
- Nachbarn (14 %)
- Kollegen (8 %)

Obwohl 45 % ihre Arbeitskollegen duzen, halten sie nach Feierabend eher auf Distanz: nur 18 % besuchen sich zu Hause, 41 % trennen Arbeit und Privatleben strikt und feiern auch private Ereignisse (Geburtstage) nicht im Betrieb . (11o)

Geselligkeit als Freizeittätigkeit zeigt insbesondere hinsichtlich des Verkehrskreises von Arbeitern und Angestellten große Unterschiede; in der Intensität und Vielfalt der sozialen Kontakte drückt sich auch der Grad sozialer Isolation und solidarischen Zusammenhaltes aus. Der Verhaltenskreis umfaßt deshalb Freunde und Bekannte als auch Verwandte, die so unterschiedliche Funktionen wie "Belebung, Anregung, Austausch, Erheiterung, Entlastung, Rat, Hilfe in Notfällen, Bestätigung der eigenen Wertwelt und Verhaltensstützung" erfüllen (111). Soweit empirische Ergebnisse vorliegen zeigt sich, daß sich geselliger Verkehr nach dem Prinzip der "sozialen Homogenität" vollzieht: "Gleiches verkehrt mit gleichem". (112) Insbesondere die ungelernten Arbeiter verkehren in erster Linie mit ihresgleichen und dann erst mit Facharbeitern bzw. Facharbeiterfamilien. Seitens der Angestellten und Beamten werden Kontakte zu Facharbeitern sehr viel seltener genannt als umgekehrt. Das deutet darauf hin, daß man sich eher zu Personen mit höherem Status bekennt - gewissermaßen, um den eigenen Status aufzuwerten - als zu solchen, die man in einer niedrigen Position glaubt.

Für Angestellte und Beamte in mittlerer Position gilt dies nur teilweise: Sie pflegen die weitestgestreuten Kontakte zu anderen sozialen Gruppen.

Insgesamt ist festzustellen, daß freundschaftliche Kontakte weitgehend auf Personen des eigenen Status beschränkt bleiben. Hinzu kommt bei Arbeitern durch eine relativ ausgeprägte regionale Immobilität und Seßhaftigkeit ein stärkerer Kontakt zu Nachbarn, wobei die Homogenität der Wohngegend sicherlich eine Rolle spielt.

Arbeiter sind wesentlich seltener mit Freunden zusammen und haben seltener Besuch als Angestellte. Dafür ist die Intensität des Verwandtenverkehrs unter Arbeitern offensichtlich stärker. Der vergleichsweise enge Familienkontakt führt nicht nur dazu, daß "in der finanziell und räumlich stärker eingeschränkten Berufsgruppe der ungelernten Arbeiter, bei der außerdem besonders große Haushalte zu finden sind, die Möglichkeiten für und Bedürfnisse nach privatem Verkehr außerhalb der eigenen Familie geringer sind als in den anderen Berufsgruppen", sondern auch zu einer weniger starken Isolation der Älteren, die ihrerseits auf die Hilfe ihrer

erwachsenen Kinder zurückgreifen können. (113)

Für die Arbeiterfamilie trifft die These des "Rückzugs auf die Kernfamilie" in der Freizeit daher in besonderer Weise zu. Die postulierte "nivellierte Mittelstandsgesellschaft" ebenso wie die sozial-integrative Funktion der Freizeit läßt sich auf der Ebene sozialer Interaktion kaum nachweisen. Die von Lüdtke (114) postulierte Möglichkeit, "den eigenen sozio-ökonomischen Status aufgrund der Berufsposition und Stellung im Produktionsprozeß unsichtbar werden zu lassen", scheint sich nicht in tatsächlicher Integration sozialer Gruppen zu manifestieren, sondern bleibt an "äußerliche" Einebnung der Bedeutung von Statussymbolen, Lebensstandard usw. gebunden.

4) Die Häufigkeit des Gaststättenbesuche ist ebenfalls von Alter sowie Geschlecht abhängig. An einem Stichtag machten 9 % der männlichen aber nur 4 % der weiblichen Befragen einen Gaststättenbesuch. (115)

5) Bei der ohnehin kleinen Minderheit, die kulturelle Veranstaltungen (Kino, Theater, Oper, Museum, Vorträge) besucht, zeigt sich eine starke Abhängigkeit vom Bildungsniveau. 1975 waren in den 12 Monaten vor einer EMNID-Umfrage lediglich

27 % im Theater gewesen,
15 % zu einem Vortragsabend,
14 % in einem Museum,
12 % in einer Oper.

Die Abhängigkeit vom Bildungsstand zeigt sich vor allem beim Opern- und Theaterbesuch:

	Öfter in der Oper	Öfter im Theater
Volksschule ohne Lehre	3	6
Volksschule mit Lehre	3	8
Mittelschule	12	28
Abitur	19	47

Ins Kino gehen nur 13 % einmal im Monat oder öfter, wobei jüngere Jahrgänge und Befragte mit höherer Bildung - besonders bei anspruchsvolleren Filmen - wesentlich überrepräsentiert sind.(116)
EMNID differenzierte auch die Interessenrichtungen der Besucher von Konzertveranstaltungen. Von den 26 % der Befragten, die solche Veranstaltungen besuchten, gingen 1o % zu Konzerten klassischer Musik, 7 % hörten Unterhaltungsmusik und jeweils 2 % Tanz-, Beat-, Jazz- oder Schlagermusikveranstaltungen. (117)

Dabei zeigen sich auch hier klare, durchlaufende Trends der Geschmacksrichtungen nach Alters- und Bildungsgruppen. Dabei nimmt die Beliebtheit von Beat-, Schlager-, Jazz- und in geringerem Maße auch von Tanzmusik mit zunehmendem Alter ab. Klassische und Unterhaltungsmusik zeigt die umgekehrte Korrelation. Dieser eindeutigen Altersgruppierung steht eine noch eindeutigere Differenzierung nach Bildungsschichten gegenüber:

Schlager-, Tanz- und Unterhaltungsmusik sind der unteren Bildungsgruppe zuzuordnen, wobei beachtliche Minderheiten auch der oberen Bildungsklasse Unterhaltungsmusik nennen. Jazz- und klassische Musik gehört eindeutig zur oberen Bildungsklasse, obwohl auch hier beachtliche Minderheiten der unteren Bildungsgruppen vertreten sind. Für Beatmusik gibt es keine eindeutige Bildungszuordnung.

Bei der direkten Befragung hinsichtlich des Fehlbedarfs an Veranstaltungen zeigt sich, daß Theater- und Konzertveranstaltungen (16 % bzw. 9 %) am häufigsten vermißt werden. Tanzveranstaltungen Variete, Kabarett sowie Kinoveranstaltungen vermissen 5 %, Vorträge 3 %. Vereinsveranstaltungen und fehlender Gottesdienst werden kaum genannt. (118)

EMNID ermittelte mit dem bereits dargestellten Verfahren der Kreuzauswertung den "Nachholbedarf" an acht kulturellen Veranstaltungen.(Tab.47)

6) Hintergründe außerhäuslicher Freizeittätigkeiten

In der EMNID-SVR-Studie wurde versucht, allgemeine Gründe und Art der behinderten Tätigkeiten zu erfahren.

Gründe: Hier zeigt sich, daß häufig als besonders relevant für Freizeitbenachteiligungen betrachtete Aspekte von Befragten geringer gewichtet werden. Auffallend ist das Oberwiegen der subjektiven Faktoren (Gesundheit, Zeit, Geld) gegenüber objektiven Faktoren (Angebote, Entfernungen) relativ unabhängig von allen sozio-demographischen Variablen!

1) Altersgruppen

- Mangel an Zeit wird als erster Hinderungsgrund von Altersgruppen von 18 - 54 Jahren genannt (ca. 41 %),
- die Relevanz des Geldes nimmt mit dem Alter ab, ebenso diejenige von speziellen Anlagen (Sportplätzen, Hallen etc),
- zu weite Anfahrtswege beklagen alle Altersgruppen (8 - 12,1 %),
- die Bedeutung des gesundheitlichen Befindens bekommt ab ca. 45 Jahren besondere Relevanz (16,7 %) und wird für die über 65-Jährigen zum Haupthinderungsgrund an Freizeitaktivitäten teilzunehmen (55,5 %) (Tab. 48).

2) Bildung

- Gesundheitliches Befinden als Hinderungsgrund betrifft die Gruppe mit niedriger formaler Bildung (27,9 bzw. 15,3 %),
- dafür ist Zeitmangel für 55,2 % der höheren Bildungsgruppe der Haupthinderungsgrund, entgegen 25,8 % der niedrigsten,
- Geldmangel ist überraschenderweise kaum mit Bildungsstand korreliert (11,1 - 16,2 %), ebeno "keine Gelegenheit", "Anfahrtswege" und Angebote. (Tab. 49)

3) Berufsgruppen

- Erwartungsgemäß ist für Selbständige und Landwirte/Landarbeiter der Zeitmangel (63,8 bzw. 68,1 %) der Haupthinderungsgrund.
- Unerwartet häufig wird "gesundheitliches Befinden" (18,4 %) von Hausfrauen angeführt.
- "Zu wenig Geld" trifft für Schüler und Studenten am häufigsten zu (29,3 %) am seltensten für Selbständige und Landwirte (6,8 bzw. 6,o %).
- Mangelnde Sportanlagen werden vor allem von Schülern, Studenten (2o,6 %) und Arbeitern (13,1 %) beklagt. (Tab. 49)

4) Familieneinkommen

- Für Einkommensgruppen bis DM 8oo,-- (Rentner) bildet die Gesundheit das Haupthindernis für Freizeitaktivitäten (55,2 bzw. 44,7 %)
- Besonders deutlich ist der Zusammenhang zwischen Einkommen und Zeit: Mit steigendem Einkommen wird "zu wenig Geld" als Hinderungsgrund zunehmend irrelevant und Zeitmangel zum dominierenden Hinderungsgrund.

Im Vergleich aller Gruppierungen scheint dem Zeitmangel absolute Priorität zuzukommen. (119)

Behinderte außerhäusliche Tätigkeiten

Die am häufigsten als "behindert" bezeichneten Tätigkeiten sind relativ unabhängig von sozial-statistischen Variablen:

- wandern in der Natur
- spazierengehen zum Vergnügen
- Sport und Spiel
- Ausflug ins Grüne.

Der Mangel spezieller Angebote und Anlagen wird besonders für Sport und Spiel (47,6 %), Ausflug ins Grüne (16,1 %), wandern in der Natur (12,9 %) und Spazierengehen (14,7 %) als Grund genannt. (12o)

2.2.4.4. *Exkurs:*
Fortbildung - partizipatorisches und politisches Verhalten in der Freizeit

1. Weiter- und Fortbildung

Weiter- und Fortbildung spielen nach Häufigkeit und Dauer als Freizeitbeschäftigung bislang eine geringe Rolle.
Subjektiv werden diese Tätigkeiten überwiegend als nicht zur Freizeit gehörig betrachtet.

Die relativ höchste Fortbildungsbereitschaft besteht bei jungen Arbeitern, Beamten und Angestellten, bei Ledigen und bei Personen mit weiterführender Schulbildung. (121) Arbeiter aus der Arbeiterschicht sind in erstaunlich stärkerem Maße fortbildungsbereit als Arbeiter aus Mittelschichtfamilien. Berufliche Unzufriedenheit fördert die Fortbildungsbereitschaft, während starker Leistungsstreß im Sinne der Kompensationshypothese die Fortbildungsbereitschaft stark hemmt. Freizeit wird hier als Kontrastwelt zur anstrengenden Arbeit empfunden und Bildungsanstrengungen bilden für diese Gruppe einen zusätzlichen Streß. Generell ist eine Mehrheit von 57 % der Arbeitnehmer an Fortbildung interessiert. Die Beurteilung von Fortbildung als "Freizeitbeschäftigung" und das unterschiedliche Interesse daran ist besonders für die Intentionen bedeutsam,künftigen Freizeitzuwachs als "Bildungsurlaub" zu gewähren. Unter dem Aspekt der Wahlfreiheit in der Freizeit ist die Absicht einer quasi "Zwangsfunktionalsisierung" oder "zweiten Schulpflicht" in der Freizeit kritisch zu betrachten. Vielmehr sollte es dem Einzelnen überlassen bleiben, zu entscheiden, wofür er seine Freizeit verwenden will.

2. Partizipatives Verhalten in der Freizeit

Soziales und politisches Engagement wird subjektiv nur von einer Minderheit als Freizeittätigkeit angesehen (Tab. 24),—Politik gemeinhin mit Beruf gleichgesetzt. Für die Einschätzung künftiger Mitwirkung bei den Aufgaben der Freizeitgestaltung und in anderen gesellschaftlichen Bereichen ist Grad und Feld partizipativen Verhaltens sowie von Mitwirkungsbarrieren besonders bedeutsam. Das generelle Vertrauen in die klassischen politischen Interessenver-

tretungen wie Partei und Gewerkschaft nimmt teilweise ab, das Interesse an problemspezifischen Wegen der Partizipation zu. Generell besteht an politischen Fragen ein gedämpftes Desinteresse. Lediglich 16 % geben an, sich für kommunale Fragen sehr zu interessieren, 54 % interessieren sich etwas, 29 % gar nicht. Die Differenzen zwischen den sozialstatistischen Gruppen sind relativ gering (+/- 10 %) (122). Alter und Bildung üben noch den stärksten Einfluß aus.

2.1. Vereine

Was organisationsgebundene Verhaltensweisen betrifft, wird am ehesten das Vereinsleben als Freizeitbeschäftigung angesehen. Daher sollen im folgenden nur die eigentlichen Freizeitvereine behandelt werden, deren Ziel "im Zusammensein der Mitglieder ihrer gemeinsamen Betätigung und dem dadurch geförderten gegenseitigen Kontakt besteht". (123)

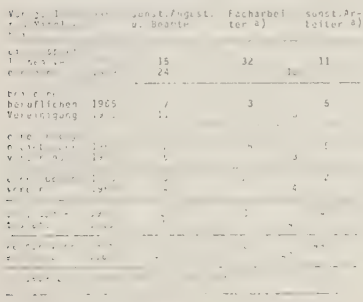
Aus der historischen Entwicklung der deutschen Vereine läßt sich durch die fortwährende Vertreibung aus der Politik ihre Verkleinbürgerlichung erklären. Das Ergebnis dieser Entwicklung umschreibt Benedict als "politikfreie Geselligkeit". (124)

Den Rückzug vor allem vieler Arbeitnehmer in die Zone des privaten Freizeitverhaltens außerhalb der Vereine sieht Benedict zum einen als Reaktion auf die totale Politisierung durch den Faschismus an, zum anderen als Resultat einer zunehmenden Konsumorientierung. Vor diesem Hintergrund bietet das Vereinsleben ein breites Spektrum unpolitischer Betätigungsmöglichkeiten an. Allein die Sportvereine machen über die Hälfte aller Vereinmitgliedschaften aus.

Die sozial-integrative Funktion des Vereinsleben zeigt sich besonders in den Kleinstädten und Dörfern, wo sie über das eigentliche Freizeitangebot hinaus "oft symbolische Bedeutung für das Ganze der städtischen Gemeinschaft haben". (125) Sie dienen gleichsam als Transmissionsriemen zwischen Bürger und Bürgerschaft. Diese Funktion wird durch eine Vielzahl an Gemeindestudien belegt. (126)

Habermas zufolge erfüllen die Vereine für die Arbeitnehmer eine dreifache Komplementärfunktion zur Arbeitswelt durch Regeneration, Suspendierung und Kompensation. Ausgleich zur Arbeitswelt, Erfolgserlebnisse, Selbstbestätigung ermöglicht das Vereinsleben vor allem mit seinen Angeboten "zweckfreier" Verhaltensweisen wie Geselligkeit, Gesang, Spiel und Sport. Auch die Möglichkeit, die Familie in das Vereinsleben einzubeziehen, erweitert die Sphäre privater Autonomie und kompensiert oft zweckrationales, fremdbestimmtes Handeln im Beruf. Weitergehend spielt der Verein in seiner suspensiven Funktion eine wichtige Rolle, indem er eine Erfüllung verspricht, "die echt ist und nichts von Ersatzbefriedigung an sich hat." (127) Im Hobby-Club oder Kleingärtnerverein wird der eigentliche Beruf nach der Arbeit verwirklicht. Gerade im freizeitorientierten Vereinsleben äußern sich oft elitär belächelte Lebensbedürfnisse breiter Bevölkerungsschichten, die in der Arbeitswelt nicht artikulierbar sind. (128) 30 % der Bundesbürger gehören einem Verein an. (Tab. 5o) Dabei sind Männer doppelt so häufig wie Frauen Vereinsmitglieder, bei Frauen spielt die Schulbildung eine starke Rolle. Bei jungen Arbeitern zeigte sich 1968 - 1973 eine starke Abnahme des Anteils der Vereinsmitglieder ebenso wie der Parteimitglieder. Auffällig ist die relativ starke Beteiligung von Arbeitern in Vereinen. Dies fällt um so mehr ins Gewicht, als Arbeiter bei sozialen Aktivitäten erheblich unterrepräsentiert sind (siehe Tabelle). Der global relativ hohe Anteil von Arbeitern ist bei näherer Sicht jedoch zu diffe-

Mitgliedschaft bei Vereinen und Organisationen



		Angest. u. Beamte	Facharbeiter a)	sonst. Arbeiter a)
		15	32	11
		24		16
beruflichen Vereinigung	1965	/	3	5

Quelle:
Osterland u.a.,
Materialien zur Lebenssituation ...,
a.a.O. s. 261

renzieren. Fast in allen Vereinsarten liegt die Beteiligung der Arbeiter, besonders der weniger qualifizierten, niedriger als die der Beamten und Angestellten. Ähnliche Beteiligungsunterschiede lassen sich auch in anderen Untersuchungen erkennen, die eine Feinanalyse nach Berufsgruppen enthalten. Nach einer Erhebung von Mayntz in 18 Euskirchener Vereinen beteiligen sich die niedrigen Berufsgruppen wesentlich weniger am Vereinsleben als die höheren. (129) Daß es objektive Faktoren sind und nicht etwa eine generelle Apathie, die den hier zu Tage tretenden "sozialen Numerus Clausus" vor allem für die an- und ungelernten Arbeiter bedingen, geht daraus hervor, daß subjektiv durchaus der Wunsch besteht, an dem Freizeitangebot der Vereine teilzunehmen: In den unteren Berufsgruppen wurde nach Mayntz der Wunsch, einem Verein anzugehören, häufiger geäußert als in den oberen Berufsgruppen.

Die Tabelle auf S. 87 zeigt, daß sich die Vereinsmitgliedschaft der Bevölkerungsgruppen nicht gleichmäßig auf alle Formen von Vereinen verteilt. An der Spitze liegt bei den Arbeitnehmern die Mitgliedschaft in Sportvereinen. Der Ausgleich zum Beruf spielt hier besonders bei Angestellten und Beamten eine Rolle. Bei diesen Gruppen nimmt körperliche Betätigung und aktives Spiel offensichtlich an Bedeutung zu. Zwischen 1960 und 1972 hat sich z.B. die Zahl der jährlichen Sportabzeichenverleihungen verdreifacht.

Während die kompensatorische Funktion der Sportvereine vor allem im aktiven sportlichen Einsatz zum Ausdruck kommt, wie er schichtenspezifisch mehr von Angestellten und Beamten betrieben wird, sind einfache Arbeiter hier unterrepräsentiert. Besonders, wenn sie vorwiegend körperliche Tätigkeiten ausüben, sind sie stärker auf die Befriedigung passiver Regenerationsbedürfnisse angewiesen, wie sie in Sportvereinen vor allem die Zuschauerrolle ermöglicht und wie sie bei den geselligen und spielerischen Varianten zum Ausdruck kommen. (130)

Die schichtenspezifischen Merkmale innerhalb der Sportvereine erklärt Benedict als Mischung von Vereins- und Sportideologie. Er leitet daraus die Vermutung ab, daß Mittelschichtangehörige die Einstellungen und Verhaltensweisen, wie sie in der sekundären und vor allem in der beruflichen Sozialisation internalisiert wurden, auf den Sport übertragen und im Verein reproduzieren . (131)
Neuere Umfragen zeigen umgekehrt, daß Angehörige der unteren Mittelschicht und der Unterschicht vor allem Passivsport betreiben und damit vor allem Werte wie Geselligkeit, Spiel, Spaß verbinden, die suspensiven Charakter haben. Was die übrigen Vereinsarten angeht, lassen sich keine besonderen gruppenspezifischen Besonderheiten erkennen. Die zitierten Ergebnisse beruhen vor allem auf Umfragen, die allein die Mitgliedschaft in Freizeitvereinen ermittelten, nicht jedoch das tatsächliche Ausmaß der Beteiligung am Vereinsleben anzeigen konnten.
Verschiedene Hinweise lassen vermuten, daß die aktive Teilnahme und Führungsmöglichkeiten, z. B. in Ehrenämtern, stark auf Mitglieder der Mittelschichten beschränkt sind, während sich die Teilnahme der einfacheren Arbeitnehmer auf den Konsum bereitgestellter Freizeitangebote erstreckt. Armbruster/Leisner bezeichnen diese Tendenz der Ämterhäufung bei Mittelschichtangehörigen als kumulative Partizipation der sozial Aktiven. Belege hierfür liefert vor allem die Gemeindesoziologie, die gerade am Beispiel der Vereine enge Verflechtungen und Anhäufungen von Partizipationsmöglichkeiten festgestellt und schichtenspezifisch aufgeschlüsselt hat. Benedict weist darauf hin, daß es eben diese Mittelschichten sind, die auch in der kommunalen Selbstverwaltung die führende Rolle spielen. Insbesondere in ländlichen Gemeinden ist der Kreis der Sozialaktiven sehr begrenzt,

während es ein großes Angebot an Ehrenämtern gibt. Dennoch spielt das Vereinsleben gerade hier eine große Rolle bei der Vermittlung der Identität zwischen individueller Existenz des Bürgers und dem Gemeindeleben der Bürgerschaft.

Die skizzierten Teilnahmebarrieren für Unterschichtangehörige werden durch Tendenzen der Bürokratisierung bei Großvereinen und Dachorganisationen und durch Einführung von Methoden modernen Managements und unternehmerischer Verhaltensweisen noch verstärkt.

2.2. Parteien

1973 waren 5 % der Bundesbürger Mitglieder einer politischen Partei. (Tab. 5o) Während der Anteil der männlichen Parteimitglieder über 35 Jahre von 1968 - 1973 um drei Prozent zunahm, blieb derjenige der Jugendlichen bis 24 Jahre gleich. Besonders die jungen Arbeiter, deren tatsächliche Parteimitgliedschaft von 6 % 1968 auf 1 % 1973 abnahm, zeigen im Gegensatz zu den Angestellten und Beamten einen höheren Anteil der potentiellen Parteimitglieder. Dies läßt auf eine diffuse Organisationsbereitschaft schließen, die sich noch verstärkt bei potentiellem Engagement in Bürgerinitiativen zeigt (Tab. 51), zunächst jedoch im Widerspruch zum Ausmaß tatsächlichen Engagements steht. Entgegen der INFAS-Erhebung, die keine gravierenden Differenzen in der Parteimitgliedschaft in den Parteien bei den Berufsgruppen zeigt, weisen parteispezifische Untersuchungen auf eine stärkere Unterrepräsentierung von Arbeitern in den Parteien hin. Arbeiter und niedere Angestellte sind noch am stärksten in der SPD vertreten, obwohl ihr Anteil an den Parteizugängen von 1954 bis 1972 von 53,4 % auf 27,6 % zurückging. Angestellte steigerten ihren Anteil von 13,8 % auf 25 %. Für die CDU und FDP liegen keine vergleichbaren Zahlen vor.

ORGANISATIONSGRAD DER BERUFSGRUPPEN IN PARTEIEN (1968 (in %))

	SPD	CDU	FDP	insgesamt
Arbeiter	2,04	0,30	0,07	2,41
Angestellte	2,06	0,65	0,34	3,05
Beamte	5,17	3,23	0,36	8,76
Selbständige	1,31	3,21	0,62	5,14

(132)

Betrachtet man nur die lohnabhängigen Parteimitglieder, so zeigt sich, daß 1968 32,2 % in der SPD und 45,2 % in der CDU im öffentlichen Dienst beschäftigt waren. Schmollinger folgert, daß die Durchsetzungschancen von Industriearbeitern und kleinen Angestellten innerhalb beider Parteien nur äußerst gering seien und daß in der Verquickung von Parteien und öffentlichem Dienst einer der Gründe für die Unterrepräsentierung dieser Gruppen liegen könnte. (133) Ebenso wie bei der Vereinsmitgliedschaft läßt Parteimitgliedschaft allein kaum Schlüsse auf die Freizeitrelevanz zu. Die Begründung lautet: "Die Mehrzahl der Parteimitglieder nimmt nicht am parteipolitischen Leben teil". (134)
Für die SPD stellte Kaack fest, daß die Größe des Ortgruppenvereins für die aktive Beteiligung ausschlaggebend war: während sich in Ortsgruppenvereinen mit 200 - 300 Mitgliedern nur zwischen 10 - 20 % aktiv beteiligen, sind es bei Vereinen mit bis zu 20 Mitgliedern über 50 % . (135) Je größer und anonymer die parteimäßige Organisationseinheit, um so geringer ist die Beteiligungsquote. Neben der Unterrepräsentierung der Arbeiter und niedrigen Angestellten in der Mitgliederstruktur der Parteien verschärft sich der Grad sozialstruktureller Selektivität innerhalb der Parteiorganisation. Je höher man in der Parteihierarchie hinaufkommt, desto größer wird der Anteil der höheren Statusgruppen und der Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. (136)

Parteimitgliedschaft sagt somit ebenso wie die Vereinsmitgliedschaft nur bedingt etwas über tatsächliche soziale und politische Partizipation aus.

2.3. Bürgerinitiativen

3 % der Bundesbürger sind in Bürgerinitiativen organisiert. Die Bürgerinitiativen haben die Parteien als potentielles Feld politischen Engagements unabhängig von sozialstatistischen Merkmalen weit überrundet. (Tab. 51) Während die Parteien nur ein Mitgliederreservoir von 12 % haben, würden 34 % der Bevölkerung eventuell in Bürgerinitiativen mitarbeiten. Die an politischer Organisation desinteressierten jüngeren Jahrgänge zeigen eine höhere Aktionstendenz bei Bürgerinitiativen: 42 % bzw. 48 % der 18 - 24 bzw. 25 - 34-Jährigen würden eventuell in einer Bürgerinitiative mitarbeiten.

Noch stärker als bei den Parteien wirkt sich hier das Übergewicht bestimmter Personengruppen aus: Männer sind viermal häufiger als Frauen, Angehörige der mittleren Generation häufiger als ganz junge oder alte Menschen, Befragte mit Hochschulbildung sehr viel zahlreicher als andere Bildungsschichten vertreten. Ausbildung und sozialer Status sind für die Beteiligung an Bürgerinitiativen von ausschlaggebender Bedeutung. Höhere Beamte sind die weitaus aktivste Gruppe (8 %). Die hier genannten Faktoren sind nicht nur für die tatsächliche, sondern auch für die potentielle Mitwirkung an dieser Form politischer Partizipation entscheidend.

Trotz der imponierenden Entwicklung sind inzwischen Zweifel laut geworden, daß Bürgerinitiativen als Indikator für eine

generelle Zunahme politischer Aktivität angesehen werden können oder ob es sich nicht wirklich um "bürgerliche Initiativen" handelt, d. h. um Aktivierung weniger, ihrer Bildung, ihrem Beruf und ihrer sozialen Stellung nach privilegierter Gruppen.

Signifikant und durch sämtliche empirischen Unterlagen belegt ist der minimale Anteil der Arbeiter unter den Mitgliedern von Bürgerinitiativen (ca. 4 %). Ebenso eindeutig belegen die Untersuchungen eine fast monopolähnliche Vertretung der mittleren und gehobenen Berufsgruppen. (137) Eine Feinanalyse der Aktivitätsgrade von Mittelschichtangehörigen ergibt, daß sich das eigentliche Aktivitätspotential auf die Berufsgruppen reduziert, die in engem Kontakt zu den alltäglichen Problemen der Bevölkerung stehen (Lehrer, Sozialarbeiter, Ärzte, Architekten). (138) Demgegenüber kommt eine andere Studie zu dem Ergebnis, daß gerade soziale Berufe in BI auffallend wenig vertreten seien. Die bei Bürgerinitiativen vorherrschende Mitgliederwerbung durch persönliche Beziehung hat zur Folge, daß sich dadurch gerade "jene disproportionale Zusammensetzung der Mitgliederschaft mit der Zeit verstärken muß". (139)
Die Teilnahmebarrieren für die Unterschicht bestehen vor allem darin, "daß deren Handlungskapazitäten von der alltäglichen Bewältigung der Lebenspraxis weitgehend aufgesogen werden". (140) Selbst wenn einfache Arbeiter und Angestellte an den Initiativen teilnehmen, sind sie durch Informationsdefizite behindert, haben Schwierigkeiten, sich in den Diskussionen zu äußern und die Projektarbeit intellektuell zu begleiten. Insbesondere bei BI im Bildungsbereich beschränkt sich die Teilnahme dieser Gruppe auf manuelle und technische Mitarbeit. (141)

2.4 Gewerkschaften

20 % der von INFAS befragten Bundesbürger sind Gewerkschaftsmitglieder. Dieser Prozentsatz ist seit 1964 relativ konstant, bei jungen Arbeitern, Angestellten und Beamten zeigt sich jedoch auch hier eine deutliche Abnahme des Organisationsgrades. Insgesamt sind die Arbeiter nach wie vor wesentlich stärker in Gewerkschaften organisiert als Angestellte und Beamte. (Tab. 5o) Differenziert man innerhalb der Berufsgruppen nach Qualifikation, so zeichnet sich bei un- und angelernten Arbeitern, deren Organisationsgrad in den Gewerkschaften ohnehin bereits niedriger ist als der der Facharbeiter, eine abnehmende Organisationsbereitschaft ab. (142)

2.5 Teilnahmebarrieren

Die beschriebenen Felder partizipativen Handelns zeigen, daß Beteiligung in der gesellschaftlichen Schichtung von oben nach unten abnimmt. Diese allgemeine Tendenz verstärkt sich noch, wenn es um die Wahrnehmung von Entscheidungsaufgaben geht: Die Besetzung von Führungs- und Ehrenämtern zeigt, daß Angehörige der unteren Schichten um so strenger ausgefiltert werden, je mehr Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten mit solchen Aufgaben verbunden sind. Fragt man nach den Ursachen und Bedingungen, wo die Teilnahmebarrieren für weniger qualifizierte Arbeiter und Angestellte liegen, warum sich so wenige Frauen und Hausfrauen insbesondere aus den unteren Schichten beteiligen, so sind es hauptsächlich zwei Faktorenbündel, die die Beteiligung beeinflussen: Die materielle Lebenslage und die subjektive Beteiligungsfähigkeit. Aufgrund der Untersuchungen kann die allgemeine These formuliert werden, daß aus den Schichten mit gesicherter materieller Existenz und privilegierter Sozialisation die übergroße Mehrheit der Aktivbürger hervorgeht.

Armbruster/Leisner sehen für die Unterschichten als besonders behindernd an, daß auch die Freizeit dafür verwandt wird, das Einkommen kompensatorisch zu erhöhen, dazu besteht häufig ein

besonders hoher konsumorientierter Nachholbedarf, die verbleibende freie Zeit wird durch den Zwang zur passiven Erholung aufgebraucht. In dieser Lebenslage liegen auch die Bedingungen für Sozialisationsdefizite, die die Beteiligungsfähigkeit beeinträchtigen. "Umfangreiches Rollenrepertoire, sprachliche Ausdrucksfähigkeit und flexibles soziales Verhalten sind den Untersuchungen zufolge Voraussetzung aktiver Beteiligung, sie werden aber in Arbeiterfamilien kaum vermittelt." (143) Zu diesen Benachteiligungen in der primären Sozialisation gesellen sich Ohnmachtserfahrungen in der beruflichen Sozialisation: Untergeordnete, ausführende Positionen und angepaßte Verhaltensweisen während der Arbeit verwandeln sich in der Freizeit nicht in Autonomie und Selbstbestimmung, sondern in Passivität und Resignation.

Armbruster/Leisner betonen, daß der Abbau der Beteiligungsdefizite mit den Mitteln der Erwachsenbildung allein nicht erreicht werden kann, zumal der Arbeiter in der Freizeit etwas komplementäres zur Arbeitsatmosphäre suche, das er nur selten in Form der Anstrengung wie der Bildungsbemühung finden werde.
Solange die alltägliche Erfahrung einer fremdbestimmten Arbeitswelt nicht durch eine tatsächliche Demokratisierung korrigiert wird, ist die Forderung nach verstärkter Bildungsanstrengungen zum Abbau von Teilnahmebarrieren in den verschiedenen Freizeitfeldern weitgehend sinnlos.

2.2.5. Die Wochenenderholung

Bei der "Interpretation von Freizeitmustern", wie sie durch Raten über relative Häufigkeiten einzelner Tätigkeiten gezeichnet werden, müssen die in Teil 1 analysierten Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, insbesondere die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und in Dienstleistungsbranchen, die zum großen Teil kein freies Wochenende kennen; ebenso ist der hohe Anteil der Selbständigen zu berücksichtigen, der am Wochenende arbeitet.

Die Umverteilung von freier Zeit auf längere Zeitquanten führt zu einer Konzentration der Tätigkeiten in fest abgegrenzte Phasen des Wochen- und Jahresablaufs.
Elemente des typischen Tätigkeitssystems einer Familie in der Wochenendfreizeit ("Wochenendkultur") sind:

- Samstageinkauf
- Autopflege
- häusliche Reparaturen
- Verwandtenbesuche
- Autofahrt ins Grüne
- Spiel mit Kindern
- Fernsehen bei Sportsendungen.

Der eigentliche "Ausflugstag" der Woche ist der Sonntag, aber auch andere große Aktivitäten (Sportplatzbesuch, Besuche von Freunden, Bekannten) werden öfter als am Samstag ausgeführt. Die Freizeitbeschäftigungen werden insgesamt häufiger im außerhäuslichen Bereich verbracht:

	im Haus			außer Haus			zusammen		
	Std.	Min.	%	Std.	Min.	%	Std.	Min.	%
Samstags	5	43	61	3	47	39	9	3o	1oo
Sonntags	4	45	5o	4	53	5o	9	38	1oo

(144)

1. Freizeitbeschäftigung am Samstag:

Die freie Zeit am Samstagmorgen wird zuerst dafür verwandt, um Dinge zu erledigen, die von der Woche her übrig geblieben sind oder für den Sonntag erforderlich erscheinen. Dazu zählen besonders Hausarbeiten, Einkaufen und Autowaschen. Die weiteren auffälligen Freizeitbeschäftigungen dienen vorwiegend der Erholung und Entspannung. (Tab. 52)
Das Zeitbudget der Beschäftigungen zeigt, daß Massenmedien (24 %), Lesen (12 %), Besuche und Gaststättenbesuche (14 bzw. 11 %) den größten Teil der Zeit in Anspruch nehmen, Wandern und Spazierengehen sowie Hobby (5 bzw. 4 %) jedoch insgesamt eine untergeordnete Rolle spielen. (Tab. 53)
Insbesondere das Fernsehen nimmt am Wochenende noch mehr Zeit in Anspruch als an Wochentagen.

2. Freizeitbeschäftigung am Sonntag

Der Sonntag wird - sofern nicht ein Ausflug unternommen wird - vorwiegend zum Ausschlafen, Musik hören und gar nichts tun gebraucht. Die Beschäftigungsstruktur ist derjenigen am Samstag ähnlich; lediglich Haus- und Gartenarbeit wird weniger ausgeführt.

Spaziergänge: Wie bereits festgestellt, wirken sich anstrengende und belastende berufliche Tätigkeiten negativ auf die Ausübung "aktiver" Freizeittätigkeiten aus; z.B. machen fast doppelt so viele Bürger mit ungesunden und belastenden Tätigkeiten werktags nie Spaziergänge wie solche, die keine besonders belastenden Tätigkeiten ausüben. Diese Unterschiede bestehen nicht mehr am Wochenende: Alle Gruppen unternehmen wesentlich häufiger Spaziergänge. (Tab. 54) Am Samstag und Sonntag werden diese Spaziergänge zu Ausflügen. Dabei zeigt sich ein besonders deutlicher Zusammenhang zwischen Einkommen und Mobilität.

Die Einkommensgruppe von DM 1200 - über DM 2.000 unternehmen annähernd doppelt soviel Ausflüge in die freie Landschaft wie die beiden untersten. Am mobilsten sind die Altersgruppen von 18 - 44 Jahren. Gegenüber den Ausflügen in die Landschaft werden Spaziergänge in weiter entfernten Parkanlagen als zweithäufigstes Ziel von allen Einkommensgruppen relativ gleich häufig unternommen.
Zahlreiche Studien befassen sich mit Ausflugshäufigkeiten in Ballungsgebieten, da sich hieraus Konsequenzen für Verkehrsplanung und Landschaftserschließung und -schutz ergeben.

3. Ausflugsverhalten am Wochenende

Nach Fernsehen, Lesen und Besuche absolvieren, zählen Ausflüge zu den bevorzugten Wochenendbeschäftigungen. Einzelne Regionen wie München, Hamburg und das Ruhrgebiet wurden hieraufhin genauer untersucht.

Allgemeines Ausflugsverhalten

- Ausflüge werden zu ca. 50 % am Wochenende unternommen, zu ca. 30 % an sonstigen freien Tagen, lediglich 5,3 % nach Feierabend und 1,3 % im Urlaub.
- 1970/71 unternahmen ca. 33 % der Bevölkerung der BRD, 60 % der Bevölkerung Münchens mindestens eine Ausflugsfahrt, 40 % unternahmen nur eine Ausflugsfahrt, 25 % zwei und 35 % 2 und mehr Fahrten. (145)
- Die jahreszeitliche Verteilung der Ausflüge der Münchener zeigt eine deutliche Konzentration im Herbst und Sommer. Nach Ruppert/Maier (146) nehmen 89 % der Münchener Haushalte im Sommer am Naherholungsverkehr teil.
- Der PKW wird im Durchschnitt bei 80 % (!) aller Ausflüge benutzt, mit weitem Abstand folgen Bus und Bahn.
  In Großstadtregionen scheint der Pkw eine geringere Rolle zu spielen. In Hamburg fahren lediglich 43 % mit dem Pkw zu Ausflugsfahrten. (147)
- Im Durchschnitt legt der Münchener 24 km zum Ausflugsziel zurück. (148)

Nach Ruppert/Maier fahren bis zu ihrem Zielgebiet:

2o %	bis	3o km
4o %	"	3o - 1oo km
33 %	"	1oo - 25o km
7 %	"	25o km

Die Angaben über zurückgelegte Entfernungen sind nach verschiedenen Quellen sehr unterschiedlich. So bleiben in Hamburg 5o % der Ausflügler im Stadtgebiet. Nach einer Kfz-Halter-Befragung fahren 5o % aller Wochenendausflügler in der BRD nicht weiter als 4o km von der Wohnung weg. (149)

- Anders als beim Urlaubsreiseverkehr, wo eine enge Korrelation zwischen Reiseintensität und Wohnortgröße besteht, erreicht die Teilnahme am Ausflugs- und Wochenendverkehr bereits in der Wohnortgrößenklasse von 5ooo - 2o.ooo Einwohner ihren Höchstwert, der auch in größeren Gemeinden gleich bleibt. (15o) Andere Quellen gehen von größeren Differenzen zwischen ländlichen und großstädtischen Gebieten aus. Maier (151) gibt für Großstädte eine Ausflugsintensität von 25 - 35 % an, für ländliche Gebiete und Kleinstädte von 5 - 15 %. Schaechterle (152) stellt ebenfalls für Ballungsgebiete eine besonders hohe Ausflugsintensität fest. Im Münchener Raum unternehmen danach 2o - 25 % der Bevölkerung an sommerlichen Wochenenden einen Ausflug, in Mannheim/Ludwigsburg sogar 25 - 34 %.
- Nach Zeitmangel sind Kosten, Krankheit, Alter und familiäre Bindungen die Haupthinderungsgründe für Wochenendfahrten. Insbesondere Krankheit und Alter scheinen Rahmenbedingungen zu sein, deren Relevanz bislang unterschätzt wurde Auch die "verstopften Straßen" schrecken eine beträchtliche Minderheit der Pkw-Fahrer bereits von einem Ausflug ab. (Tab. 56)
- Aufgrund der engen Korrelation zwischen Einkommen, Berufsgruppe und der Ausflugshäufigkeit sowie der Bedeutung des Pkw als bevorzugtes Verkehrsmittel soll die Struktur der Pkw-Besitzer näher untersucht werden:

Nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes unterscheidet sich die Ausstattung privater Haushalte mit Pkw relativ geringfügig, Arbeiterhaushalte sind jedoch am meisten benachteiligt:

Landwirte	8o,4 %
Selbständige	8o,o %
Beamte	83,7 %
Angestellte	73,2 %
Arbeiter	65,8 %.

Eine wesentlich engere Beziehung ergibt sich zwischen Haushaltsnetto-Einkommen und Pkw-Besitz (153)

unter 6oo DM	7,2 %	15oo - 18oo	73,o %
6oo - 8oo DM	12,9 %	18oo - 25oo	81,4 %
8oo - 1ooo	29,1 %	25oo - 5ooo	88,2 %
1ooo - 12oo	48,9 %	5ooo	88,9 %
12oo - 15oo	62,5 %		

Die wesentlich niedrigere Ausflugsintensität der Arbeiter und Landwirte läßt sich somit nicht allein am fehlenden Pkw-Besitz erklären, sondern ist vermutlich durch das geringere frei verfügbare Haushaltsbudget, Arbeitszeitverteilungen, passivere Freizeitverbringung und häusliche familienorientierte Aktivitäten gekennzeichnet. Dem entsprechen auch Umfrageergebnisse, wonach fehlender Pkw-Besitz nur für 14 % ein Hinderungsgrund darstellt. (Tab. 56)

4. Sozio-demographische Rahmenbedingungen für das Ausflugsverhalten

a) Für eine ökonomisch effiziente Planung von Erholungsgebieten ist die Kenntnis der Erholungsaktivitäten nach Art und Umfang von Bedeutung, da je nach Struktur der Erholungsnachfrage im Freien Landschaftsräume mehr oder weniger geeignet sind.

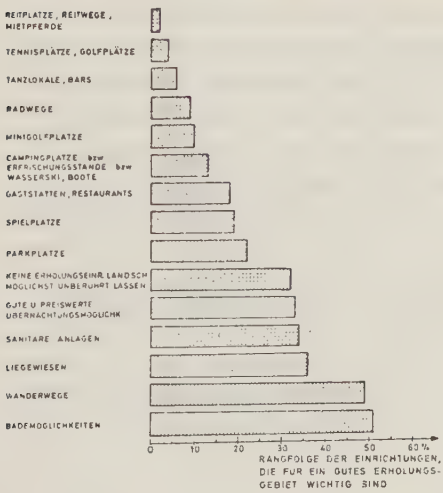
Am häufigsten ausgeführte Tätigkeiten sind Wandern, Spazierengehen (62 %), Baden, Schwimmen (31 %) sowie Autofahren zum Vergnügen (29 %), Gartenarbeit (26 %).

Betrachtet man die Differenz zwischen tatsächlicher Ausübung und künftig gewünschter Teilnahmen an einzelnen Aktivitäten, so zeigt sich bei den drei erstgenannten ein Bedürfnis nach Ausweitung, wogegen Gartenarbeit und Spiele im Freien den meisten in ihrem jetzigen Umfang genügen.

Die größten Diskrepanzen zwischen "Ist" und "Soll" liegt bei Theateraufführungen im Freien (5/19 %), Boxsport (5/13 %) und Besichtigungsfahrten (4/13 %) sowie Reiten (1/6 %) und Skifahren (2/9 %).(Tab. 57)

- Es fällt auf, daß am wenigsten jenen Freizeitbeschäftigungen nachgegangen wird, die spezifische Erholungsanlagen und den Besitz besonderer Ausrüstungen verlangen; der Wochenendausflügler wünscht Erholungseinrichtungen in der Rangfolge:

WELCHE ERHOLUNGSEINRICHTUNGEN WÜNSCHT DER WOCHENENDAUSFLÜGLER?
(Hamburger Untersuchung)



Quelle:
Fischer, K.
Städtebau und Freizeitplanung,
in: der landkreis 8/9, 1969, S. 294

Es überwiegen vor allem wenig kostenintensive Einrichtungen der Grundausstattung (Bademöglichkeiten, Wanderwege, Liegewiesen, sanitäre Anlagen). Wichtigste Vorleistungen scheinen verfügbare Freiflächen in landschaftlich reizvoller Lage zu sein, die mit Einrichtungen der Gastronomie und Gelegenheiten zu wassersportlicher Betätigung durchsetzt sein müssen.

- Bei den meisten Tätigkeiten scheint der rekreativ-regenerative Charakter vorzuherrschen. Aktive Sportler bilden eine kleine Minderheit.

- Die Umschichtungen lassen erkennen, daß künftig mehr Erholungsformen ausgeübt werden, die einen höheren Einsatz an Dienstleistungen, Kapital und spezifische Landschaftsräume beanspruchen. Unter der Voraussetzung ausgelasteter Kapazitäten für Tennis/Golf erfordert z.B. die Befriedigung einer zusätzlichen Nachfrage von 3 % mehr Investitionen als eine 36 %ige Nachfragesteigerung bei Wandern/Spazierengehen. (153)

- Gegenüber den hier vorliegenden Ergebnissen werden in den USA bereits jene Beschäftigungen vermehrt ausgeübt, die spezifische Erholungsgüter, Ausrüstungen und Anlagen verlangen, so daß eine vergleichbare Entwicklung auch für die BRD nicht auszuschließen ist.

b) Besondere Bedeutung haben Wochenendausflüge als Medium der Geselligkeit. Neben etwa 2o % der Bevölkerung, die am Wochenendverkehr nicht teilnehmen (ohne Personen über 65 Jahre) sind nur 4 % der Ausflügler allein, 31 % zu zweit, 21 % zu dritt, 2o % zu viert, 9 % fünf Personen und mehr. (154)

c) Die Wohnverhältnisse scheinen für die Motivation zu Wochenendfahrten von geringer Bedeutung, nur 8 % gaben als Grund an:
"Weil die Wohnung zu klein ist oder die Wohngegend nicht gefällt".

Auch der Mangel an Erholungseinrichtungen im Stadtgebiet ist von geringer Bedeutung. Würden generell die Hamburger Erholungsgebiete als qualitativ und quantitativ unzureichend für Erholung im Freien einschätzen, so wäre das Umland allein Erholungsergänzungsgebiet. Es zeigt sich jedoch, daß Wochenendfahrten in das Umland nicht substitutiven sondern komplementären Charakter zur Erholung im Stadtgebiet haben. Keine oder geringe Teilnahme am Wochenendverkehr sowie seltener Besuch Hamburger Erholungsgebiete sind vorwiegend auf gruppenspezifische Faktoren zurückzuführen (siehe e).

- Bei der Gruppe von 8 %, die unzulängliche Wohnverhältnisse als Grund angaben, ließ sich kein Zusammenhang mit dem Vorhandensein bestimmter wohnungsnaher Erholungsmöglichkeiten nachweisen. Den stärksten positiven Einfluß auf die Nichtteilnahme am Wochenendverkehr hat der Hausgarten, ebenso die Eigentumsverhältnisse. Die Bewohner eigener Wohnungen und Häuser (51 %) bleiben häufiger als Mieter und Untermieter (42 %) am Wochenende zu Hause. Nur 7 % gaben an, daß sie bei besserer Wohnung weniger Wochenendausflüge machen würden . (155)

- Die geringere Teilnahme der Arbeiter am Wochenendverkehr könnte somit auch teilweise in einer intensiveren Nutzung und höheren Bewertung des eigenen Gartens als privatem Erholungsgebiet begründet sein. (Siehe Pkt. 2.2.2.)

d) - Albrecht (156) faßt die Motivationen für Wochenendfahrten (Tab. 58) in zwei Gruppen zusammen:

(1) Flucht vor dem Großstadtklima, "Urbanisierungstrauma":
Motive: "Aus der Stadt herauskommen, Sport treiben, Baden, zu wenige Erholungseinrichtungen in Hamburg.

(2) Geselligkeit, Abwechslung, Ungebundenheit:
Der Grund "wieder einmal aus der Stadt herauszukommen kann auch dieser Gruppe zugeordnet werden.

Allgemein scheint der Wunsch nach Ruhe und Entspannung zu überwiegen:

44 % bevorzugen einen möglichst ruhigen, einsamen Ort,
42 % ruhig aber nicht einsam,
nur 1o % wählen einen Ort, wo man viele Menschen sehen und treffen kann. (157)

e) - Die Teilnahme am Wochenendverkehr ist wie die meisten anderen Freizeitbetätigungen von soziostrukturellen Rahmenbedingungen beeinflußt: (Tab. 59)

Die Wochenendverkehrsnachfrage steigt zunächst mit zunehmendem Einkommen, ist bei der Einkommensgruppe zwischen 12oo - 15oo DM am höchsten und nimmt in den beiden oberen Einkommensklassen wieder ab. Albrecht interpretiert diese Beobachtung einer relativ geringen Teilnahme der oberen Einkommensklassen durch die Korrelation zwischen Alter und Einkommen, da das zunehmende Alter eine geringere Fahrintensität bewirke sowie durch höhren Wohnkomfort.(158) Eher dürfte jedoch der Zeitfaktor eine Rolle spielen (siehe Tab. 59). Von den Berufsgruppen fahren relativ am meisten die leitenden Angestellten, Beamte sowie Schüler und Studenten an Wochenenden hinaus, gefolgt von Facharbeitern, Selbständigen und freien Berufen sowie Arbeitern und Hausfrauen.

Die besonderen Benachteiligungen der Dienstleistungsberufe durch Arbeitszeiten und Arbeitszeitverteilungen und damit einer geringeren disponiblen Zeitmenge spiegeln sich auch in einer geringeren Teilnahme am Wochenendverkehr wieder.

Auch zwischen dem Anteil der in geschlossenen Räumen Arbeitenden und Wochenendfahrten läßt sich ein positiver Zusammenhang feststellen.

Die bereits konstatierte größere Vielfalt bei Freizeittätigkeiten bei höherer Schulbildung zeigt sich auch bei der Häufigkeit von Wochenendausflügen. Der geringere Anteil der Wochenendfahrer bei der Gruppe mit Hochschulabschluß dürfte

nicht einer größeren "Bedarfsdifferenzierung" (Albrecht) hinsichtlich alternativer Freizeitbeschäftigungen geschuldet sein, sondern eher dem geringeren Zeitbudget.

Die Teilnahme am Wochenendverkehr nimmt besonders in der Altersgruppe über 5o Jahre stark ab.

Eine bundesweite Erhebung 1971 bei 22.ooo Gemeinden der BRD ergab eine wesentlich stärkere Differenzierung bei der Ausflugsintensität nach Berufsgruppen. Hiernach sind besonders die Arbeiter stark unterrepräsentiert. Bei der Gruppe derer, die mit Pkw fahren, ergab sich eine noch stärkere Altersdifferenzierung. (159)

5. Prognosen für die Naherholung

Czinki (16o) prognostiziert auch bei einem relativ geringen Freizeitzuwachs durch Arbeitszeitverkürzung größere Auswirkungen für Naherholungsaktivitäten,

- weil der Hauptfreizeitgewinn einem Personenkreis zugute kommt, der bisher einen bremsenden Faktor in der Freizeitnutzung darstellte, den berufstätigen Familienvätern;
- weil die Steigerung der Mobilität voraussichtlich größer sein wird als Steigerung des Freizeitzuwachses.

Insbesondere eine Arbeitszeitverkürzung von 1 - 2 Stunden am Freitag könnte zu einer Vorverlegung von Arbeiten führen, die gegenwärtig noch am Samstagvormittag erledigt werden und zusammen mit einer 5-Tage-Schulwoche zu einer starken Ausweitung der 2-tägigen Ausflugsreisen führen. Sombart betont insbesondere die rasche Ausweitung der Feierabend-Erholungsregion auf einen Radius von 35o km (!), den der Wochenendregion auf 9oo km. Damit würden heutige Wochenendgebiete zur Feierabendregion, heutige Urlaubsgebiete zur Wochenendregion. (161)

Maier (162) veranschlagt bis ca. 199o an Werktagen (Feierabendfreizeit) einen Zuwachs im Naherholungsverkehr von 15O %, an

Wochenenden dagegen nur von 75 %. Als Determinanten werden angesehen

- zukünftige Freizeitpräferenzen der einzelnen Sozialgruppen
- Motorisierungsgrad
- "Gleichzeitigerholungssuchende".

Den methodisch differenziertesten Ansatz für Prognosen in der Naherholungsplanung liefert Ganser (162) Es werden dabei u.a. folgende Anforderungen an Prognosen gestellt:

- es dürfen nicht nur zurückliegende Entwicklungstendenzen unter status-quo-Annahmen fortgeschrieben werden, sondern sie bedürfen einer Ergänzung durch zielorientierte Prognosen.
- Prognosen müssen möglichst weitgehend regional und sozial differenziert werden, um Auswirkungen auf Regionen und Bevölkerungsgruppen deutlich zu machen.
- In den Variablen der Prognosen sollen die Instrumente abgebildet sein, die für eine Steuerung der zukünftigen Entwicklung geeignet erscheinen.

Mangels regional und sozial differenzierter Daten über Merkmale und Verhaltensweisen wird eine Quantifizierung der Aussagen skeptisch beurteilt. Stattdessen schlägt Ganser eine Struktur von Modellrechnungen vor, die aus Teilmodellen bestehen, die teilweise nicht quantifizierbar sind und mit fiktiven Daten aufgefüllt werden sollen. Der Vorteil von Modellrechnungen wird vor allem darin gesehen, daß sie komplexe Zusammenhänge abbilden können und eine weitgehende regionale und soziale Differenzierung erlauben.

2.2.6. Urlaubserholung

1. Urlaubsfunktionen

Die längerdauernde Freistellung von der Notwendigkeit zu arbeiten, von den wesentlich durch die Arbeitszeit bestimmten Gewohnheiten bietet dem Arbeitenden scheinbar die Möglichkeit zur weitergehenden Entspannung und Erholung und dazu, alles zu tun, was ihm während des Arbeitsjahres zu tun versagt bleibt. Dennoch ist mit der Freistellung von der Arbeit für 3 - 4 Wochen keineswegs eine Aufhebung fremdbestimmter Arbeit und ihrer Folgen für die soziale Situation erreicht. Die völlige Loslösung von der betrieblichen Arbeit ist für den Arbeiter im Urlaub in dieser Form ohnehin nicht möglich: Arbeitsmediziner haben festgestellt, daß die Umstellung des jahrelang eingeübten Lebensrythmus von fast täglicher Arbeit auf plötzliches Nichtstun oder völlig andere Belastungen und Zeiteinteilungen für den Körper große Schwierigkeiten mit sich bringt und auch zeitlich einen bedeutenden Teil des durchschnittlichen Urlaubs einnimmt. Nach Befunden von Hittmaier, der zur Erkennung des Erholungsgrades und der Urlaubsreife verschiedene Kreislauffunktionsgrößen heranzieht, erfordert die Wiederherstellung der "Normotonie" ein längeres dauerndes Ausspannen. Danach tritt am 3.Urlaubstag eine erhöhte Labilität auf (Umstellungsbeschwerden) und um den Beginn der 3. Urlaubswoche,"erst danach stellt sich im allgemeinen eine vagusbetonte Normotonie der vegetativen Funktionen ein, die ein halbes Jahr und länger anhalten kann. Aus diesen Befunden muß man ableiten, daß ein sinnvoller Urlaub mindestens 3 Wochen besser sogar 4 Wochen dauern muß und daß der zustehende Urlaub ungeteilt gegeben und genommen werden muß." (163) Der zu beobachtende Trend zu mehreren Kurzurlauben muß vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Daß der Urlaub auch heute noch vor allem der Rekreation und Wiederherstellung im Arbeitsleben verbrauchter Kräfte dient, zeigen die Umfrageergebnisse.

Auf die Frage, was ihnen am Urlaub am allerwichtigsten sei, antworteten (in %):

56 Ruhe und Erholung
19 Schöne Landschaft
18 neue Eindrücke
17 Abwechslung und Leben
4 Verwandte besuchen
3 Sport und Spiel
7 nichts bestimmtes (164).

Obwohl somit der Jahresurlaub eine zentrale Rolle im "Erholungshaushalt" spielt, sind die Chancen,ihn optimal dafür zu nutzen, ungleich verteilt, gerade diejenigen Gruppen erscheinen benachteiligt, die ihn besonders benötigen (siehe auch 1.3.).

2. Sozial-strukturelle Variable des Urlaubsverhaltens

Im folgenden sollen solche Gruppen ermittelt werden, die in Bezug auf die notwendige Rekreationsfunktion benachteiligt sind. Kenntnis der Zusammenhänge ermöglicht dann entsprechende Veränderungsstrategien (in Form von Freizeitverteilungen, Kostenfaktor der Angebote, Informationen und Empfehlungen zur Urlaubsgestaltung etc.). Obwohl eine Urlaubsreise nicht allein die rekreative Funktion der Urlaubszeit sichert, scheint sie doch ein wichtiger Indikator zu sein.

Eine Rahmengröße für berufsgruppenspezifische Ausdehnung der Erholungszeit und möglicher Urlaubsreise wurde in Teil 1 durch Analyse der Urlaubszeiten dargelegt. Daneben finden sich erhebliche Unterschiede in den Berufsgruppen, die zum Teil durch Einkommensunterschiede zum Teil durch Sachzwänge des Arbeitsablaufes (Landwirte) bestimmt sind. 1975 unternahmen 55,9 % der gesamten Bevölkerung über 14 Jahre eine Urlaubsreise. Nach einer Allensbach-Umfrage verteilt sich die Reiseintensität auf die Berufsgruppen (1973):

Landwirte	18 %
angelernte Arbeiter	41 %
Facharbeiter	53 %
Selbständige Freie Berufe	56 %
andere Angestellte Beamte	64 %
Leitende Beamte Angestellte	72 % (165).

Die Reiseintensität der einzelnen Berufsgruppen zeigt, daß einerseits mit steigendem Qualifikationsniveau die Reiseintensität steigt, von angelernten Arbeitern (41 %) bis zu leitenden Beamten und Angestellten (72 %), andererseits haben Selbständige aufgrund des Fehlens von tariflich geregeltem Urlaub (Selbständige Geschäftsleute, freie Berufe, Landwirte) trotz ihres zum Teil hohen Qualifikationsniveaus (freie akademische Berufe) eine relativ niedrige Reiseintensität aufzuweisen.

Ein Vergleich von Gruppen mit zum Teil gleichem Haushaltseinkommen und tariflich geregeltem Urlaub (Facharbeiter, sonstige Angestellte) läßt vermuten, daß die verschiedenen Gruppen eine unterschiedliche Präferenzstruktur haben und eine Urlaubsreise in der Prestigeskala der Arbeiter einen niedrigeren Rang einnimmt als in der der Angestellten (166). Ebenso scheinen jedoch zumindest bei einem Teil der Arbeiter materielle Hinderungsgründe vorherrschend zu sein (siehe 1.3.).

Auch hinsichtlich der Regelmäßigkeit der Urlaubsreisen sind Arbeiter unterrepräsentiert. Nach Quellen von Osterland et.al. ist die Gruppe der Nicht-Reisenden im Zeitablauf relativ konstant. 9o % waren auch in den drei vorangegangenen Jahren nicht verreist. Da die Arbeiter insgesamt unterproportional am Reiseverkehr beteiligt sind, während der Anteil der Angestellten relativ zu ihrem Bevölkerungsanteil sehr hoch ist, kann man annehmen, daß für Angestellte (und ebenso Beamte) die jährliche Urlaubsreise schon eine Selbstverständlichkeit zu werden beginnt, während sie besonders für un- und angelernte Arbeiter eher noch die Ausnahme ist. (167)

Besonders signifikant sind die Unterschiede beim Bildungsniveau. Es unternahmen eine Urlaubsreise (in % für 1973):

7o % mit höherer Schulbildung
48 % mit Volksschulbildung.

Hierin drückt sich u.U. die bereits konstatierte höhere Mobilität und Aktivitätsvielfalt der Gruppe mit höherer Bildung aus. Ebenso fahren Bewohner der Großstädte wesentlich häufiger in Urlaub als Bewohner von Kleinstädten und Dörfern (in %,für 1973):

Dörfer	39 %
Kleinstädte	47 %
Mittelstädte	59 %
Großstädte	66 %

Bei der Beurteilung der Reiseintensität nach der Beeinflussung durch demographische Merkmalen rangiert die Wohnortgröße an der Spitze. Es erscheint zu vordergründig, diese hohe Reiseintensität der Städter durch höhere Mobilität und Fungibilität zu erklären. Bei der Angabe von Reisemotiven wurde deutlich, daß Erholungssuche, "Flucht aus dem Alltag" und die Unwirtlichkeit der Städte als eigentlicher Antrieb angesehen werden. Dabei wird der Urlaubsreise individuell ein höherer Nutzen zugeschrieben. Koch (168) ermittelte, daß bei konstanter Reiseintensität mit zunehmender Ortsgröße die Bedeutung des Haushaltseinkommens abgeschwächt wird - oder anders ausgedrückt: bei gleichem Einkommen verreisen Bewohner größerer Orte weit eher als die Bewohner kleiner Städte.

Die bereits bei vielen Freizeitaktivitäten festgestellte größere Aktivität und Mobilität der jüngeren Jahrgänge findet sich auch bei der Verteilung der Altersgruppen der Urlaubsfahrer (in %, 1973)

16 - 29 Jahre	61 %
3o - 44 "	6o %
45 - 59 "	52 %
6o Jahre u.älter	4o %

Die größte Reiseintensität findet sich bis ca. 45 Jahre. In den restlichen Gruppen nimmt die Reiseintensität mit zunehmendem Alter, d.h. auch zunehmender Integration und Beanspruchung von Beruf und Familie ab. In den älteren Jahrgängen wird Reiseintensität hauptsächlich durch zwei Faktoren bestimmt: Durch das Ausscheiden aus dem Beruf, das zwar mehr Zeit, aber auch weit weniger frei verfügbares Einkommen mit sich bringt und zum anderen durch die größere Häufigkeit von Krankheiten. Dazu kommt die Abnahme der Mobilität mit zunehmendem Alter als Folge körperlicher und geistiger Abbauerscheinungen.

In jüngster Zeit wird versucht, durch "Langzeiturlaube", spezielle Seniorenangebote u.ä. besonders die letzte Gruppe mehr zu Urlaubsreisen zu veranlassen. Die Grenzen dürften durch die enge Korrelation von Einkommen und Häufigkeit der Urlaubsreisen begrenzt sein. Die niedrigste Einkommensgruppe wird überwiegend von den Rentnern gestellt:

	Einkommensgruppen (in %)						
	1	2	3	4	5	6 (höchste)	
fahren nie in Urlaub	57	4o	26	18	2o	13	
fahren jedes Jahr in Urlaub	25	24	36	46	53	67	(169)

Fast die Hälfte derer, die zu Hause bleiben, geben an, "daß das Geld nicht für die Reise genügte bzw. für andere Dinge benötigt werde".(17o) Dabei spielte auch die Deckung des Nachholbedarfes an Gütern des gehobenen Konsums in unteren Einkommensschichten eine Rolle. Dies wird auch durch eine frühere Allensbach-Untersuchung bestätigt, wonach es für 23 % der befragten Arbeiter gegenüber 14 % der Angestellten eine Oberlegung wert gewesen wäre, sich ihren Urlaub auszahlen zu lassen, wenn es möglich gewesen wäre. (171) Indes können bei Arbeitern auch schichtspezifische Einstellungen bestehen, nach denen eine Urlaubsreise als traditionelle Verhaltensweise der "besseren" Leute erscheint.

Eine starke Korrelation besteht auch zwischen Haushaltsgröße und Urlaubsreise:

	Reiseintensität (in %)
1 Person	38
2 Personen	42
3 "	48
4 "	45
5 "	35
6 "	29
7 "	27

Auffallend ist hier, daß Ein- und Zweipersonenhaushalte eine relativ geringe Reiseintensität aufweisen, obwohl man annehmen kann, daß für diese Gruppen eine Urlaubsreise am ehesten finanziell realisierbar ist; bei den Ein-Personenhaushalten dürfte der Grund in der hohen Zahl der Rentnerhaushalte liegen, bei Zwei-Personenhaushalten kann angenommen werden, daß diese hauptsächlich aus alten bzw. jung verheirateten Paaren bestehen, die einmal aus Altersgründen unmobil geworden sind und zum anderen eine zunächst auf Akkumulation von langlebigen Konsumgütern angelegte Präferenzstruktur aufweisen. Daß nach dem Drei-Personenhaushalt die Reiseintensität wieder abnimmt, läßt sich daher erklären, daß mit zunehmender Familiengröße das pro-Kopf zur Verfügung stehende Geld abnimmt und daß in der Sozailstruktur der BRD größere Familien eher den einkommensschwachen Schichten zuzurechnen sind. Hieran zeigt sich,ein besonderer Nachholbedarf an Urlaubfreizeitangebote für die größere, relativ einkommensschwache Familie.

3. Der Urlaubsort

Für die Planung von Freizeiteinrichtungen bilden die Urlauber, die ihren Urlaub in der BRD verbringen neben den ausländischen Touristen und der einheimischen Bevölkerung am Urlaubsort eine wichtige Gruppe hinsichtlich der Anforderungen an Hotel-Gaststättengewerbe, Grundausstattung und spezielle Angebote für Urlaubsbeschäftigungen.

1975 reisten 54,2 % der Urlauber in das Ausland, 43,2 % in die BRD, 2,3 % in die DDR. Besonders interessant ist auch hier die Altersverteilung, da die jüngeren Jahrgänge, die durch größere Aktivitätsvielfalt, insbesondere im sportlichen Bereich spezielle Angebote benötigen, überwiegend ins Ausland reisen, während mit zunehmendem Alter der Urlaub häufiger in der BRD verbracht wird.

(Frage nach Urlaubsort 1973, Mehrfachnennung möglich, in %):

Altersgruppen	BRD	Ausland
16 - 29 Jahre	32	71
3o - 44 "	37	62
45 - 59 "	49	53
6o Jahre u. älter	59	39

(172)

Ebenso wird die Tendenz zur Auslandsreisen mit steigender Bildung, höherem Einkommen und steigender Wohnortgröße stärker.

4. Das Verhalten der Urlaubsreisenden

Auch bei der gewählten Unterkunftsart setzt sich der Prozeß sozialer Differenzierung fort. Je höher das Einkommen, desto häufiger wird in Hotels/Gaststätten übernachtet, je niedriger desto häufiger in Privatzimmern. Noch deutlicher ist diese Korrelation bei der Unterkunft Bekannte/Verwandte zu erkennen, bei der der Anteilswert von 8 % bei der höchsten Einkommensgruppe,auf 22 % bei der niedrigsten ansteigt.
Die besonders auf einkommenschwache Familien attraktive Form des "Urlaubs auf dem Bauernhof" ist bislang mit 1,1 % der Urlaubsreisenden noch nahezu unbedeutend. Dies ist umso erstaunlicher, als nach einer Umfrage 5o % der Deutschen sich an einem Bauernhofurlaub interessiert zeigten, ein Drittel sogar sehr interessiert. (173)

Das größte Interesse für einen Urlaub auf dem Bauernhof wird in Ballungsgebieten geäußert. Auch von den Urlaubern auf dem Bauernhof werden die traditionellen Urlaubsgebiete (Alpen/Voralpen; Bayrischer Wald, Schwarzwald, Südbayern, Lüneburger Heide) bevorzugt. (174)

Der weitaus überwiegende Teil der Gemeinden, die diese Form des Urlaubs anbieten, stellen jeweils nur sehr geringe Bettenkapazitäten. Dieses hohe Maß an Streuung sollte auch in Zukunft beibehalten werden, um Konzentrationen in einzelnen Gemeinden zu verhindern, die die Attraktivität (Naturlandschaft, Ruhe, ländliches Leben) dieser Urlaubsform zerstören würden.

Bevorzugt werden im allgemeinen Bauernhöfe, die in einem Ort oder in dessen Nähe liegen. 35 % der Befragten würden allerdings einen Einödhof vorziehen, besonders die Altersgruppen von 3o - 49 Jahren. Ferien auf dem Bauernhof werden vornehmlich von den jüngeren Haushalten als familiengerecht angesehen. (175)

Am meisten geschätzt wird der Urlaub auf dem Bauernhof von der unteren Mittelschicht (Einkommen 8oo - 12oo DM), am wenigsten von den untersten Einkommensgruppen, auch mit steigendem Einkommen verliert er an Anziehungskraft. (176)

Die Aktivitäten am Urlaubsort zeigen ein ähnliches Bild wie diejenigen, die bei Wochenendausflügen ausgeübt werden, allerdings spielt der Aspekt von Geselligkeit eine noch größere Bedeutung. Im Durchschnitt sind der Rangfolge nach die wichtigsten Aktivitäten (Tab. 61)

1) Schwimmen
2) Ausflüge
3) kurze Spaziergänge
4) Gespräche mit anderen
5) längere Spaziergänge
6) Sehenswürdigkeiten
7) Besuch von Gaststätten
8) Strand liegen /sonnen
9) Einkaufsbummel.

Die Reiseanalyse 1974 des Studienkrieses für Tourismus weist als häufigst genannte Urlaubsaktivität (79,4 %) " Gespräche mit anderen" auf, gefolgt von kurzen Spaziergängen (77,6 %) und Ausflügen (77,1 %). (177)

Aktive und kommunikative Tätigkeiten dominieren hier im Gegensatz zur Tagesfreizeit. Die sportlichen Tätigkeiten nehmen mit höherem Alter stark ab, kürzere Spaziergänge dafür zu: Diese Aktivitätsabnahme zugunsten beschaulicher Beschäftigungen mit höherem Alter zeigt auch den Grad der Nutzung verschiedener öffentlicher Einrichtungen durch Urlaubsreisende. (Tab. 6o/61) Bestimmte Anlagen haben einen "jugendlichen" (Freibäder, Minigolf), andere einen "älteren Charakter" (Kuranlagen, Lesesäale). Hier stellt sich bei einer spezifischen Angebotsgestaltung die Möglichkeit einer Trennung bzw. Integration sozialer Gruppen durch Einrichtungen, sofern sich diese nicht etwa aus Lärmgründen ausschließen.

Die gewünschten Aktivitäten der Urlauber entsprechen ihrer Tendenz und Struktur nach den tatsächlich ausgeübten Verhalten. (178)

5. Urlaubsverhalten der Nicht-Reisenden

Ebenso wie die Hälfte der Urlaubsreisenden, die ihren Urlaub in der BRD verbringen, stellt die restliche Hälfte eine Gruppe dar, die hinsichtlich ihrer Struktur und Anforderungen an die Freizeitinfrastruktur untersucht werden soll. Sofern nicht Veränderungen von Rahmenbedingungen der Arbeit (Landwirte), der städtischen Umwelt und spezifischer Angebote für Alte die Chancen, eine Urlaubsreise unternehmen zu können, verbessern, muß besondere Aufmerksamkeit derjenigen Gruppe gewidmet werden, die (relativ häufiger weniger gebildet, mit geringerem Einkommen, älteren Jahrgangs, eher Arbeiter und Landwirte, eher in Dörfern und Kleinstädten, häufiger mit 2 und mehr Kindern) ihren Urlaub nicht zu einer Reise nutzen können.

68 % der Nicht-Reisenden gaben dem fehlenden oder ungeeigneten Angebot die Schuld. Inwieweit hierbei der Aspekt des "billigen" Angebots im Vordergrund stand oder eines auf die speziellen Bedürfnisse (kinderreiche Familien, Alte) zugeschnittenen, läßt sich nicht erschließen.

Das Verhalten der Nicht-Reisenden an ihrem Heimatort ist nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß sie inmobil sind, sondern zusätzlich durch fehlende Freizeitangebote der Wohngemeinde. Hier besteht z.B. die Gelegenheit spezifische Angebote für "Daheimgebliebene" und deren Kinder, wie sie teilweise mit der Kinderbetreuung in manchen Großstädten bereits durchgeführt wird.

Bei den Urlaubsaktivitäten der Nicht-Reisenden verweist die hohe Zahl der Nennungen "zuhause Arbeiten erledigt" (42 %) auf die Einkommenssituation, die das Ausüben eines Hobbys (13 %) klar getrennt erscheinen läßt von notwendigen Reparaturen etc. Es wäre interessant, den Anteil derjenigen zu kennen, die den Urlaub direkt zum Nebenverdienst, Schwarzarbeit etc. verwenden. Die übrigen Aktivitäten mit Erholungscharakter werden nur halb so häufig genannt wie von der Gruppe, die eine Urlaubsreise unternahm. Geht man davon aus, daß die Nicht-Reisenden aufgrund ihrer sozial-strukturellen Zusammensetzung häufiger körperliche Arbeiten ausführen, eine geringere Aktivitätsvielfalt in der Tagesfreizeit entwickeln und seltener Wochenendausflüge unternehmen, so zeigt sich hier die Tendenz einer kumulativen Depravierung an Freizeitchancen und Erholung.

2.3. SPORT UND SPIEL

Bei der Untersuchung des Interesses am Sport und der Freizeitrelevanz entsprechender Tätigkeiten fällt vorab auf, daß die Gruppe der Bevölkerung, die aktiv Sport betreibt, weit geringer ist als diejenige, die in passiver Weise am sportlichen Geschehen teilnimmt und daß sportliche Aktivität mit zunehmendem Alter rasch abfällt.

1. Funktionen der Sportausübung

Von medizinischer Seite wird sportliche Betätigung in der Freizeit unter Aspekten der Gesunderhaltung, des Ausgleichs einseitiger Beanspruchungen im Arbeitsleben und von Zivilisationsschäden und der Volksgesundheit allgemein betrachtet. Aufgrund langjähriger Beobachtungen und experimenteller Untersuchungen können heute gesicherte Unterlagen über die Bedeutung sportlicher Betätigung für die Leistungsbreite des Organismus vorgelegt werden. Ebenso kann der Nachweis erbracht werden, wie Bewegungsverlust zu einer Leistungsminderung und zu einer Fehlsteuerung des vegetativen Nervensystems führt, so daß die Bereitschaft für die Entstehung bestimmter Organerkrankungen gegeben ist. (179)

Rendell/Roskam weisen besonders auf den engen Zusammenhang von Bewegungsarmut und erhöhten Störungen der Kreislaufregulation hin. Da Herz/Kreislauferkrankungen an der Spitze der Zivilisationskrankheiten und der Todesursachen stehen, kommt diesen Feststellungen besondere Bedeutung zu. Sportausübung bewirkt vor allem eine Größenzunahme und Veränderung der Funktionsweise des Herzens (Sportherz). Der trainierte Kreislauf zeigt dabei nicht nur in Ruhe, sondern auch während der Belastung ein günstigeres Verhalten. Bei älteren Menschen findet man bei vergleichender Betrachtung von Untrainierten und Sporttreibenden, daß die sportlich noch Aktiven eine geringere Pulsfrequenz und Blutdruck aufweisen und daß die Minderung der Elastizität der Hauptschlagader und der großen Gefäße weniger stark fortgeschritten ist. (180) Ist somit der Einfluß sportlicher Betätigung auf Leistungsbreite und Arbeitsweise des Herzens sichergestellt, so kann nachgewiesen werden, daß Bewegungsarmut zu einer Einschränkung der Leistungsfähigkeit

und Verschlechterung der Ökonomie des Kreislaufs führt. Diese negativen Auswirkungen auf Herz und Kreislauf sind heute schon bei Menschen im dritten Lebensjahrzehnt nachweisbar. Zusätzlich führt Bewegungsarmut zu einer gestörten Erregbarkeit des vegetativen Nervensystems. Die regelmäßige sportliche Bewegung bewirkt eine physiologische Ermüdung und dadurch eine Entspannung und Beruhigung des vegetativen Systems, das sonst durch ein Übermaß an akustischen und optischen Reizen einer chronischen Überreizung und Übermüdung ausgesetzt ist. Darüberhinaus erhöht sportliche Aktivität die Lebenserwartung, indem u.a. die Entwicklung der Arteriosklerose gehemmt wird. Untersuchungen in Finnland ergaben, daß die durchschnittliche Lebenserwartung der bis ins hohe Alter sporttreibenden Männer 7 Jahre länger ist als die der körperlich Untätigen. Amerikanische Forscher fanden eine niedrige Sterblichkeit an Herzinfarkten bei Menschen, die sich körperlich am stärksten belasteten, die höchste Mortalitätsrate fanden sie bei Friseuren und Büroangestellten, die niedrigste bei Schwerarbeitern in der Industrie und bei Landarbeitern. Rendell/Roskam sehen die Änderung der "inneren Einstellungen" als Voraussetzung dafür an, die Lebensweise zu ändern. Lüschen (181) untersuchte die sozialen Funktionen des Sports und fand eine enge Beziehung zur Leistungsorientierung sowie als Hauptfunktion des Sports die Aufrechterhaltung allgemeiner Normen und Integration in das soziale System. Zitiert werden auch Untersuchungen, die sich mit verschiedenen Typen von Spielen und ihrem Verhältnis zu grundlegenden Orientierungen im Sozialisationsprozeß befassen. Mannschaftsspiele als "strategische Spiele" finden sich oft in Gesellschaften, wo Wert auf Disziplin gelegt wird. Der Einzelsport ist hauptsächlich dem Spielen zuzuordnen, die körperliche Geschicklichkeit verlangen und steht mit kultureller Leistungsorientierung im engen Zusammenhang. Lüschen weist darauf hin, daß der obere Mittelstand als am stärksten leistungsorientierte Gruppe auch die höchste Beteiligung am Sport aufweist, in den Unterschichten, deren Wertorientierung mehr auf routinemäßige Verantwortung ausgelegt ist, besitzen Sportarten, wo zuweilen ein Glückstreffer möglich ist, wie Glücksspiele und Boxen,Fußball etc. größere Popularität. Diese Präferenz korrespondiert mit der dort verbreiteten Vorstel-

lung, daß sich kein höherer Status erreichen läßt. Die verschiedenen Typen von Spielen und die aktive und passive Beteiligung am Sport läßt sich auch auf verschiedene Arten sozialer Anpassung beziehen. Studien zur Sozialisation zeigen, daß Kinder, die dem Wettkampf-Sport ausgesetzt werden, stärkere Leistungsorientierung zeigen; je früher dies geschieht, desto stärker entwickelt sich die Leistungsmotivation. Piaget fand, daß das Kind nicht nur zur Obernahme von Regeln sozialisiert werde, sondern später auch Einblick in die zugrunde liegende Struktur und Funktion der Spielregeln gewinnt und damit auch Einblick in Struktur und Funktion sozialer Normen und Werte. (182)

Neben dem Wert der Leistung soll sportliches Engagement auch Werte des fair-play und andere Orientierungen des sich-Einfügens fördern.

Vor allem gehört zum Sport auch die Möglichkeit, soziale Kontakte zu knüpfen, Freunde zu gewinnen und die Freude am Leben zu steigern.

Im Rahmen der Sozialisation kommt dem Spiel als Medium sozialen Lernens von Kindern und Erwachsenen gleichermaßen hohe Bedeutung zu. Durch die Formen des Spiels und durch die Vielfalt der Möglichkeiten und Anregungen zu kreativer Betätigung wird gleichzeitig die Variabilität, Aktivität und Kreativität des Freizeitverhaltens der kommenden Generation mitgeprägt.

Für die Beurteilung der empirischen Befunde aktiver Sportausübung mag ein Satz von P. de Coubertin stehen: "Ein Land ist dann wirklich sportlich, wenn der Sport für die Mehrzahl seiner Bewohner ein persönliches Bedürfnis ist".

2. Sozial-strukturelle Variable als Rahmenbedingung für Sport und Spiel als Freizeitbetätigung.

Von dem aktiven bzw. passiven Interesse an Sport und Spiel gesondert wurde bereits die Rolle des Sports für die Freizeit als Kristallisationskern eines regen Vereinslebens dargestellt. Um praxisrelevante Ansatzpunkte für eine Verbesserung von Rahmenbedingungen bzw. speziellen Angeboten für sportliches Engagement zu finden, die den Bedürfnissen einzelner Gruppen entsprechen, werden im folgenden empirische Befunde sportlichen Interesses ausgewertet.

Bei der Beschreibung der Bedeutung des Sports in der Freizeit wird zweckmäßigerweise zwischen allgemeinem unspezifischem Sportinteresse, dem Besuch von Sportveranstaltungen und der tatsächlichen Ausübung von Sport unterschieden. Untersuchungen des DIVO-Instituts von 196o, 1965, 1969 zeigen, daß seit 196o das Interesse an allen Sportarten bei Arbeitern wie Angestellten größer geworden ist, was vielleicht mit der Ausbreitung des Fernsehens und damit verbesserter Möglichkeiten, Sporterlebnisse mitzuerleben, zusammenhängt. (183)
Auch das Sportinteresse ist altersabhängig. Bezüglich des Sportinteresses und der Ausübung weisen Facharbeiter nach Studien des DIVO-Instituts bei Fußball, Handball und Autosport höhere Prozentsätze auf als Angestellte, letztere dominieren beim Schwimmen, Wintersport und Tennis. "Sonstige Arbeiter" zeigen meist ein geringeres Interesse und geringere Teilnahme als die beiden anderen Gruppen. (Tab. 62) Die Studie TIME '74 (184) weist gegenüber den DIVO-Erhebungen wesentlich höhere durchschnittliche Beteiligungsquoten an den vorgegebenen Sportarten auf: 49 % der Befragten nennen Schwimmen, 32 % Radfahren, 24 % Federball, 17 % Kegeln/Bowling, 16 % Gymnastik und 14 % Tischtennis als betriebene Sportarten.

Sportarten wie Kegeln/Bowling, Tischtennis werden häufiger von Männern betrieben; Federball, Gymnastik und Radfahren dagegen häufiger von Frauen. Fußball wird als einzige der vorgegebenen Sportarten allein von Männern betrieben. (Tab. 63)

Mit Ausnahme von Wandern, das hier nicht als Sportart betrachtet wird, werden alle anderen Sportarten mit abnehmendem Alter wesentlich seltener betrieben. Die mit Abstand von der Jugend und mittleren Jahrgängen am häufigsten betriebene Sportart ist Schwimmen.(Tab. 64) Die Beteiligung an der "Trimm-Aktion" ist mit 7 % der Befragten sehr gering, am häufigsten beteiligt sich auch hier die Gruppe der 14 - 19 Jährigen. Eine EMNID-Umfrage 1975 erbrachte eine Teilnahme von 11 %,-62 % zeigten kein Interesse, 23 % waren noch unentschlossen. Dabei nehmen jedoch nur Männer und Frauen teil, die ohnehin bereits Sport treiben: 32 % derer, die der Trimm-Aktion folgen, sind bereits aktive Mitglieder in Turn- und Sportvereinen, weitere 56 % betreiben bereits regelmäßig oder gelegentlich zu Hause Sport. Nur 19 % haben sich vor der Kampagne noch nicht an Fitness-Übungen beteiligt. (185) Die Untersuchung ergab auch, daß von den 45 Sportarten, die es nach offiziellen Unterlagen des Deutschen Sportbundes gibt, nur drei einen aktiven Anhang haben. Die Beteiligungsquote zeigt gegenüber den anderen Untersuchungen die niedrigsten Werte. Der EMNID-Untersuchung zufolge treiben 16 % der Bundesbürger Schwimmen, 11 % Gymnastik, 6 % Fußball als Sport.

Die Untersuchung hebt hervor, daß Schwimmen am ehesten zum Volkssport werden könnte, da ca. 5o % der Bundesbürger zumindest gelegentlich schwimmen geht. Als Hinderungsgrund wird vor allem die zu geringe Dichte an Hallen- und Freibädern angegeben. Innerhalb von 15 Minuten können nur 21 % der Befragten ein Freibad und 17 % ein Hallenbad erreichen. 27 % müßten länger als eine halbe Stunde unterwegs sein, 25 % müßten in einen anderen Ort. (186)

Die EMNID-SVR-Studie (187) zeigt deutlich den Zusammenhang zwischen sportlichen Aktivitäten, Bildung und Einkommen. Die Berufsstruktur ist jeweils für einzelne Sportarten verschieden, dagegen überwiegen in nahezu allen Sportarten die Befragten mit Abitur bzw. Hochschulabschluß und mit höherem Einkommen.

Aus den Differenzen in den Berufs- und Bildungsschichten läßt sich schließen, daß einzelne Sportarten ein bestimmtes "Image" haben, das mit dem sozialen Status in Beziehung steht und vom Einkommen relativ unabhängig ist. Beim Turnsport ist z.B. Schwerathletik eine Domäne

der unteren Bildungsgruppen, Geräteturnen wird von mittleren Bildungsgruppen bevorzugt, Kunstturnen und Bodenturnen überwiegend von den oberen Bildungsschichten. Dieselben Zusammenhänge lassen sich beim Ballsport nachweisen.

Fußball und Federball wird von unteren und mittleren Bildungsgruppen bevorzugt, Basketball, Handball, Boccia, Tischtennis und Kricket von den oberen Bildungsgruppen. (187)

Bei einzelnen Sportarten fällt auf, daß sie auch für ältere Menschen noch attraktiv sind. So ist das Interesse an Boden- und Geräteturnen nur wenig vom Alter abhängig, ebenso an Tischtennis, Minigolf, Boccia, Kricket und Federball. Für 1o % der über 65-Jährigen kommt als "betriebener Ballsport" auch noch Fußball in Frage. (188) Faustball wird von über 55-Jährigen fast doppelt so häufig betrieben wie von jüngeren Altersgruppen.

Die geringe Teilnahme an vielen Sportarten ist hier u.U. mehr auf die isolierte Lebenssituation älterer Menschen und Fehlen spezieller Angebote und Animation zurückzuführen als auf den Abbau körperlicher Leistungsfähigkeit. (Siehe 2.4.2.)

Bei dem passiven Sportinteresse, das sich auf Sportveranstaltungen richtet, sind Fußballveranstaltungen mit weitem Abstand am beliebtesten (38 %). (Tab. 65) 74 % der Bevölkerung besuchten seltener oder häufiger Sportveranstaltungen. Materialien von Hüwel/Tunnat (189) weisen starke geschlechtsspezifische Unterschiede beim Besuch von Sportveranstaltungen nach. Während 25 % der Männer regelmäßig Sportveranstaltungen besuchen, sind es nur 5 % der Frauen, nur 2 % der Hausfrauen. Diese gehen zu 51 % nie zu Sportveranstaltungen. Der Beruf hat im übrigen kaum Einfluß auf diese Art sportlichen Interesses.

3. Sportausübung und Vereinsbindung:

Die EMNID-SVR Studie ergab, daß Sportausübung ohne Vereinsbindung die bei weitem beliebteste Form darstellt. Der Wunsch nach Vereinsunabhängigkeit ist bei den jüngeren Altersgruppen besonders ausgeprägt.

Besonders interessant für die Freizeitplanung scheint das "offene Angebot der Vereine ohne Mitgliedschaft". Diese Möglichkeit wird von 6 % derer benannt, die vereinsfrei Sport treiben, 46 % bezeichnen "Haus und Garten ohne besondere Vorkehrungen" als Ort ihrer sportlichen Betätigung. (190)

4. Hinderungsgründe und Nachholbedarf

Nach einer EMNID-Untersuchung wird das Einkommen beim kostenintensiven Freizeitsport häufig als Hinderungsgrund angegeben. 23 % würden reiten, 19 % Tennis spielen, 17 % segeln und 6 % Golf spielen, wenn Geld keine Rolle spielte. (191)

EMNID-SVR versuchte, durch direkte Befragung den Fehlbedarf an Sport- und Spielgelegenheiten aufzudecken.

Dabei wurden mit 19 % Schwimmbäder am häufigsten genannt, 13 % nannten Sportanlagen unter freiem Himmel (Sportplätze, Ballplätze, Minigolf), 11 % Kinderspielplätze, Sportanlagen unter Dach (Tischtennis, Kegelbahn, Mehrzweckhalle) und integrierte Anlagen werden mit 4 % der Nennungen weniger dringend gewünscht. (192)

In der EMNID-SVR-Studie wurde auch in Bezug auf Sport und Spiel versucht, den "Nachholbedarf" bei einzelnen Tätigkeiten durch eine Kreuzauswertung der Angaben zu Häufigkeit der tatsächlichen Ausübung und Beliebtheit zu ermitteln. (Tab. 66) Das einzige Masseninteresse ist "baden und schwimmen"
und zeigt mit 35 % Ausübung und 55 % Beliebtheit großen Nachholbedarf. Die schmalen waagerechten Basen in der Tab.66 über den Interessengebieten weisen das Gesamtgebiet als ein betont "hartes" aus, die Bewußtheit ist groß, wer es ausübt, gibt es fast stets

auch als "sehr gern und gern" ausgeführte Freizeitbeschäftigung an. Das betrifft neben "baden und schwimmen", "Ballspiele aller Art" und "sonstigen Sportarten" (dazu gehören Boden-, Pistolen- und Karabinerschießen, Jagen, Angeln, Tennisspielen, Reiten, Golf). Wenig Chancen hat dagegen die Weiterentwicklung von "Turnen aller Art" sowie von Gymnastik und Leichtathletik. Bei allen anderen Sportarten, vor allem Wassersport, besteht ein Nachholbedarf.

Nach einer Studie von Logon (192), die auch die Entwicklung der demographischen Struktur und Arbeitszeitverkürzungen berücksichtigt, wird für 1980 eine Verdreifachung der Zahl an Segelschulen, und eine Verdoppelung der Zahl an Bootshäfen und Tauchsportschulen angenommen, wenn man von dem Bedarf an solchen Einrichtungen ausgeht. Die Ausbildungskapazität der Segelschulen kann sich u.a. deshalb verdreifachen, weil vor allem an Wochenenden und in den Ferien gesegelt wird, also in den Bereichen der Freizeit, für die in den nächsten Jahren der größte Zuwachs prognostiziert wird.

Der Bedarf an Tennisplätzen wird sich um 1500 auf 3500 1980 erhöhen. Daß Tennissport immer volkstümlicher wird, erklärt Logon damit, daß dabei das Bedürfnis nach Sport, Spiel und körperlicher Bewegung in hervorragender Weise befriedigt wird. Außerdem spielen Faktoren wie soziale Selbstdarstellung und Selbstabgrenzung wie auch das Bedürfnis nach Geselligkeit beim Tennisspiel eine Rolle. Demgegenüber wird lediglich ein zusätzlicher Bedarf an 60 Golfplätzen (gegenwärtig 100) für die BRD verausschlagt.

Der Bedarf an Hallenbädern wird nach Logon von 2000 1972 auf 3150 im Jahr 1980 ansteigen, der Bedarf an Freibädern von 2980 auf 4600. Sportplätze sind nach Logon in Städten notwendiger als in ländlichen Gebieten. Die Zahl der Turn- und Sporthallen müßte sich bis 1980 um 4950 erhöhen. Demgegenüber werden keine weiteren Fitness-Zentren benötigt. Der Grund für die geringe Nutzung dieser Einrichtungen besteht nach Logon darin, daß sie keine Möglichkeit zu spielender Kommunikation und Betätigung bieten. Ebenso ist der Bedarf an Hotels, Trimmpfaden, Rollschuhbahnen und Cafés bereits heute abgesättigt. Der Bestand an Jugendherbergen, Gaststätten, Minigolf und Boccia-Anlagen ist Logon zufolge bereits größer als der Bedarf. Bezogen auf Regionen zeigen besonders die Gebiete München, Rhein-Ruhr, Nürnberg und Stuttgart doch noch Nachholbedarf an Freizeiteinrichtungen. (Siehe 7.2.)

2.4. Gruppenspezifische Rahmenbedingungen: Hausfrauen und alte Menschen

Wurden bislang hauptsächlich sozialstrukturelle Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit den Bereichen Erholung und Sport behandelt, so soll im folgenden versucht werden, am Beispiel der Hausfrauen und alten Menschen Freizeitmöglichkeiten im weiteren Kontext zur Lebenssituation zu interpretieren und damit gruppenspezifisch relevante Rahmenbedingungen aufzufinden.

2.4.1. Hausfrauen

In der Bundesrepublik leben 1o Millionen nicht-erwerbstätige Ehefrauen, auch Nur-Hausfrauen genannt.
Der Vergleich der Zeitquanten, die von Hausfrauen und berufstätigen Frauen für "Haushaltspflichten" aufgewandt wird, zeigt, daß berufstätige Frauen an Werktagen aber auch an Sonntagen weniger Zeit für den Haushalt aufwenden als Hausfrauen. (Tab.67)
Scheuch deutet dieses Quantum als "kulturelles Minimum". Gleichzeitig sollen die tatsächlich längeren Zeiten für Hausarbeit bei nichtberufstätigen Ehefrauen einerseits aus einer möglichen Verbesserung der "Dienstleistung Hausarbeit" und zum anderen als Hinweis auf die in effektiven Zeiten versteckten Freizeitelemente verstanden werden. Ein positiver Faktor sei auch der Einsatz arbeitssparender Haushaltsgeräte, die mit steigendem Lebensstandard mehr Frauen zugute kämen.(193) Demgegenüber stellen neue Untersuchungen fest, daß Hausfrauen heute mehr Zeit für ihren Haushalt verwenden als ihre Großmütter vor 50 Jahren. Damals verbrachte die Hausfrau 52 Stunden in der Woche mit Kochen, Abwaschen, Reinigen, Besorgungen und Kinderbetreuung. Die Hausfrau heute braucht zwar für Kochen und Abwaschen weniger Zeit, verbringt dafür jedoch allein acht Stunden in Geschäften, wendet mehr Zeit für Oberwachung der Schularbeiten auf, benötigt aber immer noch 12 Std. zum Saubermachen, insgesamt 55 Stunden. Demgegenüber kommen berufstätige Hausfrauen mit 26 Stunden aus. Die Soziologin Venek hält dafür nicht allein häufigeres Waschen und kompliziertere Menüs für verantwortlich, sondern den psychologischen Faktor des "demonstrativen Werbens um Anerkennung", da die Ergebnisse der Hausarbeit nicht als ökonomischer Beitrag zum Unterhalt der Familie anerkannt würden. (194)

Berücksichtigt man den geringeren Aufwand für Hausarbeitszeiten berufstätiger Frauen auch am Wochenende, so kann man feststellen, daß in der Hausarbeit ein hohes Maß an zeitlicher Elastizität und erhebliche Reservezeiten für Freizeitgestaltungsmöglichkeiten stecken, die jedoch von den nicht unter besonderen Belastungen stehenden Hausfrauen keineswegs umgesetzt werden.

budget, was darin begründet sein dürfte, daß die Arbeitsstunden nicht so durchorganisiert sind wie bei Berufstätigen und mehr Anpassung an das persönliche Befinden erlauben. Während die Durchschnittshausfrau zeitlich nicht überstrapaziert ist und sich nicht so fühlt, äussern besonders die Kinderreichen häufig, daß ihnen praktisch keine Freizeit verbleibt (siehe unten).

Pross stellt fest, daß die Freizeittätigkeiten der Hausfrauen im wesentlichen eine Fortsetzung der Haushaltstätigkeiten darstellen (Handarbeiten, Basteln, Nähen, Gartenarbeit) (199). Etwa 10 % bessern das Familieneinkommen durch Schwarzarbeit auf. Der schwarze Arbeitsmarkt scheint hinreichend entwickelt, um die an solchem Eigenverdienst interessierten Frauen aufzunehmen (200). Ausgehend von der These 'der sozialen Isolation der Hausfrauen' ("Haushalt ist Einzelhaft") fand Pross, daß die Hausfrauen keine regelmässigen und kontinuierlichen Beziehungen zur Öffentlichkeit unterhalten, keine Kontakte, die eigene Aktivität involvieren (in Verbänden, Vereinen, siehe 2.2.4.4., sowie in karitativen Vereinigungen), aber auch nicht einsam seien, da sie zahlreiche Kontakte zu Bekannten und Verwandten unterhalten. Einsamkeit ist nach Pross ein Problem alleinstehender berufstätiger Frauen. Immerhin 30 % der Familienfrauen wünschen sich mehr Kontakte (201). Dabei zeigt sich, daß mehrere Kinder nicht etwa - einem alten Vorurteil zufolge - einen höheren Grad an Erfüllung bedeuten und daß keineswegs die "grünen Witwen" besonders unter Isolationsgefühlen leiden. Es sind demnach nicht die Wohnlagen, die Isolationsgefühle nähren, sondern andere soziale und biographische Besonderheiten der individuellen Situation.

Selbst bei jenen 30 % der Frauen, die Mitglieder in Vereinen sind (häufiger in der Mittelschicht und jüngere Jahrgänge) oder den 25 %, die an Kursen teilnehmen, bleibt die Aktivität im Umkreis der Familie und auf diese bezogen, ähnlich wie bei den Lieblingsbeschäftigungen, wo haushaltsnahe gegenüber kontrastierenden Betätigungen bei weitem überwiegen.

In wie hohem Maße das "Hausarbeitsverhalten" der Frau nicht allein aus Situationen, sondern aus genetischer Sicht gedeutet werden muß, zeigt eine Untersuchung aus der DDR. Unverheiratete Männer verwendeten täglich 3,2 Std. für diese Tätigkeiten, unverheiratete Frauen dagegen 5,3 Std. Tradierte Verhaltensmuster, die in der geschlechtsspezifischen Sozialisation weitergegeben werden, spielen hierfür eine wichtige Rolle. (196)

H. Pross (197) weist in ihrer Untersuchung, die für 6 Mill. Familienfrauen zwischen 18-54 Jahren in der BRD repräsentativ ist, darauf hin, daß 95 % der Nur-Hausfrauen Kinder haben, die für diese "Familienfrauen" auch der Anlaß waren, sich aus dem Berufsleben zurückzuziehen. Lediglich 10 % der Familienhausfrauen waren noch nicht berufstätig.

Pross stellt für die Familienfrauen 60 Arbeitsstunden/Woche als Durchschnitt fest.

Für die Haushaltsarbeiten entfallen dabei 50,5 Stunden:

Herstellung von Mahlzeiten, Bettenmachen, Aufräumen usw.	15,0 Std.
Säubern der Wohnung	13,0 Std.
Geschirrspülen, Aufräumen der Küche	8,5 Std.
gründliches Wohnungsputzen	6,5 Std.
Einkaufen	3,0 Std.
Waschen	2,5 Std.
Bügeln	2,0 Std.
	50,5 Std.

Weitere 10 Stunden beansprucht die direkt auf die Kinder bezogene Arbeit. Die Arbeitszeiten der Familienfrau entsprechen somit derjenigen der vollbeschäftigten Arbeitnehmerinnen. Die Auflistung der Tätigkeiten im Zeitbudget weist auf Rationalisierungsmöglichkeiten hin, die ebenso Freizeit erhöhen können, wie sie zur Voraussetzung zu einer Wiederaufnahme des Berufs dienen können. Pross weist besonders darauf hin, daß Aufgaben wie Mittagsmahlzeiten kochen und Hauslehrerarbeit nicht unersetzbar sind (mehr und billigere Fertig- und Halbfertiggerichte, Ganztagsschule). Nach einer Erhebung der Bundesforschungsanstalt für Hauswirtschaft wird die durchschnittliche Arbeitsleistung einer Hausfrau im 4-Personenhaushalt sogar mit 70 Stunden veranschlagt (198).
Der Durchschnitt zeigt ein hohes Maß an Zufriedenheit mit dem Zeit-

budget, was darin begründet sein dürfte, daß die Arbeitsstunden nicht so durchorganisiert sind wie bei Berufstätigen und mehr Anpassung an das persönliche Befinden erlauben. Während die Durchschnittshausfrau zeitlich nicht überstrapaziert ist und sich nicht so fühlt, äussern besonders die Kinderreichen häufig, daß ihnen praktisch keine Freizeit verbleibt (siehe unten).

Pross stellt fest, daß die Freizeittätigkeiten der Hausfrauen im wesentlichen eine Fortsetzung der Haushaltstätigkeiten darstellen (Handarbeiten, Basteln, Nähen, Gartenarbeit) (199). Etwa 10 % bessern das Familieneinkommen durch Schwarzarbeit auf. Der schwarze Arbeitsmarkt scheint hinreichend entwickelt, um die an solchem Eigenverdienst interessierten Frauen aufzunehmen (200). Ausgehend von der These 'der sozialen Isolation der Hausfrauen' ("Haushalt ist Einzelhaft") fand Pross, daß die Hausfrauen keine regelmässigen und kontinuierlichen Beziehungen zur Öffentlichkeit unterhalten, keine Kontakte, die eigene Aktivität involvieren (in Verbänden, Vereinen, siehe 2.2.4.4., sowie in karitativen Vereinigungen), aber auch nicht einsam seien, da sie zahlreiche Kontakte zu Bekannten und Verwandten unterhalten. Einsamkeit ist nach Pross ein Problem alleinstehender berufstätiger Frauen. Immerhin 30 % der Familienfrauen wünschen sich mehr Kontakte (201). Dabei zeigt sich, daß mehrere Kinder nicht etwa - einem alten Vorurteil zufolge - einen höheren Grad an Erfüllung bedeuten und daß keineswegs die "grünen Witwen" besonders unter Isolationsgefühlen leiden. Es sind demnach nicht die Wohnlagen, die Isolationsgefühle nähren, sondern andere soziale und biographische Besonderheiten der individuellen Situation.

Selbst bei jenen 30 % der Frauen, die Mitglieder in Vereinen sind (häufiger in der Mittelschicht und jüngere Jahrgänge) oder den 25 %, die an Kursen teilnehmen, bleibt die Aktivität im Umkreis der Familie und auf diese bezogen, ähnlich wie bei den Lieblingsbeschäftigungen, wo haushaltsnahe gegenüber kontrastierenden Betätigungen bei weitem überwiegen.

Pross betont in ihrer Studie, daß für die Familienfrauen nicht der Mann, sondern die Kinder der Grund waren, weshalb sie Hausfrauen wurden. Die Kinderzahl der Familienfrauen verteilt sich wie folgt:

1 Kind	25 %	Kinderreiche Familien	Landgemeinde	41 %
2 Kinder	38 %	finden sich besonders	Kleinstadt	31 %
3 Kinder	21 %	häufig in kleineren	Mittelstadt	29 %
4 Kinder	12 %	Gemeinden:	Großstadt	22 %

Besonders Familienfrauen mit Kindern unter 6 Jahren (ca. 50 % der Familienfrauen) sind an einem Betreuungsangebot für die Kinder interessiert. Bislang besuchen 50 % der 3 - 6-jährigen Kinder von Familienfrauen einen Kindergarten, jedoch nur 25 % der gleichaltrigen Kinder von Arbeitnehmerinnen (202). Die Vermehrung von Kinderbetreuungsplätzen (Kitas, Tagesmütter) verweist als Rahmenbedingung daher in gleicher Weise auf vermehrte Freizeit wie auf verbesserte Möglichkeiten, wieder eine Arbeit aufzunehmen.

Pross fand ein abnehmendes Mißtrauen gegen partielle Fremderziehung, das u.a. auch durch Zweifel an der eigenen Erziehungsfähigkeit begründet zu sein scheint. Lediglich 30 % der Frauen informieren sich über Kindererziehung, im übrigen ist Erziehung "nach eigenem Ermessen" üblich. Hier sollten für Hausfrauen spezielle Bildungsangebote und Kurse in Medien und Bildungsstätten zu Fragen der Erziehung eingerichtet werden, gleichermaßen als "Freizeitbeschäftigung" und zur Verbesserung der Freizeitchancen der kommenden Generation.

Hinsichtlich der Arbeitsbelastung traf Pross bei den Familienfrauen, ebenso wie in einer früheren Untersuchung bei Arbeitnehmerinnen, auf eine Gruppe, die sich bis zur Erschöpfung und Depression überbeansprucht fühlt. Unter den Arbeitnehmerinnen war es die Gruppe der Frauen mit drei oder mehr Kindern, die es vorziehen würden, ganz zu Hause zu sein, während von den übrigen Arbeitnehmerinnen nur eine kleine Minderheit so

reagierte. Am stärksten äußerten diesen Wunsch Mütter mit drei oder mehr Kindern, die als Arbeiterinnen beschäftigt waren: Kinderreiche Arbeiterinnen befinden sich am wenigsten in Einklang mit ihrer Lebenssituation. Besonders schlecht bezahlt und ausgebildet, an besonders schlechten Arbeitsplätzen tätig und mit besonders schlecht verdienenden Männern sind sie eindeutig überstrapaziert (203). Gleichzeitig werden ihre Kinder unterdurchschnittlich in Kitas betreut. Der Grund dafür, daß die Kinder von Arbeitnehmerinnen seltener in Kitas betreut werden als solche von Familienfrauen, dürfte vor allem an den Kosten, dem Zeitaufwand und der Mühe des täglichen Hin- und Herbringens liegen. Es erscheint dringend notwendig, für diese Gruppe kostenlose Kinderbetreuung in Verbindung mit Service-Leistungen (Transport) bereitzustellen. Erst dadurch wird für diese Gruppe Freizeit überhaupt möglich.

Unter den Familienfrauen bilden die Mütter mit 4 oder mehr Kindern (12 %) die entsprechende Gruppe. Überdurchschnittlich sind dies Frauen von un- und angelernten Arbeitern sowie in Kleinstädten und auf dem Land, denen zudem eine erheblich niedrigere Summe pro Kopf des Haushaltsmitgliedes zur Verfügung steht als Frauen mit kleineren Familien. Die Wohnverhältnisse der Kinderreichen scheinen relativ gut zu sein; 58 % wohnen im eigenen Haus, 6 % in Dienst- und Betriebswohnungen, die Zahl der bewohnten Räume ist vergleichsweise groß (204). Etwa die Hälfte der Familienfrauen trägt sich mit der Absicht, eventuell in das Berufsleben zurückzukehren. Diese Gruppe, die sich selbst als Berufsanwärterinnen sieht, rekrutiert sich vornehmlich aus den Altersgruppen unter 40, den Städterinnen, den Müttern mit kleinen Familien und Frauen, die mehr als Volksschulabschluß haben. Beruf und Einkommen des Mannes haben - wie die zitierte EMNID-Untersuchung bestätigt - kaum Einfluß. Entgegen den Erwartungen (Einkommensgründe) denken Frauen von un- und angelernten Arbeitern noch weniger daran, in den Beruf zurückzukehren. Dieser Umstand verweist auf den starken Einfluß der geschlechtsspezifischen Sozialisation (siehe 2.5.2.). Pross stellt jedoch auch fest, daß gerade von den rückkehrorientierten jüngeren Hausfrauen 30 % eine Berufstätigkeit aufnehmen würden, wenn die Kinder tagsüber versorgt wären (Kindergarten, Tagesmutter, Ganztagsschule). Ein Drittel ist bereit, die Betreuung einer Tagesmutter zu überlassen.

Pross deutet die allgemein vorherrschende Familienorientierung der Familienfrauen als Folge des frühen Berufseintritts, der den meisten Frauen die Gelegenheit nahm, "jene geistige und psychische Urteilsfähigkeit zu erlangen, die eine Voraussetzung für politisch rationales Handeln ist" (205) und bestätigt im übrigen die Ergebnisse der zitierten EMNID-Untersuchung. Zusätzlich hebt sie hervor, daß die mäßige und veraltete Ausbildung (55 % haben keine abgeschlossene Berufsausbildung oder Abschlußexamen), die Erfahrungen in einer untergeordneten und schlecht bezahlten Position und Fremdheit gegenüber den gewandelten Verhältnissen dem Wunsch, einen Beruf wieder aufzunehmen, wenig förderlich sind.

Die Intention, Freizeitbedingungen der Familienfrauen zu untersuchen, verweist bei der dargestellten ganzheitlichen Betrachtung in gleicher Weise auf das "Gegenteil", nämlich Bedingungen für eine Erfüllung und Selbstverwirklichung im Arbeitsbereich zu bestimmen. Zusammenfassend lassen sich dafür die folgenden Rahmenbedingungen formulieren:

- Neue Wege der Familienberatung, um den erwiesenermaßen unerwünschten Kinderreichtum (besonders auf dem Land) und seine Folgeprobleme zu mildern, Gastarbeiter müssen besonders berücksichtigt werden.

- Mehr Kindergärten und Tagesmütter, die für einkommensschwache Familien und berufstätige kinderreiche Frauen kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen. Um eine Wahrnehmung des geschaffenen Angebots zu ermöglichen, sind für Kinder erwerbstätiger Frauen zusätzliche Service-Leistungen (Transport) zu organisieren.

- Besonders in Dörfern und Kleinstädten sind für die hohe Zahl der kinderreichen Familien Betreuungsangebote zu schaffen.

- Spezielle Kurse in Erziehung und Sozialisation in den Medien und Bildungsstätten für die Familienfrauen sind zu schaffen, um dem "Erziehungsanalphabetismus" abzuhelfen.

- Mehr Schulen im Ganztagsbetrieb, um Hausfrauen von Arbeiten des Kochens und Hausaufgabenhilfe zu entlasten, bzw. Arbeitsaufnahme zu erleichtern.

- Spezielle Übergangshilfen für berufsrückkehrorientierte Frauen (Vorbereitungs-, brush-up-Kurse).
- Erhöhte Zahl von Teilzeitstellen.
- Höheres Kindergeld für einkommensschwache kinderreiche Familien (z.B. 50-50-100-150 DM).
- Gezielter Abbau von geschlechtsspezifischen Rollenfixierungen in den Grundstufen des Bildungssystems → gleichmäßigere Verteilung der Hausarbeiten.
- Anschaffungskredite/Zuschüsse für Haushaltsgeräte in kinderreichen Familien.
- Service-Häuser mit Zentralküche, Dienstleistungen (Reinigung, Wäsche), Haus-Kindergarten, Freizeitanlagen.
- Großraumwohungen für wohnkollektivwillige Familien, Stop der Abriß-Sanierung von Altbauten mit Großwohnungen.

2.4.2. Alte Menschen

In der Bundesrepublik leben gegenwärtig über 8 Mill. Menschen, die älter als 65 Jahre sind, 1980 werden es 9 Mill. sein.

Die ökonomische und sozialpolitische Entwicklung geht dahin, den Menschen bereits mit 60 Jahren von der Erwerbstätigkeit freizustellen. Dies bedeutet, daß sich die BRD auf die Dauer auf nahezu 12 Mill. nicht-erwerbstätige alte Menschen einstellen muß (206).

Die Freizeitmöglichkeiten alter Menschen sind besonders durch ihren Gesundheitszustand, die Einkommens- und Wohnsituation, den sozialen Kontaktbereich und durch die Erfahrung des Arbeitslebens geprägt.

1. Gesundheit: Wie Kohl (207) aufzeigt, verlangsamt sich zwar in der Dekade der Pensionierung das Arbeitstempo für den älteren Arbeitnehmer

etwas (- weniger Leistungslohnarbeiter), dafür nimmt der Anteil der Nacht- und Wochenendarbeiter zu. Dies kann neben den weiteren direkten Folgen des gesundheitlichen Frühverschleisses ein Grund für die hohe Zahl der vorzeitig Berufs- und Erwerbsunfähigen sein. 1972 waren bei der Arbeiterrentenversicherung 52 % der Neuzugänge der Männer und 50 % der Frauen, bei den Angestellten 35 % der Männer und 38 % der Frauen vorzeitig erwerbs- und berufsunfähig. Die Hälfte der über 65-jährigen ehemaligen Industriearbeiter leidet unter einer chronischen Krankheit oder befindet sich in ständiger ärztlicher Behandlung (208). Der Wert des Lebensabends und die körperlichen und psychischen Voraussetzungen für aktive Freizeitbetätigungen werden durch diese Belastungen stark gemindert.

Bleuel vermerkt, daß Unterschiede im Gesundheitszustand der Altersgruppen über 60 Jahre kaum nachweisbar sind und die Lebensjahre allein nicht kränker machen (209). Dagegen besteht eine negative Korrelation zwischen Einkommen und Häufigkeit des Arztbesuch. Je niedriger die soziale Herkunft eines alten Menschen und sein erreichter Lebensstandard, desto höher die Wahrscheinlichkeit, daß er unter Altersbeschwerden und chronischen Krankheiten leidet.

Diese Befunde verweisen auf die Humanisierung des Arbeitslebens ebenso wie auf spezielle geroprophylaktische Maßnahmen:
breit gestreute altershygienische Aufklärungskampagnen mit Beratungsstellen, sozialmedizinische Maßnahmen, vermehrte Vorlesungen zur Altersmedizin und in den Sozialwissenschaften.

Hochrein/Schleicher (210) betonen den Wert des Alterssports, über den - sofern er in Anlagen von Freizeitzentren integriert wird - auch der Kontakt zur jüngeren Generation hergestellt werden kann. Bleuel schlägt als sozial-politisches Gegenstück zur gegenwärtigen Rentner-Touristik eine Aktion "Ferien für den älteren Menschen" vor, die sich an zu erarbeitenden Richtlinien orientieren müßte, welche die Lebensbedingungen und Einkommensverhältinisse des alten Menschen berücksichtigen.

Bleuel (211) weist auf, daß die Annahme einer abnehmenden Leistungsfähigkeit im Alter in ihrer generellen Form nicht haltbar ist und vor allem auf Vorurteile, negatives Image und die Mystifikation der Jugendlichkeit zurückzuführen sei. Untersuchungen zeigen, daß die Leistungsfähigkeit alternder Arbeiter gleich bleibt, lediglich Krankheitserscheinungen nehmen zu. Gerontologische Untersuchungen haben ergeben, daß sich individuelle Lebensdaten in der subjektiven und objektiven Leistungsfähigkeit viel stärker auswirken als Altersunterschiede, d.h. bei ähnlich gelagerten persönlichen Voraussetzungen und beruflichen Bedingungen sind zwischen jüngeren und älteren Menschen keine signifikanten Differenzen in der Leistungsfähigkeit erkennbar (212).

Andere Studien zeigen, daß nicht das Alter, sondern u.a. die Schulbildung ausschlaggebend ist: Der Vergleich von zwanzig- mit fünfzig-Jährigen bei Intelligenztests zeigt, daß man im Grunde auch bei Volksschülern Personen mit unterschiedlicher Schulbildung vergleicht.

Das sog. "Defizit-Modell" läßt sich allenfalls auf den psychomotorischen Bereich anwenden (abnehmende Reaktionsgeschwindigkeit). Dabei verlängert sich bei Älteren die Zeit, komplexe Aufgaben, in denen mehrere Schwierigkeiten zusammentreffen und eine Vielzahl Faktoren zu bedenken sind (prämotorische Komponente), zu erfassen, während die eigentliche Reaktionszeit (motorische Komponente) kaum Alterseinflüsse aufweist.

Ebenso trifft die These von einer nachlassenden Lernfähigkeit generell nicht zu, ältere Menschen lernen lediglich anders. Tatsächliche Lernbehinderungen sind auf äußere Bedingungen, die sich am Lernverhalten der Jugend orientieren, begründet.
Welfard (213) zeigt vier Ursachen
für die Lernbehinderung älterer Menschen auf, die durch eine altersgerechte Didaktik gelöst werden können:

- das Lernmaterial wird mangelhaft verstanden, wenn es sehr komplex und die Lernzeit begrenzt ist,

- kurzfristiges Behalten in komplexen Situationen - wie fortdauernde Lernprozesse - ist für ältere Menschen schwierig,

- Schwierigkeiten bei der Reproduktion treten auf, wenn der Stoff, z.B. visuell dargeboten wurde und verbal wiedergegeben werden soll (Problematik des multi-media-Unterrichts),

- es besteht eine Tendenz zur Verfestigung solcher Fehler, die zu Beginn des Lernvorgangs unterliefen.

Folgerungen für eine altersgerechte Didaktik wären u.a. Vereinfachung, Veranschaulichung des Lernstoffes, schrittweise Lerneinheiten mit ständiger Rekapitualtion und starke Lerneindrücke in der Frühphase. Nicht zuletzt bewirken negative Vorurteile sowie Einstellungen und Äußerungen der Umwelt, daß die Selbsteinschätzung, das Selbstbild und die Motivation der älteren Menschen (i.S. einer "selffullfilling prophecy") sich diesen Erwartungshaltungen anzupassen. Die allgegenwärtige "Mystifikation der Jugendlichkeit" erschwert dem älteren Menschen die Entwicklung einer eigenen Identität und eines positiven Selbstbildes und bewirkt ein inhaltsloses Richtverhalten. Beispiele finden sich besonders in den USA durch groteske Formen der Nachahmung jugendlicher Schönheitsklischees bei älteren Frauen.

2. Einkommen: Die empirischen Daten zeigen besonders bei kostenintensiveren Freizeitbetätigungen (Urlaub, Ausflüge, Kultur) eine starke Einkommensabhängigkeit. Man kann davon ausgehen, daß der Aktivitätsspielraum der Rentenempfänger durch ihre finanzielle Lage entscheidend eingeschränkt wird. Das Durchschnittseinkommen der Rentnerhaushalte lag 1972 bei 60 % des Durchschnittseinkommens aller Arbeitnehmerhaushalte.

Die Schichtung der Haushaltsnettoeinkommen zeigt, daß die alleinlebenden Frauen in den unteren Einkommensklassen am stärksten vertreten sind. Über zwei Drittel (1,3 Mill.) hatten ein Einkommen unter 600 DM; der Anteil der alleinlebenden Frauen an allen Haushalten mit einem Haushaltsvorstand über 65 Jahren in diesen Einkommensgruppen betrug nahe 3/4 (214).

Die Primär-Statistik enthält jedoch keine Angaben über die Einkommensverteilung der sozio-ökonomischen Gruppen. Angaben des Mikrozensus zeigen, daß bei Männern und Frauen die Rentner aus der Arbeiterrentenversicherung den weitaus größten Teil der Personen mit dem niedrigsten Nettoeinkommen stellen. Ehemalige Angestellte sind in dieser Einkommensgruppe weit seltener, Beamte so gut wie gar nicht vertreten (215). Aus Befragungen geht hervor, daß die Situation ehemaliger "kleinerer" Selbstständiger im Alter ausgesprochen schlecht ist.

Diese Befunde verdeutlichen, daß sich die einkommensmäßige Benachteiligung der Arbeiter und besonders der Arbeiterfrauen im Alter noch verstärkt und in Verbindung mit der Wohnsituation (Mieten!) die vielleicht bedeutendste Determinante des Aktivitätsspielraums im Alter ist. Materialien von Bleuel (216) zeigen ebenfalls, daß Arbeiter die am stärksten betroffene Gruppe sind. Hiernach hatten über 2/3 dieser Gruppe ein Netto-Familieneinkommen von weniger als 300 DM. Von denen, die weniger als 200 DM monatlich zur Verfügung hatten, waren 81 % Frauen. 44 % der befragten Alten erklärten, sie hätten sich nach der Pensionierung stark einschränken müssen. Erhebungen von Bleuel (217) ergaben, daß 26 % aller über 65-Jährigen Einkünfte unter 300 DM bezogen.

Noch deutlicher wird der Einkommenseffekt auf die Freizeitchancen der Alten, wenn man die Struktur freizeitbezogener Ausgaben der Rentnerhaushalte betrachtet. Erhebungen des Mikrozensus zeigen die Ausgaben von 2-Personen-Rentnerhaushalten und solche von Sozialhilfeempfängern ('Haushaltstyp 1') für Urlaubsreisen (à Person ca. 230 DM/jährlich) und Freizeitgüter (à Person ca. 26 DM/monatlich) (Tab. 68*). In Verbindung mit Angaben über die Struktur der Ausgaben für Nahrungsmittel, Bekleidung, Wohnungsmieten usw. und der oben gezeigten gruppenspezifischen Einkommensverteilung läßt sich schließen, daß für den Großteil der Rentnerhaushalte praktisch keine freie Kaufkraft für Freizeitgüter und -aufwendungen zur Verfügung steht. Bleuel bemerkt, daß "für die Ausgestaltung einer kulturell/sozialen Lebensführung bei diesem Einkommen nicht viel übrig bleibt". (S. 126)

*) Dieser Wert bezieht sich allerdings nur auf diejenige Gruppe, die eine Urlaubsreise unternimmt. Der Mittelwert der Urlaubsausgaben aller Haushalte dieser Kategorie beträgt 148 DM/Jahr, d.h. 74 DM/Person.(!)

3. Soziale Kontakte und gesellschaftliche Integration

Der Austritt aus dem Berufsleben bedeutet neben dem Verlust einer gesellschaftlich anerkannten Leistungsrolle die Gefahr, daß soziale Kontakte verloren gehen. Darüber hinaus sind die "Älteren" aufgrund ihres Negativ-Images eine Gruppe, die im sozialen Kontakt gemieden wird. Gründe hierfür sind besonders:

- Auflösung der Familie (Tod des Partners, allgemeiner Zerfall aller institutionalisierten familiären Bedingungen),

- Mystifikation der Jugendlichkeit und starke peer-Gruppen-Orientierung der Jugend beim Sozialkontakt

- Die Verdrängung des Todesmomentes aus der Vorstellung und dem Erwartungsbereich einer vitalitätsorientierten Gesellschaft mit entsprechenden Angstreaktionen gegenüber sozialen Beziehungen mit alten Menschen,

- Das Veralterungs-Prinzip, welches die Zerstörung der Waren-Individualität und ihres Wertes durch Entwicklung von Wegwerfwaren und geplantem Verschleiß beschleunigt, wird auf den Menschen übertragen.

Der durch die hohe Zahl der Einpersonen-Haushalte bedingten Isolation, besonders alter Frauen der Unterschicht, kann vorrangig durch Angebote im Bereich von Kommunikationshilfen (z.B. kostenloses Telefon, Besuche), sozialer Betreuung (Altenhilfe) und Kontaktstellen abgeholfen werden, die das Verhältnis zwischen den Generationen und ihre Integration verbessern. Die Isolierung der alten Menschen als gesellschaftliche Gruppe ist am ehesten dadurch möglich, daß Gelegenheiten für selbstbestimmte Tätigkeiten (beruflich, künstlerisch, politisch) und solche, die dem Bedürfnis der "Sinnerfüllung" des Lebensabends entgegenkommen, geschaffen werden. Durch entsprechende Bildungs- und Beschäftigungsangebote könnte insbesondere die Fähigkeit zur Selbsthilfe verbessert werden. Ein positives Beispiel bilden die Arbeitsangebote des Berliner Deutschen

Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für ehrenamtliche Helfer in den Bereichen alte Menschen/Kinder/Behinderte/Jugend/Familie.
Zahlreiche ähnliche Institutionen ("Senioren helfen Senioren") sind aus den USA bekannt und erfreuen sich dort großer Beliebtheit.

Eine ohne langfristige Einstellungsänderung gegenüber den Alten realisierbare Möglichkeit zur Verbesserung der sozialen Kontakte und zur Vermeidung des "Pensionierungsschocks" besteht in der Schaffung altersgerechter Teilzeit-Arbeitsplätze sowie eines "Rechts auf Arbeit" mit einer nach oben hin flexiblen Altersgrenze. Wie bereits gezeigt wurde, ist durch entsprechende altersgerechte Weiterbildung sogar eine Umschulung auf neue Tätigkeitsfelder möglich.

4. Wohnung: Für 4,4 % der über 65-Jährigen stehen gegenwärtig Plätze in Altersheimen zur Verfügung (350 000). Bis 1980 müßten (auf 1970 bezogen) 50 000 Plätze neu errichtet werden. Andere Berechnungen ergeben einen Fehlbedarf von 230 000 Altenheimplätzen bis 1985 (219). Da der Wohnbereich für den alten Menschen den zentralen Aufenthaltsort darstellt, kommt der Qualität einer altergerechten Einrichtung, der gesundheitlichen Betreuung und den Kontaktmöglichkeiten- und -anregungen besondere Bedeutung zu.

Die gegenwärtige Struktur der privaten und öffentlichen Altenheime und Altenwohnheime entspricht jedoch mehr dem Charakter von Aufbewahrinstitutionen als einem Ort, der Voraussetzungen und Anregungen zu einer Vielzahl kommunikativer und sozialer Aktivitäten bietet. Diese Misere wird durch die gewerbliche Trägerschaft der Heime keinesfalls behoben. Sie decken allenfalls den Bedarf an Heimunterkunft der zahlungskräftigen Senioren-Oberschicht. Das wird deutlich, wenn man die skizzierte Einkommensituation auf die heutigen Kosten für einen Wohnheimplatz bezieht. "Selbst kommunale Altenheime erreichen heute schon einen Durchschnittssatz von 600 DM monatlich und genügen oft nicht einmal dem, was man als hygienische Mindestanforderungen bezeichnen muß." (220)

Ein besonders eviderter Mangel bestert zudem an Altenpflegeheimen. Dies hat zur Folge, daß viele "Pflegefälle" schlecht versorgt in Altenheimen dahinsiechen. Lägen die Bedarfsschätzungen für Pflegeplätze bislang bei 1.5 % der über 65-Jährigen, so kommen neuere Studien zu dem Ergebnis, daß 8-10 % aller über 65-Jährigen pflegebedürftig seien (221). Bendt stellt ebenfalls einen Mangel an Pflegeplätzen fest, wogegen der zahlenmäßige Bedarf an Altenheimplätzen weitgehend gesichert sei; Bei einem gegenwärtigen Versorgungsgrad von 4 % der über 65-Jährigen erklärten ebenfalls 4 % einer Stichprobe, daß sie in ein Altenwohnheim ziehen möchten (222). Wesentlich für die Verbesserung der Situation in Altenpflegeheimen erscheint, daß strenge Mindestanforderungen an die Qualifikation des Personals und Heimleiters gestellt werden, auch um den psychischen Schwierigkeiten, die durch den Übergang von einer selbstständigen Wohn- und Lebensweise in das Milieu des Altenheimes entstehen, begegnen zu können, zumal dieser Wechsel im Allgemeinen entweder durch den Gesundheitszustand oder durch die schlechten Wohn- und Familienverhältnisse verursacht wird.

Untersuchungen, die hierzu in den USA durchgeführt wurden, ergaben, daß ein Viertel der neuen Altersheimbesucher in den ersten sechs Monaten starben, und ein weiteres Viertel unter schweren psychischen Belastungen litt (223).

Die "Horrorvision" des Heimmilieus scheint jedoch weniger durch architektonische Mängel etc. bedingt, als durch die rigide Normenstruktur der Heime, ("totale Institution"), die kaum Spielraum für Entfaltung von Kreativität und einer selbstbestimmter Tagesablauf läßt. Dies wird auch durch Untersuchungen bestätigt, die eine charakteristische Phasenfolge von Reaktionsweisen neuer Heimbewohner nachweisen, die vor allem durch die Normenstruktur des Heimlebens bedingt ist. Diese reicht von einer Phase anfänglicher Rebellion über eine zweite Phase der "Apatnie und Kampf gegen die Entpersönlichung" bis hin zur Endphase von "Unterwürfigkeit, Gehorsam und Anpassung".

Ebenso wie in anderen totalen Institutionen (Gefängnis, psychiatrische Anstalt) ist daher dringend eine Humanisierung des Anstaltslebens in Richtung auf eine vermehrte Mit- und Selbstverwaltung anzustreben.

Die Wohnsituation der übrigen Alten (96 %) ist vor allem durch folgende Umstände bestimmt:

- Arbeiterhaushalte, besonder diejenigen alleinstehender Frauen, sind durch das geringe Einkommen auf Wohnangebote der untersten Qualitätsklasse angewiesen.

- Die isolierte Situation der Einzelwohnung in Verbindung mit mangelndem sozialem Kontakt bedingt Hilflosigkeit bei Auftreten eines Notfalles.

- Die subjektiven Bedürfnisse hinsichtlich des gewünschten Kontakts zu den Kindern können mit "innerer Nähe durch äußere Distanz" umschrieben werden: Alte Menschen wollen in getrennten Wohnungen, aber in der Nähe der Kinder wohnen. Von den alleinstehenden über 65-Jährigen (57 % , davon 75 % Frauen) lebt etwa die Hälfte mit Kindern oder Verwandten zusammen, die übrige Hälfte allein. Von den Verheirateten sind dies nur 25 % (224). In einer Befragung sprachen sich 79 % der älteren Menschen für ein Getrenntleben und nur 11 % für ein Zusammenleben mit ihren erwachsenen Kindern aus. Bei Erhebungen in England wollten nur 10 %, in den USA 8 % und in skandinavischen Ländern nur noch 5-6 % der Alten mit ihren Kindern zusammenleben (225). Der Trend geht somit offensichtlich zu einer weiteren räumlichen Separierung in der Lebenssituation der älteren Menschen.

- Andererseits ist anzunehmen, daß durch die Beengtheit und geringe Raumzahl moderner Wohnungen die Kleinfamilien "eingemauert" wurden und bei entsprechenden Wohnverhältnissen ein Zusammenleben von beiden Seiten eher akzeptiert würde.

- Wie sich aus Befragungen ergibt, ist jedoch auch die Wohngemeinschaft mit den Kindern keine Garantie gegen Einsamkeitsgefühle der Alten (226).

Als Möglichkeiten selbstständigen Wohnens bieten sich heute folgende Möglichkeiten an:

- Die Normalwohnung - sie wird den spezifischen Bedürfnissen (kurze Wege, Aufzug, Zentralheizung) älterer Menschen zum Teil nicht gerecht.

- Die Altenwohnung im Altenwohnhaus oder als eingestreute Wohnung im Mietshaus wird z.B. von 15 % der über 65-Jährigen Berliner gewünscht. Derzeit gibt es jedoch keine allgemeingültigen Bedarfszahlen als Entscheidungshilfe für den Bau von Altenwohnungen. Diese Wohnform erscheint unter den Aspekten der sozialen Integration und Möglichkeiten zur nachbarschaftlichen Hilfeleistung als die gegenwärtig Günstigste. Längerfristig sollten die Belange mehrerer Bevölkerungsgruppen mit gleichartigen Bedürfnissen (z.B. jüngere Alleinstehende. Behinderte, ältere Mitbürger, Gastarbeiter) zusammengefaßt werden, so daß diese Gruppen in der Belegung geeigneter Wohnungen austauschbar sind (siehe auch 4.2.3.).

5. Freizeit-Betätigungen

Die häufig praktizierte Bevorzugung spezieller Veranstaltungen für alte Menschen geht - in Analogie zur Jugend - von der Annahme einer eigenen "Subkultur der Alten" und damit einer strukturellen Verselbständigung dieses Bereichs aus. Da jedoch im Alter nicht neue Verhaltensmuster erworben werden, sondern Sozialisation und Lebensgeschichte die (Freizeit)-Verhaltensgewohnheiten geprägt haben, erscheinen spezielle Seniorenveranstaltungen nur dort berechtigt, wo sie z.B. aufgrund geminderter körperlicher Leistungsfähigkeit geboten sind (Alterssport).

Im Hinblick auf den Anteil der Alten, die noch einer beruflichen Tätigkeit nachgehen, (etwa 50 % der Selbständigen, 10 % der Angestellten, 5 % der Arbeiter setzen ihren Beruf noch nach dem 65. Lebensjahr fort, von dem Rest üben 9 % eine Nebenbeschäftigung aus)(227), und auf denjenigen Teil, der nicht durch Krankheit an außerhäuslichen Betätigungen völlig gehindert ist, scheint es sinnvoll, Tätigkeiten, die nicht im Zeitbudget

der physiologischen Bedürfnisse und der Halbfreizeit enthalten sind, als echte Freizeittätigkeiten zu betrachten.

Allgemein läßt sich hier eine Bereitschaft zu unverminderter geistiger Auseinandersetzung mit der Umwelt feststellen. Eine Abnahme ist vor allem bei kostenintensiven und sportlichen Tätigkeiten festzustellen, obwohl auch hier einzelne Sportarten (Fußball, Faustball, Boccia, Bowling usw.) häufig betrieben werden (siehe 2.3.2.). Generalisierende Thesen des Aktivitätsabbaus sollten daher zugunsten einer differenzierten und qualitativ ausgerichteten Betrachtung der Bedürfnisse alter Menschen modifiziert werden.

Eine Untersuchung von Blume (228) zeigte, daß lediglich 4 % der älteren Leute in ihrer Freizeit eigens für sie eingerichteten Räume auch tatsächlich in Anspruch nehmen. Entscheidend ist hierbei die Entfernung von der Wohnung; 18 % würden solche Einrichtungen benützen, wenn sie sich in Wohnungsnähe befänden.
Häufige soziale Kontakte mit Bekannten geben nur 25 % der Befragten an, 50 % treffen sich "ab und zu".

Diese sozial-kommunikative Deprivation (auch zu den eigenen Kindern) bezüglich engerer sozialer Beziehungen wird bei Einkommensgruppen unter 400 DM/Monat doppelt so häufig angetroffen. Die stärkste Kontaktarmut findet sich bei alleinstehenden Frauen mit niedrigem Einkommen; einem geselligen Verein gehören 13 % der Männer und 3 % der Frauen an. 30 % beschäftigen sich noch mit einem Hobby, auch hierbei doppelt soviel Männer wie Frauen; Ca. 25 % der Stadtbewohner und ca. 80 % der Stadtrandbewohner besitzen einen eigenen Garten, der nach "Wandern" und "Ausflüge" am häufigsten als Gegenstand eines Steckenpferdes genannt wird.

Freizeiteinrichtungen wie Zoos und Parks werden von über 65-Jährigen Männern häufiger als von Frauen und von oberen Berufsgruppen häufiger als von unteren in Anspruch genommen. Am stärksten zeigt sich auch hier die Abhängigkeit der Freizeitmöglichkeiten vom Einkommen, da fast alle Einrichtungen mit Eintrittsgeldern und Fahrtkosten verbunden sind. Aber

auch "kostenlose" Freizeitbetätigungen werden von Bürgern, deren Einkommen ihnen nur das Existenzminimum sichert (überwiegend alleinstehende Frauen) seltener ausgeübt, sie bleiben in jeder Hinsicht passiv. Regelmäßig Ferngesehen wird nach einer INFAS-Erhebung (229) von 90 % der über 50-Jährigen, obwohl nur 64 % ein Fernsehgerät besitzen - dabei nur 17 % der alleinstehenden Männer, 12 % der alleinstehenden Frauen (230). Die soziale Differenzierung zeigt sich bei der Teilnahme an Urlaubsreisen noch deutlicher als bei den jüngeren Altersgruppen:

18 % der ehemaligen Arbeiter
37 % " " Angestellten
52 % " " Beamten

waren in den letzten beiden Jahren in Urlaub gefahren (vgl. 2.2.6.). Auch hier zeigt sich, daß Merkmale der sozialen Stellung und Gesundheit stärkere Diskrepanzen in Freizeitbetätigungen aufweisen, als zwischen den Altersgruppen festzustellen sind und mithin nicht das Alter, sondern weitgehend geschlechtsspezifische, sozialisationsbedingte, lebensgeschichtliche (Arbeitssituation) und situative Faktoren die Lebens- und Freizeitsituation der Alten bestimmen. Beske (131) weist dieselben Tätigkeitsdifferenzierungen bei Altenheimbewohnern auf. Hier fällt besonders auf, daß die genannten Tätigkeiten rein privater Natur sind und keine Beziehung zum Heim haben, lediglich 8 % der Heimbewohner betätigen sich im inneren Heimbetrieb; als entscheidend für die Beteiligung und Aktivierung von Heimbewohnern erweist sich die Einstellung der Heimleitung. Am häufigsten werden als gewünschte Freizeiteinrichtungen in Altenheimen genannt:

- Werk- und Bastelstuben,
- Nähstuben und Nähmaschinen,
- Bügelstuben
- ein Stück Gartenland zur persönlichen Verfügung.

Einzelne "Veranstaltungen" sind für die meisten Heimbewohner gewisse Höhepunkte ihres Heimlebens, was einmal mehr auf ihre depravierte Situation verweist.

6. Zusammenfassend lassen sich folgende Rahmenbedingungen für eine Verbesserung der Freizeit älterer Menschen formulieren:

Einkommen:

- Sicherung der lebensdurchschnittlich erreichten Einkommensposition,
- spezielle finanzielle Hilfen für alleinstehende Frauen über 65 und ehemalige Selbständige.
- verstärkte finanzielle Hilfen zur Kontaktpflege (Sozialtelefon, Seniorenkarten für Verkehrsmittel),
- indirekt: Der Arbeitgeber, der einen Beschäftigten vorzeitig ins Altersruhegeld entläßt, muß eine Abfindung in öffentlichen Pool zahlen, aus dem Einrichtungen der Altenhilfe, Freizeitveranstaltungen etc. finanziert werden.

Arbeit:

- Einführung der flexiblen Altersgrenze nach oben (-70/75 Jahre) i.V.m. einem "Recht auf Arbeit",
- Vermeidung beruflicher Herabstufung älterer Arbeitnehmer, Berücksichtigung bei der betrieblichen Personalplanung (Umsetzungen),
- Kündigungsschutz, Anzeigepflicht geplanter Entlassungen bei der Arbeitsverwaltung,

- Vorbereitung auf den Ruhestand durch betriebliche Veranstaltungen, Kurse etc.,

- Abschaffung von Altenwerkstätten, die häufig zu besonderer Separierung und Isolation führen,

- neue Beschäftigungsangebote der öffentlichen Hand für ältere Menschen, etwa im sozialen Bereich.

Wohnen:

- Beschleunigte Verwirklichung der Anforderungen nach DIN 18o24 (Alte und Behinderte) im gesamten Wohnungsbau,

- Verbesserung der Verteilung (potentiell) altersgerechter Wohnungen z.B. durch kommunale Wohnungsvermittlung (Parterrewohungen, Nähe zu Infrastruktureinrichtungen),

- nachträglicher Einbau von Aufzügen in Wohnhäusern mit hohem Anteil älterer Bewohner,

- bei der Modernisierung älterer Häuser müssen eingestreute Altenwohnungen mitgeplant werden,

- in Altenwohnheimen:
  jede Wohneinheit mit eigener Sanitärzelle, Einbettzimmer,
  in Altenheimen/Pflegeheimen:
  die Pflege sollte Aktivierung mit umfassen und dafür geeignete Räume bereitgestellt werden (Gymnastikräume), Bereitstellung von multifunktional zu nutzenden Gemeinschaftsräumen, auch Bastel- und Nähstuben, Gartenland; Kontrolle der Qualifikation des Personals, Aktivierung durch Animation von außen (Kommunen). Humanisierung des Anstaltslebens durch Mit- und Selbstverwaltung der Heimbewohner, Abschaffung normierter Tagesabläufe.

Bildung:

- Einrichtung von Umschulungs- und Fortbildungskursen mit altersgerechter Didaktik in bestehenden Bildungseinrichtungen,

- Ermöglichung der beruflichen Neuorientierung im Alter durch "Sabbaticals" (Bildungsfreizeit von 3 Monaten - 1 Jahr).

Sozialkontakte/Freizeit:

- Systematischer Abbau des negativen Alten-Images und von Vorurteilen durch die Medien als wichtigste Prophylaxe gegen gesellschaftliche Desintegration,

- Schaffung von Altenbeiräten auf kommunaler Ebene als Interessenvertreteung,

- Kompensation des natürlichen Kontaktverlustes besonders von bereits alleinstehenden alten Menschen durch:

  - Einbeziehung von Alten in Veranstaltungen für alle Altersstufen,

  - finanzielle Hilfen zur Kontaktpflege (Sozialtelefon, Seniorenpässe),

  - Besucher-, Telefonringe,

  - mobiler Mittagstisch, außerhäusliche Verpflegungsangebote,

  - Hol- und Bringdienste.

Spezielle soziale Hilfen

- Haushaltshilfen (technisch-handwerklich, Wäschedienst),

- Besuchsdienste,
- Beschäftigungshilfen (Hobby-Kreise unter Beteiligung jüngerer Personen, Unterstützung anderer Hilfsbedürftiger),
- Clubs und Tagesstätten,
- kulturelle Veranstaltungen, Ausflugsfahrten.

Eine detaillierte Auflistung von Dienstleistungen in einem zu errichtenden Gesamtversorgungssystem (GVS) unter besonderem Aspekt der Altenhilfe beschreibt Kiesau (232).

Die skizzierten Rahmenbedingungen verweisen mehr als bei anderen Gruppen auf die besondere Benachteiligung der älteren Menschen in vielen Lebensbereichen und auf die Notwendigkeit einer intensiveren Interessenvertretung durch die Kommunen und dem Staat. Freizeitchancen werden besonders bei der einkommensschwachen Mehrheit der alten Menschen noch stärker durch die alltäglichen Probleme der Bewältigung ihrer Lebenspraxis beeinträchtigt.

2.5. Komplexe Ansätze zur Erklärung von Freizeitverhalten

Die dargestellten Zusammenhänge zwischen Formen von Freizeitverhalten und sozio-demographischen Variablen zeigen in vielen Fällen plausible Kausalzusammenhänge auf, die für die Manipulierung von Rahmenbedingungen wertvolle Hinweise geben und gleichzeitig Grenzen einer Umstrukturierung von Freizeitverhalten als Funktion der subjektiven Variabilität und Kompetenz sozialen Handelns abstecken.

Um den Aussagewert dieser Form von Auswertung empirischer Daten für "Planung" von Freizeiteinrichtungen bzw. Veränderung allgemeiner Rahmenbedingungen beurteilen zu können, empfiehlt es sich, den jeweils nicht-explizierten, jedoch immer schon vorgegebenen Strukturzusammenhang der materiell-institutionellen Bedingungen der Gesellschaft (Struktur der o.g. Arbeits-Wohnsitz-Bildungsverhältnisse) mit Formen sozialen Handelns, von denen ein Bereich als "Freizeitverhalten" untersucht wird, mit zu berücksichtigen: Die materiell-institutionelle Struktur des Bildungswesens als Rahmenbedingung von Freizeitverhalten erscheint in empirischen Untersuchungen lediglich auf der Ebene personenbezogener Sozialindikatoren, etwa als "formale Schulbildung", "Qualifikation des Berufsabschlusses" usw. Ebenso spiegelt sich die objektive Struktur der Arbeitswelt in unabhänigen Variablen wie "Berufsgruppe, Einkommen, Charakter der Arbeit, Wirtschaftsbereich" usw. wieder. Zwischen diesen Variablen und Formen des Freizeitverhaltens werden nun mittels statistischer Operationen (Häufigkeitsverteilungen, Korrelationen) Beziehungen hergestellt und im allgemeinen als kausale Zusammenhänge gedeutet. Dabei ergibt sich die Gefahr einer "Scheinkorrelation" d.h. als kausal erweist sich eine dritte Variable, die mit der geprüften unabhängigen Variablen in Zusammenhang steht. Beispiel: Zwischen Einkommen und Ausflugshäufigkeit besteht eine stark

positive Korrelation bei den unteren Einkommensklassen. Dieser Zusammenhang ließe sich operational praxisgewandt so deuten, daß eine Einkommenserhöhung dieser Gruppen zu einer gleichmäßigeren, "gerechteren" Verteilung der Chancen,einen Ausflug zu unternehmen, führen müßte. Es zeigt sich jedoch, daß die unteren Einkommensgruppen überwiegend von Rentnern und ungelernten Arbeitern gestellt werden, die vor allem aus altersbedingten Aktivitätsabbau bzw. sozialer Inmobilität Ausflüge ebenso wenig unternehmen wie andere - nicht-einkommensabhängige - Tätigkeiten, die eine gewisse Mobilität voraussetzen (Parkbesuche etc.). Als kausal erweist sich hier eine "intervenierende Variable" nämlich der Grad sozialer Mobilität. Diese erweist sich als in hohem Maß von Faktoren der Sozialisation abhängig und nur geringfügig als variabel gegenüber der Änderung situativer Faktoren. Ein höheres Einkommen würde z.B. vermutlich eher für Konsumgüter ausgegeben. Dieselben Zusammenhänge lassen sich für die Korrelationen zwischen Berufs- und Bildungsgruppen und Formen von Freizeitverhalten nachweisen.

Die dargelegten Beziehungen zwischen sozio-demographischen Variablen und Freizeitverhalten verweisen auf einen begrenzten Eingriffsspielraum für planerische Maßnahmen: Eben die Dimensionen der Variablen selbst. Sieht man die unabhängige Variable "Wohnung" als durch "Größe, Miet-Eigentumsverhältnisse, Raumzahl, Haushaltsgröße, Lage im Stadtgebiet usw." definiert an, so erscheinen diese Dimensionen scheinbar als plausible Determinanten der jeweils betrachteten Verhaltensweisen.

Nicht berücksichtigt wird hierbei, daß das soziale Verhalten einzelner Gruppen nur indirekt durch die Umstände wie Berufsgruppe, Bildung, Einkommen, Alter bestimmt wird und erst nach der Betrachtung der Vermittlungszusammenhänge begründete Veränderungsmöglichkeiten dieser Rahmenbedingungen beschrieben werden können.

Die Studie des SOFI (233) stellt fest, daß "bei jenen 4/5 der außerbetrieblichen Zeit, die allgemein zur Befriedigung physiologischer Notwendigkeiten, zur Regeneration und zur Sicherung des materiellen Lebensunterhaltes verwendet werden, die mittelbaren und unmittelbaren Zusammenhänge zwischen Arbeit und Freizeit vergleichsweise offenkündig seien, beim restlichen Fünftel (effektive Freizeit) jedoch eine zunehmende Komplexität des Vermittlungszusammenhanges mit der Grundbedingung abhängiger Arbeit bestehe". Darum scheint hier auch nicht mehr die Notwendigkeit bestimmter Verhaltensweisen vorzuherrschen, sondern eher ein gewisser Grad an "Beliebigkeit". Das weitere Vorgehen der Studie fällt jedoch wieder auf die Ebene deskriptiver Korrelationen zwischen Berufsgruppen und Aktivitäten in der "effektiven Freizeit" zurück. Der ohnehin problematische Ansatz,Freizeit qua Tätigkeiten in den Griff zu bekommen, wird dabei fortgeführt und auf eine Darlegung von Freizeitverhalten als Form von sozialem Handeln, das im Prozeß der primären Sozialisation in allgemeinen "patters" gelernt wird und in der sekundären Sozialisation (Schule, Betrieb) verfestigt bzw. durch den auf das Universum möglicher Handlungsweisen selektiv wirkenden Charakter dieser Institutionen an ihrer Aktualisierung und Weiterentwicklung gehindert wird, wird dabei verzichtet. Im folgenden werden die Faktorenanalyse und Sozialisationstheorie als Ansätze behandelt, die potentiell Freizeit als Feld sozialen Handelns in Begriffen umschreiben, die für soziale Planung in der Freizeit operationalisiert werden können.

2.5.1. Faktorenanalysen

Wie bereits dargelegt, kann Freizeitverhalten nicht als Aneinanderreihung isolierter Wahlakte verstanden werden, die auf Präferenzen von Individuen zurückgeführt werden. (2.1.1.) Nicht allein wegen der Bedeutung sachlicher Umstände und wegen der unterschiedlichen Funktion der gleichen Handlungsmöglichkeiten ist es oft notwendig, den "Gestaltcharakter" des Freizeitverhaltens zu berücksichtigen. Nach Scheuch ist Freizeitverhalten als Teil eines "Lebensstils" zu sehen. Diese sind dadurch gekennzeichnet, daß jeweils nur Konstellationen von Handlungen und Produkten als zueinander passend stereotypisiert sind." (234)

Objekt der Wahl ist nach Scheuch nicht die Handlung, sondern ein Lebensstil unter anderen. Damit erscheint die "Wahlhandlungstheorie" jedoch nur auf eine allgemeine Ebene verschoben und es wird kein Beitrag zur Erklärung des Vermittlungszusammenhanges mit äußeren Lebensbedingungen geleistet. Die bereits durch Analyse der Korrelationen sozio-demographischer Variabler mit Freizeittätigkeiten gewonnenen Zusammenhänge mit objektiven Lebensbedingungen werden hiermit nicht erweitert oder spezifiziert, sondern in das Individuum zurückverlagert. Gleichzeitig liefert die Faktorenanalyse ein anschaulicheres und deskriptiv exakteres Bild von Freizeitverhalten als die Darstellung von monovariablen Zusammenhängen. In einer Faktorenanalyse des EMNID-Instituts wurden die Interkorrelationen von 65 Freizeittätigkeiten untersucht. Eine Zuordnung der so gewonnenen "Bündel von Freizeittätigkeiten" zu Gruppen in der Bevölkerung ist hierbei nicht vorgenommen worden. Die EMNID-Faktorenanalyse gestattet lediglich,"aus dem spezifischen Zusammenhang zwischen den verschiedenen Merkmalen, Rückschlüsse auf innere Zusammenhänge, auf gemeinsame Bedingungen zu ziehen" (235). Durch verschiedene Techniken der Faktorenanalyse entstanden schließlich 13 Freizeitfaktoren (bzw."Lebensstile"). Beispiel:

"Familiäres Freizeitleben" wird in 4 Faktoren beschrieben, deren letzterer auch das Freizeitleben außerhalb der Familie betrifft:

- Typ des "aktiven Familienlebens" (wie Besuche, Feiern, Feste, Hobbys etc.),
- Typ von Familienfreizeit, die das "Selbermachen" in den Vordergrund stellt (Basteln, Reparaturen, Gartenarbeit) sonst wenig differenzierte Interessen,
- Typ des rekreativen Freizeitlebens (gar nichts tun, erholen, fernsehen, nachbarschaftliche Unterhaltung)
- Typ "Mobilität im Raum" (alle Tätigkeiten, die ins Grüne führen, Sehenswürdigkeiten besichtigen).

"Die zuerst genannte, freizeitaktive und etwas traditionelle Familie ist nach den Ergebnissen der relativen Häufigkeiten eine Massenerscheinung, die do-it-yourself Familie könnte bei 2o % angetroffen werden, die rekreative Lage ist seltener." (236)

Ebenso werden Faktoren "Zerstreuung" (aktiver-passiver Typ), "Bildung (klassischer, berufsorientierter Typ), "Sport" (aktives, passives, breit gelagertes Sportinteresse), "Steckenpferd" usw. beschrieben. (Beispiel siehe Tab. 69)

Schmitz-Scherzer u.a. (237) stellten bei einer Re-Analyse dieser Untersuchung fest, daß der theoretische Anspruch der EMNID-Faktorenanalyse überzogen wurde und der technisch durchführbare Rückbezug der Faktoren auf Personengruppen (Q-Technik) nicht durchgeführt wurde. Ferner liegt der Verdacht nahe, "daß vor allem dort hohe Korrelationen gefunden wurden, wo Synonyma ("Häufigkeit des Besuchs von Vereinsveranstaltungen" und des "Besuchs von Veranstaltungen vom Verein") abgefragt wurden. Aufgrund der große Heterogenität der Stichprobe hinsichtlich verschiedenster sozialer Merkmale wird auch angenommen, daß die Faktoren nicht nur die Variablenstruktur, sondern auch die Heterogenität der Stichprobe wiederspiegeln. Nach Eliminierung der Synonyma ergaben sich statt 13 nur noch 7 Faktoren. Beispiele:

Faktor 1 "Sportliche Freizeitaktivitäten" ist in vielen Aspekten auf jüngere Generationen zentriert, Außer-Haus-Tätigkeiten.

Faktor 2 "Hobby" zeigt den oft vermuteten Sachverhalt, daß deutlich thematisierte und spezifische Freizeitaktivitäten häufig positiv korrelieren und kaum auf soziale Aspekte schließen lassen.

Faktor 3 "Familienbezogene Freizeitbeschäftigungen"

Faktor 4 "Bildungsbezogene Freizeittätigkeiten

Faktor 5 ist ein komplexerer Faktor. Es finden sich hier do-it-yourself-Tätigkeiten, Gartenarbeit, passives Sportinteresse, geringe Mobilität.

Faktor 6 Rekreationsfaktor, der auch Routinetätigkeiten des täglichen Lebens enthält (Fernsehen, von der Arbeit erholen, nichts tun, sich mit Nachbarn unterhalten).

Faktor 7 ist ein "spezifischer Faktor", der kaum eine Benennung erlaubt (Volkstanz, Kegeln, Bowling, Sportarten). Ganz spezifische Tätigkeiten wie diese haben wenig Varianz mit anderen Freizeittätigkeiten gemeinsam.

Im Vergleich zur EMNID-Studie wurden vier Faktoren bestätigt. (Familienzentriert, wenig sozial determiniert (Hobbyfaktor), ein Faktor assoziiert mit außerfamiliären Kontakten (Sozialkontakte, Sport, Spiel, Rekreation).

Eine Cluster-Analyse von Schmitz-Scherzer (238) wies vor allem 4 Muster auf, die als "Freizeit im familiären Kontext", "Freizeit mit Freunden und Bekannten", "Streben nach Informationen" und "Freizeit in der alltäglichen Routine und Rekreation" charakterisiert wurden. In anderen Faktorenanalysen finden sich Faktoren, die durch Variable, die der Informationsgewinnung gewidmet sind, zu "Informationsfaktoren" führen.

Der differenzierteste faktorenanalytische Ansatz stammt von Wippler. (239) Es wurden die Interkorrelationen von 35 Freizeitaktivitäten analysiert, die zu fünf Faktoren von Freizeitaktivitäten führten:

- dynamisch-expansives Freizeitverhalten
- Partizipation am kulturellen Leben
- praktisch-physische Aktivitäten
- latent anregendes und stimulierendes Freizeitverhalten
- intellektueller Zeitvertreib.

Zusätzlich wurden Aspekte der Freizeit,wie sie aus der Literatur entnommen wurden, entlang einem Kontinuum von jeweils zwei Begriffspaaren quantifiziert (sozial- nicht sozial gebunden, produktiv, im Hause - außer Hause). Ferner wurde der Grad sozialer Partizipation sowie der Umfang des Repertoires der Freizeitaktivitäten einer jeden Person erfaßt. Wippler weist als zentrales Organisationskriterium die Verschiedenheit des Freizeitverhaltens aus:

Verschiedenheit scheint nicht nur ein brauchbarer, sondern auch ein theoretisch wichtiger Aspekt des Freizeitverhaltens zu sein. Die Analyse der Verbindungen innerhalb der Struktur des Freizeitverhaltens zeigt an, daß Freizeitaktivitäten kumulativ sind. Die Grenzen zwischen den sich gegenseitig ausschließenden Freizeit-Mustern scheinen theoretisch weniger bedeutsam zu sein, als die Unterscheidung zwischen gering ausgeprägtem Freizeitleben und sehr abwechslungsreichem Freizeitverhalten. Die Mannigfaltigkeit

des Freizeitverhaltens kann auch von daher als einer der wichtigsten Aspekte des Freizeitverhaltens angesehen werden." (24o)

Auf der Ebene der Erklärung der so gefundenen Faktoren verweist Wippler auf Studien, die Religion, Art der Arbeit und Karriere sowie Bildung als stärkere Determinanten von Freizeitverhalten als Geschlecht, Alter und sozio-ökonomischen Status aufführen oder Variationen des Freizeitverhaltens mehr in Bezug zu Bildungs- als zu sozialen Klassenunterschieden sehen. Aufgrund des hohen Verdichtungsgrades einer Vielzahl von Tätigkeiten zu "Freizeitverhalten" sind diese Ansätze für soziale Planung,die auf Kenntnisse konkreter tätigkeits- und gruppenspezifischer Zusammenhänge angewiesen ist, nur bedingt verwertbar. Wippler selbst führt 5o unabhängige Variable (sozial sozial-psychologisch) in die Analyse der o.g. "Dimensionen von Freizeitverhalten" ein, um die Frage zu klären, welche Variablen die größte Varianz des Freizeitverhaltens erklären. Besonders wurden Variable berücksichtigt, die mit der täglichen Arbeit in Zusammenhang stehen (Arbeitsaufgabe, -erfahrung, Karriere). Dies wird mit der theoretischen Wichtigkeit dieser Variablen gerechtfertigt, da die meisten Soziologen der Arbeit eine große Bedeutung zuschreiben. Diesbezüglich entwickelte Hypothesen faßt Wippler unter Kontrast- (kompensatorisches, regeneratives, komplementäres Freizeitverhalten) und Kongruenzhypothese (suspensives, kontinuierliches Freizeitverhalten) zusammen und operationalisiert sie für die Studie.

Die Ergebnisse der Studie von Wippler sind hinsichtlich dieser Hypothesen umso interessanter als besondere Sorgfalt auf die theoretische Vorstrukturierung der Arbeitsvariablen gelegt wurde. Diese erklären tatsächlich nur einen kleinen Teil der Varianz des Freizeitverhaltens und weisen auf eine Überschätzung des direkten Einflusses auf das Freizeitverhalten hin. Die Ergebnisse zeigen,

- daß kompensatorisches Freizeitverhalten nur unter Arbeitsbedingungen extremer Deprivation auftritt
- die Kongruenz-Hypothese wird (Fortsetzung positiver Elemente der Arbeitssituation in der Freizeit) nicht bestätigt,

- daß Variable des sozialen Status (Bildung, Einkommen, Prestige) viele Variationen im Freizeitverhalten erklären,
- ein hohes Bildungsniveau bedingt größere Mannigfaltigkeit und Teilnahme an Freizeitaktivitäten, die ein großes Repertoire an gelernten Fertigkeiten voraussetzen (intellektuelle Aktivität, kulturelle Partizipation),
- höheres Prestige bedingt höheren Grad an sozialer und politischer Partizipation und an Öffentlichkeit,
- dagegen ist Einkommen ebenso wie Wohnungsbedingungen nicht für Variationen im Freizeitverhalten verantwortlich, wenn Einfluß der Bildung und Prestige konstant gehalten werden,
- im Hinblick auf Alter und Ehestand erlaubt die Annahme eines Lebenszyklus eine konsistente Interpretation (drastische Änderung des Freizeitstils nach der Heirat),
- Wertorientierungen stellen einen selbständigen Einfluß dar, auch wenn Einfluß der Variablen des sozialen Hintergrundes eliminiert wird.

Die Ergebnisse von Wippler machen deutlich, daß die Wahl der Freizeitaktivitäten weniger durch Arbeitsverhältnisse und einen Mangel an materiellen Hilfsmitteln als durch Mangel an erlernten Fähigkeiten eingeschränkt wird. Dieser Lernprozess soll im folgenden als Sozialisationsprozess begriffen werden, über den erst unterschiedliche materielle Lebensbedingungen in subjektive Verhaltensdispositionen transformiert werden.

.5.2. Sozialisationstheorie

Die empirischen Untersuchungen aktuellen Freizeitverhaltens verwiesen auf Diskrepanzen in der Häufigkeit der Ausübung einzelner Tätigkeiten in sozio-demographisch definierten Gruppen. Die Faktorenanalysen haben gezeigt, daß es interkorrelierende Cluster von Verhaltensweisen (Lebensstile) gibt. Sie konnten jedoch nur teilweise die Bedingungen formulieren, die einen Eingriffsspielraum aufzeigen bzw. verwiesen zurück auf Determinanten "formale Bildung, Lebenszyklus, Status" usw. Die empirischen Einzelkorrelationen machen jedoch deutlich, daß etwa geschlechtsspezifische Unterschiede teilweise stärker ausgeprägt sind als schichtspezifische Diskrepanzen (partizipatorisches Verhalten, Sport) oder bei gleichem Einkommen Angehörige verschiedener Berufsgruppen bezüglich kostenintensiven Formen der Freizeitverbringung sich unterschiedlich verhalten. Zeitbudgetdaten zeigten, daß vor allem die Anzahl der Sekundär- und Tertiärtätigkeiten Freizeitstile differenziert. Diese Beispiele zeigen, daß sich Freizeitverhalten nicht allein aus den aktuellen Lebensumständen verstehen läßt, sondern bereits der Sozialisationsprozeß über die künftige Variationsbreite möglicher Formen der Freizeitverbringung entscheiden muß. Zu klären ist, inwieweit in der schicht- und geschlechtsspezifischen Sozialisation Fähigkeiten sozialer Kompetenz (als Rollendistanz, Ambivalenztoleranz, Ich-Stärke, Verbalisierungsfähigkeit) ungleich verteilt werden und zugleich die Aneignung subkultureller Lebensstile und Rollenverhalten über imitative Lernprozesse die künftigen "Wahlmöglichkeiten" restringiert. Diese Betrachtungsweise zeigt zugleich mit dem Mechanismus der Reproduktion der sozialen Struktur und damit dem Teilbereich Freizeitverhalten auch Eingriffsstellen aus.

1. Tradierung sozialer Kompetenz

Bernstein (241) stellte bei sozio-linguistischen Untersuchungen fest, daß die soziale Struktur im wesentlichen durch Prozesse des Sprachlernens zum Substrat kindlicher Erfahrung wird. Ober das Medium eines

schichtspezifischen Codes, den Bernstein als restringiert (Unterschicht) und elaboriert (Mittelschicht) bezeichnete, wird soziale Realität in der primären Sozialisation verinnerlicht. Für die Struktur der Sozialbeziehungen der Mittelschicht, in der das Kind den elaborierten Code erlernt, ist hauptsächlich ein permissiver Erziehungsstil bestimmend, d.h. Belohnungen und Bestrafungen werden eher symbolisch vermittelt. Gegenüber den Bedürfnissen und Wünschen des Kindes verhalten sich die Eltern tolerant und nachgiebig. Erstes Ziel der Mittelschichtfamilie ist die Verinnerlichung von individuellen Werten und Kontrollen. Im Verlauf der Erziehung verinnerlicht das Kind die moralischen Wertstandards und gesellschaftlichen Normen, die für das Erziehungsverhalten dieser Schicht die Grundlage bilden. Demgegenüber ist in der Unterschicht ein punitiver Erziehungsstil vorherrschend, der zum Ziel hat, daß sich das Kind Forderungen der Eltern gehorsam unterordnet. Besonders geschlechtsspezifische Rollen werden strikt zugewiesen. Motivationen zu intensivem Lernen werden weniger stimuliert, wichtiger ist die unmittelbare Befriedigung aktueller Bedürfnisse. Die Erziehungsziele sind an kollektiven Verhaltensstandards orientiert. Im Gegensatz zur Mittelschicht reagieren die Eltern der Unterschicht weniger auf Absichten als auf Folgen von Handlungen und richten ihren Erziehungsstil darauf ein, das Kind den kollektiven Verhaltensnormen ihrer sozialen Schicht anzupassen.

Im sprachlich vermittelten Interaktionsprozeß der Unterschicht bleiben symbolisch vermittelte Bedeutungen implizit, d.h. sie werden nicht in dem Maße verbal differenziert dargestellt, wie das in der Mutter-Kind-Beziehung der Mittelschicht der Fall ist. Da so unreflektiert affektive Beziehungen einen größeren Stellenwert haben als kognitive Differenzierungen, wird auch die Fähigkeit des Kindes, in differenzierten Aussagen sich und seine Umwelt darzustellen, reduziert. Dem Kind der Unterschicht sind so die Möglichkeiten abgeschnitten, in seiner Sozialisation die Erfahrung der individuellen Besonderheit zu entfalten, es orientiert sich an kollektiv geltenden Standards seiner Schicht.

Für die Chancen der Erlernung von Flexibilität sozialen Verhaltens als Voraussetzung kommunikativen, aktiven und politischen Freizeitverhaltens erscheint auch Bernsteins Unterscheidung nach personenorientiertem (Mittelschicht) und statusorientiertem (Unterschicht) familialem Rollensystem von Bedeutung. Während in ersterem maximale Rückkopplung vorhanden ist, da Entscheidungen der Eltern verbal legitimiert werden und das Kind seine Intentionen verbal darstellen kann, entspricht die Rollentrennung in der Unterschichtfamilie einer minimalen Rückkopplung: Entscheidungen der Eltern sind nicht darauf gerichtet, individuelle Verhaltensorientierungen zu stimulieren, sondern darauf, das Kind den Normen und kollektiv geltenden Verhaltensschemata ihrer Schicht anzupassen. Die im personenorientierten Rollensystem im elaborierten Code vermittelten Bedeutungen bezeichnet Bernstein als universalistisch, da sie für die gesamten Sozialbeziehungen der Gesellschaft Geltung haben, wogegen die im restringierten Code übermittelten Bedeutungen partikularistisch sind, da sie sich auf die Struktur der Sozialbeziehung von gesellschaftlichen Teilgruppen beziehen. (242)

Der sozio-linguistisch orientierte Ansatz von Bernstein zeigt deutlich, wie Strukturen des Freizeitverhaltens auf grundlegende schichtspezifische Patterns des Sozialisationsverhaltens zurückgeführt werden können. Besonders die konstatierte familienzentrierte Freizeitverbringung der Unterschicht, geringe Beteiligung und Durchsetzungsfähigkeit an Vereinen, Parteien, stärkere Konsumorientierung als Anpassung an schichtspezifische Werte finden hier ihre Erklärung.

Die empirischen Daten haben auch gezeigt, daß Freizeitverhalten stark geschlechtsspezifischen Patterns folgt, die nur durch das Erlernen geschlechtsspezifischen Rollenverhaltens erklärt werden können. Insbesondere die starke Unterrepräsentanz von Frauen im Bereich von Partizipation, Sport, Öffentlichkeit (Gaststätten) usw. verweist auf objektive, situative Restriktionen (Vorurteile) und auf restringierte, sozialisationsbedingte Handlungskompetenz gleichermaßen. Danziger (243) wertete zahlreiche empirische Studien aus, die zeigen,

- daß der Lernprozeß geschlechtsspezifischen Verhaltens durch operant conditioning beschrieben werden kann, wobei rollenkonformes Verhalten jeweils positiv, non-konformes Verhalten negativ sanktioniert wird,
- daß Formen aggressiven Verhaltens sich im Zeitverlauf kontinuierlich stärker bei Jungen, passiv-abhängiges Verhalten bei Mädchen entwickelt,
- daß bei Jungen der Einfluß der peer-Gruppe größer ist als Identifikationsprozesse mit dem Vater,
- daß Geschlechtsrollenübernahme bezüglich inhaltlicher Rollenerwartungen und die Ausbildung weiblicher Patterns bei Mädchen stark vom subkulturellen Milieu der Umgebung abhängen. Demgegenüber orientieren sich männliche Patterns an objektiven Standards und sind vom sozialen feedback relativ unabhängig.

Gehen wir weiter davon aus, daß für soziales Verhalten und damit Freizeitverhalten subkulturelle Milieus und Lebenswelten mit konsistenten Lage-, Wert- und Verhaltensorientierungen relevant werden, so lassen sich qualitative Unterschiede (welches Buch, welcher Film, welcher Urlaubsort, welcher Sport) im Freizeitverhalten als durch Beobachtung und Nachahmung ebenso wie durch Rollenübernahme vermittelt erklären. Bandura (244) zeigte, daß Verhaltensweisen durch einfache Beobachtungen gelernt und nachgeahmt werden.
Der Mechanismus, wie die so erworbenen schichtspezifischen Verhaltens- und Wertorientierungen etwa in Institutionen der sekundären Sozialisation verfestigt werden, wird im Abschnitt 5 (Bildungswesen) deutlich.

2. Sozialisation und schichtspezifische Lebensverhältnisse

Während bislang schichten- und geschlechtsspezifische Faktoren für die Entwicklung der Persönlichkeitsstruktur des Kindes dargestellt wurden, soll nun versucht werden, historisch-gesellschaftliche Bedingungsfaktoren, die in Beziehung zu familialen Interaktionsmustern sowie Lern- und Erfahrungsprozessen stehen, aufzuzeigen.
Oevermann (245) faßt einige wichtige Merkmale der konkreten Lebensbedingungen der Unterschicht, die mit der Situation am Arbeitsplatz verbunden sind, zusammen: "Für den manuell arbeitenden Angehörigen der Unterschicht sind mit dem Arbeitsplatz die einzigen wesentlichen Sozialkontakte außerhalb der primären Sozialbeziehung der Familie

und Nachbarschaft verbunden. Seine Arbeitssituation, in der er sich starken institutionellen und informellen Kontrollen ausgesetzt sieht, ist durch ein hohes Maß an Abhängigkeit und Unterordnung geprägt. Weder kann er autonom über seine Arbeitseinteilung entscheiden oder wesentlichen Einfluß auf die von oben organisierten Arbeitsvorgänge ausüben, noch hat er die Möglichkeit, sich die Struktur des Produktionsvorganges rational transparent zu machen. Vielmehr muß er sich stets den technischen und sozialen Bedingungen des Arbeitsplatzes widerstandslos fügen. Der Arbeitsvollzug ist selbst häufig durch einen monoton ablaufenden Umgang mit Sachen gekennzeichnet. Kommunikationen finden weniger in differenzierter Form der Symbolorganisation, sondern eher im Medium kollektiv-standardisierter, häufig extraverbaler Signale statt." Auch Kohn (246) sieht die schichtenspezifischen Unterschiede im Erziehungsverhalten als eine Funktion von Unterschieden der sozialen Lage, der Arbeitsbedingungen und dem Inhalt der Arbeit. Er sieht als die wichtigsten Unterschiede in den Berufssituationen der sozialen Schichten außer sozialer Sicherheit, Einkommen und Status an: Berufe der Mittelschicht sind mehr mit interpersonellen Beziehungen, Ideen und Symbolen befaßt, Unterschichtberufe mehr mit der Handhabung von Dingen. Mittelschichtberufe sind mehr an Eigenverantwortung orientiert, Unterschichtberufe eher an Normierung und der direkten Aufsicht unterworfen. Ferner hängt das Fortkommen in Mittelschichtberufen mehr von Tätigkeiten des Einzelnen ab, während es in der Unterschicht mehr von kollektiven Handlungen abhängt (Gewerkschaft). Berufe der Mittelschicht erfordern auch einen höheren Grad an Selbststeuerung, solche der Unterschicht mehr, daß ausdrückliche Regeln befolgt werden.
Dahrendorf (247) betont u.a. den Aspekt der Autorität in der Betriebshierarchie. Die Arbeiter stehen am Fuß einer Autoritätspyramide. Sie verfügen über keine Anordnungsbefugnisse.

Die mit der Arbeitssituation zusammenhängenden Lebensbedingungen der Unterschicht sind in der Hauptsache davon bestimmt, daß die Arbeit in hierarchisch gegliederten betrieblichen Organisationsformen in autoritär strukturierten Rollenbeziehungen stehen, die ihnen vor allem passives Verhalten abfordern.

In diesem Zusammenhang steht auch die Untersuchung von Cohen/Hodges, die die soziale Lebenswelt im subkulturellen Milieu der Unterschicht beschreibt.
Verglichen mit der Mittelschicht hat die Unterschicht einen relativ engen Erfahrungsbereich. In den verschiedenen Lebensabschnitten haben Arbeiter kaum die Möglichkeit, andere soziale und sozio-kulturelle Lebensbereiche mit neuen Lebensstilen, anderen Verhaltenseinstellungen und neuen Perspektiven genauer kennenzulernen. Ihre Erfahrungen sind vorwiegend an ihrer Berufsrolle orientiert, die nur wenige Alternativen des Rollenverhaltens umfaßt. So kann von einer Reduktion der Erfahrungsmöglichkeiten gesprochen werden, die die in der Unterschicht vorherrschende Apathie verstärkt, wie sie sich in der geringen Teilnahme an sozialen Gruppierungen (Vereine, Clubs, Parteien) ausdrückt. Neben der Restriktion an Erfahrungsmöglichkeit charakterisieren nach Cohen/Hodges Unsicherheit, Machtlosigkeit und Deprivation die sozialen Bedingungen der Lebenswelt der Unterschicht. (248)
Die Sozialbeziehungen der Unterschicht können mit Oevermann (249) als eine spezifische Reaktion auf Bedingungsfaktoren angesehen werden, die er als Beschränkung auf das Netz der Primärbeziehungen im erweiterten Verwandtschaftssystem, in der Nachbarschaft und mit wenigen Freunden beschreibt. Dabei wird eine enge partikularistische Sozialbeziehung gesucht, die gleichsam einen defensiven Rückzugspunkt gegenüber einer undurchschaubaren nach universalistischen Kriterien organisierten Außenwelt, eine soziale Insel bildet.
Die Struktur der partikularistischen Sozialbeziehung bestimmt auch eine rigide geschlechtsspezifische Rollentrennung, die die Aufgaben des Mannes auf materiellen Unterhalt beschränkt, während der Frau hauptsächlich Aufgaben der Erziehung und Haushaltsführung zugeordnet werden. Diese geschlechtsspezifische Orientierung führt in der Unterschicht zu einer männlichen und weiblichen Lebenswelt.
Zahlreiche Untersuchungen in den USA stellen fest, daß an die Stelle der Familie die peer-group-society tritt, da mit peers (Leute gleichen Alters, Geschlechts und Lebensart) die meisten Beziehungen bestehen.

Die Identität des Einzelnen ist durch seine Gruppenzugehörigkeit und Konformität mit Gruppennormen strukturiert.

Faßt man diese u.a. Untersuchungen zusammen, so ergibt sich eine typische Reihung empirisch gesicherter Aussagen über Bewußtseinsformen und Verhaltensweisen der Unterschicht:

- geringe Teilnahme an sekundären sozialen Gruppen,
- passiver Schicksalsglaube und Fatalismus,
- geringer Planungshorizont im Hinblick auf die Fähigkeit, auf eine auf den Augenblick bezogene Bedürfnisbefriedigung zugunsten einer längerfristig in Aussicht gestellten zu verzichten (deferred gratification patterns),
- geringer Planungshorizont im Hinblick auf Konsumverhalten,
- dichtes Netz von Primärbeziehungen in Nachbarschaft und erweiterter Verwandtschaft,
- partikularistisch-solidarische Sozialbeziehungen,
- auf rigide Geschlechtsrollentrennung bezogene Familienstrukturen.

Ebenso können die Merkmale familialer Interaktionsstrukturen von Unter- und Mittelschicht aufgelistet und gegenübergestellt werden:

Unterschicht	Mittelschicht
– erwachsenenorientierte Eltern-Kind-Beziehungen	kindorientierte Eltern-Kind-Beziehungen
– frühes Reinlichkeitstraining	spätes Reinlichkeitstraining
– restriktives Erziehungsverhalten	permissives Erziehungsverhalten
– Ordnung, Gehorsam	Nachgiebigkeit, Toleranz
– konformistische, äußere Regeln bezogen auf Erziehungseinstellungen	autonomistische, internalisierte Prinzipien bezogen auf Erziehungseinstellungen
– äußere Autorität	Selbstkontrolle
– punitive und an unmittelbaren Folgen orientierte Erziehungstechniken	psychologische und an Absichten orientierte Erziehungstechniken
– passivistische, gegenwartsbezogene, familistische Orientierungen	aktivistische, zukunftsorientierte, individualistische Orientierungen
– geringe Leistungsmotivation und geringes Leistungsstreben	hohe Leistungsmotivation und hohes Leistungsstreben

aus: Hager, Haberland, Paris, Soziologie und Linguistik, Stuttgart 1974, S. 226

Neben den Arbeitsverhältnissen bestimmen auch die Wohnverhältnisse der Unterschicht über Erziehungsverhalten die soziale Kompetenz zu autonomen Freizeitverhalten in negativer Weise. Die häusliche Umgebung läßt sich überspitzt charakterisieren durch:

- überfüllte und hygienisch häufiger unzureichende Wohnungen,
- das Fehlen einer abgeschlossenen Privatsphäre für jedes Individuum, besonders das Fehlen räumlicher Trennung von Erwachsenen und Kindern,
- mangelhafte Ausstattung der Wohnung mit stimulierenden Gegenständen, wenig adäquates Spielzeug.

Es erscheint naheliegend, daß durch diese Umstände eine Erziehung zur Autonomie eingeschränkt wird, d.h. permissive und psychologische Erziehungstechniken in diesen Verhältnissen nicht sinnvoll angewendet werden können. So gelang es Roy (25o) zu zeigen, daß die Nachgiebigkeit in der Erziehung mit der Anzahl der zur Verfügung stehenden Räume korreliert.

Mit Blick auf solche Befunde kommt Becker zu folgender Zusammenfassung: "Die Zahl der Kinder, ihre gegenseitige Beengtheit, Raumverhältnisse, Vertrauen zur Nachbarschaft, gemeinsame sanitäre Anlagen und eine Serie anderer Faktoren - im Zusammenhang mit der Wertorientierung, die von beruflichen Umständen und Erfahrungen in der Erziehung bestimmt wird - sind zusammen möglicherweise wichtig für das Verständnis der schichtspezifischen Unterschiede in den Erziehungstechniken." (251)

Die Darstellung dieser Zusammenhänge von Arbeits- und Wohnverhältnissen mit der Sozialisation macht für die Analyse des Freizeitverhaltens und planerische Eingriffsmöglichkeiten zweierlei deutlich:

1) Angehörige der Unterschicht sind gemessen an den Begriffen des Interaktionsparadigmas (Rollendistanz, Ambivalenztoleranz, Ich-Identität, Empathie) weniger in der Lage, sich im Sinne selbstbestimmter Wahl von Freizeitmöglichkeiten zu verhalten. Die diesbezügliche Variationsbreite scheint durch spezielle, materielle Angebote nur wenig erweiterbar. Die Angebote müßten hinsichtlich der kognitiven, sprachlichen, emotionalen und verhaltensmäßigen Deprivation einen kompensatorischen Charakter erhalten und könnten besonders vom betrieblichen Bereich als zentralem Erfahrungsfeld ausgehen.
2) Die Arbeits- und Wohnverhältnisse werden für schichten- und geschlechtsspezifisches Freizeitverhalten weniger direkt in restriktiver Weise für Verhalten in der Freizeit relevant, sondern erst im Umweg über den persönlichkeitsbildenden Sozialisationsprozeß, der die Chancen autonomen Handelns für die folgende Generation zuteilt. Damit erhalten auch die teilweise inkonsistenten Ergebnisse der Faktorenanalysen und empirischen Einzelkorrelationen eine hinreichende Erklärung.

3. Schichtungstheoretische Ansätze

Die in Teil 2 bearbeiteten empirischen Daten zeigen über allgemeine schichtspezifische Differenzen noch weitere erklärungsbedürftige Strukturen. Insbesondere fällt die drastische Depravierung der un- und angelernten Arbeiter und der Bildungsgruppen ohne abgeschlossene

Berufsausbildung auf. Die Diskrepanzen zwischen Facharbeitern und un- und angelernten Arbeitern sind häufig signifikanter als zwischen Facharbeitern und Angestellten/Beamten. In vielen Freizeitbereichen zeichnet sich hier ein aktivitätsarmes Freizeitsubproletariat ab, daß aufgrund niedrigen Einkommens von zahlreichen kostenintensiven Möglichkeiten ausgeschlossen bleibt, gleichzeitig einen konsumorientierten Nachholbedarf zeigt und aus mangelnder sozialer Kompetenz passiven Weisen der Freizeitverbringung verhaftet bleibt.
Zahlreiche Untersuchungen über den "neuen Arbeiter" bzw. die "Verbürgerlichungshypothese" befassen sich damit, ob sich - zumindest Teile der Arbeiterschaft - aufgrund veränderter ökonomischer und technischer Bedingungen in Lage und Bewußtsein vom "alten Arbeiter" losgelöst haben. (252) Geht man vom Begriff der Verbürgerlichung aus, wie ihn Lockwood/Goldthorpe (253) umschrieben (Verbürgerlichung = Angleichung an das materielle Lebens- und Sicherheitsniveau der Mittelklasse = Aneignung von Lebensstil, kulturellen Normen, Verhaltensstandards und sozialen Erwartungen der Mittelklasse = soziale Anerkennung durch die Mittelklasse), so konnte bislang keine durchgängige, allgemeingültige Tendenz nachgewiesen werden. Goldthorpe/Lockwoods Untersuchung ergab vor allem bei gutverdienenden angelernten Arbeitern das Vorherrschen einer instrumentellen Arbeitsorientierung (d.h. auf Zwecke und Ziele außerhalb der Arbeitssituation gerichtet), die der "traditionellen" auf solidarische Gruppenloyalität gerichteten Orientierung nicht mehr entsprach, sondern durch Karriereinteressen überformt ist. Arbeit wird ausschließlich als Mittel zum Zweck (Lohnerwerb) angesehen, das Interesse, die Arbeitskraft zu einem höchstmöglichen Preis zu verkaufen und die Beziehung zum Betrieb mittels des Lohnes auf das zugrundeliegende Geldverhältnis zu reduzieren, dominiert. Die Arbeit hat nicht Teil an den zentralen Lebensinteressen, sie ist keine Quelle der Selbstverwirklichung. Hieraus folgt eine scharfe Trennung von Arbeit und Nichtarbeit. Diese instrumentelle Orientierung erklärt Goldthorpe/Lockwood u.a., daß

- der allgemein sehr geringe Grad an Arbeitszufriedenheit mit einer relativ starken Bindung an das momentane Beschäftigungsverhältnis gekoppelt ist,

- Schichtarbeit und Oberstunden überwiegen; die Arbeiter waren Spitzenverdiener, weil sie die Bedingungen fragmentierter monotoner Arbeit "akzeptierten",
- der Arbeitsplatz vom "neuen Arbeiter" im Gegensatz zum traditionellen Arbeiter mit solidarischer Orientierung kein günstiges Milieu für die Entwicklung informeller Beziehungen mit Arbeitskollegen mehr darstellt,
- die Arbeiter ihren sozial-ökonomischen Horizont vor allem im Konsumbereich erweitern, ohne gleichzeitig Werte und Normen der Mittelklasse zu adoptieren. Im Gegensatz zu Angestelltenfamilien fand in der Regel weder Diskussion noch langfristige Planung der Familienfinanzen bei den Arbeiterfamilien statt,
- die Zwänge zur Arbeit in Form von Oberstunden, Schichtarbeit und Mitarbeit der Frauen die Freizeit sehr einschränkten,
- Arbeiter nicht in traditionellen Arbeiterwohnvierteln wohnten und einen hohen Grad an Privatisierung, d.h. Beschränkung auf die Familie aufwiesen.

Die Arbeiter zeigten insgesamt ein wenig entwickeltes Status-Bewußtsein, ihr Gesellschaftsbild entsprach nicht der charakteristischen Angestelltenkonzeption (einer Prestigehierarchie), aber auch nicht einer dichotomen Machtstruktur, vielmehr wurden Einkommen, Vermögen und Lebensstandard als die wichtigsten Determinanten der gesellschaftlichen Rangskala gesehen.(254) Goldthorpe/Lockwood stellen resümierend fest, daß steigendes Einkommen und Konsumniveau weder die objektiven noch die subjektiven Bestimmungsfaktoren der sozialen Lage der Arbeiter verändert haben.

Die These prüfend, daß in den USA ein großer Teil der Arbeiterklasse einen Angestellten-Lebensstil und Mittelklassenwerte vertrete, die Löhne von Facharbeitern, Vorarbeitern und Fachmechanikern diejenigen vieler "unterer" Angestellten und Beamten überträfen und die Linie, die die "Aristokratie" der Facharbeiter von der Masse der un- und angelernten Arbeiter trennten, soziologisch bedeutender sei als diejenige zwischen Facharbeitern und Angestellten der unteren Mittelklasse, stellt Hamilton (255) fest, daß Werte und Verhaltensweisen von Facharbeitern denen minderqualifizierter Arbeiter ähnlicher seien als denen von Angestellten. Hamilton konstatiert jedoch auch eine weitverbreitete Homogenität der Werte und führt als Erklärung eine tatsächliche "Konversion" an und zum anderen würden abwärts mobile Personen Mittelklassenwerte beibehalten.

Die festgestellten, teilweise nur geringen Differenzen bei Freizeitbeschäftigungen zwischen Arbeitern und Angestellten (z.B. Fernsehen) können somit nur teilweise auf konvergierende Lebensstile und Wertorientierungen zurückgeführt werden und bleiben offensichtlich auf erhöhte Chancen der Befriedigung von subkulturell wertneutralen Konsummöglichkeiten beschränkt.
Nichtsdestoweniger ist die starke Depravierung der Arbeiterunterschicht von Freizeitchancen ein empirisch noch nicht untersuchtes Gebiet.
Betrachten wir zuletzt die allgemeine Zukunftsperspektive als Indikator von Verhaltensdispositionen der Arbeiter im Freizeitbereich. Befragungen von Schuhmann (256) zeigen, daß die Arbeiterschaft mehrheitlich mit einer Verbesserung ihrer sozialen Lage rechnet, wobei die Zukunftsperspektive vornehmlich unter dem Gesichtspunkt verbesserter Konsumchancen gesehen wird. Forderungen nach größerer sozialer Gerechtigkeit oder Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums werden kaum erwartet. Demgegenüber erwartet eine große Minderheit steigende Arbeitsplatzunsicherheit und über 4o % erwarten erhöhte Arbeitsbelastung. Die Mehrheit (68 %) sieht sich als eine in zentralen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligte Gruppe. Auch hiermit wird der bereits konstatierte Trend bestätigt, daß Arbeiter vorwiegend auf konsumptivem Weg stärker an Freizeitmöglichkeiten partizipieren wollen und gesellschaftliche Strukturen relativ fatalistisch hinnehmen. Eine besondere Rolle dürfte dabei auch spielen, daß politisch-soziale Betätigung in der Freizeit keinen eigenständigen Prestigewert in der Arbeiterschaft besitzt, im Gegensatz zur Mittelschicht, wo derartiges Engagement gleichzeitig für die individuelle Karriere instrumentalisiert wird.

3. DIE ARBEITSVERHÄLTNISSE ALS RAHMENBEDINGUNGEN FÜR FREIZEITMÖGLICHKEITEN UND -ANGEBOTE

Die Arbeitswelt wirkt vor allem über folgende Strukturmerkmale auf die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und Angebotsnutzung ein:

- Arbeitszeitverteilungen
  (Tages-, Wochen-, Jahres- Lebensarbeitszeit)
- Physische/psychische Belastungen
  (Akkord, Fließbandarbeit, Arbeitsintensität)
- Grad der Selbst- bzw. Fremdbestimmung
- Freizeitangebote der Betriebe.

Die Abschätzung der Relevanz von Änderungen dieser Rahmenbedingungen orientiert sich am Ziel des Abbaus der Dichotomie Arbeit/Freizeit - wie sie heute für die Masse der Arbeiter und unteren Angestellten/Beamte tägliche Realität ist - zugunsten einer Integration von Arbeits- und Freizeitelementen und weitestmöglichen Chancen zur Selbstverwirklichung und -bestimmung in beiden Bereichen. Dabei wird von einer quantitativ gleichbleibenden Arbeitszeit ausgegangen.

3.1. Alternative Arbeitszeitverteilungen

Mit veränderten oder flexibleren Arbeitszeitverteilungen kann u.a. erreicht werden:

- ein Abbau von Verkehrsspitzenbelastungen mit der Folge verkürzter Wegezeiten und vermindertem Streß,
- ein erhöhter Grad an Selbstbestimmung und Befriedigung temporärer Bedürfnislagen und Realisierung des persönlichen Tagesrhythmus bei Wählbarkeit der jeweiligen Verteilungsmöglichkeiten,
- verringerte Arbeitsermüdung und erhöhte Arbeitszufriedenheit bei verkürzter Erholungszeit, optimale Nutzung der individuellen Leistungskurve,
- ein Abbau von Belastungsspitzen der Freizeitangebote (Zoos, Parks, Ausflugsziele, Gastronomie, Sportanlagen) und damit erhöhter Erholungswert.
  Analog müßten Betriebs-, Öffnungs-, Veranstaltungszeiten der Angebote geändert werden.

3.1.1. Tägliche Arbeitszeitverteilungen

Möglichkeiten der Arbeitszeitverteilung werden durch die Variablen "Arbeitsdauer" und "Arbeitsorganisation" bestimmt. Damit lassen sich alle möglichen Formen der Arbeitszeitverteilung systematisch erfassen:

[illegible]	[illegible]	Arbeitsorganisation			
		Fixe Arbeitszeit		Variable Arbeitszeit	
		[illegible]arbeits- [illegible]	Schicht- arb.zeit	Gleitzeit	Dyn[illegible] Arb.zeit
[illegible]	[illegible]	[illegible] fest	Kurzarbeit Schicht	Kurzarb.[illegible] Gleitzeit	[illegible]
	[illegible] ~ 6	[illegible] fest	[illegible] Schicht	Gl[illegible]	d[illegible]
	[illegible] ~ 8 ~ [illegible]	[illegible]arb. fest	Normalarb. Schicht	[illegible]	[illegible] dy[illegible]
	[illegible]12-1[illegible]	[illegible] fest	Langarb. Schicht	Langarb. Gleitzeit	Langarb. dynamisch
	nicht abgegrenzt	Verzahnung von Arbeitszeit und Nichtarbeitszeit			

1) Die beschriebene Arbeitszeit ist die reine Betriebszeit in Stunden (ausschließlich Pausen)

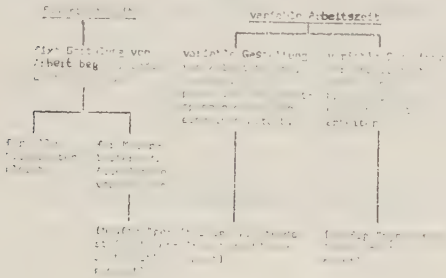
2) [illegible] stellt die Gruppe dar, die aus arbeit[illegible] zi[illegible] verkürzt tätig ist. Gedacht ist [illegible] fliegendes Personal, Spezialarbeiter im Untertag[illegible] u.ä.

Quelle: A.Klemp/ I. Klemp: Arbeitszeitverteilung und Freizeitgestaltung, Berlin 1974, S. 4

Im folgenden sollen einige mögliche Arbeitszeitformen näher erläutert werden. Die z.Zt. üblichen Arbeitszeiten (sektoren-, branchen-, geschlechtsspezifische Differenzen siehe Teil 1) werden zumeist in einer fixen Arbeitszeit abgeleistet, sofern Überstunden und Mehrarbeit besonders in der Industrie nicht das "flexible" Arbeitsende bestimmen.
Die in neuerer Zeit teilweise eingeführten Formen der variablen Arbeitszeit bewirken vor allem eine Verkürzung der Wegezeiten und Zeitersparnis durch bessere Wahrnehmungsmöglichkeiten von Erledigungen durch Koordinierung mit Ladenöffnungszeiten, Behörden-, Arztsprechstunden usw. Durch die an einzelnen Tagen ermöglichte Verlängerung der Abendfreizeit (z.B. ab 15.oo Uhr) entsteht Gelegenheit zur Wahrnehmung kultureller, sportlicher und bildender Angebote sowie zu Ausflügen, auf die andernfalls aufgrund zu kurzer Erholungs- und Schlafzeit verzichtet wird.

Die variable Arbeitszeit bildet besonders in Kombination mit einer 1o oder 14-Tagewoche bei verkürzter täglicher Arbeitszeit die beste Voraussetzung für eine Integration von Arbeit und Freizeit.
Variable Arbeitszeiten fördern die Dispositionsfähigkeit im Umgang mit der Zeit und ermöglichen eine zeitliche Abstimmung zu Freizeitaktivitäten in Familien mit zwei berufstätigen Elternteilen. Ein Aufbrechen des starren Tagesablaufs dürfte allgemein zu größerer Variabilität unten den Freizeitaktivitäten führen.

Verschiedene Formen der variablen Arbeitszeit:



Quelle:
Hildebrand, Variable Arbeitszeit und Tagesrhythmik, 1972

Während "gestaffelte" Arbeitszeiten bereits in den 3o-iger Jahren z.B. bei der Fa. Siemens eingeführt wurden, ist für die gleitende Arbeitszeit besonders das "Otto Brunner Modell" der damaligen Bölkow-GmbH bekannt geworden (257), das die "gleitende Arbeitszeit mit Zeitübertragungsmöglichkeit und erweiterter Freizeitdisposition" praktizierte. Hierbei kann der Mitarbeiter bis zu 1/2 Arbeitstag aufgrund seines "Gleitzeitkontos" von der Arbeit freigestellt werden. In den meisten von Hillert angeführten Beispielen wird diese mögliche "Freizeitdisposition" einmal pro Monat gewährt.

Weitere Stufen der dynamischen Arbeitszeit sind die "dynamische Arbeitszeit mit Maximalgrenzen der täglichen Arbeitszeit", wobei jeder Mitarbeiter in seiner täglichen Zeitdisposition freigestellt ist und nur dafür Verantwortung trägt, daß die an seinen Arbeitsplatz zu bewältigenden Aufgaben gelöst werden. Hierbei können - soweit Plusstunden auszugleichen sind - ganze freie Tage genommen werden.

Ein Höchstmaß an individueller Arbeits- und Freizeitdisposibilität gewährt die"dynamische Arbeitszeit mit variabler Dauer der Gesamtarbeitszeit", wobei nicht mehr auf die Anwesenheit,sondern primär die Übernahme eines bestimmten Leistungsversprechens (Werkvertrag) Gegenstand des Arbeitsvertrags ist.

Die zuletzt angeführten Beispiele zeigen, daß diese Arbeitszeitregelungen mit Zeitübertragungsmöglichkeiten neue Freizeitmöglichkeiten durch Bildung "individueller Wochenenden" und Kurzurlaube eröffnen, die sich mit verschiedenen Modellen wöchentlicher Arbeitszeitverteilungen zum Teil überschneiden. Nach Schätzungen arbeiteten 1973/74 in der BRD ca. 2,5 Mio. Beschäftigte in 8ooo Unternehmen und Behörden in Gleitzeit. Daß diese 1o % der Beschäftigten vor allem Angestellte und Beamte sind, die gegenüber dem Industriearbeitern ohnehin über größere Dispositionsspielräume verfügen, bestätigt die These der kumulativen Benachteiligung an Freizeitmöglichkeiten in der Arbeiterschicht. (258)
Die Anwendbarkeit der o.g. Modelle in Wirtschaftszweigen, Branchen, Funktionsbereichen und Berufsgruppen sollte als wichtige Rahmenbedingung für die Wahrnehmung von Freizeitangeboten und Gestaltungsmöglichkeiten zum Gegenstand intensiver Forschung gemacht werden.

Die Langarbeitszeit wird beispielsweise in Rechenzentren mit einer Betriebszeit von 1o bis max. 18 Stunden praktiziert und dient ebenso wie bei anderen kapitalintensiven Arbeitsplätzen einer höchstmöglichen Kapitalnutzung. Bei 12 - 15stündiger Beschäftigung ergibt sich für die verbleibende minimale Freizeit vermutlich eine Zunahme rezeptiver Verhaltensweisen und Einschränkung außerhäuslicher Tätigkeiten, ferner wird die Dichotomie Arbeit/Freizeit durch Bildung von "Freizeitblöcken" verstärkt. Bei der Kurzarbeitszeit handelt es sich um Arbeiten, die besondere körperliche Anstrengungen implizieren und aufgrund erhöhter Regenerationsbedürfnisse der Normalarbeitszeit gleichzustellen sind. Besondere Bedeutung für Familienfreizeitgestaltung hat die Teilzeitarbeit. Bislang stehen Teilzeitarbeitsplätze beinahe ausschließlich für Frauen (4/5) und hierbei nur für eine kleine Minderheit (18 %) zur Verfügung. Durch ein vermehrtes Angebot - auch für Männer - könnten folgende Ziele erreicht werden:

- Eine Harmonisierung der familiären Aufgabenteilung ("Hausmann") mit positivem Effekt auf Familienleben und geschlechtsspezifische Sozialisation, Abbau von geschlechtsspezifischen Vorurteilen.
- Wiedereintritt von Nur-Hausfrauen (siehe 2.4.1.) ins Berufsleben, gleichzeitig Teilzeitarbeit für den Ehemann.

- Verminderung der Arbeitsbelastung, verringertes Erholungsbedürfnis,
- i.V.m. dynamischer Arbeitszeit, tendenziell ganztägige Auslastung von Freizeitangeboten (Theater, Kino, Sport, Fortbildung), Chancen zu intensiver sozialer, politischer Partizipation,
- Möglichkeit zur Entwicklung neuer Bedürfnisstrukturen, weitere Abkehr von Leistungs- und Konsumorientierung zugunsten interaktiver und kommunikativer Wertorientierungen.

3.1.2. Wöchentliche Arbeitszeitverteilungen

Bislang praktizierte Formen wöchentlicher Arbeitszeitverteilungen (6, 5, 4, 3-Tagewoche) sind durchweg am Rahmen der jüdisch-christlichen 7-Tage-Woche orientiert, die praktisch zu einem einheitlichen Wochenende für die Mehrheit der Weltbevölkerung führt. Demgegenüber ist eine Vielzahl anderer Arbeitszeiteinteilungen denkbar.

Arbeitsdauer		QUANTITÄT	Arbeitsorganisation: Fixe Arbeitszeit – Festarbeitszeit	Schichtarbeitszeit	Variable Arbeitszeit – Gleitzeit	Dynamische Arb.zeit
	7-Tage-Woche	1-2T[illegible]	Kur[illegible]b[illegible]t [1]		1-2Tage	n Stunden innerhalb einer Bandbreite von Mo - [illegible]
		3 [illegible]	[illegible] (Fr,Sa,So) [illegible]		3 Tage	
		[illegible]	[illegible]		4 Tage	
		4 1/2 Tage	[illegible] verkürzter Freitag		n Stunden	
		5 Tage	[illegible]arbeitszeit(heute)		von Mo - Fr	
		6-7Tage	Langarbeit[illegible] [2]		-	-
	[illegible]6-Tage-Wo.	72 - 84 Stunden	Normalarbeit, aber 1mal nur So 1mal Sa,So,Mo frei		freiwählbar; langes/kurzes Wochenende	
	[illegible]	wie oben	alle Gliederungen möglich			[illegible] in 10 (...) Tagen
	[illegible]	n Stunden	-			n Stunden in n Tagen

1) Aushilfen 2) Dienstleistungen 3)Kernzeit [illegible]

aus Klemp/Klemp, a.a.O., S. 9

Bei der 4 1/2 Tage-Woche werden die bei der 5-Tage-Woche vornehmlich an Samstagsmorgen ausgeführten Freizeitarbeiten auf den Freitagnachmittag vorgezogen, es dürfte mit einer starken Erhöhung der Wochenendmobilität zu rechnen sein. Diese Zeiteinteilung führt ebenso wie die 4 und 3 Tage-Woche zu einer verstärkten Dichotomie von Arbeit und Freizeit, das Leben zerfällt in "verlorene Tage", an denen nur gearbeitet wird und solchen des - vermutlich stärker konsumorientierten - Freizeitgenusses. Durch verlängerte tägliche Arbeitszeiten (1o Std., 12 Std.) in der 4 bzw. 3 Tage-Woche würden durch verlängerte tägliche Regenerationsperioden "Freizeittätigkeiten" eingeschränkt und vor allem passive Beschäftigungen bevorzugt werden. Freizeitarbeiten (Einkäufe, Reparaturen) würden aufgespeichert und an einen der freien Tage abgeleistet. Ebenso wie bei der 3 Tage-Woche würde eine verstärkte Konsumorientierung zu verstärktem Angebot und steigende Kosten auf dem Dienstleistungssektor auch zu größerer Nachfrage von Schwarzarbeit führen.

Ferner wäre mit einer weiteren Desintegration der Familie zu rechnen, die zur Wochenendfamilie degradiert wird. Gegen die 4-Tage-Woche bei verlängerter täglicher Arbeitszeit, die besonders von jungen Arbeitnehmern und Facharbeitern gewünscht wird, werden zahlreiche medizinische Bedenken vorgebracht. (259)

Dennoch ist die 4-Tage-Woche die am meisten diskutierte Alternative zur gegenwärtigen Arbeitszeitverteilung.

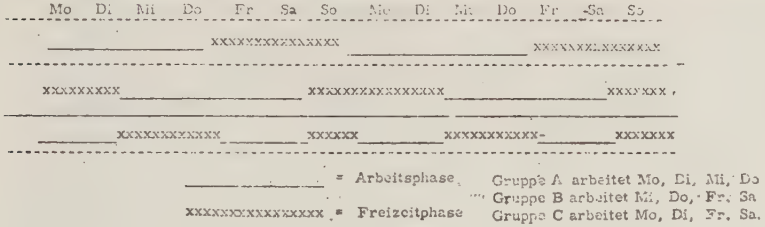
Hedges (26o) weist auf folgende Vorteile für die Arbeitnehmer hin:

- es kommt zu einer 2o %igen Reduzierung der Pendelbewegung zur Arbeitsstätte mit entsprechendem Zeit- und Geldgewinn,
- es können Ausgaben für Kinderhüten und Mahlzeiten in Restaurants eingespart werden
- da ein Großteil der Arbeiter die 4-Tage-Woche vorzieht, ergibt sich eine höhere Arbeitszufriedenheit.

Bei der 3-Tage-Woche ergibt sich eine unzumutbare Langarbeitszeit von ca. 12 Stunden täglich zuzüglich Wegzeiten. Bei diesem Modell entstünde eine noch ausgeprägtere Verschiebung der Freizeitarbeiten auf die Wochenendfreizeit, so daß zumindest ein Tag ein "verdeckter Arbeitstag" wäre, zumal durch die starke Bündelung der Arbeitsstunden ein vermehrtes Schlafbedürfnis entsteht.

Neben einer weiteren Polarisation Arbeit/Freizeit würde die Freizeit - trotz der Länge - auf die Kompensation verengt. (261) Bezüglich der Freizeitangebote ist eine starke Zunahme des konsumorientierten Bedarfs (Sport, Reisen, Verkehr, Gastronomie, Flächennutzung) zu erwarten. Nur teilweise verändernd würde die Einführung der 10- oder 14-Tage-Woche wirken. In diesem Modell, das kurzzeitig in Frankreich praktiziert wurde, sollen dem Arbeitnehmer in der ersten Woche der Sonntag, in der darauffolgenden zwei zusätzliche Tage, also insgesamt 3 zugestanden werden.

Als für die Entlastung von Infrastruktureinrichtungen und damit auch bessere Nutzung bestehender Freizeitangebote bedeutendste Arbeitszeitverteilung ist die gleitende Woche anzusehen, die das gegenwärtige System der Gleichzeitigkeit aufhebt. Durch Organisation läßt sich erreichen, daß nicht alle an den gleichen Wochentagen arbeiten und an den gleichen Tagen frei haben, sondern daß durch sich überlappende Zeitnutzung ein gleitendes System entsteht. Hierbei teilen sich alle Beschäftigten mit festen Arbeitszeiten in drei Gruppen, wobei allerdings das Problem der Synchronisation der Familienbelange berücksichtigt werden muß:



Das skizzierte Modell von Jüchser (262) geht von einer 4-Tage-Woche aus, es läßt sich aber ebenso für die 5-Tage-Woche anwenden, wobei sich allerdings kein für alle Gruppen freier Sonntag mehr erreichen läßt.

Die Vorteile dieses Systems wären:

- es arbeiten immer nur 2/3 aller Beschäftigten, jeder Dritte hat Freizeit,
- jedes 3. Auto verschwindet von der Straße, Wegzeiten und verkehrsbedingter Streß werden verringert,
- Dienstleistungsbetriebe (Freizeiteinrichtungen) arbeiten an allen Tagen durchgehend mit 2/3 der Belegschaft, dennoch ist bessere Bedienung möglich, da der Kundenstrom kontinuierlich fließt,
- Freizeitangebote in Museen, Bädern, Theater, Kinos, Sport, die während der Woche allenfalls abends genutzt werden, können gleichmäßig genutzt werden, Neubauten erübrigen sich.

Nicht zuletzt ergibt sich die Möglichkeit der Abschaffung des herkömmlichen Wochenendes zugunsten einer - nur durch den Jahresurlaub oder überhaupt nicht - unterbrochenen täglichen Arbeitszeit von ca. 5 Stunden täglich. In Verbindung mit einer dynamischen Arbeitszeitregelung könnte hiermit weitestgehend eine Integration von Arbeit und Freizeit ("das alltägliche Wochenende") erreicht werden, zumal aufgrund geringerer Ermüdung kaum noch Erholungszeit beansprucht würde. Ferner wären u.a. eine Anpassung an die Bedürfnisse in verschiedenen Lebenszyklen und eine bessere zeitliche Zuordnung von Arbeiten und Ausbildung (keine Abendschule!) möglich. (263) Tätigkeiten, die heute vorwiegend an Wochenenden ausgeführt werden, würden auf die ganze Woche verteilt, der heutige hektische Feierabendverkehr und das Gedränge in Geschäften würde aufhören. Freizeitangebote wie Theater, Kino, Oper etc., die besonders von Arbeitern in der Abendfreizeit nicht genutzt werden konnten, da Zwang zu frühem Aufstehen bestand, können am Nachmittag besucht werden, Museen, Bäder, nähere Ausflugziele, Skilifte, deren Besuch bislang an das Wochenende gebunden war, können täglich genutzt werden. Diese Arbeitszeitregelung kann nur als fakultative einge-

führt werden, d.h. es müssen durch jeweilige Absprache und organisatorische Maßnahmen in den Arbeitsstätten durch teilweise fortlaufenden Betrieb die Voraussetzungen für die "Dauerarbeitswilligen" geschaffen werden.

Unabhängig von Arbeitszeitverkürzungen sollte jeder Beschäftigte das unabdingbare Recht (aber nicht Verpflichtung) haben, seine wöchentliche Arbeitszeit auf eine eigens angegebene Zahl von Stunden zu reduzieren. Wer besonders anstrengende Tätigkeiten verrichtet oder eine spezielle Freizeitorientierung entwickelt hat und daher lieber kürzer als durchschnittlich üblich arbeiten würde, weiß sich dann bei seinen Bestrebungen gesetzlicher Unterstützung sicher. Dieser Vorschlag wäre auch ein Gegengewicht gegen den weitverbreiteten Brauch undisziplinierter ständiger Überstundenarbeit. Ebenso müßten gesetzliche Behinderungen für eine der Norm nicht entsprechende Arbeitszeit beseitigt werden (Sozialversicherung usw.). (264)

3.1.3. Jährliche Arbeitszeitverteilungen

Aufgrund des besonderen Interesses der Arbeitnehmer an einer Urlaubsverlängerung (61 %) gegenüber einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit (22 %), dürften Änderungen mit dem Ziel des Abbaus der Jahresfreizeitblöcke und Verteilung auf verlängerte Wochenenden o.ä. kaum realisierbar sein. (265) Dagegen dürfte die herkömmliche Form des Urlaubs als eines Freiraumes, in dem die Verwirklichung aller während des Jahres nicht realisierbaren Wünsche und Phantasien usw. erträumt wird, in dem Maße überflüssig werden als Arbeitsinhalte und Organisation selbst weitestgehende Selbstverwirklichung gestatten: Von den Angehörigen freier Berufe und den Selbständigen nehmen bereits heute 52 % keinen Urlaub im Gegensatz zu nur 3 - 6 % bei den Arbeitnehmergruppen. (266)

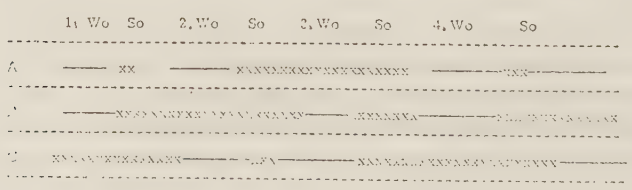
Im Gegensatz zur o.g. breiteren Streuung der Freizeit stünde das Zusammenziehen der Jahresfreizeit zu einem Langzeiturlaub ("Der hunderttägige Urlaub"), der für den Arbeitnehmer die jährlich wiederkehrende Chance böte, eine Daseinsperiode zu erleben, in der das Leben, abgesehen von einer notwendigen Kompensationszeit für die Belastungen des Alltags und der Arbeit alternativ zu diesen Daseinsbereichen verlaufen kann und Chance zu einer Neuorientierung und Selbstreflexion durch Auslandsaufenthalte, intensive Bildungsfreizeit oder Leben in einem neuen sozialen oder subkulturellen Milieu

(Land-, Stadtkommunen, Trampreisen) eröffnet. Für diese Urlaubsform müßten spezielle Freizeitangebote etwa Arbeitsaufenthalt im Ausland, Integration in Stadt-/Landkommunen und Angebote gruppendynamischer, milieutherapeutischer Veranstaltungen, Selbsterfahrungsgruppen, spezielle Kombinationen von Fortbildung mit geselligkeitsbezogenen Freizeitangeboten besonders für die unteren sozialen Schichten noch entwickelt werden.

Der heutige - gruppenspezifisch sehr verschieden lange - Urlaub könnte durch Abschafffung von Feiertagen zugunsten frei verfügbarer Urlaubszeit oder durch Verbindung von Feiertagen zur Urlaubszeit, wie bereits in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr vielfach praktiziert, verlängert werden.

Eine Beeinträchtigung des Freizeitwertes des Urlaubs ist bei der von den Gewerkschaften beabsichtigen Urlaubsverlängerung auf 6 Wochen pro Jahr darin zu sehen, daß die bislang relativ individuell gewählten Urlaubszeiten zunehmend durch die fixe Urlaubsordnung des Betriebes bestimmt werden und damit z.B. an klimatische Voraussetzungen in fremden Ländern gebundene Urlaubspläne behindert werden.

Zusätzliche 14 Urlaubstage würden vermutlich die Tendenz zum Zweit- und Dritturlaub im Jahr verstärken und damit zu einer weiteren Freizeitkonsumorientierung und Verkehrsbelastung beitragen. Bereits heute nimmt die Mehrheit der Beschäftigten aller Berufsgruppen mehrmals im Jahr Urlaub. (267) Der Möglichkeit des zweiten Jahresurlaubs stellt Jüchser (268) das Modell des "gleitenden Monats" gegenüber, wobei jede Gruppe (ABC) außer an Sonntagen 2 Wochen hintereinander sechs Werktage arbeitet und dann eine ganze Woche frei hat, also 8 zusammenhängende Tage. Wie diese 15 "Mini-Urlaube" (zusätzlich zum Jahresurlaub) medizinisch und von der betrieblichen Organisation her zu bewerten sind, müßte diskutiert werden:



Von der Diskussion der Jahresfreizeitverteilungen der Berufstätigen kann die Relevanz der Schulferien als Determinante des herkömmlichen Familienurlaubs nicht getrennt werden. Wenn bereits die Synchronisation der Urlaubszeiten eines berufstätigen Ehepaares oder einer Wohngemeinschaftsgruppe problematisch ist, so bereitet die Koordination mit Schulferien der Kinder zusätzliche Schwierigkeiten, zumal sie auch bei Mehrfachurlauben die Reisezeiten vorherbestimmen und Verteilungsmöglichkeiten über das Jahr einschränken. Da man davon ausgehen kann, daß viele Eltern aufgrund fehlender Betreuung bzw. Ferienangebote für die Kinder einen Familienurlaub durchführen und daher auf viele Urlaubsziele und -formen verzichten müssen, sollten spezielle Dauerbetreuungseinrichtungen (Kinderhotels) mit pädagogisch geschultem Personal eingerichtet und spezielle Ferienangebote für Kinder ab ca. 6 Jahren organisiert werden, die der beobachteten und geforderten Peergruppenorientierung entsprechen und als Gelegenheit sozialen Lernens gestaltet werden können. Bislang praktizierte "Ferienverschickungsmaßnahmen" (Berlin) orientieren sich als "Auffangsmaßnahmen" vorwiegend an den unteren sozialen Schichten, sind weniger an Zielen sozialen Lernens orientiert oder nur als Tagesbetreuung organisiert.

Zuletzt soll die Problematik des von den Gewerkschaften geforderten allgemeinen Bildungsurlaubs dargelegt werden, der z.B. in Berlin bereits für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und für Jugendliche unter 25 Jahren gesetzlich geregelt ist. Problematisch erscheint vor allem, daß über die inhaltliche Verwendung eines Freizeitzuwachses, der ebenso wie bei der Lohnerhöhung der gesteigerten Arbeitsproduktivität zugerechnet wird, kollektiv bestimmt wird. Darüberhinaus wird der Bildungsbegriff auf betriebliche und staatsbürgerliche Inhalte funktionalisiert (269) und an einem kognitiven Modell politischen Handelns orientiert. Noch immer wird von der "alten Kette" ausgegangen, die von der Information über Wissen und Erkenntnis zur politischen Einsicht und zum politischen Engagement führen soll. So wird in "Verordnungen über die Anerkennung von Bildungsveranstaltungen" die Freistellung für einen Bildungsurlaub verweigert, wenn eine Veranstaltung unmittelbar der Durchsetzung politischer Ziele dient oder für Veranstaltungen im Rahmen der Auseinandersetzung politischer und gesellschaftlicher Gruppen. (27o)
Mögliche emanzipatorische Effekte sozialen Lernens - das besonders für die Unterschicht immer nur durch den Handlungszusammenhang für eigenes Verhalten relevant wird - werden durch Inhalt und situativen Kontext

der Bildungsveranstaltungen neutralisiert.

Zudem müßten für "das untere Drittel der Betriebshierarchie" besonders das didaktische Vorgehen problematisiert werden und an Deutungsmuster und Lageorientierungen der Unterschicht angepaßt werden (z.B. Konzepte von P.Freire "generative Themen", thematisches Bewußtsein). Solange diese Probleme nicht als zentrale Inhalte erkannt werden, ist Bildungsurlaub in der heute diskutierten Form abzulehnen.

3.1.4. Arbeitszeitverteilungen im Arbeitsleben

Noch immer ist die traditionelle Teilung des Lebens in die Abschnitte der primären Sozialisation des Lernens, Arbeits- und Ruhestand für die meisten Bevölkerungsgruppen vorherrschend, obwohl bereits heute insbesondere durch das Erfordernis ständiger Weiterbildung für viele Berufsgruppen eine gewisse Integration von Arbeiten und Lernen zu beobachten ist. Diese Integration führt jedoch bei Arbeitnehmern weniger zu einem höheren Grad an Selbstverwirklichung oder "sinnvoller Freizeitverwendung" (- zumal Fortbildung nicht als Freizeitbeschäftigung sondern als "Arbeit" gewertet wird, siehe S. 46), sondern lediglich zu vermehrtem Streß, da Fortbildung zusätzlich geleistet wird.

Alternativ schlägt Rehn (271) für alle Personen oberhalb des schulpflichtigen Alters einen Studienkreditfond vor, mit dem die Lebens- und Unterrichtskosten für eine bestimmte Anzahl von Jahren gedeckt werden. Dadurch würde der einzelne nicht mehr unter Druck gesetzt, solange wie möglich und ohne Unterbrechung auf der Schule (Real-, Ober-, Berufsschule usw.) zu bleiben, sondern würde zur Aufnahme relativ gering qualifizierten Beschäftigungen während seiner Jugend ermutigt. Wer die Studienkredite nicht ihrem ursprünglichen Zweck zuführt, sollte sie stattdessen für eine Freizeitperiode oder Aufstockung des Renteneinkommens verwenden können. Eine stufenweise Aus- und Fortbildung hilft zusätzlich den älteren Arbeitnehmern, ihre Konkurrenzfähigkeit über die Altersgrenze hinaus zu erhalten (siehe auch 2.4.1.).

Um die Lebens- und Freizeitsituation der alten Menschen zu verbessern, wird eine schrittweise Ausfädelung aus dem Arbeitsleben mit Vorbereitung auf den Ruhestand bzw. berufliche Umorientierung empfohlen. Anregungen aus den Niederlanden zur stufenweisen Pensionierung sehen vor, daß man vom 60. Lebensjahr an von Jahr zu Jahr immer einen Tag weniger arbeitet, so daß man sich durch die stufenweise verkürzte Arbeitswoche auf die Situation des Ruhestandes besser vorbereiten kann. (272)
Diesem Zweck könnte die Einführung eines "Sabbatjahres" dienen. In den USA werden z.B. bestimmten Arbeitern der Eisen- und Stahlindustrie alle fünf Jahre ein "Sabbatical" von 13 Wochen gewährt, Mitarbeiter des time-Magazins erhalten nach 15-jähriger Unternehmensangehörigkeit ein freies Jahr mit fortlaufenden Bezügen. In den USA haben sich als Hauptzwecke dieser Sabbaticals herausgebildet:

- für Bildungszwecke (analog dem "Forschungssemester" in der Universitätsforschung),
- für soziale Zwecke (z.B. Sozialarbeit, Sozialhilfe etc.),
- für die Realisierung eines Austauschprogramms mit Regierungsstellen,
- als "totale Erholung" im Sinne eines Motorenwechsels,
- als Gelegenheit beruflicher Neuorientierung, Vorbereitung auf den Ruhestand, Verwirklichung persönlicher Pläne. (273)

Ebenso müßte die Chance zu einer Verlängerung des Arbeitslebens geschaffen werden und dem heutigen Ruheständler ein Recht auf Teilhabung am Erwerbsleben eingeräumt werden.
Verschiedene Kombinationsmöglichkeiten der diskutierten Ansätze:

QUALITÄT / QUANTITÄT		Arbeitsorganisation: Fixe Arbeitszeit	Arbeitsorganisation: Variable Arbeitszeit
Arbeitsdauer	Normalarbeitszeit (heute) 35-50 Jahre	traditionelle Dreiteilung der Lebensphasen - geschlossener Arbeitsblock, eingeleitet durch Ausbildung, gefolgt von der Pensionsfreizeit	nur bei Heraufsetzen des Pensionsalters möglich
	wesentlich verr. Arb.z. 25-40Jahre	wie oben, aber mit verkürzter Arbeitszeit	wechselnde Phasen des Arbeitslebens durch Fortbildung, Umschulung oder sabbaticals

3.1.5. Flexibilität oder "Gleichzeitigkeit"

Bei den skizzierten Modellen der variablen Tages-, Wochen und Jahresarbeitszeitverteilung ergibt sich das Problem, inwieweit dadurch den zeitlichen und materiellen Vorteilen sowie der gleichmäßigeren Angebotsnutzung Nachteile gegenüberstehen, die den Wert genannter Freizeitmöglichkeiten mindern. Diese wären u.a.:

- Fehlen eines "Freizeitklimas", wie es an Wochenenden, in Städten und Urlaubsorten durch Gleichzeitigkeit der Erholungssuchenden herrscht,
- Störung partnerschaftlich gebundener Tätigkeiten durch verschobene Arbeitszeiten, "künstliche Schichtarbeit" mit Auswirkungen auf Familienleben und Freizeit,
- Probleme der zeitlichen Allokation von Freizeitveranstaltungen (Kino, Theater, Sport, Fernsehen, Öffnungszeiten von Museen etc), so daß nicht die jeweils arbeitenden Gruppen benachteiligt sind. Wieweit ist zeitliche Streuung etwa über den ganzen Tag bei geringer Nutzungsintensität noch ökonomisch realisierbar?

3.1.6. Arbeitszeitverteilungen und Angebotsgestaltung

Der Effekt veränderter Arbeitszeitverteilungen auf Freizeitplanung liegt besonders in der Abwälzung von Aufgaben auf betriebliche Organisation. Gleichzeitig ist eine Reihe von Änderungen zivil-, arbeits- und sozialrechtlicher Bestimmungen (Sonntagsarbeit) notwendig. Während für Formen des Langzeiturlaubs, Urlaubszeitverteilungen und Sabbaticals neue Angebote entwickelt werden müßten (Kinderhotels, Erfahrung anderen Lebensmilieus, Selbsterfahrungsgruppen), beziehen sich Änderungen traditioneller Angebote vor allem auf deren zeitliche Allokation. Aufgrund der verbesserten Möglichkeiten zu individueller Disposition dürfte mit einer insgesamt verstärkten Angebotsnutzung zu rechnen sein, die in ihrer gruppenspezifischen Struktur - bei gleichen übrigen Arbeitsbedingungen - der gegenwärtigen entsprechen wird.

3.2. Arbeitsbelastungen und Belastungsbegriff

Als ein wesentlicher Grund für die in Teil 2 dargestellten Differenzen von Freizeitverhalten der Berufsgruppen dürften die unterschiedlichen Arbeitsbelastungen anzusehen sein, die das Aktivitätspotential aufgrund von physischer oder psychischer Ermüdung oder durch Notwendigkeit des Ausgleichs einseitiger Belastungen quantitativ und qualitativ einschränken. Während Arbeitsmedizin und -psychologie bislang durch Untersuchung (leistungsorientiert) der Zusammenhänge "Arbeit - Ermüdung" und "Arbeit - Gesundheitsschädigung" nur einen Ausschnitt des Belastungsproblems thematisierten, weist Mergner (274) darauf hin, daß erst die Gesamtheit der Aspekte abhängiger Arbeit, wie Lohnabhängigkeit, Existenzunsicherheit, Fremdbestimmtheit, Arbeitsbewertungs- und Lohnsysteme, die Kooperations- und Interaktionschancen sowie die Autonomie bzw. Dispositionsspielräume ein Bild der tatsächlichen Gesamtbelastung geben können, die sich als

- arbeitsplatzspezifische und
- prozeßunspezifische (Zwang zur Anpassung, Unterordnung)

beschreiben läßt.

Ferner steht gegenwärtig einem relativ entwickelten begrifflich-analytischen Instrumentarium zur Beschreibung von Arbeitstätigkeitsmerkmalen und physiologisch-psychischer Arten von Belastungen (275) eine unentwickelte empirische Wirkungsforschung hinsichtlich der Effekte auf soziales Verhalten gegenüber.

Der Belastungsbegriff wurde bislang noch kaum auf Tätigkeiten und Konflikte im Nicht-Arbeitsbereich, wie Streß und Hetze im Verkehr, beim Einkaufen, durch familiäre Konflikte und geringe soziale Wertschätzung aufgrund der Stellung innerhalb der Statushierarchie angewandt. Die empirische und theoretische Klärung des Belastungsbegriffs korrespondiert daher mit einem entsprechend spekulativen Erholungsbegriff. (2.2.1.)

Die im folgenden thematisierten Belastungen des Arbeitsvollzuges stellen daher nur einen Teil der für Freizeitgestaltung relevanten,real gegebenen "Gesamtbelastung" dar, die nur mit Hilfe von Methoden der teilnehmenden Beobachtung und Analyse der sozialen Lebenswelten für soziale Gruppen adäquat beschrieben werden könnte. Ansätze hierzu sind die Berichte von Schneider und Bosch über die Frauenarbeit (276) des Werkkreises Literatur der Arbeiterwelt zur Schichtarbeit im Industriebetrieb. (277)
Die Interdependenz von Arbeitsverhältnissen, des Wohnmilieus, sozialer Konflikte und Sozialisationsbedingungen mit Situationen in der Freizeit, wird hier auf exemplarische Weise evident.

3.2.1. Physische Arbeitsbelastungen

In der Literatur, die überwiegend industrielle Arbeitsplätze untersucht, wird übereinstimmend festgestellt, daß es im Verlauf des technisch-organisatorischen Wandels zu einer tendenziellen Reduktion schwerer körperlicher Arbeit gekommen ist, umstritten bleibt, wieweit diese Veränderungen bereits eingetreten sind, da

- die quantitative Verteilung hochmechanisierter und vollautomatischer Anlagen nicht bekannt ist,
- körperliche Schwerarbeit zwar abnimmt, die physischen Belastungen jedoch aufgrund der Zunahme einseitig belastender Tätigkeiten, von physiologischer Zwangshaltungen, negativer Umgebungseinflüsse (Lärm, Hitze, chemische Stoffe) und Erhöhung der Arbeitsintensität gleich bleiben bzw. lediglich umverteilt werden. (278)

Analytische Arbeitsbewertungen i.V.m detaillierten Tätigkeitsbeschreibungen ergaben hinsichtlich der Belastungsentwicklung, daß

- bei manuellen und reinen Maschinenbedienungstätigkeiten noch immer körperliche Belastungen überwiegen, wobei Muskelbelastungen zwar verringert wurden, vereinzelt verkürzte Taktzeiten die Muskelbelastungen insgesamt steigen ließen,

- bei Steuer- und Überwachungstätigkeiten psychische Anforderungen und Belastungen durch Umwelteinflüsse überwiegen,
- bei Instandhaltungstätigkeiten das Absinken der muskulären und Umweltbeanspruchung geringer ist und psychische Belastungen vornehmlich durch zunehmenden Zeitdruck entstehen. (279)

Ergebnisse der Arbeitsmedizin und -soziologie weisen darauf hin, daß das Problem physischer Schwerarbeit noch nicht gegenstandslos ist. Hettinger (280) errechnete, daß 1971 noch 1,5 - 2 Mio. Arbeitnehmer physische Schwer- und Schwerstarbeit ausführten.

3.2.2. Psychische Belastungen

Auch für die nervlichen Belastungen gilt, daß der technische Wandel keine einheitliche Tendenz aufweist, sondern in einzelnen Produktionsbereichen zur Entlastung führt, während sich in anderen Sektoren sowohl auf mechanisiertem als auch automatischem Produktionsniveau gravierende Arbeitserschwernisse ergeben. (281) Die Ergebnisse arbeitsphysiologischer Forschung zeigen, daß gerade an physisch relativ gering belasteten Arbeitsplätzen auch die psychische Belastung als eher gering einzuschätzen ist, da dort etwa bei Steuer- und Führungsarbeiten die Möglichkeit der Entlastung durch Habitualisierung oder durch Minderung des Verantwortungsdrucks mittels automatischer Warnsignale besteht. Andererseits wird auf die vielfältigen psychischen Belastungen bei "passiven Arbeitsformen" hingewiesen, die durch kurzdauernde Überforderung des Wahrnehmungs- und Denkvermögens bei Prozeßstörungen oder durch das Risiko des Scheiterns mit hohen Schadensfolgen entstehen und sich als unterschwellige Anspannung auf Zeiten des ruhigeren Prozeßverlaufs übertragen. (282)
Sieht man von den Ansätzen zur Meßung der psychischen Beanspruchung durch die Gesamtheit der Arbeitsanforderungen über Indikatoren psychischer Ermüdung oder zur Untersuchung der Reaktionen des Menschen auf Dauerbeobachtungstätigkeiten ("Vigilanzforschung") ab, so ist die Zahl der Studien, die die Beanspruchung durch psychisch-nervliche Belastungs-

faktoren am Arbeitsplatz angeben, sehr gering.
Drei Ansätze lassen sich unterscheiden:

a) Einerseits wird versucht, psychische Beanspruchung bzw. Ermüdung bei einzelnen Tätigkeiten direkt zu messen, wobei die Ergebnisse dieser "Ermüdungsforschung" weithin unzuverlässig waren. (283) Auch eine Studie von Singer u.a. (284), die untersuchen sollte, ob die für Überwachungs-, Kontroll- und Steuerungstätigkeiten genannten Belastungsarten - vorwiegend psychische Beanspruchungen, erhöhter Verantworungsdruck, Mangel an Sozialkontakt, hohe Dauerbeanspruchung der Aufmerksamkeit - tatsächlich allgemeiner Natur sind, ergab eine ambivalente Einschätzung der spezifischen nervlich-psychischen Arbeitsbelastungen.

b) Ein zweiter Ansatz versucht unter dem Thema "Psychopathologie der industriellen Arbeit" die psychischen Verarbeitungsformen der genannten Arbeitssituationen zu erfassen. Einzelne Untersuchungen ergaben hier, daß Arbeiter mit zu schwieriger Arbeit oder zu großer Verantwortung ebenso wie solche mit monotoner Tätigkeit und zu wenig Entscheidungsspielraum ein hohes Maß an psychischen Störungen aufwiesen, oder daß die geistige Gesundheit (mental health) von Fabrikarbeitern schlechter wird, wenn man von der Betrachtung qualifizierter, verantwortungsvoller Tätigkeitsformen zu Arbeiten übergeht, die in dieser Hinsicht geringer einzuschätzen sind. (285) Insgesamt zeigen diese u.a. Untersuchungen, daß Zusammenhänge zwischen der ausgeführten Arbeit und dem Auftreten psychischer Störungen besteht, doch sind die Ergebnisse noch zu vereinzelt, um allgemeine Schlußfolgerungen zuzulassen.

c) Die deutlichsten Zusammenhänge zwischen Arbeitsverhältnissen, Lebenslagen und psychischer Krankheit zeigen jedoch sozialepidemiologische Studien, die Zusammenhänge zwischen sozialer Schicht und Formen psychischer Krankheiten untersuchen. (286) Geht man davon aus, daß Arbeitsverhältnisse vermittelt über Wert- und Verhaltensorientierungen (2.5.2.), Einkommen (und damit Wohnverhältnisse) und Sozialisationsverhalten die Persönlichkeitstruktur und damit Dispositionen zu psychischen Konflikten formen, so ergibt sich daraus der klarste Bedingungszusammenhang von Handlungsspielräumen, Selbstverwirklichung und Autonomie im Verhaltensfeld der Freizeit, wofür die psychische Gesundheit eine Voraussetzung ist. Empirische Studien von Hollingshead/Redlich, Faris/Dunham und Häfner (287) ergaben, daß in der Unterschicht häufiger psychische Krankheiten auftraten und daß diese schwerer sind (Psychosen) als in der Mittelschicht (Neurosen).

3.2.3. Gruppenspezifische Belastungen: Angestellte - Frauen

Befragungsergebnisse von INFAS zeigen, daß - erwartungsgemäß - von Angestellten und Beamten insgesamt überwiegend nervliche Belastungen, Zeitdruck und Hektik kritisiert werden, während die an- und ungelernten Arbeiter vor allem Umweltbelastungen (Luft, Staub, Schmutz, Lärm) und dann körperliche Anstrengungen und nervliche Belastungen nennen (siehe Tab. 7o). Sieht man von Befragungen zur "Arbeitszufriedenheit" oder zur Erhebung von "Indikatoren zur Humanisierung der Arbeitswelt" (288) ab, die allenfalls die subjektive Beurteilung objektiver Arbeitsverhältnisse wiederspiegeln, dann sind Angestelltentätigkeiten hinsichtlich ihrer Belastungsstruktur bislang nur beiläufig untersucht worden . (289)

Jaeggi/Wiedemann (29o) bemerken, daß insbesondere durch Einführung der EDV in der Verwaltung bei Wegfall repetitiv-mechanischer Arbeiten eine höhere Arbeitsintensivierung mit erhöhtem Termin- und Zeitdruck und entsprechendem Anwachsen nervlicher Belastungen zu beobachten ist.

Eine Studie des RKW stellt im Hinblick auf Belastungsveränderungen fest, daß für die Angestellten insgesamt von einer generellen Arbeitserleichterung nicht gesprochen werden kann. (291) W. Pöhler (292) stellt für Angestelltentätigkeiten eine zunehmende Anwendung neuer Techniken, Maßnahmen zur Rationalisierung der Arbeitsorganisation, Normierung der Arbeitsgegenstände, neue Methoden der Arbeits- und Leistungsbewertung sowie global eine Strategie der Trennung in planende und ausführende Verwaltung fest, die den Prinzipien der Arbeitsvorbereitung und Ausführung in der Produktion (Taylorismus) entspricht. Arbeitsintensivierung und Leistungsdruck wird wie in der Produktion durch folgende Methoden erreicht:

- Anwendung von Leistungsbewertungssystemen
- Anwendung von Leistungskontrollsystemen
- Anwendung von Leistungsanreizsystemen
- Anwendung von Humantechniken.

Die o.g. Tendenzen wirken sich über Polarisierung und Dequalifikation (293) mit großer Wahrscheinlichkeit dahingehend aus, daß eine zunehmende Zahl von Angestellten mit überwiegend ausführenden Routinearbeiten beschäftigt sein wird. Dieser Gruppe steht eine kleinere (absolut wachsende) Gruppe

von Managern und Angestellten der Stabsabteilungen gegenüber. Bei einer tendenziellen Angleichung der Arbeitsverhältnisse großer Angestelltengruppen an diejenigen von Arbeitern wird auch für die Angestellten die Notwendigkeit einer Humanisierung der Arbeit und des Abbaus von Belastungen evident.

Berufstätige Frauen werden von betrieblichen und häuslichen Arbeitsbelastungen durch Arbeitsschutzregelungen, die vor allem die generative Funktion der Frau sicherstellen sollen (Mutterschutz), auf die Erhaltung der traditionellen Frauenrolle zielen (Arbeitszeitbeschränkungen) oder Frauen von einzelnen Arbeiten und Berufen ausschließen, nur ungenügend geschützt. (294)

Notwendigerweise erscheint auch hier eine Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse, die den typischen Frauenarbeitsplatz in der Industrie kennzeichnen:

- geringes Mechanisierungs- und Technisierungsniveau
- Produktivitätssteigerungen weniger durch technologische Innovation als durch Intensivierung, Zeitmeßverfahren (MTM, WF)
- höherer Anteil an Akkordarbeit und Leistungslohn
- hohe sensorische, motorische und nervliche Belastung bei Arbeiten, die ein niedriges Qualifikationsniveau voraussetzen. (Im gewerblichen Bereich arbeiten 94 % als un- und angelernte Kräfte). (295)

Als Folgen dieser Arbeitsverhältnisse klagen 3o % aller Arbeitnehmerinnen über Arbeitstempo und Streß, 5o % der Arbeiterinnen und 25 % der weiblichen Angestellten über 45 Jahre fühlen sich durch Arbeitsplatzbelastungen überfordert. Das Akkordsystem hat einen höheren Krankenstand als das Zeitlohnsystem zur Folge. Akkord- und Schichtarbeiterinnen beantragen ca. 2o % mehr Heilverfahren als der Durchschnitt. Verheiratete Frauen bevorzugen häufig Arbeitszeiten (Schicht-, Nachtarbeit), die eine optimale Wahrnehmung familiärer Pflichten gewährleisten. Die krankheitsfördernde Doppelbelastung von Frauen in Dauernachtschichtarbeit wird durch das durchschnittliche Schlafquantum von 5 Std. am Tage deutlich.

14 % der Nachtarbeiterinnen, vor allem Mütter mit kleinen Kindern, schlafen nicht mehr als 3 Std. täglich. Nachtarbeit führt dabei zu stärkerem Kräfteverschleiß, Reizbarkeit, Ermüdung, Herz- und Kreislauferkrankungen und Magenstörungen. (296)

Daneben führt die arbeitsbedingte Körperhaltung an Frauenarbeitsplätzen häufig zu chronischen Überlastungssyndromen einzelner Gliedmaßen, zu Rücken- und Verdauungsbeschwerden. Dobberthien resümiert, daß die ständige Überbeanspruchung und Überlastung erwerbstätiger Frauen zu irreversiblen Schädigungen und erhöhtem Verschleiß führt, was sich in erhöhter Säuglingssterblichkeit, Fehlgeburtenhäufigkeit, früheren Rentenanfangsalter und verkürzter Lebenserwartung ebenso auswirkt wie auf erhöhte alltägliche Ermüdung mit entsprechenden erhöhten Rekreationsbedürfnissen. Dobberthien (297) schlägt folgende Maßnahmen vor:

- Verbesserung des Kündigungsschutzes und des Mutterschutzlohnes
- Beschäftigungsverbote auf den Zeitraum der gesamten Schwangerschaft
- 24-monatiger Karenzurlaub nach der Geburt, der wahlweise von Vätern oder Müttern beansprucht werden kann (auch zur Wahrnehmung der Erziehungsfunktionen)
- Verbesserung der Kontrollen durch das Gewerbeaufsichtsamt.

.2.4. Arbeitsbelastungen und Angebotsgestaltung

Die bei verringerten Belastungen benötigte verkürzte Rekreationszeit führt hypothetisch zu einer erhöhten Nutzungsmöglichkeit von Angeboten. Durch die Abnahme an passiv-rekreativen Tätigkeiten (Medienkonsum, passiv-Sport, Nichts-Tun) entsteht ein höherer Bedarf an Angeboten zu aktiver Betätigung in Sporteinrichtungen, Hobbyräumen, soziale und politische Partizipation, Bildung und Kultur. Ob damit eine Verringerung des Bedarfs an Erholungsgebieten einhergeht, ist fraglich, da das Ausflugsverhalten weniger belasteter Gruppen (Angestellte, Selbständige) eher intensiver ist. Durch geringere arbeitsbedingte gesundheitliche Schädigungen wird Gesundheit als Hinderungsgrund für Freizeitbetätigungen besonders für die Gruppen der Arbeiter, berufstätigen Ehefrauen und alte Menschen weniger bedeutsam und führt zu insgesamt verstärkter Angebotswahrnehmung vor allem in der Tagesfreizeit.

3.3. Selbstverwirklichung und Mitbestimmung im Arbeitsbereich als Voraussetzung für autonomes Handeln in der Freizeit.

Für die Integration von Arbeit und Freizeit ist auf der "Arbeitsseite" die Möglichkeit zu Selbstverwirklichung und Mitbestimmung, der Abbau autoritär-hierarchischer Strukturen und Gelegenheit zu sozial-kommunikativen Interaktionen bedeutsam. Über Veränderungen in der Bedürfnisstruktur vermittelt, kann hierdurch auch eine verringerte Nachfrage nach konsumorientierten Einrichtungen und Gütern und nach passiver Unterhaltung (Medien) induziert werden, die Freizeit heute als Gegenwelt hedonistischer Betätigung und alleinigem Ort der Selbstverwirklichung (Mobilität, Hobby, Ausflugsverhalten) charakterisieren. Dafür werden mehr Gelegenheiten zu gesellschaftlich-sozialem Engagement und zu politischer Mitwirkung in allen Bereich benötigt, was der zentralen Forderung der Freizeitforschung von Habermas bis H.v.Hentig (298) nach Selbstverwirklichung des Menschen als "politisches Wesen" entgegenkommt. Diese Effekte werden erst langfristig wirksam werden, da schichtspezifische Persönlichkeitsstrukturen, Sprachbarrieren und Defizite sozialer Kompetenz erst über einen veränderten Sozialisationsprozeß ganz ausgeglichen werden können.(s.auch 2.5.2.) Empirische Untersuchungen, die kurzfristige Effekte veränderter Arbeitsorganisation auf außerbetriebliches Verhalten beschreiben, liegen kaum vor. (299)

3.3.1. Arbeits-, Freizeitorientierung, Arbeitszufriedenheit

In einer vergleichenden Untersuchung von Industriearbeitern und Krankenschwestern zeigte Orzack (3oo), daß die "zentralen Lebensinteressen" umso eher im Arbeitsbereich gesehen werden, als dort informative Gruppenerfahrungen, persönliche Befriedigungen und formale Organisationsverpflichtungen anzusiedeln sind. Nach Lüdtke (3o1) fällt es dem Handelnden

unter drei Bedingungen relativ leicht, emotionale Motive, primäre Sozialbeziehungen und diffuse Erfahrungen mit der Situation in Beruf und Arbeit zu verbinden:

- wenn die Tätigkeit noch keiner starken Entfremdung unterliegt und Spielraum für individuelle Verantwortung, Autonomie und Kreativität liefert,
- wenn die Berufswahl bei großer funktionaler Wichtigkeit und hoher materieller "Prestige-Belohnung" ein hohes zeitliches sowie psychisches Engagement erfordert und Freizeit auf Kompensationsfunktion reduziert wird (Politiker, Manager),
- wenn aufgrund individueller Disponierbarkeit der Arbeit die Grenzen zwischen Arbeits- und Freizeit fließend sind, oder

  die Interaktionspartner in Arbeit und Freizeit identisch sind.

Gleichzeitig weist Lüdtke darauf hin, daß bei Mittelschichtberufen, die bislang als Domäne "selbstbestimmter" Arbeit galten, eine zunehmende emotionale Ablösung des "Selbst" von der Arbeit festzustellen ist. Humanisierung der Arbeit wird sich tendenziell also ebenso auf Angestellten- und Beamtenberufe beziehen müssen.(302) Untersuchungen, die mittels Befragung "Arbeitszufriedenheit" zu erfassen beabsichtigen, zeigen, daß Arbeitsunzufriedenheit sich auf qualitativ unterschiedliche Dimensionen bezieht (Bezahlung, Arbeitsbedingungen, Beziehung zu Vorgesetzten) wie Arbeitszufriedenheit (Leistung, Anerkennung der Leistung, Verantwortung) und herkömmliche Skalierungsverfahren daher nur bedingt gültige Ergebnisse liefern. (303) Daher werden im folgenden Ansätze berücksichtigt, die an einer Analyse der objektiven Arbeitsbedingungen - vor allem der industriellen Arbeit - anknüpfen und Freiheitsspielräume im Arbeitsbereich unter der Zielfunktion "Industrielle Demokratie" und "betriebliche Arbeitsbedingungen" thematisieren.

3.3.2. Industrielle Demokratie und Strategien der Durchsetzung

Vilmar (3o4) analysiert drei Ursachenkomplexe für die Inhumanität des Arbeitslebens, denen drei Gruppen von Humanisierungsstrategien entsprechen, die ihrerseits von "Pseudostrategien" zu trennen sind:

- Ausbeutung / Existenzangst
- psycho-physisches Arbeitsleid
- Fremdbestimmung

Humanisierung und Demokratisierung der industriellen Arbeit
Versuch einer systematischen Darstellung westeuropäischer Trends

Ursachen/Formen der Dehumanisierung	Strategien der Humanisierung Kurzfristige — — — — → Langfristige		Pseudo-Strategien der Humanisierung
Existenzbedrohung und Ausbeutung durch Produktionsmittelbesitzer: Nichtverfügung über den „Mehrwert" der Arbeit; jederzeit drohende Arbeitslosigkeit	Planifikation; soziale Steuerpolitik; öffentliche Arbeitsmarktpolitik, Mitbestimmung i. d. Unternehmensleitung; Ausbau des Arbeitsschutzrechts; „Workers' Control"; qualitative Tarifpolitik; Streik ...	Wohlfahrtsplanung auf der Basis vergesellschafteter Großindustrie; Arbeiterselbstverwaltung in den Unternehmen, Wachstumsbegrenzung ...	Marginale Gewinnbeteiligung, Human Relations; Konsum- und „Wohlstands"-Ideologie; Betriebsgemeinschaftsideologien ...
Psycho-physisches Arbeitsleid Überanstrengung, gesundheitsgefährdende Arbeitsplätze und -anforderungen; Monotonie etc.	Arbeitszeitverkürzung; Pausenregelung; Legalisierung arbeitswissenschaftlicher Standards; werksärztliche und Unfallschutzverbesserung; Streik ...	Job Rotation; Job Enlargement; Normierung hoher arbeitswissenschaftlicher Standards, extreme Arbeitszeitverkürzung für besonders dehumanisierende Tätigkeiten; Automation ...	Psychotechniken, z. B. Musikberieselung, farbenfrohe Betriebsgestaltung; Geldäquivalente für Arbeitsleid ...
Fremdbestimmung Disfunktionale Regelung und Kontrolle der Arbeit durch Hierarchien; fremde Bestimmung der Produktionsziele, -prozesse, -innovationen	Mitbestimmung a) der Arbeitsgruppen b) des Betriebsrates konkrete Information bzw. betrieblich-politische Bildungsarbeit; „Workers' Control"; Streik ...	Autonome Arbeitsgruppen Abbau der Hierarchie, Arbeiterselbstverwaltung umfassende polit-ökonomische Information ...	„Delegation von Verantwortung" in unwesentlichen Ausführungsfragen („Harzburger Modell"); Human Relations; Aufstiegsillusionen; formale Informationspolitik ...

Vilmar betont, daß die gegenwärtige Diskussion (3o5) um bessere Arbeitsbedingungen zu einer Reduktion auf unmittel-

bare Phänomene des Arbeitsprozesses und deren Verbesserung tendiert und sozio-ökonomische Gesamtbedingungen wie

- Unternehmensstruktur
- privatwirtschaftliche Macht- und Marktmechanismen
- sozio-strukturelle Privilegien und Diskriminierungen

als gegeben oder irrelevant betrachtet werden. Das eigentliche Ziel der Arbeitshumanisierung ist nach Vilmar die

- Arbeiterselbstverwaltung.

Teilziele sind:

- qualitative Neuorganisation inner- und überbetrieblicher Informations- und Aktionsbildungs- sowie gruppenpädagogischer Prozesse,
- Abbau aller Diskriminierungen bestimmter Gruppen (Arbeiter : Angestellte; Frauen : Männer, Ausländer : Einheimische usw.),
- Abschaffung neo-feudalistischer Tendenzen zu "freiwilligen betrieblichen Sozialleistungen", die die Mobilität behindern,
- Abbau aller nicht-funktionalen Kontrollen und Direktionsrechte.

Während bislang Experimente zur Erprobung arbeitsorganisatorischer Konzepte (VOLVO etc.) in Schweden und Norwegen die meiste Beachtung fanden, hebt Vilmar hervor, daß Probleme der individuellen Entfaltung und der Kollektiven, Konzern-, Industrie- und Wirtschaftspolitik verändernden Gegenmachtbildung in unrealistischer Weise isoliert werden (3o6) und nicht Prozesse der Realisierung thematisiert werden, die z. B. in Schweden/Norwegen durch eine günstige Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Arbeitgebern beschleunigt wurden. Als Strategien lassen sich unterscheiden:

- Mitbestimmungskonzepte
- Gegenmachtbildung.

So ist in der BRD die erste integrierte Operationalisierung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse durch ein "arbeitswissenschaftliches Team" in einem Betrieb der Montanindustrie (Stahlkonzern Salzgitter), wo Mitbestimmung zuerst realisiert wurde, verwirklicht worden. Gegenüber der Mitbestimmung zielen Gegenmachtstrategien der "Arbeiterkontrolle" in England, Belgien und Frankreich auf den Abbau von Entscheidungsrechten der Manager. Die Strategie des "encroachment" soll als eine Art "gewaltfreier Guerilla" mittels der kollektiven Gegenmacht organisierter Belegschaften, die unmittelbar an Konflikten im Betrieb und am Arbeitsplatz anknüpft, betriebliche Herrschaftsrechte untergraben. Das Mitbestimmungskonzept wird als statische gesetzlich normierte Festlegung mit relativ bescheidenen Kompetenzen der Arbeitnehmervertreter abgelehnt. (3o7)

Die "control ouvrière" in Frankreich zielt auf die Realisierung von ad-hoc Eingriffen und Initiativen auf Betriebsebene, die weder institutionalisiert noch kodifiziert sind, dafür jedoch über die faktische Macht von Vertrauensleuten umso weiter reichen.

In Italien zeigt sich die Tendenz über Basisorganisationen an politischen Instanzen vorbei eine rätedemokratische Fabrikmacht auszubauen.

Die relativ ausführliche Behandlung von Realisierungskonzepten sollte deutlich machen, daß Formen direkter Beteiligung der Betroffenen als partizipatives Verhalten selbst freizeitrelevant werden können und zur Einsicht in gesellschaftliche Strukturen- und Entscheidungsprozesse beitragen können.

3.3.3. Humanisierung der betrieblichen Arbeitsbedingungen

Hinsichtlich der Veränderungen der Arbeitssituation unter Aspekten der Arbeitsautonomie und der Kooperation weisen Kern/Schumann (3o8) darauf hin, daß bei verschiedenen Arbeiten der Autonomiegrad in allen Aspekten des Dispositionsspielraums in dieselbe Richtung weist:
Jene Arbeiten, die eine geringe Qualifikation erfordern wie "repetitive Teilarbeiten", weisen einen geringen Dispositionsspielraum auf, qualifiziertere Arbeiten (Instandhaltung) gestatten relativ viel Autonomie bei der Gestaltung. Ähnlich verhält es sich mit den Kooperationsmöglichkeiten und sozialen Kontakten während der Arbeit. Osterland u.a. (3o9) bemerken, daß technischer Wandel auf unterschiedlichen Stufen der Mechanisierung keineswegs zu einheitlichen Arbeitssituationen führt, wenig qualifizierte "Apparatebedienung" ohne Dispositionsspielraum biete intensivere Kooperationsmöglichkeiten als Arbeiten mit größerer Autonomie (z.B. Maschinenführung). Es ergeben sich lediglich "konfliktverdünnte Arbeitssituationen", die eher durch technische Sachzwänge als personale Herrschaft charakterisiert sind. Osterland u.a. betonen, daß trotz eines partiellen Funktionsverlustes der Vorgesetzten und Meister die betriebliche Herrschaftsstruktur als Ausdruck des Kapitalinteresses fortbesteht.

Durch Rationalisierung und Automatisierung im Bürobetrieb ergeben sich für Angestellte ähnlich widersprüchliche Konsequenzen, obgleich die hierarchischen Verhältnisse komplexer und technisch vermittelte Kooperationen weniger ausgeprägt sind. So tritt oft eine stärkere zwischenbetriebliche Verflechtung der Arbeiten ein, die früher von den Abteilungen autonom erledigt wurden, wachsende Arbeitsteilung und Zentralisierung (Großraumbüros) schränken zusätzlich die Autonomie ein.(31o)

3.3.4. Modelle zur Arbeitsumgestaltung

Leminsky (311) betont, daß die Verwirklichung eines Mindestmaßes an Abwechslung, Lernfähigkeit und Entscheidungsspielraum vor allem durch Gruppenarbeit ermöglicht werde. Diese kann das Verhältnis Arbeit - Freizeit direkt beeinflussen, indem über Problemlösung am Arbeitsplatz entstandene persönliche Beziehungen auch auf die Freizeitgestaltung ausgedehnt werden.
Die folgenden Methoden der Arbeitsumstrukturierung sollen vor allem eine Erweiterung des Handlungs- und Entscheidungsspielraumes erreichen:

- job rotation (systematischer, frei vereinbarter Arbeitsplatzwechsel -innerhalb einer Arbeitsgruppe- bewirkt geringere Ermüdung, Monotonie)
- job enlargement (der individuelle Aufgabenkreis wird erweiterrt, umfassendere Anlernprozesse, höhere Anforderungen),
- job enrichment (Vergrößerung und Verselbständigung der Arbeitsaufgaben, Integration von Planung, Fertigung und Kontrolle),
- teilautonome Gruppen: Diese vergrößern die individuelle Arbeitsaufgabe (jeder beherrscht die Tätigkeiten der anderen Gruppenmitglieder), ersetzen Kontrolle durch Selbstkontrolle, Entscheidungen über Arbeitszeiten, Urlaubsregelung, Aufgabenverteilungen werden selbst getroffen und Randtätigkeiten wie Materialbeschaffung, Reparaturen und Wartung ausgeführt.

- autonome Gruppen: Sie unterscheiden sich von den oben genannten nach dem Grad ihrer Autonomie und können auf die Produktwahl und dessen quantitative Merkmale Einfluß nehmen. Die kommunikative Selbstbestimmung schließt soziale Verpflichtungen und Verantwortung mit ein. Auch in norwegischen Beispielen sind Entscheidungen und Einflußnahme auf das was produziert wird noch nicht realisiert worden,

- Kooperative Organisation in der Landwirtschaft: Durch arbeitsteilige, industrialisierte Formen der Bewirtschaftung etwa nach dem "Beckdorfer-Modell" können durch den Arbeitsablauf in der Landwirtschaft bedingt überlange Arbeitszeiten und Schmutzarbeiten vermieden und Freizeit im großstädtischen Sinn erst ermöglicht werden. Den Hauptvorteil haben die Frauen, welche von der Doppelarbeit in Haus und Hof entlastet werden. Urlaub wird möglich. (312)

Geht man davon aus, daß die Fähigkeit zu Selbstbestimmung und Kreativität als Voraussetzung autonomen Freizeitverhaltens sich in einem Prozeß kommunikativen Handelns herausbildet, so erscheint als Erweiterung und i.V.m. der Planung oben skizzierter Arbeitsformen das Konzept der Mitbestimmung am Arbeitsplatz als Teil einer umfassenden Mitbestimmung relevant. VILMAR betont, daß unmittelbare Interessenwahrnehmung am Arbeitsplatz über die Organisation von Arbeitsgruppen gehen müsse, da der Einzelne nicht genügend Selbstvertrauen besitze, seine Meinung bzw. Forderung zu vertreten. Als notwendige Rechte dieser Gruppen werden angesehen:

- Recht auf regelmäßige und außerordentliche Gruppenbesprechung, die als Arbeitszeit betrachtet wird,

- Recht auf Information über
  - Änderung von Arbeitsplätzen und -bedingungen
  - " von Zeitvorgaben im Leistungslohn
  - " des Arbeitsablaufes
  - " Errichtung neuer Arbeitsplätze
- Recht auf Anhörung mit Diskussion der Gruppe
- Initiativrecht der Gruppe bezüglich organisatorischer, personeller und sozialer Verbesserungen
- selbstständige Absprachen über Urlaubsplan, Arbeitszeit
- Recht, gegen eine Entscheidung auch nachträglich den Betriebsrat anzurufen. (313)

Ziel dieser Form von Mitbestimmung ist die Personal-Selbstverwaltung, bei der die Beschäftigten Führungskräfte und Vorgesetzte wählen.

Weitere Modelle der Mitbestimmung und Demokratisierung im Arbeitsbereich können hier nicht dargestellt werden, es soll jedoch nochmals auf ihre Bedeutung für die Entwicklung neuer nicht-konsumorientierter Bedürfnisse hingewiesen werden, die dann als politisch-gesellschaftliches Engagement eine sinnvolle Freizeitnutzung ermöglichen.

Nicht zuletzt müssen in Zukunft bereits im Konstruktionsprozeß technischer Anlagen menschliche Bedürfnisse und Effekte der künftigen Bedienungssituation antizipiert werden. So könnte man Produktionsprozesse von Anfang an so gestalten, "daß Produktion und Wartung von einer Gruppe ausgeführt wird und Kommunikation innerhalb und zwischen Arbeitsgruppen erleichtert wird. (314)

3.4. Betriebliche Freizeiteinrichtungen und -angebote

Insbesondere für den Arbeiter hat der Betrieb bei geringem außerbetrieblichen Kontakt mit Kollegen als Ort funktionaler Kommunikation und Wertschätzung seines Selbst über die Arbeitsleistung eine zentrale Bedeutung für die Ausbildung sozialer Kompetenz. (Siehe auch S.79) Dieservorwiegend funktional vermittelte Kontakt könnte durch Freizeitangebote der Betriebe, die damit die öffentliche Hand von Investitionen und Planungsaufgaben entlasten würden, auf Formen hedonistischer, spielerischer Kommunikation und Diskussion eigener Probleme in Betrieb, Familie und Gesellschaft unter Einbeziehung von Familienangehörigen, Freunden und Bekannten erweitert werden. Dies dürfte sich positiv auf Selbstbewußtsein, Durchsetzungskraft und Solidarität bei betrieblichen Konflikten auswirken.

Ebenso könnten Angehörigen der Unterschicht milieufremde Freizeitgestaltungsmöglichkeiten eröffnet werden, die ihnen sonst aufgrund sozio-kultureller Filterwirkung von "exclusiven" Clubs, Vereinen oder subjektiver Barrieren verschlossen bleiben (Sportarten wie Reiten, Segeln, Tennis, etc). Die entsprechenden Einrichtungen und Angebote könnten, um eine optimale Nutzung zu ermöglichen, weiteren Benutzerkreisen zugänglich gemacht werden (Schwimmbäder, Räume, Sportplätze, aber auch Werkräume und Maschinen für Hobbies usw.).

Nach einer Erhebung des IFO-Institutes (315) betonen Betriebe, die freiwillige Sozialleistungen zur Freizeitgestaltung übernehmen, den positiven Einfluß auf die mitmenschlichen Beziehungen durch die kontaktvermittelnde, gruppenbildende und gegenüber einzelnen Mitarbeitergruppen(Neuzugänge, ausländische Arbeitnehmer) integrative Funktion derartiger Freizeitgestaltung, die sich über eine Verbesserung des Betriebsklimas günstig auf Arbeitsleistungen auswirkt.

Von Betrieben, die keine Freizeitangebote stellen, nennen je nach Bereich zwischen 42,9 - 78,6 % Desinteresse der Belegschaft, 11 - 5o % ein ausreichendes örtliches Angebot und nur 1o % die Kosten als Grund, was auf weithin ungenutzte Möglichkeiten hindeutet, die Betriebe zur Organisation entsprechender Freizeiteinrichtungen zu motivieren.
In folgenden Bereichen werden Angebote und Einrichtungen zur Verfügung gestellt:

- Förderung von Urlaub und Erholung
  - eigene Erholungsheime, Berg-, Skihütten, Wald-, Seeparzellen, Sauna usw., verbilligte Urlaubsquartiere durch Vertragspensionen und Kontingente bei Touristik-Unternehmen -
- Förderung des Betriebssports
  - Geldleistungen an Betriebssportgruppen, Sachleistungen (Sportgeräte), Dienstleistungen (Bezahlung von Sport- und Übungsleitern), Turn-Schwimm-Sportanlagen, betriebliche Sportgemeinschaften (-diese werden erst bei Betrieben über 5o Beschäftigte möglich) -
- Allgemeinbildung
  - Werkbücherei, Schulungsräume, allgemeinbildende Veranstaltungen (Sprache, Literatur), Besichtigungen, Exkursionen -
- Unterhaltung, Geselligkeit
  - kulturelle Veranstaltungen, verbilligte Theater-, Konzertabonnements -
- Sonstige Freizeitbeschäftigungen
  - Gruppen für Fotografieren, Filmen, Tonband, Malen .... -

Im betrieblichen "Freizeitbereich" müssen auch für Pausenräume und Kantinen neue Formen unter Mitwirkung der Beschäftigten entwickelt werden und durch eine flexiblere Pausenregelung die Möglichkeit zu Einkäufen, Treffen mit Familienangehörigen und Freunden sowie rekreativen Tätigkeiten geschaffen werden.

4. DIE SIEDLUNGS- UND WOHNVERHÄLTNISSE ALS RAHMENBEDINGUNGEN FÜR FREIZEITMÖGLICHKEITEN UND ANGEBOTSNUTZUNG

Nachdem bereits unter 2.2.4.2. empirische Ergebnisse hinsichtlich des Zusammenhangs Wohnen - Freizeitverhalten diskutiert wurden, sollen im folgenden allgemeinere siedlungs- und wohnungsbezogene Rahmenbedingungen hinsichtlich ihrer Relevanz für Freizeitchancen dargestellt werden. Die empirische Heransgehensweise bleibt hier weitgehend auf die materiellen Strukturelemente beschränkt, da nur in Ausnahmefällen Untersuchungen über Auswirkungen und Effekte auf soziales Verhalten vorliegen, bzw. diese in ihrer Interpretation umstritten sind. (316)

4.1. Ansätze zur Stadt-Land-Differenzierung

In Gemeinde- und agrarsoziologischen Studien wird der Abgrenzung Stadt-Land bzw. "ländlicher Gemeinde" große Aufmerksamkeit gewidmet. Für die Zwecke einer freizeitbezogenen handlungsorientierten Strukturanalyse sollen diese Ansätze i.V.m. Typisierungs- und Ordnungskategorien der Gemeindestatistik, Siedlungsgeographie, Regionalforschung und Raumplanung integriert werden, da räumliche, administrative, soziale und kulturelle Einheiten sich selten decken.

1. Soziologische Abgrenzungen

Planck (317) weist in Abhebung zu Definitionen, die Stadt und Land in Gegensatzpaaren definieren, vor allem auf das Modell des Stadt-Land-Kontinuums hin, das die Gemeinden auf einer Skala bestimmter Kriterien wie Gemeindegröße, Agrarquote, Berufsdifferenzierung, Dominanz personaler und informaler Beziehungen usf. ordnet. Kötter betont die Bedeutung der Differenzen in städtischen und ländlichen Werthaltungen, die über die Intensivierung der Kontakte zwischen Stadt und Land (Berufspendler, zentralörtliche Funktionen usw.) wechselseitig beeinflußt werden, lehnt jedoch den Begriff ländliche Gemeinde i.S. einer Koinzidenz äußerer Faktoren, sozialer Strukturen und Verhaltensweisen ab, wobei jedoch weitgehend auf Studien aus USA Bezug genommen wird, deren Ergebnisse nur bedingt über tragbar erscheinen. (318)

Empirische Arbeiten zeigen große Unterschiede in der "Dynamik" vergleichbarer Orte auf, die die noch bestehende Individualität kleiner Gemeinden als soziale und kulturelle Systeme am stärksten verdeutlichen. (319)

Die im Konzept des Stadt-Land-Kontinuums unterbewerteten Aspekte der qualitativen, insbesondere kulturellen Unterschiede, die nicht quantifizierbar sind, werden auch durch siedlungsgeographische Klassifizierungen (Einzelhofgebiete, Weiler, Haufendörfer, Industriedörfer, Moor-Waldhufendörfer) und volkskundliche Untersuchungen betont, die eine starke kulturelle Identität kleiner Gemeinden bestätigen. (32o)

2. Wirtschafts-Gemeindestatistik

In Gemeindetypisierungen hat sich der Indikator des von der Bodennutzung lebenden Bevölkerungsanteils im Einwohnergefüge als für den Charakter einer Siedlung als ländlich-agrarisch, gemischt bzw. städtisch-industriell am bedeutsamsten herausgestellt. Umgekehrt schließt nach Planck eine niedrige Agrarquote nicht aus, daß es sich um eine Landgemeinde handelt. So waren bereits 1961 von westdeutschen Landgemeinden nur noch 18 % Agrargemeinden, 32 % agrarisch-industriell, 32 % Industriegemeinden und 1 % Fremdenverkehrsgemeinden. (321)

Gemeinden und Wohnbevölkerung am 30. 6. 1975 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeinden mit ... bis unter .. Einwohnern	Bundesgebiet	
		%
	Zahl der Gemeinden	
unter 100	249	2,3
100 — 200	737	6,8
200 — 500	2 193	20,1
500 — 1 000	2 170	19,9
1 000 — 2 000	1 883	17,3
2 000 — 3 000	860	7,9
3 000 — 5 000	841	7,7
5 000 — 10 000	914	8,4
10 000 — 20 000	588	5,4
20 000 — 50 000	308	2,8
50 000 — 100 000	84	0,8
100 000 — 200 000	36	0,3
200 000 — 500 000	20	0,2
500 000 und mehr	13	0,1
Insgesamt ...	10 896	100
	Wohnbevölkerung in 1 000	
unter 100	16,9	0,0
100 — 200	115,0	0,2
200 — 500	743,8	1,2
500 — 1 000	1 554,9	2,5
1 000 — 2 000	2 676,6	4,3
2 000 — 3 000	2 102,1	3,4
3 000 — 5 000	3 275,1	5,3
5 000 — 10 000	6 496,4	10,5
10 000 — 20 000	8 070,1	13,1
20 000 — 50 000	9 282,8	15,0
50 000 — 100 000	5 605,3	9,1
100 000 — 200 000	4 856,2	7,9
200 000 — 500 000	5 499,8	8,9
500 000 und mehr	11 537,1	18,7
Insgesamt ...	61 832,2	100

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1976, S. 57

Angaben zur Gemeindestatistik zeigen, daß in Gemeinden unter 5.000 Einwohner, das sind 84,1 % aller Gemeinden in der BRD, 19,7 % der gesamten Wohnbevölkerung leben. Diese Zahlen zeigen, daß rein quantitativ den Problemen der Bewohner des so definierten ländlichen Raumes (ca. 12 Mio.) und den Gemeinwesen als sozialen Lebensräumen, in denen sich Freizeit für ihre Bewohner realisiert, eine enorme Bedeutung zukommt.

3. Verwaltung, Regional- und Raumplanung

Eine kritische Darstellung von Freizeitrahmenbedingungen im ländlichen Raum muß nicht zuletzt von den konkreter Planungstätigkeit vorgegebenen räumlichen und inhaltlichen Bezugskategorien ausgehen. Bereits hier wird deutlich, daß Freizeit vorwiegend unter dem Aspekt der quantitativen Freizeitinfrastrukturausstattung (322) problematisiert wird, die sich erst auf der Ebene von Programmen zur "Dorferneuerung" konkretisiert.

Die räumlichen Bezugsgrößen politischen Handelns sind von 1966 - 1976 über die Verwaltungsreform grundlegend geändert worden. Damit verbunden ist notwendig eine stärkere Abstraktion politischen Handelns von den spezifischen kulturellen und sozialen Eigenheiten ländlicher Gemeinden, wie auch ein Verlust infrastruktureller Verwaltungsausstattung, der zu längeren Wegen bei Behördenbesuchen und zum Verlust an "Bürgernähe der Verwaltung" führt.

Grundschema der allgemeinen inneren Verwaltung

Ebene	1966	1976
Bund	1 Bund	1 Bund
Länder	11 Länder	11 Länder (Reformziel 6 Länder)
Bezirke	33 Regierungsbezirke	25 Regierungsbezirke (mit Reformziel Niedersachsen)
Kreise	425 Landkreise und 141 kreisfreie Städte	230 Landkreise und 86 kreisfreie Städte (mit Reformziel Niedersachsen)
Gemeinden	24 444 kreisangehörige Gemeinden	rd. 3 400 kreisangehörige Gemeinden sowie zusammengesetzte örtliche Verwaltungseinheiten mit hauptamtlicher Verwaltung = Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden und Verwaltungsgemeinschaften mit etwa 6 600 Ortsgemeinden (mit Reformziel Bayern)

Quelle: Informationen zur Raumentwicklung 1/1976, S.59

Neben diesen Verwaltungseinheiten besteht eine Vielfalt an Planungs- und Diagnoseräumen, "deren verbindendes Merkmal im wesentlichen darin besteht,

mit Staats- und Verwaltungseinheiten nicht übereinzustimmen". Hierzu zählen insbesondere:

- 38 Gebietseinheiten des Bundesraumordnungsprogramms mit Oberzentren als Kern
- 69 Planungsregionen der Länder (Einzugsbereiche von Oberzentren)
- 650 zentralörtliche Verflechtungsbereiche mittlerer Stufe (Mindestgröße 20.000 Einwohner, Deckung des gehobenen Bedarfs der Bevölkerung, innerhalb einer Stunde mit ÖNV erreichbar)
- 79 statistische Raumeinheiten (Bundesfernstraßenbau) (323).

Als "ländliche Gebiete" erscheinen auf der Planungsebene alle Gebiete außerhalb der Verdichtungsräume und ihrer Randbereiche. Hiernach würden 1970 auf den ländlichen Raum bei 92,7 % der Fläche der BRD 54,5 % der Bewohner entfallen. (324)
Ein alternativer Ansatz stellt eine Unterteilung zwischen Großagglomerationen und "Land" her, wobei Einzeluntersuchungen folgende Ausprägungen der Indikatoren ergeben haben:

Merkmale	Großagglomeration = "Stadt"	Übriges Gebiet = "Land"
Kopfarbeit/Handarbeit Relation	1 : 1	2 : 1
Gehalt/Lohn-Relation in Industrie	1 : 1	2.3 : 1
Besatz mit "besseren" Verdienern	1,5	0,6
Akademiker Besatz	4	2
Besatz mit Trägern von tertiären Vorleistungen	11,0	4,5
Wirtschaftsmacht/Wirtschaftskraft	positiv	negativ

Quelle: Informationen zur Raumentwicklung 10/11,1974 S. 3

Diese Regionalkategorien lassen erkennen, daß sie für die Entwicklung von Konzepten zur Verbesserung der Freizeitsituation des ländlichen Raumes nur sehr bedingt geeignet sind, da sie die spezifische Sozialstruktur sowie kulturelle Eigenarten kleiner Gebiete und Orte nicht berücksichtigen können.

4.1.1. Der ländliche Raum in der Freizeitforschung

Bevor versucht wird, die Bedeutung allgemeiner Rahmenbedingungen für Freizeit im ländlichen Raum empirisch zu spezifizieren, soll kurz dargestellt werden, welche Gesichtspunkte bislang untersucht wurden.

1. Themenbereiche

Der ländliche Raum wird in der Literatur im Umkreis des Freizeitproblems unter folgenden Aspekten behandelt:

- als Anbieter für Freizeitfunktionen (325) (Natur/Landschaftserleben, Sport/Vergnügen, Kultur/Unterhaltung, Kur/Weiterbildung, Freizeitwohnen)
- Freizeit im Freien ("outdoor-recreation")

- Entwicklung der Dorfstruktur zu "Freizeitgemeinden" (326)
- Ferien auf dem Lande, Ferien auf dem Bauernhof (327)
- Probleme der Fremdenverkehrsplanung
- Bewertung der Landschaft für Erholungseignung (landschaftliche, soziale, infrastrukturelle Faktoren), Festlegung von Erholungsgebieten, Flächenbedarf von Freizeitteilfunktionen (328)
- Zweitwohnsitze, Zersiedelung der Landschaft, Zerstörung des Naturraums
- Probleme des Naherholungsverkehrs (329)
- Funktion des Fremdenverkehrs bzw. Erschließung von Freizeitgemeinden für die wirtschaftliche Entwicklung strukturschwacher Gebiete (33o)

Obwohl sich die unter diesen Aspekten abgehandelten Problembereiche vielfältig überschneiden wird deutlich, daß Bedürfnisse und Ansprüche der ländlichen Bevölkerung hinsichtlich ihrer Freizeitmöglichkeiten übersehen werden und vornehmlich die Funktion des ländlichen Raumes als Erholungsgebiet für die Bewohner der Ballungsräume problematisiert wird. (331) Dies liegt nicht zuletzt daran, daß Untersuchungen über Freizeitverhalten und Bedürfnisse der Bewohner von Kleinstädten und Dörfern nahezu fehlen. (332)

2. Regionale Disparitäten in der Freizeitinfrastrukturausstattung

Das "Kapital" der ländlichen Gegenden als Freizeitwert für ihre Bewohner ist zuerst in besseren Umweltbedingungen (weniger Verkehr, Immissionen, Lärm) und Ausstattung mit natürlicher Landschaft (Flüsse, Seen, Wald) zu sehen, die z.B. eigene Kinderspielplätze, Grünanlagen, Bäder teilweise überflüssig macht. Der diesbezüglichen Freizeitinfrastruktur ist u.U. eine geringere oder zumindest andere Bedeutung beizumessen als in Ballungsgebieten.

Bei Zugrundelegung der Gebietseinheiten des BROP zeigen sich in den Gebieten, je nach Freizeiteinrichtung (Wanderwege, Turn- und Sporthallen, Freibäder, Hallenbäder) unterschiedliche Versorgungsstandards, so daß von einem durchgängigen Freizeitinfrastrukturdefizit einzelner Gebiete nicht gesprochen werden kann. (333) Den Ausstattungsstandard von 57 Freizeiteinrichtungen der Bereiche: Freie Natur, Sport und Spiel, städtische Einrichtungen/Gastronomie/Hotellerie analysierte das Logon-Institut für die neun meistbesuchten Feriengebiete und für zehn Verdichtungs- und Naherholungsgebiete. (334)

Regionale Versorgung mit Freizeiteinrichtungen
in Verdichtungs- und Naherholungsgebieten im Jahr 1972

Regionale Versorgung mit Freizeiteinrichtungen
in Feriengebieten im Jahr 1972

In den meisten Feriengebieten gibt es nur geringe Versorgungsdifferenzen, lediglich die Alpen und der Schwarzwald heben sich als bestversorgte Feriengebiete stark ab. In den Verdichtungsräumen sind die Versorgungsunterschiede bedeutend größer. München verdankt seinen bundesweiten Ruf als Stadt mit hohem Freizeitwert mehr dem attraktiven Angebot des bayerischen Hinterlandes als der eigenen Freizeitinfrastruktur. Dieses Ergebnis zeigt auch, daß Atmosphäre und Stadtbild, Theaterkulisse und Starkbierzeit - Dinge, denen München ebenfalls seine Beliebtheit verdankt - zu kurz kommen, wenn wie hier nur die quantitative Versorgung mit Freizeiteinrichtungen ausgemessen wird (siehe 6.3.).

3. Die Übernahme von Freizeitteilfunktionen in ihrer Relevanz für Freizeitmöglichkeiten der Bewohner ländlicher Gebiete

Den strukturschwachen Gebieten wird Fremdenverkehr häufig als ein Allheilmittel zur Verbesserung der Einkommens- und Beschäftigungssituation empfohlen. Allerdings dürfte es in den seltensten Fällen gelingen, den Fremdenverkehr zu dem mit Abstand führenden Wirtschaftsfaktor werden zu lassen. Begrenzend wirkt sich in der BRD das Klima aus, nicht nur wegen der relativ hohen Sommerniederschläge, sondern auch wegen der fehlenden Schneesicherheit im Winter. Daneben entspricht die Mentalität der Bewohner häufig wenig den Eigenschaften, die von einem Dienstleistunggewerbe zu erwarten sind und die für die Durchführung des Umwandlungsprozesses von einem Dorf in eine Freizeitgemeinde benötigt werden. Affeld u.a. (335) stellen in einer Modelluntersuchung des Ortes Falkenstein fest, daß insbesondere sozialpsychologische Faktoren der Einwohner ein Hindernis in diesem Prozeß darstellen können. Dazu zählen etwa:

- allgemeine Lern- und Innovationsbereitschaft: Hier wurde ein starkes Interesse der weiblichen Dorfbewohner festgestellt, die einen weitgehend isolierten und eintönigen Alltag verbringen;
- gestalterisches Interesse: Das Interesse, an der bewußten Umgestaltung von Ort und Landschaft teilzunehmen, ist gering;
- Interesse an genossenschaftlicher Zusammenarbeit: Die Möglichkeit wird begrüßt, aber nur wenige wollen Kapital investieren;
- Sozial-kommunikative Interessen: Das aktive und passive Interesse an Gästen ist besonders groß bei Frauen, die sich eine Abwechslung davon versprechen;
- finanziell-nebenberufliche Interessen: Auch hier besteht ein allgemeines Interesse, aber wenig konkrete Handlungsbereitschaft;
- finanziell-hauptberufliche Interessen sind nur verbal vorhanden.

Affeld u.a. weisen auch auf die Situation der marginalen Gruppen (physich und psychisch Kranke, Alte, Vereinsamte) hin, denen die Gemeinde eine Art Rückzugs- und Überlebensmöglichkeit bietet, die bei einem Funktionswandel in eine Freizeitgemeinde zerstört werden könnte. (336) Im Falle einer Realisierung würde die Bevölkerung - insbesondere die Jugendlichen - allerdings von den zu erstellenden Freizeiteinrichtungen profitieren.

Nach dem Mansholt-Plan sollte ein weitreichender Landschaftswandel angestrebt werden, wobei von 5 Mio. ha stillzulegender landwirtschaftlicher Fläche 2o % für Ferienzentren und Naturparks zur Verfügung gestellt werden soll. Zurek berechnete bei einem Selbstversorgungsgrad von 7o % - in Abhängigkeit von agrarpolitischen Entscheidungen - einen Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der BRD um 5 - 8 % bis 1985. (337) Bereits 1971 - 1973

ergab sich ein Zuwachs von 11 %, in einzelnen Gebieten bis zu 3o % an nicht mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche, die für außerlandwirtschaftliche Zwecke zur Verfügung steht. (338) Hier stellt sich die Frage, ob man nicht einzelne Dörfer unter "Überspringen der industriegesellschaftlichen Phase" gleich als Freizeitdörfer konzipiert und die Landwirtschaft für die Freizeitgesellschaft "umfunktioniert werden" kann. Nach Mrass könnten die Landwirte mittels einer Kooperation aller Betriebe zu einer optimalen Arbeitsteilung zwischen Erledigung der fortzuführenden landwirtschaftlichen Tätigkeiten, der landschaftspflegerischen Aufgaben ("wild-life-management", Ansiedlung von Flora und Fauna, Möglichkeiten zum Beobachten und Fotografieren von Tieren und Pflanzen naturkundliche Angebote, Schaffung kleinerer Wasserflächen) und Betreuung der Erholungsinfrastruktur gelangen: Hier könnten in nicht mehr genutzten Hoflagen Wochenendhäuser erstellt werden und ein breites Angebot an Reit-Angel-Golf- und Schießsport, ebenso wie Gelegenheit zum Basteln, Töpfern, Fotoarbeiten, Web- und Holzarbeiten und vieles mehr einbezogen werden. Da für Familien attraktive Angebote weithin fehlen, könnten Ponyhöfe, deren Tiere die Kinder mitpflegen dürfen, besonders attraktiv wirken. Kindergärten sollten es Eltern und Kindern anheim stellen, den Tag gemeinsam oder getrennt zu verbringen. Andererseits könnten spezielle "Kinderhöfe" einen getrennten Urlaub von Eltern und Kindern ermöglichen (siehe 3.1.3.). Die Chance des Dorfes als Freizeitzentrum wäre genutzt, wenn es für die gesamte Familie, unterschiedlich nach den Ansprüchen ihrer Mitglieder, einen zusätzlichen Lebensbereich bereitstellen könnte, der Gelegenheit bietet, eine Sache in Ruhe zu Ende zu bringen. (339)
In ähnlicher Weise konzipiert Schulze-Göbel für eine Gruppe von Urlaubern bestimmter sozial-psychologischer Prägung das neugestaltete Dorf als sozialen Kontaktraum, wie er in der Arbeitswelt verloren gegangen ist." (340)

Das Überwiegen der Dienstleistungsaufgaben kann hierbei jedoch zu überlangen Arbeitszeiten und Belastung der Familienstruktur führen. Dieser Aspekt -besonders die Doppelbelastung der Bauersfrau durch Hofarbeit und Gästebetreuung- wird auch für Bauernhöfe mit Urlaubsangebot bedeutsam. Hier wird eine volle Spezialisierung empfohlen oder aber nur Übergangssituation bzw. das Anbieten von Ferienwohnungen und Fremdenbeherbergung, was weniger zusätzliche Arbeitsbelastung mit sich bringt, aber mehr Infrastruktureinrichtungen in erreichbarer Nähe erfordert. Gegenwärtig bieten 12 - 15.ooo Betriebe "Urlaub auf dem Bauernhof" an, das sind ca. 1 % aller Höfe. (341) Andererseits zeigen Umfragen, daß die gastgebenden Landwirte durch die Aufnahme von Gästen verschiedener Herkunft eine Bereicherung erfahren, ihr Leben wird bunter, die

"große weite Welt" kommt zu ihnen ins Haus, die Probleme der Großstadturlauber und der Landwirte werden gegenseitig verständlicher. (342) Die beiden Konzeptionen Freizeitdörfer und Urlaub auf dem Bauernhof können offensichtlich nur für eine kleine Minderheit von Dörfern und Höfen Verbesserungen hinsichtlich der ökonomischen Situation und der Freizeitmöglichkeiten bringen.

Im weiteren Konzept der Entwicklung von Erholungsgebieten (343) (aktuelle Wochenendgebiete im Nahbereich der Ballungsgebiete, Feriengebiete, potentielle Freizeitgebiete, agrarische Problemgebiete) wird eine "dezentralisierte Konzentration" der Freizeiteinrichtungen erstrebt, die eine Entlastung vorhandener Zentren bewirken soll und zu einer Kanalisierung des Freizeitverkehrs in die auszubauenden Gebiete beiträgt. Raten/Uthoft untersuchten anhand der Fremdenverkehrsgebiete Ostsee und Harz die Auswirkungen einer gezielten Ausbauförderung (um 4o % des Bettenangebots von 197o - 1973) auf soziale und ökonomische Struktur der Gebiete. (344) Dabei zeigte sich, daß der Beschäftigungseffekt offensichtlich stark überschätzt wird. So wurden im Harz (bzw. Ostsee) 42 % (53,6 %) Beschäftigte als Fachpersonal aus der Bundesrepublik geholt, 11 % (14,4 %) waren ausländische Arbeitnehmer und lediglich 67 % (32 %) ansässige Arbeitskräfte, insgesamt wurden 1.56o (26o - aufgrund arbeitsintensiver Appartementhotels) neue Dauerarbeitsplätze geschaffen. Daneben wurde besonders an der Ostsee das bodenständige Hotelgewerbe durch den Konkurrenzdruck geschädigt, die Zahl der Privatbetten sank um 31 %. Positiv wirkten sich die neugeschaffenen Freizeiteinrichtungen aus, die zum Großteil von der ansässigen Bevölkerung genutzt werden. Dieses Beispiel zeigt, daß Freizeitmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung weniger auf indirektem Wege über die sozio-ökonomischen Effekte der Ansiedlung von entsprechenden Freizeitinfrastruktureinrichtungen verbessert werden, als direkt durch den Gebrauchswert, den die Einrichtungen haben.

4.1.2. Freizeitrelevante Implikationen gemeindebezogener Rahmenbedingungen im ländlichen Raum

Freizeitmöglichkeiten der Bewohner des ländlichen Raums, insbesondere kleiner Gemeinden (2.ooo Einwohner) können wie angedeutet, nicht allein an dem Stand der Freizeitinfrastrukturausstattung gemessen werden und müssen von "Freizeitfunktionen" des ländlichen Raums getrennt als eigenes Problem behandelt werden. Dazu sollen wichtige Strukturelemente des ländlichen Raums hinsichtlich ihrer Freizeitrelevanz untersucht werden, da nur hiermit die Gefahr einer eindimensionalen Betrachtungsweise zu vermeiden

ist, welche ländliche Freizeitentwicklungsmöglichkeiten auf denselben Skalen ansiedeln, wie sie etwa für Ballungsräume entwickelt wurden (siehe auch 6.1.) und damit als Ziel allein eine Nivellierung von Disparitäten in Aussicht stellt. (345)

Demgegenüber bildet gerade die dörfliche Landgemeinde einen Raum, in dem alternative Bedürfnisstrukturen und Formen sozialer Organisation erprobt und entwickelt werden können, wie sie im Rahmen der "Umweltdiskussion" thematisiert werden. (346)

1. Konzepte der Raumentwicklung: Kleinräumliche Konzentration, Funktionszuweisung, Dorferneuerung, Flurbereinigung

Da Freizeitmöglichkeiten im ländlichen Raum noch stärker als in Großstädten von der Entwicklung der allgemeinen Lebensverhältnisse abhängen, sollen im folgenden Konzepte der Raumentwicklung auf ihre freizeitbezogenen Implikationen geprüft werden.

In den meisten Programmen der Raumentwicklung wird die Realisation raumplanerischer Ziele über eine Ordnung des ländlichen Raums als Netz von Kerngemeinden ("zentralen Orten") und wirtschaftlich sowie infrastrukturell zugeordneten Nachbargemeinden erstrebt. (Beispiel siehe Tab. 72) Als zentrale Orte kommen hierbei Orte ab 5.000 Einwohner (Christaller) infrage, aus industrieller Sicht werden erst Orte ab 10.000 Einwohner mit einem Einzugsbereich von ca. 30.000 Einwohner als Träger zentralörtlicher Funktionen für sinnvoll erachtet. (347)
Schäfer/Klaus weisen auf die negativen Konsequenzen dieses Modells einer kleinräumigen Konzentration hin:

"Unter Hinweis auf gesteigerte Leistungsfähigkeit und Kostenverminderung bei unterschiedlichen Infrastruktureinrichtungen werden diese aus den Dörfern abgezogen und in mehr oder weniger nahegelegenen zentralen Orten untergebracht (Schule, Post, Gemeindeverwaltung, Sportplätze). Private Versorgungseinrichtungen orientieren sich ebenfalls immer mehr an diesen zentralen Orten (Bank, Ärzte, Kino, Gastwirtschaften)." (348)

Der "Rückzug der Infrastruktur aus der Fläche", der damit legitimiert wird, daß bestimmte Einrichtungen einen gewissen Einzugsbereich erfordern und demnach eine Funktionsteilung zwischen den Orten notwendig macht, führt so notwendig zu einer Politik der Funktionszuweisung, der allerdings die dazu notwendigen Untersuchungen fehlen und die im wesentlichen auf Behinderung und Nicht-Förderung nicht-zentraler Orte hinausläuft. Kleine Gemeinden

leiden unter diesem Funktionsverlust und werden in ein System ökonomischer und sozio-kultureller Arbeitsteilung und Abhängigkeit eingegliedert. Schäfer/Lange stellen die These auf, daß diese Auslagerung und Zergliederung gemeindlicher Funktionen nicht durch ein entsprechendes Wachstum an Angeboten kompensiert wird. (349) Isbary weist besonders auf die Verkehrsfolgeprobleme dieser Funktionsteilung hin, die ökologische Belastungen, Unfallgefahr, Verlust an Bequemlichkeit, Wartezeiten, Abhängigkeit von Fahrplänen usf. umfassen und damit Freizeitquantum und Motivation durch die Distanzbarriere negativ beeinflussen. (35o) Hennings betont, daß als Folge dieser Entwicklungen aus den von Schwerpunktorten entfernt liegenden Gemeinden der gesamte nichtlandwirtschaftliche Teil der Bevölkerung und ein großer Teil der heute noch landwirtschaftlichen Bevölkerung abwandern wird, so daß diese Orte allmählich zu landwirtschaftlichen Weilern schrumpfen. (351) Darüberhinaus erweist sich das hierarchisch gegliederte zentrale-Orte-System als Widerspruch zum Ziel der "Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen in Teilräumen", insofern mit den Zentralitätsstufen eine Reduktion der Infrastrukturausstattung von oben nach unten verbunden ist, die nicht-zentralörtliche Gemeinden - abgesehen von der tatsächlichen Qualität der Verkehrsanbindung und Erreichbarkeit - in jedem Fall als "benachteiligt" erscheinen lassen. Demgegenüber müßte ein Mindestangebot aller in der Gemeinde realisierbaren Angebote aufrechterhalten bzw. neuartige mobile Formen, "die in die Dörfer kommen", entwickelt werden.

Die Realisierung der regionalpolitischen Ziele auf Gemeindeebene schlägt sich in den Programmen zur "Dorferneuerung" mit entsprechenden Dorfwettbewerben ("unser Dorf soll schöner werden") nieder, welche als Schwerpunkt die Agrar-Strukturverbesserung über Flurbereinigungsmaßnahmen, Bauleit- und Flächennutzungspläne, aber auch Maßnahmen der baulichen Sanierung (Althofsanierung) und optischen Verschönerung umfassen, welche gleichzeitig den Freizeitwert für die Bewohner erhöhen. (352) Obwohl ortsferne Aussiedlungen infolge der Technisierung nicht mehr für notwendig angesehen werden, werden im Rahmen der großräumigen Flurbereinigung zahlreiche Aussiedlerbetriebe auch über die Gemarkungsgrenzen als "kostengünstige Gruppenansiedlung" zu neuen Weilern zusammengefaßt. (353) Über die hiermit verbundenen Probleme der Verkehrsanbindung, der Zerstörung gewachsener sozialer Strukturen und ihrer Folgen liegen wenige Untersuchungen vor. Die in diesem Zusammenhang gelegentlich empfohlene Schaffung von ländlichen Kleinsiedlungen ("Wirtschaftseigenheime") für ehemalige Landarbeiter (354) scheint weitgehend einer kleinbürgerlichen Selbstversorgungsideologie und der Vorstellung ländlicher Siedleridylle zu entspringen. (355) Kreative Alternativlösungen etwa im Sinne einer Ent-

wicklung neuer Gemeinwesenformen (Kommunebewegung usf.), die sich z.B. für die Nutzung verlassener Dörfer anbieten würden (etwa analog dem Konzept "Urbanes Wohnen" , siehe 4.2.), sind bislang noch kaum erkennbar. Dies dürfte u.a. darin begründet sein, daß das "fundamentale Mißverständnis (der Dorf- und Regionalpolitik, d.Verf.) darin liegt, in der Gemeinde nur eine Apparatur der Daseinsvorsorge zu sehen" (Planck) und nicht danach zu fragen, wie ein solches (durch Funktionsverlust, d.Verf.) ausgewaidetes Gemeinwesen seine sozio-kulturellen Aufgaben noch erfüllen kann." (356)

Im folgenden sollen nun die tatsächliche infrastrukturelle Situation insbesondere kleinbäuerlicher Dörfer als Indikator für die Freizeitqualität ihrer Bewohner wie auch ihre Bedeutung als Kulturraum und Gemeinwesen untersucht werden.

2. Die ländliche Infrastrukturentwicklung (Arbeit, Bildung, Wohnen, Verkehr, Kommunikation, Gesundheit)

Von 1961 - 1971/2 wurden jährlich im Durchschnitt 39.8oo landwirtschaftliche Betriebe (3 %) aufgegeben, die Zahl der Vollarbeitskräfte sank um jährlich ca. 8o.ooo (4,5 %). (357) Wie bereits dargelegt, sind die Freizeitmöglichkeiten in der Landwirtschaft durch hohe Arbeitszeiten und hohen Anteil der mithelfenden Familienangehörigen gekennzeichnet. Die Tatsache, daß die landwirtschaftliche Arbeit zahlreiche "Leerzeiten" und Pausen enthält und als weniger "entfremdet" angesehen werden kann, dürfte hinsichtlich des Ermüdungseffekts durch stärkere körperliche Anstrengungen ausgeglichen werden. Wenngleich sich die landwirtschaftlichen Einkommen gegenüber denjenigen der Arbeitnehmer in der übrigen Wirtschaft von 1968 - 1976 jährlich um 11 % (1o,7 %) erhöht haben (358) und die landwirtschaftlichen Haushalte hinsichtlich ihrer Konsumgüterausstattung kaum unter dem Durchschnitt liegen (359), existieren viele Familien kleiner und mittlerer Betriebe am Rande des Existenzminimums. Eine Paneluntersuchung zehn kleinbürgerlicher Dörfer von B.v. Deenen u.a. ergab, daß sich der Anteil der besonders arbeitsintensiven Nebenerwerbsbetriebe von 1949 - 1971 von 42,o % auf 62,5 % erhöht hat. (36o) Die Arbeitsbelastungen, die durch den Wechsel zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Tätigkeit entstehen bzw. die Auswirkungen der innerfamilialen Arbeitsteilung, wenn die Ehefrau z.B. die Hofbewirtschaftung übernimmt, während der Mann industrieller Arbeit nachgeht, sind wenig bekannt. Ebenso wichtig wie der arbeitsintensive Charakter der Bewirtschaftung kleiner Betriebe ist

das korrespondierende "Arbeitsethos", welches Freizeittätigkeiten in solchen Gemeinden verpönt und Leute, die über Freizeit verfügen, als Faulenzer abtut. (361) In einer vergleichenden Untersuchung über die Auswirkungen von öffentlichen Förderungsmaßnahmen auf das Leben in ländlichen Gemeinden stellte Heidtmann fest, daß der Wandel betrieblicher Strukturen nicht unmittelbar zu Veränderungen in Verhalten und Einstellungen der Landwirte geführt hat, sieht man von einem erhöhten Interesse an der Wirtschaftsberatung und Lektüre von Fachzeitschriften ab. Heidtmann sieht die Einstellungsänderung als langwierigen Prozeß an, da das gesamte Wertsystem und Selbstverständnis der landwirtschaftlichen Bevölkerung stark von überlieferten Normen der bäuerlichen Wirtschaftsführung geprägt ist. Hervorzuheben sind jedoch die gemeinschaftsfördernden Auswirkungen der "Teilnehmergemeinschaft für Flurbereinigung" auf ihre Mitglieder, die sich in einer signifikant erhöhten Bereitschaft, auch in anderen Gruppierungen der Gemeinde in der Freizeit mitzuarbeiten, ausdrücken. (362)

Positiven Einfluß haben die Förderungsmaßnahmen nach Heidtmann auf die Einstellung zur schulischen Bildung ausgeübt. Während in den geförderten Gemeinden 3o % der Kinder eine weiterführende Schule besucht haben, waren es in den Vergleichsgemeinden lediglich 2o %, wobei allerdings auch die Nachteile des verlängerten Schulweges oder Benutzung des Schulbusses von den Befragten angeführt wurden. (363) Die Untersuchung von v. Deenen u.a. ergab große Unterschiede in der Entwicklung der Bildungseinrichtungen zwischen wachsenden und stagnierenden Dörfern, deren Bildungsinfrastruktur sich infolge der Auslagerung z.T. sogar verschlechterte. Es wird jedoch hervorgehoben, daß der Anteil an Schülern, die weiterführende Schulen besuchten, auch in den Dörfern zugenommen hat, aus denen die Schule abgezogen wurde. (364) Auch eine Trenduntersuchung von Planck ergab eine erhöhte Bildungsbereitschaft. Hiernach hatten 1955 9 % der Landjugend eine höhere Schule besucht, davon 1 % bis zum Abitur, 5 % bis zur mittleren Reife, 1968 waren es 17 %, davon erlangten 3 % das Abitur und 12 % die mittlere Reife. (365) Die Unterversorgung mit Bildungsinfrastruktur führt insgesamt zu einer starken "Bildungswanderung" der 16 - 21-Jährigen. Die Gebietseinheiten Landshut-Passau, Bamberg-Hof, Trier weisen in dieser Altersgruppe einen negativen Wanderungssaldo von über 2o % auf, wogegen z.B. der Raum München-Rosenheim einen entsprechenden positiven Wanderungssaldo (> 2o %) zeigt. (366)

Die damit verbundene soziale Selektion führt tendenziell zu einer "intellektuellen Austrocknung", die insbesondere in den stagnierenden Dörfern negative Auswirkungen auf die Lebensqualität dieser Gemeinden haben dürfte.

Exkurs: Nachdem sich der Stand der beruflichen und formalen Bildung als wichtigste Determinante in der Arbeitslosenstruktur herausgestellt hat, erscheint es sinnvoll, die regionale Arbeitslosenstatistik auch im Kontext der Bildungsinfrastruktur zu problematisieren.

Arbeitslosigkeit

Arbeitsamtsbezirke	Arbeitslosenquoten Ende des Monats in %				
	September 1967	September 1973	September 1974	Januar 1974	Januar 1975
Emden	5,2	3,8	5,0	8,5	10,5
Leer	4,5	2,6	5,7	10,0	13,8
Pirmasens ..	3,9	2,5	5,2	6,1	8.8
Schwandorf .	4,5	1,6	4,0	10,7	14,5
Weiden	4,2	1,1	2,7	8,3	11,6
Deggendorf .	4,1	0,9	3,6	13,3	17,7
Passau	3,7	1,7	4,2	16,3	19,7
Hamburg ...	0,9	0,6	1,6	1,7	3,7
Frankfurt ...	0,8	0,5	1,4	1,2	2,9
Stuttgart ...	0,2	0,3	1,1	0,7	2,3
München ...	0,7	0,7	1,9	1,8	4,0

Quelle:

Raumordnungsbericht 1974, S. 67

Besonders in den im Winter von Arbeitslosigkeit betroffenen Gebieten erscheinen spezielle Weiterbildungsangebote und Anleitung zur Selbsthilfe angebracht, um Arbeitslosigkeit als "schlechte Freizeit" für die Zukunftsperspektive der Betroffenen fruchtbar zu machen. (367)

Das Sozialverhalten der ländlichen Bevölkerung wird wesentlich durch die vorhandenen Wohnverhältnisse mitbestimmt. Ausreichende Wohnbedingungen erhöhen den Grad der sozialen Befriedigung im Dorf und erleichtern die soziale Integration gegenüber Großstädtern.

Die Wohnverhältnisse sind in den Gemeinden unter 2o.ooo Einwohnern vor allem durch überalterte Wohngebäude, schlechtere Wohnqualität, günstigere Wohnungsgröße, mehr Wohnungseigentum, geringere Miethöhe und geringere Umwelteinflüsse gekennzeichnet. So stammen 1972 54 % der landwirtschaftlichen Wohngebäude und 26 % der Wohngebäude in Orten unter 2o.ooo Einwohnern aus der Zeit vor 19oo, i.Ggs. zu 12 % der Gebäude in Städten über 1oo.ooo Einwohnern.

Aufgrund des hohen Baualters, das u.a. durch geringere Kriegszerstörungen auf dem Land bedingt ist, sind in 95 % der Agrargemeinden über 5o % der Wohngebäude sanierungsreif. (368)

Heidtmann stellt einen besonders positiven Einfluß von Förderungsmaßnahmen auf die Wohnungsqualität fest. Während in einzelnen Gemeinden bis zu 91 % (!) aller Wohnungen vor 1949 errichtet wurden, sind dies in den von Dorferneuerungsmaßnahmen betroffenen Gemeinden nur 5o %. (369)
Bei der Ausstattung der Wohnungen hinsichtlich Bad, WC, Sammelheizung zeigen sich in der amtlichen Statistik keine signifikanten Unterschiede zwischen den Ortsgrößenklassen. Die Untersuchung von B.v. Deenen u.a. ergab jedoch große Differenzen in der Ausstattung der Gebäude mit zentraler Abwasserbeseitigung und zentraler Wasserversorgung zwischen stagnierenden und wachsenden Dörfern: In ersteren betrugen diese Anteile 31 % bzw. 8o %, in letzteren 53 % bzw. 99 %. Dafür besitzen fast 8o % der Wohnungen des ländlichen Raums einen Garten oder Vorgarten, im Gegensatz zu unter 5o % in Verdichtungsgebieten. Die von den Gebäudeverhältnissen her "bedürftigsten" Dörfer werden (-aufgrund oben skizzierter Politik) jedoch nicht etwa am meisten gefördert, eher ist das Gegenteil der Fall. (37o)
Als Indikator für Lebensqualität und Freizeitwert erscheinen auch die Eigentumsverhältnisse* von Bedeutung. Wohnungs- und Hauseigentum gestattet neben einer indirekten Erhöhung des Freizeitbudgets über ersparte Mietausgaben eine höhere Dispositionsfreiheit für Zwecke der Freizeitnutzung, da mietrechtliche Restriktionsmöglichkeiten seitens der Hauseigentümer entfallen. Der sehr hohe Anteil an Wohnungs- und Hauseigentum in Gemeinden unter 2o.ooo Einwohner stellt im Wohnbereich vielleicht den höchsten potentiellen Freizeitwert für ihre Bewohner dar, obwohl die übrigen Rahmenbedingungen wie Arbeitsbelastungen, subjektive Einstellungen, soziale Kontrolle im Dorf eine Realisierung in konkreter Freizeitnutzung verhindern.

Eigentümerwohnparteien nach Gemeindegrößenklassen 1968

Gemeindegrößenklassen	Arbeiter		Angestellte	
	1.000	%	1.000	%
unter 20.000	1.634	80,0	792	58,0
20.000 - 100.000	222	10,4	251	18,0
100.000 - 500.000	98	4,5	160	11,4
500.000 und mehr	105	5,1	173	12,6
insgesamt	2.059	100,0	1.376	100,0

Quelle:
Osterland u.a., a.a.O.,S.171

* 1972 wohnten in der BRD 33,5 % aller Haushalte in einer eigenen Wohnung. Dies ist im Vergleich mit England (5o %) und USA (63 %) noch kein als hoch anzusehender Wert. Siehe: W. Glatzer, Ziele, Standards und soziale Indikatoren für die Wohnungsversorgung, SPES Arbeitspapier, S. 6o f.

Nach der Abgrenzung des BROP wohnen 47 % der Bewohner des ländlichen Raums im eigenen Haus gegenüber 21 % in Verdichtungsräumen. Ein hoher Anteil der Arbeiter mit Hauseigentum stammt vermutlich aus der Nebenerwerbslandwirtschaft bzw. hat die Landwirtschaft aufgegeben, aber den Wohnsitz sowie zumeist ererbten Boden- und Hauseigentum beibehalten. Andererseits dürften die geringeren Bodenpreise und Nebenkosten in kleinen Gemeinden häufig dazu geführt haben, in Selbsthilfe nach Feierabend und im Urlaub ein Haus zu errichten.

Nach Berechnungen der Wohnungsstichprobe 1972 beeinflußt die Ortsgröße den Mietpreis zu 1o %, das Baualter zu 25 % und die Ausstattung zu 5o %, wobei eine Differenzierung nach Wohnlagen mangels regional fein gegliederter Ergebnisse nicht vorgenommen werden konnte. (371) Mietpreisdiskrepanzen von über 1oo % bei gleichem Wohnwert stellt dagegen ein Preisspiegel des RDM für verschiedene Großstädte fest, so daß bei Einbeziehung kleiner Gemeinden vermutlich erheblich größere Differenzen aufgewiesen werden könnten, als die amtliche Stichprobe preisgibt. (372) Roth bemerkt, daß die Wohnsituation in strukturschwachen Gebieten besonders für die über 65-Jährigen besonders schlecht ist. In fränkischen Orten verfügen 31 % der Personen dieser Altersgruppe über keinen eigenen Raum, 43 % leben mit mehr als fünf (!) Personen in einem Raum, nur 45 % der Wohnungen verfügen über eine Innentoilette. (373)

Hinsichtlich Umweltbelästigungen ergab eine Allensbach-Erhebung folgende Verteilung der Nennungen (in %):

	Ortsgrößen		
	unter 2.ooo E	2.ooo-2o.ooo	über 1oo.ooo E
"viel Ruß, Rauch in der Luft"	1	3	42
"ungesundes Klima"	3	1o	39
Störungen durch:			
Straßenlärm	16	24	31
Flugzeuglärm	24	22	23
Baustellenlärm	5	8	12
Fabriken/Betriebe	1	7	7

Quelle: Allensbach-Umfrage, IfD-Umfrage 2oo2, Mai 1965

Die Ergebnisse deuten diesbezüglich auf eine höhere Lebensqualität in kleinen Gemeinden hin. Im Bereich der Gesundheitsversorgung und ärztlichen Betreuung kommen im ländlichen Raum nur 35 - 6o, im Verdichtungsgebiet 8o - 1oo Krankenhausbetten auf 1o.ooo Einwohner, für die ambulante Behandlung besteht ein relativer, regional unterschiedlicher Ärztemangel. Während in kreisfreien Städten weniger als 5oo Einwohner auf einen Arzt entfallen, haben Landärzte teilweise mehr als 2.ooo Einwohner zu betreuen (Raumordnungsbericht, 1972, S. 55 f). In kleinen Gemeinden ist der nächste Arzt häufig erst in 3 - 6 km erreichbar, für einzelne Gemeinden sind selbst im Umland keine Gemeinde- bzw. Pflegeschwestern vorhanden (v.Deenen, o.J., 231).

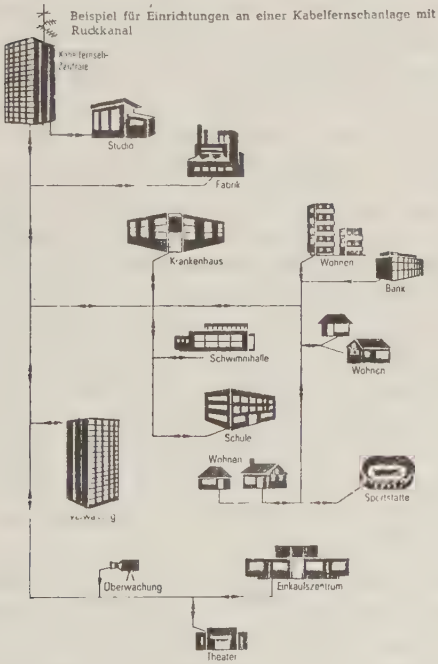
Verkehrsanbindung / Erreichbarkeit / Kommunikation sind über ihren Einfluß auf das ökonomische und zeitliche Freizeitbudget, auf die Mobilitätsbereitschaft, den sozialen Kontaktraum und die Oberwindung der Distanzbarriere beim Aufsuchen von Freizeiteinrichtungen für Freizeitmöglichkeiten der Bewohner ländlicher Gemeinden von besonderer Bedeutung. So erfordert jeder Arztbesuch, Einkauf, Behördengang, Besuch von Bildungseinrichtungen usw. höheren finanziellen und zeitlichen Aufwand als in der Großstadt, wo diese Dienste im Quartier angeboten werden. Dementsprechend werden der Straßen- und Wegebau von den von Heidtmann Befragten generell als wichtigste Maßnahme angesehen. (374)

Die Flächenerschließung durch Eisenbahn und Straße ist in den dünn besiedelten, peripher gelegenen Gebieten der BRD deutlich schlechter als in den großen, zentral gelegenen Verdichtungsräumen. (375) Bezüglich der Verkehrsbedienung haben 57 % der Haushalte in landwirtschaftlichen Wohngebäuden, 71 % in Gemeinden unter 1o.ooo Einwohnern eine Haltestelle in der Nähe gegenüber 92 % in Großstädten. Die größten Differenzen zeigen sich bei der Erreichbarkeit von kulturellen bzw. sportlichen Einrichtungen, welche in Gemeinden unter 1o.ooo Einwohnern für 28 % (46 %) in Großstädten dagegen für 55 % (63%) der Haushalte eine günstige Lage aufweisen. (376) Diese Befunde verweisen auf einen großen Nachholbedarf in der Verkehrsanbindung kleinbäuerlicher Dörfer, deren wachsender Verkehrsbedarf sich in der Untersuchung von B.v. Deenen u.a. daran ablesen läßt, daß der Anteil der Berufspendler von 1952 - 1972 von 25 % auf 57 % angestiegen ist. Einzelne der untersuchten Dörfer verfügten noch 1972 über keinerlei öffentliche Verkehrsanbindung, ein Dorf wird einmal wöchentlich von privaten Verkehrsunternehmen bedient, in den übrigen werden täglich zwischen 2 - 8 Busfahrten in den Ort nächsthöherer Zentralitätsstufe angeboten.(377) Kanzlerski (378) stellte in einer Untersuchung der Verkehrssituation der kleinbäuerlichen Dörfer Schlei und Gindorf (ca. 4oo Einwohner, Agrarquote ca. 5o %) gravierende Unterschiede in der Angebotsqualität des ÖNV fest. In Schlei existiert z.B. nur eine Busverbindung (morgens, abends) zum 3o km entfernt gelegenen Regionalzentrum, was auch subjektiv von den Betroffenen als völlig unzureichend empfunden wird. Die Befragungen ergaben, daß von einem geringeren Verkehrsaufkommen bzw. Mobilitätsbedürfnis im ländlichen Raum nicht gesprochen werden kann, sondern "unterdrückte Fahrtbedürfnisse" vorhanden sind, was z.B. zur Inkaufnahme höherer Einkaufspreise

im zu Fuß erreichbaren Nachbarort, Verzicht auf Erwerbstätigkeit der Ehefrau und der Annahme einer schlechter bezahlten Lehrstelle am Wohnort führt. Die These, daß der hohe Motorisierungsgrad landwirtschaftlicher Haushalte den ÖNV überflüssig macht, ist nach Kanzlerski insofern unrealistisch, da das Kraftfahrzeug im allgemeinen werktags nur von den berufstätigen Haushaltsmitgliedern genutzt wird, während Hausfrauen, Jugendliche, Pensionäre - ca. 5o % der Bevölkerung - auf den ÖNV angewiesen bleiben. (378) Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß die idealtypischen Annahmen eines Zentrale-Orte- oder Versorgungsnahbereichsmodells (Isbary), welches allein auf Entfernungen bzw. Fahrzeiten vom Umland in das Zentrum abstellt, zum Teil fiktiv sind. (379)

Als Lösungsmöglichkeiten schlägt Kanzlerski die Einrichtung anpassungsfähiger Bussysteme, bessere Fahrplankoordination, Integration von Schüler- und Arbeitswerkverkehr sowie Entflechtung des Schülerverkehrs bei gleichzeitig höherer Frequenz durch gestaffelte Schulanfangszeiten vor. (38o)
Schäfer/Lange betonen den (bislang vernachlässigten) umgekehrten Lösungsweg, nämlich kleine Gemeinden mit mobilen Diensten zu versorgen. Dies gilt einmal für den allgemeinen Grundbedarf (mobile Händler, Post, Bücherei, Sparkassendienst, ambulante ärztliche Versorgung etwa analog Systemen in Entwicklungsländern) sowie speziell für Angebote im Freizeitbereich.
Geht man davon aus, daß sowohl Entfernungen als auch die konkreten Verkehrsangebote analog zur Wirkung der Entfernung, des Zeit- und Geldaufwandes auf Nutzungsverhalten von Freizeitangeboten in Großstädten, als starke Barriere wirken, so ist evident, daß Freizeitangebote entwickelt werden müssen, "die in die Dörfer kommen": mobile Theatergruppen, Filmtheater, Zirkus, Gemäldeausstellungen und Konzerte im Freien. Dieses Konzept könnte als Programm entwickelt zahlreiche Arbeitsplätze für Künstler schaffen, würde jedoch auch die verstärkte Fortbildung von in den Gemeinden bereits tätigem Lehr- und Verwaltungspersonal im freizeitpädagogischem Bereich erfordern sowie die Einrichtung eines Freizeitressorts in der Kreisverwaltung. In diesem Rahmen könnten auch die spezifischen dörflich-ländlichen Kulturelemente (Spiele, Wettbewerbe, Trachten, Musik, Bräuche) in ihrer sozialintegrativen Funktion erhalten werden.

Zusätzlich und in Verbindung mit mobilen Diensten ließe sich das Erreichbarkeitsproblem im ländlichen Raum durch die Entwicklung leistungsfähiger Telekommunikationssysteme verbessern. Hierzu sollte zunächst der rasche Ausbau des Fernsprechnetzes zählen, da zahlreiche Tätigkeiten ebensogut fernmündlich erledigt werden können. Trotz des objektiv höheren Kommunikationsbedarfs des ländlichen Raums besitzen Haushalte in Gemeinden unter 5.ooo Einwohnern lediglich zu 47 % einen Telefonanschluß, in Großstadtrandregionen zu 53 % und in Großstädten zu 69 %. (381) Bei den von v. Deenen u.a. untersuchten Kleingemeinden hatten in stagnierenden Dörfern 16 %, in den wachsenden Dörfern 28 % der Haushalte einen Fernsprechanschluß. (382)



Quelle:
Kabelfernsehen, Anlageband 5 zum Telekommunikationsbericht, Hrsg.: Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, Bonn 1976, S. 1o7

Eine entscheidende Verbesserung könnte für Gemeinden im ländlichen Raum die Einrichtung eines Telekommunikationssystems mit Rückkanal bedeuten, wodurch zahlreiche Distanzbarrieren überwunden würden. Damit würde z.B. Bestellung von Waren im Kaufhaus, Teilnahme an Bildungsveranstaltungen der Einrichtungen im Mittelzentrum, Beratung von allen Stellen der öffentlichen Verwaltung, Teilnahme an regionalen Sport- und Kulturveranstaltungen sowie gemeinde- und regionbezogene Information und politische Partizipation möglich bzw. erleichtert. (383) Modellversuche sollten aufgrund der Bedarfssituation -trotz der um 1oo % kostspieligeren Investitionen in Gemeinden unter 2.ooo Einwohnern- vordringlich im ländlichen Kreis unternommen werden.

3. Freizeit im Kontext kultureller und sozialer Gemeindestrukturen

Aussagen über den Grad sozialer und kultureller Integration der Dorfbewohner weisen nach der Disziplin einer Untersuchung große Differenzen auf. So verweist Oswald auf empirische Befunde, nach denen "Überreste von Ortsbezogenheit nur mehr sekundären Belang" haben und die Einflußfaktoren sozialen Lebens nicht mehr gemeindlicher Natur sind. (384)
B. v. Deenen u.a. schließen, daß angesichts der wachsenden Zahl partikularer Bezugssysteme der dörfliche Rahmen als Orientierungsfunktion zunehmend an Relevanz verliert und die Identifikation mit dem Dorf schwindet. Verbunden mit einem deutlichen Rückzug auf die private Sphäre schwächen sich nachbarliche Eingliederung, religiöse und kirchliche Bindungen ab und nehmen jene Verhaltensweisen zu, die sich an überlokalen Normen der modernen Industriegesellschaft ausrichten. (385)
Dieser "Nivellierungsthese" stehen Untersuchungen gegenüber, welche besonders die kulturelle Autonomie kleiner Gemeinden hervorheben. So schreibt Ahrensberg:
"Ein ausländischer Beobachter bekommt leicht das Gefühl, daß die Deutschen das Ausmaß, zu dem ihr Land ... noch keine Auflösung seines traditionellen ländlichen Gemeindelebens erlitten hat, nicht genügend zu schätzen wissen."(386)
Berkenbrink fand in einer Untersuchung des Ortes Wachenhausen einen hohen Grad von "Bewußtsein prinzipieller sozialer Homogenität und schicksalhafter Lebensgemeinschaft", die an vergangenen Schicksalsschlägen und den Heiratsverbindungen im Dorf anknüpft ("duzende Gemeinschaft der Ortsbürtigen"). (387)
Die kulturelle Identität der Dorfgemeinschaft wird dabei über eine Vielzahl symbolischer Akte bei Geburt, Hochzeit, Konfirmation, Werbung, Tod und bei Dorffesten als dorfspezifische Riten und Bräuche hergestellt. Ähnliche Funktionen übernehmen besondere Trachten, Sprache, Dialekte, Sagen und Märchen sowie die dörflichen Bauformen.
Der Prozeß der sozialen Homogenisierung ist nach Berkenbrink noch im Gange und wird vornehmlich über symbolische Akte (z.B.: "unterschiedslose Zulassung zum Schützenfest-Schießen") hergestellt. Parallel dazu üben die Rituale und Bräuche gegenüber abweichendem Verhalten über Aktivierung von Scham-, Schuld- und Angstgefühlen eine starke soziale Kontrolle aus, was sich besonders an starken Abwehrreaktionen gegen "kulturelle Devianten" (z.B. Heimatvertriebene , Fremde) ablesen läßt.
Umgekehrt können nach Schwedt, der in einer volkskundlichen Studie der südwestdeutschen Region ausgeprägte "kleine Kulturräume" fand, fehlende Aufstiegschancen im Dorf durch kulturelle Aktivitäten kompensiert werden (388) Daß mit der regionalpolitischen Austrocknung nicht-zentraler Orte besonders deren Kulturelemente, die über Lokalbewußtsein vermittelt,

größere Anteile der sozialen Identität der Bewohner bilden als etwa in Ballungsräumen, zerstört werden, ist ein auf Planungsebene noch kaum erkanntes Problem. (389) Schwedt konstatiert bei der Untersuchung öffentlichen Lebens in Zentralorten eine enge Wechselbeziehung zwischen einem Bündel alter Zentralfunktionen (z.B. Marktfunktionen) und den kulturellen Äußerungen eines starken Lokalbewußtseins. Bezüglich heute funktionslos gewordener ehemaliger Marktorte spricht Neef von "residueller Zentralität", insofern die Kulturelemente Änderungen der Sozialstruktur überdauern. (39o) Wo es um die Entwicklung neuer Zentralorte geht, scheint ein positiver Einfluß auf das kulturelle Leben der umliegenden Orte auszugehen, empirische Untersuchungen hierzu liegen jedoch noch kaum vor. Zusammenfassend hält Planck auch heute noch die örtlichen Verhaltensmuster gegenüber der desintegrierenden Wirkung eines Pluralismus der Werte und der Vielfalt außergemeindlicher Verbände und Parteien für die stärksten bindenden Kräfte der Landgemeinde. Nachdem die Bedeutung des kulturellen Lebens in kleinen Gemeinden als Medium von Kommunikation und Kohäsion des Dorfes dargestellt wurde, sollen im folgenden die sozialstrukturellen Rahmenbedingungen untersucht werden.

Die Entwicklung zur Verkleinerung der Haushalte betrifft auch die Landgemeinden in dem Maß, als es nicht mehr üblich ist, lediges Gesinde und entfernte Verwandte in die Hausgemeinschaft aufzunehmen und selbst in Bauernhaushalten Jung- und Altfamilien zu räumlicher Trennung tendieren.

Dennoch entfallen in Gemeinden unter 5.000 Einwohnern auf einen Haushalt im Durchschnitt fast eine Person mehr als in großstädtischen Haushalten:

Privathaushalte nach Gemeindegrößenklassen

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Insgesamt	Davon mit ... Person(en)					Haushaltsmitglieder	Personen je Haushalt
		1	2	3	4	5 und mehr		
	1 000							Anzahl
unter 5 000	3 540	648	885	663	672	672	10 996	3,11
5 000 — 20 000	5 017	1 117	1 342	992	866	700	14 194	2,83
0 000 — 100 000	5 587	1 479	1 581	1 063	879	584	14 617	2,62
0 000 und mehr	9 578	3 309	2 938	1 628	1 145	559	21 756	2,27

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1976, S. 63

Ebenso sind die 3- und Mehrgeneration-Haushalte in der Landwirtschaft (28,3%) gegenüber den Gesamthaushalten (7,8%) stark überrepräsentiert, was für die Bewohner vermehrte Interaktions-und Kontaktmöglichkeiten bedeutet, die u.U. einen geringeren Bedarf an speziellen Freizeiteinrichtungen bedingen. Bezüglich des Altersaufbaues weisen Landgemeinden einen durch höhere Kinderzahlen und junge Ehen überdurchschnittlich hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen, einen durch Abwanderung bedingten unterdurchschnittlichen Anteil an

"produktiven Jahrgängen" sowie einen hohen in der "Pensionärswanderung" und höheren Lebenserwartung begründeten Anteil alter Leute auf. Dieser durch Abwanderung und Überalterung verursachte Prozeß der "sozialen Erosion" ländlicher Gebiete bedingt-über ein negatives Image der verbleibenden Bevölkerungsgruppen vermittelt-einen geringeren Attraktivitätswert auch als Freizeitumgebung. (391) Da sich das soziale Gefälle hinsichtlich Freizeitdauer und Arbeitsbedingungen zwischen "Agrarbevölkerung" und den übrigen Erwerbstätigen tendenziell verstärkt, sieht Planck nach Umfrageergebnissen für die Zukunft die Gefahr der Isolierung und Bildung oppositioneller Gruppen im Dorf sowie der Zuspitzung der Generationskonflikte in der Familie. Daneben bestünden Anzeichen, "daß sich neben einem rückständigen, existenziell bedrängten, agrarischen und einem fortschrittlichen, von der Konjunktur begünstigten industriell-bürokratischem noch ein dritter nicht integrierter Teil bildet, der hauptsächlich aus Alten und Ausgesteuerten besteht." (392) K. Meyer (393) entwickelte ein dreiteiliges Schichtungsmodell der Landbevölkerung, welches jedoch weitgehend an vorindustriellen Prämissen der Beziehung zum Boden und zur Landwirtschaft orientiert ist. Hiernach gehörten 1968 13,5 % zur "landwirtschaftlichen Bevölkerung" (Voll- und Zuerwerbsbetriebe), 1o,3 % zur "landgebundenen Bevölkerung" (Nebenerwerb, Kleinbetriebe, Landarbeiter) und 76,2 % zur "landwohnenden Bevölkerung" (Mieter, Rentner, Einlieger, Vertreter). Demgegenüber entwickelt Planck ein Modell, welches die Rolle gemeindlicher Führungspositionen aus historischer Sicht an der Abstufung nach der Größe des Haus- und Grundbesitzes und der "Anspannung" (Kossäten, Häusler, Pferde-, Kuhbauern) interpretiert. Planck sieht als bedeutendste Entwicklung die Umschichtung der dörflichen Sozialstruktur über den Aufstieg des ehemaligen Dorfproletariats über Facharbeiter und kleine Angestellte in die Mittelschicht an. Umfrageergebnisse zeigen wie die Bauernfamilie innerhalb kurzer Zeit ihr Quasi-Führungsmonopol vor allem an Arbeiter und Angestellte verloren haben.

Ländliche Führungsfamilien nach Berufsgruppen

Berufsgruppen	in Prozent der Führungsfamilien	
	1955	1968
Bauernfamilien	71	43
Handwerker und Gewerbetreibende	13	13
Beamte und Angestellte	5	23
Arbeiter	11	21
Führungsfamilien insgesamt	100	100

Quelle:
Planck, Landjugend ..., S. 191

In vielen Landgemeinden existieren daher ein bäuerliches am Besitz orientiertes und ein industrielles am Beruf orientiertes Schichtungssystem nebeneinander. Die Stellung des Individuums in der ländlichen Statushierarchie

ist stark von persönlichen Qualifikationen bestimmt, gleichzeitig wird es erst als Mitglied eines Haushaltes- wobei Größe des Grundbesitzes, der Wirtschaftshäuser, Maschinenpark usw. eine Rolle spielen- eingebettet in Spiel- und Gesprächsgruppen sowie Nachbarschaft in den Rang einer sozialen Persönlichkeit erhoben. (394) Als am bedeutsamsten für die Bandbreite von möglichen Tätigkeiten in der Freizeit erscheint hier der stark statusspezifische, über soziale Kontrolle vermittelte Konformitätsdruck an die örtlich tradierten Verhaltensmuster.

Die Funktionen der sozialen Gruppen des Dorfes sind nach allen agrarsoziologischen Studien noch stärker ausgebildet als in Großstädten. Gleichwohl ist bei den Nachbarschaftsbeziehungen in Anpassung an veränderte Verhältnisse und hohe Mobilität ein Obergang von der geschlossenen zur"offenen Nachbarschaft" zu beobachten, die aber immer noch wichtige Funktionen (Aushilfe bei Arbeitshäufung, Ausleihen von Geräten, Anteilnahme an Freud-Leid-Ereignissen, Informationsaustausch) zu erfüllen hat. (395) Schwedt bemerkt, daß die institutionalisierte Nachbarschaft in Realteilungsgebieten keine Tradition hat, und von den Befragten räumliche Nähe als Zufall empfunden wird. (396) Bezugsrahmen informeller Sozialkontakte bilden häufig einzelne Ortsteile - "sozialtypische Gemeindebezirke" -, denen ein hohes oder niedriges Sozialprestige zugeordnet ist, ähnlich den "sozial-charakteristischen Stadtteilen" (Pfeil) in der Großstadt. (397) Die Bedeutung der Verwandschaftsgruppen als soziales Strukturelement der Landgemeinde läßt sich -neben der Möglichkeit der politischen Machtballung- am besten daran verdeutlichen, daß eine volle soziale Integration nur auf dem Wege einer Einheirat in eine der einheimischen Sippen gelingt. (398)

Im Durchschnitt gehören in Landgemeinden mindestens 75% der jungen Männer und 3o% der jungen Frauen einem örtlichen Verein an, da sind wesentlich mehr als im Bundesdurchschnitt (3o%). (399) Charakteristisch für das ländliche Vereinsleben ist, daß Mädchen und Frauen fast nur über ihre männlichen Familienangehörigen teilnehmen können.

- daß Vereinsfeste wahre Dorffeste sind
- daß in kleineren Gemeinden erhebliche gesellschaftliche Zwänge beim Vereinsbeitritt ausgeübt werden.
- die große Bedeutung von Selbsthilfeorganisationen (DRK, DLRG, Technische Nothilfe, Freiwillige Feuerwehr)
- die große Bedeutung kulturell-historischer Gruppierungen (Schützenverein, "Spinnstuben", Militärverein, Verschönerungsverein, Junggesellen, -Jungfrauenverein ...)

4. Zusammenfassung

Freizeitmöglichkeiten erscheinen in ländlichen Gemeinden durch die stärkere Belastung der Einwohner in der Bewältigung alltäglicher Lebenspraxis einen qualitativ anderen Stellenwert zu haben als in Ballungsräumen. Freizeit vollzieht sich in hohem Maß "unbewußt" in stark traditionsgeleiteten Verhaltensmustern, deren Variablilität über stärkere soziale Kontrolle in Kleingemeinden gering ist. Die spezifischen Entwicklungsmöglichkeiten liegen noch stärker als in Ballungsgebieten in einer Veränderung der sozialen und verhaltensmäßigen und allgemeinen Infrastrukturen als in der Schaffung spezieller Freizeiteinrichtungen. Für die weitere Zukunft scheint die Distanz zwischen stagnierenden und wachsenden, passiven und aktiven Gemeinden nur durch eine grundlegende Änderung der Raumordnungspolitik überbrückbar. Parallel hierzu bietet sich schwerpunktmäßig der Ausbau mobiler Dienste und die Verbesserung der Kommunikationsstruktur an.

Während in den Wachstumsgemeinden der Einsatz von"Dorfberatern" und die gezielte Propagierung genossenschaftlich-kooperativer Arbeitsteilung eine tendenzielle Angleichung an Lebensstandard, Sozial- und Freizeitverhalten der Ballungsräume beschleunigen kann, könnten stagnierende Gemeinden als Experimentierfeld von wissenschaftlich begleiteten Versuchen zur Entwicklung alternativer, dezentralisierter Gemeinwesenformen dienen, die auf eine systematische, gesteuerte Reduktion der sozialen, produktiven und funktionellen Parzellierung der Lebensbereiche der Industriegesellschaft zielen.

Solche Versuche könnten gegenüber auf Konsum- und Versorgungsmentalität aufbauenden Attraktivitätsmodellen der Metropolen "einfachere", auf den Abbau manipulierter Bedarfsstrukturen zielende Gemeinwesen nicht als defizitär, sondern als beispielhaft für eine Humanisierung der Gesellschaft erscheinen lassen und sie bildeten zudem für die betreffenden Gemeinden und das Umland eine innovative Kraft.

4.2. Freizeitbezogene Rahmenbedingungen großstädtischer Siedlungsstrukturen und Wohnverhältnisse

Die Großstadt bedingt über zahlreiche spezifische Strukturen der gebauten Umwelt und sozialer Beziehungen einen Lebensraum, innerhalb dessen die Freizeitmöglichkeiten der Bewohner von diesen Rahmenbedingungen beeinflußt werden. Ähnlich der Darstellung der Arbeits-, Bildungs- und der Lebensverhältnisse auf dem Land soll hier von der Zielvorstellung ausgegangen werden, daß Freizeit in dem Maße in ein ganzheitliches Konzept des Alltagslebens integriert werden kann und als Ort des Konsums von speziellen Angeboten zunehmend an Bedeutung verliert, als eine Aufhebung der besonderen Parzellierung großstädtischer Lebensbereiche gelingt.

In der Darstellung werden solche Teilbereiche näher untersucht, über die eine solche Veränderung durch soziales und politisches Handeln am ehesten erreichbar erscheint:

- Funktionsentmischung - Segregation
- Öffentlichkeit und Kommunikation
- Die Stadt als soziales System (Umwelt und Verhalten).

Soweit möglich sollen dabei Untersuchungen berücksichtigt werden, die an bedürfnis- und verhaltensorientierten Ansätzen anknüpfen.

4.2.1. Großstadtkritik und städtebauliche Utopien

Als "Vorteile" des großstädtischen Daseins werden am häufigsten die Differenziertheit der Umwelt ("Produktdifferenzierung", Arbeitsteilung) und die damit gegenüber ländlichen Gemeinden erhöhten Wahlmöglichkeiten in den Bereichen Arbeit, Freizeit, Wohnen und Kommunikation angeführt. Der großstädtische "Normenpluralismus" soll die Möglichkeit differenzierterer Bedürfnisbefriedigung erlauben, und

das "Anonymat" der Großstadt soll sozialer Kontrolle einen geringeren Stellenwert zuordnen. (4oo) Demgegenüber stellt die traditionelle Großstadtkritik, die im engen Zusammenhang mit der gesamten romantischen Zivilisationskritik steht und später stadtplanerische Reformbewegungen initiiert hat, die die heutige Funktionsentmischung von Arbeit-Wohnen-Erholung usf. mit verursacht haben ("Gartenstadtbewegung" von E. Howards, Bauhausschule, Charta von Athen), auf Begriffe wie "Entwurzelung, Entseelung, Vermassung, Vereinzelung, Materialismus, oberflächliche Vergnügungen und Umordnung" ab. Nach Bahrdt (4o1) entspringen diese Äußerungen einem "Bildungsbürgertum und Akademikern", die sich in ihren Eliteträumen gefährdet fühlen. In Abhebung zu diesen Charakterisierungen führt die moderne Großstadtkritik (4o2) vor allem das Privateigentum an Grund und Boden sowie die Vernachlässigung gruppenspezifischer Bedürfnisse als Kriterium einer verfehlten Stadtplanung an. Vogel sieht die "Krise der ökonomischen Stadt" und Probleme der Verstädterung allgemein als Symptome gesamtgesellschaftlicher Strukturprobleme, welche nur durch eine Systemveränderung i.S.v. "realen Reformen" lösbar sind. (4o3) Albers zeichnet als Konsequenzen der Profitinteressen aller beteiligten Kapitalgruppen ein pessimistisches Zukunftsbild:

"Vor uns steht das Gespenst des sich über viele Quadratmeilen ausbreitenden Häuserbreis, teils in maßstabslosen Betongebirgen sich chaotisch auftürmend, teils in monotoner Flachbebauung die Landschaft überwuchernd, von Autobahnen, Kleeblattkreuzungen, Auf- und Abfahrtsrampen durchschnitten, von Auto- und Industrieabgasen zugedeckt." (4o4)

Hiermit wird auch die Bedeutung der Großstadt als Umwelt, in der Freizeit einen Stellenwert einnehmen soll, skizziert: Umweltbelästigungen, Verkehrsüberlastung, Zerstörung des Nahbereichsraums, visuelle Häßlichkeit der Umwelt, soziale Distanz.

Im Kontrast hierzu bewegen sich die sog. städtebaulichen Utopien - meist ausgefallene architektonisch-technische Entwürfe - am Rande der Realisierbarkeit, wenn man die schon bestehende Bausubstanz in ihrer Faktizität berücksichtigt und zudem die Abstraktion von sozialen, ökonomischen und machtpolitischen Gegebenheiten. (4o5) Das gegenwärtige Leitbild einer "urbanen Stadt der Zukunft" verdeckt mit schillerndem Vokabular die bestehenden sozialen Probleme.

Grauhan/Linder sehen als brauchbaren Ansatz zur Darstellung städtebaulicher Strukturen und von konkreter Stadtplanung eine Herangehensweise, die die Probleme der Städte nicht als solche einer "örtlichen abgegrenzten Gemeinschaft" betrachtet, andererseits auch nicht auf der Ebene allgemeiner Forderungen nach Systemveränderung stehen bleibt, sondern beide Ansätze verknüpft. (4o6) In diesem Sinne sollen im folgenden freizeitrelevante Teilbereiche dargestellt werden.

4.2.2. Funktionsentmischung und soziale Segregation

Für die Möglichkeiten zu schichtenübergreifender Kommunikation ebenso wie über verlängerte Wegezeiten, Zwang zu erhöhten Mietausgaben und Kauf eines Autos beim Umzug in eine Stadtrandsiedlung, durch visuelle Frustrationen und über die Zerstörung sozialer Strukturen wird die für moderne Großstädte charakteristische Funktionsentmischung und soziale Segregation für das verfügbare Freizeitbudget, das Freizeitverhalten und den Bedarf an speziellen Angeboten relevant.

1. Funktionstrennung in Trabantenstädten und im Stadtzentrum

Während in den 5o'iger und 6o'iger Jahren nur selten große geschlossene Stadtgebiete erstellt wurden, wurde in der Folgezeit die Planung ganzer Quartiere und Trabantenstädte forciert, die als reine Schlaf- und Wohnstädte konzipiert, ein besonderes Defizit an Wohnfolgeeinrichtungen aufweisen, was erhöhte Wegezeiten bedingt und Gelegenheiten zur Entwicklung von Quartiersbindung über alltägliche Kontakte vermindert. Zapf wies die schlechtere infrastrukturelle Ausstattung (Kitas, Gymnasien, Arztpraxen) von Trabantensiedlungen auch empirisch nach. Zapf begründet diese Mißstände damit, daß Veränderungen der Familien und Haushaltsstrukturen (Trend zur Kleinfamilie, Berufstätigkeit der Frau, Abhängigkeit des modernen Haushalts von außerhäuslichen Einrichtungen) zu wenig berücksichtigt wurden. (4o7)
Allgemein hängt die Versorgungsdichte eng mit der Einwohnerdichte zusammen; wo die Einwohnerdichte unter 25o Einwohner pro Hektar sinkt, wie dies in den Neubaugebieten der Fall ist, treten erhebliche Versorgungsmängel auf. Ebenso sind Wohngebiete, die mit Arbeitsstätten durchsetzt sind, besser mit Dienstleistungen ausgestattet als reine Wohngebiete. (4o8)

Die Funktionstrennung Arbeiten-Wohnen, die in Trabantenstädten am extremsten vollzogen wird, hat insofern ihre rationale Grundlage - die Vermeidung von Industrieimmissionen - verloren, als bereits heute 56 % aller Erwerbspersonen in Betrieben arbeiten, die, ohne Störungen zu verursachen, in Wohngebieten liegen könnten. Die Funktionstrennung vollzieht sich hier nicht nur zum Innenstadtgebiet, sondern auch zu neu errichteten Geschäftsstädten. So ist z.B. die Geschäftsstadt Nord in Hamburg ein reines Arbeitsgebiet, wo mehr als 3o.ooo Menschen arbeiten und außer einigen Hausmeistern niemand wohnt. (4o9) Als mittelfristig mögliche Verbesserung bietet sich gegenwärtig eine Verbesserung der Verkehrsanbindung (z.B. Berlin: Märkisches Viertel, Gropiusstadt, München: Perlach) über Schnell- und U-Bahnen an, die die Reste zentraler Urbanität für die Bewohner der Randstädte erschließen. In den Stadtrandsiedlungen selbst können Kommunikations- und Freizeitmöglichkeiten für die von der Isolierung besonders betroffenen Gruppen der Frauen, Kinder, Jugendlichen und Alten am ehesten über Zurverfügungstellung von Räumen und Flächen für kreative Eigeninitiativen gefördert werden, was jedoch häufig an der Angst der Behörden vor der Selbstorganisation der Betroffenen zu scheitern droht. (41o)

Als weiteres zentrales Problem der Monofunktionalität in Stadtrandsiedlungen erweist sich das Fehlen einer funktionierenden Quartiersöffentlichkeit, was nach Dardel u.a., die Stadtbeobachtungen und "Tätigkeitskartierungen" in französischen Trabantenstädten unternahmen, vor allem in der reizarmen Atmosphäre dieser Wohnsiedlungen zu begründen ist: ohne Anreiz, Aufforderung und Einladung zur Kommunikation bleiben sich die Menschen in einer neuen Umgebung fremd. (411) Die Beobachtungen zeigten, daß der ungeschützte Freiraum gemieden wird und am ehesten die Einkaufszentren kommunikative Funktionen übernehmen. Umgekehrt sind gerade die Straßen und Plätze in Trabantenstädten von jeglichen attraktiven Anknüpfungspunkten (Schaufensterbummel, breite Gehwege, Brunnen) entleert, da diese Funktionen wiederum getrennt im Einkaufszentrum untergebracht sind. (Siehe auch 4.2.4.) Auch die Grünflächen sind weitgehend funktionslos und können keine kommunikativen Funktionen übernehmen. Jacob-Goldeck/Jacob fordern daher, daß das halböffentliche Grün im Geschoßwohnungsbau möglichst öffentlichen Charakter tragen und als öffentliche Sphäre verstanden werden soll (Mini-Öffentlichkeit). (412)

Grauhan/Linder sehen als brauchbaren Ansatz zur Darstellung städtebaulicher Strukturen und von konkreter Stadtplanung eine Herangehensweise, die die Probleme der Städte nicht als solche einer "örtlichen abgegrenzten Gemeinschaft" betrachtet, andererseits auch nicht auf der Ebene allgemeiner Forderungen nach Systemveränderung stehen bleibt, sondern beide Ansätze verknüpft. (4o6) In diesem Sinne sollen im folgenden freizeitrelevante Teilbereiche dargestellt werden.

4.2.2. Funktionsentmischung und soziale Segregation

Für die Möglichkeiten zu schichtenübergreifender Kommunikation ebenso wie über verlängerte Wegezeiten, Zwang zu erhöhten Mietausgaben und Kauf eines Autos beim Umzug in eine Stadtrandsiedlung, durch visuelle Frustrationen und über die Zerstörung sozialer Strukturen wird die für moderne Großstädte charakteristische Funktionsentmischung und soziale Segregation für das verfügbare Freizeitbudget, das Freizeitverhalten und den Bedarf an speziellen Angeboten relevant.

1. Funktionstrennung in Trabantenstädten und im Stadtzentrum

Während in den 5o'iger und 6o'iger Jahren nur selten große geschlossene Stadtgebiete erstellt wurden, wurde in der Folgezeit die Planung ganzer Quartiere und Trabantenstädte forciert, die als reine Schlaf- und Wohnstädte konzipiert, ein besonderes Defizit an Wohnfolgeeinrichtungen aufweisen, was erhöhte Wegezeiten bedingt und Gelegenheiten zur Entwicklung von Quartiersbindung über alltägliche Kontakte vermindert. Zapf wies die schlechtere infrastrukturelle Ausstattung (Kitas, Gymnasien, Arztpraxen) von Trabantensiedlungen auch empirisch nach. Zapf begründet diese Mißstände damit, daß Veränderungen der Familien und Haushaltsstrukturen (Trend zur Kleinfamilie, Berufstätigkeit der Frau, Abhängigkeit des modernen Haushalts von außerhäuslichen Einrichtungen) zu wenig berücksichtigt wurden. (4o7)
Allgemein hängt die Versorgungsdichte eng mit der Einwohnerdichte zusammen; wo die Einwohnerdichte unter 25o Einwohner pro Hektar sinkt, wie dies in den Neubaugebieten der Fall ist, treten erhebliche Versorgungsmängel auf. Ebenso sind Wohngebiete, die mit Arbeitsstätten durchsetzt sind, besser mit Dienstleistungen ausgestattet als reine Wohngebiete. (4o8)

Kinder mitwirken. Als Lösungsmöglichkeit dieses Problems schlägt Zwick die Einrichtung von Freietagen vor, die als Spiel- und Kommunikationsräume genutzt werden können, besonders bei schlechtem Wetter. Nach Zwick sind große Gemeinschaftsräume, die mit einer Teeküche und Musikanlagen ausgestattet sind, gut geeignet, Kommunikationsdefizite der Jugendlichen und Erwachsenen auszugleichen. Erfahrungen in Punkthochhäusern in der Gropiusstadt zeigen, daß hiernach ein sehr hoher Bedarf besteht und die Räume vor allem für Parties und Familienfeste genutzt werden. (418)

Die Probleme der Funktionsentmischung in Neubaugebieten sind eng mit der Entwicklung in der Innenstadt und in Altbausanierungsgebieten verbunden: "Der Boom am Rand geht auf Kosten des Zerfalls im Inneren der Städte". (419) Dieser Prozeß ist vor allem durch die Konzentration ökonomischer Funktionen (Dienstleistungsgewerbe, Handel) in der Stadtmitte bedingt, durch den die Verdrängung der Wohnbevölkerung in die Randgebiete beschleunigt wird. Neef zeigt, wie dieser Prozeß über eine erhöhte Grundrente und damit erhöhte Bodenpreise im Stadtzentrum gesteuert wird:

- die erhöhte "Lagerente" ergibt sich aus Lagevorteilen im Stadtgebiet (Verkehrsanbindung, Zentralität)
- die erhöhte "Intensitätsrente" über hohe Geschoßflächenzahlen
- die erhöhte "Monopolrente", die durch ständige Übernachfrage und das Angebotsmonopol der Hauseigentümer sowie die Kauflust und Zahlungsfähigkeit der Mieter (Firmen, Banken etc) bestimmt wird.

Dieser Mechanismus führt in Verbindung mit der Bodenspekulation zu enormen Baupreissteigerungen, so daß zentrumsnahe Gebiete z.B. für den sozialen Wohnungsbau ausscheiden. Gleichzeitig tendieren die Konsumtionsmittelmärkte unter Ausnutzung eines "städtebaulichen Fluidums , das zur Attraktivität eines exklusiven Marktes erforderlich ist", zu zentrumsnaher Konzentration. (421) Diese Entwicklungen vollziehen sich im Prozeß der sog. "Altstadterneuerung", wobei citynahe Wohnquartiere von den Sanierungsträgern aufgekauft, abgerißen und wieder mit gewinnintensiven Gewerbegebäuden bebaut werden. Eine Infas-Untersuchung stellte in den Zentren deutscher Großstädte von 1939 - 1961 Bevölkerungsabnahmen zwischen 47 % und 75 % fest. In den von Herlyn/Schaufelberger untersuchten Mittelstädten betrug der Bevölkerungsverlust in den Innenstadtbereichen von 1961 - 1968 zwischen 2o % - 27 %. (422) Dieser Verdrängungsprozeß führt neben einer Selektion

bezüglich der verbleibenden Bevölkerung (s.u.) zu einer Verödung der Innenstadtbereiche. Allgemein wird ein hoher Anteil an Wohnbevölkerung im Zentrum aber als Bedingung eines regen urbanen Lebens und damit der "Freizeitfunktion" in der City angesehen, wie die Beispiele Paris oder Berlin zeigen.

Als zentrale Frage stellt sich im Rahmen der Altstadterneuerung das Problem, einerseits überalterte Baustruktur entfernen oder modernisieren zu müssen, andererseits aber zu vermeiden, daß das Stadtbild und die urbane Vielfalt sowie die Kommerzialisierung verstärkt wird. Ohne im einzelnen auf die Sanierungsproblematik eingehen zu können, sollen hier besonders die Möglichkeiten der Altbaumodernisierung (Objekterneuerung), die zunehmend als Alternative zur Flächensanierung gefordert wird, sowie das citynahe Wohnen erwähnt werden. Dies leitet gleichzeitig zu den Problemen der sozialen Segregation über. (423)

Nach Hämer (424) verschlechtert die gegenwärtige Flächensanierung auf verschiedenen Wegen die Wohnverhältnisse:

- indem mietpreisgünstige Altbauquartiere zerstört werden, wird eine strukturelle Wohnungsnot für die unteren Sozialschichten erzeugt, die bis zur Obdachlosigkeit führt.
- mit der Festlegung eines Gebietes als sanierungsreif, verschlechtert sich die Wohnqualität rapide, da jegliche Instandsetzungsarbeiten unterlassen werden.
- die Bevölkerungsstruktur ändert sich in kurzer Zeit, Gruppen mit höherem Einkommen wandern in die Neubauviertel am Stadtrand ab, im Quartier bleiben Alte und Einkommensschwache, Randgruppen, Gastarbeiter zurück, die gleichzeitig ein Negativimage des Viertels erzeugen und eine sichtbare "Legitimation" der Sanierungspläne schaffen.
- die in hohem Maße kommunikativen Sozialbeziehungen der Bewohner werden ersatzlos zerstört.

Hämer betont, daß diese Effekte nur verhindert werden können, wenn

- Altbauten modernisiert und dabei
- die Bewohner in den Wohnungen verbleiben können.

Bisherige Erfahrungen hatten gezeigt, daß auch bei der Altbaumodernisierung, die bislang erst 2 % des Wohnungsbauvolumens in Sanierungsgebieten ausmacht, die Bevölkerung aus dem Quartier verdrängt wurde, da die Mietpreise nach vollzogener Sanierung denjenigen der Neubauwohnungen angeglichen waren. Hämer stellte anhand von Modellsanierungen fest, daß die Altbaumodernisierung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus wesentliche geringere Kosten verursacht als die Flächensanierung. (425) In Bezug auf eine Änderung der Wohnungsbauförderung, die auf Modernisierungsmaßnahmen nicht abgestellt ist, müßten allerdings die nicht-materiellen Werte wie Erhaltung der Sozialstruktur,

des Stadtbildes und die Funktionsvielfalt besonders berücksichtigt werden.

Eine Untersuchung der GEWOS in Hamburg ergab, daß insbesondere junge Leute und kleine, kinderlose Haushalte in die City ziehen wollen. Dabei werden als Motive vor allem der Freizeitwert, Vielfalt der Geschäfte und Vergnügungen angegeben.

Diese Kriterien werden dagegen von Gruppen mit höherem Einkommen, die die City vor allem aufgrund des geringen Sozialprestige verlassen wollen, gegenüber Wertkriterien "Ruhe, gute Luft, Natur" usf. zurückgestellt.

Ursprüngl. Wohnsitz	Neuer Wohnsitz				
	City	Citynähe	Cityferne	ausserh.	ungewiß
City	3.200	1.500	1.800	1.300	100
Citynähe	3.200	9.200	8.300	5.000	600
Cityferne	3.400	6.800	20.800	7.600	700
insgesamt	9.800	17.500	30.900	13.900	1.400
Umzugs-absicht	7.900	26.300	39.300		
theoretischer Nachfragesaldo	+1.900	- 8.800	- 8.400		

Quelle:
GEWOS, citynahes Wohnen, Hamburg 1975, S. 23

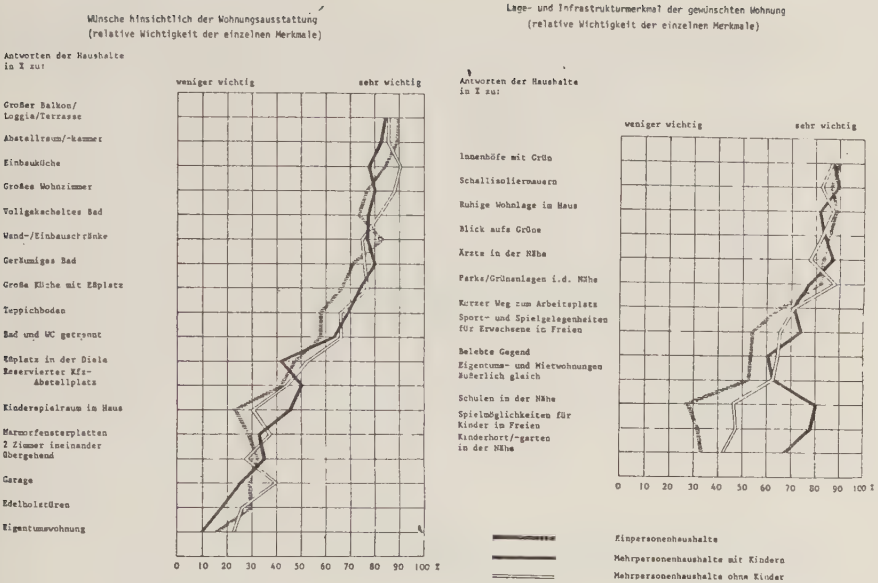
Die Analyse der Wohnwünsche von Interessenten des City-Wohnens ergab, daß

- fast alle Haushalte eine größere Wohnung suchten, 75% eine 2 oder 3-Zimmerwohnung,
- 93% eine Mietwohnung suchen,
- hinsichtlich baulicher Gestaltung ein großer Balkon, Loggia Priorität genießt,
- eine relativ hohe Mietzahlungsbereitschaft besteht:
  - 37% sind nicht bereit, 7 DM/qm zu bezahlen
  - 41% würden 7 DM/qm bezahlen
  - 15% " 8 DM/qm "
  - 7% " 1o DM/qm "

Diese Zahlen zeigen, daß citynahes Wohnen besonders bei jüngeren und einkommensstarken Haushalten eine gewisse Attraktivität genießt. Als wichtigste Forderungen, die an die Wohnumgebung gestellt werden, erweisen sich durchgrünte Innenhöfe sowie ruhige Wohnlagen.

Entsprechend fanden Herlyn/Schaufelberger, daß als Nachteile des Innenstadtwohnens vor allem schlechte Ausstattung der Wohnungen und die Verkehrslärmbelästigung empfunden wurden.

Die Entleerung des Citybereiches kann durch entsprechende Maßnahmen durchaus verhindert werden. (426)



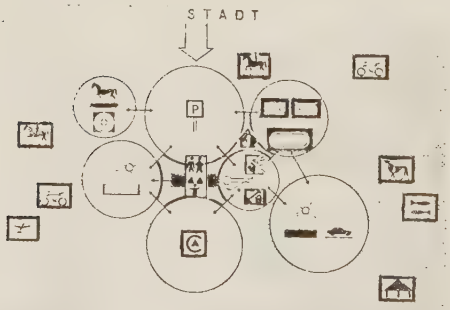
Quelle: GEWOS, a.a.O., S. 45, 48

Man kann davon ausgehen, daß in dem Maße spezielle Freizeitangebote weniger erforderlich sind, als die Trabantenstädte und das Citygebiet selbst einen Freizeitraum darstellen, in dem vielfältige Bedürfnisse nach Kommunikation, Sehen- und Gesehen werden, Verweilen, Ruhe, Entspannung und Spiel integrativ mit dem Vollzug der übrigen Lebensfunktionen erfüllt werden können. Dies erfordert allerdings eine Berücksichtigung von Freizeitbelangen bei jeder einzelnen Veränderungsmaßnahme in den dargestellten Bereichen. Analog der "Umweltverträglichkeitsprüfung" könnte bei allen Planungen, die die hier und in den folgenden Abschnitten behandelten Bereiche betreffen, eine Art Freizeitrelevanzprüfung eingeführt werden.

2. Funktionsentmischung und Freizeitzentren≠)

Sofern sich aus den Konzepten der Funktionsentmischung, der sozialen Segregation und der städtischen Öffentlichkeit die Beeinflussung dieser Variablen als Ziel im Hinblick auf attraktivere Freizeit in der Stadt ergibt, so erscheint eine neuerliche Funktionstrennung des Freizeitbereichs in eigenen "Freizeitreservaten" als unsinnig. Dennoch tendiert die Freizeitpolitik zunehmend zu einer Zusammenfassung verschiedenster Einrichtungen und Angebote "in kompakten multifunktionalen Freizeitzentren", deren Angebotsvielfalt zunächst bestechend erscheint.
So werden in Nordrhein-Westfalen bis 1975 2o sog. "Tageserholungsanlagen" und 3o "Wochenenderholungsanlagen" errichtet. Grundlagen dieser Planungen sind vage Annahmen, daß "nicht nur unberührte Natur gewünscht wird, sondern vielfältige Betätigungs- und Unterhaltungsmöglichkeit" und daß solche Anlagen "umso weiter entfernt liegen können, je kompakter das Angebot an Freizeitmöglichkeiten ist." (427)

Schema einer Tageserholungsanlage



Quelle:
Nordrhein-Westfalen-Programm 1975, S. 1o8

Obwohl die Anlagen als Ergänzung zu wohnungsnahen Einrichtungen gedacht sind, haben sie hinsichtlich der Unbestimmtheit der Rolle, die Freizeit im Wohnungs- und Städtebau spielt, eher eine Alibifunktion und erscheinen zudem als eine Fortführung der Konsumorientierung im Freizeitbereich: Die Bedürfnisse, Freizeit in eigens dafür bestimmten multifunktionalen Anlagen zu verbringen und damit die Rolle der entsprechenden Infrastruktureinrichtungen, wird maßlos überschätzt.

≠) Bezüglich der auf einzelne Einrichtungen bezogenen Aspekte siehe Teil 6

Lenz-Romeiss weist darauf hin, daß eine positive Besucherstatistik nicht schon als Kennzeichen der Bedürfnisgerechtigkeit gewertet werden kann. (428)

Die "Freizeitzentrenpolitik" als Fortführung einer Funktionstrennungspolitik wird nur im Sinne einer mittelfristig realisierbaren Legitimation verständlich, die wie in anderen Bereichen soziale Probleme durch vorzeigbare Bauten zu lösen gedenkt. Die notwendig diffusen Freizeitqualitäten im Wohnquartier werden hier von der Struktur des Planungsprozesses in ressortgerecht durch die Bürokratie handhabbare Infrastrukturpolitik umgedeutet.

Mittelbach betont hinsichtlich der Errichtung von Freizeithäusern, daß es an konkreten Vorstellungen und Untersuchungen an "Freizeitbedürfnissen" ebenso wie an pädagogisch begründeten und gesellschaftspolitisch postulierten Zielvorstellungen für das Freizeithaus an sich mangelt.

Demgegenüber entwickelt Glaser das Modell eines quartiersbezogenen "Kulturladens", der als ökologische Nische Ort für "kulturelle und humane Symbiosen" darstellt:

- als "Anlaufstelle" für szenische Aktionen, als Diskothek, Spielothek, Artothek
- als Kontaktstelle zu Gastarbeitern
- man kann dort Zeitung lesen, einfache Gastronomie ist vorhanden, lunch-time und rush-hour-Programme zu Tageszeiten, die vielen Bevölkerungsgruppen besser als die üblichen Veranstaltungstermine entsprechen. (429)

Die Konzeption, in der Wohnung oder im Wohnumfeld, nicht realisierbare Freizeitmöglichkeiten in einem eigenen Gebäude anzusiedeln, soll damit nicht abgewertet werden, dennoch muß auf den Widerspruch zur Vernachlässigung der Freizeitbelange im übrigen Städtebau und der Wohnungsbaupolitik hingewiesen werden, zumal sich der Trend zu Freizeitparks aller Art (Legoland, Disneypark ...) in Zukunft eher noch verstärken wird.

3. Prozesse sozialer Segregation

Die sozialen Segregationsvorgänge stehen im engen Zusammenhang mit der Strukturveränderung und Funktionsentmischung der Stadtteile. Im folgenden soll von der Zielvorstellung ausgegangen werden, daß Freizeit einen Raum sozialer Interaktion und Integration im Wohngebiet darstellt und daß Möglichkeiten sozialer Gruppen hinsichtlich des Freizeitwertes der Wohnumgebung - wie er sich u.a. in den unter 1. erwähnten Variablen manifestiert - tendenziell abzubauen sind. Damit verbunden ist notwendig, eine Wertung der gefundenen Verteilungen im Hinblick auf die Funktion für die betroffenen Gruppen und deren Bedürfnisse.

Herlyn/Schaufelberger fanden folgende Verteilung sozio-demographischer Gruppen der Wohnbevölkerung in den Innen- und Außenstädten:

- Einpersonenhaushalte sind in Innenstädten mit 36,3% aller Haushalte gegenüber den Außenstädten (27,2%) überrepräsentiert.
- Bei den Berufsgruppen sind Arbeiter, "kleine Selbständige" und mithilfende Familienangehörige überrepräsentiert.
- Rechtliche Stellung der Haushaltsvorstände:
  in Innenstädten: 16% Eigentümer, 71% Mieter, 13% Untermieter
  in Außenstädten 22% " 69% " 9% "
- In den Innenstädten leben doppelt soviel verwitwete und geschiedene Frauen wie in den Außenstädten.
- Die unteren Einkommens- und Bildungsgruppen sind in den Innenstädten überrepräsentiert.

In den Innenstadtbezirken kummulieren somit die Merkmale "relativer sozialer Schwäche", gleichzeitig weisen die Wohngebäude deutlich schlechtere Qualität und höheres Alter auf: 25% der Innenstadtwohnungen aber über 3o% der Außenstadtwohnungen sind mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet. (43o)

Pfeil betont, daß es trotz der spezifischen Sozialstruktur keine absolute Segregation gibt. So liegen die Differenzen des Arbeiteranteil an der Erwerbsbevölkerung in Berlin (197o) z.B. zwischen 64% (Wedding) und 23,4% (Zehlendorf). Ähnliche Ergebnisse liegen für Hamburg (27 - 7o%) vor. Niemeier fand für Braunschweig 5 Typen von Sozialräumen, je nach dem Vorherrschen einer der von ihm gebildeten sieben Schichten. (431) Nach Pfeil wird das Wohnen im "sozial-charakteristischen Stadtteil" durch die Einheitlichkeit des sozial-kulturellen Lebensstils selbst gesteuert. Dies geschieht über Faktoren interpersoneller Wahrnehmung mit symbolischer Bedeutung wie Sprache, Kleidung, Wohnungseinrichtung usf. und vermittelt im Bewußtsein der Bewohner eine ausgeprägte "soziale Physiognomie" jedes Stadtteils. Es entstehen so soziale Subkulturen mit eigenem Lebensstil und Wertsystemen, die sich als starker Verhaltensdruck auswirken. In Extremfällen - etwa in Slumgebieten, Obdachlosenquartieren - kommt es zu einem ausgeprägten Gruppenstil mit Solidarität und Loyalität innerhalb der Lokalgruppe und aggressive Abgrenzung gegenüber Quartiersfremden. (432) Modelle der amerikanischen Sozialökologie, die die Bevölkerungsstruktur im engen Zusammenhang mit dem Prozeß der Stadtentwicklung und der ethnischen Segregation behandeln, zeigen, daß die "soziale Desintegration" vom Stadtkern zu den Randgebieten abnimmt (Zonenmodell von Park) oder daß sich einzelne Sektoren die Zonen übergreifend vom Zentrum ausgehend als sozial homogene Gebiete nach außen hin verbreitern. Hoyt stellte ein ständiges Hinauswandern der gehobenen Wohngebiete fest. (433)

Die Koppelung schlechter Wohnverhältnisse mit sozial schwachen Gruppen wird neben den erwähnten sozio-kulturellen Momenten vor allem über das niedrige Mietpreisniveau in zentralen Altbaugebieten hergestellt. Daraus ergibt sich, daß bei der heute vorherrschenden Flächensanierung, die billigen Wohnraum verknappt, für diese Gruppen eine spezifische strukturelle Wohnungsnot entsteht, die sie zwingt, vorwiegend auf andere Altbau- und Sanierungsgebiete auszuweichen, deren Haushalte mit mittleren Einkommen dann verstärkt in cityferne Neubaugebiete übersiedeln. Verstärkt wird dieser Segregationsprozeß durch die überproportionalen Mietpreissteigerungen im Neubau, die über soziale Hilfen (Wohngeld) für Altbaubewohner nicht ausgeglichen werden können. (434)
Am deutlichsten werden diese Effekte bei der Konzentration von Gastarbeitern in einzelnen Wohnquartieren. Zunächst zeigt sich, daß Gastarbeiter praktisch überhaupt nicht in Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus vorkommen, die z.B. in Berlin ca. 35% des gesamten Wohnungsbestands bilden. 1975 wurden 23.68o Sozialwohnungen vermietet, davon 288 (!) an Ausländer, wobei eine Diskriminierung der Ausländer über ein bestimmtes Vergabeverfahren verhindert wird, so daß das Mietpreisniveau die regulierende Größe bildet. (435) Die Verteilung der sozialen Gruppen der Ausländer über die Bezirke folgt weitgehend derjenigen der deutschen Bevölkerung: Der Arbeiteranteil schwankt zwischen 91,3% (Kreuzberg) und 44,1% (Zehlendorf). (436) Der "Invasionsprozeß" der Ausländerpopulationen hängt unmittelbar mit der Erklärung eines Quartiers zum Sanierungsgebiet zusammen. Im Berliner Sanierungsgebiet Klausener Platz erhöhte sich der Ausländeranteil von 197o - 1973 von 4,8% auf 18,5%, in Wedding sind 4o% der Wohnungen der Sanierungsträger an Ausländer vermietet. Der Segregationsprozeß läßt sich dabei bis auf die Ebene einzelner Blöcke verfolgen, in denen sich durch den Nachzug der engeren und weiteren Familie "ganze Dorfgemeinschaften" bilden, was die Auszugsbereitschaft deutscher Mieter noch verstärkt.
Nach Hoffmeyer-Zlotnik leben die "invadierenden Türken" und die deutsche Bevölkerung weitgehend isoliert von jeglichen privaten Kontakten nebeneinander, was durch die Entwicklung einer eigenen türkischen Infrastruktur noch verstärkt wird. (437)

Entsprechend den Selektionsprozessen in den Altbaugebieten sind in den Neubausiedlungen mittlere Einkommens- und Berufsgruppen sowie Mehrpersonenhaushalte vorherrschend. Hierbei läßt sich noch eine zusätzliche Segregationswirkung beobachten, die durch die Belegungspolitik der Baugesellschaften verursacht wird und teilweise zu Konflikten innerhalb eines Hauses, z.B. zwischen einer Beamtenfamilie und neu eingewiesenen "lärmintensiven" kinderreichen Familie führt. Daneben wurden in der Gropiusstadt Häuser gebaut, die aufgrund der Wohnungsgrößen nur mit kinderreichen Familien zu belegen waren, was innerhalb des sonst homogenen Quartiers zu sozialer "Stigmatisierung" aller Bewohner dieser Gebäude führte. (438) Die besondere kommunikative Situation der Neubaugebiete entsteht - neben Effekten der Monofunktionalität (s.o.) - dadurch, daß diese Viertel mit zunächst isolierten Einzelhaushalten belegt werden, wogegen ein Haushalt, der in ein gewachsenes Viertel zuzieht, leichter in das bereits bestehende Beziehungsnetz aufgenommen werden kann. (439)

Hinsichtlich einer Bewertung dieser "natürlichen" oder geplanten Segregationen führen Langkaufer/Tank (44o) verschiedene Aspekte an:

- eine schichtenhomogene Wohngegend erleichtert soziale Beziehungen aufgrund ähnlicher Interessen und Lebensstile,
- Zugehörigkeit zu einem schichtenhomogenen Wohnquartier führt zu einem Wir-Gefühl, das die Grundlage für eine Identifikation mit dem Wohngebiet bildet.
- Zusätzliches Sozialprestige kann nur die bessere Wohngegend bringen, während den Bewohnern von Vierteln mit sozial benachteiligten Gruppen ein negativer Ruf vorauseilt.
- Eine Quartiersstruktur bleibt nur solange stabil als der Anteil der unteren Sozialschichten gering ist.

Als positive Wirkungen einer sozialen Mischung erweisen sich u.a.:

- höhere Anregungsvielfalt für Kinder, natürliche Integration der Gruppen,
- im Falle sozialer Monostruktur von Randgruppen bewirkt der ständige Umgang mit ähnlich benachteiligten Kindern eine Verstärkung von Verhaltensstörungen, die Ablehnung der Umwelt - z.B. gegenüber einem Obdachlosenquartier - führt über Isolierung zu einem negativen Selbstwertgefühl und Unterlegenheitsbewußtsein, im Extremfall wird Aggressivität und Kriminalität gefördert.
- Vorurteile werden durch räumliche Nähe abgebaut.

Diese Aspekte lassen sich dahingehend zusammenfassen, daß -neben der regulierenden Funktion des Einkommens- die Bewohner ein sozial-homogenes Gebiet eher höher bewerten, gesellschaftliche Interessen jedoch auf eine Durchmischung des Wohngebietes zielen müssen, um kummulative Benachteiligungen der unteren Sozialschichten auszugleichen und Desintegrationseffekte zu verhindern. Was direkte Auswirkungen auf das Freizeitverhalten betrifft, stellte eine Untersuchung des SIN-Städtebau-Instituts in neuen Siedlungsgebieten fest, daß Bewohner, die besonders

stark in die Siedlung integriert sind - was besonders für Siedlungen mit hohem Arbeiteranteil zutrifft - auch ihre Freizeit in der Siedlung verbringen. (441)
Die soziale Segregation führt hinsichtlich spezieller Freizeitangebote für die unteren Schichten insofern zu Benachteiligungen, als z.B. Grünflächen und Spielplätze in sog. "besseren Wohngebieten" häufiger vorhanden sind bzw. der Charakter als "Villenviertel" mit Gärten und ruhigen Wohnstraßen solche Anlagen für die Bewohner ohnehin nicht erforderlich macht. Andererseits legt die hohe Anzahl von Stehkneipen und Gaststätten in Arbeitervierteln dort bestimmte Freizeittätigkeiten nahe, womit schichtenspezifische Lebensstile verfestigt werden. Ausmaß und Unterschiede in der räumlichen Verteilung der Freizeitangebote und Einrichtungen sind jedoch noch nicht näher erforscht. Die offenkundige Unterversorgung mit diesen Einrichtungen in den unterprivilegierten Wohnvierteln ist vermutlich der Verdrängung der Wohnfunktionen einschließlich der Folgeeinrichtungen durch Wirtschaft und Verkehr zuzuschreiben. (442)
Wenn die durch Monofunktionalität von Wohngebieten und Prozesse sozialer Segregation gekennzeichneten Freizeitrahmenbedingungen bislang als relativ unvariabel erscheinen, so soll im folgenden gezeigt werden, welche Bedeutung Öffentlichkeit und Kommunikation im Hinblick auf eine Integration funktionaler und sozialer Parzellierung einnehmen.

4.2.3. Öffentlichkeit und Kommunikation

Öffentlichkeit und Kommunikation sollen hier als das Verhältnis des Mediums zu den ausfüllenden Tätigkeiten gefaßt werden. Kommunikation wird dabei als eine Freizeitfunktion angesehen, die um ihrer selbst willen (hedonistische Teilfunktion) und in Bezug auf Verbesserung der Freizeitverhältnisse, z.B. über Bürgerinitiative und Planungsbeteiligung sowie weitergehend in Bezug auf eine Beteiligung und Selbstbestimmung der Bürger in allen gesellschaftlichen Institutionen zu fördern ist.

1. Innenstadt- und Quartiersöffentlichkeit

Bildet nach Bahrdt die Polarisierung in öffentliche und private Räume ein Hauptcharakteristikum städtischer Vergesellschaftung, so müßte es vor allem ein Ziel sein, diesen Gegensatz aufzuheben. (443) Andererseits scheint es zunehmend notwendig, durch Funktionsentmischung verloren gegangene Öffentlichkeit i.S.v. urbaner Vielfalt und Kommunikationsanreizen erst wieder herzustellen, wobei dem Stadtzentrum eine besondere Bedeutung zukommt. Die Kommerzialisierung der Innenstädte hat die Möglichkeiten zu zweckfreier Kommunikation durch Zweckentfremdung der gebauten Freiräume über Fahrbahnverbreiterungen, Parkplätze, Verkehrslärm, Verdrängung von Einzelhandelsgeschäften us. verringert. Bedürfnisse nach unverbindlicher Kommunikation, nach Sehen und Gesehen werden, können hier nicht mehr erfüllt werden. Lenz-Romeiss betont, daß die Naherholungsgebiete heute dieses "aus der City heraus verlagerte oder vielmehr verdrängte Bedürfnis nach städtischer Freizeitöffentlichkeit" übernehmen müssen. (444) Die Stadtplanung müßte sich an dieser Stelle wieder mehr auf die kommunikativen Funktionen der Straßen und Plätze und kulturgeschichtlich zu erschließende Kommunikationsorte wie Marktplätze, Brunnen- und Wasseranlagen, Brücken, Kirchplätze und Innenhofnetze besinnen. Ebenso wie bei den Gemeinschaftsräumen in Gebäuden kommt es dabei nicht auf das reine Zurverfügungstellen, sondern auf konkrete Gestaltung und Belebung des Raumes an, wie es z.B. über Verkaufsstände, Boulevardcafes, Straßentheater, Pflastermaler, Ruhepunkte, Aktionsräume und Tombolas erreichen läßt. Erst hierüber entsteht eine Atmosphäre intensivierter "Lebendigkeit" (Pfeil), die die Funktionslosigkeit der Großstadtstraßen überwindet und den Straßenraum wie in Rom, Kopenhagen oder in orientalischen Städten zur "Bühne des Lebens" werden läßt. (445) In einer so umgestalteten urbanen Öffentlichkeit könnte auch der geschäftsbedingte Publikumsverkehr und die Beschäftigten, die die Plätze als Ruhe- und Treffpunkte in der Mittagspause aufsuchen, zu einem belebenden Element werden.
Die Errichtung von Fußgängerzonen in den Innenstädten hat nach allgemeiner Ansicht diese Ziele nicht erfüllen können, da sie meist reine Konsumstraßen darstellen, aus denen jedes spielerische, zum Aufenthalt verleitende Moment verbannt ist. Dies zeigt sich besonders daran, daß sie nach Geschäftsschluß schlagartig veröden und als Treffpunkte für die Tagesfreizeit keine Funktion einnehmen. (446) Als Anknüpfungspunkte

für Unterhaltung und als Treffpunkte erscheinen hier eher nicht-kommerzielle Angebote geeignet, wie sie in skandinavischen Länder oder z.B. in Edinbourgh in öffentlichen Pavillons veranstaltet werden, die ganztägig bis in den späten Abend eine hohe Attraktivität ausüben und eine belebende Wirkung auf das umliegende Gebiet ausstrahlen.
Die Innenstadt hat als Stadtbereich, der allen Bewohnern gleichermaßen bekannt ist und in dem sich eine Stadt gleichsam selbst darstellt, noch eine weitere öffentlichkeitswirksame Funktion, insofern hier in face-to-face Interaktion ein Raum zur Diskussion von städtebaulichen und politischen Anliegen der Bewohner geschaffen werden kann, der einen Ausgleich zu der zunehmenden Mittelbarkeit politischer Prozesse ("mediatisierte Öffentlichkeit") bildet, die auf Engagement und Motivation bürgerschaftlicher Partizipationfrustrierend wirkt.
Hier müßten gänzlich neue Angebote und Diskussionsmethoden erdacht werden, die den rudimentären Charakter solcher Institutionen wie des Hyde-Park-Corner in London oder der Hamburger "Meckerwiese" überwinden und etwa die Form einfacher Planspiele computergesteuerter Blitzumfragen etc. haben könnten. In diesem informellen und spielerischen Rahmen könnten auch Bevölkerungsgruppen, die durch die selektive Binnenstruktur herkömmlicher Beteiligungsverfahren keine Chance ihrer Interessenvertretung finden, zur Mitwirkung angeregt werden. (447)
Insbesondere für cityfern Wohnende hat der Stadtteil und das unmittelbare Wohnungsquartier nicht nur hinsichtlich der dort erreichbaren Freizeitangebote, sondern auch als überschaubarer Bezugsraum für die Lebensgestaltung, die Wohnzufriedenheit und die Möglichkeiten zu nicht-einrichtungsorientierten Freizeittätigkeiten eine große Bedeutung. (448) Besonders hervorzuheben ist dabei die unterschiedliche Bedeutung der Quartiersorientierung für die sozialen Schichten, was sich in mehreren Dimensionen nachweisen läßt. So wies Pfeil für Hamburg nach, daß - obwohl die Oberschicht doppelt so häufig Autos besitzt wie die Arbeiterschicht, die die relative Unbeweglichkeit der Arbeiter, die vor allem im Quartier einkaufen, nicht allein mit dem Autobesitz erklärt werden kann, da sich bei Angestellten keine Differenzen zwischen Auto- und Nicht-Autobesitzern nachweisen lassen. Allerdings werden die größeren

Einkäufe alle oder vorwiegend in der Innenstadt gemacht: bei der Oberschicht von 7o%, der Mittelschicht von 66% in der Arbeiterschicht von 5o%. (449) Die starke Quartiersorientierung der in den Altbauvierteln überrepräsentierten unteren sozialen Schichten, die zu 7o - 8o% dort geboren sind, ist u.a. durch die hohe Seßhaftigkeit der Bewohner begründet. Die soziale Homogenität ergibt mit der räumlichen Nähe der Bezugsgruppen eine hohe Kommunikationsdichte, die zu einer großen Verhaltenssicherheit der Bewohner führt. Dieser Aspekt wird bei der Umsetzung der Mieter im Vollzug der Altbausanierung kaum berücksichtigt. Folge dieser Zerstörung sozialer Beziehungen und der über die Stadtteilbindung vermittelten Teile der sozialen Identität sind besonders bei älteren Bewohnern schwerste persönliche Krisen bis hin zu "Tragödien mit tödlichem Ausgang." (45o) Herlyn/Schaufelberger schreiben hierzu:

"Bewohner von Erneuerungsgebieten sind stärker auf nachbarliche Hilfsdienste und ein vertrautes Wohnmilieu angewiesen als diejenigen, die aufgrund anderer Sozialisationsbedingungen und ihrer sozio-ökonomischen Lagen eher dazu neigen, eine Sphäre der Verhaltensneutralität gegenüber den Nachbarn aufzubauen und Normen unverbindlichen Distanzverhaltens einzuüben." (451)

Allgemein herrschen in der Oberschicht soziale Kontakte mit Bekannten und Freunden vor, die gleichzeitig seltener in der Nähe wohnen, in der Unterschicht dagegen eine Orientierung auf die Verwandten, die auch häufiger im (Altbau)-Wohnquartier leben. In einer skalierten Befragung zur Intensität nachbarschaftlicher Kontakte konnten Herlyn/Schauferberger allerdings keine großen Differenzen zwischen Innen- und Außenstädten feststellen.

Wenngleich eine Untersuchung von Heil in Münchner Neubauvierteln bei der Kategorie "enger Kontakt" weniger Nennungen aufwies als im Altbauviertel, interpretiert Heil die gefundenen Daten von den unterschiedlichen Funktionen der Nachbarschaft in den beiden Quartierstypen her. Danach deutet eine geringe Aktualisierung "sozialen Klimas" im Altbauquartier auf einen hohen Grad an Stabilität privater Interaktionsmuster auf Quartiersebene hin:

"Im Altbauquartier erlaubt eine ausgeprägte Quartiersöffentlichkeit Kommunikation in Wahlfreiheit und Unverbindlichkeit, die den privaten Bereich der Bewohner neutralisierend einhüllt. Reserviertheit gegen Sozialkontakte hat hier eine objektive Erklärung, die im Neubauviertel fehlt und dort durch die Norm der Unverbindlichkeit sozialer Beziehungen ersetzt wird." (452)

Die hohe Rate beiläufiger Interaktion und Kommunikation bei Tätigkeiten der Alltagspraxis scheint in Altbauquartieren somit ein wesentlicher

Faktor zu sein, der den subjektiven Bedürfnissen nach speziellen Freizeitangeboten in ihrer kommunikativen Funktion vermutlich einen geringeren Stellenwert zuordnet als in der Neubau- oder Stadtrandsiedlung.
Pfeil deutet jedoch auch an, daß hinsichtlich der Anzahl der Personen, mit denen Kontakt gehalten wird, das Wohnviertel nur untergeordnete Bedeutung hat: 47% der Familien haben Verkehr mit Verwandten und Bekannten im Stadtteil, 92% außerhalb des Stadtteils, wobei der Verkehrskreis der Oberschicht -wie oben erwähnt wurde - auch räumlich breiter gezogen ist als in der Arbeiterschicht. Hinsichtlich der Besuchshäufigkeit erweist sich dann allerdings die Entfernung als wichtigste Determinante (453):

Die Häufigkeit des Besuchsverkehrs nach Wegezeiten:

Von den Verwandten/Bekannten, die bis ... Minuten entfernt wohnten, wurden häufig besucht (täglich bis mehrmals in der Woche):

	Verwandte	Bekannte/Freunde
bis 15 Minuten	56%	39%
16 bis 30 Minuten	32%	14%
31 bis 60 Minuten	20%	7%
mehr als 1 Stunde	11%	

2. Beispiele geplanter, raumbezogener Sozialeinheiten

Die Idee einer harmonisch vielseitigen Entfaltung des Einzelnen auf der lokalen Ebene geplanter Nachbarschaftseinheiten, wie sie von der N.C.S.S.-Gruppe und E.Jones entwickelt wurde, zielte vor allem gegen die großstädtische Vermassung, Atomisierung, Entfremdung, emotionale Verarmung und stellte im wesentlichen ein Rückverlangen nach der Gemeinschaft des Dorfes dar. (454) Diese Nachbarschaftseinheiten im Umfang einer Grundschuleinheit sollten eine Hierarchie ökonomischer Zentren darstellen, wobei sich wirtschaftlich und verwaltungsmäßige Einheiten decken, Wohnwünsche nach Ruhe, Luft und Licht sollten hier durch richtige bauliche Gestaltung ebenso erfüllbar werden wie Spielraum für Kinder, soziale Integration und politische Belebung. Aufgrund der -allerdings wenigen- praktizierten Projekte läßt sich jedoch nachweisen, daß das Konzept der Nachbarschaftseinheiten nicht zu den erstrebten Zielen der Vergemeinschaftung geführt hat. Dies lag besonders daran, daß

- die einzelnen Einheiten zu groß waren, um allgegenseitige Bekanntschaft zu ermöglichen,
- der Versorgungs- und Aktionskreis sich nur zum Teil mit den Grenzen der Nachbarschaftseinheiten deckte,

- die Nachbarschaftseinheiten kein soziales System bildeten,
- die lokale Ebene für verschiedene Lebensalter- und Sozialschichten unterschiedliche Bedeutung hat (s.o.),
- aus der sozialen Durchmischung neue Probleme entstanden.

Nach Dennis erwies es sich letztlich als schwierig, die Vorstellung aufzugeben, "eine Ansammlung von Häusern müßte auch eine sinnvolle soziale Einheit bilden." (455)

Eine in wesentlichen Bereichen ähnliche Konzeption, allerdings auf der Ebene einzelner Bauprojekte, bilden die als "gesellschaftspolitisches Experiment" geförderten Demonstrativbauvorhaben "urbanes Wohnen". (456) Zielsetzung und Inhalte können folgendermaßen dargestellt werden:

- Die aktive Teilnahme des Bürgers an der Gestaltung von kleineren und größeren Gemeinschaften schafft die Grundlage für aktives demokratisches Verhalten - die Mitverantwortung in halböffentlichen Belangen motiviert ihn, aus seiner Isolation herauszutreten - eine stete Entwicklung der Bereiche außerhalb der Kernfamilie ist möglich, ohne daß alle Mißstände der öffentlichen Hand zugeschoben werden.
- Die Klein- und Mittelkommunen sind Elemente, die in der urbanisierten Gesellschaft als Bindeglieder zwischen Kleinfamilie und Gemeinde fehlen.
- Halböffentliche Zonen und gemeindschaftliche Einrichtungen sind notwendig; sie umfassen z.B. Kinderkrippe, Kindergarten, Spielräume für alle Altersgruppen, Räume für spontane Aktivitäten, Innenhöfe, Dachgarten für Sport und Spiel, Teeküche u.v.a.m.
- Die Bauten umfassen anpassungsfähige und flexible Wohnungen. Soziale Mischung soll erreicht werden über eine große Zahl von Wohneinheiten für Alte, Studenten, Körperbehinderte, Gastarbeiter, kinderreiche Familien und Problemfamilien. Zwischen den Gruppen sollen Kommunikationsstrukturen gefunden werden, die den Abbau von Klassenunterschieden ermöglichen.
- Sozialisationsbedingungen der Kinder sollen durch größere Wahlfreiheit der Bezugspersonen verbessert und die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau durch ausgeglichene Verteilung der Haus- und Berufsarbeit und die o.g. Serviceeinrichtungen erleichtert werden. (457)

Der Planungsprozeß der Bauvorhaben, die im Rahmen der Förderung des sozialen Wohnungsbaus finanziert wurden, fand unter intensiver Mitwirkung der späteren Bewohner statt und legte auf eine Information künftiger Nachbarschaft besonderen Wert. Gleichzeitig zeigten sich auch die Grenzen der Realisierbarkeit der Projekte:

- Flexible Grundrißgestaltung, Raumhöhen und zusätzliche Gemeinschaftseinrichtungen sind in den Förderungsbestimmungen des sozialen Wohnungsbaus nicht enthalten.
- Die Mitglieder der Vereine wiesen ein hohes Maß an Fluktuation auf, der Grad der kontinuierlichen Mitarbeit über den gesamten Planungszeitraum war entsprechend gering; die Integration einkommensschwacher Familien war besonders schwierig.

- Die Ziele der schichtenübergreifenden Kommunikation erwiesen sich bereits während des Planungsprozesses als kaum erreichbar.

Korfmacher kritisierte, daß die Projekte zur Privilegierung von Angehörigen einer ohnehin privilegierten Mittel- und Oberschicht führten, "die sich inmitten einer als monoton empfundenen Umwelt auf eine Insel der Bequemlichkeit" zurückziehen, wobei diese Kritik jedoch auch Projekte wie das Arabella-Haus ("Wohnen im Sinne von Hotelwohnen") in München betrifft, "die keine Chancen haben, auf den Massenwohnungsbau übertragen zu werden." (458)
Man sollte jedoch davon ausgehen, daß die Projekte "Urbanes Wohnen" nicht an den auftretenden Problemen zu messen sind, sondern diese als Symptome einer Wohnungsbaupolitik begreifen, die an offenen und latenten Wohnbedürfnissen vieler Gruppen vorbeigeht. Daß diese Bedürfnisse im großen Umfang vorhanden sind, zeigt auch die Tendenz zum Wohnen in Wohngemeinschaften, besonders unter Studenten und jüngeren Erwerbstätigen der Mittelschicht. Hierbei wird die Unterdrückung von Wohnbedürfnissen durch ein fehlendes Angebot an mietpreisgünstigen Großwohnungen und durch diskriminierende Praktiken hinsichtlicher der Wohnungsvergabe besonders deutlich.

3. Partizipation im Wohnungs- und Städtebau

Während im vorgehenden Abschnitt Partizipation beim Planungsprozeß von Sozialeinheiten thematisiert wurde, bei denen Freizeit in einer ganzheitlichen Alltagspraxis integriert erscheint, soll im folgenden bürgerschaftliches Engagement speziell hinsichtlich Aspekten der Stadt- und Wohnungsplanung im allgemeineren Sinne untersucht werden. Dabei soll insbesondere deutlich werden, welche Faktoren einer verstärkten Bürgerbeteiligung als Freizeittätigkeit und für Freizeitbelange entgegenstehen.
Nach Kögler (46o) kommen der Bürgerbeteiligung vor allem folgende Funktionen zu:

- als Ansatz zu politischer Sozialisation (Aktivbürger, Chancengleichheit bei Interessendurchsetzung). Diese Funktion kann, wie unter 2.2.4.4. gezeigt wurde, bei den heutigen Organisationsformen nicht als erfüllt angesehen werden,
- als wechselseitige Lernprozesse zwischen Bürgern, Politikern und Wissenschaftlern: diese Funktion wird nur in Ausnahmefällen realisiert,
- als Beitrag zur Humanisierung der Umwelt.

Als wichtigste Form institutionalisierter Beteiligung ist die Mitwirkung der Bürger bei der Erstellung des Sozialplans nach § 4 StBau FG zu nennen. Die Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß eine intensive bürgerschaftliche Beteiligung ausgeblieben ist. Die in § 4 vorgeschriebene Mitwirkung der Mieter ist zumeist auf die Datenerhebung mittels standardisierter Interviews beschränkt geblieben, in den Sanierungsgebieten wurden Informationsbroschüren verteilt und Sanierungsbüros eingerichtet, die die Probleme bei der Umsetzung der Bewohner behandelten. Auch die Erörterungen nach § 8 und § 9 zur Neugestaltung des Gebiets erfolgten in Form von Einzelgesprächen oder Hearings, wobei die geäußerten Vorstellungen aufgrund des späten Zeitpunktes dieser Erörterungen unvollständig waren und die jetzigen bzw. künftigen Grundeigentümer begünstigt wurden. (461) Andererseits dürfte die geringe Motivation seitens der Betroffenen vor allem in dem geringen Einflußspielraum liegen: Die für sie wichtigsten Tatsachen, nämlich die förmliche Festlegung der Sanierungsgebiete und die Bebauung mit für sie weitgehend unerschwinglichen Sozialwohnungen, sind nicht Gegenstand der Erörterungen. Eine erhöhte Motivation dürfte sich erst ergeben, wenn von der Flächen- zur Objektsanierung übergegangen wird bzw. gesichert ist, daß die Bewohner nach vollzogener Sanierung wieder in "ihrem" Gebiet wohnen können. Dann würde auch die Realisierung der Freizeitbedürfnisse, die Wohnungs-, Freiraum- und Freizeiteinrichtungsplanung im eigenen Interesse der Bewohner liegen.

Die im Rahmen der Bauleitplanung gegebenen Mitwirkungsmöglichkeiten sind für die breite Öffentlichkeit gering, obwohl gerade hier die Standortfrage der Freizeiteinrichtungen entschieden wird:

- Ort, Inhalt und Zeitpunkt der nach § 2 vorgesehenen öffentlichen Auslegung ist weithin unbekannt (Bekanntmachung im Amtsblatt),
- die Darstellungen der Bauleitpläne und in den Erläuterungsberichten sind kommunikationsfeindlich und unverständlich, der Inhalt ist zu abstrakt,
- der jeweilige Planungsstand läßt nur noch geringe Modifikationen zu.

Mitwirkungsmöglichkeiten müßten hier bereits bei der Erstellung der Flächennutzungspläne gegeben werden. Die Begründung der Nichtöffentlichkeit des Planungsbeschlusses zur Vermeidung von Spekulationsgeschäften erscheint hier als nicht ausreichend und durch die Praxis als widerlegt. (462)

Auch im Bereich der Stadtbildgestaltung, des Milieuschutzes und der Denkmalspflege wird die Dominanz der Experten und der Prioritäten, die traditionellen ästhetischen Wertvorstellungen und die kunst- und kulturhistorischen Kategorien bei der Gestaltung visueller Erlebniswerte (Steglitzer Kreisel als "städtebaulicher Akzent") zukommen, zunehmend in Frage gestellt. Die gesetzlichen Grundlagen für eine bürgerschaftliche Beteiligung an gestalterischen Fragen sind noch wenig ausgeprägt. Herlyn/Schaufelberger versuchten bezüglich der Innenstadtsanierung Planungsalternativen zu entwickeln, indem sie "Baukastentests" in Verbindung mit Interviews und einem "Fotospaziergang" durchführten. (463)

Bei der Wohnungsplanung können auch im sozialen Wohnungsbau größere Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden - bis hin zu oben gezeigten Inhalten urbanen Wohnens -, die die Realisierung besonderer Freizeitraumbedürfnisse der Bewohner ermöglichen kann:

- Mitwirkung bei der Grundrißplanung der Wohnungen
- flexible Wohngrundrisse, die eine Anpassung baulicher Gegebenheiten an sich wandelnder Wohnbedürfnisse gestatten,
- institutionalisierte Mitwirkung an der Wohnungsverwaltung.

Besonders hinsichtlich der in Teil 6. aufgezeigten Bedeutung der Dimensionierung, ästhetisch-architektonischen Gestaltung, der technischen Ausstattung und personellen Besetzung kommt einer bürgerschaftlichen Beteiligung bei Planung und Verwaltung an Gemeinschaftseinrichtungen, besonders der speziellen Freizeiteinrichtungen, eine besondere Bedeutung zu, da die bekannten "Richtwerte" nur gröbste Orientierungsdaten sein können.

Gemeinsam ist der Beteiligungsproblematik in den angeführten Bereichen, daß eine Mitwirkung - wenn überhaupt - zu spät im Planungsprozeß einsetzt, was über entsprechend verringerte Entscheidungsspielräume wiederum eine Verringerung der Motivation auf der Bürgerseite bedingt. Eine Mitwirkung müßte während aller Phasen des Planungsprozesses stattfinden:

1) Situationsanalyse (Bestandsaufnahme, Problemanalyse)
2) Zielfindungsprozeß und Prioritätenbestimmung
3) Entwicklung von alternativen Maßnahmen unter Berücksichtigung von Zeit und Kosten
4) Auswahl einer Handlungsalternative
5) Planungsrealisierung
6) Erfolgskontrolle und erneute Situationsanalyse

Erst über eine geordnete und frühzeitige Beteiligung kann der reaktive Charakter der Planungsbeteiligung (z.B. durch Bürgerinitiativen) mit ihrer sozial-selektiven Repräsentation überwunden werden. Dies erfordert allerdings einen grundsätzlichen Einstellungswandel der Gemeindeverwaltungen gegenüber herkömmlichen Effizienzkriterien der Planung. Ein möglicher Ansatz besteht hier in "Dienel's Planungszellen", die mittels einer Zufallsauswahl von betroffenen oder nicht-betroffenen Bürgern rekrutiert werden, die für eine bestimmte Zeit freigestellt und für ihre Mitwirkung vergütet werden. (464) Dieses Planungsverfahren scheint - solange es nicht durch zu starke Vorstrukturierung der Probleme und Einschränkung der Entscheidungsspielraumes eingeengt und damit für Legitimationsbedürfnisse instrumentalisiert wird, geeignet - z.B. Fragen der Gestaltung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Freizeiteinrichtungen im Planungsprozeß benutzergerecht zu lösen.

Zusammenfassend läßt sich folgern, daß das gegenwärtig geringe Maß an institutionalisierten Mitwirkungsmöglichkeiten und die geringe Entscheidungskompetenz weitaus restriktiver auf die Freizeitrelevanz partizipativen Engagements wirkt als etwa Informationsmangel, politische Bildung und schichtspezifische Partizipationsbarrieren.

4.2.4. Die Stadt als soziales System (Umwelt und Verhalten)

Nachdem in der sozialökologischen Forschung der Einfluß gebauter Umwelt und von Stadtstrukturen auf soziales Verhalten im Sinne eines direkten Kausalzusammenhangs überschätzt worden ist ("ökologischer Fehlschluß"), wird heute im allgemeinen davon ausgegangen, daß gebaute Umwelt auf die Entfaltung sozialer Kontakte und Kommunikation fördernd oder hemmend einwirken kann und damit auch Verhalten in der Freizeit beeinflußt bzw. Rahmenbedingungen möglicher Tätigkeitsbereiche setzt. (465) Im folgenden werden Ansätze dargestellt, die Zusammenhänge Umwelt-Verhalten aufzeigen, die sich auch hinsichtlich Freizeitmöglichkeiten interpretieren lassen.

- Die Informationsästhetik versucht, unter Rückgriff auf kybernetische Modelle, die von einem Reiz-Reaktionsschema sowie Wahrnehmungs- und gestaltpsychologischen Gesetzmäßigkeiten ausgehen, vor allem formale Qualitäten aufzeichnen und bestimmen, wobei historische Bedingtheiten und eine ästhetische Wertung vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Interessenlagen ausgeklammert bleiben: z.B. eine Diskrepanz zwischen städtebaulich-architektonischer Formen und Inhalte.

- Ergebnisse zeigen, daß hohe "Aufmerksamkeitsraten" dort vorliegen, wo eine Übereinstimmung von formalen Qualitäten und sozialen Aktivitäten gegeben ist.
  Als wichtigster Aspekt ist die Erkenntnis zu werten, daß für die Orientierung in der Umwelt ein bestimmter Grad an Vielfalt und Differenziertheit, an objektiv vorhandenen Informationselementen nötig ist, so daß trotz der subjektiven Selektion noch zahlreiche Wiederholungs- und Überraschungselemente übrig bleiben. Rapoport/Kautzer fordern daher eine mehrdeutige, komplexe und reizintensive bauliche Umwelt, die zwischen Monotonie und Chaos eine optimale Wahrnehmungsrate ermöglicht. (466)
- K. Lynch zeigte bei einer gestaltpsychologischen Analyse des Stadtbildes durch die Benutzer, daß sich bestimmten Raumformen und gestalterischen Elementen der Umwelt nicht nur angebbare "Orientierungswerte" zuordnen lassen, sondern daß das "Orientiertsein" Sicherheit schafft und damit Vertrauen, das die Identifikation mit einem Ort oder Stadtteil ermöglichen kann. (467)
- Der an psychoanalytischen Kategorien orientierte Ansatz von Lorenzer betont die Rolle der Architektur als "präsentative Symbolbildung", die über eine symbolische Transformation von Erfahrungen im vorbegrifflichen Raum als Gemeinsamkeit stiftende Symbole verhaltenswirksam werden kann. Bei Lorenzer kommt der baulichen Umwelt nicht nur bei der Herstellung "eines positiven affektiven" Verhältnisses zum gesamten Ort eine zentrale Bedeutung zu, sondern auch bei der direkten Beeeinflussung sozialen Verhaltens. Lorenzer fordert dementsprechend, daß "ein Ort zum Verweilen einladen sollte."
- P.Ritter konnte nachweisen, daß die aus dem belanglosen Kontakt im Freiraum (dem Gruß, Beschäftigung mit den Kindern am Spielplatz, beim Einkaufen) umso häufiger Gespräche sowie kleinere und größere Hilfeleistungen und Gemeinsamkeiten entstehen, als man sich zu Fuß auf der Straße, dem Wohnhof, Parkplatz oder dem Ladenzentrum aufhält. Gleichzeitig wird das Wohngebiet umso günstiger beurteilt, je häufiger Kontakt mit den Bewohnern besteht. (468)
- Herlyn/Schaufelberger betonen die Rolle gebauter Umwelt als eine stabile überdauernde Kulisse von persönlichen Erlebnissen und Beziehungen. (469)
- Anknüpfend an der Untersuchung von Habermas (47o) zwischen zweckrationalem und kommunikativem Handeln könnten städtebauliche und architektonische Strukturen daraufhin untersucht werden, inwieweit sie eine Verbindung beider Handlungselemente zulassen. Habermas' Realkategorien könnten hier als analytische und heuristische "umfunktionalisiert" werden.
- Vertreter des ökologischen Ansatzes versuchten nachzuweisen, daß bestimmte städtische Gebiete Kriminalität geradezu produzieren, wogegen neuere Untersuchungen den Einfluß intervenierender Variabler wie innerfamiliales Klima usf. hervorheben. Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß Kriminelle häufiger in schlechten Wohnvierteln ansässig sind und bestimmte Deliktformen (Raub, Sexualdelikte) dort überproportional begangen werden. Dies wirkt sich z.B. über die Nutzungsmöglichkeiten von Parkanlagen oder Risiken bei Spaziergängen auf der Straße usf. auf die Freizeitmöglichkeiten aus, bzw. mindert den Freizeitwert der Anlagen in einzelnen Stadtteilen. (471) Ebenso wurden Desorganisation und Isolation bestimmter Stadtteils als ätiologische Faktoren für psychische Störungen angesehen (Social-causation) oder die Konzentration psychisch Kranker in Slumvierteln als Ergebnis eines sozialen Abstiegs (drift-hypothesis) angesehen. Beide Ansätze gelten eben-

falls als durch den Einfluß intervenierender Variabler widerlegt. (472)

Die angeführten Erklärungsansätze zeigen, daß die Erlebnis- und Freizeitqualitäten städtischer Umwelt nicht an den Maßstäben funktionalistischer Prämissen von Städtebau und Architektur gemessen werden können, sondern eher an einer Skala, die die Dimension nichtfunktionaler visueller Vielfalt und die architektonische Vorstrukturierung von Chancen zur Kommunikation im Vollzug der Alltagspraxis erfaßt.

4.3. Sozialstrukturelle Effekte der Wohnverhältnisse auf Freizeitmöglichkeiten

Die Wohnbedingungen im engen Sinn, wie sie durch wohnungsbezogene Variable (Miete, Größe, Wohnverhältnis, Ausstattung, Belegung) beschrieben werden können, lassen sich hinsichtlich ihrer Freizeitrelevanz, die sich schon daraus ergibt, daß 7o% davon in der Wohnung verbracht werden, mit folgenden Funktionen darstellen, wobei schichtspezifische Verteilungen besonders zu berücksichtigen sind:

- Befriedigung primärer (Schlafen, Körperpflege, Nahrungszubereitung) und sekundärer (Bildung, Sozialisation, Ruhe, Erholung, Spiel) Wohnbedürfnisse. Hier wird einmal davon ausgegangen, daß eine spezielle "Erholungsfunktion" der Wohnung nicht sinnvoll zu definieren ist, da erst die Gesamtheit der Wohnfunktionen über denn Vollzug alltäglicher Lebenspraxis einen höheren oder geringeren Freizeitwert vermittelt. (Einzelne Zusammenhänge von Wohnwünschen und Raumausstattung mit Freizeitverhalten wurden bereits unter 2.2.4.2 behandelt.) Zum anderen wird davon ausgegangen, daß eine für beide Arten von Wohnbedürfnissen optimale Wohnungsform auch den damit verbundenen Tätigkeiten eher "Freizeitcharakter" verleihen kann: Ein fehlendes Bad, bzw. kein warmes Wasser, läßt die Körperpflege zu einer unangenehmen Pflicht werden, andernfalls kann sie eine entspannende Tätigkeit mit Erholungscharakter darstellen.
- Als wichtiger Kostenfaktor im Haushaltsbudget beeinflußt die Miete das verfügbare Freizeitbudget.

Da die Verfügung über eine eigene Wohnung i.S. eines privaten Rückzugs- und Gestaltungsraums eine Vorbedingung jeglichen "Freizeitwertes" ist, sollen Daten zum Wohnungsbestand bzw. Wohnungsdefizit untersucht werden. Betrachten wir zunächst die Soll-Werte, so gilt als allgemein anerkannt, daß jeder Haushalt über eine eigene Wohnung verfügen soll. Strittig ist jedoch, wann eine Vollversorgung mit

erreicht ist: Wurde 1960 ein rechnerisches Wohnungsdefizit von 3% als für die Aufhebung der Wohnungsbewirtschaftung ("schwarzer Kreis") ausreichend angesehen, so ist nach Erfahrungswerten für die Überwindung von Wohnungsnot ein Leerbestand von 1 - 3% bei gegebener Bedarfsdeckung erforderlich. (473) Mehr Wohnungen als Haushalte sind insofern notwendig, als ein Teil der Haushalte selbst genutzte Ferien- und Wochenendwohnungen besitzt, eine gewisse Mobilitätsreserve erforderlich ist und ein Teil der Neubauwohnungen unerschwinglich ist. Daß der Bedarfsdeckungsgrad nur unter Berücksichtigung des Wohnungsmarktes und des Mietpreises sinnvoll ermittelt werden kann, zeigt sich daran, daß 1976 insgesamt 300.000 Neubauwohnungen leerstanden, darunter 15.000 Sozialwohnungen, wobei gleichzeitig in der Altbausanierung fortgefahren wird, was zu einer strukturellen Wohnungsnot der einkommensschwachen Schichten führt. 1968 verfügten 4,9% der Haushalte in den Großstädten über keine eigene Wohnung. (474) Dies weist darauf hin, daß für beachtliche Minderheiten die Grundlagen für die Erfüllung der Wohnfunktionen fehlen. Hinsichtlich der resultierenden Wohnbedingungen von Obdachlosenheimen, Baracken und Nissenhütten, in denen 1968 800.000 Haushalte mit 2,5 Mio. Personen lebten, kann von Freizeit u.ä. kaum gesprochen werden. (475) Für die Zukunft wird sich die Wohnsituation insofern für die unteren Sozialschichten kaum verbessern, als eine abnehmende Gesamtzahl an jährlichen Neubauten (1975 : 540.000, 1980 : 410.000) einem steigenden Ersatzbedarf gegenübersteht, der 1980 200.000 Wohnungen umfaßt. (476) Sofern bei den damit verbundenen verstärkten Umsetzungsprozessen (siehe auch 4.2.2.1. und 4.2.2.3.) auch einkommensschwache Haushalte - um der Obdachlosigkeit zu entgehen - gezwungen sind, Neubauwohnungen zu beziehen, die vielleicht einen höheren Freizeitwert besitzen, ist damit eine starke Einschränkung des verfügbaren Freizeitbudgets verbunden, was die Benachteiligung dieser Sozialschichten bei konsumorientierten Freizeitangeboten noch verstärkt.

Bezüglich der Wohnfläche, die einen Hinweis auf die Eignung der Wohnung für raumbeanspruchende Spiele u.ä. gibt, zeigt sich, ausgehend von den Mindestnormen für den Wohnflächenbedarf, wie er in den "Kölner Empfehlungen 1971" festgelegt wurde, daß Hauptmieter gegenüber Eigen-

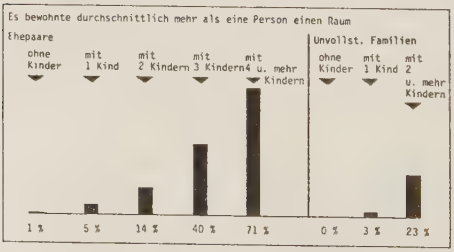
tümerhaushalten, Arbeiter gegenüber Beamten und Angestellten und vor allem kinderreiche Familien deutlich ungünstiger abschneiden:

Wohnungsversorgung ausgewählter Merkmalsgruppen	unter der Norm 1)			über der Norm 1)		
	ohne Kinder	mit 1 - 3 Kindern	mit 4 oder 5 Kindern	ohne Kinder	mit 1 - 3 Kindern	mit 4 oder 5 Kindern
	%					
Hauptmieter	30	50	86	70	50	14
Eigentümer	11	18	51	89	82	49
Selbständige	8	18	39	92	82	61
Beamte/Angestellte	12	29	56	88	71	44
Arbeiter	28	50	81	72	50	19
Familieneink.(mtl.netto):						
DM 800 - 1 200	30	51	83	70	49	17
DM 2 500 und mehr	6	13	33	94	87	67

1) Norm der Kölner Empfehlungen 1971.

Quelle:
Das Wohnen in der Bundesrepublik, 1975, S. 75

Diese Normen, die für ein kinderloses Ehepaar 51 qm Wohnfläche vorsehen, wobei die Flächen von Küche und Flur einbezogen sind, erscheinen jedoch unabhängig von dieser Verteilung für Freizeitnutzungen als völlig unzureichend. Neue Größenmaßstäbe setzt hier z.B. das von Zwick beschriebene Stadtbausystem, dessen "quasi-monolithische Raumzellen" Freiräume von 53 - 66 qm vorsehen, wobei der Innenraum zusätzlich völlig flexibel gestaltbar ist. (477)
Auch die Belegungsziffer einer Wohnung (Personenzahl/Raumzahl, incl. Küche) kann als Indikator von Freizeitnutzungsmöglichkeiten gewertet werden, insofern damit die Möglichkeiten zum Rückzug, der individuellen Gestaltung eines Raumes, ungestört Besuch zu empfangen und Gäste zu beherbergen, definiert wird. Wird als Mindestnorm die Übereinstimmung der Zahl der Personen mit der Zahl der Räume angesehen, so zeigt sich, daß bei 85% der Familien in Eigentumswohnungen, aber nur bei 72% der Familien in Mietwohnungen die Zahl der Räume größer ist als die Zahl der Personen. Die Wohnraumbelegung zeigt die stärkste negative Korrelation mit der Familiengröße:



Quelle:
Das Wohnen in der Bundesrepublik, S. 72

Auch hier ist zu berücksichtigen, daß die Küche als Wohnraum gezählt wird, obwohl Wohnfunktionen nach den Größennormen des sozialen Wohnungsbaus kaum realisierbar erscheinen.

Bezüglich der Effekte des "overcrowding" zeigen empirische Untersuchungen darüberhinaus, daß

- überbelegte Wohnungen zur Einschränkung des psychisch-motorischen Bewegungsdranges von Kindern und damit zu verminderten Anregungen für die Entwicklung ihrer Wahrnehmungsfähigkeiten führen,
- Eltern eher zu restriktiven Erziehungsverhalten und verstärkter Anwendung physischer Sanktionen neigen,
- Art und Umfang des Spielens (bis zum Alter von ca. 1o Jahren) stark von den baulich-räumlichen Formen beeinflußt wird
- Zusammenhänge mit Schulversagen, Intelligenz und Delinquenzraten von Jugendlichen nachgewiesen wurden ("Flucht auf die Straße"),
- die Besuchshäufigkeit von Bekannten und Freunden am geringsten ist, wenn die wohnungsmäßigen Voraussetzungen für Einladungen und Beherbergung von Gästen nicht gegeben ist. (478)
- die Wohnungsgröße das generative Verhalten beeinflußt. Von E.Pfeil Befragte sprechen diesbezüglich von "Abtreibungswohnungen", eine Untersuchung in Frankfurt ergab, daß die Kleinhaltung der Familie von 25% der Befragten auf die Wohnverhältnisse zurückgeführt wird. (479)

Auch hinsichtlich der Raumbelegung zeigt sich somit weithin eine unzureichende Wohnqualität hinsichtlich Freizeitnutzungen.

Das Wohnverhältnis kann als Indikator der Wohnsicherheit und der Möglichkeiten ungestörter persönlicher Entfaltung angesehen werden. Das Sicherheitsbedürfnis ist dabei als eine Grundbedürfnis anzusehen, dessen Nichterfüllung über Kündigungsmöglichkeit usf. vielerlei Auswirkungen auf den Freizeitwert einer Wohnung hat. Zu erwähnen sind hier nur die unzähligen restriktiven Klauseln in den Mietsverträgen, die die Besuchszeiten (Untermieter), das Halten von Haustieren, Veranstalten von Festen, Aufstellen von bestimmten Haushaltsgeräten usf. betreffen. Dazu kommen für die Nichteigentümer durch den Auszug erzwungene Umzugskosten und Zerstörung sozialer Beziehungen im Wohnumfeld. 1972 wohnen immer noch 6% der Haushalte in einem Untermietsverhältnis, wobei 83% davon Einpersonenhaushalte waren. Die Anteile der sozialen Gruppen an den Eigentümerhaushalten (33,5% siehe S. 213) und Hauptmieterhaushalten entsprechen ungefähr ihren Anteilen an der Gesamtzahl der Haushalte, nur die Selbständigen sind bei den Eigentümerhaushalten überrepräsentiert:

Soziale Stellung des Haushaltsvorstands	Haushalte insgesamt		Davon					
			Eigentümer		Hauptmieter		Untermieter	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Selbständiger	2 042	9	1 363	18	655	5	24*	2
Angestellter/Beamter	5 708	26	1 641	22	3 816	28	251	19
Arbeiter	6 899	31	2 148	29	4 204	31	546	42
Nichterwerbstätiger	7 616	34	2 310	31	4 827	36	478	37
Insgesamt	22 264	100	7 463	100	13 503	100	1 299	100

Quelle:
Das Wohnen in der Bundesrepublik, S. 44

Bei der Verteilung des Wohnungseigentums sind dabei die starken regionalen Disparitäten zu berücksichtigen (siehe S. 213).
Die Wohnungsausstattung beeinflußt im hohen Maß den Freizeitwert und die verfügbare Freizeit selbst, indem z.B. die Bereitung von Warmwasser oder Arbeiten, die zur Beheizung notwendig sind, die effektive Freizeit verkürzen. 1972 waren erst 45% aller Wohnungen an einer Sammelheizung angeschlossen, 31% verfügten über Anschluß an eine zentrale Warmwasserversorgung. (48o)
Die Mietkosten üben als wichtiger Posten des Haushaltsbudgets einen starken Einfluß auf das verfügbare Freizeitbudget aus. Als "tragbare Mieten" wird im allgemeinen eine Belastung von 15 - 2o % des verfügbaren Einkommens angesehen.
Eine gleiche prozentuale Belastung der Einkommen verschiedener Haushaltstypen kann jedoch nicht als vergleichbar angesehen werden, da der neben den übrigen Lebenshaltungskosten für Freizeitzwecke "frei verfügbare Betrag" bei den unteren Einkommensgruppen ungleich geringer ist. Darüberhinaus zeigt sich jedoch, daß die einkommensschwächsten Haushalte auch die höchste prozentuale Mietbelastung zu tragen haben:

Haushaltstyp 1 (Sozialhilfeempf.;Rentner)	21,2%
Haushaltstyp 2 (4-Personen-AN-Haushalt mit mittlerem Einkommen)	15,9%
Haushaltstyp 3 (4-Personen-AN-Haushalt mit höherem Einkommen)	15,1%

Vergleicht man zusätzlich die "Sparsumme", d.h. die Differenz zwischen ausgabefähigem Einkommen (Lfd.Nr. 11) und den Ausgaben für den privaten Verbrauch incl. übrige Ausgaben (Lfd.Nr. 67), mit den Freizeitausgaben,

so zeigt sich eine hohe Korrelation:

	Sparsumme (in DM/Monat)	Freizeitausgaben (in DM/Monat)
Haushaltstyp 1	7o	52
Haushaltstyp 2	233	239 (482)
Haushaltstyp 3	539	463

Die Mietbelastung stellt neben den Ausgaben für den täglichen Bedarf eine Größe dar, deren Verringerung besonders für die einkommensschwachen Haushalte eine wesentliche Voraussetzung für verbesserte Teilnahmemöglichkeiten an kommerziellen Freizeitangeboten darstellt und eine erhöhte Mobilität ermöglicht. Eine hohe Mietbelastung kann auch das Wohngeld kaum verringern, das in seiner Bemessung unzureichend ist.
1974 erhielten von Wohngeldempfängen (4% aller Haushalte):

7% der Haushalte	2o DM
2o" "	2o - 4o DM
25% "	4o - 6o DM
3o% "	6o - 1oo DM
14% "	1oo DM

Von den Wohngeldempfängern waren 1974 67% Rentner und Pensionäre, sonstige Nicht-Erwerbstätige 13%, Arbeiter 12%. (483) Somit kann davon ausgegangen werden, daß etwa ein 4-Personen-AN-Haushalt mittleren Einkommens, der nicht zum Bezug von Wohngeld berechtigt ist, durch die gegenüber den übrigen Lebenshaltungskosten überproportionalen Mietpreissteigerungen eine Verminderung seines Freizeitetats hinnehmen muß.

	Preisindex für	
	Wohnungsmiete aller privaten Haushalte	Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte
	(1962 = 100)	
1965	117,7	108,7
1966	127,0	112,7
1967	135,6	114,6
1968	145,9	116,4
1969	156,5	119,5
1970	163,3	124,0
1971	173,1	130,4

Quelle: E. Bessau, Mieten und Wohnbau in der BRD, IMSF, Informationsbericht Nr. 9, 1972, Seite 2o

5. DER BILDUNGSBEREICH ALS RAHMENBEDINGUNG FÜR FREIZEITMÖGLICHKEITEN UND ANGEBOTSNUTZUNG

Bildung wird im folgenden in weitem Sinne als Summe aller Prozesse der (außerfamilialen) institutionalisierten Sozialisation verstanden.(484) In Teil 2 wurde versucht, mit Hilfe von sozialisations- und schichtungsspezifischen Ansätzen die dargestellten Differenzen im Freizeitverhalten als über den familialen Sozialisationsprozeß vermittelt darzulegen und die Verbindung geschlechts- und schichtenspezifischer Sozialisation mit der Struktur des Arbeitsbereichs zu ermitteln. Die unterschiedliche, quasi naturwüchsig über Erziehungsvorstellungen (Wertorientierungen), Erziehungsklima (familiale Affektstruktur) und Erziehungspraktiken (Sanktionsverhalten, permissiv-punitive Erziehungsstile) reproduzierte soziale Kompetenz (- als Rollendistanz, Ich-Identität, Empathie, Ich-Autonomie, Artikulationsfähigkeit) bildete hiernach über Motivationsstrukturen, kognitive Fähigkeiten und über Identifikation und Imitation erlernte sozio-kulturelle (Freizeit)-Verhaltensmuster die grundlegenden Dispositionsspielräume für künftiges Verhalten in der Freizeit. Nun soll der tatsächliche und mögliche Einfluß der institutionalisierten Bildungsprozesse für Freizeitverhalten und damit Nachfrage nach Angeboten thematisiert werden. Die Relevanz dieser "Sozialisationsfaktoren" gegenüber situativen Bedingungen (Angebote) und Lebensstellung (Arbeits-, Einkommens-, Wohnsituation) wird daraus ersichtlich, daß 9o % aller Freizeitaktivitäten bereits im Alter von 19 Jahren ausgebildet sind, letztere Faktoren also hauptsächlich erleichternd oder behindernd auf die Aktualisierung bereits erworbener Verhaltensmuster wirken.

Im folgenden sollen

- Zielfunktionen für freizeitrelevante Bildungsprozesse ermittelt,
- Strukturen und Inhalte der institutionalisierten Bildung in ihrer Relevanz für Freizeitverhalten analysiert und
- Institutionen des Bildungswesens als Freizeiteinrichtungen und Angebote untersucht werden. (485)

Ausgangspunkt ist analog des Abbaus der Dichotomie Arbeit/Freizeit eine weitestgehende Integration von Freizeit und Lernen besonders im Bereich der schulischen Bildung.

5.1. Freizeitpädagogik als "überinstitutionelles" Konzept der Freizeitbildung

Vom Standpunkt der Freizeitpädagogik, deren Teilbereich "Freizeitberatung", von der Urlaubsberatung bis zur "Animation" sportlicher oder kreativer Tätigkeit reicht, wird Freizeitverhalten, die Bedürfnisstruktur in quantitativer und qualitativer Hinsicht und damit die Nachfrage nach Angeboten und speziellen Einrichtungen als durch pädagogisches Handeln beeinflußbare Größe angesehen. Müller/Wichmann unterscheiden hier zwischen Beratung, die "darauf gerichtet ist, Möglichkeiten und Alternativen zu markieren, nicht aber deren Verwirklichung aktiv voranzutreiben" und Animation, die sich dadurch auszeichnet (etwa in Abhebung von Training eines Sportvereins oder der Fortbildung einer Volkshochschule), "daß selbst ein Minimum an Teilnahme toleriert und mit einem Maximum an einladender Ermutigung verbunden wird". Vor allem aber wird ganz bewußt die Bedürfnis- und Motivationsdiffusität der potentiellen Teilnehmer akzeptiert und der Tendenz nach in ihrer Vielschichtigkeit befriedigt. (486) Opaschowski weist darauf hin, daß die als Grundlage pädagogischen Handelns als relevant anzusehenden Zielfunktionen der Freizeit über arbeitspolare Funktionen (Regeneration, Kompensation, Emanzipation) hinausgehen müssen. Er entwickelt ein System individuell (Nr. 1 - 4) und gesellschaftlich (Nr. 5 - 8) relevanter Zielfunktionen, wobei Emanzipation nicht nur eine Teilfunktion darstellt: "Emanzipation muß als individuell-gesellschaftlicher Prozeß und pädagogisch-politisches Ziel der Befreiung in Richtung auf eine humane und sozial gerechte ... demokratische Gesellschaft verstanden werden."

(487):

Individuell-gesellschaftliche Zielfunktionen der Freizeit

1. *Rekreation:* Erholung und Entspannung
   (z.B. Ausruhen, Nichtstun, gesundheitsfördernde Tätigkeiten)
2. *Kompensation:* Ablenkung und Zerstreuung
   (z.B. Entlastung, Unterhaltung, Vergnügen, Ausgleich von Mängeln, Versagungen, Entbehrungen, Enttäuschungen, insbesondere unbefriedigter Ansprüche auf Achtung, Anerkennung und Geltung)
3. *Edukation:* Lernen und Weiterbildung
   (z.B. „education permanente", Lernen von Freiheit in Freiheit, soziales Lernen)
4. *Kontemplation:* Selbstbesinnung und Selbstfindung
   (z.B. Sinnfindung des Lebens, Muße, geistige Erbauung, Beschaulichkeit, Nachdenken, Meditation, religiöse Andacht, künstlerische Betrachtung)
5. *Kommunikation:* Mitteilung und Partnerschaft
   (z.B. Austausch von Informationen, Kontakte zwischen Individuen und Gruppen, personale Beziehungen, Artikulation individueller Bedürfnisse im Dialog, Begegnung, Sensibilisierung für die Gefühle und Absichten anderer)
6. *Partizipation:* Beteiligung und Engagement
   (z.B. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Mitwirkung am öffentlichen-politischen Geschehen, demokratische Mitsprache, Mitbestimmung und Mitverantwortung, Solidarität und soziale Aktion)
7. *Integration:* Sozialorientierung und gemeinsame Lernerfahrung
   (z.B. Stabilisierung des Familienlebens, Hineinwachsen in Schule, Nachbarschaft, Gemeinwesen und Gesellschaft, Orientierung an institutionalisierten Formen der Kindererziehung, des religiösen Verhaltens, der Zusammenarbeit u.a.)
8. *Enkulturation:* Kulturelle Selbstentfaltung und Kreativität
   (z.B. Teilnahme an der Gegenwartskultur, Kultivierung eigener Möglichkeiten in Spiel, Sport, Kunst und Wohnkultur, Erlernen kulturtechnischer Fertigkeiten, schöpferische Tätigkeit).

Diese Zielfunktionen sollen nach Opaschowski durch "Freizeitdienste" mit folgenden Aufgaben realisiert werden:

- informative Beratung: Konsumenten-, Freizeit-, Urlaubs-, Reise-, Drogen-, Gesundheitsberatung; Beratung der Träger von Freizeiteinrichtungen;
- kommunikative Animation: Inhalte: Spiel, Sport, Hobby, Kommunikation, Geselligkeit;
  Ziele: - Entdeckung individueller Interessen, Fähigkeiten,
  - Verbesserung sozialer Wahrnehmung
  - Entwicklung sozial-kultureller Initiativen
  - Anregung zu Selbsthilfe- und Gemeinschaftsaktionen;
- partizipative Planung: Inhalt: Planung und Koordinierung sozial-kultureller und sozialkommunikativer Freizeitangebote
  Ziele: Politisierung des Alltags: Gerade im Freizeitbereich können Konflikt- und Handlungsfelder erschlossen werden, auf die der Bürger sich einlassen kann, ohne sich einer unmittelbaren Existenzbedrohung auszusetzen. Dazu gehört: Planung abgesicherter Durchsetzungsmöglichkeiten und Beratung in Planungsfragen, Vermittlung zwischen "Initiativen" und "Institutionen". (488)

Für die Erfüllung dieser Zielfunktionen und Aufgaben

- sind Grundkenntnisse über Ergebnisse der Freizeitforschung und Reflexion des eigenen Verhaltens in der Freizeit als Lerninhalte in alle Bildungsstufen aufzunehmen;
- sollten bereits bestehende Berufsbilder, besonders soziale, pädagogische und planerische Berufe auf eine Tätigkeit im Freizeitbereich ausgerichtet werden. Dafür müssen geeignete Studiengänge, Ausbildungs- und Prüfungsordnungen besonders entwickelt werden (489);
- sollten freizeitrelevante Spezialisierungsmöglichkeiten, Aufbaustudiengänge und Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Die Freizeitberatung hat neben den oben genannten Funktionen gegenüber benachteiligten Gruppen (Ausländer, Behinderte, Kinder, erwerbstätige Ehefrauen) eine besondere kompensatorische Funktion, indem sie für die besonderen Defizite, die in der Lebenssituation (etwa Landwirte, berufstätige Hausfrauen) oder ungeeigneten Angebote (Behinderte) bestehen, Alternativlösungen oder allgemeine Lebensberatung (Familie, Ehe, Erziehung) anbietet.

Funktionsbereiche des Freizeitberaters, der "multifunktional" beschäftigt werden kann, sind folgende Bereiche:

- Kinderspielplätze, -heime
- Jugendheime, "offene Türen", Jugendclubs
- Maßnahmen der staatlichen Kinder-, Jugend-, Familienerholungspflege
- Altenheime, -clubs
- Anstalten (Krankenhäuser, Psychiatrische Anstalten)
- Ferienzentren, -dörfer
- Fremdenverkehrsorte mit Angeboten "aktiven Urlaubs". (49o)

Allerdings darf Freizeitpädagogik nicht auf die Funktion beschränkt bleiben, "daß von groß und differenziert angelegten Freizeiteinrichtungen ... ein ebenso differenzierter und zweckentsprechender Gebrauch gemacht wird", obwohl dies selbstverständlich eine wichtige Aufgabe darstellt. (491)

Als Beispiel einer bildungsorientierten integrierten Freizeit- und Familienberatung können die im Rahmen des Modellversuchs "Seminare für Eltern und Kinder" durchgeführten "Familientagungen" angesehen werden. (492) Die Bildungsziele leiten sich dabei aus den für die Familien heute bestimmenden Funktionsdefiziten (Erziehung, Kommunikation, politische Abstinenz, Privatismus, Emanzipation) ab:

- die Erziehungskraft der Familie zu verbessern
- Mitwirkung der Familie an außerfamiliären Gruppen verstärken
- soziale Schichtung (Vorurteile, Kommunikationsbarriere) abzubauen
- Problemfamilien zu helfen.

Diese "kooperativen Familientagungen" geben nur durch Einbeziehung der Kinder Gelegenheit, Bedürfnisse und Probleme der Familie insgesamt zu reflektieren und ihr inneres Handlungsgefüge und Verhalten zu demokratisieren.

Eine besondere Informations- und Animationsfunktion wird in Zukunft der öffentlichen Verwaltung zukommen, um den Freizeitwert einer Stadt (Summe aller Angebote, Einrichtungen und Qualitäten wie Ausflugsziele, Umgebung) dem einzelnen Bürger zu vermitteln und um dem Bewohner ländlicher Räume die Angebote der nächstliegenden Mittelstadt nahezubringen. So könnte z.B. ein Katalog mit sämtlichen in der Stadt bzw. dem Landkreis vorhandenen Freizeiteinrichtungen und Angeboten erstellt werden und an alle Haushalte versandt werden. (493)

5.2. Struktur und Inhalte der institutionalisierten Bildung

Wenden wir uns nach der Betrachtung der bislang noch wenig institutionalisierten Freizeitpädagogik, der nur bedingt eine direkte Bildungsaufgabe zuzurechnen ist, den freizeitrelevanten Effekten zu, die über Inhalte und Struktur des Bildungswesens vermittelt werden. Die Relevanz von Lerninhalten verschiedener Bildungsstufen für künftiges Freizeitverhalten wird besonders deutlich, wenn man die Quantität und die Qualität diesbezüglichen Unterrichts analysiert:

So ist unmittelbar evident, daß ein Schüler nach 9-jährigem Besuch des Gymnasiums mit entsprechenden Unterrichtsangeboten in kultureller (Musik, Kunst, Malen, Geschichte, Geographie) und sportlicher Hinsicht diesbezüglich mit größerer Wahrscheinlichkeit Freizeitinteressen entwickeln wird als ein Hauptschüler. (494)
Man kann auch davon ausgehen, daß z.B. Bildungseinrichtungen der Sekundarstufe II über bessere freizeitrelevante Ausstattung (Sportplatz, Schwimmbad, Werkräume, Fotolabor, Mediothek, Sprachlabor) und Angebote (Museen-, Theaterbesuch, Klassenfahrten, Exkursionen, Theatergruppe, Teilnahme an Sportwettbewerben usw.) verfügen, die eher diesbezügliche Interessen wecken als die Grundschule und Einrichtungen der Sekundarstufe I. Dies ließe sich analog für die Hochschulen nachweisen, wenn man die Hochschulsporteinrichtungen und kulturellen Veranstaltungen analysierte.

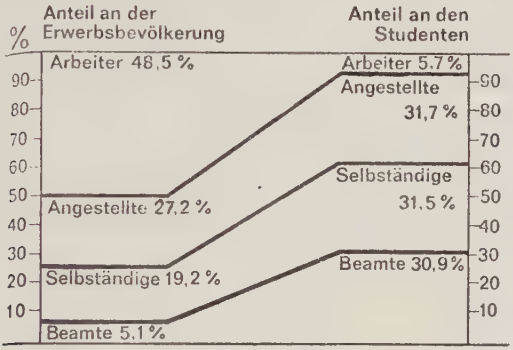
5.2.1. Strukturmerkmale der Bildungsinstitutionen

Da ein höherer Grad an formaler Schulbildung offensichtlich eine wichtige Voraussetzung für kulturelle, selbstbestimmte, aktive und sozial-politische Aktivitäten ist, sollen im folgenden Strukturen betrachtet werden,

- die eine Filterwirkung hinsichtlich bestimmter sozialer Gruppen haben und damit deren Bildungschancen beschränken,
- die für Persönlichkeitsbildung und autonome Verhaltensweisen in der Freizeit allgemein restriktiv wirken.

Dann kann geklärt werden, ob eine Verbesserung der bildungsbedingten Freizeitmöglichkeiten nur durch eine Angleichung der Bildungsmöglichkeiten und Qualifikationen oder über spezifische Verbesserung der Inhalte der einzelnen Stufen erreicht werden kann.

Während in Schweden und England fast ein Viertel, in der DDR über ein Drittel aller Studenten Arbeiterkinder sind, stellen diese in der Bundesrepublik, obwohl fast 5o % der Erwerbstätigen Arbeiter sind, nur 5 - 6 % der Studenten, während die Beamten, die 1o % der Erwerbstätigen ausmachen, 3o % aller Studenten stellen. (495)



Deutsche Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen nach der beruflichen Stellung des Vaters

Ebenso ist eine relative Benachteiligung der Mädchen gegenüber Jungen festzustellen: 1968 waren 61,1 % der Abiturienten in der BRD männlichen, aber nur 38,9 % weiblichen Geschlechts. Die größten Bildungsbarrieren haben die Mädchen aus der Arbeiterschicht zu überwinden. Die Benachteiligung von Frauen an zahlreichen Freizeitaktivitäten kann daher neben gesellschaftlichen Vorurteilen durch das geringere Bildungsniveau erklärt werden.

Die Filterwirkung der Bildungssituation (496) wird unter zwei Gesichtspunkten diskutiert:

1) als Forderung nach Analyse schichtsspezifischer, sozialisationsbedingter "Defizite" (Sprachbarrieren, Intelligenz, Sozialverhalten) und dementsprechend kompensatorischer Erziehung (Defizithypothese) oder nach Aufdeckung von Sprache und Verhalten der sozial Benachteiligten in ihren positiven Funktionen für deren Lebenssituation (Differenzhypothese) mit der Forderung nach "proletarischer Erziehung", die über organisiertes Arbeiten, Lernen und Kämpfen die kapitalistische Klassenstruktur beseitigen soll;
2) als Analyse der Strukturen des Schulsystems, die im Sinne einer Reproduktion der Sozialstruktur selektiv wirken (Entschulung der Schule, strategisches Lernen).

Während im ersteren Fall "defizitäre"Wertorientierungen, Verhaltensweisen, Sprechweisen und kognitive Fähigkeiten von Kindern der Unterschicht an die im Schulwesen herrschenden Normen, Wertsysteme und Sprachverhalten der Mittelschicht angepaßt werden sollen, geht es bei der zweiten Alternative um eine Änderung der Strukturmerkmale des Schulsystems selbst.

ad 1: Das Problem der gesellschaftlichen "strukturellen Ungleichheit" (497) wird über das Konstrukt der Chancengleichheit zum Bildungsproblem verkürzt, was letztendlich wieder zu einer individualistischen Perspektive führt ("gleiche Ausbildung für Individuen mit gleichen Fähigkeiten"). Andererseits scheinen Eigenschaften wie Rollenflexibilität, Rollendistanz, Ich-Identität, Kreativität, Verbalisierungsfähigkeit Voraussetzung für die gewaltfreie Durchsetzung von individuellen und kollektiven Interessen und für die Eröffnung komplexer Lernprozesse - auch in der Freizeit - zu sein; insofern erscheint kompensatorische Erziehung im Vorschulbereich, sofern sie nicht zur Verschulung und Verkürzung auf kognitive Inhalte führt, angebracht. Gegenwärtig werden die affektiven Defizite, die Unterschichtkinder durch Indifferenz, Ablehnung und durch sexual-repressive Erziehungsweisen erleiden, noch vernachlässigt und Möglichkeiten der Kompensation z.B. mittels psychoanalytischer Pädagogik verkannt.

ad 2: Geringe Schulbildung vermittelt als Merkmal des sozialen Status Teilnahmebarrieren zu informellen Gruppen (Kreisen), "exclusiven" Vereinen, Hobbies, Veranstaltungen, Clubs und Sportarten und hat so einen indirekten Effekt auf viele Freizeitmöglichkeiten, die "eigentlich" allen offenstehen. Umgekehrt eröffnet eine hohe formale Bildung auch bei niedrigem beruflichem Status ("Statusinkonsistenz") erweiterte soziale Kontaktmöglichkeiten. (498) Inwieweit werden nun äußerlich "sichtbare" Statusmerkmale im Bildungswesen erzeugt?

Nach Bourdieu/Passeron (499) ist es die "symbolische Gewalt" von Verhaltens- und Erziehungsweisen der Mittelschicht, die über einen entsprechenden "Habitus" als Vermittlungskategorie zwischen Strukturen des Bildungssystems und sozialem Verhalten der Schüler bestimmte Bedeutungen und Werte als allgemeinverbindlich durchsetzt. Preuss betont, daß darüberhinaus die soziale Realität der Schule über Dressur, Ritualisierung sozialer Beziehungen und Gehorsamsforderungen im krassen Widerspruch zu dem Idealbild der Formung einer individuellen Persönlichkeit steht, die auf Werte wie Autonomie, Mündigkeit, Selbstverantwortung und Leistungswille ausgerichet ist. (500)
In der neueren Bildungsdiskussion wird daher zwischen manifesten und latenten Funktionen des Bildungsprozeses ("heimlicher Lehrplan"), die - teilweise schichtenunabhängig - bestimmte Verhaltensweisen vermitteln, getrennt: "Schulische Lernsituationen sind manifest auf eine universalistisch orientierte kognitive Entwicklung gerichtet, während der soziale Prozeß des Lernens die Aneignung von Werten, Herstellung von Gefühlen,

Ängsten und Bindungen vermittelt". (5o1) Aus den resultierenden Forderungen wird nochmals die Bedeutung eines veränderten Lernprozesses für autonomes und gesellschaftliches Handeln in der Freizeit deutlich:

- In Konzepten zur "Entschulung der Schule" soll anstelle der Belehrung die Erfahrung treten. Lernprozesse sollen an den "Hier- und Jetzt-Problemen" der Schüler ansetzen und damit auf eine soziale Praxis vorbereiten, in der soziale Erfahrungen verarbeitet werden können.

- Rolff u.a. schlagen ein Konzept "strategischen Lernens" vor, dessen Ziel Erkenntnisse über die eigene Lage, die Umsetzung in Handlungsstrategien und die Stabilisierung der sozialen Identität sind. (5o2) Diese Ziele wurden in den "Hessischen Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre an Sekundarstufe I" aufgegriffen. Als Lernziele werden hier explizit Selbst- und Mitbestimmung und Vermittlung von Handlungsfähigkeit im Sinne dieser Zielsetzung genannt; mit der Beziehung auf die soziale Praxis der Lernenden in und außerhalb der Schule (Familie, Freizeit) soll der "Gebrauchswert" des Gelernten wieder hergestellt werden.

5.2.2. Regionale Disparitäten

Aussagen über Bedingungszusammenhänge von Bildungsniveau, Freizeitverhalten, Bedürfnissen und Angebotsnutzung können für ländliche bzw. Ballungsräume aufgrund des Fehlens diesbezüglich differenzierender Freizeitforschung nur sehr bedingt gemacht werden. Gehen wir davon aus, daß das formale Bildungsniveau für einige sozio-kulturell bedingte und im Bildungssystem geförderte Freizeittätigkeiten und -interessen entscheidend ist (s.o.), so läßt sich eine besondere Benachteiligung der Bewohner des ländlichen Raums nachweisen, die sich zu der skizzierten Benachteiligung der unteren sozialen Schichten addieren läßt.
Die Tatsache, daß z.B. in Hessen fast 5o % mehr Schüler dem Abitur zugeführt werden als in Schleswig-Holstein und in Stadtkreisen doppelt so viele wie in Landkreisen, ist nach Curdes/Stahl nur mit Unterschieden im Bildungssystem zu erklären. (5o3) Peisert gibt ein umfassenderes Modell für die Entstehung von "Regionen mit geringer Bildungsdichte":

Zahlreiche "Zwergschulen", die zu klein sind oder an falschen Standorten gebaut wurden, könnten -anstatt verkauft zu werden- als Freizeitzentren, Jugendheime usw. umfunktionalisiert werden.
Angesichts dieser Benachteiligung des ländlichen Raumes, die auch ein entsprechend geringeres Angebot an Freizeiteinrichtungen (Schulsporthallen, Räume, Vorträge, schulisches Leben) und -veranstaltungen, die von Bildungseinrichtungen induziert werden, mit sich bringt, überrascht es, daß der Ausgleich der regionalen Disparitäten von der langfristigen Bildungsplanung (Strukturplan 197o, Bildungsgesamtplan 1973) nicht erwähnt wird. Im Rahmen der Raumordnung wird lediglich die unterdurchschnittliche Ausstattung von "schwachstrukturierten Gebietseinheiten" mit Hochschulen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten thematisiert, obwohl starke Diskrepanzen in den Abiturientenquoten und Anteil der Einwohner mit ausschließlichem Volksschulabschluß festgestellt werden. (5o4)

5.3. Institutionen des Bildungswesens als Freizeiteinrichtungen und -angebote

Neben der Funktion über Lehrinhalte und Organisationsstrukturen, formale Bildungsabschlüsse usw. für soziale Schichten und Regionen in unterschiedlicher Weise Verhaltensweisen für die Freizeitgestaltung zu vermitteln, werden die Bildungsinstitutionen zunehmend selbst zu Freizeiteinrichtungen, z.B.:

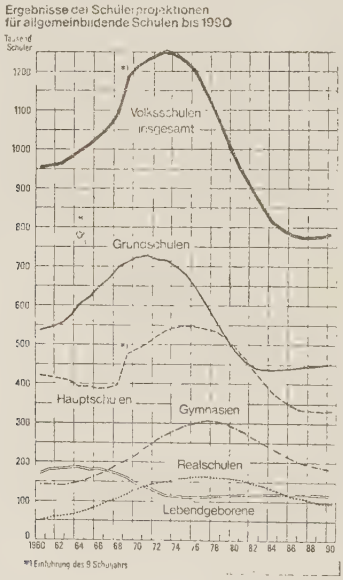
- über die Vergesellschaftung frühkindlicher Erziehung der 3- und 4-Jährigen in Halb- und Ganztagskindergärten. (5o5)
Neben den kognitiven Lernzielen müssen hier verbesserte Gelegenheiten für kreatives Spiel (Naßzellen, wetterunabhängige Spielplätze), soziales Lernen und explizite Lernziele für den Freizeitbereich (Sportarten, kulturelles Interesse, Spiele, Bücher, Filme, Theater, Musik) entwickelt werden, um auch Unterschichtskinder die sozio-kulturellen Interessen und Freizeitbetätigungen der Mittelschicht zu vermitteln. (5o6)

- über den Ausbau von ganztägig betriebenen Mittel- und Oberstufenzentren, bzw. integrierten Bildungszentren und Gesamtschulen. Durch die anfallenden unzusammenhängenden "Freistunden" entsteht keine Gelegenheit, bestimmten Hobbies, Sportarten, informellen Kontakten nachzugehen. Im Zusammenhang mit der Tendenz zu weiteren räumlichen Separierungen der Ausbildungsphasen und wechselnder Klassenverbände (Kurssysteme, Leistungsgruppen) müßte eine Gleichwertigkeit von Bildungsfunktion und Freizeitfunktion erstrebt werden, um einer Verschulung der Rest-Freizeit zu entgehen und nicht mehr realisierbare außerschulische Freizeitmöglichkeiten zu reintegrieren. (Multifunktional nutzbare Freiflächen, dauernd nutzbare Werkräume, Privatzimmer, Leseräume, Fernsehen, Radio etc.)

Aufgrund der Vielfalt der Freizeitinteressen und dafür benötigter Einrichtungen (Kino, Kneipe, Fernsehen, Radiohören, Sex) kann ein ansatzweiser Ausgleich für diesen Verlust an Chancen zur Kreativität und Selbstverwirklichung nur in größeren integrierten Bildungszentren geleistet werden. Erst in einem derartigen "Sozialisationszentrum", das einen Verbund von Volkshochschule, Büchereien, Freizeiträumen, Sportzentren, integrierter Gesamthochschule und zahlreichen Gelegenheiten zu lustbetonter Freizeit darstellen müßte, wäre ein Ausgleich sozio-kultureller Benachteiligungen

(z.B. unterschiedliche familiale Sozialisationshilfen, Freizeitgüter, Geräte, Milieu) und eine Integration verschiedener Altersgruppen möglich sowie die Forderung nach Integration von Lernen und Freizeit vertretbar.

Die künftige Realisation dieser Sozialzentren sollte vor allem bei der jetzigen Planung von Hochschulen und Schulzentren berücksichtigt werden, um spätere Nutzungsänderungen zu ermöglichen, die durch mangelnde Kapazitätsauslastung nach Durchlauf des kommenden Schülerberges entstehen. (5o7)



aus: analysen und prognosen 44/1976

5.3.1. Mehrfachnutzung von Schulräumen, Nachmittagsangebote

In halbtags betriebenen Bildungseinrichtungen sollten besonders im ländlichen Raum und in Stadtvierteln mit mangelnder Freizeitinfrastruktur am Nachmittag für die Schüler und Quartiersbewohner spezielle Betreuungsangebote (Spielgruppen, Hobby-, Fotokurse, Diskussion, Politik) unter Einbeziehung außerschulischer Moderatoren, Freizeitpädagogen und Künstler (5o8) eingerichtet werden, die die Schule als Zentrum der Begegnung und sozialen Integration aktivieren. Die gegenwärtigen Hindernisse erscheinen gegenüber dem Vorteil gesparter Investitionen und positiver Effekte sozialer Integration und Problemlösung als gering. (5o9) Durch die Mehrfachnutzung von Schulräumen, insbesondere von Hauptschulen (6,4 Mio Schüler, Realschulen

(1,1 Mio), Gymnasien (1,8 Mio) i.V.m. pädagogischer Betreuung könnten spezielle Freizeitangebote für benachteiligte Gruppen geschaffen werden:

- arbeitslose Jugendliche:

  als Ort von Berufsweiterbildungsberatung, Treffpunkt, Organisation von Selbsthilfeinitiativen

- Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß:

  Abendkurse zum Nachholen des Hauptschulabschlusses, Berufsberatung

- Randgruppen (Gastarbeiterjugendliche, Drogenabhängige):

  Sprachkurse, -training, kulturelle, künstlerische, soziale Information über das Leben in den Herkunftsländern, gemischte Arbeitsgruppen, Gruppenarbeit mit Drogenabhängigen

- Hausfrauen, alte Menschen:

  Hausfrauenkurse (Konsum-, Erziehungs-, Familien-, Berufsberatung), Veranstaltungen mit alten Menschen (Ausstellungen, Unterhaltung, Diskussion)

- politische Gruppen:

  Arbeitsgelegenheit für selbstorganisierte Jugendgruppen, Info-Veranstaltungen

- lernschwache, verhaltensgestörte Schüler:

  Hausaufgabenhilfe, Verhaltenstherapie, kompensierendes Milieu, "facilitating environment".

Für die Durchführung einiger o.g. Nutzungsmöglichkeiten würden spezielle Fachkräfte benötigt. Es wäre hier besonders zu prüfen, wieweit Schüler selbst Aufgaben der Beratung und Betreuung übernehmen könnten. Erfahrungen in den USA zeigen, daß derartige "peer-counselors" akzeptiert werden und teilweise "erfolgreicher" sind als externe Fachkräfte oder Lehrer, denen gegenüber eher eine Abwehrhaltung eingenommen wird. (51o)
Daneben könnten sämtliche schulischen Einrichtungen (Werkräume, Turnhallen, Sportplatz, Fotolabor, Mediothek, Rasenplatz) für einrichtungsabhängige Aktivitäten am Nachmittag zur Verfügung gestellt werden.

5.3.2. Problemorientierte Freizeitangebote im Bildungswesen

Einrichtungen des Bildungswesens können stärker als bisher für Aufgaben der Prävention und partiell der Rehabilitation von Drogenabhängigen, kriminell Gefährdeten und psychisch gestörten Jugendlichen eingesetzt werden. Diese Probleme manifestieren sich nicht zuletzt in der Freizeit und werden umgekehrt u.a. "nicht bewältigter Freizeit" zugeschrieben. Ihre Entstehungsgeschichte verweist ebenso auf mangelnde Sozialisationsfähigkeit der Familie, auf Einflüsse des schichtspezifischen Milieus und die Sinnentleerung des Arbeitslebens usw., die sich auf der Ebene

des Individuums als Kontaktangst, mangelndes Selbstwertgefühl bzw. Geltungsbedürfnis, Leistungsschwäche, Isolation, sexuelle Probleme darstellen.

So wird im "Aktionsprogramm zur Eindämmung und Verhütung des Alkoholmißbrauchs" davon ausgegangen, daß der Mißbrauch alkoholischer Getränke wie der von Arzneimitteln und illegalen Rauschdrogen als "psychisches Notsignal" verstanden werden muß, durch das auf tieferliegende Grundstörungen aufmerksam gemacht wird, die eng mit den persönlichen Konflikten des Einzelnen und seinem sozialen Nahraum zusammenhängen.(511) Angesichts der riesigen volkswirtschaftlichen Kosten, die durch Rauschdelikte, über Therapie und Rehabilitation, ausgefallene Arbeitsstunden, Verkehrs- und Arbeitsunfälle, vorzeitige Rente und bei ständig steigendem Anteil von jugendlichen Alkoholikern durch mangelnde Effizienz der Bildungseinrichtungen entstehen, ist es -neben humanitären Gründen- unverständlich, daß nicht in der Hauptschule und in den aufbauenden Bildungssystemen ein alle Schüler umfassendes System psycho-hygienischer Prävention und Betreuung geschaffen wird. Dieses könnte etwa in Form wöchentlicher, in der Freizeit stattfindender gruppendynamischer Veranstaltungen bzw. Selbsterfahrungsgruppen realisiert werden, in denen individuelle Probleme der Schüler zu jedem Thema angesprochen und mit Hilfe der Gruppe gelöst werden können. Damit könnten auch Fälle neurotischer Erkrankungen ebenso wie kriminelle Verhaltensdispositionen frühzeitig erkannt und einer therapeutischen Behandlung zugänglich gemacht werden.(512) Gleichzeitig würde hiermit ein Ausgleich für das durch Konkurrenz und Leistungsdruck, aufgelöste Klassenverbände usw. entstandene Kommunikationsdefizit in den Bildungseinrichtungen geschaffen.

Um das Ausmaß der angesprochenen Problemgruppen und der Rehabilitationsdefizite zu charakterisieren, einige Daten:

- Nach Einschätzung des BMJFG sind 7 Mio Bundesbürger deutlich, 9 Mio erheblich gefährdete Alkoholiker; ca. 1 Mio sind alkoholkrank,
- 5o % aller Verbrechen werden nach Alkoholkonsum begangen, der Prozentsatz liegt bei Aggressionsdelikten noch höher; 3.54o Verkehrsunfälle mit tötlichem Ausgang wurden 1974 durch Alkohol verschuldet sowie 1o - 2o % der Betriebsunfälle,
- ein mit 45 Jahren auf Rente gesetzter Alkoholiker kostet ca.DM 4oo.ooo, ein jugendlicher Süchtiger über 1,2 Mio DM,
- gegenwärtig gibt es einen "harten Kern" von 5o.ooo Rauschgiftsüchtigen in der BRD.

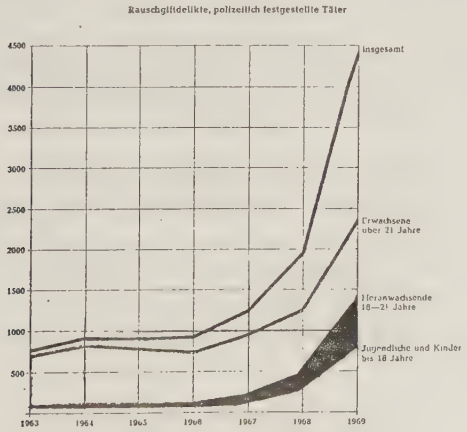
Zunehmend wird Alkoholismus bereits bei Jugendlichen ab ca. 12 Jahren beobachtet. Der "Drogenreport" des Ministeriums für Arbeit und Soziales, NRW ergab, daß 5o,8 % der Jugendlichen von 14 - 18 Jahren bei sich bietender Gelegenheit Bier und Wein trinken, 33 % Schnaps und Kognak. Eine Umfrage von Infratest zeigt, daß von 13-Jährigen 24 % regelmäßig Bier und Wein trinken, von 16-Jährigen 53 %. "Fast täglich" trinken 2o % der 15 - 17-Jährigen "harte" Alkoholika. Nach einer Hamburger Untersuchung sind 3o % der Schüler und 2o % der Schülerinnen nach ihrer Selbsteinschätzung Trinker ("mindestens einmal in zwei Monaten volltrunken"). Nach Schätzung der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahr sind ca. 1oo.ooo Jugendliche alkoholabhängig. (513)

- 15 Mio Bundesbürger sind Raucher. Nach Schätzungen sind 1972 über 14o.ooo Menschen an direkten Folgen des Rauchens (Krebs, Herz- und Kreislauferkrankungen, Arterienverkalkung) gestorben. Ebenso wie beim Alkoholkonsum sind Frauen und Jugendliche zunehmend häufiger am Nikotinkonsum beteiligt. 7o % aller 12-Jährigen haben schon mal geraucht, 25 % der 17-Jährigen haben mit dem Rauchen "richtig angefangen". Je geringer der Bildungsstand und die soziale Schicht, desto mehr wird geraucht. (514)

- Bezüglich des Kerns der "harten Drogenkonsumenten" von illegalen Rauschdrogen wird angenommen, daß 4o - 5o als "abhängig" einzustufen sind. (515)

Jugendkriminalität

Ebenso wie Drogenkonsum ist kriminelles Verhalten von Sozialisations- und Umgebungseinflüssen sowie "situativen Variablen" abhängig und damit einer (präventiven) Reflektion im Rahmen von psycho-hygienischer Gruppenarbeit zugänglich, die ein "Ausagieren" entsprechender Verhaltensdispositionen verhindern kann. Die Anzahl der verhängten Jugendstrafen bei Jugendlichen und Heranwachsenden hat von 1969 - 1973 um ca. 3o % zugenommen. (516)



Quelle:
Gesundheitsbericht 1971

Der Sozialisationsbereich hat hier eine Auffangfunktion gegenüber defizitären Wohn- und Familienverhältnissen. Nach kriminologischen Untersuchungen beschränken sich jugendliche Delinquenten in der Freizeit häufiger als nicht-kriminelle Gruppen auf außerhäusliche Tätigkeiten wie Moped- und Autofahren, Kinobesuch, Lokalbesuch und Cliquen.
Gleichzeitig ist eine Abneigung gegen alle Formen mittelklassenspezifischer, organisierter Freizeitgestaltung zu beobachten. (517) Daher wären hier informelle Gruppenbildungen, die den Jugendlichen Statussicherheit und soziale Anerkennung gewähren, besonders zu unterstützen. Die Freizeitpadägogik müßte sich eng an der psychischen Ausgangslage der Jugendlichen orientieren und konkrete, aktuelle sowie von der schulischen Leistungssituation abgelöste Freizeitinhalte anbieten.

Psychische Störungen

In der "Enquête über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik" wird darauf hingewiesen, daß 4 - 8 Mio Bundesbürger jährlich praktische Ärzte konsultieren, obwohl sie an psychischen Krisen, Krankheiten oder vorwiegend psychisch bedingten körperlichen Beschwerden leiden; dabei erweist sich ca. 1 Mio als dringend psychiatrisch bzw. psychotherapeutisch behandlungsbedürftig.

- Nach einer Erhebung gaben dementsprechend 33,2 % aller befragten Ärtze an, daß ihrer Ansicht nach ca. 25 % ihrer Patienten ausschließlich wegen seelischer Störungen in die Praxis kommen. 4o,6 % halten bei der Mehrzahl ihrer Patienten "eine gewisse Suizid-Gefahr" für gegeben.

- Nach Nischk sind 1o % der Bundesdeutschen seelisch krank und behandlungsbedürftig. Die Neurose ist für Nischk daher als "Volkskrankheit Nr.1" anzusehen, deren Zahl höher liegt, als alle Herz-, Kreislauf- und Krebserkrankungen zusammen. (518)
Ohne auf verschiedene Theorien der Entstehung und Therapiemöglichkeiten psychischer Krankheiten eingehen zu können, läßt sich feststellen, daß ihre Genese überwiegend in Faktoren des "sozialen Milieus" und pathologischer familiärer Kommunikationsstrukturen zu suchen ist. (519)

Diese Beispiele zeigen, daß den Bildungseinrichtungen neben ihrer Funktion kognitive Fähigkeiten und "Tauschwerte" in Form von Qualifikationen zu produzieren, zunehmend die Aufgabe zufallen wird, soziale und therapeutische Kontrollinstitution zu werden. Umgekehrt wird das Individuum einen zunehmenden Teil seiner Freizeit dafür aufbringen müssen, in der Sozialisation und in der Arbeits- und Lernumwelt erlittene soziale und emotionale Deprivationen auszugleichen.

6. DAS VERHÄLTNIS VON ANGEBOTEN, EINRICHTUNGEN, INNER-INSTITUTIONELLEN RAHMENBEDINGUNGEN UND ÄUSSEREN RAHMENBEDINGUNGEN (ARBEIT, WOHNEN, BILDUNG)

In der Literatur werden die Begriffe "Freizeit-EINRICHTUNGEN" und "ANGEBOTE" im allgemeinen synonym gebraucht, obwohl dadurch relevante Veränderungsparameter "innerinstitutioneller Rahmenbedingungen" (Öffnungszeiten, innerinstitutionelle Wert- und Normensysteme, Verhaltensmuster) und Formen von Angeboten (z.B. naturkundliche Führungen in einem Erholungsgebiet, Inhalt einer Fernsehsendung, Veranstaltung in einer Merkzweckhalle, Art eines Volkshochschulkurses) außer Sichtweite geraten. Als Angebote werden im folgenden verschiedene Formen der Nutzung einer Einrichtung, der dynamische und durch soziales Handeln und Organisation variable Teil von organisierten Freizeitbereichen, als Einrichtungen der örtlich, institutionell, baulich oder technisch fixierte Anteil betrachtet (Sportplatz, Freizeithaus, Mini-Golf, Grünfläche). Dabei erweist sich der Übergang der bislang als Rahmenbedingungen bezeichneten Variablen (Wohnen, Arbeit, Bildung) zu Einrichtungen bzw. Angeboten als durchaus fliessend und wechselseitig funktional abhängig. So kann z.B. die Einrichtung eines Service-Hauses für berufstätige alleinstehende Mütter als eine Rahmenbedingung für bessere Freizeitmöglichkeiten der Bewohner gesehen werden (Zeitersparnis, Arbeitserleichterung), der dort vorhandene Hobbyraum bzw. angrenzende Spielfläche als Einrichtung und ein dort von dem Bezirksamt veranstalteter Diskussionsabend als Angebot. Umgekehrt sind Angebote von der Benutzerseite gesehen nicht notwendig an Einrichtungen gebunden, z.B. Fernsehsendung, Wanderung, Fortbildung im Fernstudium, Wanderausstellung usw. Angebot wird hier etwa synonym mit "Veranstaltung" gebraucht.

Für die Gruppen der Hausfrauen und alten Menschen wurden exemplarisch weitere Rahmenbedingungen und spezielle Einrichtungen und Angebote bereits dargelegt. Auf eine Trennung von Einrichtungen, die nicht Sport oder Erholung zugerechnet werden könnten, wird hier verzichtet, da der Erholungsbegriff nahezu alle Freizeit-Aktivitäten, die nicht Nebentätigkeiten oder besonders ennervierende Tätigkeiten (Straßenverkehr, psycho-sozialer Streß) betreffen, umfaßt.

Bei der Diskussion um die "Freizeitplanung" werden folgende Probleme meist in quantitativer Hinsicht erörtert:

- Fragen des "Bedarfs"nach Einrichtungen (52o)
- Möglichkeiten über Indikatoren,Richtwerte usf. den "Freizeitwert" eines Gebietes als vergleichbare Größe zu ermitteln (521)
- bestimmte Gebiete in ihrerEignung für Erholung und Freizeit zu bewerten, Attraktivitätsfaktoren,- Werte zu ermitteln (522)
- Flächenbedarf an Erholungsgebieten zu ermitteln (523)

Diesen "einrichtungsbezogenen" Ansätzen ist entgegenzuhalten,

- daß dabei kaum nach Bedürfnissen sozialer Gruppen unterschieden wird,
- qualitative Aspekte der Nutzung von Einrichtungen nicht berücksichtigt werden,
- die Relevanz von Veränderungen der äußeren Rahmenbedingungen (Arbeit, Wohnen, Bildung) nicht berücksichtigt wird, insofern erhalten "Ausstattungsstandards", "Freizeitwerte" eine Alibifunktion gegenüber den realen Freizeitmöglichkeiten einzelner Gruppen und Regionen.

Eine Differenzierung nach Defiziten sozialer Gruppen ist in Teil 2 versucht worden. Relevanz und Veränderungsmöglichkeiten der Rahmenbedingungen wurden in Teil 3, 4, 5 dargelegt. Das Dilemma besteht darin, daß sich aus den skizzierten Parametern der Rahmenbedingungen kaum quantifizierbare Angaben über künftige Freizeitbedürfnisse ableiten lassen. Annahmen über Zu- bzw. Abnahme des Bedarfs nach alternativen Einrichtungen haben weitgehend spekulativen Charakter und sollen hier nicht weiter untersucht werden.(524) Soweit dabei "wünschbare Ziele" normativ festgelegt werden, ist der Zusammenhang von Veränderungen der Rahmenbedingungen oder Einrichtungen auf Freizeitverhalten lediglich intuitiv zu erfassen, da die Vermittlungskategorien "Bedürfnisse" und "Rückwirkungen von Freizeiteinrichtungen auf Bedürfnisse" schlechthin kaum abschätzbar sind. Im folgenden sollen daher Konzepte dargelegt werden,die

- weitestgehend an tätigkeitsorientierten Ansätzen und an den skizzierten Veränderungsparametern der Rahmenbedingungen anknüpfen.

Dies sind:

- bedürfnisorientierte Ansätze
- normativ orientierte Ansätze

6.1. Begriff, Typologie und Bedarfsermittlung von Freizeiteinrichtungen in Ballungsräumen

a) Im Rahmen einer Bedarfsermittlung werden nach Hüwel/Tunnat als Freizeiteinrichtungen in weitem Sinne angesehen:

- die gesamte Stadt als gebautes Umfeld und die Landschaft als topographisch vorgegebenes Element,
- die für Freizeitgestaltung relevante materielle Infrastruktur des Kultur-, Bildungs-, Wohnungs- und Sozialwesens.

Als am meisten vernachlässigter Bereich werden Stadt und Gemeinde als Erlebnisfeld angesehen (525). Als Freizeiteinrichtungen werden nach Hüwel/Tunnat angesehen:

- Einrichtungen für Kinder und Jugendliche
- " für sportliche Betätigung
- " für Freizeit mit kleinem Einzugsbereich
- " für Freizeit mit großem Einzugsbereich

d.h., nach Benutzergruppe, Betätigungsart und Einzugsbereich unterschieden. In zahlreichen Matrizen mit 68.000 Einzelfeldern werden die entsprechenden Einrichtungen hinsichtlich folgender Merkmale bewertet:

- möglichen Standort (Wohnung, Wohngebäude, Wohnquartier, innerstädtischer Bereich, Nahbereich)
- Flächenbedarf (aus Richtwerten, Beispielen errechnet)
- Flächenanteil pro Benutzer
- Einzugsbereich
- Nutzung (Sommer, Winter)
- Lage (im Gebäude, im Freien)
- mögliche Benutzer (Kinder, Jugendliche, Heranwachsende, alte Menschen)
- mögliche Träger (öffentlich, privat, gewerblich)

Diese Auflistung von allen denkbaren Freizeiteinrichtungen gibt gleichzeitig einen Eindruck der planbaren Möglichkeiten und Standorte von Freizeiteinrichtungen, die weit über den allgemein diskutierten Rahmen hinausreichen. Ferner wird daran deutlich, daß die Begriffe "Rahmenbedingungen" und "spezielle Einrichtung" keine Gegensätze bezeichnen, sondern den Grad in dem bislang als "spezielle Einrichtung" (z.B. Gemeinschaftsraum, Aktionsräume in der Stadt) gesehene Freizeitmöglichkeiten integraler Bestandteil von Wohnung, Quartier und Stadtgebiet sich als "allgemein üblich" durchgesetzt haben.

b) Im Rahmen der Ermittlung des Freizeitwertes gebraucht Scharioth (526) Einrichtungen folgender Bereiche als Indikatoren:

- Kulturbereich (Büchereien, Weiterbildungseinrichtungen, Kunst-Unterhaltung)
- Sport- und Spielbereich (Bäder, Spiel- Sportstätten, Vereinsmitglieder, passiv-Sport)
- Grünbereich (Umweltbedingungen, extensive Flächennutzung (Landwirtsch./Erholungslandschaft), intensive Flächennutzung, (Park, Spiel), Einzugsbereiche, Kleingärten

Für den Wert jeder Einrichtung werden Indikatoren (z.B. Fläche/Einwohner) gebildet und über den ermittelten "Kunst- und Unterhaltungswert, Bäderwert, Sport-, Spielwert und Grünwert" ein aggregierter Freizeitwert errechnet.

Beide Ansätze einer Typologisierung lassen wesentliche Fragen offen, die für den Bedarf als von Rahmenbedingungen abhängiger Größe relevant sind:

- Oberlagerungsmöglichkeiten und mögliche Gruppierungen von Freizeitaktivitäten in einzelnen Freizeiteinrichtungen
- wechselseitige Substitutionierbarkeit von Einrichtungen
- Rückwirkungen des Einrichtungsangebots auf den Bedarf
- durch Festschreibung eines status-quo bzw. prognostizierten "Bedarfs" geraten durch Rahmenbedingungsänderungen induzierte Bedürfnisse nicht-einrichtungsgebundener Art (Partizipation, Kommunikation, soziale Integration) außer Sichtweite.
- sozial benachteiligte Gruppen (Einkommen, Bildung, Arbeitssituation, Behinderte, Gastarbeiter) werden in diesen qualitativ differenzierenden Freizeitbedürfnissen nicht erfaßt.

- die herangezogenen Indikatoren,Auslastungswerte, Einzugsbereiche etc. haben für den ländlichen Raum nicht die gleiche Bedeutung.
- Die Frage nach dem qualitativen und konkreten Nutzungsangebot (z.B. Art des Konzerts) und entsprechende Präferenzen der sozialen Gruppen ist offen. Welche Gruppe setzt ein Angebot bzw. Nutzungsmöglichkeit einer Einrichtung durch ?
- Die Qualität und konkrete Ausstattung bleibt offen.
- Die interne Wert- und Normenstruktur der Einrichtungen in ihrer Wirkung als Teilnahme-Nutzungsbarriere wird nicht thematisiert.
- Öffnungs, - Benutzer, - Veranstaltungszeiten als wichtige Wahrnehmungschance von Einrichtungen und Angeboten werden nicht genannt.

Ähnliche Mängel weisen Methoden der Bedarfsermittlung für einzelne Freizeiteinrichtungen auf -z.B. innerstädtische Grünplanung -, die - sofern daraus Modelle entwickelt werden - weitgehend an den gegenwärtigen Nutzungsgewohnheiten orientiert sind. Marquardt (527) unterscheidet folgende Bedarfsformen, deren Quantifizierung jedoch weitgehend spekulativ bleiben muß:

- der nachgefragte Bedarf (Ist-Zustand)
- Bedarf von außen (Einfluß des Umlandes)
- vorsorglicher Bedarf (geäußerter aber nicht realisierter Bedarf)
- Bedarf für andere (Personen fordern Einrichtungen für andere)
- latenter Bedarf (auf Grund von Restriktionen (Erreichbarkeit) nicht realisierter Bedarf
- sonstiger Bedarf (nicht definierbare Bedarfsanteile)
- induzierter Bedarf (durch Vorhandensein des Angebots verursacht)
- korrigierender Bedarf (von Planern als wünschenswert betrachtete Veränderungen führen z.B. zur Belästigung anderer).

Demgegenüber kann mit einer funktionalen Differenzierung besser den Bedürfnissen von Gruppen und alternativen Gestaltungsmöglichkeiten entsprochen werden. Nach Braun (528) sollen Freizeiteinrichtungen als integraler Bestandteil des alltäglichen Lebens konzipiert sein, wobei der öffentliche Freizeitbereich zwei Funktionen erfüllen soll: Die Integration verschiedener Freizeitstile verschiedener Alters - und Sozialgruppen und die Differenzierung der Freizeitbedürfnisse. Die daraus abgeleiteten Grundtypen von Freizeiteinrichtungen ensprechen dem in Teil 2 dargestellten Tätigkeitsdifferenzierungen in "harte", d.h. stark im Bewußtsein verankerte und "weiche", d.h. stark habitualisierte Tätigkeiten:

- wenig spezialisierte, für alle zugängliche Angebote, die der Kommunikation und Geselligkeit dienen und möglichst kostenfrei sind
- spezialisierte Einrichtungen für bestimmte Interessen- und Zielgruppen.

Nach Braun fehlen im öffentlichen Bereich besonders Einrichtungen der ersten Art: Integrierte, multifunktionale Freizeitanlagen, offene, allen zugängliche Begegnungszonen, Kommunikationszentren. Spezialisierte und räumlich getrennte Einrichtungen fördern zudem die Separierung von Alters- und Sozialgruppen und reduzieren die Chance, zufällig Angebote kennzulernen, Informationen zu erfahren.

6.2. Dimensionierung, Gestaltung, Zugangs - und Nutzungschancen, innerinstitutionelle Wert-, Normenstruktur und personelle Ausstattung als Bestimmungsfaktoren des Freizeitwertes von Erholungs- und Sporteinrichtungen.

Das Problem der Veränderung von Rahmenbedingungen und des Bedarfs an speziellen Angeboten steht in einer wechselseitigen Abhängigkeit. Wie oben (6.1.) gezeigt, sind die meisten Modelle der Bedarfsermittlung "tätigkeitsorientiert" und problematisieren kaum Aspekte der Angebots - und Einrichtungsgestaltung auf Nutzungsmöglichkeiten bzw. als Nutzungsbarrieren.

Die gegenwärtige Angebotsstruktur vieler Einrichtungen behindert die Entfaltung von Spiel- und Genußfähigkeit, Geselligkeit und Kommunikation, Spontaneität, Partizipation und begünstigt ein Verhalten, das von Konformismus, Anpassung und Passivität gekennzeichnet ist. Es ist einseitig auf die Aufnahme eines einheitlichen Publikums aufgebaut, dem gemeinsame Wert- und Geschmacksvorstellungen entsprechen.

Als Nutzungsbarrieren erweisen sich vor allem:

- ökonomische Barrieren: Eintrittsgelder, Mitgliedsbeiträge, hiervon werden die unteren sozialen Schichten und alte Menschen besonders betroffen

- soziale Barrieren: behindern Mitglieder bestimmter sozialer Gruppen;
- räumliche Barrieren: Entfernung , Zugänglichkeit für Behinderte; (Rollstuhlgeeignet ?)hierdurch werden besonders im Verkehr benachteiligte Gruppen behindert (alte Menschen, Behinderte, Nicht-Autobesitzer);
- informatorische Barrieren: Nicht jede Freizeitrichtung bzw. Angebot oder Veranstaltung ist bei jedem potentiellen Nutzer bekannt. Um Nutzungsintensität zu erhöhen, müßte ein Freizeitinformationsdienst errichtet werden, der jedem Bürger den Angebotsmarkt transparent macht (über Fernsehen, Radio, Zeitung, wöchentliches Veranstaltungsblatt, Freizeitatlas);
- rechtliche Barrieren: potentielle Freizeiteinrichtungen (Seeufer, Wald) sind nicht zugänglich. Durch Änderung des Bodenrechts könnten Durchgangs- und Benutzungsrechte (Sozialpflichtigkeit des Eigentums) geschaffen werden, durch Eigentumsbeschränkung bzw. eingeschränkte Nutzungsrechte könnten auch bewegliche Güter (z.B. Segelyachten, Autos, Sportgeräte) öffentlicher Nutzung zugänglich gemacht werden, analog Bestimmungen des Wohnrechts;
- gruppenspezifische Barrieren: Zwang zu Mitgliedschaft, Altersbeschränkungen;
- Öffnungs - Besuchszeiten: besonders öffentliche Freizeiteinrichtungen sind kaum auf gegenwärtige Freizeitformen (Feierabend, Wochenende) abgestellt, bzw. sind dann für organisierte Nutzergruppen (Vereine) reserviert, was zur Verringerung der Nutzungschancen für Nicht-Organisierte führt;
- Wert- Normenstruktur, soziale Kontrolle: Hier wirken allgemeine soziale Vorurteile und schichtspezifische Verhaltensmuster; (alleinstehende Frauen in Gaststätten, Theater, Konzert, Bekleidungsvorschriften, die besonders für Unterschicht als Barriere wirken, traditionsgeleitete, vereinsorientierte Verhaltensmuster)

Nach Prosenc wird das Freizeitangebot der öffentlichen Hand durch drei Typen "kulturkritischen Gedankenguts" bestimmt:

- Typ: familienideologischer Prägung (Wunschvorstellungen pädagogischer, chirstlicher Provenienz)
- Typ: kulturideologischer Prägung (Anhalten zur sinnvollen Freizeitgestaltung)
- Typ: naturideologischer Prägung (Ruhe, Ordnung, Sauberkeit, Aktivität ist verpönt) (529) .

Die mangelnde Attraktivität öffentlicher Einrichtungen besteht darin, daß die Angebotsstruktur Verhalten und Aktivität nahezu lückenlos vorschreibt und Veränderungen im Angebotsarrangement durch Benutzer und Besucher ausschließt. Die öffentliche Verwaltung müßte hier Beteiligung, Initiative, Partizipation fördern und nicht selbst alles perfekt zur Verfügung stellen. (53o) Es kommt somit u.U. weniger darauf an, neue Einrichtungen zu schaffen, als das Angebot bedürfnisgerechter zu strukturieren.

BEISPIELE: An Hand der Jugendfreizeiteinrichtungen läßt sich zeigen, daß weniger Einrichtungsstruktur und Raumprogramm von Jugendhäusern entscheidend für Nutzung und Zufriedenheit sind, sondern die Chance, Räume und Häuser nach selbstgesetzten Normen und Bedürfnissen zu gestalten. Hierfür eigenen sich z.B. alte Schulen und Gebäude ("Fabrik" in Hamburg) oft besser als aufwendige "Häuser der offenen Tür". Perfekte, schöne, saubere Freizeithäuser entmutigen und provozieren zur Zerstörung, da sie den Besucher in eine passive Rolle zwingen. Eine weitere Barriere stellt die gesetzlich verankerte Vernachlässigung der nicht organisierten Jugendlichen dar, die als "tendenziell bedrohlich" und als "prinzipielles Abweichungspotential" beargwöhnt werden (531). Die staatliche Förderungspolitik führt dazu, daß von 15.289 Jugendhäusern 12.6o4 Jugendverbandsheime sind, aber nur 2.685 Heime der "offenen Tür" (532). Trotz des hohen Fehlbestandes sind die Jugenfreizeitheime nur gering ausgelastet,da sie nicht Bedürfnissen und Interessen der heutigen Jugend entsprechen. Braun schlägt gegenüber der Einteilung in "offene" und "teiloffene Tür" eine Unterteilung in lokale, regionale und spezialisierte Einrichtungen vor. Solche mit kleinräumigem Einzugsbereich betreuen vor allem Unterschichtsgruppen (Obdachlose, Zigeuner, Ausländer, Sonder- Hauptschüler etc.) und kommen dort in Frage,wo infrastrukturelle Defizite bestehen, während regionale Einrichtungen mit breitem Dienstleistungsangebot, die von informellen und organisierten Jugendlichen eines Stadtteils genutzt werden, ein Oberzentrum für lokale Einrichtungen und Begegnung schichtunterschiedlicher Gruppen darstellen. Spezialisierte Jugendeinrichtungen haben ein spezifisches Angebot und Leistungen, sie sind vor allem auf Jugendliche der Mittelschicht ausgerichtet. (533)

Die Reglementierungen und Beschränkungen, die sich aus der Angebotsstruktur ergeben, zeigen sich besonders bei Spielmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch Zuweisung auf einzelne "Reservate" und phantasielose Ausstattung. Insbesondere für Kinderspielplätze wurde nachgeweisen, daß sie den Bedürfnissen der Kinder nicht genügen. Daß das Spiel auf monotone gleichbleibende Spielabläufe beschränkt ist, führt zu negativen Auswirkungen wie Streben nach Konformismus, Wettbewerbs - Konkurrenzdenken, geringe Verantwortung für soziale und die Allgemeinheit betreffende politische Belange. Es ist offensichtlich, daß hier wesentliche Grundmuster des Freizeitverhaltens im Erwachsenenalter geprägt werden. (534)

Die These der Spiel- vergnügungs- und spontaneitätsfeindlichen Angebotsstruktur trifft auch auf Einrichtungen für Erwachsene zu. So sind Bürgerhäuser und Schwimmbäder ebenso von Perfektionismus und Spezialisierung bestimmt (535). Dabei hätten erstere die Aufgabe, Kommunikationschancen zu eröffnen, Vorurteile und festgelegte Verhaltensmuster abzubauen. Freizeithäuser müßten besonders in der Werktagsfreizeit Möglichkeit zu Geselligkeit und Unterhaltung als Alternative zu Massenmediumkonsum und Rückzug in den Privatbereich bieten. (536)

Wie sich gezeigt hat, ist die Funktion dieser Freizeithäuser, als kommunikatives Zentrum der Quartiersöffentlichkeit zu dienen, von der Qualifikation der Leiter und Organisatoren entscheidend hängig, die mehr als Verwaltungsarbeit übernehmen müssen. Wenn man die Realisierung verbesserter Freizeitmöglichkeiten über Änderung der diskutierten Rahmenbedingungen als langfristige Lösung ansieht, so entspricht die Konzeption des Freizeithauses unter gegebenen städtebaulichen Bedingungen am ehesten den Anforderungen, die aus den Bedürfnissen nach Kommunikation, sozialen Kontakten und sozialer Integration an den öffentlichen Freizeitbereich gestellt werden.

Die Tendenz zur Perfektion trifft in besonderem Maß auf kulturelle Einrichtungen zu, Die Nachfrage nach kulturellen Einrichtungen ist gering. Bei insgesamt abnehmenden Besucherzahlen gehen ca. 1o% der Bevölkerung ins Theater oder Konzert, der Grund hierfür liegt

u.U. weniger in Eintrittspreisen - Kunsthallen und öffentliche Galerien können teilweise kostenlos besucht werden - als in der"kulturellen Schwellenangst", die durch nicht bedürfnisgerechte Präsentation den Nutzerkreis auf die oberen Bildungsschichten begrenzt.(2.2.4.3) Auch das Renomée, Reputation und Image-Werbung, mit denen die Städte repräsentative Bauten rechtfertigen, können angesichts sinkender Besucherzahlen nicht mehr als Legitimation dienen.

Der Zugang zu kulturellen Aktivitäten kann für die 8o-9o% der bislang nicht am Kulturleben partizipierenden Bürger nur ermöglicht werden, wenn Theater, Konzert und Museen nicht länger in Form spezialisierter geschlossener Theater- und Konzertgebäude stattfinden, deren Zugang durch elitäre Normen und Habitus reguliert wird. Ein alternatives Ziel wäre: "Vorstrukturierte Aktionsfelder für Ereignisse von beliebigem Mediencharakter, von einfachen alltäglichen Ereignissen bis zu komplizierten Multiprozessen zu schaffen, bei denen jeder Teil in einem neuen Beziehungssystem eine neue funktionelle und assoziative Rolle spielen kann." (537) Das "kulturelle" Niveau einer Stadt besteht in viel geringerem Maße als angenommen wird aus Angeboten der traditionellen Kulturinstitution, sondern darin,

- die Kommunikation zu fördern und der Vereinsamung entgegenzuwirken
- Spielräume zu schaffen und damit ein Gegengewicht zu der Rationalisierung des heutigen Lebens zu setzen.
- die Reflektion herauszufordern und oberflächliche Ablenkung zu überwinden.

Kultur sollte zu einem integrierten Bestandteil des alltäglichen Lebens werden und über Ausstellungen am Arbeitsplatz, bei Fassadengestaltung und Architektur ebenso wie über Förderung von Straßentheater, -Musikanten, -Maler und durch Einbeziehung des künstlerischen Schaffens von Schulen und Universitäten für jedermann unmittelbar erfahrbar werden.

Im Unterschied zum Theater weisen die Museen nach Schätzungen wachsende Besucherzahlen auf (538). Ihre größere Beliebtheit besteht u.U, darin, daß sie konkrete Anschauungsobjekte darbieten. Im Verständnis der Museumsträger sind diese allerdings eher den Objekten als den Besuchern verpflichtet. Die Leugnung des gesellschaftlichen Kontextes der Objekte führt zur mangelnden Bereitstellung von Zusatzinformationen, die sie für die Mehrzahl der Besucher erst interessant und verständlich machen. "Tatsächlich stellen die meisten kunst- und kulturgeschichtlichen Museen Institutionen dar, die auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung keine Rücksicht nehmen. Sie präsentieren sich als Paradiese, in denen es die Antagonismen,die unsere Gesellschaft prägen, nicht gibt".(539) Je geringer die Vorinformation, desto geringer ist der Zugang zu den Objekten. Darstellungsprinzip und leitender Gesichtspunkt einer zu entwickelnden "Museumsdidaktik" müßte es daher sein, daß an den Objekten die Gesellschaftsstrukturen verständlich werden, unter denen sie entstanden sind, daß sie Einsicht in die sozio-ökonomischen und kulturellen Verhältnisse ihrer Entstehungszeit vermitteln, wodurch die Auseinandersetzung mit verschiedenen Konfliktfeldern der Vergangenheit und der Gegenwart vermittelt wird. M. Scharf bezeichnet diese Präsentationsform als "Lernausstellung", die eine Neuordnung der bisherigen Gattungen (Malerei, Plastik, Kunstgewerbe) nach Kategorien wie "Naturprodukte und Rohstoffe" , "Produktionsmittel und Produkte" erforderte. Daneben wären Bestrebungen zu fördern, die Objekte aus dem "Museumskäfig" zu befreien (z.B. Kneipengalerie) oder themenbezogen in Wanderausstellungen (z.B."Wohnen fremder Völker") zu präsentieren. Vor allem aber müßte das Entstehen der Schwellenangst gegenüber kulturellen Einrichtungen wie Museen durch neue pädagogische Angebote bereits im Kindes- und Jugendalter vermieden werden. (54c)

Separierung und Freizeitfeindlichkeit läßt sich auch im Bereich der Sport - und Badeeinrichtungen feststellen, durch Separierung von Hallen- und Freibädern und Fehlen bequemer Räumlichkeiten, in denen man sich entspannen, spielen, unterhalten und mit anderen ins Gespräch kommen kann. "Baden als spielerische Freizeitaktivität

wird pervertiert zu einem auf Erhaltung der Gesundheit und Fitneß reduzierten monotonen Bahnschwimmen, deren Einhaltung von einem auf Ordnung, Sauberkeit und Spielfeindlichkeit getrimmten Badepersonal garantiert wird". (541) Die Strukturierung von Hallenbädern und die in ihnen herrschenden Badevorschriften fördern individualistisches Leistungsverhalten und verhindern geselliges und kommunikatives Verhalten. Als Alternative solltenBäder geschaffen werden, die etwa im Stil der alten römischen Thermen integrierte Freizeitanlagen für überwiegend wasserorientierte Aktivitäten darstellen .

Von der Gruppe "Freizeit 2000" (542) wurde hierzu ein Modell "Thermen als zentrale Orte städtischer Geselligkeit" vorgeschlagen, in dessen Zentrum eine Halle steht, die eine Kombination von öffentlichem Bad, Volksfest und Kneipe darstellt. In diesen "Thermen" muß eine anregende Gesamtatmosphäre geschaffen werden, die die Entstehung von Gruppenprozessen begünstigt und die eine starke erotische Komponente enthält. Durch Materialien, Medien und gezielte Handlungsabläufe (happenings) können Gruppenbildungen angeregt werden, um den Einzelnen aus der entfremdeten Anonymität herauszubrechen. Zu diesem Zweck können am Rande der Thermenhalle eine Reihe verschiedenartig nutzbarer Räume lokalisiert werden, in denen sich Gruppen beschäftigen können.

Die Trennung nach Geschlechtern und die Tabuierung der Nacktheit in öffentlichen Bädern muß überwunden werden."Auch Stadtverwaltungen müssen zur Kenntnis nehmen, daß sich Nacktheit und Öffentlichkeit nicht mehr ausschließen". (543)

Ähnlich wie im kulturellen Bereich werden Sportanlagen und-Betreuung , die nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung aktiv genutzt werden (544) in höherem Maß finanziell gefördert als andere in der Freizeitnachfrage höher stehende Einrichtungen. Ockert (545)widerlegt die "Pyramidentheorie", derzufolge der Hochleistungssport Vorbild für Freizeit- und Breitensport ist, mit dem Hinweis auf die acht Mio.über 65-Jährigen, die sehr wohl Freizeitsport nötig haben, aber kein Reservoir für Nachwuchssportler sein können. Das neue Verständnis für die Notwendigkeit

und Bedeutung des Freizeitsports verlangt eine neue Prioritätssetzung. Hier interessiert jedoch mehr die aus der Angebotsstruktur der Sportanlagen sich ergebenden Restriktionen für Freizeitverhalten. Der größte Teil der Sportanlagen ist heute organisierten Gruppen vorbehalten, die nur einen kleinen Teil der Bevölkerung repräsentieren. Die Zugangschancen zu den meisten Sportanlagen sind an die Mitgliedschaft in Vereinen gebunden, obwohl die Mehrheit Vereinsbindung ablehnt. Tennisplätze, die kostenlos und unbewacht wie in anderen Ländern jedem zur Verfügung gestellt werden und Sporthallen, in die man abends ohne Formalität mit Freunden gehen kann, gibt es in der BRD nicht. Turn- und Gymnastikhallen sind für den Breitensport geschlossen. Daß das bloße Zurverfügungstellen von Sportanlagen (z.B. Trimm-Bahnen) kein ausreichendes Motiv sportlicher Tätigkeit ist, wurde in einer Untersuchung der Kölner Trimm-Dich-Bahnen von K. Peter (546) nachgewiesen. Zum Teil sind demnach Animateure und Übungsleiter erforderlich, die den Ansporn zu sportlichen und spielerischen Aktivitäten in Gruppen geben. Am beliebtesten sind Spiele in zwanglosen Gruppen, in denen der einzelne Kontakte zu anderen knüpfen kann. Aufgabe der Sportanimateure wäre es demnach, nebem ihrer Beratungsfunktion auch Anstoß zu geben, daß sich die Gruppen selbst treffen, wenn sie wissen, wie und was sie spielen können. (547) Die skizzierte Möglichkeit, Sportanlagen und Angebote mit Schulzentren zu integrieren, würde ein vielfältiges, weitgefächertes Angebot und die Chance zu Kommunikation und Kooperation zwischen bisher separat bestehenden Benutzerkreisen und Interessengruppen bieten. (548)

Umkleide- und Sanitäreinrichtungen können von allen gemeinsam benutzt werden. Zusatzeinrichtungen mit entsprechend hohem Ausnutzungsfaktor, z.B. Räume für Erfrischungen, Bewirtung und Geselligkeit lassen sich sinnvoll ergänzen. Wichtig ist auch der Hinweis auf einen geringen Flächenbedarf und geringere Bau- und Betriebskosten der integrierten Anlagen gegenüber Einzelanlagen. (549)

Bei den naturbezogenen Freizeiträumen in den Ballungsgebieten sind die abgegrenzten Park- und Grünbereiche mehr oder weniger gut in die städtische Umwelt integriert. Die bisherige Tendenz

zur Spezialisierung der Erholungsaktivitäten auf abgegrenzte Gebiete für bestimmte Aktivitäten führte zur Vernachlässigung von freien Spielräumen in den Siedlungsbereichen. Erst seit Mitte der 6oiger Jahre werden infolge der Umorientierung städtbaulicher Vorstellungen größere multifunktionale Erholungsgebiete innerhalb und im Nahbereich der Städte gefordert und teilweise realisiert. Die Mehrzahl der Parkanlagen in den Verdichtungsräumen lassen durch ihre gartenschauartige Aufmachung und ihren Perfektionismus nur wenig Raum für nicht vorstrukturierte Tätigkeiten: "Statt teurer Betonkunstwerke und eckiger Wege sollten familien-und gruppengerechte Räume im Freien und in Gebäuden zur universellen Benutzbarkeit geschaffen werden, in denen eine ungezwungene und freie Art des Aufenthaltes, wenn möglich in Badehosen und Bikini, statt der sich herauskristallisierenden Krawattenlandschaft angeboten werden." (55o) Freizeitpolitisch muß auf Beachtung der gesetzlicher Anweisungen des Bundesbaugesetzes zur Sicherung und Erhaltung von Grünflächen gedungen werden: Von 1939-1965 dehnten sich die für Bauten und Verkehr beanspruchten Flächen in Städten mit o,5-1 Mio Einwohner von 22% auf 41% aus, während Grünflächen nur knapp von 3% auf 5% wuchsen und die forst-und landwirtschaftlich genutzten Flächen um 2o,5% abnahmen. (551)

Die ausführliche Darstellung dieser Beispiele kann deutlich machen, daß das Verhältnis von Rahmenbedingungen zu speziellen Angeboten auch als ein Ineinandergreifen von subjektiven Motivationen von "Benutzern" und inneren Strukturelementen von Freizeiteinrichtungen zu verstehen ist, die Quantifizierungsversuche des "Bedarfs" bzw. Freizeitwertes stark relativieren bzw. hinfällig werden lassen und phantasievolle Freizeitplanung sowie die Entwicklung echter Alternativen eher behindern.

7. ZUSAMMENFASSUNG

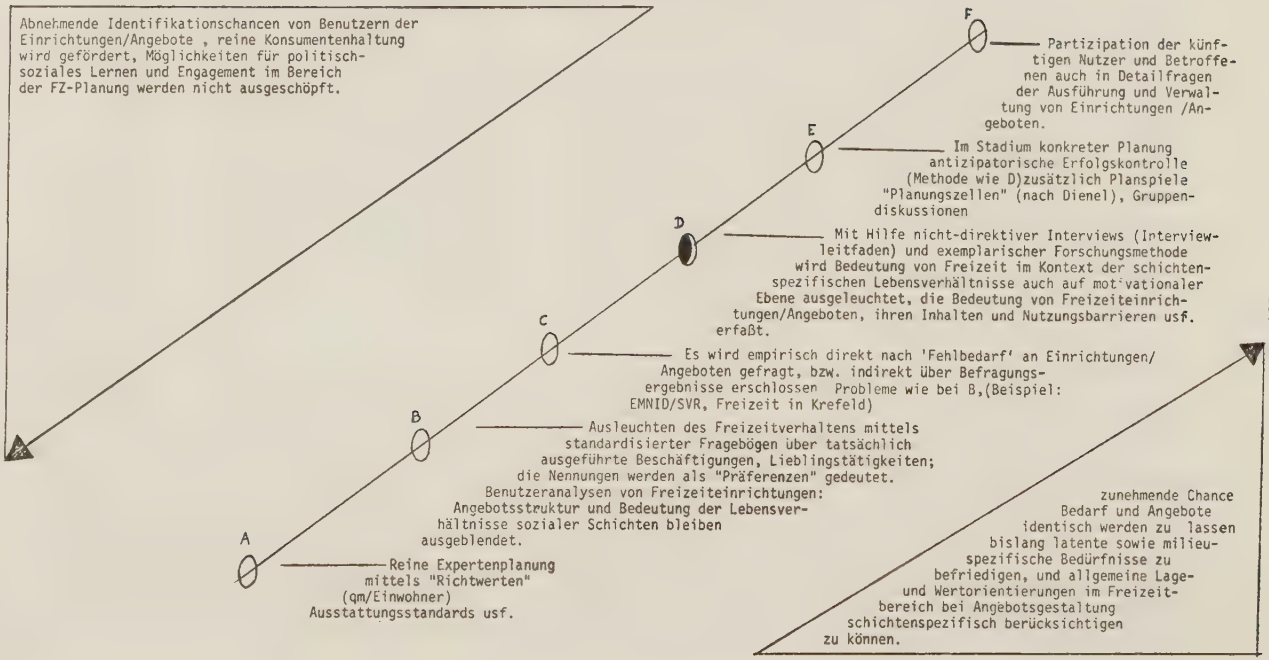
1. Inhalte der Freizeitforschung

In der Arbeit wurde versucht, auf verschiedenen Ebenen vor allem anhand empirischen Materials die Wechselwirkungen zwischen allgemeinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, Freizeitverhalten und -möglichkeiten sozialer Gruppen sowie der Struktur und Verteilung von Freizeitangeboten zu umreißen. Dies kann aber nur einen Ausgangspunkt für nachfolgende Untersuchungen darstellen, die den "weißen Fleck" auf der Karte soziologischer und sozialpsychologischer Freizeitforschung schließen.

Es wurde gezeigt, daß Freizeitforschung nicht allein von einer Analyse der Freizeittätigkeiten ausgehen kann, ohne ideologischen Charakter anzunehmen, sondern daß im einzelnen die Freizeitrelevanz gesellschaftlicher Teilbereiche untersucht werden muß, um einerseits zu einem theoretisch möglichst adäquaten Abbild der Realität zu gelangen und andererseits aufzeigen zu können, welche Determinanten - hypothetisch - zu verändern sind, um das Freizeitverhalten zu beeinflussen (operationaler Aspekt). Hieraus lassen sich die vordringlichen Forschungsdefizite ableiten:

- Eine eingehendere Unterscheidung des Stellenwertes von Freizeit im sozio-kulturellen Milieu der ländlichen Gemeinden und in der Großstadt.
- Eine Erhebung subjektiver Lageorientierungen und Deutungsmuster sozialer Schichten für den Freizeitbereich, die den Charakter einzelner Tätigkeiten, ihre Einbettung in Prozesse und Entscheidungen im Rahmen familiärer Interaktion sowie ihre unterschiedlichen Funktionen und Bedeutungen untersucht.
- Eine Erhebung schichtenspezifisch wirksamer Nutzungsbarrieren von Freizeiteinrichtungen und -angeboten mittels nicht-direktiver Interviews. Zusätzlich sollten schichtspezifisch die individuellen Bezugsrahmen einrichtungsrelevanter Freizeittätigkeiten sowie die vorhandenen Vorstellungen ihrer optimalen Befriedigung z.B. mittels multiple-choice-Techniken untersucht werden. Der gegenwärtige Forschungsstand ist in der Abbildung auf Seite 284 mit C bezeichnet.
- Eine Untersuchung über Veränderungen des Freizeitverhaltens im Gefolge von Maßnahmen zur Humanisierung des Arbeitslebens (Arbeitszeitverteilungen, betriebliche Organisation, Mitbestimmung).
- Eine Untersuchung über Freizeitmöglichkeiten und -bedürfnisse in ganztägig betriebenen Bildungsinstitutionen.

Methoden der Freizeitforschung im Kontext der Planung von Einrichtungen und Angeboten



2. Praxisrelevante Folgerungen

Verbesserungen der Freizeitmöglichkeiten lassen sich über Veränderungen der Rahmenbedingungen aufgrund des politisch-sozialen Durchsetzungsprozesses und ihrer Auswirkungen auf das Freizeitverhalten sozialer Gruppen, das in wesentlichen Teilen nicht durch situative Zwänge, sondern über erlernte Verhaltensmuster, Wertorientierungen, subkulturelle und milieuspezifische Bedürfnisstrukturen, die erst über schichten- und geschlechtsspezifische Sozialisation entstehen, nur langfrisitg erreichen. Andererseits werden diese im weiteren Sinne sozialstrukturell vermittelten Benachteiligungen auch in der innerinstitutionellen Wert- und Normenstruktur der Freizeiteinrichtungen sowie subkultureller Ausprägung der Freizeitangebote verfestigt, die sozialräumlich umrissenen Aktionsfeldern und -Tendenzen der Unterschicht kaum eine Entfaltungsmöglichkeit bieten und selbst für diese Gruppen keinen Attraktivitätswert besitzen.

Im Bereich der Arbeitsverhältnisse wurden überlange Arbeitszeiten ebenso wie Arbeitszeitverteilungen festgestellt, die für die betroffenen Gruppen Freizeit als gestaltbaren Raum kaum entstehen lassen. Daß das Freizeitproblem hier im weiteren Zusammenhang einer konsumorientierten Bedürfnisstruktur gesehen werden muß, wobei "Freizeittätigkeiten" ebenso (monetärer) Nutzenabwägung bzw. höher bewerteter subjektiver Motivationen unterliegen, zeigen die dargelegten Modelle subjektiver Nutzenabwägungen und Daten über Schwarzarbeit. Der Schlüssel für dieses Problem liegt sowohl in einer Umstrukturierung von Befriedigungsmöglichkeiten der Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung und -Darstellung im Arbeitsbereich wie in nicht konsumorientierten Kommunikationsbedürfnissen Entfaltungsraum bietenden Freizeiteinrichtungen. Intensiv sollten hier die gegenwärtig diskutierten Konzepte zur Arbeitszeitverkürzung gegen Arbeitslosigkeit aufgegriffen werden.[1] Desweiteren ist langfristig an eine Abschaffung aller nicht zwingend notwendigen Nacht- und Schichtarbeitsplätze zu denken, die bislang allein im Interesse einer maximalen Kapitalverwertung betrieben werden. Für den Bereich des Dienstleistungsgewerbes sollten bei unumgänglichen

---

[1] siehe: Handelsblatt v. 24/25.4.1976, SPD: Arbeitszeit verkürzen und Süddeutsche Zeitung v. 28.4.76

Arbeitszeitverteilungen entsprechend längere Freizeiträume mittels gesetzlicher Regelungen bindend vorgeschrieben werden . Mittelfristig gesehen könnten die negativen Auswirkungen industrieller Arbeit insbesondere im Bereich der Frauenarbeit durch Vermehrung der Teilzeitarbeitsplätze verbessert werden, die auch die Situation berufsrückkehrwilliger Nur-Hausfrauen verbessern würden und letztendlich neue familiale Rollenverteilungen zuließen. Im Bereich der Landwirtschaft erscheint als einziger Lösungsansatz für die hohe arbeitszeitliche Belastung der verstärkte Einsatz kooperativer Organisationsformen, die insbesondere den Bauern in überlasteten Klein - und Mittelbetrieben, die im Neben - und Zuerwerb geführt werden, Freizeit und Urlaub erst ermöglichen. Im industriellen Arbeitsbereich und zunehmend bei Angestellten - und Beamtenberufen muß dem Trend zu einer erhöhten Arbeitsbelastung durch Intensivierung der Tätigkeiten entgegengewirkt und weiterhin neue Dispositionsspielräume durch Veränderung der Arbeitsorganisation und mehr noch durch partizipative Formen der Mitbestimmung und Selbstverwaltung geschaffen werden, die Freizeit erstmals als Bereich möglicher Entfaltung des Menschen als "politisches Wesen", das in direkter Interaktion seine Bedürfnisse und die Befriedigungsmöglichkeiten in der materiellen Produktion entwickelt, erlebbar werden lassen.

Die Rückwirkungen von Belastungsverringerungen und Entwicklung des Arbeitsbereiches als Ort zur Entwicklung individueller und sozialer Identität auf den "Freizeitbereich", der im heutigen Sinne dann dysfunktional werden würde , bestünden wohl vor allem in einem erhöhten Interesse an der Mitwirkung und Gestaltung aller gesellschaftlichen Belange durch die Bürger. Dafür müßte gleichzeitig die herkömmliche Entscheidungs- und Organisationsstruktur der öffentlichen Verwaltung gänzlich verändert werden (organisierte Mitwirkung der Bürger). Die heutigen Freizeitformen wie Massenmedien, Ausflüge, Hobbies werden dabei nicht bedeutungslos werden, bekommen jedoch einen gänzlich anderen, marginaleren Stellenwert bzw. reale Bedeutung für die jedem zugängliche "Gesellschaftsarbeit". Nicht zuletzt sollte die betriebliche Organisation von Freizeitangeboten, die erst in Ansätzen vorhanden ist, stärker gefördert werden, da gerade hier von den Unter-

schichten in Anknüpfung an betriebliche Kommunikationsstrukturen alternative Bedürfnislagen realisiert und instrumentelle Arbeitsorientierungen ansatzweise aufgebrochen werden können. Den bei weitem größten Effekt hinsichtlich der Ausnutzung bestehender Freizeiteinrichtungen und des Abbaus von Benachteiligungen einzelner Gruppen dürften alternative Arbeitszeitverteilungen haben, die mit Änderungen der Öffnungs- und Zugangszeiten von Freizeiteinrichtungen ebenso wie im Konsumbereich (Ladenschlußzeiten) und Verwaltung (Behörden- Amtssprechstunden) verbunden sein müßten.

Eine ebenso große Bedeutung kommt dem Bereich institutionalisierter Bildung und primärer Sozialisation zu, wo grundlegende Verhaltens- und Bedürfnisstrukturen geprägt werden, die künftige Interessengebiete , soziale Kompetenz und Fähigkeit zu autonomen Handeln schichten- und geschlechtsspezifisch vorbestimmen. Hierbei müssen einmal die Bedingungen familialer Sozialisation (Erziehungshilfen, partielle Fremderziehung) und die Strukturen des Bildungswesens verbessert werden und als Orte konkreten Lernens von Freizeitinteressen erkannt werden. Bislang völlig vernachlässigt sind die Möglichkeiten, Einrichtungen der Bildungsinstitutionen als Freizeitangebote Schülern und Quartiersbewohnern zu öffnen. Daneben werden jedoch zunehmend problemorientierte Freizeitangebote, die sich im Bildungsbereich optimal ansiedeln lassen, relevant. Als übergreifende Funktion für alle Freizeitbereiche sollte die Etablierung der Freizeitpädagogik forciert werden, zumal wie die Untersuchung in Teil 6 zeigt, die Art der Verwendung und spezifische Form von Freizeiteinrichtungen und Angeboten eine ebensolche Bedeutung hat wie ihre quantitavie Bereitstellung.

Für den ländlichen Raum sind besondere Lösungen für den dort bestehenden Bildungsnotstand zu suchen, der bislang eine Abwanderung bildungsorientierter Jugendlicher erzwang. Im Wohnbereich lassen sich zwar Einflüsse der Raumausstattung auf Freizeittätigkeiten sowie gruppenspezifisch verschiedene Abhängigkeiten bei der Nutzung von Freizeiteinrichtungen und außerhäuslicher Freizeitbetätigung von der Lage im Stadtgebiet, Typ des Hauses usf. feststellen, insgesamt scheint dieser Bereich jedoch im Bewußtsein der Bewohner hinsichtlich Freizeitmöglichkeiten einen starken "Hintergrundcharakter" zu haben, so daß keine signifikanten Disparitäten be-

züglich Freizeittätigkeiten auffallen. Vielmehr scheint die gesamte großstädtische Lebenssituation gegenüber ländlichen Gebieten Freizeitverhalten (Ausflüge) und Bedarf nach Einrichtungen zu stimulieren. Die Wohnverhältnisse selbst wirken eher indirekt über Miete (Freizeitbudget), soziales Milieu und soziale Kontrolle restriktiv auf die Ausübung von Freizeitinteressen. Da die Wohnbereichsstruktur für die Masse der Bewohner nicht wesentlich verändert werden kann (Altbaubestand, rückläufige Neubautätigkeit), sind im Wohnungs- und Wohnhausbereich wünschenswerte aber fehlende Einrichtungen nur in einem eigenen Gebäude (Freizeithaus), das dafür umso vielfältigere Funktionen übernehmen kann, realisierbar. Umsomehr müssen jedoch bei der Neubautätigkeit Gruppen berücksichtigt werden, deren Freizeitbedürfnisse nur integrativ mit ihrer Wohnsituation befriedigt werden können. (Altenwohnheime, Service-Häuser)

Im ländlichen Raum sind die Freizeitmöglichkeiten der Bewohner von Fremdenverkehrsorten durch die im Dienstleistungsgewerbe langen Arbeitszeiten eingeschränkt, obwohl die Freizeiteinrichtungen selbst größere Wahlmöglichkeiten bieten, die aber vor allem der Jugend zugute kommen.
Fremdenverkehrsförderung und Betriebe mit "Urlaub auf dem Bauernhof" sind diesbezüglich zurückhaltend zu beurteilen. Im übrigen beeinflußt der "Rückzug der Infrastruktur aus der Fläche" die Lebens- und Freizeitverhältnisse der Bewohner kleinbäuerlicher Gemeinden außerordentlich negativ. Die positiven Freizeitwerte kleiner Gemeinden können aufgrund der kulturellen und sozialen Gemeindestrukturen für die Bewohner nur teilweise realisiert werden. Die Freizeitmöglichkeiten könnten vor allem durch die forcierte Entwicklung mobiler Dienste verbessert werden. In stagnierenden Dörfern könnte eine Abstimmung über die Entwicklung neuer Gemeinwesenformen mit experimentellem Charakter erfolgen.
In Großstädten wird die Integrations- und Emanzipationsfunktion der Freizeit tendenziell nur durch den Abbau von Funktionsentmischung räumlich getrennter Sektoren für Wohnen, Arbeit, Verkehr

und Erholung sowie die auf verschiedenen Ebenen analysierten Prozesse der sozialen Segregation zu realisieren sein.
Bei der Schaffung besonderer Angebote für Unterhaltung, Kommunikation und Partizipation soll an die traditionelle Bedeutung der Zentrums- und Quartiersöffentlichkeit angeknüpft werden, anstatt mittels Freizeitparks erneute Parzellierungen zu schaffen. Dies erfordert allerdings eine Neubestimmung des Stellenwertes von Freizeit im Selbstverständnis aller mit der Stadt- und Wohnungsplanung befaßter Behörden sowie eine Neuorientierung der Architekten und des Baugewerbes.

Im Bereich der Erholung wurden besonders Medienkonsum und partizipatorisches Verhalten untersucht. Es zeigt sich, daß die Freizeit der Unterschicht, die über Einkommens-, Bildungs- und Arbeitssituation ohnehin benachteiligt ist, durch zahlreiche Tätigkeiten, die der Sicherung des Lebensunterhalts dienen, zusätzlich verkürzt wird. Es wäre hier intensiv zu erforschen, wieweit z.B. notwendige hauswirtschaftliche Tätigkeiten ausgelagert bzw. öffentlicher Dienstleistung anheim gestellt werden können. In der Wahrnehmung kostenintensiver Erholungstätigkeiten zeigt sich eine klare Benachteiligung einkommensschwacher Haushalte. Diese Situation kann letztlich nur durch das verstärkte öffentlich-kostenlose Zurverfügungstellen von Freizeitangeboten sowie Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs i.V.m. einer intensiveren Steuerprogression gelöst werden.

Der Massenmedienkonsum ist bislang in seiner Bedeutung als Freizeitangebot Nr. 1 für alle sozialen Gruppen noch unzulänglich erforscht, zumal viele Anzeichen auf Formen pathologischer Abhängigkeit mit Suchtcharakter für bestimmte Zuschauergruppen hinweisen. Als zentrale Variable für die Vielfalt der Freizeitinteressen erweist sich der Bildungsstand sowie die Haushaltsgröße, was darauf hinweist, daß Interaktionschancen eine wesentliche Voraussetzung besonders für partner- bzw. gruppengebundene Freizeittätigkeiten sind. Im Bereich des partizipatorischen Freizeitverhaltens zeigt sich ein geringerer Organisationsgrad und eine noch stärkere Unterrepräsentanz der unteren sozialen Schichten bei der realen Mitwirkung an Entscheidungen, was mit der sozial selektiv wirkenden Binnenstruktur der

Organisationen ebenso wie mit den situativen Zwängen der Lebenssituation und schichtspezifischer sozialer Kompetenz zu begründen ist. Im Bereich der Wochenend- und Naherholung fällt auf, daß nur ein geringer Teil der Tätigkeiten an spezielle Angebote gebunden ist und lediglich einen Mindeststandard an Grundausstattung erfordert. Ebenso wie zunehmend bei der Urlaubserholung, sollten hier allerdings auch speziell aktivierende Angebote etwa in typischen Naherholungsgebieten geschaffen werden, die die Bürger zur Mitwirkung an der Gestaltung und zur Kommunikation anregen. Insgesamt erscheint das Ausflugsverhalten als von Rahmenbedingungen relativ unabhängiges Bedürfnis nach Mobilität, Landschafts- und Naturerleben, das nur durch eine weitgehende Veränderung der städtischen Lebensweise beeinflußt werden könnte. Noch weitgehend unbekannt sind die Motive und Bedürfnisse der 5o % der Bevölkerung, die ihren Urlaub jährlich zu Hause verbringen. Soweit hier die finanzielle Situation eine Rolle spielt, sind besonders für kinderreiche Familien spezielle "Sozialangebote" sowohl als Urlaubsreisen wie auch für die Daheimgebliebenen zu entwickeln. Dasselbe gilt allgemein für die Verbesserung der Möglichkeiten zu Familienurlaub, der durch Kinderbetreuung ebenso wie betriebliche Urlaubspläne beeinträchtigt wird.

Im Bereich Sport und Spiel fällt das Überwiegen passiver Interessen sowie (ebenso wie bei den kulturellen Interessen) eine starke sozio-kulturelle Differenzierung auf, die bei der Bereitstellung von Angeboten insbesondere des "Breitensports" mehr berücksichtigt werden muß. Ebenso wie im Kulturbereich ist bei Sporteinrichtungen und - angeboten von Gesichtspunkten des Repräsentationswertes - der ohnehin anzuzweifeln ist - abzurücken und Investitionen für den Leistungssport einzuschränken, der nur einer winzigen Minderheit dient und gleichzeitig passive, auf Sensationsbegierde begründete Verhaltensdispositionen (Fernsehen, Zeitung) fördert. Die bei kostenintensiven Sportarten nachweisbare Benachteiligung einkommensschwacher Gruppen kann durch kommunale Angebote und Bezuschussungen von Vereinen, die dafür Nichtmitgliedern zugänglich werden, gelöst werden. Diese Bereitstellung von Angeboten des "zweiten Weges" würde neue Einrichtungen z.T. überflüssig und das vorhandene Organisationspotential der Vereine - auch im nicht-sportlichen Bereich - der Allgemeinheit nutzbar machen.

Anhand der Gruppen der Hausfrauen und alten Menschen wurde gezeigt, daß die Frage nach den speziellen Angeboten bzw. Veränderung der Rahmenbedingungen nur im Rahmen der Darstellung einer umfassenderen Lebenssituation gelöst werden kann. Auffallend ist hier die bis auf den Fernsehkonsum in nahezu allen Tätigkeitsbereichen aufgewiesene starke Unterrepräsentation der Berufsgruppe "ungelernte Arbeiter" bzw. der Bildungsgruppe "ohne Schulabschluß", "ohne abgeschlossene Ausbildung", die die kumulative Benachteiligung der Unterschicht an Freizeitmöglichkeiten auf nahezu allen Dimensionen der untersuchten Rahmenbedingungen am stärkten kennzeichnet. Eine ähnliche Situation ergibt sich für die Gruppe der Nur-Hausfrauen.
Die übrigen in Teil 2 gefundenen Disparitäten in verschiedenen Freizeitmöglichkeiten zwischen Berufs- und Bildungsgruppen, soziokulturelle und milieuspezifsche Präferenzen sowie Formen sozialer Kompetenz verweisen auf den Sozialisations- und Bildungsbereich als Verteilungsinstanz allgemeiner und spezieller (Freizeit)-Verhaltensmuster und Präferenzen ebenso wie auf die Arbeits- und Wohnverhältnisse. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die anzuvisierende langfristige Zielperspektive, die bei der Veränderung von Rahmenbedingungen bis zur Auswirkung auf eine eventuelle Nivellierung gruppenspezifischer Disparitäten relevant wird.

Die Frage nach dem Bedarf an zusätzlichen speziellen Angeboten und Einrichtungen erweist sich als im hohen Maß abhängig von den gegenwärtig vorfindbaren Nutzungsbarrieren und den spezifischen Inhalten der Angebote und Qualität der Einrichtungen. Angebote können "abschrecken" oder selbst neuen Bedarf wecken.

ANMERKUNGEN / LITERATUR

(1) aus: H. Lüdtke, Freizeit in der Industriegesellschaft, Opladen 1972, S. 13. Die hier angegebenen Durchschnittswerte werden durch die gruppenspezifischen Differenzen allerdings stark relativiert, siehe 1.2.3, 1.2.4;

(2) H. Wagenführ, Zukunft in Wort und Zahl, Tübingen 197o, S. 153 ff.

(3) Andreae, Ökonomie der Freizeit, Reinbek bei Hamburg, 197o, S. 223. Eine Zusammenfassung verschiedener Prognosen, siehe Tab. 1

(4) D.A. Morse, Freizeit und Kunst im Jahre 1985, in: Unsere Welt 1985, Hrsg. R. Jungk, H.J. Mundt, S. 221 f.

(5) J. Forrester, Die Grenzen des Wachstums, Bericht an den Club of Rome, Reinbek bei Hamburg, 1974

(6) H. Kohl, Freizeit im Jahre 2ooo, DFG, Edition 2ooo, Düsseldorf 1975, S. 21 f.

(7) B. Külp, R. Müller, Alternative Verwendungsmöglichkeiten wachsender Freizeit, Göttingen 1973, S. 51

(8) H. Kohl, aaO., S. 23

(9) E.K. Scheuch, Freizeit heute - Freizeit morgen - Freizeit wozu ? in: Freizeit 72 , 2. Freizeit-Kongress der DFG/SVR, S. 16

(1o) Andreae, aaO., S. 223

(11) siehe hierzu: "Bildungsurlaub", S.177 , "alte Menschen", S.133 ff

(12) LOGON-Freizeit-Handbuch, Freizeiteinrichtungen in der BRD 198o, Auszug, München o.J., S. XVII

(13) siehe auch H. Lüdtke, aaO., S. 14

(14) Freizeit in der Schulfabrik, Tagesspiegel v. 16.5.1976

(15) M. Osterland, u.a., Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt a.M. 1973, S. 65

(16) Zahl der Beschäftigten: Statistisches Jahrbuch der BRD, 1975, S. 15o, S. 197

(17) siehe: Wirtschaft und Statistik 11/75, S. 731

(18) Wirtschaft und Statistik 11/75

(19) ebenda S. 731

(2o) DGB-Konferenz, aaO., S. 9

(21) Infas-Repräsentativerhebungen 1972, zit. nach DGB-Konferenz aaO., S. 3a

(22) errechnet aus: Stat. Jahrbuch 1975, 13.3., Beschäftigte der Arbeitsstätten

(23) ebenda

(24) ebenda , S. 3a

(25) eigene Beobachtungen des Verfassers

(26) Die Möglichkeit einer "Umgestaltung funktionalisierter Zeit" - nämlich derjenigen zum Einkaufen, ist von der Privatwirtschaft - allerdings über Gewinnstreben vermittelt - längst erkannt. (Kauferlebnis, anregende Musik, freundliche Zuwendung durch Verkaufspersonal, Freizeit-Image der Konsumwelt)

(27) siehe DGB-Konferenz....

(28) M. Osterland u.a., Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt a.M. 1973, S. 8o f.

(29) ebenda, S. 3o7

(3o) P. Raane, Gewerkschaftliche Ansätze zu Veränderungen der Arbeitszeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/74, S. 437

(31) DGB-Konferenz, aaO., S. 5a

(32) ebenda , S. 12

(33) D. Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt, New York 1975, S. 36o ff.

(34) ebenda, S. 361

(35) Külp/Müller, aaO., S. 38

(36) ebenda, S. 4o

(37) J. Roth, Armut in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1974, S. 76

(38) H.E. Bahr, Totale Freizeit, Stuttgart 1963, S. 19

(39) E.K. Scheuch, R. Meyersohn, Soziologie der Freizeit, Köln 1972,S.15

(4o) DeGrazia, zit. nach V.G. Blücher, theoretische und empirische Befunde zur Entwicklung der wachsenden Freizeit, in:KZfSS, 1974, S.32.

(41) Statistisches Jahrbuch 1975, S. 14

(42) Freizeitarbeit 74, Institut für Demoskopie Allensbach, o.J.

(43) ebenda , S. 33

(44) Agrarbericht 1973, Materialband, S. 11o

(45) Methodisch müßten den im Zeitbudget erhobenen Häufigkeiten und der Zeitdauer einzelner Aktivitäten die jeweiligen gesellschaftlich-ökonomischen Rahmenbedingungen entgegengestellt werden; theoretische Konzeption siehe: G. Lippold, Das Zeitbudget der Bevölkerung, Reihe Planung und Leitung, Bd. 42, Berlin 197o, S.14o/f., S. 161

(46) siehe:H. Berger,Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit, Frankfurt a.M. 1974

(47) siehe:J. Miksch, Jugend und Freizeit in der DDR, Opladen 1972

(48) Auch aus Befragungen von Einstellungen zu bestimmten Tätigkeiten (siehe: TIME '74, Gesellschaft für Konsumforschung München 1974, Auszug) oder Selbst- bzw. Fremdeinschätzung (siehe: Infas, Zeitbudgetstudie NRW, Teil 5, 1973) wir nicht der weitere motivationale Bezugsrahmen ersichtlich.

(49) E.K. Scheuch, Freizeit heute.... aaO., S. 13

(50) ebenda

(51) ebenda, S. 22

(52) E.K. Scheuch, Soziologie der Freizeit, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung Bd.2,Köln 1969, S. 777

(53) ebenda , S. 757

(54) V.G. Blücher, Freizeitbedürfnisse und Wohnsiedlungen der Zukunft, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 7/1968, S. 81

(55) E.K. Scheuch, Soziologie der Freizeit, aaO., S. 754

(56) R. Hülsen, et al, Freizeitaktivitäten und Freizeitplanung im ländlichen Raum, Hrsg. Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Göttingen 1973, S. 1

(57) M. Osterland, et. al., Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt a.M. 1973, S. 369

(58) V.G. Blücher, Theoretische und empirische Befunde zur Entwicklung der wachsenden Freizeit, in: KZfSS, 1974, S. 29-53

(59) E.K. Scheuch, Soziologie der Freizeit, S. 77o

(6o) ebenda, S. 77o

(61) L. Czinki, Konsequenzen aus der Freizeitentwicklung für die Erholungsplanung, in: Der Landkreis 8/9, 1969, S. 264

(62) aus: W. Mrass, Ermittlung von aktuellen und potentiellen Erholungsgebieten in der BRD, Hrsg. Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 9

(63) E.K. Scheuch, Freizeit heute...., S. 13

(64) R. Birkwald, M. Pornschlegel, Handbuch der Erholungszeitermittlung, Köln 1968, S. 31

(65) M. Osterland, aaO., S. 238 ff.

(66) TIME '74, aaO.,S. 5 a

(67) S. Szalai,(Hrsg.),The use of time, Paris 1972, S. 686

(68) TIME '74, aaO., S. 1o

(69) TIME '74, aaO., S.1o

(7o) M. Osterland, aaO., S. 243

(71) TIME '74, S. 4 a

(72) TIME '74, S. 11 a

(73) M. Osterland, aaO., S. 23o

(74) M. Osterland, aaO., S. 373

(75) M. Kohl, Arbeit und Freizeit, in: WSI-Mitteilungen 3/1974, S. 1o1

(76) J. Albrecht, Untersuchungen zum Wochenendverkehr der Hamburger Bevölkerung, Teil A, zit. nach: K. Fischer, Städtebau und Freizeitplanung, in: Der Landkreis 8/9, 1969, S. 294

(77) siehe: Osterland, aaO.,Tabellarischer Anhang, Tab. 17o

(78) EMNID/SVR, Freizeit im Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 147/151. Obwohl die Studie auf Grund ihrer regionalen Beschränkung für die BRD nicht als repräsentativ gelten kann, geben ihre Ergebnisse auf Grund der relativ umfangreichen Stichprobengröße (über 9.ooo) ein umso gültigeres Bild von Freizeitverhalten- und Bedürfnissen in einem Ballungsraum, dem in weiteren Untersuchungen eine Vergleichsstudie eines ländlichen Gebietes gegenübergestellt werden müßte.

(79) F. Bichlmaier, Die Erholungsfunktion des Waldes in der Raumordnung, Hamburg 1969, zit. nach Hülsen, aaO., S. 21

(8o) Media-Perspektiven 5/75, Freizeit ist hier Zeit ausser Arbeit, Hausarbeit, Schlafen und Essen

(81) ebenda

(82) ebenda

(83) ebenda

(84) Feierabend: Bildschirm im Blick,EMNID-Freizeitbefragung, in: Der Spiegel 6/75, S. 96

(85) ebenda, S. 1oo

(86) ebenda, S. 1o2

(87) Der Spiegel 7/75

(88) ebenda, S. 1o5

(89) ebenda

(9o) TIME '74, aaO., S. 14

(91) ebenda, S. 14 f

(92) siehe: EMNID/SVR, Tabellenband, S. 152, 154, 156, 16o, 164, 168

(93) siehe ebenda S. 17o, "äußere Umstände" sind hier fehlende Räume , ein fehlender Interessentenkreis, fehlende Anleitung;

(94) EMNID/SVR, Bd. 1, S. 236

(95) Freizeit in Krefeld, Teil 1, Krefeld 1974, S. 1o

(96) ebenda, S. 16

(97) ebenda, S. 2o

(98) Ch. Hilse, Die längst bekannten Wohnwünsche der Bundesbürger, in: Bauwelt 1/1973, S. 376-38o

(99) in: Der Spiegel 8/75

(1oo) Infas, Freizeitverhalten - eine Sekundäranalyse, Bonn-Bad Godesberg, S. 5o

(1o1) W. Michelson, Discretionary and non-discretionary aspects of activity and social contact in residential selection, in: Society and Leisure, 3/1973, S. 29-53

(1o2) B. v. Rosenbladt, Tagesläufe und Tätigkeitssysteme, in: Soziale Welt 2o/1969, S. 49-79

(1o3) B. v. Rosenbladt, The outdoor-activity-system in an urban environment, in: Szalai, The use of time, S. 34o

(1o4) ebenda, S. 35o

(1o5) R. Weeber, Eine neue Wohnumwelt, Stuttgart 1974, S. 174

(1o6) siehe EMNID/SVR, Tabellenband, S. 99, 1o2

(1o7) P. Gleichmann, Sozialwissenschaftliche Aspekte der Grünplanung in der Großstadt, Stuttgart 1973, zit. nach: K. Marquardt, Die Bedarfsermittlung für eine offengelegte wirtschaftliche Planung von öffentlichen innerstädtischen Erholungseinrichtungen für überwiegend im Freien stattfindende Erholungsformen, Diss. TU Berlin, 1973, S. 243

(1o8) zit. , ebenda , S. 4o2

(1o9) Prosenc, Intensiv-Studie Hammerpark, zit. Marquardt, aaO., S. 24 ff.

(11o) siehe: EMNID Freizeit-Befragung, in: Der Spiegel 8/1975, S. 114

(111) siehe M. Osterland, aaO., S. 211

(112) E. Pfeil, Die Familie im Gefüge der Großstadt, Hamburg 1965, S. 47

(113) M. Osterland, aaO., S. 213

(114) H. Lüdtke, Freizeit in der Industriegesellschaft, Opladen 1972, S. 5o

(115) H. Hüwel, H.-J. Tunnat, Grundlagen freizeitorientierter Planung, Analysen und Modelle 6, Institut für Wohnbau TU Berlin, 1973, S. 116

(116) EMNID-Freizeitbefragung, siehe:Der Spiegel, 7/1975

(117) EMNID/SVR, Bd. 1, S. 159

(118) ebenda, S. 165

(119) siehe EMNID/SVR, Tabellenband S. 94

(12o) ebenda, S. 98, weitere Zusammenhänge zwischen Alter, Einkommen, Berufsgruppen und behinderten Täigkeiten, siehe ebenda, S. 97 ff.

(121) siehe Infas: Freizeitverhalten - eine Sekundäranalyse, S. 46

(122) siehe ebenda, S. 86 (Interesse an Kommunalpolitik)

(123) R. Mayntz, Soziologie der Organisation, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 59

(124) B. Benedict, Kleinbürgerliche Politisierung, in: Bahr, H.,E. Politisierung des Alltags, Darmstadt 1972

(125) Benedict, aaO., S. 78

(126) siehe: B. Armbruster, R. Leisner, Bürgerbeteiligung - Zur Freizeitaktivität verschiedener Bevölkerungsgruppen in ausgewählten Beteiligungsfeldern, erstellt im Auftrag der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Arbeitsunterlage, 1975, S. 229

(127) Habermas, zit. nach Armbruster, Leisner,aaO., S. 23o

(128) ebenda

(129) R. Mayntz, Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde, zit. nach Armbruster, Leisner, aaO., S.

(13o) Osterland, u.a., aaO., S. 235

(131) Benedict, aaO., S. 82 f.

(132) siehe: Schmollinger, zit. nach Armbruster, Leisner, aaO., S. 1o1

(133) ebenda, S. 1o2

(134) Kaack, Geschichte und Struktur des westdeutschen Parteiensystems, zit. nach Armbruster, Leisner, aaO. S. 112

(135) ebenda

(136) I. Raschke, Die innerparteiliche Opposition, Die Linke in der Berliner SPD, Hamburg 1974, zit. nach Armbruster, Leisner, aaO., S. 124

(137) Armbruster, Leisner, aaO., S. 161

(138) H.E. Bahr, Politisierung des Alltags, zit. nach Armbruster, Leisner, aaO., S. 163

(139) R. Mayntz, Soziologie der Organisation, zit. Armbruster, Leisner, aaO., S. 163

(14o) ebenda, S. 164

(141) ebenda, S. 165

(142) Osterland, aaO., S. 262

(143) Armbruster, Leisner, aaO., S. 261

(144) Hüwel, Tunnat, aaO., S. 129

(145) DWIF, Ausflugsverhalten und Wochenendausflüge in die Umgebung, München 1972, zit. nach Hülsen, aaO., S. 33

(146) Ruppert, Maier, in:Informationen 2/1969, zit. Hülsen, aaO., S. 33

(147) J. Albrecht, Untersuchungen zum Wochenendverkehr der Hamburger Bevölkerung, Teil A, S. 2o

(148) DWIF, zit. nach Hülsen, aaO., S. 33

(149) W. Ruske, A. Stein, Angebot und Nachfrage im Wochenendverkehr, in: RfRo, 4/1973, S. 194 f

(15o) Hülsen, aaO., S. 36

(151) J. Maier, Zur Vorausschätzung von Freizeit und Erholung, in: RfRo 5/1974, S. 2o5

(152) K. Schaechterle, M. Wermuth, Der Urlaubsreiseverkehr in der BRD und seine Überlagerung durch den Naherholungsverkehr im Süddeutschen Raum, in:RfRo 5/6,1973, S. 219

(153) Statistisches Jahrbuch 1975, S. 989

(154) J. Albrecht, Untersuchungen..., S. 34

(155) ebenda, S. 63

(156) ebenda, S. 74

(157) ebenda, S. 68

(158) ebenda, S. 79

(159) Ruske, Stein, Angebot und Nachfrage..., S. 194

(16o) L. Czinki, Konsequenzen aus der Freizeitentwicklung für die ERholungsplanung, in: Der Landkreis 8/9 1969,, S. 265

(161) Sombart, in einer Sendereihe des SDR, zit. nach Freizeit '72, S. 87

(162) K. Ganser, Prognosen für die Naherholungsplanung, S. 261

(163) Hittmaier, zit. nach Osterland u.a., aaO., S.387

(164) EMNID Freizeitbefragung, in: Der Spiegel 8/1975

(165) Institut für Demoskopie, Allensbach, Jahrbücher der öffentlichen Meinung 1968 - 1973, S. 49

(166) R. Hülsen, aaO., S. 43

(167) M. Osterland, aaO., S. 267

(168) A. Koch, Der Urlaubsreiseverkehr, München 196o, zit. nach Hülsen, aaO., S. 46

(169) EMNID-Freizeitbefragung, in: Der Spiegel 8/1975

(17o) ebenda

(171) M. Osterland u.a., aaO., S. 272

(172) Institut für Demoskopie, Allensbach, aaO., S. 51

(173) Urlaub auf dem Bauernhof, Bonn 1972, S. 51

(174) ebenda, S. 26

(175) B. Heinlein, Familienreisen in Deutschland, DWIF, Heft 26, München 1972, S. 85

(176) R. Hülsen, aaO., S. 53

(177) zit. nach Die Zeit v. 11.3.1976

(178) AGRA-Reiseanalyse 1971, Starnberg 1972, zit. nach Hülsen, aaO., S. 56

(179) H. Rendell, H. Roskam, Sport und Freizeit in ärztlicher Sicht, in: Schmitz-Scherzer, Freizeit, Frankfurt a.M. 1974, S. 148

(18o) ebenda, S. 151

(181) G. Lüschen, Sport und Kultur, in: E.K. Scheuch, Meyersohn aaO., S. 295

(182) zit. ebenda, S. 297

(183) M. Osterland, aaO., S. 248

(184) TIME '74, Gfk, aaO., S. 15a

(185) EMNID-Freizeitbefragung, in: Der Spiegel 7/1975

(186) ebenda

(187) siehe hierzu: EMNID/SVR, Tabellenband, S. 129,13o

(188) ebenda

(189) Hüwel, Tunnat, aaO., S. 135

(19o) EMNID/SVR, aaO., S. 125

(191) EMNID-Freizeitbefragung, in: Der Spiegel 7/1975

(192) LOGON-Freizeiteinrichtungen in der BRD 198o, zit. nach: Der Spiegel 7/1975

(193) E.K. Scheuch, Soziologie der Freizeit, aaO., S. 763

(194) siehe: Der Spiegel 5/1975

(195) siehe: Der Spiegel 8/1975, S. 111

(196) G. Lippold u.a., Das Zeitbudget..., S. 93

(197) H. Pross, Die Wirklichkeit der Hausfrau, Reinbek bei Hamburg 1976

(198) siehe: Tagesspiegel v. 28.3.1973

(199) H. Pross, aaO., S. 129

(2oo) ebenda, S. 115

(2o1) ebenda, S. 134

(2o2) ebenda, S. 233

(2o3) ebenda, S. 241

(2o4) ebenda, S. 241

(2o5) ebenda, S. 215

(2o6) H.P. Bleuel, Alte Menschen in Deutschland, München 1975, S. 15

(2o7) H. Kohl, Freizeitpolitik für ältere Menschen, in: WSI-Mitteilungen 7/1974, S. 276

(2o8) ebenda, S. 277

(2o9) Bleuel, aaO., S. 1o3

(21o) Hochrein, Schleicher, Vorschläge für eine gesunde Lebensführung der älteren Menschen, Zeitschrift für Gerontologie, 2/1968

(211) Bleuel, aaO., S. 57

(212) ebenda, S. 61

(213) A.T. Welfard, Ältere Menschen in der Industriearbeit, zit. nach Bleuel, aaO., S. 65 f.

(214) siehe: WSI-Mitteilungen 2/1974, S. 263

(215) ebenda, S. 265

(216) Bleuel, aaO., S. 119

(217) siehe ebenda, S. 12o

(218) Statistisches Jahrbuch 1975, Abschn. 25.4

(219) Bleuel, aaO., S. 139

(22o) Bleuel, aaO., S. 23o

(221) siehe: WSI-Mitteilungen 7/1974, S. 267

(222) ebenda, S. 268

(223) siehe: Bleuel,aaO., S. 149

(224) O. Blume, Alte Menschen in der Großstadt, in: Schmitz-Scherzer, aaO., S. 27o

(225) siehe: Bleuel, aaO., S. 235

(226) ebenda, S. 152

(227) O. Blume, aaO.,S. 271

(228) ebenda, S. 27o ff.

(229) Infas, Freizeitverhalten - eine Sekundäranalyse, S. 68 f

(23o) O. Blume, aaO., S. 275

(231) F. Beske, Die Art der Beschäftigung alter Menschen in Altersheimen, in: Schmitz-Scherzer, aaO., S. 277 f

(232) G. Kiesau u.a., Die Lebenslage älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Köln 1976, S. 291 ff.

(233) Osterland u.a., aaO., S. 246

(234) E.K. Scheuch, Freizeit heute..., aaO., S. 22

(235) EMNID/SVR, aaO., Bd. 1, S. 242

(236) ebenda, S. 251

(237) Schmitz-Scherzer, aaO., S. 169

(238) Schmitz-Scherzer, aaO., S. 184

(239) R. Wippler, Freizeitverhalten: Ein multivariater Ansatz, in: Schmitz-Scherzer, aaO., S. 91 ff.

(24o) ebenda, S. 97

(241) B. Bernstein, Elaborierte und restringierte Codes, in: ders., Soziale Struktur, Sozialisation und Sprachverhalten, Amsterdam 197o, S. 1o1

(242) B. Bernstein, Ein Soziolinguistischer Ansatz zur Erforschung sozialen Lernens in: ders., Studien zur sprachlichen Kommunikation, Amsterdam 1972, S. 247

(243) Danziger, Sozialisation, 197o, S. 39 ff.

(244) zit. nach Danziger, aaO., S. 39

(245) Oevermann, Schichtenspezifische Formen des Sprachverhaltens und der Einfluß auf kognitive Prozesse, in: H. Roth, Begabung und Lernen, Bd. 4, 1968, S. 297-386

(246) M. Kohn, Social class and parental values, in: Am. Soc. Rev. 31/1966, S. 466-479

(247) R. Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie, Berlin 1967, S. 73 f.

(248) Cohen, Hodges; Characteristics of the lower blue-collar-class, in: Social Problems 1o/1963, S. 3o3-334

(249) U. Oevermann, Sprache und soziale Herkunft, Neuauflage, Berlin 1972, S. 146

(25o) K. Roy, Parents Attitudes towards their children, in: J. Home Economy 42/195o, S.652-653

(251) W.C. Becker, Consequences of different kinds of parental discipline, in: M.L. Hoffmann (ed) Review of child development research, N.Y. 1964, S. 169-179

(252) K.H. Hörning, Der neue Arbeiter, Frankfurt a.M. 1971, S. 9

(253) Lockwood, Goldthorpe, the affluent worker, in: Industrial Attitudes and Behaviour, London 1968,zit.nach Hörning, a.a.O.,S.1o

(254) ebenda, S. 15

(255) R.M. Hamilton, Verhaltensweisen und Wertorientierungen von Facharbeitern, in: Hörning, aaO., S. 149

(256) M.S. Schumann, Am Beispiel der September-Streiks: Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse? , in: Hörning, aaO., S. 235

(257) A. Hillert, Gleitende Arbeitszeit - ein Weg in die Zukunft, Bad Wörrishofen 1971, S. 49

(258) Sozialpolitische Nachrichten v. 28.1.1974, S. 11

(259) E. Stollenz, Arbeitsmedizinische Bedenken gegen die 4-Tage-Woche bei Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, Landespressedienst Berlin, 29.11.1971

(26o) N. Hedges, A look at the 4-day workweek, zit. nach: B. Teriet, Möglichkeiten der Arbeitszeitverteilung und der Arbeitszeitflexibilität, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1974, S. 418

(261) J. Klemp, A. Klemp, Arbeitszeitverteilung und Freizeitgestaltung i.A. der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Berlin, 1974, S. 73

(262) J. Jüchser, Die gleitende Woche, Institut für Städtebau, Berlin 1972, siehe auch: Bauwelt 4/197o, Die Gleichzeitigkeit in unseren Städten.

(263) V.R. v. Bieberstein u.a., Szenarios über zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten von Freizeit und ihre Folgen, Hrsg. BMJFG, Stuttgart 1976, S. 43 f.

(264) siehe G. Rehn, Die Verbindung von Arbeit, Bildung und Freizeit in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1974, S. 432

(265) Infas, Freizeitverhalten - eine Sekundäranalyse, S. 11

(266) ebenda, S. 1o

(267) ebenda, S.

(268) J. Jüchser, aaO., S. 4

(269) Wenngleich Einigkeit darüber besteht, daß berufliche und gesellschaftspolitische Themen gleichermaßen in BU-Programme aufgenommen werden sollen, überwiegen besonders bei Veranstaltungen in betriebseigenen Bildungseinrichtungen die beruflich qualifizierenden Themen; siehe R. Mairose, Das HOAG-Modell der HWP in: Bildungsurlaub konkret, Bericht über eine Tagung der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 1974, S. 7 f.

(27o) ebenda, S. 16

(271) G. Rehn, aaO., S. 424 ff.

(272) ebenda, S. 423

(273) ebenda, S. 422

(274) U. Mergner, Technisch-organisatorischer Wandel und Belastungsstruktur, in: R. Kasiske (Hrsg.) Gesundheit am Arbeitsplatz, Reinbek b. Hamburg 1976, S. 16

(275) siehe z.B. W. Rohmert, J. Rutenfranz, Arbeitswissenschaftliche Beurteilung der Belastung und Beanspruchung an unterschiedlichen industriellen Arbeitsplätzen, Hrsg. BMAS 1975, S. 31 ff. S. 51 f.

(276) P. Schneider, Die Frauen bei Bosch; M. Herzog, Akkordarbeiterinnen bei AEG-Telefunken, in: Kursbuch 21/197o

(277) Schichtarbeit, Hrsg. U. Birkner u.a., Frankfurt a.M. 1973

(278) U. Mergner, aaO., S. 18

(279) RKW (Hrsg.) Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der BRD, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1973, S. 216 ff.

(28o) Th. Hettinger, Stärker belastet als ein Fußballstar, in: Der Gewerkschaftler, 1975, S. 146

(281) M. Osterland, u.a., aaO., S. 78

(282) O. Mickler, Technik, Arbeitsorganisation und Arbeit, SOFI-Forschungsbericht, Göttingen 1975, S. 46o f.

(283) U. Mergner, aaO., S. 25

(284) R. Singer u.a., Beanspruchung des Menschen bei Überwachungs-Kontroll- und Steuertätigkeiten in der Industrie, in: Arbeitsmedizin, Sozialmedizin, Arbeitshygiene 1969, zit. nach Mergner, aaO., S. 25

(285) ebenda

(286) siehe: I. Gleiss u.a., Soziale Psychiatrie, Frankfurt a.M. 1974

(287) siehe ebenda

(288) A. Bunz, R. Jansen, K. Schacht, Qualität des Arbeitslebens, Hrsg. BMAS, Bonn 1974

(289) U. Mergner, aaO., S. 25

(29o) U. Jaeggi, H. Wiedermann, Der Angestellte im automatisierten Büro, Stuttgart 1973, S. 151

(291) W. Fricke, Auf dem Weg zur Dienstleistungsindustrie, Frankfurt a.M. , S. 144

(292) W. Pöhler, Thesen zur Entwicklung der Arbeitsbedingungen im Angestellten- und Verwaltungsbereich, Arbeitspapier der DGB-Konferenz 1974, aaO.

(293) W. Pöhler, ebenda

(294) M. Dobberthin, Zwischen Gesundheitssicherung und Hausfrauenideologie, in: Kasiske,aaO., S. 138 ff.

(295) ebenda, S. 144 f.

(296) A. Stein. Zur Frage der Belastung berufstätiger Frauen durch Nacht-und Schichtarbeit, Diss. München 1964, S. 29 ff., zit. nach Kasiske,aaO., S. 147

(297) Dobberthin, aaO., S. 151

(298) H. v. Hentig, Freizeit als Befreiungszeit, in: Bauwelt 43/1969 Habermas, Soziologische Notizen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit in: Giesecke, Freizeit- und Kosnumerziehung, Göttingen 1968, S. 122

(299) Als Folge der Arbeitshumanisierung bei "General Foods" wird eine stärkere Aktivität der Arbeiter an öffentlichen Angelegenheiten bemerkt. Berufliche Kompetenzerweiterung führt demnach zu politischen Forderungen und Engagement; E. Ginzberg, zit. nach E. Uhlich u.a., Neue Formen der Arbeitsgestaltung, Frankfurt a.M. 1973, S. 113

(3oo) L.M. Orzack, Work as a central life interest, zit. nach H. Lüdtke, aaO., S. 6o

(3o1) ebenda, S. 61

(3o2) ebenda

(3o3) siehe L. Klein, New Forms of work organisations, Bericht an die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Summary, London 1974

(3o4) F. Vilmar, Menschenwürde im Betrieb, Reinbek b. Hamburg, 1973, S. 22

(3o5) ebenda, S. 21, - dieser Diskussionsstand ist auch heute noch nicht überholt!

(3o6) ebenda, S. 37

(3o7) siehe L. Magri, Räte im Spätkapitalismus, in: "Politikon" , S. 515, zit. nach Vilma, aaO., S. 49

(3o8) H. Kern, M. Schuhmann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt a.M. 197o, Bd. 1, S. 67

(3o9) Osterland u.a., aaO., S. 55

(31o) U. Jaeggi, Computer und Angestellte, Frankfurt a.M. 1971, Bd. 2, S. 491

(311) G. Leminsky, Gewerkschaftliche Ansatzmöglichkeiten zur Humanisierung der Arbeit, in: WSI-Mitteilungen 2/1974, S. 56-61

(312) siehe: Der Stern, 19/1976

(313) F. Vilmar, aaO., S. 188

(314) Leminsky, aaO., Der Aspekt der Berücksichtigung künftiger Arbeitsbedingungen und sozialer Beziehungen bei der Vorbereitung von Investitionen und Produktion i.V.m. eine "Normierung der materiellen Arbeitsbedingungen".....in Abhängigkeit vom gegenwärtigen Entwicklungsstand ("Normative") wird auch von F. Heinrich betont.(Probleme bei der planmässigen Gestaltung persönlichkeitsfördernder Arbeits- und Lebensbedingungen im sozialistischen Industriebetrieb, in: wiss. Zeitschrift der TU Dresden 2/1975, S. 291-294)

(315) R.U. Sprenger, S. Papadopoulos, Der Sozialpolitische Beitrag der Wirtschaft zur Freizeitgestaltung der Arbeitnehmer, IFO-Studie zur Industriewirtschaft, München 1973

(316) Dies gilt z.B. für sozialökologische Studien über den Zusammenhang von städtischer Umwelt und Formen abweichenden Verhaltens (i.S. eines"ökologischen Fehlschlusses"). Effekte von Strukturänderungen im ländlichen Raum auf Sozialverhalten wurden besonders von B. v. Deenen u.a. (Hrsg.), Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern 1952 und 1972, i. A. des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Schriftenreihe der Gesellschaft für Agrarentwicklung e.V., Bonn, o.J. (1974?) und W. Heidtmann (Strukturverbesserung und Sozialverhalten in ländlichen Gemeinden, Düsseldorf, 197o) untersucht.

(317) U. Planck, Die Landgemeinde, Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Hannover 1971, S. 8 f. Hier werden besonders die Gegensatzpaare

Gemeinschaft	-	Gesellschaft (F. Tönnies)
mechanische	-	organische Solidarität (E. Durkheim)
Ort der Beharrung	-	der Bewegung (H. Riehl)
Primärgruppen	-	Sekundärgruppen (Ch. Cooley)
Volkskultur	-	Stadtkultur (R. Redfield)
einfache	-	komplexe Gesellschaft (P. Fichte)

sowie romantisierende Bewertungen, die dem Land nur positive Eigenschaften (gesund, natürlich, gewachsen ...) und der Stadt die komplementären negativen Eigenschaften zuschreiben, hervorgehoben. Siehe auch: H. Kötter, Stadt-Land-Soziologie, in: Handbuch für empirische Sozialforschung, Bd. 2, Köln 1969, S. 6o4 ff.

(318) H. Kötter, a.a.O., S. 616

(319) So fanden B. v. Deenen u.a., a.a.O., deutliche Typen stagnierender und wachsender Dörfer, letztere besonders im Umkreis von Verdichtungsräumen. H. Schwedt (Kulturstile kleiner Gemeinden, Tübingen 1968, S. 18) betont die großen Differenzen der Intensität öffentlichen Lebens in aktiven bzw. passiven Gemeinden, was u.a. Anteile der Vereinsteilnahme (9,5 - 46,4%) widerspiegeln (a.a.O., S. 138)

(32o) Siehe H. Schwedt, a.a.O.; G. Berkenbrink, Wandlungsprozesse einer dörflichen Kultur, Göttingen 1974.

(321) Planck, a.a.O., S. 14 und S. 29; siehe auch 1.5.

(322) Siehe Bundesraumordnungsprogramm v. 25.7.1974, S. 15.

(323) Informationen zur Raumordnung 1/1976, S. 57 und S. 65 ff.

(324) Informationen zur Raumordnung 1o/11,1974, S. 393.

(325) D. Affeld, Spezielle Anforderungen an den ländlichen Raum durch verschiedene Freizeitfunktionen, in: Freizeit und Erholung in diesem Jahrzehnt, Anspruch an den ländlichen Raum, Hannover 1973, S. 32 ff.

(326) D. Affeld u.a., Modellplanung für eine Freizeitgemeinde, i.A. der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz 1971, W. Mrass, Die mögliche Wandlung des Dorfs zum Freizeitzentrum, in: Der Landkreis 8/9, 1969, S. 3oo ff., Welche Chancen haben unsere Dörfer? o.V., in: Raum und Siedlung 4/197o, S. 85 ff.

(327) z.B. M. Henze, Ferien auf dem Lande, in: Der Landkreis 8/9, 1971, S. 334 ff. und weitere Beiträge ebenda.

(328) z.B. G. Turowski, G. Strassert, Ein nutzwertanalytischer Ansatz für die Freizeit und Fremdenverkehrsplanung, in: RfRo 1/1972, S. 27 ff., W. Mrass, Ermittlung ...., G. Turowski, Bewertung und Auswahl von Freizeitregionen, Karlsruhe 1972.

(329) siehe: RfRo 4/1973

(33o) z.B. J. Meyer, Fremdenverkehr und Regionalentwicklung, Diss. Univ. Bonn 1973, J. Klaus, Freizeitnutzen und wirtschaftsfördernder Wert von Naherholungsprojekten, Berlin 1975.

(331) A. Ahrendt, Freizeit in einer Kleinstadt, in: Freizeitpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden, Freizeitkongreß, a.a.O., S. 93.

(332) Eine Ausnahme bildet die Untersuchung von E. Platz, Freizeitverhältnisse und Freizeitverhalten der Jugend auf dem Lande, Diss. Univ. Hohenheim 1973, Platz hebt besonders die sozialintegrative Kraft ländlichen Vereinswesens, einen starken Hang zur Geselligkeit im Freundes- und Familienkreis, den Einfluß des geringen Bildungsniveaus und eine noch stärkere geschlechtsspezifische Ausdifferenzierung des Freizeitverhaltens hervor. Für die erwachsene Bevölkerung dürften familienzentrierte, traditionelle und ritualisierte Weisen der Freizeitverbringung große Bedeutung haben (sonntäglicher Kirchgang, Kneipe, Essen, Besuche). Siehe auch 4.1.2. Punkt 3,4.

(333) siehe Raumordnungsbericht 1974, S. 1o3.

(334) Logon-Freizeithandbuch, Auszug, München 1974, S. 31 f.

(335) siehe D. Affeld u.a., Modellplanung ..., S. 35 ff.

(336) ebenda, S. 4o f.

(337) E. Zurek, Schätzung des voraussichtlichen Bedarfs an landwirtschaftlicher Nutzfläche 1975, 198o und 1985, in: Raumordnungsbericht 1972, S. 184.

(338) Raumordnungsbericht 1974, S. 52.

(339) W. Mrass, Die mögliche Wandlung ..., S. 3o1.

(34o) H. Schulze-Göbel, Fremdenverkehr in ländlichen Gebieten Nordhessens, zit. nach: K. Schäfer, K. Lange, Funktionsmodelle ländlicher Gemeinden, Schriftenreihe für Flurbereinigung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Wiesbaden 1973, S. 82. Der kommunikationsfördernde Effekt "dörflich-gemütlicher" Umgebung läßt sich auch an Dorfimitationen für gewerbliche Zwecke ablesen. (Z.B. "Ku'dorf" in Berlin, gastronomischer Bereich des deutsch-französischen Volksfestes in Berlin.)
H.G. Priefer betont in diesem Zusammenhang, daß die Umwidmung stillgelegter landwirtschaftlicher Flächen (Grenzertragsböden) "für Zwecke der Freizeitgesellschaft" kaum öffentliche Mittel erfordere und weitgehend der Privatinitiative überlassen werden kann, gleichzeitig solle die öffentliche Hand Flächen für den "Landbedarf der Allgemeinheit" aufkaufen. Diese Unterteilung erscheint problematisch, da hierdurch eine weitere Kommerzialisierung des Freizeitbereichs gefördert wird und soziale Gruppen über ökonomische und räumliche Barrieren benachteiligt werden. Demgegenüber sollte die öffentliche Hand selbst in verkehrsmäßig erschlossenen Gebieten Freizeitbereiche organisieren. (H.G. Priefer, Die Überführung landwirtschaftlicher Nutzfläche in nicht mehr produzierende Flächen, in: W. Ernst, R. Thoss (Hrsg.) Funktion und Nutzung des Freiraums, Münster 1973, S. 64.)

(341) Freizeit und Erholung in diesem Jahrzehnt ..., S. 87 ff.

(342) M. Henze, Ferien auf dem Lande,..., S. 334.

(343) siehe W. Mrass, Ermittlung ...,

(344) H. Raten, D. Uthoft, Die Raumrelevanz touristischer Großprojekte in: RfRo 1/1975, S. 18 ff.

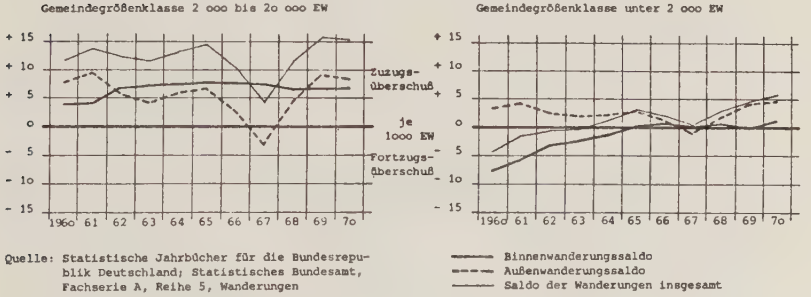
(345) Auf eben diese Zielsetzungen ("Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Teilräumen") ist die Raumordnungspolitik, wie sie sich aus dem Auftrag des Bundesraumordnungsgesetzes von 1965 ableitet, ausgerichtet. F. Lenz-Romeiss weist darauf hin, daß die Politik der Konzentration und Zentralisation der Freizeiteinrichtungen im Widerspruch zumfreizeitpolitischen Ziel der "Chancengleichheit" steht, da zwar Einzugsradien der Angebote vergrößert werden, aber gleichzeitig den nicht-mobilen Gruppen umständlichere Anfahrtswege zugemutet werden -auch wenn ÖNV zur Verfügung steht- und die zentralisierten Angebote zahlreiche "Ausgaben" nahelegen, selbst wenn keine Eintrittspreise verlangt werden. (Die Leerformel der Freizeitpolitik, in: Freizeit als gesellschaftliche Aufgabe, hrsg. von H.W. Opaschowski, Düsseldorf 1976, S. 61 f.)

(346) siehe: N. Calder, Vor uns das Paradies? Frankfurt/M. 1973, S. 165 ff., E. Goldsmith, R. Allen; Planspiel zum Überleben, Stuttgart 1972, S. 42 ff.

(347) Bemerkungen zur Raumordnungspolitik aus industrieller Sicht, in: Der Landkreis 1965, S. 362.

(348) K. Schäfer, K. Lange, a.a.O., S. 2o f; B. v. Deenen u.a. (a.a.O., S. 225) stellten fest, daß sich der Ausstattungsindex aller untersuchten Dörfer zwar verbessert habe, die infrastrukturellen Disparitäten jedoch relativ dieselben blieben und sich im Bildungsbereich teilweise sogar verstärkten.

(349) ebenda, S. 92, Die"infrastrukturelle Austrocknung" nicht-zentraler Gemeinden zeigt sich daran, daß die Investitionen (pro Einwohner und absolut) für die soziale Infrastruktur in Gemeinden unter 3.000 Einwohner im Durchschnitt 1967 - 1971 am niedrigsten, in Orten von 10.000 - 50.000 (Mittelzentren) und 3.000 - 10.000 (Unterzentren) dagegen am höchsten waren. Betrachtet man die Pro-Kopf-Investitionen im Zeitablauf, so zeigt sich in fast allen Gemeinde-Größenklassen eine Annäherung an die Jahresdurchschnittswerte aller Größenklassen. Nur die Gemeindegrößenklasse unter 3.000 Einwohner weicht mit wachsend geringeren Investitionen weiter vom Durchschnitt ab.
(G. Friedemann, Soziale Infrastruktur in den Gemeinden, Bestandsentwicklung 1960 - 1971, DiFU, Berlin 1975, S. 64, S. 66.)
Gleichzeitig läßt sich in den letzten Jahren ein Rückgang des Wanderungsverlustes von Kleingemeinden feststellen, der zusätzlich zum erklärten "Beharrungswillen" der Bewohner Anlaß geben müßte, das zentrale Orte-Modell zu überdenken.



Quelle: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland; Statistisches Bundesamt, Fachserie A, Reihe 5, Wanderungen

(350) G. Isbary, Die funktionalen Beziehungen innerhalb der Region, zit. nach Schäfer/Lange, a.a.O., S. 23.

(351) G. Hennings, Infrastrukturpolitische Ziele und öffentliche Förderung für Nicht-Schwerpunktsiedlungen?, in: Innere Kolonisation 4/1972, S. 97.

(352) Ch. Kuessner, W. Heidtmann, Dorferneuerung in der Diskussion von Wissenschaft und Praxis, Materialsammlung der ASG Nr. 85, Göttingen 1969, S. 4 f.
Diese Maßnahmen werden jedoch zunehmend auf die "Förderungsschwerpunkte" der zentralen Orte beschränkt.

(353) E. Oppermann, Die Standortwahl für vereinfachte Betriebe, in: Innere Kolonisation 1965, zit. nach Kuessner/Heidtmann, S.80.

(354) E. Herzner, Grundgedanken zur städtebaulichen Ordnung im ländlichen Nahbereich, Hrsg.: Niedersächsische Zentrale für politische Bildung, Hannover 1965, S. 96.

(355) Das Haus mit Garten - Eine empirische Untersuchung über Verhalten und Einstellungen von Kleinsiedlern, i.A. des BMBau, Schriftenreihe "Städtebauliche Forschung", Bonn 1975.

(356) U. Planck, a.a.O., S. 88 f.

(357) Agrarbericht 1973, BT-Drucksache 7/146, S. 9.

(358) analysen und prognosen 44/1976.

(359) Statistisches Jahrbuch 1975, S. 488.

(36o) B. v. Deenen, Lebensverhältnisse ..., S. 84.
Parallel dazu ging die Zahl der außerlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten deutlich zurück, was den Hauptgrund der erhöhten Pendlerzahl bildet (S. 78).

(361) M. Kuhl-Greif, Probleme der Bevölkerung in kleinen Gemeinden, Frankfurt/M., 1973, S. 21.

(362) W. Heidtmann, a.a.O., S. 7, S. 59.

(363) ebenda, S. 47, S. 33.

(364) B.v.Deenen, a.a.O., S. 1o3.

(365) U. Planck, Landjugend im sozialen Wandel, München 197o, S. 66, (siehe auch 5.2.2.).

(366) Raumordnungsbericht 1974, S. 99.

(367) Die Arbeitslosigkeit im Kreis Wolfenstein (Bayerischer Wald) betrug im März 1969 28,4 % gegenüber dem Landesdurchschnitt von 1,7%, Roth, a.a.O., S. 187.

(368) Das Wohnen in der Bundesrepublik, Hrsg.: Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn, 1975, S. 16;
Ch. Kuessner, W. Heidtmann, Dorferneuerung ..., S. 77.

(369) Heidtmann, a.a.O., S. 25.

(37o) B.v. Deenen u.a., a.a.O., S. 96 und W. Walter, ebenda, S. 332 sowie Raumordnungsbericht 1972, S. 58.

(371) Das Wohnen in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 39.

(372) RDM - Preisspiegel für Wohnungsmieten, Stand 1976, in: Handelsblatt v. 2o.3.76.

(373) J. Roth, a.a.O., S. 186.

(374) Heidtmann, a.a.O., S. 33.

(375) Raumordnungsbericht 1974, S. 85.

(376) Das Wohnen in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 6o.

(377) B.v. Deenen, a.a.O., S. 2o5, S. 228.

(378) D. Kanzlerski, Verkehrsverhalten, Verkehrsbedürfnisse und Organisationsformen im öffentlichen Personennahverkehr ländlicher Räume, in: Informationen zur Raumordnung Heft 4/5, 1976, S. 225 ff; hierzu auch: R. Helfrich, Verkehrsbedienung ländlicher Räume im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr, Abs. III, in: Die strukturgerichte Verkehrsbedienung ländlicher Räume, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1969, S.134ff.

(379) siehe hierzu: K. Schäfer, K. Lange, Funktionsmodelle ..., S. 53ff.

(38o) D. Kanzlerski, a.a.O., S. 232f.

(381) Telekommunikationsbericht, Hrsg.: Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, Bonn 1976, S. 32, S. 62.

(382) B.v. Deenen u.a., Lebensverhältnisse ..., S. 97.

(383) siehe: H. Krauch, Computerdemokratie, München 1973.

(384) H. Oswald, Die überschätzte Stadt, Olten, Freiburg 1966, S.192.

(385) B.v. Deenen u.a., Lebensverhältnisse ..., S. 271.

(386) zit. nach H. Schwedt, Kulturstile ..., S. 19.

(387) G. Berkenbrink, Wandlungsprozesse ..., S. 131.

(388) H. Schwedt, Kulturstile ..., S. 39, S. 121.

(389) Während die prozentualen Anteile der Bereiche Schule, soziale Angelegenheiten, Gesundheit an den Sachinvestitionen in allen Gemeindegrößenklassen im Durchschnitt 1967 - 1971 relativ ausgeglichen sind, weist der Bereich Kultur zwischen Gemeinden unter 3.ooo Einwohner (1,8 %) und über 2oo.ooo E (8,4 %) große Differenzen auf. (G. Friedemann, Soziale Infrastruktur ..., S. 67)
Die kulturelle Einheit des Dorfes wird auch in Regional- und Landesentwicklungsplänen kaum als historischer Wert anerkannt und bei Planungsmaßnahmen berücksichtigt.

(39o) E. Neef, Das Problem der zentralen Orte, zit. nach Schwedt, a.a.O., S. 1oo.

(391) H. Schwedt, a.a.O., S. 1o2 f.

(392) E. Pfeil (Großstadtforschung, Hannover 1972, S. 135 ff) referiert Ergebnisse der "Landfluchtursachenforschung" und "selektiven Wanderung". Hiernach hat ein Großteil der Mobilität heiratsbedingte Ursachen (ca. 5o %), die übrigen ländlichen Emigranten erscheinen zum Teil als negative (Großstadt als Fluchtpunkt der Entwurzelten, Furcht vor der Härte des Landleben) zum Teil als positive Selektion der Landbevölkerung. ("Die Bildungswilligen, Tüchtigsten und Fähigsten verlassen das Land".)
Empirische Ergebnisse bestätigen eher die letzte Hypothese. Befragungen tatsächlich Abgewanderter ergaben, daß junge, unverheiratete Personen sowie solche mit qualifizierter Schul- und Berufsausbildung überrepräsentiert sind. Gleichzeitig erfolgt die Abwanderung "etappenweise": nur 16 % der Abwanderer ziehen direkt in Mittel- und Großstädte, über 5o % bleiben in der näheren Umgebung:

Zielorte der Abwanderer nach der Zentralitätsstufe

	%
— ländliche Gemeinden der Umgebung	21
— zentrale Orte des Kreises und der näheren Umgebung	34
— ländliche Gemeinden sowie Klein- und Unterzentren außerhalb der Untersuchungsgebiete	29
— übrige Mittel- und Großstädte	16

Raumordnungsbericht 1972, S.6o.

(393) K. Meyer, Ländlicher Raum, zit. nach U. Planck, Die Landgemeinde, S. 51.

(394) K. Pipping, Soziale Veränderungen in den finnischen Schären, in: R. König (Hrsg.), Soziologie der Gemeinde, Köln und Opladen 197o, S. 26. Diese Untersuchung ist aufgrund des verschiedenen sozio-kulturellen Hintergrunds allerdings nur bedingt übertragbar.

(395) U. Planck, Die Landgemeinde, S. 3o.

(396) H. Schwedt, a.a.O., S. 71.

(397) E. Pfeil, a.a.O., S. 189.

(398) U. Planck, Die Landgemeinde, S. 38.

(399) ebenda, S. 41.

(4oo) O.W. Haseloff, Großstadt als Umwelt, in: ders., Die Stadt als Lebensform, Berlin 197o, S. 183.

(4o1) H.P. Bahrdt, Die moderne Großstadt, in: Haseloff, a.a.O., S. 146

(4o2) siehe hierzu: R. Mackensen, K. Lederer, Alternativen für die Verstädterung Europas, i.A. des BMBau, Schriftenreihe Städtebauliche Forschung, Bonn 1976; H.G. Helms, Die Stadt - Medium der Ausbeutung, in: Helms/Janssen (Hrsg.), Kapitalistischer Städtebau, Neuwied 1971; R.R. Grauhan, W. Linder, Politik der Verstädterung, Frankfurt 1974, S. 11.
H. Heuer betont aufgrund einer differenzierten Untersuchung sozio-ökonomischer Determinanten , daß eine allgemeine Theorie der Stadtentwicklung aufgrund der"nahezu allseitigen Interdependenz der zu erklärenden Prozesse" nicht entwickelt werden konnte. (H. Heuer, Sozio-ökonomische Bestimmungsfaktoren der Stadtentwicklung, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1975, S.311)

(4o3) H.J. Vogel, Die Amtskette - Meine 12 Münchner Jahre, München 1972, S. 3o5 ff., zit. nach Grauhan/Linder, a.a.O., S. 13 ff

(4o4) G. Albert, Was wird aus der Stadt? Aktuelle Fragen der Stadtplanung, München 1972, S. 1o5 f.

(4o5) siehe: M. Schumpp, Stadtbau - Utopien und Gesellschaft, Bauwelt Fundamente 32, Gütersloh 1972.
Interessant wäre in diesem Zusammenhang eine Analyse verschiedener Theorien des "community-power-approach", der zeigen könnte, wie nicht nur über Kapitalinteressen, sondern auch über Werthaltungen, Lebensstile, Habitus usf. die Gestaltung der städtischen Umwelt und auch konkreter Freizeiteinrichtungen im Sinne (mittel-)schichtenspezifischer Standards gesteuert wird.

(4o6) R.R. Grauhan, W. Linden, a.a.O., S. 15.
Die Autoren selbst fallen in der weiteren Darstellung jedoch auf eine Ebene abstrakt-politischer Argumentation zurück, anstatt politische Forderungen aus einer empirisch begründbaren Darstellung einzelner Teilbereiche abzuleiten.

(4o7) K. Zapf, Stadt am Stadtrand, Frankfurt/M 1969, S. 311, 253 - 265.
Ebenso stellte eine Untersuchung der Gropiusstadt eine starke unterdurchschnittliche ärztliche Versorgung (3o%) und mit Erholungsflächen im Vergleich mit Berliner Durchschnittswerten fest.
(D. Apel u.a., Soziologische Analyse der Gropiusstadt, DiFU 1974, S. 289.)
Die mangelnde Verkehrsanbindung der Trabantensiedlungen mit ÖNV verstärkt noch die negativen Effekte des übrigen Infrastrukturmangels auf Zeit-und Geldbudget,besonders für in der Mobilität eingeschränkte Gruppen (siehe analog hierzu S. 215).

(4o8) H. Schwippert, Freizeit und Wohnen - Freizeit und Freiraum, in: Schmitz-Scherzer, a.a.O., S. 189

(4o9) ebenda, S. 191 f.

(41o) Als Beispiel kann die Initiative "Jugenddorf" im Märkischen Viertel stehen, wo jegliche sinnvolle Freizeitangebote für die 16.ooo Kinder und Jugendlichen unter 2o Jahre fehlen. (Siehe Tagesspiegel v. 6.6.76, "Wir wollen unser Dorf bauen".)

(411) B. Dardel u.a., Städtischer Freiraum, Leo's Druckerei und Verlag, Behringsdorf, 1975, S. 68.

(412) M. Jacob-Goldeck, H. Jacob, Aspekte der Freizeitnutzung grünbestimmter Freiräume, in: Schmitz-Scherzer, a.a.O, S. 218

(413) Als Hochhäuser gelten Gebäude mit über 9 Geschossen und mindestens 32 Mietparteien.

(414) D. Schubert, Die Angst des Kindes vor dem Hochhaus, in: Deutsche Zeitung v. 4.1.1974, zit. nach: DiFU, Soziologische Analyse..., S. 114; Bundestagsdrucksache 7/1758

(415) U. Herlyn, Wohnen im Hochhaus, Stuttgart, Bern 197o, S. 147 ff.

(416) B. Frommes, in: Sinn und Grenzen des Hochhauses, S. 638, zit. nach: M. Langkaufer, H. Tank, Ziele für den Städtebau in Ballungsgebieten, i.A. des BMBau, Schriftenreihe Städtebauliche Forschung, Bonn 1974, S.3o.

(417) M. Zwick, Soziale Funktionalität industriell gefestigter Stadtbausysteme, i.A. des BMBau, Schriftenreihe Städtebauliche Forschung, Bonn 1974, S. 76.

(418) ebenda, Zwick hebt hervor, daß auch die Freietagen einen Mindestausstattungsstandard aufweisen müssen, um von den Bewohnern angenommen zu werden. Diese Beobachtungen zeigen auch, daß den Wohnwunschbefragungsergebnissen (Seite 7o) nur bedingte Gültigkeit zukommt.

(419) M. Langkaufer, H. Tank, a.a.O., S. 17

(42o) R. Neef, Die Bedeutung des Grundbesitzes in den Städten, in: Kursbuch 17/1972, S. 32 ff.
Empirische Daten, wie sich der Grundbesitz auf die 6oo.ooo Grundbesitzer in der BRD verteilt, sind nicht bekannt. Die gegenwärtigen Sanierungsvorhaben führen jedoch zu einer außerordentlichen starken Konzentration von Grund und Boden in der Hand der großen Wohnungsbaugesellschaften, da die Grundeigentümer kaum bereit sind, ihre Häuser selbst zu sanieren oder sich zu Sanierungsgemeinschaften zusammenzuschließen. Für Berlin ergab sich in einem typischen Wohngebiet (Friedenau) eine relativ starke Besitzstreuung (8o% Einzeleigentümer, ebenda S. 48), wogegen in den Geschäftsvierteln bereits über die Hälfte der Grundstücke im Besitz von Kapitalgesellschaften sind.

(421) H. Fassbinder, Bürgerinitiativen und Planungsbeteiligung im Kontext kapitalistischer Regionalpolitik, in: Kursbuch 27/1972, S. 72 f.

(422) Infas, Vergleichende City-Studie (Allg. Teil) S. 74, Tab. 24, Bonn-Bad Godesberg 1966; U. Herlyn, H.J. Schaufelberger, Innenstadt und Erneuerung, i.A. des BMBau, Schriftenreihe Städtebauliche Forschung, Bonn 1972, S. 76

(423) Der Effekt der Minderung der Wohnbevölkerung ist freilich nur ein Faktor, der den Freizeitwert der City mindert. Als weitere Auswirkungen der Flächensanierung ist die Zerstörung wohnungsnaher Arbeitsplätze sowie zahlreicher Einzelhandelsläden zu betonen, die ein wesentliches Merkmal der Funktionsvielfalt und eines reizvollen Straßenbildes ausmachen.
Die künftige Bedeutung der Sanierung für die Chancen einer "Wende im Städtebau" läßt sich an Berechnungen des Berliner Senats ablesen: 1961 wurden 43o.ooo Wohnungen als sanierungsreif eingestuft, jährlich sollten 4.ooo Wohnungen abgerissen werden. Es zeigte sich jedoch, daß die Sanierungsträger nicht annähernd in der Lage waren, die Planung zu erfüllen, 56.ooo Wohnungen im 1.Stadterneuerungsprogramm (bis Ende 1972) abzureißen. 1972 befanden sich erst 5o% des Baulandes in den Händen der Sanierungsträger, erst 8.125 Wohnungen waren abgebrochen und 4.938 neu errichtet worden. Für die Zukunft ist daher mit einer zunehmenden Überalterung der Bausubstanz zu rechnen. Im Jahre 2ooo wird es 34o.ooo sanierungsreife Wohnungen geben, die älter als 75 Jahre sind und damit als sanierungsbedürftig eingestuft werden. (Aus: E. Knebel, Ausländische Arbeiter als Sanierungsgehilfen, Preprint Serie P/75-23 des Wissenschaftszentrums Berlin, 1975.)

(424) H.W. Hämer, u.a., Kostenanalyse der Modellsanierung von Altbauten, i.A. des BMBau, Schriftenreihe Städtebauliche Forschung, Bonn 1976, S. 7, S. 25, S. 82, S. 1o9.

(425) ebenda, S. 87, S. 48
Bezogen auf eine "citygerechte Neubauförderung", die im Gegensatz zur Gewerbeansiedlung in der City noch positiv zu bewerten ist, wird in einer GEWOS-Studie eine Aufspaltung in objektbezogene Förderung, die einer Verdrängung des sozialen Wohnungsbaus auf Standorte mit geringeren Bodenwerten verhindern soll, und eine subjektbezogene Förderung, die die erhöhte Mietbelastung für die Bewohner ausgleicht, empfohlen. (GEWOS, Citynahes Wohnen, Hamburg 1975, S. 81 ff.)

(426) Die Ergebnisse von Herlyn beziehen sich auf Durchschnittswerte von 14 untersuchten Mittelstädten, a.a.O., S. 128, 138.

(427) siehe Nordrhein-Westfalen-Programm 1975, Düsseldorf 197o, S. 1o7 ff.

(428) F. Lenz-Romeiss, Freizeitpolitik im Wohnungs- und Städtebau oder die"Infrastrukturfalle", in: Freizeitpolitik ..., Freizeitkongreß Garmisch-Partenkirchen 1974, S. 149 - 152.

(429) H.A. Mittelbach, Freizeithausplanung und Freizeithausbau, in: Freizeit '72, a.a.O., S. 1o3; Die manipulativen Implikationen der Freizeitparks betont besonders H.W. Opaschowski: "Menschen in unserer Zeit verleugnen ihre eigenen Bedürfnisse und reagieren gehorsam auf die Signale der Freizeitindustrie". Die Ansichten von W. Mallins muten dagegen wie die Forderung nach einer noch perfekteren Illusions- und Traumwelt neben den Angeboten der Massenmedien an: "Die freie Zeit schafft ein physisches und psychisches Vakuum, welches durch die spielerische Kontrastwelt (der Spielhallen und Freizeitparks, der Verf.)

mit zeitweiliger, begrenzter Vollkommenheit gefüllt wird."
Als positive Effekte der Freizeitparks stellt D.M. Koesler an schwedischen Beispielen fest, daß in Städten mit "multifunktionalen,altersübergreifenden Allparks" die Jugendkriminalität um über 5o% zurückging.
(Aus: H.W. Opaschowski (Hrsg.), Freizeit als gesellschaftliche Aufgabe, DGF, edition freizeit, Düsseldorf 1976, S. 14o, S. 131 ff, S. 118 f,
Zum Kulturladen: H. Glaser, Kultur um die Ecke, ebenda, S. 1o5 ff.

(43o) U. Herlyn, H.J. Schaufelberger, a.a.O., S. 79 - 1o1

(431) H.W. Hämer u.a., a.a.O., S. 7

(432) E. Pfeil, a.a.O., S. 189 f

(433) Park (The growth of the city: an Introduction to a research project, Chicago 1924) fand folgende Zonenbildungen:
- Geschäftszentrum
- gemischte Zone (Industrie-, Slumquartiere)
- Zone der Arbeiterwohnungen
- Zone der Einfamilienhäuser
- äußere Pendlerzone (zit. nach A.W. Hawley, Theorie und Forschung in der Sozialökologie, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 4, Köln 1974, S. 51.)

H. Hoyt, The structure and growth of residential neigbourhoods in american cities, Washington 1953, zit. nach E. Pfeil, a.a.O., S. 187. Da die Ergebnisse dieser Arbeiten offensichtlich an bestimmte "naturwüchsige" Entwicklungsstadien der Städte (natural areas) gebunden sind und sich die Art des Städtewachstums in den USA nicht ohne weiteres auf die BRD übertragen läßt, soll auf diese Arbeiten hier nicht weiter eingegangen werden.

(434) E. Pfeil, a.a.O., S. 185 f; Berliner Statistik, Statistische Berichte (3), Ergebnisse für die stat. Gebiete von Berlin 1972; G. Niemeier, Braunschweig, Soziale Schichtung und sozialräumliche Gliederung einer Großstadt, in: ZRfRO, 1969.

(435) W. Andritzky, Zum sozialen Wohnungsbau in Berlin und seiner Beziehung zur Wohnsituation der ausländischen Arbeitnehmer, 1974, Seminararbeit FU-Berlin,sowie Expertengespräch mit Frau Bendorf vom Landeswohnungsamt Berlin 1976.

(436) Daten aus einer Sonderauswertung der Volkszählung 197o, Stat. La.Berlin 1976. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß dabei auch Ausländer erfaßt sind, die nicht den sog. Gastarbeitern zuzurechnen sind.

(437) E. Knebel, a.a.O., S. 26; J. Hoffmeyer-Zlotnik, Der Prozeß der Sukzession, Die Unterwanderung von Berlin-Kreuzberg, Diss. Univ. Hamburg 1976, S. 151 ff.

(438) siehe D. Apel, u.a., Soziologische Analyse der Gropiusstadt, S. 21, 31, 375 ff.

(439) H.P. Bahrdt, Das Problem der Entmischung in neuen Großquartieren und Entlastungsstädten, in: Seminar für Planungswesen an der TU Braunschweig, Nr. 14, 1976, S. 72.

(44o) Langkaufer/Tank, a.a.O., S. 33 f.

(441) Zit. nach: F. Fürstenberg, B. Scheuringer, Arbeitnehmerinteressen in der Regionalplanung, Schriftenreihe Kommunale Forschung in Österreich Nr. 15, Sonderdruck o.J., S. 49.

(442) Langkaufer/Tank, a.a.O., S. 38 f. Fürstenberg/Scheuringer stellen daher fest, daß Gebiete mit hohem Arbeiterteil in erhöhter Weise der Ausstattung mit Freizeiteinrichtungen aller Art bedürfen. (a.a.O, S. 51)

(443) H.P. Bahrdt, Die moderne Großstadt, Reinbek b.Hamburg 1961, S. 36 ff

(444) F. Lenz-Romeiss, Freizeitplanung, in: Bauwelt 63/1972, 25/26, S.1o6

(445) E. Pfeil, a.a.O., S. 2o1

(446) siehe: H. Ludmann, Fußgängerbereiche in deutschen Städten, Köln 1972; Freizeitfunktionen entstehen am ehesten für die Gruppe der Wochenendarbeiter, die die freie Zeit an Wochentagen hier für einen Einkaufsbummel verwenden können (siehe auch S. 27).

(447) siehe hierzu Pkt. 2.2.4.4.

(448) F. Fürstenberg, B. Scheuringer, a.a.O., S. 51

(449) E. Pfeil, Die Familie im Gefüge der Großstadt, Hamburg 1965, S. 45.

(45o) E. Pfeil, Großstadtforschung, S. 361, 366.

(451) U. Herlyn, H.J. Schaufelberger, a.a.O., S. 13o. Zur Genese dieser Orientierungsmuster der sozialen Schichten siehe 2.5.2

(452) K. Heil, Kommunikation und Entfremdung. Eine vergleichende Studie in einem Altbauquartier und einer neuen Großsiedlung in München, Stuttgart 1971, S. 31.
Pfeil weist der unterschiedlichen Funktion der Nachbarschaft eine noch stärkere Bedeutung zu und bezeichnet die "lokalen Gesellschaften" im Altbauquartier als nachbarschaftsorientiert, diejenigen in der Neubausiedlung als familienzentriert (E. Pfeil, Großstadtforschung, S. 262).

(453) E. Pfeil, Großstadtforschung, S. 255.

(454) E. Jones, Towns and cities, London, New York, Toronto 1966

(455) N. Dennis, The popularity of neigbourhood communities, in: Readings in urban sociology,1968, S. 74 - 92, zit. nach: E. Pfeil, Großstadtforschung, S. 345 ff.

(456) siehe hierzu:Bürgerinitiative URBANES WOHNEN KÖLN, Bürgerinitiative bei der Planung von Wohnung, Wohnumwelt und Stadt, i.A. des BMBau, Schriftenreihe Städtebauliche Forschung, Bonn 1975; R. Spille, Mieter planen mit, Reinbek b.Hamburg, 1975

(457) URBANES WOHNEN, S. 9 f

(458) J. Korfmacher, Zur gegenwärtigen Situation der städtischen Versorgung, in: H. Korte, Soziologie der Stadt, München 1972, S.135

(459) siehe hierzu auch 2.2.4.4.
Die Probleme der Partizipation im Bereich der Stadtplanung können hier nur stichwortartig dargelegt werden, siehe hierzu: C.W. Müller, P. Nimmermann, Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit, München 1972; A. Kögler, Bürgerbeteiligung und Planung, GEWOS-Schriftenreihe, Neue Folge 12, Hamburg 1974 -mit weiterer Lit.-

(46o) A. Kögler, a.a.O., Vorwort

(461) ebenda, S. 1o

(462) ebenda, S. 7

(463) Herlyn/Schaufelberger, a.a.O., S. 247

(464) P.C. Dienel, Zur Entwicklung eines Verfahrens geordneter bürgerschaftlicher Beteiligung, in: Stadt, Region, Land, Schriftenreihe des Instituts für Stadtbauwesen RWTH Aachen, Nr. 36, 1976, S. 29

(465) B. Dardel u.a., a.a.O., S. 71, Langkaufer/Tank, a.a.O., S. 2o, Lederer/Mackensen, a.a.O., S. 36

(466) siehe hierzu: Herlyn/Schaufelberger, a.a.O., S. 35, S. 199, H. Seiffert, Information über die Information, München 1968, S. 8o ff, A. Rapoport, P. Kantor, Komplexität und Ambivalenz in der Umweltgestaltung, in: Stadtbauwelt 26/197o, S. 117

(467) K. Lynch, Das Bild der Stadt, Berlin 1955, S. 145, zit. nach U. Herlyn, B. Schaufelberger, a.a.O., S. 2o2

(468) siehe die Beiträge von A. Lorenzer, K. Horn und H. Berndt, in: Architektur als Ideologie, Frankfurt 1968; P. Ritter, Planning for men und motor, Oxford, London, New York, Paris, Frankfurt 1964; zit. nach B. Dardel u.a., a.a.O., S. 68 f

(469) U. Herlyn/Schaufelberger, a.a.O., S. 2o3

(47o) J. Habermas, Wissenschaft und Technik als Ideologie, Frankfurt 1968, S. 62

(471) C.R. Shaw, H.D. Mc Kay, An ecological analysis of chicago, in: Wolfgang, Savitz, Johnston (Hrsg.), The sociology of crime and delinquency 197o, S. 233 - 237.
B. Villmow, G. Kaiser, Empirisch gesicherte Erkenntnisse über Ursachen der Kriminalität, i.A. der Senatskanzlei des Reg. Bürgermeisters in Berlin, in: Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, Abschlußbericht des Planungsteams und Planungsausschusses, Berlin 1974.

(472) R. Lapouse u.a., The drift-hypothesis and socio-economic differentials in schizophrenia,in: Am. J. Publ. Health, 46/1956, S. 978 - 986; M. L. Kohn, J. A. Clausen, Social isolation and schizophrenia, in: Am. Soc. Rev.,2o/1955, S. 265 - 273; R.E. Faris, H.W. Dunham, Mental disorders in urban areas, Chikago 1939; H. Berndt, Zur Soziogenese psychiatrischer Störungen, in: Soziale Welt 19/1968, S. 22 - 46

(473) W. Glatzer, a.a.O., S. 4 f

(474) R. Neef, Die Bedeutung ..., S. 45. Am höchsten war dabei das Wohnungsdefizit in Aachen mit 9,2% und Düsseldorf mit 8,9%.

(475) B. Jansen, Wohnungspolitik, Leitfaden durch ein kalkuliertes Chaos, Kursbuch 27/1972, S. 27

(476) Enquete über die Bauwirtschaft 1973, Bd. 1, S. 88 f, zit. nach E. Knebel, a.a.O., S. 31

(477) M. Zwick, a.a.O., S. 49 f

(478) siehe: Zweiter Familienbericht, Hrsg. BMJFG, Bonn 1975, S. 96

(479) E. Pfeil, Großstadtforschung, S. 216

(48o) Das Wohnen in der Bundesrepublik, S. 29

(481) W. Glatzer, a.a.O., S. 24 f

(482) errechnet aus: Statistisches Jahrbuch 1975, S. 485, S. 483 und Tab. 68 (25.6)

(483) Das Wohnen in der Bundesrepublik, S. 47

(484) Einzelne Aspekte wurden bereits unter "Bildungsurlaub, Kinderhotels, -betreuung, Integration von Arbeits-Lern-zeiten, Alten-, Hausfrauenbildung" angeschnitten.

(485) H.P. Opaschowski, Informative Beratung, kommunikative Animation, partizipative Planung, in: Freizeitpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden, Freizeitkongreß 1974 in Garmisch-Partenkirchen, DGF, Düsseldorf 1975, S. 271

(486) Ch. Wichmann, C.W. Müller, Freizeitberatung: Fakten und Bedürfnisse, in: Freizeit '72, aaO., S. 55

(487) Opaschowski, Informative Beratung..., S. 268 f.

(488) ebenda, S. 276 f.
Beispielhaft für den Versuch, die Bevölkerung an der Zieldiskussion über die Gestaltung der städtischen Umwelt zu beteiligen sind die Frankfurter Struktur-Plan-Diskussionen in Großveranstaltungen und VHS-Kursen. Diese Vorgehensweise ließe sich analog auf Freizeitentwicklungsplanung übertragen, wodurch gruppen- und schichtspezifische Bedürfnisse bei der Gestaltung der Wohnumwelt und speziellen Freizeiteinrichtungen ermittelt werden könnten; siehe auch J. Braun, Probleme wachsender Freizeit für die regionale Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung der Ballungszentren, i.A. der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Köln 1974, S. 166 f.

(489) Ein Dreiphasen-Modell zur Ausbildung sozialer, pädagogischer und planerischer Berufe, die mit der Prüfung zum "diplomierten Freizeitpädagogen" abschließt wurde von der Gesamthochschule Siegen entwickelt.

(49o) ders., Freizeitprobleme und Freizeitpädagogik, in: Freizeitpädagogik, Hrsg. DFG, Düsseldorf 1972, S. 56 f.

(491) H. Rüdiger, Freizeithäuser und Freizeitpädagogik, ebenda, S. 64

(492) siehe: W. Nahrstedt, Familientagungen - Zwischenbericht über ein Forschungsvorhaben, in: Die Neue Gesellschaft 2/1976, S. 12o f.

(493) So wird in Bonn ein ausführlicher und graphisch anregend gestalteter Katalog an alle Haushalte versandt, der sämtliche Freizeiteinrichtungen enthält. Dem könnte noch ein wöchentlich, bzw. monatlich zu versendender Veranstaltungskalender hinzugefügt werden, wie er derzeit bei Fremdenverkehrsämtern oder im Zeitschriftenhandel erhältlich ist. (in Berlin:"TIP" ,"HOBO")

(494) Damit wird die höhere Teilnahme an kulturellen Angeboten der oberen Bildungsgruppen erklärt (siehe auch 2.2.4.3)

(495) K. Stahl, G. Curdes, Umweltplanung in der Industriegesellschaft. Reinbek bei Hamburg 197o, S. 61

(496) Zu diesen strukturellen Effekten sind Entscheidungen des Elternhauses, Vorurteile gegen die "Gebildeten", affektive Distanz, (Ekelschranke") und Informationsmangel in der Arbeiterschicht wesentliche Hindernisse für die Wahrnehmung von Bildungsangeboten.

(497) U. Jaeggi, Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1973, S. 22o

(498) siehe: E. Zimmermann, Fragen zur Theorie der Statusinkonsistenz, in: KZfSS, 1/1973, 26 f. siehe auch: 2.2.4.3.

(499) P. Bourdieu, J.C. Passeron, Die Illusion der Chancengleichheit, Stuttgart 1971, S. 2o9 ff.

(5oo) U.K. Preuss, Bildung und Herrschaft, Frankfurt a.M. 1973, S. 75 f

(5o1) H.G. Rolff, Strategisches Lernen in der Gesamtschule, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 72

(5o2) ebenda, S. 83

(5o3) K. Stahl, G. Curdes, aaO., S. 61/2, ebenso F. Fürstenberg, Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1972, S. 6o

(5o4) Raumordnungsbericht 1974, Hrsg. Bundesministerium für Raumordnung Bauwesen und Städtebau, 1975, S. 94 ff.

(5o5) Bis 1985 sollen 7o % der Drei - und Vierjährigen einen Kindergartenplatz erhalten, siehe: Bildungsgesamtplan, Kurzfassung, 1973, S. 11

(5o6) Lernziele und didaktische Einheiten werden bislang allein an abstrakten sozialisationstheoretischen Begriffen orientiert.
siehe: Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission zur Einrichtung eines Modellprogramms für Curriculum-Entwicklung im Elementarbereich, Bonn 1973

(5o7) Bei dieser Konzeption müßte ein von den Schulräumen abgetrennter Freizeitbereich geschaffen werden, der von den Schülern selbst gestaltet und zu langfristiger Gruppenarbeit genutzt werden kann. Die Erfahrungen mit integrierten Freizeitheimen in Berliner Mittelstufenzentren zeigen, daß
- die äussere Ähnlichkeit der Räume mit den Schulräumen frustrierend wirkt (lange Flure, künstliches Licht, kahle graue Wände, unpersönliche Einrichtung)
- die Räume zu klein sind, Rasenflächen fehlen und kein Ort vorhanden ist, wo man sich zurückziehen kann für private Unterhaltung, Sex und Arbeit (siehe: Tagesspiegel v. 16.5.76)

(5o8) siehe: Erziehung und Wissenschaft 5/1976, S. 3 "Modellversuch Künstler in der Hauptschule"

(5o9) Am häufigsten wird hier die ablehnende Haltung der Hauswarte, Probleme der Haftung bei Unfällen, Reinigung der Räume und das Personalproblem genannt.

(51o) Hamburg, Varenhorst, Peer counseling in secondary schools, zit. nach W. Andritzky, Zu einigen Fragen der Forschungsinterviews mit Kindern und Jugendlichen, Dipl.-Arbeit, FU Berlin 1974, S. 71

(511) Aktionsprogramm zur Eindämmung und Verhütung des Alkoholmißbrauchs, Hrsg. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln o.J. (1975) S. 3

(512) Dieses System würde eine große Anzahl ausgebildeter Gruppendynamiker bzw. nicht-ärztlicher Psychotherapeuten erfordern. Summiert man die durch Rauschmittelkonsum (Alkohol, Nikotin, Halluzinogene, Opiate, Haschisch usf.) Kriminalität (Sach-, Vermögenswerte, Justizsystem, Strafanstalten, Rehabilitation) und psychische Krankheiten (Gesundheitssystem,"Drehtürpsychiatrie" usf.) entstehenden volkswirtschaftlichen Gesamtkosten, so ließe sich vermutlich nachweisen, daß ein solches System psychohygienischer Vorsorge - selbst bei 5o % Effizienz - welches - je nach Ausdehnung bis zur Hochschule - alle Jugendlichen umfasst, wesentlich "billiger" zu stehen käme.

(513) Die Angaben wurden aus verschiedenen Quellen zusammengestellt, aus: Der Spiegel 5o/1974 (Jugendalkoholismus) und Aktionsprogramm.....

(514) zusammengestellt aus: Der Spiegel, 38/1974 (Träume vom schadlosen Genuß)

(515) Aktionsprogramm...., S.

(516) Statistisches Jahrbuch 1975, S. 138

(517) Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, Berlin o.J. (1974), S. 37 f, 12o ff.

(518) zusammengestellt aus: Der Spiegel

(519) siehe: J. Gleiss u.a., aaO.

(52o) siehe: K. Marquardt, Die Bedarfsermittlung..., ders., Entwicklung eines bedarfsgerechten städtbaulichen Planungsprogramms für Freizeit und Erholung, Zwischenbericht, Berlin 1974, Die differenzierteste Bedarfsanalyse siehe Hüwel/Tunnat, aaO., S. 187 ff; LOGON-Freizeithandbuch aaO., G. Heberling, Modellansätze für die Freizeitplanung, Karslruhe 1974

(521) siehe:J. Scharioth, Infrastruktur im Ruhrgebiet, Schriftenreihe des SVR, Bd. 49, Essen 1974

(522) siehe: G. Turowski, Bewertung und Auswahl von Freizeitregionen, Karslruhe 1972; W. Mrass, Ermittlung von aktuellen und potentiellen Erholungsgebieten in der BRD, Bonn-Bad Godesberg 1974

(523) siehe: L. Czinki, Zum Problem des regionalen Erholungsflächenbedarfs, in: RfRo 4/1973, S. 184 ff.

(524) Dies heißt nicht, daß Zukunftsentwürfen (B.Bieberstein u.a., Szenarios..., H. Kohl, Freizeit im Jahre 2ooo) keine Funktion zukommt. Ihr Wert liegt jedoch mehr darin, Denkalternativen zu bieten als eine konkrete Prognose zu skizzieren.

(525) Hüwel/Tunnat, aaO., S. 188 ff, S. 2o2

(526) J. Scharioth, aaO.,

(527) K. Marquardt, Die Bedarfsermittlung..., S. 1o6 ff.

(528) J. Braun, Zur kommunalen und regionalen Freizeitpolitik- und -planung, in: structur 2/1976

(529) M. Prosenc, Das Freizeitangebot für alle, in: Freizeit '7o, Erster Freizeitkongress DGF/SVR, S. 45

(53o) J. Braun, Probleme wachsender Freizeit..., S. 132

(531) G. Grauer, Jugendfreizeitheime in der Krise

(532) Der Spiegel 3/1974 (wo fängt das petting an ?)

(533) J. Braun, aaO., S. 138

(534) Alternative Ansätze zur Spielplatzplanung, siehe die Artikel von Anderson (S.137) Schottmeyer (S.147), Christmann (S.153), Hermann (S.157) und Schmitz-Scherzer (S.163) in Freizeit '74 der DGF/SVR,,o.J. (1975)

(535) Braun, aaO., S. 138

(536) Richtwerte, Einzugsbereiche und Typen von Freizeithäusern, siehe: Hüwel, Tunnat,aaO., S. 194 ff.

(537) J. Jourdain, Mobiler Spielraum, in: Mobiler Spielraum, Theater der Zukunft, Frankfurt 197o, S. 22

(538) "Denkschrift Museen" Hrsg. DFG

(539) D. Hoffmann, Überlegungen zur Museumsdidaktik, in: Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik, Hrsg. H. Hoffmann, Frankfurt a.M. 1974, S. 277

(54o) Im Rahmen des Vereins "Jugend im Museum" wurde für Kinder in Berliner Museen ein eigenes Programm geschaffen, das über Teilnahme an Modellierkursen und Ausstellung eigener Arbeiten ("Junior Museum") und Integration von Unterrichtseinheiten im Fach Sozialkunde (Geschichte) ein natürliches Interesse an den Objekten weckt (siehe: Deutscher Forschungsdienst 19/1976,Kindermuseum in Berlin)

(541) J. Braun, aaO., S. 148

(542) zit. nach Braun, aaO., S. 15o

(543) M. Neufer, Städte für Alle, Hamburg 197o, S. 1o5

(544) siehe auch 2.2; 2.2.4.4

(545) M. Ockert, Freizeitsport in der dunklen Ecke, in: Deutscher Forschungsdienst 7/1976

(546) Mehr Spass in der Gruppe, Kölner Stadtanzeiger v. 22.1o.74 zit. nach J. Braun, S. 153

(547) siehe auch 5.1

(548) Dasselbe gilt auch für den Hochschulsport, der in seiner offenen, für alle Studenten zugänglichen Organisationsstruktur als vorbildlich anzusehen ist.

(549) M. Fallak, Integration von Sportzentren und Schulbauten, zit. nach J. Braun, S. 154

(550) Braun aaO., S. 157

(551) ebenda

TABELLARISCHER ANHANG*

*) Die Quellenangaben beziehen sich auf die in ANMERKUNGEN/LITERATUR zitierten Werke.

Tab.1

Quelle: Freizeitaktivitäten und Freizeitplanung im ländlichen Raum Materialsammlung der Agrarsozialen Gesellschaft, Göttingen 1973, S. 73

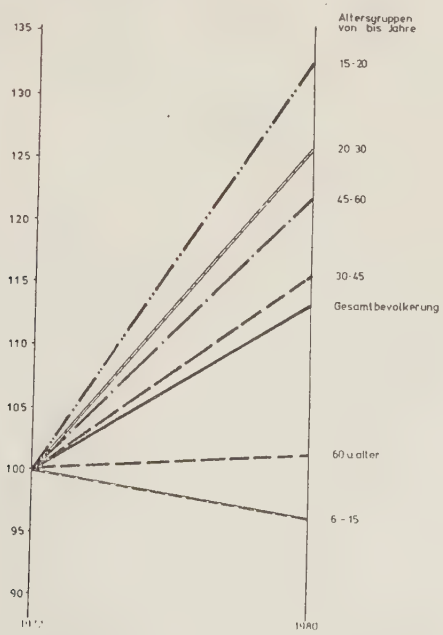
Entwicklung der Arbeits- und Freizeit, [illegible] nach verschiedenen Quellen

Prognose	Jahr	Freizeit in v.H. bzw. Stunden	Arbeitszeit in Stunden
[illegible]			
[illegible]	1930	+ 20 v.H.	
Fourastié	2000	3 510	1 200
Proske	2000		1 700 - 1 900
Servan-Schreiber	2000	3 640	1 030
Cranser	1980		1 440
Kunze	2000		1 029
Kahn/Wiener	2000		1 100
Lüdtke	1970		1 900
Lüdtke	1975		1 852
Lüdtke	1980		1 805
Lüdtke	1985		1 760
[illegible] (Vergleich)	1966	2 710	2 040

Tab.2

Quelle: Logon Freizeithandbuch, München 1974, Auszug;

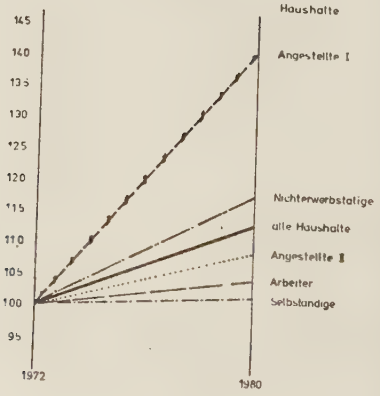
Gesamtes jährliches Freizeitpotential der einzelnen Altersgruppen
Entwicklung 1972 bis 1980



Tab. 3

Quelle: Logon Freizeithandbuch

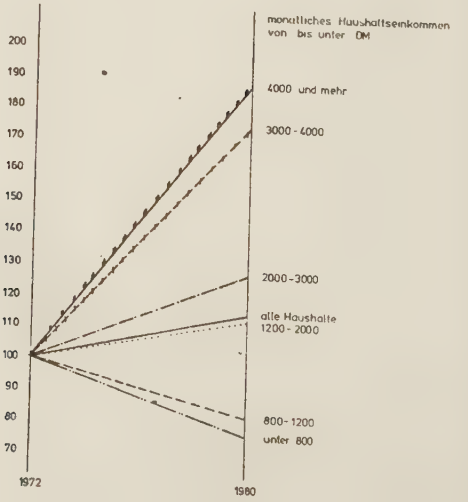
Gesamtes jährliches Freizeitpotential der Haushalte nach der Stellung des Haushaltsvorstands im Beruf Entwicklung 1972 bis 1980



Tab.4

Quelle: Logon Freizeithandbuch

Gesamtes jährliches Freizeitpotential der Haushalte nach dem Haushaltseinkommen (real) Entwicklung 1972 bis 1980



Tab. 5

Quelle: Gesellschaftliche Daten 1974, S. 107

Arbeitszeit

Durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit der Arbeiter in der Industrie

Jahr[1] Wirtschaftsbereich	Männer				Frauen				Männer und Frauen
	Leistungsgruppen				Leistungsgruppen				
	1	2	3		1	2	3		
Jahresdurchschnitte									
1960[2]	.	.	.	48,3	.	.	.	44,3	48,1
1965[2]	.	.	.	49,7	.	.	.	45,2	48,6
1969[3]	46,2	46,2	45,7	48,2	41,9	42,5	42,8	42,6	45,3
1970	45,1	45,1	45,0	45,1	41,2	41,3	41,4	41,4	44,3
1970	45,1	44,7	44,5	44,8	40,8	40,8	40,8	40,7	44,0
1971	44,3	43,8	43,6	43,9	40,4	40,2	40,4	40,5	43,2
1972	43,7	43,4	43,4	43,5	40,3	40,1	40,5	40,3	42,8
1972 nach Wirtschaftsbereichen									
Energiew. u. Wasserversorgung	44,0	43,6	44,6	44,0	42,1	42,2	41,9	42,1	44,0
Bergbau	40,9	40,5	39,3	40,5	.	.	.	.	40,6
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrien	44,1	43,8	43,6	43,9	40,0	40,1	39,9	39,9	43,4
Investitionsgüterindustrien	43,6	42,8	43,0	43,2	40,6	40,1	40,2	40,3	42,7
Verbrauchsgüterindustrien	43,9	44,0	43,6	43,9	40,1	40,1	40,2	40,2	42,2
Nahrungs- u. Genußmittelindustrien	46,2	46,5	45,7	46,1	41,6	41,7	42,1	42,0	44,8
Hoch- u. Tiefbau (incl. Handwerk)	43,6	44,0	43,4	43,6	.	(42,0)	41,9	41,9	43,6

1) Durchschnitte aus vier Erhebungen (1960: März, Juni, September, Dezember, 1965 und 1969: Februar, Mai, August, November, ab 1965: Januar, April, Juli, Oktober).
2) Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin.
3) Bundesgebiet ohne Berlin

Tab. 6

Quelle: Osterland u.a. Materialien, S. 64

Entwicklung der geleisteten Wochenarbeitszeit in den Industriezweigen [9]

Industriezweig	Arbeiter 1970	Veränderung der geleisteten Wochenarbeitsstunden der Industriearbeiter zwischen 1958 und 1970
	1.000	in Stunden
Industrie insgesamt	6.471	- 2,1
Chemische Industrie (Chemiefaserindustrie)	366	- 4,9
Mineralölverarbeitung	19	- 5,5
Glasindustrie	79	- 4,2
Pappe- u. Papierverarbeitung	108	- 3,9
Keramische Industrie	64	- 3,8
Feinmechanik, Optik, Uhren	125	- 3,6
Schiffbau	62	- 3,4
Lederverarbeitung	33	- 3,4
Maschinenbau	775	- 1,5
Ledererzeugung	12	- 1,5
Eisen- u. Stahlindustrie	426	- 1,4
Holzbearbeitung	56	- 1,3
Stahl- u. Leichtmetallbau	152	- 1,2
Eisen-, Blech-, Metallwarenindustrie	448	- 1,2
Textilindustrie	403	- 1,1
Gummi- u. Asbestverarbeitung	110	- 0,7
Industrie Steine u. Erden	185	- 0,4

Tab. 7

Quelle: DGB Konferenz, Humanisierung der Arbeitswelt..., Arbeitspapier

Tabelle 5

Wochenarbeitszeit der Erwerbstätigen

Durchschnittliche geleistete Wochenarbeitsstunden der Erwerbstätigen¹)

	Männliche Erwerbstätige						Weibliche Erwerbstätige					
	Stellung im Beruf											
Berichtswoche im	Selbständige	Mith. Fam. Angeh.	Beamte	Angestellte	Arbeiter	insgesamt	Selbständige	Mith. Fam. Angehör.	Beamte	Angestellte	Arbeiter	insgesamt
Okt. 1961	57,3	58,1	44,2	45,7	44,5	47,1	46,1	46,0	39,5	43,5	39,7	42,7
Mai 1965	57,4	55,8	44,3	44,7	43,5	46,1	47,5	47,2	41,9	41,3	37,4	41,4
Apr. 1970	57,0	48,6	43,4	44,0	42,9	45,2	46,6	45,2	40,8	38,9	35,5	39,2
Apr. 1971	57,3	49,1	42,8	43,5	42,5	44,8	47,3	46,3	39,8	38,2	35,2	38,9

1) Ergebnisse des Mikrozensus

Tab. 8

Quelle: Osterland u.a.,Materialien, S. 65

Zusammenhang von geleisteten Wochenarbeitsstunden und Entwicklung der industriellen Nettoproduktion 10)

Jahr	Veränderung der geleisteten Wochenarbeitsstunden der Industriearbeiter gegenüber dem jeweiligen Vorjahr %	Wachstum der industriellen Nettoproduktion %
1959	- 0,7	+ 7,4
1960	+ 1,9	+ 11,4
1961	- 2,6	+ 6,3
1962	- 0,5	+ 4,3
1963	- 1,2	+ 3,4
1964	+ 2,7	+ 8,6
1965	- 2,4	+ 5,3
1966	- 0,5	+ 1,8
1967	- 1,2	- 2,4
1968	- 1,0	+ 11,8
1969	+ 1,3	+ 13,0
1970	- 0,7	+ 6,1

Tab. 9

Quelle: DGB Konferenz, Humanisierung der Arbeitswelt..., Arbeitspapier

Tarifvertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit
Stand: 31. 12. 1973

Wirtschaftsbereich	Beschäftigte insgesamt in 1000	Anteil der Beschäftigten mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von . . . Stunden in vH											
		unter 40	40	40,5	41	41,5	42	42,5	43	43,5	44	45	48 und mehr
[illegible]bau, Land- und [illegible]	204	—	—	—	—	—	26,7	—	—	—	2,6	70,7¹)	—
Bergbau, Elektrizitäts-, Gas- und [illegible]versorgung	304	—	97,3	—	2,5	0,4	[illegible]	.	0,1	—	—	—	—
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ²)	1 452	—	86,9	—	9,5	2,4²)	1,2	—	—	—	—	—	—
[illegible]güterindustrien ³)	3 736	—	100,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
[illegible]industrien ³)	1 792	—	99,2	—	0,4	—	0,4	—	—	—	—	—	—
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	482	—	43,1	1,3	27,0	10,7²)	14,5	0,0	2,5	—	0,5	—	—
Bau-, Ausbau- und [illegible]gewerbe	1 [illegible]	—	99,1	—	0,9	—	—	—	—	—	—	—	—
[illegible]	814	—	72,5	—	5,2	—	1,5	0,4	15,7	—	3,0	0,4	0,2
[illegible]	2 915	—	70,3	0,3⁴)	0,9	13,[illegible]	[illegible]	1,6	0,3	—	—	—	—
[illegible]	[illegible]⁴)	—	2,4	—	0,6	[illegible]	[illegible]	—	3,5	—	4,6	1,9	—
[illegible]	2 331	0,9⁵)	[illegible]	1,2	1,2	[illegible]	[illegible]	[illegible]	2,0	0,0	7,7	11,2	—
Gesamte Wirtschaft	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	0,0	[illegible]	[illegible]	[illegible]

[illegible] ... Großhamburger [illegible] ... Stunden [illegible] vereinbart wurde.

Quelle: [illegible]

Tab.10

Quelle: Bundesarbeitsblatt 1/1974

Durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit nach Gewerbegruppen

Stand: Oktober 1973

Gewerbegruppe	Arbeitszeit im Durchschnitt der Beschäftigten
Landwirtschaft	4[illegible],3
Forstwirtschaft / Fischerei	43,1
Bergbau	40,4
Steine und Erden (einschl. Keramik und Glas)	41,5
Metall	40,0
Chemie	40,0
Textil	40,2
Papier	40,0
Druck / Vervielfältigung	40,1
Leder	40,0
Kautschuk	40,0
Holz	40,0
Nahrung und Genuß	41,9
Bekleidung	40,1
Bau	40,0
Energieversorgung	40,3
Reinigung	42,3
Großhandel	41,0
Einzelhandel	40,2
Handelshilfsgewerbe	41,1
Banken / Versicherungen	41,0
Verkehr	4[illegible],2
Hotel- und Gaststättengewerbe	41,7
Öffentliche und private Dienste	42,0

Tab.11

Quelle: Osterland, a.a.O., Anhang

Durchschnittliche geleistete[3)] Wochenarbeitsstunden der Industriearbeiter[2)]

Industriezweige 1)	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Industrie	43,6	42,2	41,9	42,7	41,6	41,4	40,9	42,0	41,0	40,8	40,3	39,9	40,4	40,1

	1958	1960	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Grundstoff- und Produktionsgüter-Industrien	42,3	43,2	41,8	41,6	40,9	40,0	40,9	39,9
Steine und Erden	44,7	45,7	44,9	44,2	44,4	43,5	44,3	44,3
Eisen und Stahl	40,6	41,9	40,4	40,1	39,2	38,8	39,8	39,2
NE-Metall	42,8	42,9	41,2	41,2	39,8	39,6	40,3	39,8
Mineralölverarbeitung	44,0	43,9	40,2	40,3	41,4	38,8	39,3	38,5
Chemische Industrie	43,3	43,1	41,3	41,8	41,3	39,7	40,1	38,4
Chemiefaserindustrie	43,1	43,1	40,5	41,4	40,5	39,4	39,7	37,1
Sägewerke und Holzbearbeitung	43,1	44,4	42,8	42,6	42,7	41,3	41,6	41,8
Zellstoff-, Papier-, Pappeerzeugung	45,2	45,9	44,1	43,9	44,1	42,9	43,0	42,1
Gummi- und Asbestverarbeitung	38,8	42,1	40,0	39,1	37,6	38,9	39,1	38,1
Investitionsgüterindustrien	41,9	42,6	40,2	40,2	38,9	39,1	40,1	39,5
Stahl- und Leichtmetallbau	42,7	43,7	42,4	42,3	40,8	40,5	41,5	41,5
Maschinenbau	41,9	42,9	[illegible]	40,7	38,4	39,4	40,6	40,4
Schiffbau	44,7	45,3	[illegible]	42,7	42,6	[illegible]	42,5	41,3
Elektrotechnik	41,9	42,3	39,7	39,5	38,9	38,6	39,1	38,8
Feinmechanik, Optik, Uhren	41,8	[illegible]	39,3	39,4	38,9	38,2	38,8	38,2
Stahlverformung, EBM-Waren	42,0	42,7	41,3	[illegible]	39,9	39,4	40,7	40,8
Straßenfahrzeugbau 4)	40,4	41,6	[illegible]	[illegible]	[illegible]	37,7	38,8	37,4
Luftfahrzeugbau 4)			39,0	39,7	33,4	38,0	37,7	37,1
Verbrauchsgüterindustrien	42,2	42,9	40,8	40,8	40,4	39,7	40,2	39,7
Keramik	43,1	43,4	41,3	41,0	40,4	39,9	40,5	39,3
Glasindustrie	42,8	43,5	39,9	40,1	39,5	38,4	38,8	38,6
Holzverarbeitung	42,3	43,0	41,0	41,1	40,8	39,7	39,7	40,0
Papier- und Pappeverarbeitung	44,5	44,5	42,1	41,9	41,4	41,2	41,3	40,6
Ledererzeugung	42,5	42,3	41,8	42,1	41,4	42,1	42,2	41,0
Lederverarbeitung	42,4	43,7	40,0	39,6	39,5	39,5	39,6	39,0
Textilindustrie	41,0	42,2	41,0	41,2	40,5	39,4	40,4	39,9
Bekleidungsindustrie	41,1	41,9	39,9	39,8	39,6	38,9	38,6	38,5

1) Für die einzelnen Industriezweige bis 1966 eigene Berechnungen auf der Grundlage von vierteljährlichen Tabellen zu den durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten der Industriearbeiter, veröffentlicht in Fachserie M, Reihe 15/I des Statistischen Bundesamtes. Die Zahlen ab 1967 sind den Statistischen Jahrbüchern der BRD 1970 und 1971 (Abschnitt XXII, Löhne und Gehälter) entnommen. Für "Industrie" stammen alle Werte (1957-1970) aus den Statistischen Jahrbüchern der BRD (1958-1971).
2) Die Zahlen beziehen sich auf männliche Industriearbeiter. Entsprechende Angaben für die Angestellten werden nicht erhoben.
3) Als "geleistete Wochenarbeitsstunden" gelten die vom Arbeiter tatsächlich am Arbeitsplatz geleisteten Stunden. Dies sind in der Regel die "hinter der Stechuhr" (d.h. innerhalb der Arbeitsstätte bzw. auf der Arbeitsstelle) verbrachten Zeiten abzüglich allgemein betrieblich festgesetzter Ruhepausen (wie Mittagszeit, Frühstückspause). Diese geleisteten Wochenarbeitsstunden werden erst seit 1957 erhoben.
4) 1958 und 1960 noch zusammengefaßt unter "Straßen- und Luftfahrzeugbau".

Tab.12

Quelle: Statistisches Jahrbuch der BRD 1975, S.468

Durchschnittliche Brutto-Barverdienste und Arbeitsstunden der männlichen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte*)

Arbeitergruppe	September 1971		September 1972		September 1973		September 1974	
	Brutto-Barverdienst¹)	Bezahlte Stunden	Brutto-Barverdienst¹)	Bezahlte Stunden	Brutto-Barverdienst¹)	Bezahlte Stunden	Brutto-Barverdienst¹)	Bezahlte Stunden
	DM	Anzahl	DM	Anzahl	DM	Anzahl	DM	Anzahl
Arbeiter im Monatslohn (mit freier Kost und Wohnung)								
Qualifizierte Arbeiter	.	.	.	.	.	.	1 255	
Landarbeiter	.	.	.	.	.	.	947	
Nichtqualifizierte Arbeiter	.	.	.	.	.	.	730	.
Arbeiter im Stundenlohn								
Qualifizierte Arbeiter	.	.	.	.	.	.	7,26	213,8
Landarbeiter	4,73	219,4	5,26	221,4	5,81	212,1	6,65	214,1
Nichtqualifizierte Arbeiter	.	.	.	.	.	.	6,21	206,4

*) Bundesgebiet (ohne Hamburg, Bremen, Saarland und Berlin). — In Betrieben mit 50 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

¹) Einschl. aller Zulagen und Zuschläge und der für Sachleistungen einbehaltenen Lohnbestandteile

Tab.13

Quelle: Statistisches Jahrbuch der BRD 1975, S.153

10.5 Erwerbstätige im April 1974*)

10.5.3 Nach geleisteten Arbeitsstunden, Stellung im Beruf und Wirtschaftsbereichen

Erwerbstätige/Tätigkeitsfälle — Geleistete Arbeitsstunden	Einheit	Erste Erwerbstätigkeit						Tätigkeitsfälle (1. u. 2. Erwerbstätigkeit)					
		männlich			weiblich			männlich			weiblich		
		Selbständige	Mith. Fam.-angeh.	Abhängige	Selbständige	Mith. Fam.-angeh.	Abhängige	Selbständige	Mith. Fam.-angeh.	Abhängige	Selbständige	Mith. Fam.-angeh.	Abhängige
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei¹)													
Erwerbstätige/Tätigkeitsfälle	1 000	512	161	177	104	773	69	792	227	181	110	786	69
davon mit geleisteten Arbeitsstunden unter 24	%	6,0	24,0	4,6	17,6	18,7	18,3	31,2	41,2	6,2	20,9	19,8	19,4
24 bis unter 40	%	6,3	19,3	22,6	15,6	25,2	34,2	11,2	18,0	22,9	15,4	25,0	34,3
40 bis unter 45	%	/	/	26,3	/	1,4	15,0	/	/	25,7	/	1,4	14,9
45 bis unter 49	%	3,3	4,7	17,4	14,1	16,1	8,4	2,4	3,4	17,0	13,5	15,8	8,4
49 und mehr	%	83,6	50,9	29,0	50,8	38,5	24,0	54,7	36,5	28,2	48,4	37,9	23,9
Arbeitsstunden	Mill.	31,9	7,3	8,1	5,0	34,5	2,7	37,5	8,5	8,2	5,1	34,7	2,7
Produzierendes Gewerbe													
Erwerbstätige/Tätigkeitsfälle	1 000	551	14	9 055	54	136	3 027	571	16	9 070	55	137	3 031
davon mit geleisteten Arbeitsstunden unter 24	%	5,1	/	4,4	20,3	35,1	15,9	7,8	36,8	4,5	21,2	35,5	16,0
24 bis unter 40	%	14,9	/	58,4	30,9	27,8	69,3	14,9	32,3	58,4	30,5	27,7	69,2
40 bis unter 45	%	5,3	/	15,7	/	/	10,0	5,1	/	15,7	/	/	10,0
45 bis unter 49	%	11,1	/	11,3	12,0	5,6	2,8	10,7	/	11,2	11,9	5,5	2,8
49 und mehr	%	63,7	/	10,3	32,3	28,8	2,0	61,5	/	10,2	32,0	28,5	1,9
Arbeitsstunden	Mill.	28,7	0,5	368,6	2,2	4,9	105,9	29,0	0,5	368,8	2,2	5,0	106,0
Handel und Verkehr													
Erwerbstätige/Tätigkeitsfälle	1 000	451	16	2 223	155	156	1 752	466	18	2 231	157	157	1 756
davon mit geleisteten Arbeitsstunden unter 24	%	4,8	/	4,3	11,5	25,1	20,4	7,1	33,1	4,6	12,5	25,4	20,5
24 bis unter 40	%	10,8	/	29,9	17,7	29,9	51,6	11,0	/	29,8	17,5	29,8	51,5
40 bis unter 45	%	4,0	/	40,3	5,8	6,2	19,8	3,9	/	40,1	5,8	6,2	19,8
45 bis unter 49	%	10,2	/	9,2	14,1	8,6	4,6	9,9	/	9,2	13,9	8,6	4,5
49 und mehr	%	70,2	37,4	16,4	50,9	30,1	3,7	68,1	33,7	16,3	50,3	30,0	3,7
Arbeitsstunden	Mill.	24,6	0,6	94,5	7,3	6,0	59,6	24,9	0,7	94,7	7,3	6,0	59,6
Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)²)													
Erwerbstätige/Tätigkeitsfälle	1 000	439	15	3 348	179	140	3 347	476	21	3 383	184	141	3 361
davon mit geleisteten Arbeitsstunden unter 24	%	6,7	/	4,9	20,4	24,7	20,2	12,8	31,7	5,8	22,1	25,3	20,5
24 bis unter 40	%	12,8	/	20,9	17,6	23,6	35,9	12,7	/	20,8	17,4	23,5	35,8
40 bis unter 45	%	4,5	/	53,8	4,2	/	32,6	4,1	/	53,3	4,1	/	32,4
45 bis unter 49	%	7,8	/	6,7	9,5	6,9	5,2	7,2	/	6,6	9,3	6,9	5,2
49 und mehr	%	68,3	51,6	13,7	48,3	41,3	6,1	63,2	38,5	13,5	47,1	40,9	6,1
Arbeitsstunden	Mill.	24,0	0,7	140,8	8,4	6,2	117,9	24,5	0,9	141,2	8,4	6,2	118,0

Tab. 14

Quelle: Statistisches Jahrbuch der BRD 1975,
S. 153

10.7 Erwerbstätige Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im April 1974 nach Zahl und Alter der Kinder*)

Frauen mit ... Kindern / Kinder	Insgesamt: insgesamt	Insgesamt: außerhalb der Land- und Forstwirtschaft	ledig: zusammen	ledig: außerhalb der Land- und Forstwirtschaft	verheiratet: zusammen	verheiratet: außerhalb der Land- und Forstwirtschaft	verwitwet: zusammen	verwitwet: außerhalb der Land- und Forstwirtschaft	geschieden: zusammen	geschieden: außerhalb der Land- und Forstwirtschaft
Erwerbstätigenquoten in % der Wohnbevölkerung¹)										
Erwerbstätige Frauen insgesamt										
Frauen	47,2	43,1	64,5	62,6	42,5	37,4	30,4	27,5	73,2	72,7
ohne Kinder unter 18 Jahren										
Frauen	51,6	48,8	64,1	62,2	46,6	42,9	28,0	25,4	74,1	73,6
mit Kindern unter 18 Jahren										
1 Kind	46,5	42,8	84,9	82,8	44,2	40,3	47,0	43,5	81,6	81,1
2 Kinder	37,8	32,0	57,3	56,3	36,7	30,8	48,0	41,3	69,6	68,7
3 und mehr Kinder	35,0	23,9	/	/	34,8	23,3	36,1	29,3	41,9	41,9
Frauen	41,2	35,3	80,6	78,8	39,6	33,5	45,5	40,7	71,8	71,3
Kinder²)	38,7	31,3	75,8	74,1	37,6	29,8	43,2	37,6	62,8	62,4
und zwar: mit Kindern unter 15 Jahren										
1 Kind	45,7	41,8	84,2	82,2	43,4	39,3	49,6	45,0	81,0	80,4
2 Kinder	36,2	30,4	55,3	54,3	35,4	29,4	40,6	37,1	65,0	64,2
3 und mehr Kinder	32,7	21,7	/	/	32,7	21,3	31,2	26,3	35,2	35,2
Frauen	40,3	34,5	79,7	77,9	38,8	32,8	45,1	40,7	70,4	69,9
Kinder²)	37,6	30,5	74,8	73,1	36,5	29,1	41,3	36,9	61,0	60,6
mit Kindern unter 6 Jahren										
1 Kind	37,3	32,7	79,3	76,9	36,0	31,3	35,6	32,4	62,7	62,4
2 und mehr Kinder	26,2	18,3	/	/	26,2	18,0	/	/	/	/
Frauen	34,8	29,5	75,7	73,2	33,8	28,3	34,9	31,6	56,1	55,9
Kinder²)	33,1	27,1	71,9	69,5	32,2	26,0	34,1	30,7	50,9	50,7

*) Ergebnis des Mikrozensus — Wohnbevölkerung ohne Anstaltsbevölkerung.
¹) In Prozent der Frauen entsprechenden Familienstandes und entsprechender Zahl und Altersgruppe der Kinder in der Familie.
²) Anteil der Kinder erwerbstätiger Mütter an den Kindern insgesamt der jeweiligen Altersgruppe.

Tab. 15

Quelle: Statistisches Jahrbuch der BRD 1975
S. 476

24.10 Teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte, durchschnittliche Wochenarbeitszeit und Bruttoverdienste im Oktober 1972 nach Altersgruppen*)

[illegible]	Einheit	Insgesamt: männlich	Insgesamt: weiblich	unter 45: männlich	unter 45: weiblich	45 — 65: männlich	45 — 65: weiblich	65 und mehr: männlich	65 und mehr: weiblich
Arbeiter									
[illegible]	Anzahl	30 909	307 631	13 975	191 703	12 317	111 128	12 697	4 800
[illegible]	Stunden	21,8	23,9	20,6	24,1	22,7	23,9	22,1	20,0
[illegible]	DM	136	127	144	131	141	126	124	102
[illegible]	DM	170	151	170	153	175	146	140	102
[illegible]	DM	139	136	138	137	146	134	132	109
[illegible]	DM	116	122	119	120	120	121	112	100
Angestellte									
[illegible]	Anzahl	22 443	475 545	6 347	325 807	8 393	143 825	7 703	5 833
[illegible]	Stunden	22,1	24,1	21,2	23,9	22,7	24,6	22,3	21,7
[illegible]	DM	770	693	780	695	815	693	712	601
[illegible]	DM	1 237	1 014	1 370	1 022	1 273	999	1 001	986
[illegible]	DM	870	832	871	833	933	835	802	670
[illegible]	DM	645	656	587	652	651	646	673	594
[illegible]	DM	549	552	448	551	595	555	568	505

*) Hochgerechnetes Ergebnis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1972.

Tab. 16

Quelle: Freizeitbedingungen und Freizeit-
entwicklung 1972/73, EMNID 1973
S. 7

Freie Samstage pro Monat

FRAGE: Wieviel Samstage haben Sie in einem normalen Arbeitsmonat frei?

	Ø	Keinen Samstag %	Einen Samstag %	Zwei Samstage %	Drei Samstage %	Jeden Samstag %	K. A. %	%	Anzahl
Insgesamt	2,7	23	2	7	2	55	10	100	2080
Berufsgruppen									
Arbeiter, Landarbeiter	2,8	20	3	9	3	58	7	100	844
Angestellte	2,9	20	2	11	1	60	6	100	447
Beamte	2,8	21	3	5	4	61	6	100	132
Selbständige	1,5	52	1	7	1	28	11	100	213
Landwirte	0,5	77	4	4	1	9	5	100	80
Rentner	3,5	8	0	1	0	66	24	100	364

Tab. 17

Quelle: Gesellschaftliche Daten 1973, S. 111

Urlaubsanspruch der abhängig Erwerbstätigen

		Oktober 1969						Oktober 1970	
		insgesamt	davon hatten einen Anspruch auf Jahresurlaub von ... bis unter ... Tagen				ohne Urlaubsanspruch od. ohne Angabe	Durchschnittl. Urlaubsanspruch in Tagen	
			unter 12	12 bis unter 18	18 bis unter 21	21 bis unter 25	25 und mehr		
		1000	%					Tage	Tage
Abhängig Erwerbstätige[1]		21029	2,2	52,3	35,8	4,8	4,9	20	14
davon männlich		13717	1,4	51,1	38,4	5,9	3,2	21	14
weiblich		7312	3,6	54,5	31,0	2,8	8,1	20	14
Im Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 18	männlich	693	1,9	44,6	46,8	3,8	3,0	21	17
	weiblich	531	1,2	42,0	47,2	5,2	4,3	22	17
18–25	männlich	1777	2,5	76,3	16,7	0,8	3,7	18	12
	weiblich	1642	2,3	79,4	17,6	1,2	5,5	18	12
25–30	männlich	1795	2,0	70,3	22,9	1,4	3,4	19	12
	weiblich	880	4,9	67,6	20,2	0,6	6,7	18	13
30–40	männlich	3772	1,3	57,3	36,0	2,6	2,7	20	15
	weiblich	1321	4,9	55,9	28,9	1,9	10,3	19	14
40–55	männlich	3577	0,9	35,1	50,8	10,9	2,4	22	16
	weiblich	1919	3,8	43,5	40,2	3,8	8,8	21	15
55 und mehr	männlich	2103	1,0	31,8	50,3	12,2	4,8	23	16
	weiblich	919	3,9	37,5	41,1	5,2	12,2	21	15
nach der Stellung im Beruf									
Beamte	männlich	1030	–	19,3	48,3	28,0	3,3	25	22
	weiblich	96	–	42,7	35,4	10,4	11,5	22	20
Angestellte	männlich	3838	/	39,8	46,6	9,1	3,9	22	18
	weiblich	3829	/	52,6	35,2	3,8	6,1	20	14
Arbeiter	männlich	8849	/	59,7	33,6	1,8	2,8	20	13
	weiblich	3387	5,0	57,0	26,2	1,4	10,3	19	13
nach Wirtschaftsbereichen									
Land- und Forstwirtschaft									
	männlich	238	/	52,5	26,9	1,3	17,2	19	14
	weiblich	76	/	47,4	15,8	1,3	32,9	18	11
Produzierendes Gewerbe									
	männlich	9077	/	58,1	35,7	2,4	2,3	20	15
	weiblich	2954	3,8	63,8	24,9	1,0	6,7	19	13
Handel und Verkehr									
	männlich	1949	/	43,6	43,5	9,1	2,9	21	16
	weiblich	1505	/	52,2	34,0	2,3	7,9	20	15
Sonstige Wirtschaftsbereiche[2]									
	männlich	2453	/	31,3	45,3	16,9	5,3	23	19
	weiblich	2777	/	46,2	36,4	4,9	9,1	20	15

1) Die Ergebnisse für 1960 wurden umgerechnet auf Arbeitstage, damit ein Vergleich zwischen 1963 und 1969 möglich ist
2) Ohne Lehrkräfte (Ausnahme Angestellte an Schulen und vergleichbaren Einrichtungen wegen der durch die Ferien der Lehrer bedingten Sonderregelung)
3) Einschl. Gebietskörperschaften und Sozialversicherung

Tab. 18

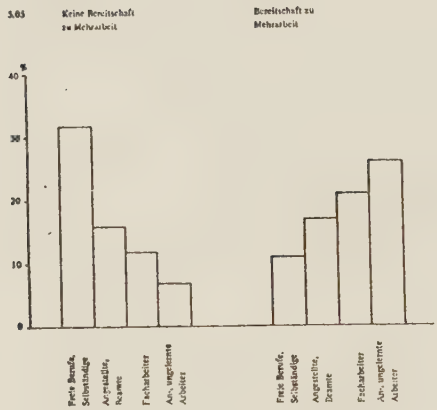
Quelle: Bundesarbeitsblatt 6/1973

Der Urlaub in den Gewerbegruppen

Gewerbegruppe	Grundurlaub		Zusatzurlaub	
	im Durchschnitt der Beschäftigten			
	Arbeiter	Angestellte	Arbeiter	Angestellte
Landwirtschaft	15,8	16,1	23,0	23,9
Forsten/Fischerei	16,9	15,8	22,8	21,6
Bergbau	24,1	22,5	25,8	30,1
Steine und Erden	19,1	19,3	26,0	26,0
Metall	20,8	20,9	27,7	27,9
Chemie	21,0	21,0	26,0	27,9
Textil	25,1	25,9	25,9	26,6
Papier	19,6	19,4	25,9	25,1
Druck	20,8	20,8	27,1	27,9
Leder	19,4	18,6	25,9	26,5
Kautschuk	20,0	21,6	26,2	26,2
Holz	20,7	20,0	27,8	27,1
Nahrung und Genuß	18,7	18,6	25,2	25,7
Bekleidung	26,2	24,2	27,5	27,5
Bau	26,0	18,4	24,3	24,3
Energieversorgung	20,7	20,7	29,4	29,4
Reinigung	17,5	17,6	23,9	24,0
Großhandel	18,0	18,9	24,9	25,2
Einzelhandel	18,6	18,6	24,1	25,8
Handelshilfsgewerbe	17,2	23,4	21,4	24,7
Banken/ Versicherungen	22,1	24,0	30,0	33,2
Verkehr	20,9	20,1	27,5	31,6
Gaststätten	15,9	16,2	25,3	25,3
Öffentliche und private Dienste	20,9	20,9	29,7	30,8

Tab. 19

Quelle: DGB Konferenz, Arbeitspapier



Frage: Manche Leute würden mehr Stunden in der Woche arbeiten, wenn Sie dafür mehr bezahlt bekamen. Andere möchten eigentlich weniger arbeiten, auch wenn Sie dann weniger Geld hätten. Wie ist das bei Ihnen?

Quelle: infas-Repräsentativerhebung, Bundesrepublik (ohne West-Berlin), August 1972, Random-Auswahl

Tab. 20

Quelle: Freizeitarbeit '74, Institut für Demoskopie Allensbach, o.J.

Bundesgebiet mit West-Berlin
Berufstätige Arbeitnehmer
ab 16 Jahre

EINKOMMENSGRUPPEN (Netto-Monatseinkommen des Hauptverdieners)	Häufige oder regelmäßige Freizeitarbeit		Freizeitarbeit am Stichtag		
	%	Rangplatz	%	Rangplatz	n
Unter 1000 DM	40	1	9,8	1	266
1000 - 1249 DM	35	4	9,2	2	481
1250 - 1499 DM	36	3	6,7	4/5	598
1500 - 1999 DM	37	2	6,7	4/5	450
2000 DM und mehr	25	5	6,8	3	256

Tab. 21

Quelle: Agrarbericht 1973
Materialband, S. 109

Verteilung der Betriebe nach sozialökonomischen Betriebstypen in den Untersuchungsländern 1971/72

in %

Bundesland	Haupt-berufs-betriebe	Nebenberufliche Landwirtschaft				ländliche Heim-stätten	insgesamt	
		Teil-berufs-betriebe	Neben-berufs-betriebe	Rentner-betriebe	insge-samt		%	absolut
Nordrhein-Westfalen	57,1	4,7	26,5	9,4	40,6	2,3	100	608
Rheinland-Pfalz/Saarland .	45,5	6,4	35,7	10,4	52,5	2,0	100	512
Hessen	45,7	7,9	37,7	8,0	53,6	0,7	100	427
Bayern	52,5	7,4	31,0	7,1	45,5	2,0	100	2 258
insgesamt (Durchschnitt der Untersuchungsländer)	51,5	6,9	31,7	8,0	46,6	1,9	100	3 805

Tab. 22

Quelle: ebenda

Erwerbscharakter der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen in der Bundesrepublik Deutschland

Gliederung	Betriebsgröße von ... bis unter ... ha LF							insgesamt						
	0,5 bis 2	2 bis 5	5 bis 10	10 bis 20	20 bis 50	50 bis 100	100 und mehr	1972	1971	1970	1969	1968	1967	1966	1965
	1. Zahl der Betriebe										1. Zahl der Betriebe				
	a) in 1000										a) in 1000				
Vollerwerbsbetriebe	15,9	10,7	49,4	199,1	147,4	18,9	3,4	444,7 [1]	451,8	466,5	478,8	487,0	491,8	501,0	511,8
Zuerwerbsbetriebe	7,5	51,7	74,0	35,1	16,4	—	—	184,7	190,5	233,9	268,6	295,6	312,4	316,7	323,9
Nebenerwerbsbetriebe	256,5 [2]	156,7	82,5	9,6	6,0	—	—	510,7	518,8	543,4	594,8	584,2	597,3	606,2	616,9
zusammen ...	279,8	219,1	205,9	243,2	169,8	18,9	3,4	1 140,1	1 161,1	1 243,8	1 342,1	1 376,8	1 401,5	1 423,9	1 451,6
	b) in %										b) in %				
Vollerwerbsbetriebe	6	5	24	82	87	100	100	39	39	37	36	35	35	35	35
Zuerwerbsbetriebe	3	24	36	14	10	—	—	16	16	19	20	22	22	22	22
Nebenerwerbsbetriebe	91	71	40	4	3	—	—	45	45	44	44	43	43	43	43
zusammen ...	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Tab. 23

Quelle: ebenda

Die Verteilung der im landwirtschaftlichen Betrieb geleisteten Arbeitsstunden 1971/72 [1]

Länder	Betriebstyp	Betriebsleiter		Ehefrau		sonstige männliche Familienangehörige		sonstige weibliche Familienangehörige		insgesamt	
		AKh	%	AKh	%	AKh	%	AKh	%	AKh	%
Nordrhein-Westfalen	a	2 759	47,4	718	12,3	1 764	30,3	580	10,0	5 819	100
	b	2 154	32,9	600	9,2	2 981	45,5	813	12,4	6 545	100
	c	1 291	57,2	580	25,7	252	11,1	135	6,0	2 258	100
	d	624	38,5	523	32,2	332	20,5	143	8,8	1 622	100
Hessen	a	2 900	50,6	1 016	17,7	1 292	22,5	529	9,2	5 739	100
	b	2 387	40,4	1 037	17,5	1 905	32,2	585	9,9	5 914	100
	c	1 333	60,0	641	24,5	401	15,3	240	9,2	2 615	100
	d	625	35,3	701	39,6	270	15,3	173	9,8	1 769	100
Rheinland-Pfalz/Saarland	a	2 668	48,6	981	17,9	1 122	20,5	711	13,0	5 482	100
	b	2 314	42,8	707	13,1	1 589	29,4	798	14,7	5 408	100
	c	1 152	45,1	670	26,2	355	13,9	378	14,8	2 555	100
	d	684	38,7	614	34,7	287	16,3	182	10,3	1 767	100
Bayern	a	2 764	51,5	1 056	19,7	994	18,5	555	10,3	5 369	100
	b	2 241	41,9	981	18,3	1 492	27,9	639	11,9	5 353	100
	c	1 350	50,0	871	32,3	280	10,4	197	7,3	2 698	100
	d	639	32,7	882	45,2	240	12,3	192	9,8	1 953	100
insgesamt	a	2 763	50,2	975	17,7	1 193	21,7	570	10,4	5 508	100
	b	2 224	39,3	881	15,6	1 869	33,0	684	12,1	5 658	100
	c	1 315	50,4	778	29,8	301	11,5	217	8,3	2 611	100
	d	642	34,6	767	41,4	264	14,2	181	9,8	1 854	100

[1] einschl. Gartenbau-, Forst- und Kombinationsbetriebe
a = Haupterwerbsbetrieb ohne Zuerwerb
b = Haupterwerbsbetrieb mit Zuerwerb
c = Teilerwerbsbetrieb
d = Nebenerwerbsbetrieb

Tab. 24

Quelle: DIVO-Pressedienst, März 1963, S. 3

Eindeutigkeit der Zurechnung von Tätigkeiten zur Freizeit aufgrund von Indexbildung der Ergebnisse von Auswahlfragen (Bundesrepublik 1962)*

Tätigkeiten	Indexwert
1. *Eindeutig zur Freizeit gehörend:*	
Theater, Konzert oder andere kulturelle Veranstaltungen	+81
Sich ausruhen, etwas schlafen	+65
Besuche machen	+64
Fernsehen	+62
Sich mit der Familie beschäftigen	+59
Einen Einkaufsbummel machen	+49
2. *Überwiegend noch der Freizeit zugerechnet*	
Mit Nachbarn unterhalten	+34
Sich am Vereinsleben beteiligen	+32
Am kirchlichen Gemeindeleben teilnehmen	+29
Seine Allgemeinbildung verbessern	+21
3. *Nicht der Freizeit zugehörig*	
Gartenarbeit	+11
Um die Schulaufgaben der Kinder kümmern	+ 9
Sich mit politischen Fragen beschäftigen	+ 3
Sich beruflich weiterbilden	— 6
Sich in Berufsverbänden oder anderen Organisationen betätigen	— 6
4. *Das Gegenteil von Freizeit sind*	
Einkaufen	—28
Hausarbeit	—57

Tab. 25

Quelle: V.G.Blücher, Theoretische und empirische Befunde...

	Freie Zeit in der Normal-Arbeitswoche			
	Gesamtheit	Berufstätige	Berufstätige Hausfrauen	Nur-Hausfrauen, Nicht-Berufstätige
Freie Zeit am Werktag (fünffach)	39,0	34,5	34,5	48,5
Freie Zeit am Samstag	6,8	7,3	5,7	6,6
Freie Zeit am Sonntag	10,0	10,7	8,3	9,6
	55,8	52,5	48,5	64,7

Tab. 26

Quelle: ebenda

Freie Zeit und effektive Freizeit (in Wochenstunden)

	1971 ø	1973 ø
Alle Befragten		
Freie Zeit	45,5	53,2
Effektive Freizeit	35,4	39,6
Arbeitnehmer		
Freie Zeit	42,6	50,6
Effektive Freizeit	32,4	37,2

Tab. 27

Quelle: E.K.Scheuch, Soziologie der Freizeit, Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd.2, S. 764

Länge der Freizeit nach Tätigkeitskategorien für Verheiratete: 1966 (in Stunden und in Dezimalen von Stunden)*

	Land							
	Belgien	Frankreich	Ungarn	Polen	BRD	UdSSR	USA	Jugoslawien
1. Berufstätige Männer								
Werktags	3,7	3,0	3,0	4,0	3,8	4,2	3,9	3,5
Samstags	5,5	4,6	3,7	5,1	6,4	4,7	5,7	4,1
Sonntags	8,8	6,9	7,6	8,5	8,6	7,7	8,9	7,4
Freizeit während einer Woche	32,8	26,5	26,3	33,6	34,0	33,4	34,1	29,0
2. Berufstätige Frauen								
Werktags	2,9	2,2	2,1	2,7	3,0	2,6	3,4	2,1
Samstags	4,5	3,1	2,1	3,4	5,6	2,9	4,5	2,4
Sonntags	5,7	5,7	4,8	6,5	7,3	5,2	7,0	4,3
Freizeit während einer Woche	25,7	19,8	17,4	23,4	27,9	21,1	28,5	17,2
3. Nichtberufstätige Frauen								
Werktags	4,7	4,2	2,9	4,6	4,8	4,7	5,8	3,1
Samstags	5,3	4,2	3,4	4,4	5,6	6,5	5,9	2,9
Sonntags	7,0	5,9	5,2	6,8	7,2	7,5	7,3	4,4
Freizeit während einer Woche	35,8	31,1	23,1	34,2	36,8	37,5	42,2	22,8

* Berechnet nach Ergebnissen der internationalen Zeitbudget-Untersuchung.

Tab. 28

Quelle: GFM-Mitteilungen, 13. Jg., 1967 S. 72

Einschränkung einer Tätigkeit als Folge des Familienstandes „Verheiratet"

Aktivität	Veränderung des Prozentsatzes von Personen, die in den folgenden Ländern an einem Stichtag die folgenden Tätigkeiten ausübten					
	USA	Bundesrepublik	Polen	Ungarn	Jugoslawien (Kragujevac)	Bulgarien
1. Fortbildung	— 5,8 %	— 7,4 %	— 9,1 %	— 7,5 %	— 2,6 %	— 9,7 %
Teilnahme am sozialen und politischen Leben	— 4,9	— 0,9	— 0,8	— 3,4	+ 0,4	— 0,5
Zwischensumme	10,7	8,3	9,9	10,9	3,0	10,2
2. Radiohören	— 2,6	— 2,9	+ 7,3	— 1,5	+ 12,4	+ 15,7
Fernsehen	+ 19,6	+ 13,8	+ 14,6	+ 13,6	+ 15,2	+ 10,4
Lesen zur Unterhaltung	+ 17,5	+ 15,1	+ 11,7	+ 12,9	— 2,3	+ 0,1
Zwischensumme	39,7	31,8	33,6	28,0	29,9	26,2
3. Gesellschaftliches Leben	— 24,7	— 8,4	— 18,3	— 27,6	— 11,3	— 6,9
Ausgehen, Vergnügen	— 9,6	— 9,1	— 9,7	— 15,2	— 31,5	— 18,2
Zwischensumme	34,3	17,5	28,0	42,8	42,8	25,1
Summe = Unterschied, den Familienstand ausmacht	84,7	57,6	71,5	81,7	75,7	61,5

Tab. 29

Quelle: E.K.Scheuch, Soziologie der Freizeit, Handbuch..., S. 753

Die Verwendung von Zeit für verschiedene Tätigkeiten in verschiedenen Ländern 1966
(durchschnittlicher Zeitaufwand pro Tag einer Woche für alle Erwachsenen in Stunden und Dezimalen von Stunden)

Kategorie	Land							
	Belgien	Frankreich	Ungarn	Polen	BRD	UdSSR	USA	Jugoslawien
Schlaf	8,6	8,8	8,2	8,1	8,6	8,1	8,2	8,2
Persönliche Pflege	0,7	0,9	1,0	0,9	1,0	0,8	1,0	0,8
Mahlzeiten	1,6	1,7	1,1	1,1	1,6	0,8	1,1	1,1
Arbeitszeiten	4,5	4,5	4,6	5,2	4,0	6,0	4,6	4,8
Arbeitsweg	0,4	0,4	0,3	0,6	0,3	0,6	0,3	0,5
Hausarbeit	2,6	2,9	2,2	2,7	3,0	2,4	2,2	4,2
Einkaufe	0,3	0,4	0,6	0,5	0,5	0,4	0,6	0,3
Versorgung von Kindern	0,3	0,6	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4
Fortbildung	0,3	0,2	0,1	0,3	0,2	0,6	0,1	0,3
Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen	0,2	0,1	0,3	0,1	0,1	0,1	0,3	0,1
Massenmedien	2,1	1,4	2,3	1,9	1,8	1,7	2,3	1,2
Geselligkeit	1,0	0,9	1,5	0,8	1,2	0,5	1,5	0,8
Spazieren	0,2	0,2	0,0	0,2	0,5	0,2	0,0	0,3
Sport (Aktiv)	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Hobbies	0,5	0,4	0,3	0,2	0,3	0,2	0,3	0,2
Veranstaltungen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,1	0,1
Wegzeiten (außer für Beruf)	0,4	0,5	0,9	0,6	0,4	0,8	0,9	0,6
Sonstiges	0,0	0,0	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0

Tab. 30

Quelle: M. Osterland, u.a., a.a.O., S. 245

Do-it-yourself in Haushalten (I)

In je 100 Haushalten von ... wurden handwerkliche Arbeiten ausgeführt ...	Jahr	sonst.Angestellte/ Beamte	Facharbeiter[a]	sonstige Arbeiter [a]
immer vom Fachmann	1964	36	19	33
	1969	34	20	
immer selbst	1964	-	-	-
	1969	19	38	
manchmal selbst	1964	-	-	-
	1969	48	42	
Wenn selbst, dann:				
1mal pro Woche oder öfter	1964	9	13	6
	1969	6	5	
mehrmals im Monat	1964	12	19	11
	1969	12	16	
1mal im Monat	1964	7	12	14
	1969	10	17	
seltener	1964[b]	36	36	36
	1969	39	41	

a) 1969 zusammengefaßt als "Arbeiter"

b) einschließlich Prozentsatz mit keiner Angabe der Häufigkeit

Tab. 31

Quelle: Osterland, u.a., a.a.O., S. 245

Do-it-yourself in Haushalten (II) (in %) [19]

In je 100 Haushalten von ... wurden an handwerklichen Arbeiten selbst ausgeführt ...	Jahr	sonst. Angestellte/ Beamte	Facharbeiter[a]	sonstige Arbeiter[a]
elektrische Installationen oder Reparaturen	1964	34	41	26
	1969	32	36	
sanitäre Installationen oder Reparaturen	1964	14	24	13
	1969	18	24	
Glaserarbeiten	1964	9	19	14
	1969	9	17	
Maurerarbeiten	1964	16	32	20
	1969	17	30	
Maler-, Tapeziererarbeiten	1964	52	64	54
	1969	58	67	
Tischler-, Schreinerarbeiten	1964	17	31	19
	1969	18	20	

a) 1969 zusammengefaßt als "Arbeiter"

Tab. 32

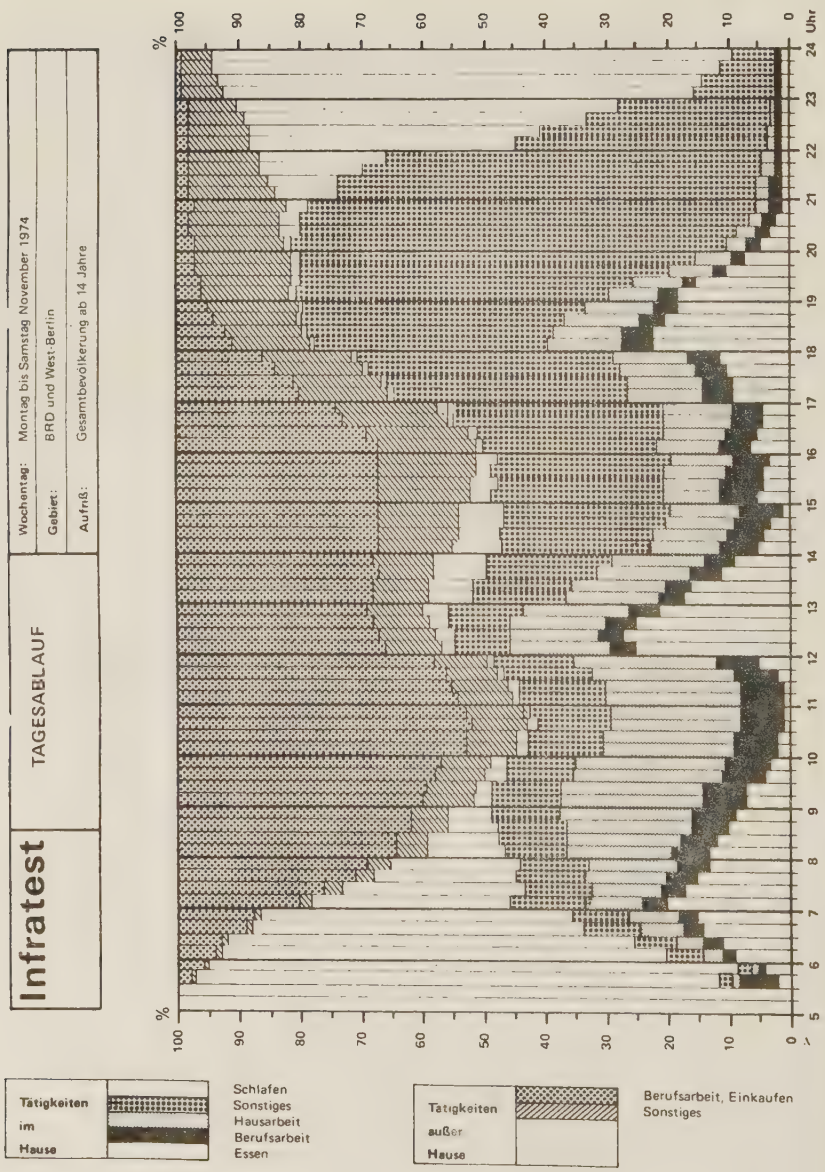
Quelle: Osterland, u.a., a.a.O., S. 242

Große Wäsche

Große Wäsche wird ... von ...% der ...	selbst gewaschen	aus dem Haus gegeben	teils/teils
ungelernte Arbeiter	86	12	1
angelernte Arbeiter	85	13	1
Facharbeiter	85	14	1
höchstqual. Facharb.	77	16	2
ausführende Angest.	67	30	2
qualif. Angestellte	66	32	1
leitende Angestellte	50	41	5

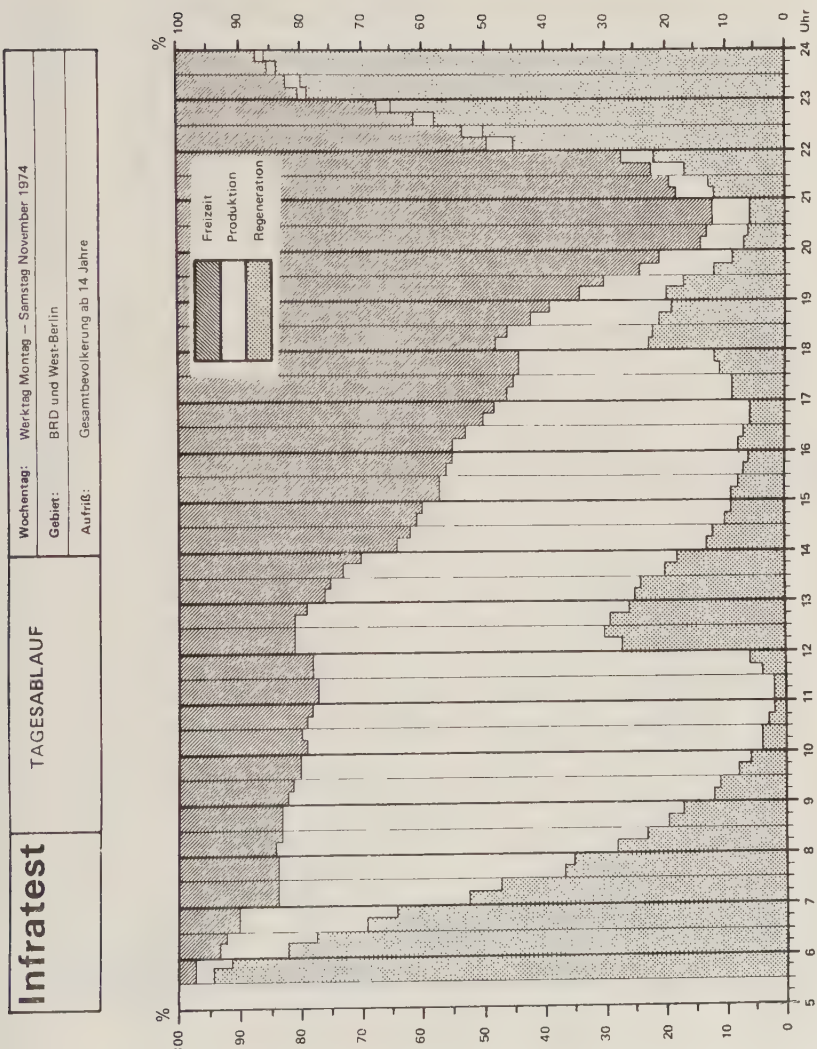
Tab. 33

Quelle: Infratest, Massenkommunikation 1974;



Tab. 34

Quelle: Infratest, Massenkommunikation 1974;



Tab. 35

Die Häufigkeit von Freizeitaktivitäten in einem industriellen Ballungsgebiet nach demographischen Gruppen (1970)*

	Aktivität	ins-gesamt	Geschlecht Männer	Geschlecht Frauen	Altersgruppe** 14–17 Jahre	18–34 Jahre	35–64 Jahre	65 Jahre und älter	Schulbildung Volks-schule	Mittlere Reife	Abitur Hoch-schule	Haushaltsgröße 1	2	3 und mehr Personen	Arbeiter	Beruf Angestellte und Beamte	Selbst./ Freie Berufe	Ldw., Lda.***	Hausfrauen
	a) Wohnung und Garten																		
1	Fernsehen	3,44	3,5	3,4	3,5	3,3	3,5	3,5	3,5	3,2	2,8	3,2	3,5	3,4	3,6	3,3	3,0	3,3	3,5
2	Sich mit der Familie beschäftigen	3,36	3,3	3,4	2,8	3,5	3,5	2,9	3,4	3,3	3,2	2,0	3,3	3,6	3,4	3,4	3,3	3,3	3,7
3	Mit Freunden zusammen sein	2,31	2,4	2,2	3,4	2,7	2,1	1,7	2,2	2,7	2,8	1,9	2,1	2,4	2,4	2,6	2,4	2,3	2,1
4	Sportberichte sehen, hören, lesen	2,30	3,1	1,6	2,4	2,6	2,3	1,7	2,3	2,3	2,0	1,3	2,1	2,5	3,1	2,4	2,3	2,8	1,6
5	Spannende Lektüre	2,26	2,2	2,4	2,6	2,4	2,2	2,0	2,2	2,5	2,0	2,1	2,2	2,3	2,2	2,4	1,9	1,6	2,3
6	Schlager- und Tanzmusik hören	2,20	2,2	2,2	3,7	2,9	2,0	1,0	2,2	2,4	1,8	1,2	1,7	2,5	2,5	2,4	1,9	1,5	2,1
7	Sich über Politik und Kulturleben informieren	2,12	2,5	1,8	1,8	2,3	2,1	1,7	1,9	2,7	3,4	1,7	2,0	2,2	2,2	2,6	2,6	2,8	1,8
8	Sich mit einem Hobby beschäftigen	1,73	2,1	1,4	2,5	2,0	1,7	0,8	1,6	2,2	2,1	1,2	1,5	1,9	1,9	2,0	1,6	1,8	1,4
9	Reparieren	1,54	2,0	1,1	1,3	1,6	1,7	1,1	1,6	1,4	1,3	0,8	1,3	1,7	2,1	1,6	1,4	2,6	1,1
10	Gar nichts tun	1,48	1,5	1,4	1,6	1,4	1,4	1,9	1,5	1,4	1,2	1,8	1,7	1,4	1,5	1,4	1,2	0,7	1,4
11	Schach, Karten oder Gesellschaftsspiele	1,44	1,7	1,2	1,6	1,7	1,4	0,9	1,4	1,6	1,4	0,9	1,3	1,6	1,7	1,6	1,4	1,3	1,3
12	Anspruchsvolle Lektüre	1,08	1,0	1,1	1,4	1,3	1,0	0,8	0,8	1,9	2,9	1,1	0,9	1,1	0,8	1,7	1,5	1,0	1,0
13	Sich mit beruflichen Dingen beschäftigen	1,04	1,3	0,8	1,7	1,5	0,9	0,2	0,9	1,6	2,5	0,5	0,7	1,2	1,1	1,7	2,7	3,2	0,5
14	Sich weiterbilden	1,00	1,2	0,8	2,7	1,4	0,8	0,3	0,7	1,9	2,8	0,6	0,6	1,2	0,9	1,7	1,6	1,8	0,6
15	An privaten Tanzparties teilnehmen	0,65	0,7	0,6	1,8	1,2	0,4	0,1	0,6	1,0	1,0	0,2	0,3	0,9	0,7	1,0	0,7	0,8	0,5
	b) Nähere Umgebung																		
16	Spazierengehen zum Vergnügen	2,58	2,5	2,6	2,2	2,7	2,6	2,4	2,6	2,6	2,6	2,3	2,7	2,5	2,5	2,7	2,2	1,8	2,7
17	Ausflug ins Grüne	2,28	2,3	2,3	2,0	2,5	2,4	1,6	2,3	2,4	2,3	2,1	2,4	1,8	2,5	2,5	2,2	1,8	2,4
18	Verwandte oder Bekannte besuchen	2,15	2,1	2,2	2,0	2,2	2,2	1,9	2,3	2,2	2,1	1,9	2,2	2,1	2,1	2,2	1,9	2,2	2,3
19	Wandern in der Natur	1,79	1,8	1,8	1,3	1,8	2,0	1,3	1,8	1,9	2,0	1,5	1,9	1,4	1,9	1,9	1,8	1,7	1,9
20	Spazierfahrt mit dem Auto	1,75	1,8	1,8	1,8	2,3	1,7	0,9	1,7	2,0	2,0	2,0	1,8	1,1	1,9	2,2	1,9	2,3	1,7
21	Besichtigung von Sehenswürdigkeiten	1,30	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4	0,9	1,2	1,6	1,8	1,4	1,3	1,0	1,3	1,6	1,4	1,2	1,3
22	Sport und Spiel	1,26	1,5	1,0	2,6	1,9	1,0	0,2	1,1	1,8	1,8	2,2	1,2	0,4	1,5	1,7	1,4	1,0	1,0
23	Zuschauen bei Sportveranstaltungen	1,16	1,7	0,6	1,6	1,5	1,1	0,5	1,2	1,2	0,9	1,6	1,2	0,4	1,8	1,3	1,0	1,3	0,6
24	Sich bilden und fortbilden	0,96	1,1	0,8	2,3	1,3	0,8	0,3	0,7	1,8	2,8	2,0	0,8	0,4	0,8	1,6	1,5	1,7	0,6
25	Besuch von Vereinsveranstaltungen	0,80	1,1	0,6	1,3	1,0	0,7	0,5	0,7	1,0	0,9	1,2	0,8	0,4	1,0	0,9	0,9	1,7	0,6
	Freizeitaktivität insgesamt (Index-Mittelwert)	1,76	1,9	1,6	2,1	2,0	1,7	1,2	1,7	2,0	2,1	1,8[1]	1,6[1]	1,2[1]	1,9	2,0	1,8	1,9	1,6
												Haushaltsgröße[2] 1	2	3 +					
												2,1	2,5	3,0					

[1] Nur Bereich b).
[2] Nur Bereich a).
* Quelle: EMNID/SVR 1970, Tabellenband, S. 10–55, 60–89. Die Daten basieren auf 9200 repräsentativen Interviews im Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk. Der *Index der Häufigkeit* wurde als gewogener Mittelwert von Rangen errechnet, die den Originalantworten der Befragten in folgender Weise zugeordnet wurden:

Originalantwort:	nie	selten	manchmal	öfter	oft	sehr oft
Rangwert	0	1	2	3	4	5

Je höher ein Indexwert ist, desto öfter wird die jeweilige Aktivität nach der durchschnittlichen Angabe der Gruppe ausgeübt. Die Werte dienen nur als grober Vergleichsmaßstab, da unklar ist, wie »oft« in bezug auf eine Aktivität in Relation zu den anderen Aktivitäten und von einer Gruppe in Relation zu den anderen Gruppen interpretiert wurde. Ein Wert von 2,0 besagt z. B., daß die jeweilige Gruppe durchschnittlich der Meinung war, die Aktivität »manchmal« auszuüben.

** Die Altersgruppen wurden nach folgenden Kategorien zusammengefaßt: Jugendliche, junge Erwachsene, reife Erwachsene, alte Menschen.

*** Selbständige Landwirte oder Gärtner, Landarbeiter.

Quelle: EMNID/SVR, Freizeit im Ruhrgebiet, a.a.O., S.10-55, S. 60-89

Tab. 36

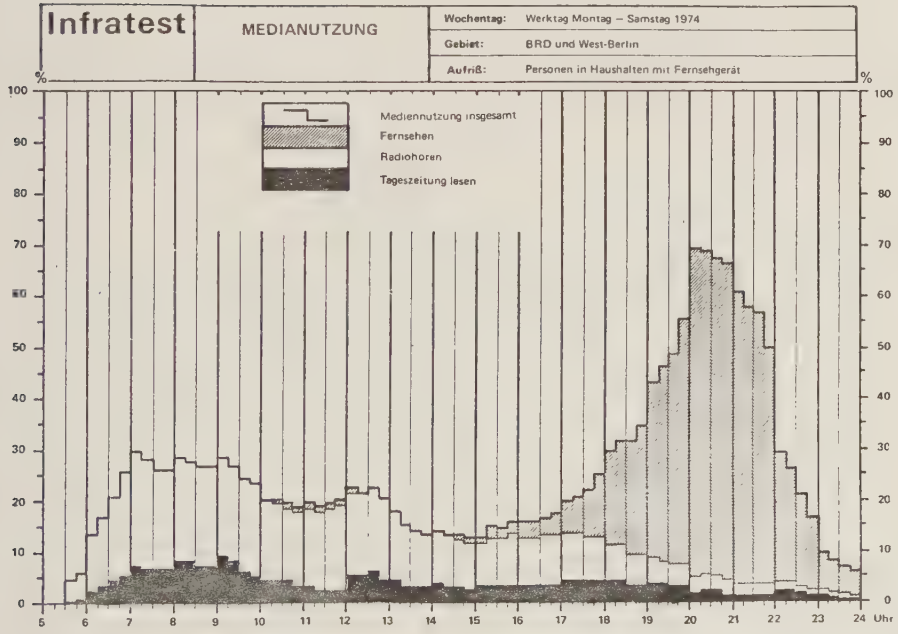
Quelle: Der Monat 4/1970

Das Zeit - Budget für die Massenmedien

Durchschnittlicher Zeitaufwand pro Woche für sieben Freizeitbeschäftigungen (in Stunden und Minuten)	Bevölkerung insgesamt	Selbständige Geschäftsleute, freie Berufe	Leitende Angestellte, Beamte	Mittlere einfache Angestellte, Beamte	Facharbeiter	Angelernte und Hilfsarbeiter	Landwirte
	25/00	24/24	27/19	26/35	26/00	24/44	16/25
Von der gesamten Zeit entfallen auf :							
Fernsehen	39 %	40 %	33 %	36 %	40 %	42 %	38 %
Radio hören	21 %	19 %	18 %	21 %	21 %	23 %	22 %
Zeitung lesen	15 %	16 %	16 %	14 %	15 %	14 %	20 %
Illustrierte, Zeitschriften lesen	9 %	9 %	10 %	9 %	9 %	9 %	8 %
Buch zur Unterhaltung lesen	9 %	8 %	13 %	11 %	7 %	6 %	6 %
Buch zur Weiterbildung lesen	4 %	6 %	7 %	5 %	4 %	2 %	3 %
Schallplatten hören	3 %	2 %	3 %	4 %	4 %	4 %	3 %
	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Tab. 37

Quelle: Infratest, Massenkommunikation, München 1975



Tab. 38

Quelle: TIME'74, a.a.O., S. 12a

SPEZIELLE TÄTIGKEITEN: HOBBY

Als betriebene Hobbys	werden genannt von ... %		
	aller Befragten	Männer	Frauen
	%	%	%
Sich mit Freunden treffen	45	45	45
Bücher lesen	43	35	50
Gartenpflege	34	33	35
Schallplatten	30	29	31
Spiele (z.B. Schach, Skat)	29	37	21
Pflege von Zimmerpflanzen	24	7	39
Fotografieren/Filmen	24	29	19
Tanzen/Parties	23	18	29
Tonband/Cassettenrecorder	23	28	18
Nähen/Schneidern	21	1	40
Basteln/Heimwerken	20	28	12
Stricken	19	-	36
Beschäftigung mit Haustieren	16	16	17
Arbeiten am Auto	15	29	2
Ins Kino gehen	13	13	14
durchschnittliche Zahl der genannten Hobbys	4,4	4,2	4,6

Tab. 39

Quelle: ebenda, S. 13a

SPEZIELLE TÄTIGKEITEN: HOBBY

Als betriebene Hobbys	werden genannt von ... % der Befragten im Alter von ..			
	14-19 Jahre	20-29 Jahre	30-49 Jahre	50-69 Jahre
	%	%	%	%
Sich mit Freunden treffen	62	58	43	35
Bücher lesen	53	44	38	45
Gartenpflege	8	20	41	44
Schallplatten	62	32	31	17
Spiele (z.B. Schach, Skat)	34	41	25	25
Pflege von Zimmerpflanzen	4	13	23	38
Fotografieren/Filmen	33	31	26	15
Tanzen/Parties	51	43	21	5
Tonband/Cassettenrecorder	59	32	21	8
Nähen/Schneidern	14	20	21	25
Basteln/Heimwerken	15	20	26	14
Stricken	16	18	19	20
Beschäftigung mit Haustieren	15	15	16	18
Arbeiten am Auto	8	20	18	10
Ins Kino gehen	39	25	9	3
durchschnittliche Zahl der genannten Hobbys	5,8	4,9	4,3	3,8

Tab. 40

Quelle:EMNID/SVR, Tabellenband

Art des zusätzlichen Raumbedarfs

FRAGE: Und was würden Sie noch zusätzlich benötigen, damit Sie die Freizeit zu Hause so verbringen können, wie Sie gerne möchten? Ich habe hier eine Liste mit möglichen Veränderungen und Ergänzungen. Sagen Sie mir bitte,was bei Ihnen notwendig ist.
(Antwortmöglichkeiten vorgegeben - Listenvorlage)

	Insgesamt %	Männer %	Frauen %	Altersgruppen: 14 bis 17 Jahre %	18 bis 24 Jahre %	25 bis 34 Jahre %	35 bis 44 Jahre %	45 bis 54 Jahre %	55 bis 64 Jahre %	65 Jahre u. älter %
Anzahl	43400	20746	22654	2893	4158	8722	7793	5892	6399	6853
%	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Grössere Wohnung beziehen	8.8	9.4	8.3	7.3	12.0	13.9	13.5	6.7	3.9	1.9
Wohnung vergrössern	1.8	1.8	1.8	1.8	1.4	2.3	3.3	2.0	1.1	0.2
Zusätzliches Wohnzimmer	2.4	2.6	2.2	1.9	3.1	2.5	3.0	2.9	2.0	1.0
Einrichtung von Wohn-Schlafzimmer	0.6	0.7	0.6	0.7	1.2	0.4	0.8	0.6	0.4	0.7
Zusätzlicher Hobbyraum	5.1	6.9	3.4	11.7	7.7	7.5	6.7	3.5	0.8	0.7
Zusätzlicher Partyraum	2.2	2.8	1.6	9.5	9.2	1.9	1.0	0.3	0.1	0.2
Grösserer Keller	1.5	1.9	1.0	1.3	1.4	2.1	3.0	1.1	0.4	0.4
Sonstiger Nebenraum	1.9	1.9	1.9	1.0	2.2	2.4	2.7	2.2	1.1	0.9
Anbau / Umbau	0.4	0.5	0.2	0.0	0.5	0.4	0.5	0.6	0.1	0.1
Sonstiges	1.7	1.6	1.8	1.8	2.9	2.9	2.5	0.9	0.9	0.2
Gar nichts, Wohnung in Ordnung	74.7	71.2	78.0	67.1	63.4	56.9	65.2	78.0	87.4	91.0
Keine Antwort	2.4	2.9	2.0	2.2	2.6	1.5	2.0	2.7	2.5	1.5

	Haushaltgrösse: 1 Person %	2 Personen %	3 Personen %	4 Personen %	5 und mehr Personen %	Familieneinkommen (monatlich netto): Unter DM 400,- %	DM 400,- b. u. DM 800,- %	DM 800,- b. u. DM 1200,- %	DM 1200,- b. u. DM 1500,- %	DM 1500,- b. u. DM 2000,- %	DM 2000,- und mehr %
Anzahl	3971	11211	11866	9232	7119	804	7561	17781	6841	5083	3654
%	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Grössere Wohnung beziehen	3.0	5.0	9.0	11.9	13.3	5.5	6.2	9.7	11.0	9.1	6.8
Wohnung vergrössern	0.7	1.2	1.6	2.3	3.2	1.6	1.2	1.9	2.4	2.0	1.7
Zusätzliches Wohnzimmer	2.1	1.6	2.6	2.9	2.5	0.7	2.2	2.9	2.9	1.1	1.8
Einrichtung von Wohn-Schlafzimmer	0.4	0.4	0.3	0.8	1.5	0.0	0.3	0.7	0.7	0.7	0.9
Zusätzlicher Hobbyraum	1.6	2.6	6.2	6.4	7.3	4.9	1.1	4.1	6.2	6.9	4.2
Zusätzlicher Partyraum	0.2	0.8	2.5	3.2	3.4	0.0	0.7	2.4	3.0	3.0	1.5
Grösserer Keller	0.2	1.4	1.4	2.0	1.7	0.2	1.0	1.7	1.9	1.3	0.9
Sonstiger Nebenraum	1.5	1.1	1.9	2.9	2.3	0.0	1.4	2.2	2.3	1.6	1.9
Anbau / Umbau	0.0	0.4	0.3	0.4	0.4	0.0	0.3	0.4	0.5	0.2	0.4
Sonstiges	0.5	0.3	2.4	2.6	2.3	1.5	0.3	2.2	2.6	1.4	1.1
Gar nichts, Wohnung in Ordnung	87.1	85.0	72.5	67.2	65.1	82.3	84.4	71.5	68.3	73.2	80.4
Keine Antwort	2.8	2.4	1.9	2.1	3.4	5.0	2.4	2.1	2.9	2.9	1.9

Mehrfachnennungen

Tab. 41

Quelle:ebenda, S. 170

Durch äussere Umstände behinderte Hobbyarten

FRAGE: Und was von den gleichen Möglichkeiten würden Sie recht gerne tun? Können es aber nicht, weil Ihnen die Räume fehlen, die notwendige Erläuterung oder Hilfe oder ein Kreis, der so etwas gern tut?

(Antwortmöglichkeiten vorgegeben - Listenvorlage)

	Insgesamt	Altersgruppen						
		14 bis 17 Jahre	18 bis 24 Jahre	25 bis 34 Jahre	35 bis 44 Jahre	45 bis 54 Jahre	55 bis 64 Jahre	65 u. Älter
	%	%	%	%	%	%	%	%
Anzahl	43400	2893	4158	8722	7783	6892	6099	6853
"	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Werken, basteln	8.7	9.9	9.0	11.0	10.4	8.7	6.7	4.8
Musizieren, ein Instrument spielen	4.4	5.8	8.2	4.9	4.7	3.8	3.3	2.0
Forschen und experimentieren wie Wissenschaftler	2.9	10.0	7.5	3.1	2.4	2.2	0.5	0.3
Fotografieren und filmen	7.6	18.1	14.0	9.0	7.3	6.2	4.3	2.2
Zeichnen, malen	2.3	5.4	4.5	2.4	1.8	1.7	1.3	1.4
Tonbandarbeiten	3.9	15.5	9.0	4.8	2.9	1.5	1.3	0.5
Aufführungen, Laienspiele	1.3	2.0	7.1	1.6	1.5	1.3	1.0	0.3
Handarbeiten wie schneidern oder Teppich knüpfen	4.8	3.8	3.9	6.2	5.5	4.5	4.5	3.5
Funken	2.4	8.2	5.6	2.4	1.9	1.9	0.9	0.5
Sonstige Gestaltung wie schnitzen, bildhauern, batiken, Emailarbeiten usw.	5.9	8.3	7.8	7.8	6.3	5.3	4.5	2.9
Keine Antwort	68.8	48.3	53.0	62.1	67.2	71.3	79.3	85.5

	Schulbildung				Familieneinkommen (monatlich netto)					
	Volksschule ohne abgeschl. Lehre	Volksschule mit abgeschl. Lehre	Mittlere Reife u. ä.	Abitur bzw. Hochschule, Univers.	Unter DM 400,-	DM 400,- b. u. DM 800,-	DM 800,- b. u. DM 1200,-	DM 1200,- b. u. DM 1500,-	DM 1500,- b. u. DM 2000,-	DM 2000,- und mehr
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Anzahl	11355	23060	7225	1760	404	7561	17761	6841	6283	3654
%	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Werken, basteln	9.8	10.1	9.2	6.1	3.4	6.9	9.7	9.1	8.1	8.8
Musizieren, ein Instrument spielen	3.0	4.4	6.3	5.3	3.4	3.3	4.6	5.0	5.0	3.6
Forschen und experimentieren wie Wissenschaftler	1.3	2.7	5.4	5.6	1.5	0.7	2.9	3.2	4.5	4.5
Fotografieren und filmen	5.7	8.0	9.8	5.9	3.4	4.4	8.3	8.1	9.5	7.1
Zeichnen, malen	1.4	2.2	3.7	2.8	1.2	1.4	2.1	2.3	3.0	3.0
Tonbandarbeiten	3.2	4.1	4.6	2.9	3.5	1.3	4.1	4.7	4.9	4.3
Aufführungen, Laienspiele	0.8	1.2	2.6	2.0	1.2	1.0	1.2	2.3	1.2	1.5
Handarbeiten wie schneidern oder Teppich knüpfen	6.1	4.7	3.9	0.5	2.9	4.2	5.1	5.0	4.5	4.1
Funken	1.3	2.6	3.3	2.5	0.2	0.5	2.3	4.0	3.3	2.7
Sonstige Gestaltung wie schnitzen, bildhauern, batiken, Emailarbeiten usw.	4.0	5.6	9.8	6.8	3.2	4.3	9.3	7.4	7.3	7.7
Keine Antwort	75.7	67.2	62.1	73.1	85.5	79.0	67.4	64.7	63.4	69.3

Tab. 42

Quelle: Freizeit in Krefeld, 1974, Teil 1

Gewünschte Freizeiträume in Krefeld und im Ruhrgebiet

Freizeitraum	Gewünscht in Krefeld von x % der Befragten	Gewünscht im Ruhrgebiet von x % der Befragten
Grössere Wohnung	8,6	8,8
Zusätzliches Wohnzimmer	14,2	2,4
Hobbyraum	38,9	5,1
Partyraum	21,9	2,2
Gar nichts	23,6	74,7

Tab. 43

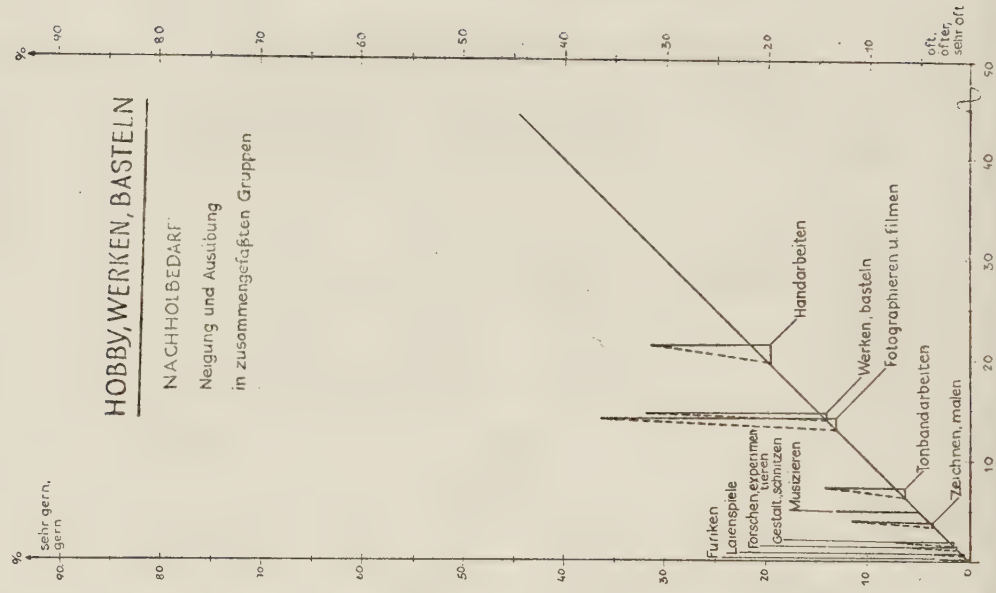
Quelle: ebenda

Beliebtheitsgrad einzelner Freizeiträume

Freizeitraum	verfügbar bei x % aller Befragten	Gewünscht von x % aller Befragten	Summe	Beliebtheitsgrad
Zusätzliches Wohnzimmer	18,2	14,2	32,4	4
Hobbyraum, Arbeitsraum	20,8	38,9	69,7	2
Partyraum	10,0	21,9	31,9	5
Terrasse/Balkon	46,6	23,5	70,1	1
Garten	32,0	21,2	53,2	3
Kleingarten	7,4	6,6	14,0	7
Spielplatz für Kinder	10,9	9,8	20,7	6
Gemeinschaftsraum	5,6	7,7	12,3	8

Tab. 44

Quelle: EMNID/SVR, S. 237



Tab. 45

Quelle: Infas, Freizeitverhalten, eine Sekundäranalyse, S.53

Wohnsituation, Ausstattung mit Freizeitgütern und Infrastruktur

Merkmale	Zahl der Befragten	Ideale Wohnverhältnisse: Für besonders wichtig halten ... Gute Verkehrsverbindungen	Nähe zu Erholungsgebieten	Nähe zu Sportanlagen, Bädern	Nähe zu Lokalen, Kinos
	abs.	%	%	%	%
Nordrhein-Westfalen insgesamt	2.049	50	27	13	4
Ruhrgebiet	540	50	33	15	7
Bis 24 Jahre	217	54	25	24	17
25 bis 34 Jahre	424	51	22	18	4
35 bis 49 Jahre	578	51	27	14	3
50 bis 64 Jahre	516	49	31	7	3
65 Jahre und älter	314	43	28	3	2
Facharbeiter	461	49	29	16	5
An-, ungelernte Arbeiter	243	48	21	10	7
Rentner	410	44	26	4	2

Frage: Wie gut man wohnt, hängt ja nicht nur von der Wohnung selbst ab, sondern auch von der Umgebung, in der man wohnt. Nennen Sie mir doch bitte von dieser Liste die drei Dinge, die Ihnen für ideale Wohnverhältnisse besonders wichtig sind. (Den Befragten wurde eine Karte vorgelegt. Es sind in der Übersicht nicht alle angebotenen Alternativmöglichkeiten enthalten).

Tab. 46

Quelle: H. Hüwel, H.-J.Tunnat, Analysen und Modelle 6, Berlin 1973, S. 120

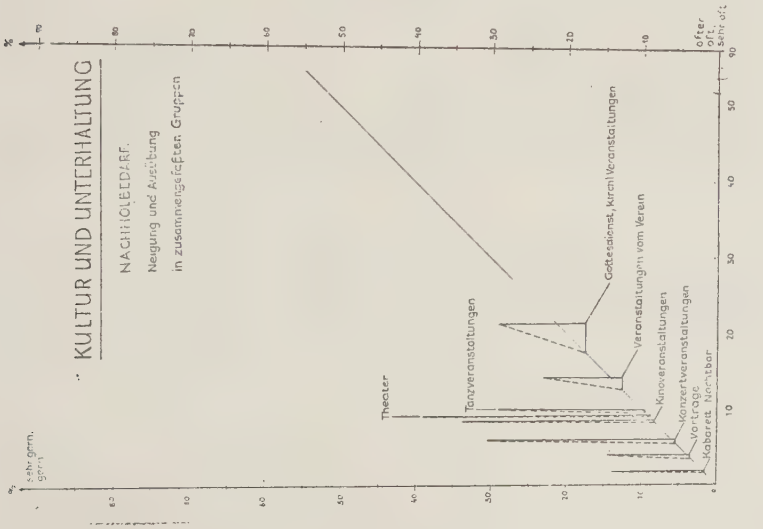
FREIZEIT FREIZEITVERWENDUNG

Tab. Nr. 19

n = 748 (Mehrfach)	Alter 20-24 (n:68) %	25-29 85 %	3o-35 12o %	36-44 146 %	45-54 153 %	55-65 176 %	Summe 748 %
Außer Hause (18 - 24 Uhr)							
Gaststättenbesuch.....	21	22	21	16	15	15	17
Spaziergang, Stadtbummel, Ausflug.....	2o	14	15	13	9	15	14
Besuch gemacht.....	26	12	4	6	6	3	8
Versammlung besucht.....	2	2	1o	4	7	3	5
Kommissionen gemacht, etwas erledigt.....	7	6	6	4	5	4	4
Kurs besucht.....	11	4	3	1	2	1	3
Nebenbeschäftigungen nachgegangen	2	3	2	5	3	1	3
Selbst Sport getrieben..	8	2	3	1	2	1	2
Kino.....	6	-	3	2	2	1	2
Bei Sportveranstaltungen zugeschaut.....	-	1	1	1	1	1	1
In der Kirche gewesen...	-	-	2	1	1	1	-
Theater, Oper, Konzert..	1	-	-	-	1	1	-
Arbeitsweg, im Betrieb gearbeitet	17	29	27	31	26	2o	25
Anderes	7	5	7	7	3	3	5

Tab. 47

Quelle: EMNID/SVR, Tabellenband



Tab. 48

Quelle: EMNID/SVR, Tabellenband

Hinderungsgründe für mangelnde Betätigung in der Freizeit

FRAGE: Man kann in der Freizeit nicht alles tun, was man gerne möchte. Ich habe eine Liste mit Hinderungsgründen. Sagen Sie mir bitte, ob einer oder mehrere dieser Hinderungsgründe für Sie zutreffen, so dass Sie in der Freizeit nicht machen können, was Sie gerne machten.

(Antwortmöglichkeiten vorgegeben - Listenvorlage)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Altersgruppen						
				14 bis 17 Jahre	18 bis 24 Jahre	25 bis 34 Jahre	35 bis 44 Jahre	45 bis 54 Jahre	55 bis 64 Jahre	65 Jahre u. älter
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Anzahl	43400	20746	22654	2893	4158	8722	7783	6892	6099	6853
%	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Gesundheitliches Befinden	18.0	15.4	20.4	2.2	2.3	2.6	6.4	16.7	32.5	45.5
Mangel an Zeit	36.0	36.8	35.3	29.6	40.6	47.8	48.2	42.4	27.7	8.0
Zu wenig Geld	14.2	14.9	13.5	26.3	23.3	13.8	16.3	10.7	9.2	9.3
Keine Gelegenheit	7.2	6.5	7.9	8.9	10.7	8.5	6.7	6.5	6.2	4.8
Zu weite Anfahrtwege	9.4	8.5	10.3	12.1	11.3	9.1	10.4	8.8	8.3	8.0
Schlechte Verkehrsverbindungen	3.9	3.3	4.4	4.5	4.8	3.7	4.6	3.6	4.0	2.7
Nicht die richtigen Anlagen, Sportplätze, Hallen usw. vorhanden	10.1	11.4	8.8	22.0	18.1	15.2	12.4	6.2	2.7	1.5
Keine erreichbaren Grünflächen, Spazierwege usw. vorhanden	6.9	5.9	7.9	10.2	8.6	7.7	8.5	5.5	5.6	5.5
Sonstiges	0.1	0.1	0.1	0.2	0.0	0.1	0.0	0.1	0.2	0.1
Nichts davon betrifft mich	30.3	32.0	28.8	32.8	32.2	30.5	28.3	30.9	31.4	28.2
Keine Antwort	1.1	1.2	1.0	1.1	0.8	1.3	1.1	1.3	1.2	0.6

Tab. 49

Quelle: EMNID/SVR, Tabellenband, S. 90

Hinderungsgründe für mangelnde Betätigung in der Freizeit

	Schulbildung				Berufsgruppen						
	Volksschule ohne abgeschl. Lehre	Volksschule mit abgeschl. Lehre	Mittlere Reife u. Ä.	Abitur bzw. Hochschule, Univers.	Arbeiter	Angestellte	Beamte	Selbständige	Selbst. Landwirte, Landarbeiter	Rentner	Hausfrau	Schüler Studenten, in Ausbildung
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Anzahl	11355	23060	7225	1760	13104	5630	896	1853	564	8581	12339	7445
%	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Gesundheitliches Befinden	27.9	15.3	12.8	11.0	8.9	7.9	9.7	7.2	12.2	54.8	19.4	2.0
Mangel an Zeit	25.8	37.8	41.6	55.2	42.7	46.1	42.9	43.8	48.1	7.1	33.7	35.5
Zu wenig Geld	16.2	13.8	12.8	11.1	19.1	10.1	8.3	8.8	8.0	10.0	11.9	29.3
Keine Gelegenheit	6.6	7.7	7.3	4.8	7.8	7.7	7.3	5.2	4.4	5.1	7.7	8.1
Zu weite Anfahrtwege	9.5	9.5	9.3	7.6	10.4	9.3	8.0	6.4	3.0	8.8	8.9	12.2
Schlechte Verkehrsverbindungen	4.4	3.7	4.0	2.3	3.7	4.1	4.2	2.8	2.3	3.3	4.3	5.4
Nicht die richtigen Anlagen, Sportplätze, Hallen usw. vorhanden	8.1	10.6	11.4	9.8	13.1	11.3	8.7	8.4	3.0	1.8	9.3	20.6
Keine erreichbaren Grünflächen, Spazierwege usw. vorhanden	7.0	7.2	6.4	5.0	7.5	5.9	4.9	5.2	3.0	5.1	7.8	3.4
Sonstiges	0.1	0.1	0.1	0.0	0.3	0.2	0.2	0.0	0.0	0.0	0.1	0.3
Nichts davon betrifft mich	29.2	31.2	29.5	28.6	30.0	32.2	37.1	23.5	14.9	29.1	31.3	31.7
Keine Antwort	1.6	1.0	0.8	0.3	1.5	0.6	0.7	0.9	2.0	1.0	1.0	1.0

Mehrfachnennungen

Tab. 50

Quelle: Infas, Freizeitverhalten - eine Sekundäranalyse, S. 61

2.03

Organisationsbindung

Merkmale	Befragte[1]			Vereinsmitglieder[2]			Parteimitglieder[3]			potentielle Parteimitglieder[3]			Gewerkschaftsmitglieder[4]		
	1964	1968	1973	1964	1968	1973	1964	1968	1973	1964	1968	1973	1964	1968	1973
Befragte insgesamt	59	57	38	32	33	30	5	4	5	11	6	12	19	19	20
Männer															
mit entsprechender Schulbildung	59	55	38	45	39	43	9	5	8	15	6	14	35	36	39
mit weiterführender Schulbildung	50	41	31	47	57	44	8	10	10	15	14	24	19	29	21
Frauen															
mit entsprechender Schulbildung	63	67	44	11	17	14	2	1	2	4	2	5	6	4	6
mit weiterführender Schulbildung	58	48	28	27	33	31	3	1	3	11	11	11	7	9	10
Männer															
bis 24 Jahre	48	42	28	52	63	55	5	3	3	28	26	42	29	26	16
25 bis 34 Jahre	52	45	32	55	48	56	4	7	10	24	16	22	31	36	34
35 bis 49 Jahre	59	49	42	44	45	40	9	7	10	16	6	12	36	40	37
über 50 Jahre	59	57	36	41	40	35	10	6	9	9	3	10	27	29	36
Frauen															
bis 24 Jahre	50	42	18	21	15	29	2	1	1	8	9	10	9	1	14
25 bis 34 Jahre	57	64	35	14	20	18	2	1	1	7	4	11	7	7	9
35 bis 49 Jahre	62	65	49	20	27	18	2	1	3	6	5	5	8	6	5
über 50 Jahre	68	66	42	15	16	16	2	2	3	4	3	5	2	5	7
Arbeiter															
bis 34 Jahre	40	50	24	30	54	41	6	1	1	19	21	30	33	21	27
35 bis 49 Jahre	58	56	40	39	45	37	7	4	7	18	8	8	44	43	44
über 50 Jahre	63	53	26	30	31	41	10	2	10	10	2	10	41	41	45
Angestellte Beamte															
bis 34 Jahre	52	47	35	41	41	47	1	3	1	19	25	16	20	13	15
35 bis 49 Jahre	51	44	40	39	44	34	5	8	9	14	13	22	30	27	28
über 50 Jahre	54	69	23	41	38	19	3	4	4	11	6	11	25	46	36

Tab. 51
Quelle: Infas, a.a.O., S. 60

7.02	Mitwirkung in Bürgerinitiativen			
	Derzeitig oder frühere Mitglieder v. Bürgerinitiativen[1]	Eventuell würden ...[2]		
		mitarbeiten	nicht mitarbeiten	unentschieden, keine Angabe
	%	%	%	%
Bundesbevölkerung insgesamt	3	34	63	3
Männer	4	41	56	3
Frauen	1	28	70	2
18 bis 24 Jahre	4	42	53	5
25 bis 34 Jahre	4	48	46	4
35 bis 49 Jahre	4	34	63	3
50 bis 64 Jahre	3	27	72	1
65 Jahre und älter	1	19	80	1
Volksschule ohne Lehre	0	15	84	1
Volksschule mit Lehre	4	31	65	4
Mittel-, Fachschule	3	55	43	2
Abitur, Hochschule	9	65	31	4
Selbständige und freie Berufe	5	40	59	1
Höhere Angestellte, Beamte	8	51	47	2
Sonstige Angestellte, Beamte	2	45	52	3
Arbeiter	2	27	69	4
Rentner	1	20	78	2
(Potentielle) Parteimitglieder	10	63	34	3
Übrige Befragte	1	28	70	2

* Parteimitglieder oder zum Beitritt befähigte Personen

1) Frage: Sind Sie oder waren Sie Mitglied einer Bürgerinitiative?

2) Frage: Könnten Sie sich persönliche Situationen oder Probleme vorstellen, die Sie dazu veranlassen würden, eine Bürgerinitiative ins Leben zu rufen oder aktiv in einer solchen Gruppe mitzuarbeiten?

Quelle: [illegible] Bevölkerung [illegible] Bundesgebiet ohne West-Berlin, insgesamt [illegible] Personen über 18 Jahre, April/Mai 1973, Random Auswahl

Tab. 52

Quelle: Hüwel, Tunnat, a.a.O., S. 123

Freizeitliche Aktivitäten am Freien Samstag - morgen:

Zu Hause	Außer Hause
29% Hausarbeiten(etwas repliziert,aufgeräumt,der Frau geholfen etc.)	58% Kommission gemacht, i.d.Stadt etwas erledigt
24% Gelesen(Zeitung, illustrierte, Buch)	13% Spaziergang, Stadtbummel
15% Noch ausgeruht (a.d.Sofa im Lehnstuhl)	13% Wanderung, Ausflug, Ausfahrt
12% Mit Auto,Motorrad etc. beschäftigt	11% Gaststättenbesuch
8 % Radio, Schallplatten gehört	5 % Im Garten gearbeitet
5 % Mit der Familie zusammengesessen	4 % Nebenarbeiten nachgegangen
2 % Gebastelt	1 % Besuch gemacht
2 % Beruf. Fortgebildet	1 % Versammlung besucht
1 % Besuch empfangen	1 % Kursus besucht
1 % Mich mit den Kindern beschäftigt	1 % Sport getrieben

Tab. 53

Quelle: ebenda, S. 125

	Beschäftigungsdauer im gewogenen Mittel der jeweiligen Teilgruppe		aller Befragt.		Anteil a.d. Ges.-Beschäftigung
	Std.	Min.	Std.	Min.	%
1.Fernsehen und Rundfunk	2	46	2	13	24
2. Arb. in Haus und Garten	3	18	1	57	21
3.Lesen	1	48	1	08	12
4.Steckenpferd, Hobby	2	09		25	4
Auf den außerhäuslichen Bereich entfallen: (vgl. 21 ; S. 233)					
1.Besuch bei Freunde,Bekannten,Verwandten	3	02	1	19	14
2.Gaststättenbesuch, Tanz	3	24	1	05	11
3.Spazierengehen, Wandern	1	46		28	5
4.Kinobesuch	2	30		20	3
5.Sportplatzbesuch, Sport	3			16	3
6.Vereinsveranstaltg.,Jugendgruppe	3			07	1,2
7.Theater,Konzert	3			04	0,7
8.Weiterbildende Kurse, Weiterbildung	2	50		05	0,9
9.Kirchl. Veranstaltg.	1	22		03	0,5

Tab. 54

Quelle: Osterland u.a., a.a.O.

Häufigkeit des Ausübens am Werktag, Samstagabend und Sonntag nach der Arbeitsbelastung

Arbeitsbelastung	Anteil an den Befrag.	nie/selter			manchmal/öfter			oft/sehr oft		
	%	Wo	Sa	So	Wo	Sa	So	Wo	Sa	So
körperliche Schwerarbeit	8	66,9	35,2	22,7	27,1	52,6	53,1	2,6	11,3	23,6
anstrengende Arbeit	20	54,7	33,9	19,2	37,2	50,4	54,5	6,4	14,3	25,2
Nervenbelast. Hetze,Zeitdruck	16	60,2	35,4	18,5	31,1	46,2	53,3	7,6	17,6	27,8
körp.Arbeit ohne bes.Belast.	7	57,8	30,0	17,9	29,9	50,0	54,3	9,6	18,5	26,9
langweilige Arbeit	1	60,3	32,4	19,3	32,8	49,6	54,1	6,8	17,9	26,6
sitz.Tatigkeit, Mangel an Bewegung	5	53,7	30,0	20,1	36,1	50,1	50,5	7,4	18,1	27,3
unges.Arbeit, Lärmbelästigung	2	67,4	34,4	19,5	25,8	50,3	54,2	6,7	15,2	26,2
keine bes.belastende Arbeit	40	37,9	28,3	22,5	46,9	52,3	53,1	12,9	17,5	22,9

eigene Berechnungen aus: EMNID, Ruhrgebiet, a.a.O., Tab. 49 (S.99, 50 (S.100), 51 (S.101). - Die Angabe der Arbeitsbela-

Tab. 55

Quelle: EMNID/SVR, Tabellenband, S. 104

Ort des Spaziergangs am Sonntag

FRAGE: Und wie ist das am Sonntag?
(An die Befragten, die manchmal, öfter, oft oder sehr oft am Sonntag spazierengehen)
(Antwortmöglichkeiten vorgegeben - Listenvorlage)

	Befragte, die ... (s. oben)		Strassen in der Nähe der Wohnung	Park- od. Grünflächen in der Nähe der Wohnung	Wohnstrassen im Stadtbezirk	Parks und Grünflächen im Stadtgebiet	Schaufensterbummel in der Innenstadt	Weiter entfernt liegende Parkanlagen	In der offenen Landschaft	Sonstiges +)	Keine Antwort
		%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Insgesamt	33940	100.0	9.0	24.1	2.1	18.4	10.5	24.4	53.5	1.1	2.4
Männer	15953	100.0	9.0	22.6	2.5	18.8	10.3	22.7	54.5	1.3	2.9
Frauen	17987	100.0	9.0	25.5	1.7	18.1	10.6	25.8	52.4	1.1	2.1
Altersgruppen											
14 bis 17 Jahre	2019	100.0	7.0	21.2	2.9	17.2	21.2	23.4	47.1	1.1	1.9
18 bis 24 Jahre	3395	100.0	4.3	13.7	2.6	14.5	16.3	26.3	56.8	1.1	3.1
25 bis 34 Jahre	7268	100.0	3.1	17.0	1.4	16.7	11.0	26.9	62.0	1.3	2.3
35 bis 44 Jahre	6542	100.0	3.1	19.7	2.0	18.7	9.7	26.2	61.4	0.6	2.1
45 bis 54 Jahre	5589	100.0	4.2	22.1	1.9	19.3	9.8	27.1	55.9	1.1	1.8
55 bis 64 Jahre	4667	100.0	5.6	30.8	2.2	21.4	8.6	22.5	46.9	1.3	2.4
65 Jahre und älter	4500	100.0	10.9	48.6	2.8	20.1	4.4	17.0	32.5	1.3	3.8
Familienstand											
Ledig	5558	100.0	4.7	17.7	2.6	16.7	18.0	24.2	51.0	1.2	2.7
Verheiratet	24864	100.0	4.5	23.4	1.9	18.3	9.2	24.9	56.2	1.1	2.3
Verheiratet gewesen	3501	100.0	8.8	39.6	3.0	22.2	7.4	23.5	37.7	3.6	3.0
Familieneinkommen (monatlich netto)											
Unter DM 400,--	472	100.0	14.6	38.8	3.0	27.1	6.1	21.0	28.2	1.5	3.0
DM 400,- bis unter DM 800,-	5244	100.0	7.5	35.2	3.4	20.5	7.7	23.7	38.8	0.6	3.4
DM 800,- bis unter DM 1200,-	14615	100.0	4.7	22.8	1.8	19.3	10.9	25.0	51.8	1.1	2.1
DM 1200,- bis unter DM 1500,--	5452	100.0	2.9	19.6	1.3	19.2	13.4	26.0	60.1	1.1	2.5
DM 1500,- bis unter DM 2000,-	4825	100.0	3.4	18.6	2.5	14.9	10.9	24.1	61.7	1.0	2.3
DM 2000,- und mehr	2771	100.0	3.6	25.0	1.8	14.7	8.7	27.8	67.7	1.5	2.5
Umgebung des Hauses											
Schmutzig, ungepflegt, häßlich	2360	100.0	8.3	26.5	5.9	25.3	25.0	29.7	53.4	0.8	1.1
Grau, eintönig, langweilig	3811	100.0	3.4	20.6	1.1	21.0	12.6	31.5	54.8	1.1	2.4
Mittelmässig	13568	100.0	5.1	22.8	2.2	19.6	10.4	25.8	52.8	1.0	3.0
Moderne, schöne, nette Umgebung	5027	100.0	5.3	24.1	1.5	14.2	6.7	23.2	54.6	1.5	2.3
Aufgelockert, durchgrünt	7635	100.0	4.4	29.0	1.9	17.5	7.9	22.0	53.1	1.1	1.6
Ländlich	1413	100.0	5.0	16.3	1.3	9.3	9.2	8.4	69.2	3.9	2.8

Mehrfachnennungen

Tab. 56

Quelle: Hülsen, a.a.O., S. 37

HINDERUNGSGRÜNDE FÜR WOCHENENDFAHRTEN (1)

Gründe	Alle Befragten, die öfter daran gehindert worden sind, am Wochenende wegfahren zu können	
	%	absolut
Zeitmangel	55	850
Meistens zu teuer	19	294
Krankheit, Alter	10	304
Familiäre Bindungen	22	336
Kein Wagen zur Verfügung	14	215
Überfüllte Verkehrsmittel	4	63
Verstopfte Straßen	8	119
Mangel an Unterkunftsmöglichkeiten	0	5
Zu volle und zu laute Erholungsgebiete	2	30
Kinder sind zu klein	12	178
Kinder müssen sonnabends zur Schule	5	83
Andere Gründe	4	69
Basis	100	1534

(1) Untersuchung zum Wochenendverkehr der Hamburger Bevölkerung, Teil A, 1967, Seminar für Sozialwissenschaften der Hamburger Universität

Tab.57

Quelle: J. Albrecht Untersuchungen, S. 33

Gegenüberstellung der heutigen und künftig mehr gewunschten Teilnahme an Erholungsaktivitäten mit dem heutigen und künftigen Besitz an Erholungsgütern und Ausrustungen für die Freizeitbeschäftigungen (Antwortmoglichkeiten vorgegeben)

Freizeitbeschäftigung	Heutige Teilnahme mehr als 4 mal in %	Künftig mehr gewunschte Teilnahme in %	Besitz an Erholungsgütern in %	Kaufabsichten bis zum Sommer nachsten Jahres in %	Erholungsguter, Ausrustung fur Freizeitbeschaftigung
	(in % des Samples von 3 000)				
Wandern / Spazierengehen	62	36	—	—	—
Baden / Schwimmen	31	33	7	1	Taucherausrüstung, Schwimmflossen, Schnorchel
Autofahren zum Vergnügen	29	23	46	10	PKW, Kombi, Kleinbus, eigen oder standig zur Verfugung
Gartenarbeit	26	9	19	1	Haus- und Kleingarten [1]
Spiele im Freien	19	9	39	3	Federball, Cricket, Boccia, Crocket
Besuch sportl. Veranstaltungen	13	10	—	—	—
Radfahren	7	10	31	2	Fahrrad
Aktiver Sport	7	8	—	—	—
Besuch von Konzerten Theateraufführungen im Freien	5	19	—	—	—
Bootssport	5	13	6	3	Segelboot (2%) Motorboot (1%) Ruder- / Paddelboot (4%)
Camping	5	7	15	3	Zeltausrüstung
Besichtigungsfahrten	4	13	—	—	—
Schlittschuhlaufen	4	3	11	2	Schlittschuhe
Angeln	3	6	8	2	Anglerausrüst.
Tennis / Golf	2	5	5	1	Tennis-Golf-Ausrüstung
Skifahren / Rodeln	2	9	23	1	Schlitten
			7	2	Skier
Jagen	1	3	1	0	Jagdausrustung
Reiten	1	6	0 (13 abs)	0	Pferd

[1] Siehe Anm. 1 auf Seite 32

Tab. 58

Quelle: ebenda, S. 67

Motive fur Wochenendfahrten

Gründe	Befragte, die Wochenend-Ausflüge machen	
	%	absolut
Um wieder einmal aus der Stadt hinauszukommen	36	931
Weil es in Hamburg zu wenig Erholungseinrichtungen gibt	6	147
Um selber Abwechslung zu haben	39	990
Um der Familie eine Abwechslung zu bieten	30	757
Gemeinsames Erlebnis mit Freunden und Bekannten	26	663
Weil die Wohnung zu klein ist oder die Wohngegend nicht gefällt	8	207
Verwandten- und Krankenbesuche	15	390
Um einmal von der Familie unabhängig zu sein	4	112
Um zu baden	29	732
Um Sport zu treiben	7	185
Um sich in frischer Luft zu bewegen	62	1589
Andere Gründe	2	45
Keine Angaben	1	29
Basis:	100	2558

Tab. 59

Quelle: J. Albrecht, Untersuchungen..., S. 80 ff.

Beziehungen zwischen Wochenendverkehr und monatlich verfugbarem Haushaltseinkommen

Es machen Wochenend-Ausfluge	Monatliches verfügbares Haushaltseinkommen (DM) Unter DM 600	DM 600 bis unter DM 900	DM 900 bis unter DM 1200	DM 1200 bis unter DM 1500	DM 1500 bis unter DM 2000	DM 2000 und mehr
	%	%	%	%	%	%
Haufig	34	49	63	67	67	67
Selten	14	15	12	14	10	10
Nicht	52	36	25	19	23	23
Basis: %	100	100	100	100	100	100
absolut	465	858	602	403	245	145

Beziehungen zwischen Wochenendverkehr und Alter

Es machen Wochenend-Ausflüge	Alter 15 bis 21 Jahre	22 bis 30 Jahre	31 bis 40 Jahre	41 bis 50 Jahre	51 bis 60 Jahre	61 bis 65 Jahre
	%	%	%	%	%	%
Häufig	59	61	56	58	49	40
Selten	17	13	13	12	12	13
Nicht	24	26	31	30	39	47
Basis: %	100	100	100	100	100	100
absolut	315	612	600	532	664	277

Beziehungen zwischen Wochenendverkehr und Beruf

Es machen Wochenend-Ausflüge	Beruf der Befragten: Selbst. und Freie Berufe	Leit. Angest. und Beamte	Sonst. Angest. und Beamte	Facharbeiter	Sonst. Arbeiter	Schüler/ Student.	Hausfrauen	Rentner/ Pensionäre
	%	%	%	%	%	%	%	%
Häufig	55	69	62	59	44	65	50	29
Selten	12	10	12	13	17	14	14	10
Nicht	33	21	26	28	39	21	36	61
Basis: %	100	100	100	100	100	100	100	100
absolut	192	122	921	437	297	102	729	136

80

Beziehungen zwischen Wochenendverkehr und Art der Arbeit

Es machen Wochenend-Ausflüge	Berufstätigkeit (Alle berufstätigen Befragten jeweils = 100 %): Vorwiegend im Freien: meist sitzend	Vorwiegend im Freien: meist stehend	Vorwiegend im Freien: verschieden	Vorwiegend in geschlossenen Räumen: meist sitzend	Vorwiegend in geschlossenen Räumen: meist stehend	Vorwiegend in geschlossenen Räumen: verschieden	Teils im Freien, teils in geschlossenen Räumen	Ständig unterwegs
	%	%	%	%	%	%	%	%
Häufig	48	55	49	64	59	53	55	48
Selten	17	15	12	11	15	14	15	7
Nicht	35	30	39	25	26	33	30	45
Basis: %	100	100	100	100	100	100	100	100
absolut	48	163	67	640	556	258	187	56

Beziehungen zwischen Wochenendverkehr und Dienstleistungsberufen

Es machen Wochenend-Ausflüge	Berufstätigkeit: Dienstleistungsberufe	keine Dienstleistungsberufe	Hausfrauen	Schüler / Studenten	Rentner / Pensionäre
	%	%	%	%	%
Häufig	55	61	49	64	29
Selten	14	12	14	14	11
Nicht	31	27	37	22	60
Basis: %	100	100	100	100	100
absolut	858	1136	747	102	157

Beziehungen zwischen Wochenendverkehr und Schulbildung

Es machen Wochenend-Ausflüge	Schulbildung: Volksschule	Mittlere Reife, Oberschule ohne Abitur	Fachschule, Meisterschule	Abitur	Hochschule, Universität
	%	%	%	%	%
Häufig	50	65	55	67	64
Selten	14	12	10	9	13
Nicht	36	23	35	24	23
Basis: %	100	100	100	100	100
absolut	1839	652	247	149	79

Tab. 60

Quelle: R. Hülsen, a.a.O., S. 55

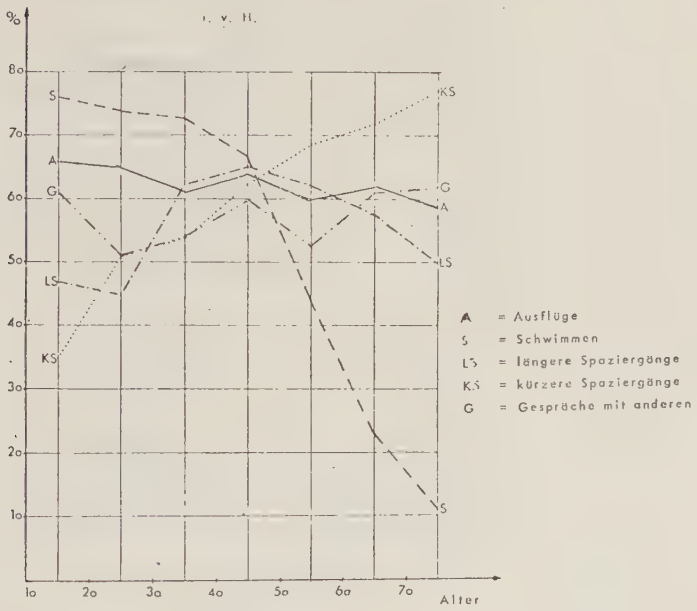
Die Nutzung öffentlicher Einrichtungen durch Urlaubsreisende insgesamt und nach dem Alter i. v. H.

	Reisende 1971	14-19 Jahre	20-29 Jahre	30-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60-69 Jahre	70 Jahre und mehr
	2.943	331	690	590	468	336	370	163
	%	%	%	%	%	%	%	%
Öffentliches Freibad	32,1	53,2	39,4	45,1	49,4	32,4	16,2	[illegible]
Öffentliches Hallenbad	9,9	9,3	8,7	10,6	11,3	13,5	8,1	4,7
Skilift	4,7	4,6	4,3	5,5	6,2	4,7	3,0	2,6
Bergbahn	16,3	15,2	13,7	19,6	18,3	19,6	11,8	14,5
Minigolf	19,0	28,0	22,0	22,7	21,3	13,3	9,2	4,6
Kino	9,5	21,8	11,2	8,1	8,6	7,6	4,6	1,6
Nachtclub	18,9	35,9	34,7	21,6	11,4	5,4	3,4	2,5
Sauna	3,0	3,8	4,1	3,1	1,6	3,4	1,8	2,9
Kuranlagen	18,9	8,2	12,8	17,4	18,7	30,1	26,8	25,6
Lesesaal	5,7	4,7	1,8	4,1	3,8	11,0	9,2	12,6
Museum	16,9	25,9	20,2	14,6	13,4	14,6	14,9	13,7
Rundfahrten	29,9	32,9	27,2	26,9	26,9	32,0	36,8	33,1
Kindergarten	0,9	-	2,1	1,3	1,1	-	-	0,4
Sonstiges	3,3	4,2	4,2	4,0	2,5	2,2	2,4	2,5
Keine besucht	18,6	9,3	14,8	16,7	16,2	20,4	28,9	36,7
Keine Angabe	1,7	1,5	1,5	1,9	1,5	1,4	2,3	1,4

Tab. 61

Quelle: R. Hülsen, a.a.O. S. 54

Aktivitäten am Urlaubsort nach dem Alter



Tab. 62

Quelle: Osterland u.a., a.a.O., Tabellenanhang, Tab. 177

Interesse an und Ausübung von verschiedenen Sportarten[a]

Von je 100 Personen interessierten sich für	Fußball			Handball			Tennis			Schwimmen		
	60	65	69	60	65	69	60	65	69	60	65	69
sonst. B./Ang.[b]	38	44	50	14	13	15	14	12	18	27	40	53
Facharbeiter	51	61		11	18		4	13		18	21	
sonst. Arbeiter	44	41	58	7	10	15	2	6	8	14	2	34
	Ski-laufen[c]			Eis-laufen			Auto-sport			keine Sportart		
	60	65	69	60	65	69	60	65	69	60	65	69
sonst. B./Ang.[b]	16	28	23	-	35	22	10	16	26	28	15	11
Facharbeiter	11	22		-	26		12	21		30	14	
sonst. Arbeiter	6	26	19	-	34	18	7	15	30	39	24	17

Von je 100 Personen betrieben	Fußball			Handball			Tennis			Schwimmen		
	60	65	69	60	65	69	60	65	69	60	65	69
sonst. B./Ang.[b]	5	4	9	2	1	2	6	3	4	20	20	35
Facharbeiter	12	14		2	3		2	1		12	14	
sonst. Arbeiter	6	2	11	3	1	1	1	1	1	10	14	17
	Ski-laufen[c]			Eis-laufen			Auto-sport			keine Sportart		
	60	65	69	60	65	69	60	65	69	60	65	69
sonst. B./Ang.[b]	7	7	6	-	3	2	3	1	3	60	67	45
Facharbeiter	6	6		-	2		5	3		64	66	
sonst. Arbeiter	3	4	5	-	1	1	2	1	2	77	82	61

a) Zusammengestellt aus: DIVO-Institut: Der Westdeutsche Markt in Zahlen 1962, Frankfurt 1962, S. 116, 147; dass.: Der Westdeutsche Markt in Zahlen 1965, Frankfurt 1965, S. 236 - 239, dass. Der Westdeutsche Markt in Zahlen 1969, Frankfurt 1969, S. 304 - 311

b) 1960 alle Angestellten und Beamten

c) 1960 alle Wintersportarten

Tab. 63

Quelle: TIME '74, a.a.O., S. 15a

SPEZIELLE TÄTIGKEITEN: SPORT

Als betriebene Sportarten	werden genannt von ... %		
	aller Befragten	Männer	Frauen
	%	%	%
Schwimmen	49	49	49
Wandern	44	42	46
Radfahren	32	30	34
Federball	24	20	28
Kegeln/Bowling	17	22	13
Gymnastik	16	10	22
Tischtennis	14	16	11
Skilauf	9	11	8
Fußball	9	18	-
Waldlauf/Trimm-Pfad	7	8	7
Schlittschuhlauf	4	4	5
Tennis	4	5	3
Segeln/Kanu/Paddeln	4	4	3
keine Sportart genannt:	19	15	23
durchschnittliche Zahl der genannten Sportarten:	2,4	2,5	2,4

Tab. 64

Quelle: ebenda, S. 64

SPEZIELLE TÄTIGKEITEN: SPORT

Als betriebene Sportarten	werden genannt ... % der Befragten im Alter von			
	14-19 Jahre	20-29 Jahre	30-49 Jahre	50-69 Jahre
	%	%	%	%
Schwimmen	78	65	51	27
Wandern	38	33	46	51
Radfahren	51	34	34	23
Federball	51	36	24	9
Kegeln/Bowling	16	25	19	10
Gymnastik	27	23	15	10
Tischtennis	37	21	12	3
Skilauf	14	16	10	2
Fußball	20	18	8	2
Waldlauf/Trimm-Pfad	14	11	7	3
Schlittschuhlauf	11	10	3	1
Tennis	6	6	5	1
Segeln/Kanu/Paddeln	6	6	3	2
keine Sportart genannt:	5	9	17	33
durchschnittliche Zahl der genannten Sportarten	4,2	3,2	2,5	1,4

Tab. 65

Quelle: Hüwel, Tunnat, a.a.O., S. 133

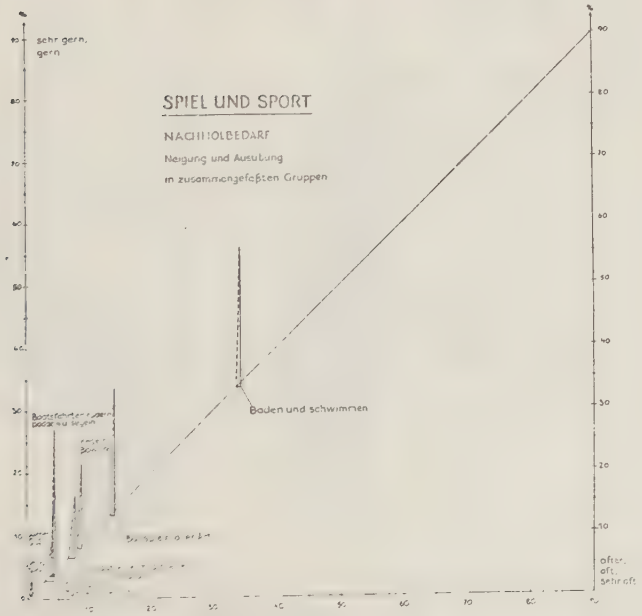
"Passiver Sport"

Die beliebtesten Sportveranstaltungen soll die folgende Tabelle aufzeigen. Es sind Antworten auf die Frage:

"Was sehen Sie am liebsten?"	Angaben. %
1. Fußball	38
2. Schlittschuh,Rollschuh,Eishockey	13
3. Leichtathletik	6
4. Skifahren, Rodeln	6
5. Boxen, Ringen, Schwerathletik, Judo Expander	5
6. Handball	4
7. Schwimmen	4
8. Turnen und Gymnastik	3
9. Tennis	3
1o.Reiten	3
11.Motorsport	2
12.Tischtennis	1
13.Basketball, Faustball, Korbball, Rugby, Volleyball, Rasenhockey	1
14.Radsport	1
15.Wassersport	1
16.Sonstige Nennungen ++)	3
Summe der Nennungen	94 +)
Befragte, die Angaben machten	71
Befragte, die nicht Stellung nahmen	3
Befragte, die sich regelmäßig, öfter oder selten Sportveranstaltungen ansahen	74 %

Tab. 66

Quelle: EMNID/SVR, Bd.1, S. 234



Tab. 67

Quelle: E.K.Scheuch, Soziologie der Freizeit.., S. 762

Für Haushaltspflichten durchschnittlich verwandte Zeit von Frauen (in Stunden und Dezimalen von Stunden)*

	Land							
	Belgien	Frankreich	Ungarn	Polen	BRD	UdSSR	USA	Jugoslawien
1. Werktags								
Berufstätige	2,9	3,2	3,9	3,1	3,5	3,6	3,0	5,1
Hausfrauen	6,8	6,6	8,5	6,9	6,8	5,6	5,6	9,0
2. Sonntags								
Berufstätige	3,0	3,7	5,6	3,7	2,6	4,3	2,9	5,8
Hausfrauen	3,7	4,1	6,1	4,1	3,4	3,7	2,7	7,0

* Ergebnisse der international vergleichenden Erhebungen über Zeitbudgets, nach *A. Schneider* 1968.

Tab. 68

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1975

25.4 Jährliche Aufwendungen ausgewählter privater Haushalte für Urlaubs- und Erholungsreisen*)

DM

Jahr	Insgesamt		Von den Aufwendungen für Urlaubs- und Erholungsreisen je Haushalt mit Reisen entfielen auf					
	je Haushalt	je Haushalt mit Urlaubs- u. Erholungsreisen	Pauschalreisen	sonstige Reisen	davon			
					Unterkunft und Verpflegung	eigenes Kraftfahrzeug	fremde Verkehrsmittel	sonstige Aufwendungen
Haushaltstyp 1								
1971	87,72	322,33	37,28	295,05	227,31	2,73	61,83	3,18
1972	106,92	393,47	117,47	276,00	195,63	1,77	75,95	2,65
1973	145,08	475,54	60,18	415,36	309,55	2,36	98,73	4,72
1974	148,68	463,53	57,61	405,92	304,91	2,74	91,66	7,11
Haushaltstyp 2								
1971	523,08	936,63	106,79	829,84	671,70	61,88	75,42	20,84
1972	582,84	1 017,32	146,83	870,49	708,58	62,84	76,66	22,41
1973	723,36	1 173,34	106,86	1 066,48	869,11	78,64	92,07	26,66
1974	836,16	1 387,20	126,41	1 260,79	1 031,84	96,36	99,14	33,45
Haushaltstyp 3								
1971	1 318,68	1 801,76	144,12	1 657,64	1 349,89	111,82	152,48	43,45
1972	1 431,79	1 971,17	227,68	1 743,49	1 445,63	129,04	120,00	48,82
1973	1 659,96	2 023,40	210,57	1 817,83	1 454,03	144,29	158,66	60,85
1974	1 848,36	2 318,21	240,81	2 077,40	1 628,15	187,08	192,64	69,53

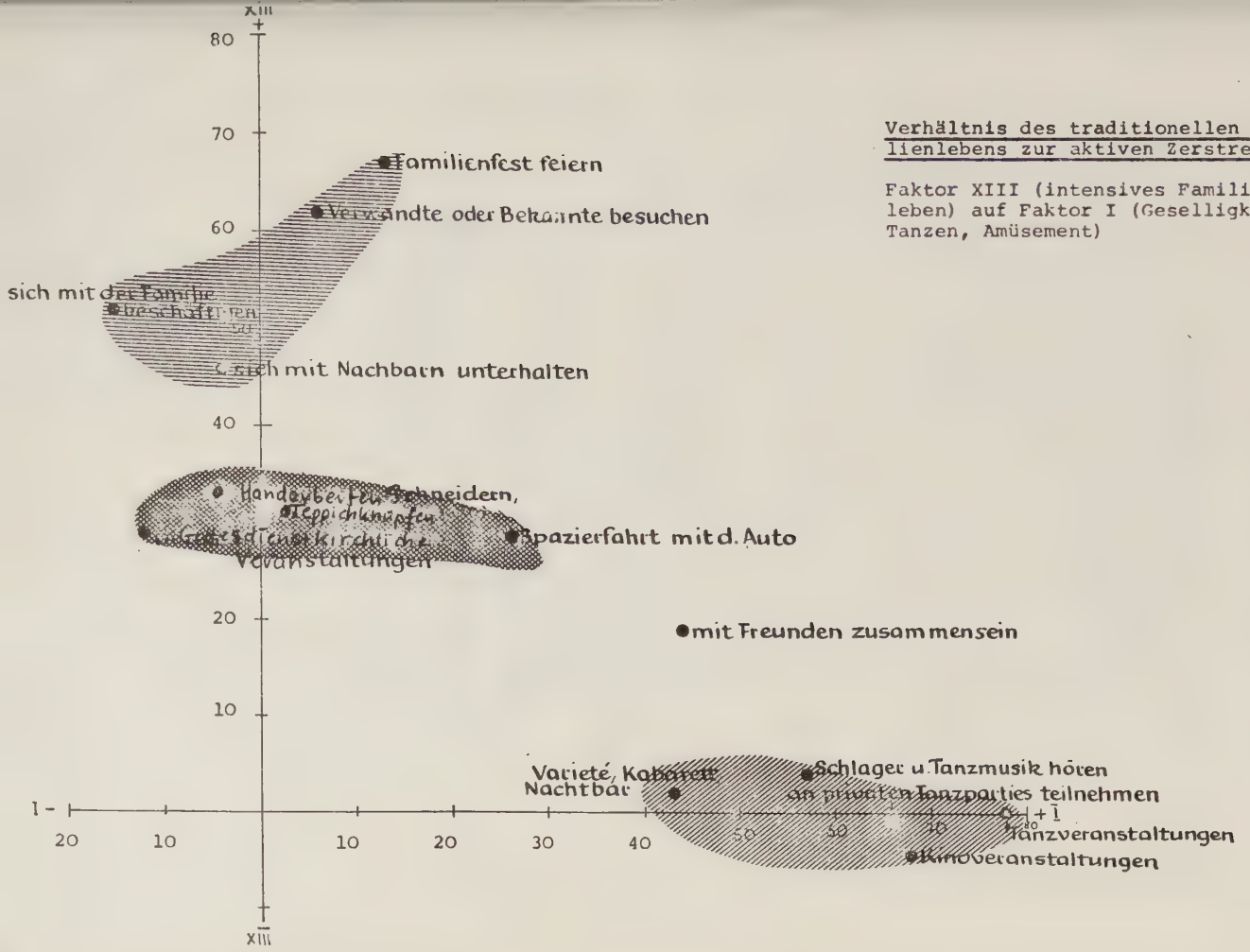
*) Haushaltstypen siehe Vorbemerkung S. 480

25.6 Aufwendungen ausgewählter privater Haushalte für Freizeitgüter je Haushalt und Monat*)

DM

Jahr	Insgesamt[1])	Davon entfielen auf										
		Urlaub	Freizeitgüter (ohne Urlaub)	davon								
				Bücher, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften	Rundfunk, Fernsehen u. ä. einschl. Gebühren	Kraftfahrzeug[2])	Sport und Camping	Gartenpflege und Tierhaltung	Spiele und Spielzeug	Besuch von Bildungs- und Unterhaltungsstätten[3])	Fotografieren, Filmen[4])	sonstigen Freizeitbedarf
Haushaltstyp 1												
1971	36,38	7,31	29,07	8,42	9,77	1,38	0,84	5,91	0,69	0,41	0,22	2,43
1972	41,51	8,91	32,60	8,87	11,02	1,17	0,89	7,04	1,07	0,29	0,12	2,13
1973	44,86	12,09	32,77	9,69	8,65	1,48	1,01	7,48	0,98	0,41	0,24	2,83
1974	52,96	12,39	40,57	11,50	13,42	1,57	1,22	7,26	1,17	0,64	0,52	3,27
Haushaltstyp 2												
1971	163,12	43,59	119,53	15,24	23,74	22,40	16,24	12,18	9,03	4,11	3,18	13,41
1972	181,07	48,57	132,50	16,07	29,74	25,49	13,27	13,81	10,02	4,67	3,33	16,10
1973	209,47	60,28	149,19	18,56	29,52	30,24	16,55	15,23	10,66	5,27	4,08	19,08
1974	239,73	69,68	170,05	20,87	37,56	32,92	16,33	17,85	11,47	6,08	6,01	18,96
Haushaltstyp 3												
1971	340,06	109,89	230,17	33,08	37,88	46,50	29,93	21,77	12,25	9,65	7,12	31,99
1972	364,87	119,32	245,55	34,35	39,22	51,56	27,56	25,27	13,89	10,25	8,52	35,93
1973	409,22	138,33	270,89	37,08	43,06	55,28	33,46	26,27	14,88	11,47	9,71	39,68
1974	463,04	154,03	309,01	41,50	49,49	60,49	38,95	28,71	17,06	12,95	12,50	47,36

*) Haushaltstypen siehe Vorbemerkung S. 480.
[1]) Einschl. Urlaub.
[2]) 30% der laufenden monatlichen Aufwendungen für das Kraftfahrzeug außerhalb des Urlaubs.
[3]) Ohne Besuch von Sportveranstaltungen.
[4]) Ohne Kosten für Entwickeln und Kopieren, die im sonstigen Freizeitbedarf enthalten sind.



Verhältnis des traditionellen Familienlebens zur aktiven Zerstreuung

Faktor XIII (intensives Familienleben) auf Faktor I (Geselligkeit, Tanzen, Amüsement)

Tab. 69
Quelle: EMNID/SVR, Bd. 1

Tab. 70

Quelle: A.R.Bunz u.a.,
Qualität des Arbeitslebens, 1973, S. 168

5.11 Kritik an Arbeit und Arbeitsplatz

Merkmale	Zahl der Befragten	Es mißfällt . . .									
		nervliche Belastung	Hektik, Zeitdruck	Schm., Staub, schl. Luft	körperl. Anstrengung	Routine, keine Abwechslung	Lärm	Verantwortung für andere	Hitze, Feuchtigkeit, Kälte	Unfallgefahr	Keine Angabe
	abs.	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Arbeitnehmer insg.	2.451	42	36	22	19	18	17	15	14	12	11
Gehobene Angestellte	122	61	48	7	1	6	13	25	2	3	12
Übrige Angestellte	781	52	41	9	8	18	8	16	6	4	14
Höhere Beamte	56	57	36	5	0	7	9	20	4	0	21
Übrige Beamte	214	54	37	10	9	17	7	27	7	11	13
Facharbeiter	796	30	35	33	30	15	25	14	23	22	7
An-/ungel. Arbeiter	482	32	25	35	32	26	24	8	20	16	10
Arbeitsanforderungen											
körperl. Anstreng.	578	26	31	37	48	18	26	12	28	25	6
Konzentration	1.100	54	44	19	15	18	18	16	11	13	9
Besond. Kenntn.	996	50	39	18	14	15	16	19	12	10	11
Berufserfahrung	826	48	41	23	18	17	19	20	16	14	8
Geschicklichkeit	738	37	32	33	27	21	26	11	20	17	10
Umgang m. Pers.	787	55	42	14	12	13	12	24	10	11	12
Einordn. i. Gruppe	313	44	34	31	28	26	29	13	23	20	10
Verantw. f. andere	444	61	44	19	14	9	17	36	12	12	8

Frage: Im allgemeinen hat jeder Arbeitsplatz seine guten und seine schlechten Seiten. Wie ist das bei Ihnen: Was finden Sie an Ihrer jetzigen Arbeitsstelle eher schlecht oder störend?
(DEN BEFRAGTEN WURDE EINE KARTE VORGELEGT)

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen, August 1972 bis März 1973, Bundesrepublik (ohne West-Berlin), Random-Auswahl

Tab. 71

Quelle: H. Kohl, Arbeit und Freizeit,
in: WSI-Mitteilungen 3/1974, S. 105

Berufliche Tätigkeit und Verteilung der Freizeitchancen

Chancen-verteilung		FZ-Umfang	FZ-Verteilung	Urlaub	FZ-Infrastruktur	FZ-Angebot	davon Bildungsangebot	Sport Gesundh. Vorsorge	Information/ Kommunikation	Politische Beteiligung	Summe –	Summe +
Arbeiter	jüngere a)	0	– 2	– 3	– 2	– 2	2	0	– 2	– 2	15	+ 0
	ältere b)	0	– 2	– 2	– 2	– 2	– 3	– 3	– 2	– 1	– 17	+ 0
Angestellte	jüngere a)	0	0	– 1	– 1	– 1	0	+ 2	0	– 1	4	+ 2
	ältere b)	0	0	0	0	0	0	– 1	0	+ 1	– 1	+ 1
Beamte	jüngere a)	0	– 2	+ 1	0	0	0	+ 2	0	0	– 2	+ 3
	ältere b)	0	– 1	+ 3	0	+ 1	0	1	0	+ 2	2	+ 6
Selbständige		– 2	– 2	– 1	+ 2	+ 1	0	+ 1	+ 1	+ 2	– 5	+ 7
Rentner		+ 3	+ 3	0	– 2	3	– 3	– 3	– 2	3	– 16	+ 6
Auszubildende		– 1	0	– 2	– 1	2	– 2	– 1	– 1	– 3	– 13	+ 0
Schüler/Studenten		+ 2	+ 2	+ 3	– 1	– 1	+ 3	+ 1	+ 2	– 2	– 4	+ 13
Hausfrauen		– 1	– 2	0	– 1	– 2	– 2	0	– 1	2	– 11	+ 0
Problemgruppe Frauen mit Kleinkindern		– 3	– 3	– 1	– 2	– 3	– 2	– 1	– 3	– 3	– 21	+ 0
Problemgruppe Schichtarbeiter		– 3	– 3	– 2	– 2	– 3	– 3	– 2	– 3	– 3	– 24	+ 0

a) bis 25 Jahre

b) über 45 Jahre

Auswirkungen von Bildung (I) und Einkommen (II) auf die Verteilung der Freizeitchancen

		FZ-Umfang	FZ-Verteilung	Urlaub	FZ-Infrastruktur	FZ-Angebot	davon Bildungsangebot	Sport Gesundh. Vorsorge	Information/ Kommunikation	Politische Beteiligung	Summe –	Summe +
I	Volksschule ohne Lehre	– 1	– 2	– 2	2	– 2	– 3	– 1	– 2	– 3	18	0
	Volksschule mit Lehre	0	– 1	– 1	– 1	– 1	– 1	– 1	– 1	0	– 7	+ 0
	Mittelschule	– 1	– 1	+ 1	0	0	+ 1	0	+ 1	+ 2	– 2	+ 5
	Universität	– 2	– 2	+ 1	+ 1	+ 1	+ 2	0	+ 3	+ 3	4	+ 11
II	Monatseinkommen unter 1 000 DM	– 1	– 2	2	– 2	– 2	3	– 1	– 2	– 3	– 18	+ 0
	Monatseinkommen über 2 000 DM	– 2	– 2	+ 1	+ 2	+ 2	+ 2	+ 1	+ 2	+ 2	– 4	+ 12

0 = Normalfall (durchschnittliche Verteilung)
— 1 = geringe Benachteiligung
— 2 = deutliche Benachteiligung (mittlerer Wert der Abweichung nach unten)
— 3 = extreme Benachteiligung (unterster Wert der Abweichung)

+ 1 = überdurchschnittliche Chancen
+ 2 = deutliche Privilegierung (mittlerer Wert der Abweichung nach oben)
+ 3 = extreme Privilegierung (oberster Wert der Abweichung).

Tab. 72

Quelle: Dritter Raumordnungsbericht, Hrsg. Bayrisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, 1976

LEBENSLAUF

Am 16. September 195o wurde ich in Gummersbach als Sohn des Dipl.-Ing. Dr. Andritzky und seiner Ehefrau geboren.

1953	Umzug nach München
1956 - 6o	Besuch der Grundschule
196o - 69	Besuch des humanistischen Ludwigsgymnasium in München, Reifeprüfung
1969/7o	Studium der Rechtswissenschaft und Soziologie in Freiburg i.Brsg.
197o	Studium in Kiel
1971	Studium in Freiburg i.Brsg., Schwerpunkt Soziologie
1971	Studium in Genf (Schweiz), Schwerpunkt Entwicklungssoziologie
1972 - 74	Studium der Soziologie in Berlin am Institut für Soziologie der FU. Nebenfachstudium Psychologie und Politologie.
1974	Diplom in Soziologie (Dipl.-Arbeit: Das Forschungsinterview mit Kindern und Jugendlichen, bei Prof. Pirker) Nebenfächer: Psychologie, Politologie, Rechtswissenschaft
1974/75	Aufbaustudium Soziologie
1976	Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zukunftsforschung im Zentrum Berlin für Zukunftsforschung

Berlin, den 2. September 1976

Walter Andritzky

F. Höpfner - Dissertationsdruck - 1 Berlin 12 - Pestalozzistraße 106
Tel.: 3128885 - 3138198